

I N T E R N A T I O N A L E R W Ä H R U N G S F O N D S



Die Vorteile der Weltwirtschaft für alle sichern

JAHRESBERICHT | 2005

Inhalt

Botschaft des Geschäftsführenden Direktors und Vorsitzenden des Exekutivdirektoriums	iv
Exekutivdirektorium	viii
Überblick	x
1 Die Praxis der Überwachung im Geschäftsjahr 2005	2
2 Stärkung von Überwachung und Krisenprävention	22
3 Stärkung von Programmunterstützung und Krisenlösung	40
4 Die Rolle des IWF in einkommensschwachen Ländern	52
5 Finanzaktivitäten und Geschäftspolitik	62
6 Technische Hilfe und Ausbildung	80
7 Verwaltungs- und Geschäftsführung des IWF	90
8 Kooperation, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	106
Anhang	118

Eine globale Institution

Der Internationale Währungsfonds ist eine Sonderorganisation des Systems der Vereinten Nationen. Er wurde 1945 durch einen Vertrag gegründet, um einen Beitrag zur Förderung der Gesundheit der Weltwirtschaft zu leisten. Der IWF, mit Hauptsitz in Washington, D.C., wird geleitet durch seine 184 Mitglieder, die fast die gesamte Welt abdecken.

Der IWF ist die zentrale Institution des internationalen Währungssystems – das System des internationalen Zahlungsverkehrs und der Wechselkurse zwischen den nationalen Währungen, das Geschäftsvorgänge zwischen den einzelnen Ländern ermöglicht.

Die im IWF-Übereinkommen festgelegten Ziele umfassen die Erleichterung eines ausgewogenen Wachstums des Welthandels, die Förderung der Stabilität der Wechselkurse, die Vermeidung von Währungsabwertungen aus Wettbewerbsgründen und Unterstützung für die geordnete Lösung von Zahlungsbilanzproblemen der Länder.

Zur Erreichung dieser Ziele setzt der IWF folgende Mittel ein:

- Überwachung der Wirtschafts- und Finanzentwicklung und der Politikmaßnahmen sowohl in den Mitgliedsländern als auch auf globaler Ebene sowie Beratung der Mitglieder auf der Grundlage seiner 60-jährigen Erfahrung.

- Vergabe von Krediten an Mitgliedsländer mit Zahlungsbilanzproblemen, um zeitweilige Finanzhilfen zu gewähren zur Unterstützung von Anpassungs- und Reformmaßnahmen, die darauf abzielen, die zu Grunde liegenden Probleme zu lösen.
- Bereitstellung von technischer Hilfe und Ausbildung an Regierungen und Zentralbanken der Mitgliedsländer in seinem Expertisebereich.

Durch seinen Einsatz für eine Stärkung des internationalen Finanzsystems und für eine Beschleunigung der Fortschritte in der Armutsbekämpfung sowie durch die Förderung einer soliden Wirtschaftspolitik in all seinen Mitgliedsländern trägt der IWF dazu bei, die Vorteile der Weltwirtschaft für alle zu sichern.

Dieser *Jahresbericht des Exekutivdirektoriums des IWF* informiert über die Tätigkeiten des Direktoriums während des Geschäftsjahres vom 1. Mai 2004 bis zum 30. April 2005. Der größte Teil des Berichts besteht aus Zusammenfassungen von Direktoriumsaussprachen über die gesamte Bandbreite der Geschäftspolitik und -tätigkeit des IWF. Weitere Informationen finden sich auf der Webseite des IWF unter: www.imf.org.



I N T E R N A T I O N A L E R W Ä H R U N G S F O N D S

Die Vorteile der Weltwirtschaft
für alle sichern

JAHRESBERICHT | 2005

Inhalt

Botschaft des Geschäftsführenden Direktors und Vorsitzenden des Exekutivdirektoriums

Exekutivdirektorium

Überblick

- Die Weltwirtschaft
- Weltwirtschaftliche Risiken
- Die Arbeit des Fonds

1. Die Praxis der Überwachung im Geschäftsjahr 2005

- Globale Überwachung
 - Weltwirtschaftsausblick · Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems · Entwicklung an den Ölmärkten*
- Länderüberwachung
- Regionale Überwachung
 - Afrika südlich der Sahara · ECCU · Eurogebiet · WAEMU*

2. Stärkung von Überwachung und Krisenprävention

- Zweijährliche Überprüfung der Überwachungstätigkeit
 - Fokus und Qualität der Analyse · Politikdialog mit Länderbehörden · Kommunikation and Signalwirkung · Beurteilung der Effektivität der Überwachung · Personaleinsatz*
- Finanzsektor-Überwachung
 - Programm zur Bewertung des Finanzsektors · Lücken in der Finanzsektor-Regulierung · Umsetzung der Geldpolitik in verschiedenen Stadien der Marktentwicklung · Offshore-Finanzplätze*
- Bilanzansatz, Schulden und Liquidität
 - Schuldenbezogene Anfälligkeiten · Liquiditätssteuerung*
- Überwachung, vorbeugende Vereinbarungen und Signalwirkung
- Standards und Kodizes sowie Datenbereitstellung an den Fonds
 - Transparenz der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft · Datenstandards · GDDS-Leitfaden · Datenbank über Auslandsverschuldung · Daten und Metadaten über Portfolio- und Direktinvestitionen · Verbesserte Datenübermittlung*

3. Stärkung von Programmunterstützung und Krisenlösung

- Überprüfung der Konditionalität von 2004 bis 2005
 - Gestaltung IWF-gestützter Programme · Erfahrungen mit den 2002 erlassenen Konditionalitäts-Richtlinien · Ex-post-Beurteilungen*
- Finanzierungsfazilitäten und -grundsätze
 - Zugangspolitik · Aktivierung des Handelsintegrations-Mechanismus*
- Krisenlösung
 - Umschuldungsklauseln · Grundsätze für stabile Kapitalströme und faire Schuldenumstrukturierung · Evian-Ansatz*
- Zukunftsansichten

4. Die Rolle des IWF in einkommensschwachen Ländern

- Überprüfung der Rolle und Geschäftstätigkeit des Fonds

- Stärkung der Instrumente zur Unterstützung einkommensschwacher Länder
 - PRSPs: Fortschritte bei der Umsetzung · Zugang zu Finanzhilfe · Notfallhilfe bei Naturkatastrophen · Überwachung nach Ablauf eines Programms · Unterstützung der Politikmaßnahmen und Signalwirkung*
- Schuldenerleichterung und -tragfähigkeit
 - Weitere Schuldenerleichterung · Regelwerk für Schuldentragfähigkeit*
- Mobilisierung internationaler Hilfe
 - Direktoriausssprache über die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe · Globaler Überprüfungsbericht*

5. Finanzaktivitäten und Geschäftspolitik

- Reguläre Finanzierungsaktivitäten
 - Kreditvergabe · Ressourcen und Liquidität*
- Konzessionäre Finanzierungsaktivitäten
 - Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität · Erweiterte HIPC-Initiative · Finanzierung der PRGF-Subventionen und der HIPC-Initiative · Anlagen zur Unterstützung von konzessionärer Finanzierung und HIPC-Initiative · Nothilfe*
- Ertragslage, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung
- Kreditrisikosteuerung im IWF und Niveau der Risikorücklagen
- Entwicklung bei den Quoten
- Entwicklung bei den SZR
 - SZR-Operationen und -Transaktionen*
- Sicherungsbewertungen
- Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF
- Das externe Prüfungsverfahren

6. Technische Hilfe und Ausbildung

- Technische Hilfe im Geschäftsjahr 2005
- Das IWF-Institut
- Externe Finanzierung
- Überprüfung und Verbesserung der Wirksamkeit
 - Evaluierung der technischen Hilfe durch das IEO · Evaluierung der AFRITACs*

7. Verwaltungs- und Geschäftsführung des IWF

- Verwaltungs- und Kapitalhaushalt
- Personalwesen
- Organisation

8. Kooperation, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

- Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen
- Externe Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Anhang

- Anhang I bis VII schließt sich dem Hauptteil im englischen Originaldruck an. Alle Verweise im Anhang auf Seiten im Hauptteil beziehen sich auf die englische Fassung.

Akronyme und Abkürzungen

216

Kästen

1.1 Wichtige Wirtschafts- und Finanzentwicklungen im Zeitraum Mai 2004 bis April 2005	4	8.1 Verbreitung von Informationen: Publikationswesen und Webseite des IWF	111
1.2 IWF-Unterstützung für die vom Tsunami im Dezember 2004 betroffenen Länder	9	8.2 Das Büro des IWF für Gemeindearbeit	113
2.1 Die Rolle des IWF im Handel	24	Tabellen	
2.2 Von festen zu flexiblen Wechselkursen	25	1.1 Im Geschäftsjahr 2005 abgeschlossene Artikel-IV-Konsultationen	18
2.3 Bessere Integration der länderbezogenen, regionalen und globalen Überwachung	28	3.1 Finanzfazilitäten des IWF	42
2.4 Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors	29	5.1 Im GJ 2005 gebilligte reguläre Kredite	65
2.5 Strukturierung von Staatsschulden als Krisenprävention	33	5.2 Im GJ 2005 gebilligte PRGF-Kredite	68
2.6 Programme zur Förderung von Anlegerbeziehungen	34	5.3 Stand der IWF-Zusagen für HIPC-Unterstützung	70
2.7 Messung und Analyse des Bilanzrisikos mit Hilfe von Eventualforderungen	36	5.4 Beiträge zur Subventionierung von Nothilfe	71
2.8 Signalwirkung im Rahmen der Überwachung	37	5.5 Zahlungsrückstände von sechs Monaten oder länger gegenüber dem IWF, nach Art	78
2.9 ROSCs und Datenstandard-Initiativen	38	6.1 Programmbereiche der technischen Hilfe, GJ 2003–05	84
3.1 IEO-Überprüfung der Rolle des IWF von 1991 bis 2001 in Argentinien	46	6.2 Bereitstellung und Quellen der technischen Hilfe, GJ 2001–05	86
3.2 Schuldenumstrukturierung in der Karibik: Dominica, Dominikanische Republik und Grenada	50	6.3 Ausbildungsprogramme des IWF-Instituts für Bedienstete, GJ 2001–05	87
4.1 IEO-Evaluierung der IWF-Unterstützung für einkommensschwache Länder	55	6.4 Regionale Ausbildungsprogramme des IWF-Instituts	88
4.2 Einsatz der PRSPs zur Verbesserung der statistischen Daten in einkommensschwachen Ländern	56	6.5 Evaluierungsprogramm für technische Hilfe – GJ 2006–07	88
4.3 Funktionsweise der HIPC-Initiative	59	7.1 Verwaltungshaushalte für die Geschäftsjahre 2003–06	94
5.1 Der Finanzierungsmechanismus des IWF	64	7.2 Verteilung des Fach- und Führungspersonals nach Nationalität	97
5.2 Erwartungen im Vergleich zu Verpflichtungen	65	7.3 Gehaltsstruktur des IWF-Stabs	98
5.3 Finanztransaktionsplan	66	7.4 Verteilung des Personals nach Geschlecht	99
5.4 Die Kreditvergabekapazität des IWF	67	7.5 Verteilung des Personals nach Entwicklungs- und Industrieländern	100
5.5 Weitere Entschuldung über die HIPC-Initiative hinaus und ihre Finanzierung	69	Schaubilder	
5.6 Zwölfte und Dreizehnte Allgemeine Quotenüberprüfung	74	1.1 Reales Wachstum des Welt-BIP und Handelsvolumen	4
5.7 SZR-Bewertung und -Zinssatz	75	1.2 Entwicklung der Aktienkurse	5
5.8 Politik der Sicherungsbewertungen	77	1.3 Aufschlag auf Staatsanleihen	5
6.1 Handelsbezogene technische Hilfe und Aufbau von Institutionen	83	5.1 Ausstehende reguläre Kredite, 1995–April 2005	66
6.2 Das Informationsverwaltungssystem für technische Hilfe (TAIMS)	89	5.2 Kreditzusagekapazität des IWF für das folgende Jahr, 1995–April 2005	66
7.1 Stand der Diskussion im IWF über Quoten, Mitsprache und Vertretung	92	5.3 Ausstehende PRGF-Kredite, 1995–2005	67
7.2 Neues Gebäude der Zentrale	95	6.1 Technische Hilfe nach Region, GJ 2005	85
7.3 Sicherheitsmaßnahmen	96	6.2 Technische Hilfe nach Abteilung, GJ 2005	85
7.4 Vor-Ort-Vertreter	101	7.1 Veranschlagter Anteil der Mittel nach Primärleistung, GJ 2006	95
		7.2 Organigramm des IWF	102

Das Geschäftsjahr des IWF läuft vom 1. Mai bis zum 30. April.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das SZR; die Umrechnungen von Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und werden wegen der einfachen Lesbarkeit angegeben. Am 30. April 2005 lag der SZR/US-Dollar-Wechselkurs bei 1 US-\$ = 0,65929 SZR und der US-dollar/SZR-Wechselkurs bei 1 SZR = 1,51678 US-\$. Ein Jahr zuvor (am 30. April 2004) beliefen sich die Kurse auf 1 US-\$ = 0,68879 SZR und 1 SZR = 1,45183 US-\$.

In der englischen Fassung bedeutet „billion“ eine Milliarde und „trillion“ eine Billion; kleinere Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der in diesem Bericht verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Der Begriff wird hier auch für einige Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, für die aber auf getrennter und unabhängiger Basis statistische Daten erhoben werden.



Botschaft des Geschäftsführenden Direktors und Vorsitzenden des Exekutivdirektoriums

Das Geschäftsführungsteam, von links nach rechts:
Rodrigo de Rato, Geschäftsführender Direktor und Vorsitzender des Exekutivdirektoriums
Agustín Carstens, Stellvertretender Geschäftsführender Direktor
Anne O. Krueger, Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin
Takatoshi Kato, Stellvertretender Geschäftsführender Direktor

Der Jahresbericht des Exekutivdirektoriums des IWF an den Gouverneursrat des Fonds ist ein wichtiges Instrument der Rechenschaftslegung des IWF. Das Exekutivdirektorium, das die täglichen Geschäfte des Fonds führt, besteht aus 24 Exekutivdirektoren, die von den 184 Mitgliedsländern des IWF ernannt oder gewählt werden. Der Gouverneursrat, in dem jedes Mitgliedsland durch einen ranghohen Beamten vertreten ist – in fast allen Fällen der Finanzminister oder der Präsident der Zentralbank – ist die höchste Instanz des IWF. Der Jahresbericht ist aber nicht nur Ausdruck der Rechenschaftspflicht des Exekutivdirektoriums gegenüber dem Gouverneursrat. Durch die Veröffentlichung des Berichts legt der Fonds auch gegenüber der breiten Öffentlichkeit Rechenschaft ab. Heute zeigt sich diese Rechenschaftspflicht auch darin, dass die große Mehrheit der im Exekutivdirektorium diskutierten Berichte, die Zusammenfassungen der meisten Direktoriumsdiskussionen und ein beträchtlicher Teil des sonstigen Materials umgehend veröffentlicht wird. Dadurch wird deutlich, welchen hohen Wert der IWF der Transparenz beimisst.

Der Jahresbericht, der das Ende April 2005 abgelaufene Geschäftsjahr abdeckt, beschreibt einen Zeitraum, in dem die Institution trotz eines außergewöhnlich günstigen weltwirtschaftlichen Umfelds, in dem ernste Finanzkrisen ausblieben, sehr aktiv war. Das Wachstum der Weltwirtschaft war stark und die Inflation blieb gedämpft. Die Expansion wurde zwar nach wie vor hauptsächlich von den Vereinigten Staaten und China sowie von anderen aufstrebenden Marktwirtschaften in Asien angetrieben, die wirtschaftliche Entwicklung verbesserte sich jedoch in fast allen Regionen. Besonders hervorzuheben ist, dass Afrika südlich der Sahara 2004 das höchste Wachstum seit einem Jahrzehnt verzeichnete – ein ermutigender Impuls für die Armutsbekämpfung, die die Region so dringend braucht. Diese günstigen Entwicklungen waren zum großen Teil auf Verbesserungen in der Wirtschaftspolitik zurückzuführen, die in den letzten Jahren in einer Reihe von Mitgliedsländern zu verzeichnen waren – Verbesserungen, die der IWF in vielen Fällen aktiv unterstützt hat.

Das globale Wachstum war jedoch weiterhin beträchtlichen Risiken ausgesetzt, darunter chronische Zahlungsungleichgewichte und steigende Ölpreise, und die Umsetzung von Reformen, die erforderlich sind, um dauerhaftes starkes Wachstum verbunden mit einem hohen Beschäftigungsniveau zu sichern, stellte die Länder weiterhin vor Herausforderungen. Ein großer Teil der Arbeit des Fonds, insbesondere die Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsländern sowie der Weltwirtschaft und des Währungssystems, umfasste Beratung und Empfehlungen in Bezug auf Politikmaßnahmen, durch die diese Risiken und Herausforderungen angegangen werden. Der Fonds stellte in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern auch wieder Finanzhilfe für wirtschaftspolitische Programme bereit – Programme, die darauf zielen, nachhaltiges Wachstum zu fördern und Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten zu beheben.

Der weiterhin günstige wirtschaftliche Ausblick wird den Ländern voraussichtlich auch in Zukunft Chancen bieten, die sie nutzen sollten, um ihre Volkswirtschaft zu stärken. Die Aussicht auf eine Aufstockung der Finanzhilfe durch die internationale Gemeinschaft verbessert insbesondere für einkommensschwache Länder die Chancen, die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) zu erreichen. Dies gilt jedoch nur für den Fall, dass die Länder selbst die mutigen politischen Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung zu erhöhen. Auf internationaler Ebene muss sichergestellt werden, dass alle Länder ihre Verpflichtungen erfüllen, damit im Rahmen der Doha-Runde eine ehrgeizige Liberalisierung des Handels erreicht wird. Dadurch können auch schnellere Fortschritte bei der Bekämpfung der Armut erzielt werden.

Der IWF hat im Geschäftsjahr 2005 die Reform seiner eigenen Geschäftspolitik und -tätigkeit fortgesetzt. Wir überprüfen regelmäßig einige wichtige operationelle Aspekte unserer Geschäftspolitik, darunter die Überwachung und die Konditionalität in IWF-unterstützten Programmen.

Diese Überprüfungen einzelner Tätigkeitsbereiche sind Teil der Lern- und Reformkultur des IWF. Es ist jedoch auch wichtig, dass wir gelegentlich innehalten und unsere Institution aus einer Gesamtperspektive neu betrachten. Aus diesem Grunde habe ich wenige Monate nach Übernahme meines Amtes als Geschäftsführender Direktor im Juni 2004 eine Überprüfung der strategischen Ausrichtung des Fonds eingeleitet. Damit der IWF sich weiterhin so effektiv wie möglich für seine Mitgliedsländer und die Ziele, für die er gegründet wurde, einsetzen kann, muss er dazu in der Lage sein, seinen Mitgliedsländern zu helfen, die Kräfte zu bewältigen, die die Weltwirtschaft in den kommenden Jahren voraussichtlich prägen werden. Die strategische Überprüfung ist eine Gelegenheit, eine Reihe von Themenbereichen zu untersuchen und ihre Auswirkungen auf die Arbeit des Fonds zu erörtern. Dazu gehören die weltweiten Finanzströme, die regionale Integration, die Unterstützung der einkommensschwachen Länder bei der Bekämpfung der Armut und der Verwirklichung der MDGs sowie die Steuerungs- und Kontrollmechanismen im IWF.

Ich freue mich auf die Diskussion über die mittelfristige Strategie des Fonds auf der Jahrestagung der Gouverneure im September 2005. Es wird bereits deutlich, dass der IWF in seiner zukünftigen Entwicklung in

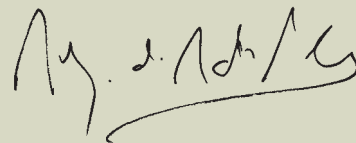
seinem Kernmandat verankert bleiben muss, das vor 61 Jahren im IWF-Übereinkommen festgelegt wurde: die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik zu fördern; ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels zu erleichtern; die Stabilität der Währungen zu fördern; bei der Sicherung eines multilateralen Zahlungssystems mitzuwirken; makroökonomische und finanzielle Stabilität, die für dauerhaftes Wachstum von entscheidender Bedeutung ist, zu fördern und Ländern zu helfen, Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten zu bewältigen. Der IWF ist eine internationale und heute sogar nahezu globale Organisation, in der Länder mit verschiedenen Perspektiven zusammenkommen können, um in Wirtschafts- und Finanzfragen zusammenzuarbeiten. Die Existenz einer Organisation und eines Forums mit diesem Kernmandat ist in den letzten sechs Jahrzehnten, die von einer zunehmenden internationalen wirtschaftlichen Integration und Interdependenz gekennzeichnet waren, für die Anforderungen der Welt immer relevanter geworden. Unsere Herausforderung besteht jetzt darin, die Effektivität des IWF bei der Erfüllung dieser Aufgaben noch weiter zu erhöhen, indem wir sicherstellen, dass der Fonds angesichts der raschen Entwicklung der Weltwirtschaft und des globalen Finanzsystems stets auf dem neuesten Stand ist.

Begleitschreiben an den Gouverneursrat

18. August 2005

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gemäß Artikel XII Abschnitt 7 Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Abschnitt 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2005 abgelaufene Geschäftsjahr vorzulegen. Im Einklang mit Abschnitt 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium für das am 30. April 2006 ablaufende Geschäftsjahr genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF in Kapitel 7 vorgelegt. Die geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung sowie der vom IWF verwalteten Konten für das am 30. April 2005 abgelaufene Geschäftsjahr werden zusammen mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Anhang VII präsentiert.



Rodrigo de Rato
*Geschäftsführender Direktor und
Vorsitzender des Exekutivdirektoriums*

Exekutivdirektorium

Stand vom 30. April 2005



Vereinigte Staaten

Nancy P. Jacklin
Meg Lundsager



Japan

Shigeo Kashiwagi
Michio Kitahara



Deutschland

Karlheinz Bischofberger
Gert Meissner



Armenien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Israel, Kroatien, e.j.R. Mazedonien, Republik Moldau, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern

Jeroen Kremers
Yuriy G. Yakusha



Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Spanien, Venezuela

Moisés Schwartz
Mary Dager



Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino, Timor-Leste

Pier Carlo Padoan
Miranda Xafa



Ägypten, Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Arabische Republik Syrien, Vereinigte Arabische Emirate

A. Shakour Shaalan
Oussama T. Kanaan



Saudi-Arabien

Sulaiman M. Al-Turki
Abdallah S. Alazzaz



Brunei Darussalam, Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokr. Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam

Hooi Eng Phang
Made Sukada



Russische Föderation

Aleksei V. Mozhin
Andrei Lushin



Islamische Republik Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien

Abbas Mirakhor
Mohammed Daïri



Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kolumbien, Panama, Suriname, Trinidad und Tobago

Murilo Portugal
Roberto Steiner



Frankreich

Pierre Duquesne
Olivier Cuny



Vereinigtes Königreich

Tom Scholar
Andrew Hauser



Belarus, Belgien,
Kasachstan, Luxemburg,
Österreich, Slowakische
Republik, Slowenien,
Tschechische Republik,
Türkei, Ungarn

Willy Kiekens
Johann Prader



Antigua und Barbuda,
Bahamas, Barbados,
Belize, Dominica,
Grenada, Irland,
Jamaika, Kanada,
St. Kitts und Nevis,
St. Lucia,
St. Vincent und
die Grenadinen

Kevin G. Lynch
Charles X. O'Loghlin



Dänemark, Estland,
Finnland, Island,
Lettland, Litauen,
Norwegen, Schweden

Jon A. Solheim
David Farelius



Australien, Kiribati, Korea,
Marshallinseln, Föderierte
Staaten von Mikronesien,
Mongolei, Neuseeland,
Palau, Papua-Neuguinea,
Philippinen, Salomonen,
Samoa, Seychellen,
Vanuatu

Jong Nam Oh
Richard Murray



Angola, Äthiopien,
Botsuana, Burundi,
Eritrea, Gambia, Kenia,
Lesotho, Malawi,
Mosambik, Namibia,
Nigeria, Sambia, Sierra
Leone, Südafrika,
Sudan, Swasiland,
Tansania, Uganda

Peter J. Ngumbullu
Peter Gakunu



China

WANG Xiaoyi
GE Huayong



Aserbaidschan,
Kirgisische Republik,
Polen, Schweiz, Serbien
und Montenegro,
Tadschikistan,
Turkmenistan,
Usbekistan

Fritz Zurbrügg
Andrzej Raczko



Bangladesch,
Bhutan, Indien,
Sri Lanka

B.P. Misra
Amal Uthum Herat



Argentinien, Bolivien,
Chile, Paraguay,
Peru, Uruguay

Héctor R. Torres
Javier Silva-Ruete



Äquatorialguinea, Benin,
Burkina Faso, Côte d'Ivoire,
Dschibuti, Gabun, Guinea,
Guinea-Bissau, Kamerun,
Kap Verde, Komoren,
Demokr. Republik Kongo,
Republik Kongo,
Madagaskar, Mali,
Mauretanien, Mauritius,
Niger, Ruanda, São Tomé
und Príncipe, Senegal, Togo,
Tschad, Zentralafrikanische
Republik

Damian Ondo Mañe
Laureen W. Rutayisire



Überblick

Das Geschäftsjahr 2005, der Zeitraum, der von diesem Jahresbericht erfasst wird¹, war eine wichtige Phase in der Entwicklung des Fonds. Der 60. Jahrestag der Konferenz von Bretton Woods, die im Juli 1944 stattfand und auf der die Gründung von IWF und Weltbank beschlossen wurde, war ein Meilenstein für diese Institutionen. Rodrigo de Rato wurde mit Wirkung von Anfang Juni 2004 vom Exekutivdirektorium zum Geschäftsführenden Direktor des IWF ernannt und unter seiner Führung leitete der Fonds eine breit gefasste strategische Überprüfung seiner Tätigkeiten ein. Des Weiteren wurden einige andere, bereits laufende gezielte Überprüfungen abgeschlossen.

Die Arbeit, die der IWF im Berichtsjahr geleistet hat, wird in den folgenden Kapiteln näher erläutert. Die Arbeit des Fonds wird maßgeblich von den Entwicklungen in der Weltwirtschaft und in den Volkswirtschaften der 184 Mitgliedsländer bestimmt. Dabei muss der IWF die Herausforderungen vorhersehen, die diese Entwicklungen mit sich bringen. Diese Einführung gibt einen kurzen Überblick über die Aktivitäten des Fonds und stellt sie in den Rahmen der weltwirtschaftlichen Entwicklungen.

Die Weltwirtschaft

Im letzten Jahr verzeichnete die Weltwirtschaft das schnellste Wachstum seit drei Jahrzehnten. Die wirtschaftliche Entwicklung verbesserte sich in fast allen Regionen der Welt, die Inflation blieb gedämpft und es gab keine ersten Finanzkrisen. Das internationale Umfeld für die Geschäftstätigkeit des Fonds war also sehr günstig. Die Entwicklung verlief jedoch nicht völlig reibungslos: Die Ölpreise stiegen stark an, es gab anhaltende

geopolitische Unsicherheiten, die globalen Zahlungungleichgewichte weiteten sich aus und viele Mitgliedsländer des Fonds hatten weiterhin mit beträchtlichen sozialen und wirtschaftlichen Problemen, darunter die Armut, zu kämpfen.

Gleichzeitig boten die günstige weltwirtschaftliche Lage und der positive Ausblick eine große Chance, die Wirtschaftsreformen einzuleiten und umzusetzen, die erforderlich sind, um tief sitzende Probleme anzugehen. Sie boten dem Fonds außerdem die Möglichkeit, eine breit gefasste Überprüfung seiner strategischen Ausrichtung einzuleiten, um seine Rolle und Aktivitäten in den sich ändernden Rahmenbedingungen der kommenden Jahre zu beurteilen.

Das Geschäftsjahr 2005 war gekennzeichnet von einer bemerkenswerten Expansion der Weltwirtschaft. Im Kalenderjahr 2004 wurde ein Wachstum von 5,1 Prozent verzeichnet, das schnellste Jahreswachstum seit fast dreißig Jahren. Im ersten Quartal des Jahres 2005 (das letzte Quartal des IWF-Geschäftsjahres) war das Wachstum kräftiger als erwartet. Noch überraschender und erfreulicher war die Tatsache, dass dieses rasche Wachstum in allen Regionen der Welt festzustellen war, einschließlich Regionen wie Lateinamerika, der Nahe Osten und Afrika südlich der Sahara, wo das Wachstum tendenziell weit zurück lag.

Die Vereinigten Staaten blieben das Industrieland mit der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaft. Die kräftige konjunkturelle Erholung, die auf den im Zeitraum 2001-02 verzeichneten leichten Abschwung folgte, hielt an und blieb eine Stütze für die globale Expansion. In Japan legte der Konjunkturaufschwung, der 2003 begann, Mitte und Ende 2004 eine Pause ein, erhielt jedoch Anfang 2005 neuen Auftrieb. Das Wachstum im Euroraum blieb enttäuschend und die Binnennachfrage blieb schwach, insbesondere in Deutschland.

¹1. Mai 2004 bis 30. April 2005 (Geschäftsjahr 2005).

Die meisten Schwellen- und Entwicklungsländer verzeichneten ein relativ schnelles Wachstum. Das Wachstum in Asien wurde angetrieben durch die weiterhin starke Expansion in China und das rasche Wachstum in Indien. Die aufstrebenden Länder in Asien waren die am schnellsten wachsende Region. In den meisten Regionen Lateinamerikas gab es Anzeichen für eine kräftige Erholung, der Nahe Osten verzeichnete ein höheres Wachstum als erwartet und Afrika südlich der Sahara verzeichnete das schnellste Wachstum seit acht Jahren. Und trotz des schwachen Wachstums der Handelspartner im Euroraum hielt die starke Expansion in den Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) an.

Der Welthandel wuchs sogar noch schneller als die Produktion, um neun Prozent im Jahr 2004. Der langfristige Trend, nach dem der Handel im Verhältnis zur Produktion steigt, wurde also fortgesetzt, und es bestätigte sich wieder einmal, wie wichtig das Handelswachstum für das Wirtschaftswachstum ist. Anfang 2005 gab es allerdings Anzeichen für eine Verlangsamung des Handelswachstums, die möglicherweise auf das in einigen Ländern festzustellende langsamere Wachstum im verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen war.

Die Inflation stieg in den meisten Teilen der Welt gegenüber 2003 leicht an, blieb im Allgemeinen jedoch gedämpft, was ebenfalls zur starken globalen Expansion beitrug. Es ist in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher geworden, dass eine niedrige Inflation von entscheidender Bedeutung ist für dauerhaftes und schnelles Wachstum, das den verlässlichsten Weg zur dauerhaften Armutsreduzierung darstellt, die für viele IWF-Mitglieder eine hohe Priorität besitzt.

Die starke globale Expansion, und insbesondere ihre breite Ausdehnung, ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, dass viele Länder angemessene Politikmaßnahmen ergriffen haben. In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, wie wichtig ein stabiler makroökonomischer Rahmen für starkes Wachstum ist, das über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten werden kann. Eine solide makroökonomische Politik ermöglicht es den Ländern, Konjunkturabschwünge, die im Konjunkturzyklus zwangsläufig auftreten, besser zu überstehen und sie erhöht die Widerstandskraft der Volkswirtschaften gegenüber Schocks.

Weltwirtschaftliche Risiken

Das schnelle Wachstum der Weltwirtschaft im Geschäftsjahr 2005 brachte Chancen und Herausforderungen für die IWF-Mitglieder und den IWF mit sich. Zwei Problembereiche warfen jedoch einen Schatten auf den Weltwirtschaftsausblick: höhere Ölpreise und große globale Zahlungungleichgewichte.

Die steigenden Ölpreise bargen Risiken für die Öl importierenden Länder und waren besonders schmerzhaft für die einkommensschwachen Länder. Das Ausmaß der Probleme, die die höheren Energiepreise in den einzelnen Ländern darstellten, hing von der Energieintensität der Produktion und des Verbrauchs, den Auswirkungen auf das reale Austauschverhältnis und der Flexibilität ab, mit der die Volkswirtschaften auf Schocks reagierten. Die Erfahrungen mit früheren Ölpreisschocks haben gezeigt, dass höhere Ölpreise auch Risiken für die Öl exportierenden Länder mit sich bringen. Steigende Öleinnahmen verleiten die verantwortlichen Politiker tendenziell dazu, die fiskalische Disziplin stärker zu lockern als wünschenswert wäre. Die Geschichte zeigt, dass sowohl die Regierungen der Industrieländer als auch die der Entwicklungsländer vor großen Herausforderungen stehen, wenn sie über unerwartete Öleinnahmen verfügen und gleichzeitig die makroökonomische Stabilität bewahren sollen.

Der IWF und viele politische Entscheidungsträger waren auch im Geschäftsjahr 2005 besorgt über die Möglichkeit einer plötzlichen Anpassung der globalen Zahlungungleichgewichte. Diese Sorge richtete sich vor allem auf das große und steigende Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten und die damit zusammenhängenden Überschüsse in Japan, den aufstrebenden Ländern Asiens, den Öl produzierenden Ländern des Nahen Ostens und anderen Ländern. Der IWF wies darauf hin, dass die internationale Gemeinschaft als Ganzes für die Beseitigung dieser Ungleichgewichte verantwortlich ist und sprach sich aus für eine breit angelegte Strategie, die folgende Elemente enthält: eine mittelfristige Konsolidierung der Staatsfinanzen in den Vereinigten Staaten, weitere Strukturreformen zur Stärkung des Wachstums von Nachfrage und Produktion in Europa und Japan sowie Schritte zu einer größeren Wechsel-

kursflexibilität auf der Grundlage einer weiteren Finanzsektorreform in den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens. Es herrschte weitgehend Einvernehmen, dass die Umsetzung dieser Strategie dazu beitragen würde, diese Ungleichgewichte auf geordnete Weise zu korrigieren und eine plötzliche und schmerzliche Anpassung zu verhindern.

Die Sorge, dass steigende Ölpreise und globale Ungleichgewichte das globale Wachstum schwächen, bewahrheitete sich im Prüfungszeitraum zwar nicht, sie zerstreute sich aber auch nicht. Wenn die hohen Ölpreise anhalten, werden einige Länder anfälliger bleiben, als dies sonst der Fall wäre. Und ohne weit reichende wirtschaftspolitische Anpassungen bleiben die globalen Ungleichgewichte ein Risiko für das zukünftige globale Wachstum.

Gleichzeitig brachte die Expansion der Weltwirtschaft auch Chancen mit sich. Kurzfristig besteht für viele Länder die größte Chance darin, die Politikmaßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die heutigen Wachstumsraten tragfähig zu machen und diese nachhaltigen Wachstumsraten dann anschließend zu erhöhen. Dazu gehört eine Fiskalpolitik, die das Haushaltsdefizit zurückführt und in Zeiten des Konjunkturabschwungs eine konjunkturelle Gegensteuerung ermöglicht. Viele Industrie- und Entwicklungsländer haben ein Haushaltsdefizit, das für den konjunkturellen Höhepunkt zu hoch ist und den Handlungsspielraum im Falle eines Konjunkturabschwungs verringert. Eine Verbesserung des langfristigen Wachstumspotenzials erfordert außerdem den Abbau von strukturellen Hemmnissen für schnelleres Wachstum, d.h. die Flexibilisierung der Arbeits- und Gütermärkte sowie die Liberalisierung des Handels. Solche politischen Anpassungen würden sowohl den Industrie- als auch den Entwicklungsländern zugute kommen.

Die Stärkung der Fiskalpolitik und die Durchführung von Maßnahmen, die die Volkswirtschaften flexibler machen und dadurch ein schnelleres Wachstum ermöglichen, stellen die politischen Entscheidungsträger, die ihren Wählern Rechenschaft ablegen müssen, zwangsläufig vor große Herausforderungen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass Reformen Zeit brauchen, um spürbare Erfolge in Form von größerem Wachstum zu bringen. Die Geschichte zeigt zwar, dass notwendige Reformen

manchmal auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten durchgeführt werden, wenn der Anpassungsdruck hoch ist, Zeiten mit relativ hohem globalem Wachstum bieten jedoch das beste Umfeld für die Durchführung von Wirtschaftsreformen.

Das Gleiche gilt für die längerfristige Reformagenda, bei der immer deutlicher wird, dass die bevorstehenden demografischen Veränderungen eine große Anzahl von IWF-Mitgliedsländern vor beträchtliche Herausforderungen stellen. Der Anteil der Nichterwerbstätigen im Rentenalter an der Gesamtbevölkerung nimmt in vielen Industrieländern bereits zu und in einigen großen aufstrebenden Marktwirtschaften wie China oder Korea wird die Abhängigkeitsquote – definiert als die Zahl der Rentner in Relation zur Erwerbsbevölkerung – kurz- bis mittelfristig ebenfalls beträchtlich steigen. In den anderen aufstrebenden Marktwirtschaften werden die vollen Auswirkungen dieses demografischen Wandels in der nächsten Zukunft zwar noch nicht spürbar sein, aber in vielen dieser Länder sind die öffentlichen Finanzen auf Grund der bestehenden unterfinanzierten Pensionsverpflichtungen schon jetzt unter Druck. Es gibt immer mehr Anzeichen dafür, dass die Anpassungsmaßnahmen, sei es bei den Rentenbeiträgen, bei den Rentenleistungen, beim Rentenalter (oder in einer Kombination aller drei Faktoren), weitaus weniger schmerzhaft sind, wenn die demografischen Probleme frühzeitig angegangen werden als wenn die Korrekturmaßnahmen verschoben werden.

Die Arbeit des Fonds

Das Mandat des IWF ist im IWF-Übereinkommen klar definiert: makroökonomische und finanzielle Stabilität auf globaler und nationaler Ebene zu fördern, die internationale Zusammenarbeit in Währungsfragen im Interesse aller Mitglieder zu stärken, ein liberales Handels- und Zahlungssystem zu unterstützen und, so weit wie möglich, internationale Krisen zu verhindern. Die Ziele sind klar, die Lösungsansätze zur Erreichung dieser Ziele ändern sich aber zwangsläufig mit der Zeit. Der Fonds ist eine lernende Institution und muss es auch bleiben. Er ist ständig bestrebt, seine Arbeit zu verbessern, unter anderem indem er seinen öffentlichen und nicht-öffentlichen Gesprächspartnern Gehör verleiht und von ihnen

lernt. Er ist bemüht, sich ständig im Lichte seiner Erfahrungen weiterzuentwickeln. Er ist jedoch auch bestrebt, präventiv tätig zu werden, indem er Herausforderungen antizipiert und rechtzeitig darauf reagiert – ein wichtiger Teil seiner Arbeit im Bereich der Krisenprävention.

Im Geschäftsjahr 2005 bestand eine große Herausforderung des Fonds darin, sich einerseits effektiv für Politikmaßnahmen, einschließlich Reformen, einzusetzen, die auf nationaler Ebene makroökonomische Stabilität, schnelles Wachstum, einen steigenden Lebensstandard und die Bekämpfung der Armut fördern, und andererseits in einem außergewöhnlich günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld für vorbeugende Maßnahmen einzutreten.

Die Überwachungstätigkeit des IWF, eine seiner Kernaufgaben, ist nach wie vor das wichtigste Instrument, durch das sich der IWF für angemessene Politikmaßnahmen einsetzt. Wie in Kapitel 1 ausführlicher beschrieben wird, hat die Überwachungsarbeit des Fonds drei Dimensionen: die globale, regionale und nationale. Auf der globalen Ebene beurteilt der Fonds durch Instrumente wie den *World Economic Outlook* und den *Global Financial Stability Report* die internationalen Aussichten und überprüft und erläutert die Risiken, denen seine wichtigsten Voraussetzungen ausgesetzt sind. Auf der regionalen und nationalen Ebene beurteilt der Fonds, hauptsächlich durch seine Arbeit im Bereich der Artikel-IV-Konsultationen, die nationalen Politikmaßnahmen und Ziele sowie die damit zusammenhängenden Risiken und empfiehlt geeignete Korrekturmaßnahmen.

Die Politikberatung des IWF, die das Exekutivdirektorium im Rahmen der Artikel-IV-Gespräche bereitstellt, stand im Zeichen der oben erwähnten Sorgen über die steigenden Ölpreise und die globalen Ungleichgewichte. Bei der Erstellung der Artikel-IV-Berichte für Länder, in denen die makroökonomische Stabilität noch nicht erreicht ist, konzentrierte sich der IWF-Stab auf Politikmaßnahmen, die darauf zielen, geeignete Reformen im Bereich der öffentlichen Haushalte durchzuführen, die Inflation zu senken und die Voraussetzungen für dauerhaftes und schnelles Wachstum zu schaffen. In den vielen anderen Mitgliedsländern, in denen bereits ein stabiler makroökonomischer Rahmen existiert, konzentrierte sich die

IWF-Beratung mehr auf Strukturreformen, die darauf zielen, die mittelfristige Nachhaltigkeit zu sichern und das Produktionspotenzial sowie das Wachstum zu erhöhen. Langfristigen Themen wie dem demografischen Wandel wurde dabei ebenfalls Aufmerksamkeit geschenkt. Der IWF-Stab und das Exekutivdirektorium sind stets bemüht, konstruktiv vorzugehen, wenn Schwachpunkte in der Wirtschaftspolitik herausgestellt und bessere Alternativen vorgeschlagen werden. Der Stab und das Direktorium halten es außerdem für wichtig, soliden makroökonomischen Politikmaßnahmen, die in den Artikel-IV-Konsultationen herausgestellt werden, zuzustimmen.

Neben seiner Geschäftstätigkeit mit den Mitgliedsländern überprüfte der IWF im Geschäftsjahr 2005 auch andere Aktivitäten. Die Kernaufgaben des IWF, die von seinen Gründern vor über 60 Jahren festgelegt wurden, bleiben von entscheidender Bedeutung für die effektive Funktionsweise des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems. Aber ebenso wie nationale Volkswirtschaften und die nationale Wirtschaftspolitik sich anpassen müssen, um mit den weltwirtschaftlichen Entwicklungen Schritt zu halten, muss auch der Fonds dazu bereit sein, seine Vorgehensweise ständig zu überprüfen, um eine optimale Arbeit für seine Mitgliedsländer sicherzustellen. Die IWF-Empfehlungen an die Mitgliedsländer betonen die Bedeutung einer ständigen Weiterentwicklung und dieser Grundsatz gilt auch für die Arbeit und die Arbeitsmethoden des Fonds. Die Transparenz, die im Laufe der letzten zehn Jahre ein entscheidendes Element in der Arbeit des IWF geworden ist, ermöglicht es dem Fonds, offene und weitreichende Überprüfungen seiner Aktivitäten durchzuführen und dabei die Bedürfnisse aller Mitglieder zu berücksichtigen, ohne den Eindruck zu erwecken, er beschäftige sich zu sehr mit sich selbst.

Im Geschäftsjahr 2005 wurden eine Reihe von Überprüfungen abgeschlossen, die sich auf verschiedene Aspekte der IWF-Arbeit bezogen. Von zentraler Bedeutung waren die zweijährliche Überprüfung der Überwachungsarbeit des Fonds einschließlich einer Beurteilung der immer wichtiger werdenden Finanzsektor-Überwachung (siehe Kapitel 2) sowie eine erneute Überprüfung der Auflagen, die erste seit dem Zeitraum 2000-02 (siehe Kapitel 3). Die Berichte des Unabhängigen

Evaluierungsbüros boten die Gelegenheit, zum Beispiel die steigende Rolle der technischen Hilfe des IWF sowie die Rolle des Fonds im Vorfeld der Argentinienkrise 2001 zu überprüfen.

Der IWF hat das relativ günstige weltwirtschaftliche Umfeld genutzt, um eine umfassende Überprüfung seiner strategischen Ausrichtung einzuleiten. Diese Bestandsaufnahme kommt zur rechten Zeit. Das globale Wirtschafts- und Finanzsystem hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten dramatisch weiterentwickelt und der Fonds hat als Reaktion darauf im Rahmen der breiter gefassten Reform der internationalen Finanzarchitektur beträchtliche Änderungen vorgenommen, insbesondere in den letzten zehn Jahren. Da diese Initiativen inzwischen Wirkung zeigen, ist es jetzt an der Zeit innezuhalten und einen Blick auf die zukünftigen Herausforderungen zu werfen. Die strategische Überprüfung wurde im Jahre 2004 eingeleitet und die Arbeit an der mittelfristigen Strategie des Fonds – die ein Leitfaden für die Entscheidungsfindung in Bezug auf den mittelfristigen Haushaltsrahmen und das mittelfristige Arbeitsprogramm sein soll – soll vor der Jahrestagung im September 2005 abgeschlossen werden, so dass die Schlussfolgerungen im Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) erörtert werden können.

Die strategische Überprüfung stützt sich auf ein gemeinsames Verständnis der Ziele des IWF: Während des Prüfungsprozesses wurde sehr schnell klar, dass im Direktorium weitgehend Einvernehmen über die im IWF-Übereinkommen festgelegte Kernaufgabe des Fonds besteht. Der Fonds braucht jedoch klare Prioritäten, wenn er seine Hauptziele effektiv erreichen will. Die strategische Überprüfung konzentriert sich auf die Frage, wie der Fonds sein Mandat am besten erfüllen kann; sie zielt darauf, Prioritäten für die zukünftige Arbeit des Fonds zu entwickeln und Zielkonflikte sowie möglicherweise erforderliche organisatorischen Änderungen zu erkennen. Die Verabschiedung eines mittelfristigen Haushaltsrahmens ist ein Schlüsselement dieser Anstrengungen, das es ermöglicht, Prioritäten festzulegen und regelmäßig zu überprüfen.

Überwachung, Finanzhilfe und technische Hilfe bleiben also die wichtigsten Elemente der Arbeit des Fonds. Ihre Effektivität hängt jedoch davon ab, dass sie ständig weiterentwickelt werden, um dem sich ändernden

globalen finanziellen Umfeld und den sich ändernden Bedürfnissen der Mitgliedsländer gerecht zu werden. Das schnelle Wachstum der privaten Kapitalströme hat zum Beispiel weit reichende Auswirkungen auf das internationale Finanzsystem. Diese Kapitalströme können den Zugang der Industrie- und Entwicklungsländer zu Investitionskapital verbessern und die Effizienz der Ressourcenverteilung erhöhen. Sie können jedoch auch große Risiken für einzelne Länder und die Weltwirtschaft als Ganzes mit sich bringen.

Auf Grund der zunehmenden Interdependenz der Volkswirtschaften wird es immer wichtiger, dass die internationale Gemeinschaft den einzelnen Ländern hilft, Politikmaßnahmen umzusetzen, die den heimischen und globalen Wohlstand fördern. Der IWF ist mit seiner nahezu globalen Mitgliedschaft und seinem Mandat, die internationale Zusammenarbeit bei Währungsfragen zu fördern und eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik zu unterstützen, ein natürliches Forum für multilaterale Zusammenarbeit zur Förderung von Stabilität und Wachstum in der Weltwirtschaft. Er ist dafür verantwortlich Ländern zu helfen, die makroökonomischen Politikmaßnahmen und Institutionen optimal zu konzipieren – eine Verantwortung, die die Qualität, die Überzeugungskraft und die Fokussierung seiner Politikberatung in den Vordergrund rückt. Eine besondere Herausforderung besteht in diesem Zusammenhang darin, dass der Fonds seine Geschäftstätigkeit auf Bereiche konzentrieren muss, die für die einzelnen Mitgliedsländer entscheidend sind, ohne dabei die Ausgewogenheit zu verlieren. Dies ist besonders wichtig, da in den letzten Jahren immer deutlicher geworden ist, dass Stabilität und Wachstum von einem breiten Fächer struktureller und institutioneller Faktoren abhängen. In einer Welt, in der die Kapitalmärkte immer integrierter werden, ist es außerdem wichtig, dass der Fonds sein Wissen über Kapitalströme und ihre Auswirkungen ständig weiterentwickelt. Dadurch wird die Basis seiner Beratung in vielen Bereichen gestärkt, die für die Mitglieder wichtig sind: solide heimische Finanzsysteme, Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten sowie Reduzierung der Anfälligkeit gegenüber Kapitalbilanzschocks und volatilen Kapitalströmen.

Die strategische Überprüfung hat die Bedeutung der IWF-Arbeit in

einkommensschwachen Ländern unterstrichen: Was kann der Fonds tun, um diese Länder noch stärker zu unterstützen, insbesondere bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele? Der Prozess der Armutsbekämpfungsstrategien ist eines der Instrumente, die der Fonds einsetzt, um seiner Verantwortung in diesem Bereich gerecht zu werden. Die während des Berichtszeitraums in einigen einkommensschwachen Ländern festzustellende verbesserte makroökonomische Entwicklung ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass inzwischen allgemein anerkannt wird, dass makroökonomische Stabilität eine Voraussetzung dafür ist, die Wachstumsraten auf ein Niveau zu heben, das zu einer beträchtlichen und dauerhaften Reduzierung der Armut führen kann. Und die in vielen armen Ländern durchgeführten makroökonomischen Reformen haben bereits zu Erfolgen geführt, wie zum Beispiel niedrigere Inflation, schnelleres Wachstum und schnellere Reduzierung der Armut. Zusätzliche Transfers der Gebergemeinschaft könnten einigen einkommensschwachen Mitgliedern dabei helfen, auf den bisher erzielten Erfolgen aufzubauen, sofern die Mittel dazu eingesetzt werden, Politikmaßnahmen, die dauerhaftes Wachstum fördern, zu stärken anstatt sie zu ersetzen. Der IWF muss in diesem Zusammenhang klar definieren, wie seine Aktivitäten – Überwachung, Finanzierungsinstrumente, die Konzeption der Programme, die er unterstützt, technische Hilfe und möglicherweise weitere Schuldenerleichterung – gestaltet werden sollten, um den besonderen Gegebenheiten dieser Länder zu entsprechen.

Die strategische Überprüfung hat bestätigt, dass die Bereitstellung vorübergehender Finanzhilfe an Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanz-

problemen ein zentrales Element der IWF-Arbeit bleibt. Der Fonds ist ständig bestrebt sicherzustellen, dass seine Finanzmittel effizient eingesetzt werden und dass die Bedürfnisse der Mitgliedschaft als Ganzes optimal erfüllt werden. Das bedeutet, dass der revolvierende Charakter der IWF-Mittel geschützt werden muss und dass die Länder versuchen sollten, keine finanzielle Unterstützung des Fonds mehr in Anspruch zu nehmen, sobald sie dazu in der Lage sind. Der Fonds muss seine Kreditinstrumente entsprechend strukturieren, und die Laufzeiten und Gebühren der IWF-Finanzhilfe, die im Geschäftsjahr 2006 überprüft werden, sind ein wichtiges Element in dieser Hinsicht. Ein Problem, das noch aussteht, ist die Frage, unter welchen Umständen und in welcher Höhe IWF-Kredite vergeben werden sollten. Dies gilt auch für die Fälle, in denen Länder ein Gütesiegel für einen soliden politischen Kurs wünschen, aber keine Finanzhilfe benötigen sowie für Kapitalbilanzkrisen.

Das vergangene Jahr war für den IWF in mancher Hinsicht eine Zeit intensiver Reflexion, die fortgesetzt wird, wenn die in der strategischen Überprüfung aufgeworfenen Fragen eingehender untersucht werden. Eine solche Reflexion ist sinnvoll in einer Institution, die ständig in der Lage sein muss, den Anforderungen ihrer Mitglieder und des gesamten internationalen Finanzsystems in einer von ständigem Wandel gekennzeichneten Weltwirtschaft gerecht zu werden. Um diese Aufgaben effektiv erfüllen zu können, muss der Fonds bereitstehen und in der Lage sein, manchmal sehr schnell auf veränderte Gegebenheiten zu reagieren. Ein mittelfristiger Rahmen, der es dem Fonds erlaubt, Prioritäten zu setzen und diese auf transparente Weise anzupassen, könnte sehr weit reichende positive Auswirkungen haben.

I N T E R N A T I O N A L E R W Ä H R U N G S F O N D S



JAHRESBERICHT | **2005**



Die Praxis der Überwachung im Geschäftsjahr 2005

KAPITEL | **1**

Die Überwachung stellt eine der drei Hauptaktivitäten des IWF dar. Die beiden anderen Hauptaktivitäten sind die finanzielle und die technische Unterstützung seiner Mitgliedsländer. Während die finanzielle und technische Unterstützung, auf die in den Kapiteln drei bis sechs eingegangen wird, nur Ländern gewährt wird, die sie beantragen und benötigen, überwacht der IWF kontinuierlich die Volkswirtschaften aller Mitgliedsländer sowie die Weltwirtschaft und das Weltfinanzsystem. Die Aufgaben des IWF in diesem Bereich sind in Artikel IV des IWF-Übereinkommens beschrieben. Sie bestehen darin, das Weltwährungssystem zu überwachen, um dessen effektive Funktionsweise zu gewährleisten, und zu prüfen, inwieweit jedes einzelne Mitgliedsland seine Verpflichtungen zur Zusammenarbeit mit dem IWF und anderen Mitgliedern erfüllt, um ein geordnetes und stabiles Wechselkursystem, eine größere wirtschaftliche und finanzielle Stabilität sowie ein solides Wirtschaftswachstum zu fördern. Der Beitrag des IWF zur Vermeidung von Finanz- und Wirtschaftskrisen erfolgt hauptsächlich durch seine Überwachungsaktivitäten.

Der IWF übt seine Überwachung durch die Beobachtung der Wirtschafts- und Finanzentwicklung und durch Konsultationen mit den Behörden der Mitgliedsländer aus. Die Überwachung wird auf globaler und regionaler Ebene sowie auf Länderebene durchgeführt.

Im Rahmen der *globalen (oder „multilateralen“)* Überwachung beobachtet der IWF die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungen an den internationalen Kapitalmärkten und bewertet die globalen Auswirkungen von bedeutsamen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen wie die Lage am Ölmarkt oder außenwirtschaftliche Ungleichgewichte. Die Geschäftsleitung und der Mitarbeiterstab des IWF beteiligen sich auch an wirtschaftspolitischen Diskussionen der Finanzminister, Notenbankgouverneure und anderer Amtsträger, die in verschiedenen Gruppen durchgeführt werden. Dazu gehören die Gruppe der sieben führenden Industrieländer (G7), die Gruppe der 20 Industrie- und Schwellenländer (G20) und die Gruppe der 24 Entwicklungsländer (G24).

In seiner *länderbezogenen (oder „bilateralen“)* Überwachung pflegt der IWF den Dialog mit jedem einzelnen Mitgliedsland über Entwicklungen in der jeweiligen Volkswirtschaft und über nationale und internationale Auswirkungen seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik.

In der *regionalen Überwachung* untersucht der IWF wirtschaftspolitische Maßnahmen, die im Rahmen von regionalen Vereinbarungen wie dem Eurogebiet, der Ostkaribischen Währungsunion (ECCU) und der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (WAEMU) ergriffen werden, sowie die regionalen Auswirkungen von globalen Entwicklungen.

Zu den Höhepunkten der Überwachung des IWF im Geschäftsjahr 2005 zählen (siehe Kasten 1.1 für eine Zusammenfassung der wichtigsten Wirtschafts- und Finanzentwicklungen im Geschäftsjahr 2005):

- Die halbjährlichen Beurteilungen der Weltwirtschaft durch das Exekutivdirektorium, die im September 2004 und im März 2005 im „Weltwirtschaftsausblick“ (*World Economic Outlook – WEO*) veröffentlicht wurden, konzentrierten sich insbesondere auf Maßnahmen zur Beseitigung der globalen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte, die Auswirkungen eines weltweiten Anstiegs der Zinssätze und die Entwicklungen an den Ölmärkten. Im März 2005 erwarteten die Exekutivdirektoren für den Rest des Jahres ein solides Wachstum, das aber Risiken durch ein zunehmend ungleichgewichtiges Wachstum, eine deutliche Straffung der Bedingungen an den Finanzmärkten und einen weiteren steilen Anstieg der Ölpreise ausgesetzt sei.
- Im August 2004 und März 2005 erörterte das Direktorium die Entwicklungen an den Finanzmärkten, die in dem veröffentlichten halbjährlichen „Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems“ (*Global Financial Stability Report – GFSR*) dargestellt sind. Das Direktorium verwies dabei auf die größere Widerstandsfähigkeit des globalen Finanzsystems, aber auch auf die gestiegenen Risiken einer Korrektur der Marktentwicklungen auf Grund der überreichlichen Liquiditätsversorgung und der niedrigeren Risikoprämien.
- Bei einem Seminar über die Lage am Ölmarkt, das im März 2005 stattfand, stimmten die Direktoren darin überein, dass die Marktsituation wahrscheinlich auf absehbare Zeit angespannt bleibt. Als Ursache dafür wurden der anhaltende Anstieg der globalen Nachfrage, die an ihre Grenzen gestoßene Ölförderung in den Nicht-OPEC-Ländern sowie potenzielle Angebotstörungen genannt.
- Der IWF schloss Konsultationen mit 130 Mitgliedsländern ab. In einigen Fällen beinhalteten diese Konsultationen eine strategische Bestandsaufnahme. Sie wurde

Kasten 1.1 Wichtige Wirtschafts- und Finanzentwicklungen im Zeitraum Mai 2004 bis April 2005

Das Wachstum der Weltwirtschaft betrug im Jahr 2004 5,1 Prozent und war damit das stärkste in den vergangenen drei Jahrzehnten (siehe Schaubild 1.1). Besonders erfreulich war das starke Wachstum in vielen der ärmsten Länder, einschließlich der afrikanischen Staaten südlich der Sahara, wo das durchschnittliche Wachstum den höchsten Wert in den letzten zehn Jahren erreichte. Nach dem außergewöhnlich starken Anstieg im Jahr 2004 ließ das globale Wachstum Anfang 2005 etwas nach, blieb aber solide. Dieses Gesamtbild verdeckt jedoch die zunehmenden Wachstumsdivergenzen zwischen den Regionen, wobei die Vereinigten Staaten und China weiterhin den Aufschwung anführen, gefolgt vom robusten Wachstum in den aufstrebenden Marktwirtschaften und Entwicklungsländern. Im Gegensatz dazu blieb das Wachstum im Eurogebiet und in Japan in der zweiten Jahreshälfte 2004 unterdurchschnittlich. Diese Entwicklungen standen im Zusammenhang mit den sich ausweitenden Leistungsbilanz-Ungleichgewichten und der Abwertung des US-Dollars. Das Wachstum des Welthandelsvolumens ging nach der Beschleunigung Anfang 2004 etwas zurück und erreichte wieder seinen Trendpfad. Die Nettokapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer stiegen an, da die Nettoportfoliointvestitionen und die ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2004 erneut zunahmen.

Im Geschäftsjahr 2005 beschleunigte sich das Wachstum in nahezu allen Regionen mit aufstrebenden Marktwirtschaften. In vielen Fällen wurde der Aufschwung in zunehmendem Maße von der inländischen Nachfrage getragen, was mit einer geringeren

Abhängigkeit vom außenwirtschaftlichen Umfeld einherging.

Das Wachstum in *Lateinamerika* überstieg erneut die Erwartungen. Es wurde unterstützt durch hohe Rohstoffpreise, ein gestärktes Vertrauen des Auslands, Fortschritte bei Strukturreformen sowie in einzelnen Fällen durch eine Erholung von früheren krisenbedingten Schwächephasen. Die Expansionsraten stiegen in Argentinien, Brasilien und einigen weiteren Ländern an, politische Unsicherheiten belasteten jedoch nach wie vor das Wachstum in anderen Ländern.

Das Wachstum in den *aufstrebenden Marktwirtschaften Asiens* mit Ausnahme von China schwächte sich im Verlauf des Geschäftsjahres 2005 etwas ab. Dies war zurückzuführen auf den Rückgang des weltwirtschaftlichen Wachstums, eine Korrektur am Halbleitermarkt und höhere Ölpreise. Die Entwicklungen im ersten Quartal 2005 wurden bestimmt durch die Tsunami-Katastrophe und den damit einhergehenden verheerenden Verlust an Menschenleben und Eigentum in Indonesien, Sri Lanka, Indien, Thailand und verschiedenen anderen Ländern. Allerdings blieben die Auswirkungen auf das BIP-Wachstum in den meisten Fällen, mit Ausnahme der Malediven und in geringerem Ausmaß Sri Lankas, gering. Das regionale Wachstum war Anfang 2005 relativ stark, wobei die Expansion in China robust blieb. Das Wachstum in Indien ging im Geschäftsjahr 2005 leicht zurück. Dabei wurden die Auswirkungen der ungleichmäßigen Monsunregen und der höheren Ölpreise durch die lebhafte Industrieproduktion und hohe Investitionen ausgeglichen.

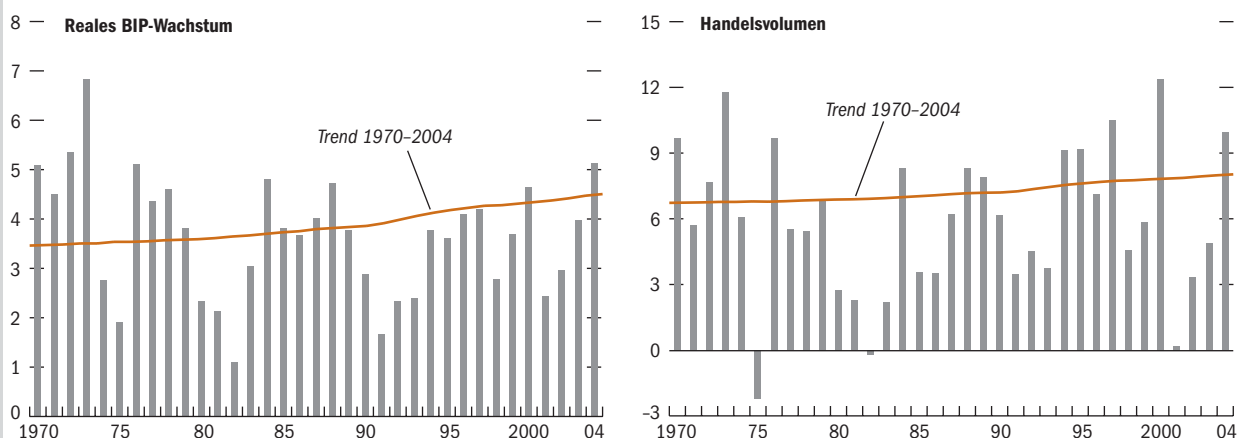
Während des Geschäftsjahrs 2005 erlebte *Mittel- und Osteuropa* insgesamt betrachtet das stärkste Wachstum seit dem Beginn des Transformationsprozesses. Die Leistungsbilanzdefizite weiteten sich aus, da das rapide Kreditwachstum und die expansive Fiskalpolitik die Importe anregten. Die Nettozuflüsse durch ausländische Direktinvestitionen stellten erneut eine wichtige Finanzierungsquelle dar, in einigen Ländern war jedoch eine ehrgeizigere Haushaltskonsolidierung, begleitet von fortgesetzten Reformanstrengungen zur Verbesserung des Geschäftsklimas und zur Anregung der inländischen Ersparnis, erforderlich. Die während des größten Teils des Geschäftsjahrs 2005 festzustellenden steigenden Ölpreise sowie positive inländische Faktoren stärkten das Wachstum in den Erdöl exportierenden Ländern der früheren Sowjetunion. Die Erdöl importierenden Länder der Region verzeichneten ebenfalls eine starke BIP-Zunahme, die von einer robusten inländischen Nachfrage getragen wurde.

Das Wachstum im *Nahen Osten* profitierte im Jahr 2004 von den steigenden Ölpreisen und der höheren Ölförderung, wobei sich die freien Kapazitätsreserven weiter verringerten. Angesichts der Anfang 2005 auf hohem Niveau verharrenden Ölpreise blieben die Aussichten positiv. Diese Situation erlaubte es einigen dieser Länder, notwendige Reformen zu beginnen, die der Stärkung des mittelfristigen Wachstums und der Erhöhung der Beschäftigung ihrer rapide wachsenden Bevölkerungen im erwerbsfähigen Alter dienen. Gleichwohl bleibt noch mehr zu tun.

In *Afrika* verstärkte sich das Wachstum im Geschäftsjahr 2005. Es wurde unterstützt durch

Schaubild 1.1 Reales Wachstum des Welt-BIP und Handelsvolumen

(Jährliche prozentuale Veränderung)



eine verbesserte makroökonomische Politik, günstige Wetterbedingungen, eine geringere Anzahl von Konflikten und einen Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-Initiative (Heavily Indebted Poor Countries Initiative). Höhere Preise für Öl und in geringerem Maße für andere Rohstoffe trugen ebenfalls dazu bei, in einer Reihe von Rohstoff exportierenden Ländern ein hohes Wachstumstempo aufrechtzuerhalten.

Die *Geldpolitik* behielt in den meisten Ländern ihren akkommodierenden Kurs bei. Allerdings erhöhten viele Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten, angesichts der steigenden Inflation ihre Zinssätze. Im Hinblick auf die *Fiskalpolitik* waren unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen. Obwohl sich der haushaltspolitische Kurs in den Vereinigten Staaten kaum veränderte, wurde an dem Ziel festgehalten, das Haushaltsdefizit in den nächsten vier Jahren zu halbieren. Im Eurogebiet war der haushaltspolitische Kurs im Wesentlichen neutral und brachte nahezu keine Konsolidierung mit sich.

Die Lage an den *wichtigsten Finanzmärkten* blieb günstig. Die Finanzmarktstabilität wurde durch vorteilhafte wirtschaftliche Fundamentaldaten unterstützt. Hierzu zählten Erwartungen auf ein solides, wenngleich sich abschwächendes Wachstum, stabile Inflationserwartungen, anhaltend solide Unternehmensbilanzen in den Industrieländern sowie weitere Verbesserungen der Kreditqualität der Schuldner in aufstrebenden Marktwirtschaften. Vor diesem Hintergrund blieben die Volatilität der Finanzmärkte, die Renditen langfristiger Staatsanleihen in den fortgeschrittenen Märkten und die international berechneten Zinsaufschläge gering.

Nach einer Kursrally im Geschäftsjahr 2004 entwickelten sich die *globalen Aktienmärkte* ohne einen klaren Trend, wobei sich der Handel während des Geschäftsjahres in engen Bandbreiten bewegte. Dies beruhte zum Teil auf Befürchtungen, dass sich das Wachstum wegen steigender Ölpreise abschwächen könnte (siehe Schaubild 1.2). Die tatsächliche Marktvolatilität und die auf der Basis von Optionspreisen für eine Reihe von Vermögenswerten ermittelte implizite Volatilität blieben gering. Der Standards & Poors 500-Index stieg um 10,4 Prozent, gab dann aber den größten Teil dieser Kursgewinne wieder ab, als sich die Zinserwartungen kurz vor dem Ende des Geschäftsjahres veränderten und höhere Ölpreise das Vertrauen dämpften. Die Aktienmärkte in Europa folgten einem ähnlichen Muster. Nach einem Anstieg um 17,7 Prozent von ihrem Tiefpunkt Mitte 2004 gaben sie diese Kursgewinne bis zum Ende des Geschäftsjahres teilweise wieder ab. In Japan erholten sich die Aktienkurse von ihrem Tiefpunkt im Oktober 2004 und stiegen deutlich um 12,3 Prozent an, als sich das Wachstum der japanischen Volkswirtschaft verstärkte; danach gingen sie aber bis zum Jahresende um 6,4 Prozent zurück.

Nach einer Verkaufswelle im Mai 2004 erlebten die *aufstrebenden Märkte* im verbleibenden Teil des Jahres 2004 und Anfang 2005 ein außerordentlich günstiges wirtschaftliches Umfeld mit vorteilhaften Finanzierungsbedingungen. Die Zinssätze und Zinsaufschläge blieben gering. Angesichts der reichlichen Liquidität hatten die Anleger ein starkes Interesse an Neuemissionen von Schuldnern aus den aufstrebenden Markt-

wirtschaften. Dies ermöglichte ein hohes Emissionsvolumen zu niedrigen Kosten. Gestützt auf die verbesserten Fundamentaldaten, ein günstiges außenwirtschaftliches Umfeld und reichliche Liquidität fiel der Zinsaufschlag für den EMBI Global-Index von 549 Basispunkten im Mai 2004 auf 322 Basispunkte im März 2005, womit nahezu ein Rekordtiefstand erreicht wurde (siehe Schaubild 1.3). Niedrige nominale Renditen und eine starke Nachfrage von Anlegern erleichterten die Emission von Anleihen durch Schuldner in den aufstrebenden Marktwirtschaften, von denen viele versuchten, sich die attraktiven Finanzierungskosten durch eine Vorfinanzierung des zukünftigen Finanzierungsbedarfs zu sichern. Die Begebung von Anleihen am Primärmarkt erreichte im Zeitraum Januar bis April 2005 ein Volumen von etwa 49 Mrd. \$. Damit wurde der Finanzierungsbedarf der aufstrebenden Marktwirtschaften für das gesamte Kalenderjahr zu fast 80 Prozent gedeckt.

Die Neuemission von Aktien in den aufstrebenden Marktwirtschaften war im Geschäftsjahr ebenfalls lebhaft und wurde weiterhin von Asien dominiert. Eine bedeutende Entwicklung im Geschäftsjahr 2005 war die Verbreiterung der Anlegerbasis für Emissionen aus aufstrebenden Marktwirtschaften. Aufgrund der niedrigen Zinssätze in den fortgeschrittenen Märkten und der attraktiven risikobereinigten Renditen, die auf die breit gefasste Erhöhung der Kreditratings zurückzuführen waren, wurden sie von den institutionellen Anlegern weltweit als attraktiv beurteilt. Bemerkenswert war auch das Interesse ausländischer Investoren an Anleihen von aufstrebenden Marktwirtschaften, die in nationaler Währung denominiert sind.

Schaubild 1.2 Entwicklung der Aktienkurse

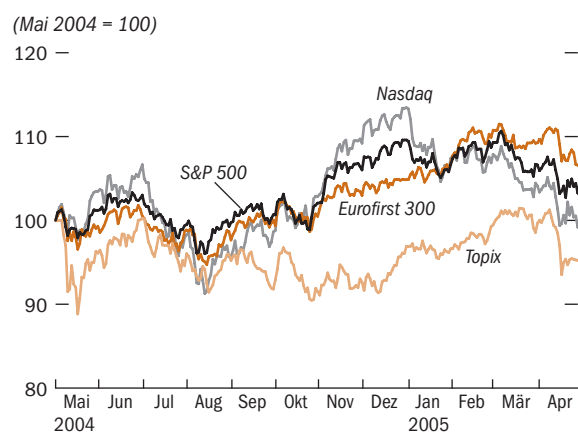
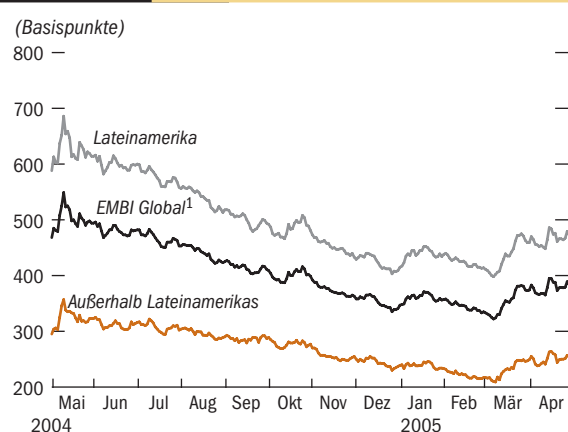


Schaubild 1.3 Aufschlag auf Staatsanleihen



¹JPMorgan Chase & Co. Emerging Markets Bond Index Global.



Kanada

Seit Mitte der 1990er Jahre hat Kanada das schnellste Wachstum und die stärkste Haushaltsposition der großen Industrieländer zu verzeichnen. Diese beeindruckende Leistung stützt sich auf einen soliden makroökonomischen Rahmen mit direkter Inflationssteuerung und dem fiskalpolitischen Ziel eines „mindestens ausgeglichenen Haushalts“. Eine weitere Stütze sind Reformen, darunter die Umstrukturierung der Arbeitslosenversicherung, Steuersenkungen und Handelsliberalisierung. Die Artikel-IV-Gespräche des IWF mit Kanada, die im Februar 2005 abgeschlossen wurden, konzentrierten sich auf die Herausforderungen, die sich aus der starken Aufwertung des kanadischen Dollar und der Alterung der kanadischen Bevölkerung ergeben.

Die robuste Inlandsnachfrage stützt sich auf steigende Ausgaben der privaten Haushalte, Beschäftigungswachstum und eine Erhöhung der Nettovermögen. Die Steigerung der Unternehmensinvestitionen ist zurückzuführen auf hohe Unternehmensgewinne, niedrige Zinssätze und einen Rückgang der Kosten importierter Investitionsgüter. Die rasche Aufwertung des kanadischen Dollar in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 war allerdings eine Belastung für die Nettoexporte. Aus diesem Grund ließ die kanadische Zentralbank nach einer Straffung der Geldpolitik im September und Oktober 2004 die Zinsen unverändert. Im Jahresvergleich lag die Inflationsrate im April 2005 bei 1¾ Prozent, etwas niedriger als der Mittelwert der Bandbreite der kanadischen Zentralbank in Höhe von 2 Prozent.

Das Ziel eines „mindestens ausgeglichenen Haushalts“ ist weiterhin die Basis der Fiskalpolitik, die 2004 durch die Ergänzung eines mittelfristigen Schuldenziels noch gestärkt wurde. Das Verhältnis zwischen Staatsverschuldung und BIP wird deshalb voraussichtlich weiter zurückgeführt werden, was dazu beiträgt, dass Kanada die fiskalischen Kosten der Bevölkerungsalterung besser bewältigen kann. Kanadas Haushalt für das Jahr 2005 lässt jedoch nur wenig Spielraum, wenn ungünstige fiskalische Entwicklungen eintreten. Da das staatliche Rentensystem auf einer soliden finanziellen Grundlage ruht, besteht die wichtigste langfristige Herausforderung des Landes darin, Kostensteigerungen im Gesundheitssystem zu begrenzen. Des Weiteren gibt es noch beträchtlichen Spielraum für weitere Strukturreformen, u.a. im Steuersystem und bei Sozialprogrammen, um die wirtschaftliche Effizienz und Flexibilität zu erhöhen.

Zusammenarbeit zwischen Kanada und IWF im GJ 2005

Februar 2005 Abschluss der Artikel-IV-Gespräche des Jahres 2005

ergänzt durch die Bewertung von Ländern nach dem Ende fondsunterstützter Anpassungsprogramme, die über einen längeren Zeitraum durchgeführt worden waren.

- Im Rahmen der regionalen Überwachung von Währungsgemeinschaften bewertete das Direktorium im Geschäftsjahr 2005 die Entwicklungen im Eurogebiet, in der Ostkaribischen Währungsunion und in der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft.

Globale Überwachung

Das Exekutivdirektorium des IWF führt die globale Überwachung im Rahmen seiner Überprüfungen der Entwicklungen und Aussichten der Weltwirtschaft und der internationalen Finanzmärkte durch. Diese Überprüfungen basieren zum Teil auf den „Berichten über die weltwirtschaftlichen Aussichten“ (*WEO*) und den „Berichten zur Stabilität des globalen Finanzsystems“ (*GFSR*), die üblicherweise jeweils zweimal jährlich vom Mitarbeiterstab des IWF vor den Treffen des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses, denen sie als Vorlagen dienen, erstellt und veröffentlicht werden. Die *WEO*-Berichte enthalten eine Analyse der weltwirtschaftlichen Aussichten und der für die verschiedenen Länder angemessenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Die *GFSR*-Berichte analysieren die Entwicklungen und Risiken an den internationalen Kapitalmärkten. Darüber hinaus erörtert das Direktorium häufiger auf informeller Basis die Entwicklung der Weltwirtschaft und der internationalen Finanzmärkte, während der Mitarbeiterstab des IWF kontinuierlich die Tendenzen an den fortgeschrittenen und aufstrebenden Finanzmärkten und die weltwirtschaftlichen Entwicklungen beobachtet.

Weltwirtschaftsausblick

Weltwirtschaftsausblick, September 2004

Bei ihrer Aussprache im September 2004 über den *Weltwirtschaftsausblick*¹ stellten die Exekutivdirektoren fest, dass der globale Aufschwung nach wie vor robust ist und dass das für 2004 prognostizierte Wirtschaftswachstum die höchste Rate seit nahezu 30 Jahren erreichen wird. Das Wachstum stütze sich auf einen anhaltend akkommodierenden wirtschaftspolitischen Kurs, eine steigende Profitabilität der

¹Eine Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache findet sich unter www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2004/02/pdf/annex.pdf; der Bericht ist verfügbar unter www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2004/02/index.htm.

Unternehmen sowie Vermögenseffekte, die auf steigende Aktienkurse und Immobilienpreise zurückzuführen sind. Das globale Wachstum werde weiterhin von den Vereinigten Staaten angeführt und in starkem Maße von Asien, insbesondere China, unterstützt. Die Wirtschaftsleistung in Lateinamerika und einigen anderen aufstrebenden Marktwirtschaften hätte sich ebenfalls deutlich verbessert, die Aussichten für Afrika seien besser geworden und die wirtschaftlichen Auftriebskräfte im Eurogebiet hätten sich belebt. Die Direktoren riefen die politisch Verantwortlichen dazu auf, den konjunkturellen Aufschwung zu nutzen, um den zentralen mittelfristigen Anfälligkeiten mit folgenden Maßnahmen zu begegnen:

- Abbau der globalen Ungleichgewichte. Eine Beseitigung dieser Ungleichgewichte erfordere eine mittelfristige Haushaltskonsolidierung in den Vereinigten Staaten zur Erhöhung der inländischen Ersparnis, Strukturreformen zur Belebung des Wachstums in Europa, Japan und anderswo sowie Schritte zu einer größeren Wechselkursflexibilität in Asien.
- Beschleunigung von Strukturreformen zur Verstärkung der wirtschaftlichen Flexibilität und der Widerstandsfähigkeit. Damit würden die Länder eine günstige Ausgangsposition erreichen, um die Möglichkeiten der Globalisierung und der Revolution in der Informationstechnologie nutzen und ihre Widerstandsfähigkeit bei zukünftigen Schocks verstärken zu können. Unter Hinweis auf die zentrale Bedeutung offener Märkte für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Effizienz sprachen sich die Direktoren für eine weit reichende Handelsliberalisierung im Rahmen der Doha-Welthandelsrunde aus.
- Stärkung der mittelfristigen Haushaltspositionen sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern. Dies erfordere eine Kombination aus drei Elementen: eine Haushaltskonsolidierung mit genügend Spielraum für die automatischen Stabilisatoren, strukturelle Maßnahmen, darunter Steuerreformen und ein strengeres Regelwerk für die öffentlichen Ausgaben zur Verbesserung der Schuldentragfähigkeit, sowie eine Reform der Renten- und Gesundheitssysteme.

Bei der im September 2004 geführten Diskussion über die Industrieländer begrüßten die Direktoren die Stabsanalyse zum *globalen Immobilienpreisboom* und zu den möglichen Auswirkungen steigender Zinssätze in den Industrieländern auf die Immobilienmärkte. Die Direktoren stellten fest, dass die Analyse, die die Verbindungen zwischen wirtschaftlicher Aktivität und Zinssätzen darstellt, eine bemerkenswerte Synchronisation der Immobilienpreise in den Industrieländern aufzeigt (wobei sie sich der Unzulänglichkeiten der Daten durchaus bewusst waren). Angesichts der Bedeutung

der Immobilienpreise für den privaten Verbrauch auf Grund der Vermögens- und Kreditkanäle regten viele Direktoren an, dass die Regierungen die Entwicklungen an den Immobilienmärkten aufmerksam beobachten sollten. Eine Straffung der Geldpolitik beim Übergang zu einem neutralen geldpolitischen Kurs könnte zu einer Verlangsamung oder zu einer Umkehr des Wachstums der Immobilienpreise führen.

Die Direktoren begrüßten ferner die Analyse des Stabs zum *demographischen Wandel*. Um die Herausforderungen einer alternden Bevölkerung bestehen zu können, müssten die Industrieländer ihr Arbeitsangebot, ihre Ersparnisbildung und ihre Produktivität erhöhen. Angesichts des Ausmaßes des bevorstehenden demographischen Wandels sei hierfür eine Kombination von Reformen erforderlich, damit die Maßnahmen politisch akzeptabel seien. Von besonderer Bedeutung sei die Auswahl der Reformmaßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die Renten- und Gesundheitssysteme: Diese müssten einer Vielzahl möglicher zukünftiger demographischer Änderungen gewachsen sein. Für die Entwicklungsländer bestünden die zentralen Prioritäten der Wirtschaftspolitik darin, die Flexibilität der Arbeits- und Gütermärkte zu erhöhen und einen effektiven Einsatz der Arbeitskräfte und der Ersparnisse sicherzustellen. Diese Länder müssten frühzeitig die Grundlagen für eine letztendlich eintretende Alterung der Bevölkerung schaffen, einschließlich einer Stärkung der Renten- und Gesundheitssysteme. Dies stelle eine besondere Herausforderung für diejenigen Ländern dar, deren mittelfristige Haushaltslage bereits angespannt sei. Die Direktoren stimmten darin überein, dass die Effektivität der Maßnahmen zur Erleichterung des Waren- und Kapitalverkehrs sowie der Mobilität der Arbeitskräfte zwischen den Ländern einen großen Einfluss darauf hat, wie schnell und in welcher Art die globale Anpassung an die unterschiedlich ausgeprägte Alterung der Bevölkerung erfolgt.

Weltwirtschaftsausblick, März 2005

Die Exekutivdirektoren stellten bei ihrer Diskussion über den *Weltwirtschaftsausblick*² im März 2005 fest, dass das globale Wachstum im Wesentlichen zufrieden stellend verläuft und von einer im Großen und Ganzen unterstützenden makroökonomischen Politik sowie von günstigen Bedingungen an den Finanzmärkten untermauert wird. Das Wachstum werde nach der kräftigen Entwicklung im Jahr 2004 im Jahr 2005 eine langsamere Gangart einschlagen, die

²Eine Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache findet sich unter www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2005/01/pdf/annex.pdf; der Bericht ist verfügbar unter www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2005/01/index.htm.

auf Dauer besser aufrecht zu erhalten sei. Gleichzeitig sei das Wachstum unausgewogener geworden, wobei der starken Expansion in den Vereinigten Staaten, China und den meisten aufstrebenden Marktwirtschaften und Entwicklungsländern eine enttäuschende Entwicklung in Europa und Japan gegenüberstehe.

Weltweit betrachtet bleibe der Inflationsdruck relativ niedrig. Die Direktoren gingen davon aus, dass die Inflation angesichts der geldpolitischen Straffung, die in den meisten Ländern, die sich in einem fortgeschrittenen Stadium des Aufschwungs befinden, eingeleitet wurde sowie angesichts insgesamt moderater Inflationserwartungen weiterhin verhalten bleibt. Die Direktoren vertraten dennoch die Ansicht, dass die Inflationsrisiken sorgfältig beobachtet werden sollten. Dabei solle insbesondere den in vielen Industrieländern infolge zunehmender Anspannungen am Arbeitsmarkt festzustellenden steigenden Lohnstückkosten sowie der in einer Reihe von aufstrebenden Marktwirtschaften mit hohen externen Kapitalzuflüssen durchgeführten Geldpolitik besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Mit Blick in die Zukunft vertraten die Direktoren die Ansicht, dass das moderatere, aber nach wie vor solide globale Wachstum im Jahr 2005 durch eine akkommodierende Wirtschaftspolitik, verbesserte Unternehmensbilanzen, günstige Bedingungen an den Finanzmärkten, einen graduellen Anstieg der Beschäftigung und ein anhaltend starkes Wachstum in China gestützt wird. Als zentrale Risiken für die kurzfristigen Aussichten wurden angesehen:

- die zunehmend unausgewogene Struktur des Wachstums in Verbindung mit der starken Abhängigkeit des globalen Wachstums von den Vereinigten Staaten und von China,
- eine deutliche Straffung der Konditionen an den Finanzmärkten, die die inländische Nachfrage in den Vereinigten Staaten belasten würde, einen Rückgang der Verschuldung für Anlagezwecke und eine breiter angelegte Preiskorrektur bei den Vermögenswerten auslösen und zu einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für aufstrebende Marktwirtschaften führen würde sowie
- ein weiterer steiler Anstieg der Ölpreise (siehe unten den Abschnitt „Entwicklung der Ölmärkte“).

Die Direktoren waren besorgt über die im letzten Jahr festzustellende erneute Ausweitung der globalen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte. Einige gaben zu Bedenken, dass dadurch das Risiko abrupter Wechselkursbewegungen erhöht wird. Die Direktoren stellten fest, dass eine umfassende Einigung über die Strategie zur Unterstützung eines geordneten Abbaus dieser Ungleichgewichte erzielt worden ist. Zu den zentralen Elementen zählten die Haushaltskonsolidierung

in den Vereinigten Staaten, Schritte zu einer größeren Flexibilität der Wechselkurse und weitere Reformen des Finanzsektors in den aufstrebenden Marktwirtschaften in Asien sowie anhaltende Strukturreformen zur Stärkung des Wachstums und der inländischen Nachfrage in Japan und in Europa. Die Direktoren bekräftigten die gemeinsame Verantwortung der Mitglieder, dafür Sorge zu tragen, dass die Strategie zeitgerecht und effektiv umgesetzt wird.

Die Direktoren nannten eine Anzahl von zentralen mittelfristigen Themen, die behandelt werden müssten:

1. Die Haushaltslage sei in vielen Ländern nach wie vor sehr schwierig, insbesondere vor dem Hintergrund der weltweiten Alterung der Bevölkerung, und stelle auf mittlere Sicht eine Bedrohung für die makroökonomische Stabilität dar.
2. Strukturreformen müssten vorangetrieben werden, um Hemmnisse zu beseitigen und die Binnenwirtschaften in die Lage zu versetzen, die Möglichkeiten, die die Globalisierung biete, vollständig zu nutzen.
3. Eine erfolgreiche und angemessen ehrgeizige Handelsliberalisierung im Rahmen der Doha-Welthandelsrunde sei auf mittelfristige Sicht in allen Ländern als unterstützender Faktor für das globale Wachstum von entscheidender Bedeutung. Dazu gehöre auch ein verbesserter Marktzugang für Entwicklungsländer. Wichtige Fragen seien noch im Agrarbereich zu klären und außerdem sei ein schnellerer Fortschritt beim Handel mit Dienstleistungen erforderlich.
4. Ungeachtet des in den vergangenen Jahren festzustellenden stärkeren Wachstums stelle die Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) für die meisten Entwicklungsländer eine große Herausforderung dar (siehe Kapitel 4). Die Direktoren hielten fest, dass das Jahr 2005 für die MDGs ein entscheidendes Jahr ist, und sie riefen die betroffenen Länder dazu auf, Reformen der Wirtschaftspolitik und der Regierungsführung voranzutreiben, um das Investitionsklima und das Wachstum des Privatsektors zu stärken. An die Industrieländer appellierten sie, diese Anstrengungen durch eine deutlich höhere finanzielle Unterstützung zu fördern.

Industrieländer

Mit Blick auf die Industrieländer begrüßten die Direktoren das anhaltend starke Wachstum der Volkswirtschaft der *Vereinigten Staaten*, das sich auch 2005 fortsetzen werde. Angesichts der Ersparnisbildung der privaten Haushalte von nahezu Null stelle ein Rückgang des privaten Verbrauchs jedoch ein Risiko dar, insbesondere wenn sich der Anstieg der Immobilienpreise abschwächen sollte. Da der Inflationsdruck relativ gering sei, bleibe die maßvolle

Straffung der Geldpolitik angemessen. Dennoch müssten die aktuellen Wirtschaftsdaten im Hinblick auf mögliche Aufwärtsrisiken bei den Inflationsaussichten, die auf Anspannungen am Arbeitsmarkt oder weiter steigende Ölpreise zurückzuführen seien, sorgfältig beobachtet werden. Die Direktoren betonten die Notwendigkeit einer umfassenden Haushaltskonsolidierung, um eine mittelfristige Tragfähigkeit zu sichern und eine geordnete Rückführung der globalen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte zu erleichtern.

Die Direktoren äußerten sich enttäuscht darüber, dass der Aufschwung im *Eurogebiet* in der zweiten Jahreshälfte 2004 an Schwung verloren habe, wenngleich sie für 2005 eine Stärkung des Wachstums erwarteten. Eine weitere Aufwertung des Euro und hohe und volatile Ölpreise blieben die zentralen Risiken für die Perspektiven dieser Region. Da der Inflationsdruck unter Kontrolle sei, solle die Geldpolitik solange ihren Kurs beibehalten, bis ein selbsttragender Aufschwung in Gang gekommen sei. Im Hinblick auf die Fiskalpolitik betrachteten die Direktoren den eingeschlagenen Kurs als unzureichend, um die Budgetanpassungen zu erzielen, die erforderlich seien, um die durch die Alterung der Bevölkerung entstehenden Belastungen zu tragen. Die Direktoren hoben hervor, dass ein starker fiskalischer Rahmen ein integraler Bestandteil der Währungsunion in Europa ist und dass die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts deshalb so umgesetzt werden sollte, dass die Haushaltsdisziplin nicht geschwächt wird. Die Direktoren betonten ferner die Bedeutung von weiteren Fortschritten bei der Umsetzung von Strukturreformen. Dabei solle der Beseitigung von Verzerrungen an den Arbeitsmärkten und der Förderung des Wettbewerbs an den Gütermärkten eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Direktoren stellten fest, dass die *japanische Volkswirtschaft* in den letzten drei Quartalen des Jahres 2004 ins Stocken geraten ist. Dies sei zurückzuführen auf die schwache globale Nachfrage nach Produkten der Informationstechnologie und zurückgehende Konsumausgaben, die aktuelleren Daten seien jedoch ermutigender. Die Direktoren vertraten die Ansicht, dass das Wachstum angesichts der besseren Verfassung der Bank- und Unternehmensbilanzen im Jahr 2005 an Schwung gewinnen wird, und zwar ungeachtet der Abwärtsrisiken, die auf höhere Ölpreise und mögliche ungünstige Auswirkungen einer starken Yen-Aufwertung auf die Exporte zurückzuführen sind. Der Deflationsdruck habe in den letzten Jahren zwar nachgelassen, so die Direktoren, doch solle die Bank von Japan solange einen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beibehalten, bis die Deflation eindeutig überwunden sei. Angesichts der hohen öffentlichen Verschuldung und der zunehmenden demographischen Belastungen in Japan besitze die Haushaltskonsolidierung weiterhin eine hohe Priorität. Die Direktoren betonten

ferner die Notwendigkeit einer Stärkung des Banken- und Unternehmenssektors und einer Beschleunigung von Strukturreformen, einschließlich Maßnahmen zur Verstärkung des Wettbewerbs und zur Erhöhung der Flexibilität der Arbeitsmärkte, um den Weg für ein mittelfristig tragfähiges Wachstum zu bahnen.

Aufstrebende Märkte und Entwicklungsländer

Nach dem starken Wachstum in den *aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens* im Jahr 2004 verlangsamte sich die Expansion in den meisten Ländern mit Ausnahme Chinas spürbar. Für 2005 wurde erwartet, dass das Wachstum in der Region etwas schwächer ausfallen werde. Dabei stünden Aufwärtsrisiken auf Grund eines über den Erwartungen liegenden Wachstums in China den Abwärtsrisiken auf Grund einer länger anhaltenden Korrektur im IT-Sektor oder einer schleppenden Nachfrage aus Japan und Europa gegenüber. Die Direktoren äußerten ihr Mitgefühl für die Verluste an Menschenleben und Eigentum infolge der jüngsten Tsunami-Katastrophe (siehe Kasten 1.2). Obwohl die Wiederaufbaukosten und die Auswirkungen auf die fiskalischen und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sehr umfangreich seien, ergäben sich in den meisten Ländern nur geringe Auswirkungen auf das BIP-Wachs-

Kasten 1.2 IWF-Unterstützung für die vom Tsunami im Dezember 2004 betroffenen Länder

Das Erdbeben der Stärke 9,0 und die dadurch ausgelösten Flutwellen, die die Länder am Indischen Ozean im Dezember 2004 trafen, stellen eine Naturkatastrophe mit tragischen Ausmaßen dar. Die geschätzte Zahl der Toten und Vermissten betrug nahezu 300 000, und etwa 1½ Millionen Menschen verloren ihr Zuhause. Die menschlichen Kosten dieser Katastrophe lassen sich nicht beziffern.

Der IWF und die Weltbank unterstützten die Regierungen der betroffenen Länder im Geschäftsjahr 2005, um die Folgen der Katastrophe zu überwinden. Die Weltbank übernahm mit der Asiatischen Entwicklungsbank und anderen internationalen Institutionen die führende Rolle bei der Unterstützung der Behörden in der Abschätzung der Schäden und des Bedarfs. Der Stab des IWF legte den Schwerpunkt auf die Beurteilung der Folgen der Katastrophe für die Wirtschaftspolitik, einschließlich der Wirkungen auf das Wachstum sowie die Haushaltslage und die außenwirtschaftliche Position.¹ Beide Institutionen, der IWF und die Weltbank, leiteten außerdem die schnelle Bereitstellung einer finanziellen Nothilfe und einer längerfristigen finanziellen Unterstützung ein. (Nähere Informationen zur Nothilfe des IWF bei Naturkatastrophen enthalten die Kapitel 3 und 4.)

¹„Preliminary Assessment of the Macroeconomic Impact of the Tsunami Disaster on Affected Countries and of Associated Financing Needs“, www.imf.org/external/np/oth/2005/020405.htm.

tum. Zu den wirtschaftspolitischen Herausforderungen in der Region zähle die geldpolitische Straffung, die in den meisten Ländern mit Ausnahme Koreas, wo die inländische Nachfrage schwach bleibe, bereits eingeleitet worden sei. Die Lage der öffentlichen Haushalte habe sich zwar im Allgemeinen verbessert, doch sei die öffentliche Verschuldung in einer Reihe von Ländern auf einem hohen Niveau geblieben und mache eine stärkere Haushaltskonsolidierung erforderlich. Darüber hinaus bestehe in mehreren Ländern ein Bedarf an Strukturreformen, um die Anfälligkeiten im Banken- und Unternehmenssektor zu verringern und die Investitionen zu steigern.

Die Direktoren stellten fest, dass das Wachstum in *Lateinamerika* die Erwartungen übertroffen hat. Nachdem die Wirtschaftsaktivitäten zunächst vom günstigen außenwirtschaftlichen Umfeld unterstützt worden seien, leiste nun die inländische Nachfrage den stärksten Beitrag zum Wachstum. Ungeachtet einer Anzahl von Abwärtsrisiken, wie ein unerwarteter Anstieg der globalen Zinssätze oder eine längere Schwäche auf den wichtigsten Exportmärkten, gingen die Direktoren davon aus, dass die Region im Jahr 2005 erneut kräftig expandieren wird. Sie wurden bestärkt durch die verbesserte Haushaltsentwicklung in vielen Volkswirtschaften Lateinamerikas, selbst wenn die öffentliche Verschuldung – trotz des Rückgangs – im Allgemeinen hoch geblieben sei. Sie betonten daher die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung und zusätzlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Schulden. Die Direktoren stimmten darin überein, dass die Straffung der Geldpolitik in einer Reihe von Ländern als Reaktion auf die jüngste Verstärkung der Inflation angemessen war. Sie wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Wechselkursflexibilität eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Geldpolitik und bei der Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Region gegen Schocks gespielt hat.

Die *aufstrebenden Marktwirtschaften in Europa* erzielten ihre höchsten Wachstumsraten seit dem Beginn des Transformationsprozesses. Die Direktoren begrüßten die erwartete Verringerung der Wachstumsraten auf tragfähigere Niveaus. Zu den bedeutendsten Risiken für diese Länder zählten eine nachhaltige Abschwächung in Westeuropa und eine weitere Aufwertung des Euro. Viele Direktoren wiesen darauf hin, dass eine starke inländische Nachfrage durchweg zu einer Ausweitung der Leistungsbilanzdefizite geführt habe, die einen zentralen Faktor für die Anfälligkeit der Region darstellten. Die notwendigen Korrekturmaßnahmen zur Verringerung dieser Defizite seien von Land zu Land verschieden. In den baltischen Staaten und den Ländern in Süd- und Südosteuropa seien eine Begrenzung des Kreditwachstums und eine Erhöhung der privaten Ersparnisbildung besonders wich-

tig, während in Mitteleuropa eine ehrgeizige Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen erforderlich seien.

In der *Gemeinschaft unabhängiger Staaten* sei ein lebhaftes Wachstum zu verzeichnen, das sich auf eine starke inländische Nachfrage sowie auf hohe Energie- und Metallpreise stütze. Die Direktoren erwarteten zwar einen leichten Rückgang des Wachstums im Jahr 2005, beurteilten die Aussichten im Allgemeinen aber als günstig. Sie warnten jedoch vor den Risiken für die Preisentwicklung und das Wachstum auf Grund von Kapazitätsengpässen und unzureichenden Investitionen in einer Reihe von Ländern. Angesichts der starken Kapitalzuflüsse äußerten sich die Direktoren besorgt darüber, dass sich das Tempo des Inflationsrückgangs in der Region verlangsamen könnte. Sie hoben die Notwendigkeit hervor, dass die Regierungen die zusätzlichen Einnahmen von Erdöl- und Rohstoffexporten umsichtig verwalten und gleichzeitig eine größere Flexibilität der Wechselkurse zulassen.

Im *Nahen Osten* sei ein starkes Wachstum in den Erdöl exportierenden Ländern zu verzeichnen, das von gestiegenen Erlösen aus Erdölexporten, einer soliden Finanzpolitik und von Fortschritten bei Strukturreformen getragen werde. Die Direktoren drängten die politisch Verantwortlichen, die günstige Gelegenheit der hohen Ölpreise zu nutzen, um Reformen voranzutreiben, die für eine Verstärkung der mittelfristigen Wachstums- und Beschäftigungsaussichten und für die Verringerung von Anfälligkeiten, zu denen in einigen Ländern auch eine hohe öffentliche Verschuldung zähle, erforderlich seien. Eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben für die Ausbildung von hoch qualifizierten Arbeitskräften und für Infrastrukturprojekte könnte zusammen mit einer Beschleunigung der Strukturreformen dazu beitragen, diese Volkswirtschaften auf einen dauerhaft höheren Wachstumspfad zu heben sowie die soziale Lage durch die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern. Die Länder der Region, die kein Erdöl fördern, hätten ebenfalls von den positiven Auswirkungen der jeweils durchgeführten Reformen und auch vom starken Wachstum in den Erdöl exportierenden Ländern der Region profitiert.

Afrika südlich der Sahara verzeichnete das höchste Wachstum in den letzten zehn Jahren. Es wurde von der Stärke der Weltwirtschaft, hohen Preisen für Öl und andere Rohstoffe, einer verbesserten Wirtschaftspolitik und Fortschritten bei Strukturreformen getragen. Die Direktoren beurteilten die Wachstumsaussichten der Region im Allgemeinen als günstig, wiesen aber auf eine Reihe von Abwärtsrisiken hin. So hätten eine weniger dynamische globale Wirtschaftsentwicklung und eine weitere starke Abwertung des US-Dollars ungünstige Folgen für eine Reihe von Ländern. Während höhere Ölpreise für einige Länder vorteilhaft seien, gelte dies nicht für andere Staa-

ten. Außerdem müssten sich viele Länder wegen der Aufhebung der Handelsquoten für Textilien anpassen. Um die verbesserte Wachstumsentwicklung in der Region aufrecht erhalten zu können, legten die Direktoren den Regierungen nahe, ihre Reformanstrengungen durch die Förderung von Investitionen des privaten Sektors, die Entwicklung der Infrastruktur und die Stärkung der Institutionen (einschließlich Verbesserungen in den Bereichen Transparenz, Regierungsführung und Eigentumsrechte) zu intensivieren. Sie riefen die internationale Gemeinschaft dazu auf, diese Politik mit höheren Hilfsleistungen, einer Schuldenerleichterung und einem verbesserten Marktzugang zu unterstützen.

Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems

Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems, August 2004

Bei der Aussprache des Direktoriums im August 2004 über die globalen Finanzmärkte³ begrüßten die Direktoren die Verbesserung der weltweiten Finanzstabilität und der Verfassung von wichtigen Finanzintermediären. Die Kombination aus der Verbreiterung des Wachstums der Weltwirtschaft und niedrigen Inflationserwartungen habe ein günstiges Umfeld für die Finanzmärkte geschaffen. Das starke Wirtschaftswachstum habe die Gewinne im Unternehmens- und Bankensektor steigen lassen, eine weitere Verbesserung der Bilanzen ermöglicht und die Kreditqualität erhöht. Gleichzeitig habe der geringe Inflationsdruck zur Stabilität und zu relativ niedrigen Renditen an den wichtigsten Anleihemärkten beigetragen. Davon hätten auch die aufstrebenden Marktwirtschaften profitiert, da die Wachstumsaussichten und die Kreditqualität verbessert worden seien und da ihr Zugang zu externen Finanzmitteln zu relativ geringen Kosten erleichtert worden sei.

Ungeachtet dessen verwiesen die Direktoren auf eine Reihe von bedeutenden Risiken für die weiteren Aussichten:

- Ein unvorhergesehener Anstieg der Inflation könne die Annahmen der Marktteilnehmer im Hinblick auf das wahrscheinliche Tempo einer geldpolitischen Straffung verändern und zu Marktunruhen führen.

³Eine Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache findet sich unter www.imf.org/external/pubs/FT/GFSR/2004/02/pdf/annex.pdf. Der Bericht ist abrufbar unter www.imf.org/external/pubs/FT/GFSR/2004/02/index.htm.



Indien

Der Politikdialog des IWF mit den indischen Behörden legte im Geschäftsjahr 2005 den Schwerpunkt auf die Notwendigkeit, in einem breiten Fächer von Reformen rasche Fortschritte zu erzielen, so dass Indien auf den jüngsten Erfolgen aufbauen und seine ehrgeizigen Ziele erreichen kann, insbesondere die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung der Armut. Der Fonds forderte die Behörden auf, die fiskalische Anpassung fortzusetzen, inflationären Tendenzen vorzubeugen, die Handelsliberalisierung und die Arbeitsmarktreform zu beschleunigen und den Finanzsektor weiter zu öffnen.

Die Behörden sind nach wie vor entschlossen, die mittelfristigen Ziele des Gesetzes über eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik zu erreichen. Indien hat die Geldpolitik verschärft, die Zölle gesenkt, wichtige Sektoren für ausländische Direktinvestitionen geöffnet und einen Zeitplan für die Bankenreform angekündigt. Indien hat in diesem Jahr zum ersten Mal der Veröffentlichung des IWF-Stabsberichts über die Artikel-IV-Gespräche zugestimmt.

Indien nahm außerdem an der IWF-Pilotstudie über öffentliche Investitionen teil. Die Studie betont die Notwendigkeit, die öffentliche Ersparnis zu erhöhen, die Verwaltung des öffentlichen Investitionsprogramms weiter zu verbessern, die Kapitalmärkte zu stärken, regulatorische Risiken, die Privatinvestitionen begrenzen, anzugehen und die Rechnungslegung sowie das Berichtswesen für schuldenähnliche Verpflichtungen, die sich aus außerbudgetären Infrastrukturprogrammen ergeben, zu verbessern.

Indien erhielt technische Hilfe von der IWF-Abteilung für Fiskalpolitik für die Einrichtung einer fiskalischen Datenbank und eines Schuldenregisters auf der Ebene der Bundesstaaten. Der Fonds betonte, dass es kurzfristig erforderlich ist, die Rechnungslegung der Bundesstaaten zu konsolidieren und dass das Land mittelfristig zu einem integrierten computergestützten Finanzverwaltungssystem übergehen sollte.

Zusammenarbeit zwischen Indien und IWF im GJ 2005

Dezember 2004	Leistung technischer Hilfe durch die IWF-Delegation für die fiskalische Datenbank der Bundesstaaten
Januar 2005	Abschluss der Artikel-IV-Gespräche mit Indien im Exekutivdirektorium des IWF
März 2005	Besuch des Geschäftsführenden Direktors Rodrigo de Rato
April 2005	Herausgabe des Direktoriumspapiers über öffentliche Investitionen und Fiskalpolitik („Public Investment and Fiscal Policy - Lessons from the Country Studies“)

- Es gebe ein Potenzial für Marktinstabilität durch die anhaltend großen globalen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte.
- Die aufstrebenden Marktwirtschaften könnten zukünftigen externen Schocks ausgesetzt sein. Diese Länder sollten die günstigen Finanzierungsbedingungen dazu nutzen, ihre Widerstandsfähigkeit zu verbessern und wachstumssteigernde Strukturreformen voranzutreiben. Maßnahmen zur Senkung des öffentlichen Schuldenstands auf ein tragfähiges Niveau und zur Verbesserung der Struktur der öffentlichen Verschuldung hätten für viele aufstrebende Marktwirtschaften weiterhin hohe Priorität.

Die in den vergangenen Jahren zu verzeichnenden hohen Kapitalzuflüsse in *Hedgefonds*, insbesondere von institutionellen Anlegern, deuteten darauf hin, dass diese Fonds eine wichtige Anlegergruppe an den globalen Finanzmärkten darstellten. Die Steuerung des Gegenparteirisikos durch große Banken und Kursmakler im Hinblick auf *Hedgefonds* habe sich in den vergangenen Jahren verbessert, und die Verschuldung der *Hedgefonds* befinde sich auf einem relativ moderaten Niveau. Die Direktoren waren sich dennoch einig, dass mehr Informationen über *Hedgefonds* und deren Marktaktivitäten hilfreich wären, um zu klären, wie diese Anlegergruppe die Stabilität der Märkte beeinflussen kann.

Bei der Diskussion über die Untersuchung des IWF-Mitarbeiterstabs zu den *Pensionsfonds* stellten die Direktoren fest, dass die Größe und das projizierte Wachstum der Pensionsfonds ihre zunehmende Bedeutung für die internationalen Kapitalmärkte und die internationale Finanzstabilität sowie ihre Rolle als langfristige institutionelle Anleger deutlich machen. Die Direktoren wiesen darauf hin, dass sich der Stellenwert staatlicher Renten, betrieblicher Rentenpläne und individueller Sparpläne beim Aufbau der Altersversorgung von Land zu Land unterscheidet. In Bezug auf die betrieblichen Rentenpläne könnten gut gestaltete Pläne mit festen Auszahlungen, festen Beitragszahlungen und Mischformen weiterhin zur Förderung eines effizienten Altersvorsorgesparens beitragen.

Die im Zeitraum 2000 bis 2002 an den Finanzmärkten verzeichneten Kursverluste hätten zwar die längerfristigen Anfälligkeiten vieler Pensionsfonds an den Tag gebracht, doch biete die seitdem erzielte partielle Kurserholung den politisch Verantwortlichen eine günstige Gelegenheit, Maßnahmen zu ergreifen, die zu verbesserten Praktiken der Risikosteuerung und zu mehr stabilitätsorientierten Beitragsstrategien führten. Die Direktoren wiesen darauf hin, dass sich Arbeitgeber und Regierungen inzwischen der Herausforderungen stärker bewusst sind, die sich aus der Alterung der Bevölkerung und den Anlagerisiken von kapitalgedeck-

ten Rentenplänen ergeben. Sie betonten die Bedeutung einer wirksamen Vermittlung der Rentenproblematik und politischen Prioritäten, um in der Öffentlichkeit ein breites Verständnis und eine breite Unterstützung für Rentenreformmaßnahmen sicherzustellen.

Das Exekutivdirektorium erörterte das Thema *Aufstrebende Marktwirtschaften als Netto-Kapitalexporteure* im Lichte der landläufigen Auffassung, dass das Kapital normalerweise von fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die reichlich über Kapital verfügen, in die aufstrebenden Marktwirtschaften, denen es an Kapital mangelt, fließt. Die Direktoren stellten fest, dass der Wandel der aufstrebenden Marktwirtschaften zu Netto-Kapitalexporteurern im Zeitraum 2002 bis 2004 mit dem beispiellosen Anstieg ihrer internationalen Nettoreserven zusammenhängt. Dies gehe darauf zurück, dass sie eine Politik des exportgetriebenen Wachstums verfolgten, die von wettbewerbsorientierten Wechselkursen begleitet werde. Die Direktoren räumten ein, dass es schwierig ist, ein allgemeines Maß für das wünschenswerte Niveau von internationalen Reserven zu finden, da sich die Umstände und Anfälligkeiten von Land zu Land unterscheiden. Sie vertraten die Auffassung, dass die politisch Verantwortlichen weiter alternative Verfahren zur eigenen Absicherung gegen plötzliche Umschwünge der Kapitalströme untersuchen sollten, darunter Finanzsektorreformen, die Entwicklung von lokalen Wertpapiermärkten sowie Schritte zur Verbesserung der Verwaltung der internationalen Reserven.

Die Direktoren riefen die aufstrebenden Volkswirtschaften dazu auf, einen Erfolgsnachweis von dauerhaft soliden wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Reformen zu erbringen, um ihre risikobereinigte Rendite zu verbessern und stabile Kapitalzuflüsse anzuziehen. Eine geordnete Lösung der globalen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte würde ebenfalls zur Schaffung eines Umfelds beitragen, das dauerhafte private Kapitalzuflüsse in aufstrebende Marktwirtschaften fördere.

Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems, März 2005

Bei ihrer Diskussion über die Weltfinanzmärkte im März 2005⁴ begrüßten die Direktoren die während der vorangegangenen sechs Monate festzustellende weitere Stärkung des

⁴Eine Zusammenfassung der Diskussion des Direktoriums findet sich unter www.imf.org/external/pubs/FT/GFSR/2005/01/pdf/annex.pdf; der Bericht kann abgerufen werden unter www.imf.org/external/pubs/FT/GFSR/2005/01/index.htm.

Finanzsystems, die von einem soliden globalen Wirtschaftswachstum und einer kontinuierlichen Verbesserung der Bilanzen des Unternehmens-, Finanz- und Haushaltsektors in vielen Ländern unterstützt wurde. Die Aussichten für eine anhaltende Finanzstabilität basierten auf dem nach wie vor günstigen Ausblick für die Weltwirtschaft und dem zunehmend höheren Entwicklungsstand der Finanzmärkte, der zu einer Streuung der Risiken beigetragen habe. Dennoch könnten die niedrigen langfristigen Zinssätze und Zinsaufschläge tiefer liegende Anfälligkeiten kaschieren und Risiken für einen Marktumschwung bergen. Dies gelte insbesondere für weniger kreditwürdige Staaten und Unternehmen. Die Direktoren gingen zwar davon aus, dass diese Risiken angesichts der Stärke der Finanzinstitutionen im Allgemeinen zu bewältigen sind, sie betonten jedoch die Notwendigkeit, weiterhin wachsam zu sein und erforderliche wirtschaftspolitische Maßnahmen rechtzeitig zu ergreifen.

In den fortgeschrittenen Märkten sei die Entwicklung während der Phase der Zinserhöhungen geordnet verlaufen. Dies sei durch eine zunehmend transparente Kommunikationsstrategie großer Zentralbanken begünstigt worden. Die reichliche globale Liquiditätsausstattung und eine verbesserte Kreditqualität hätten die Anleiherenditen sowie die Volatilität an den Finanzmärkten in den fortgeschrittenen Märkten niedrig gehalten. Die relativ niedrigen langfristigen Anleiherenditen seien auch zurückzuführen auf die Erwartungen, dass die Inflation unter Kontrolle gehalten werde sowie auf die geringe Nachfrage von Unternehmen nach zusätzlichen Krediten und die wachsende Nachfrage von Pensionsfonds und Lebensversicherungsunternehmen nach langfristigen Anleihen. Allgemein betrachtet hätten die niedrigen kurzfristigen Zinssätze die Anleger dazu angeregt, sich zu verschulden und bei ihrem Streben nach höheren Renditen auf risikoreichere Anlageformen überzugehen. Dadurch seien die Kurse belebt und die Zinsaufschläge gesenkt worden.

Die Direktoren stellten fest, dass die verbesserte Bilanzsituation der Unternehmen in den fortgeschrittenen Märkten und ihr Renditestreben die Anleger dazu ermutigt haben, Positionen mit höherem Kreditrisiko einzugehen. Dies habe zu einem Rückgang der Zinsaufschläge für Unternehmensanleihen und möglicherweise zu einer geringeren Risikodifferenzierung der Anleger geführt. Das Wachstum der Märkte für Kreditderivate habe zwar den Handel mit und die Absicherung von Kreditrisiken erleichtert, doch wiesen mehrere Direktoren darauf hin, dass das Wachstum der Derivatmärkte einige Anleger möglicherweise in die Situation bringen könne, Verluste auf kreditfinanzierte Anlagen realisieren zu müssen, die durch potenzielle Liquiditätsprobleme noch verstärkt werden könnten.

Die wesentlichen Einflussfaktoren für die jüngsten Entwicklungen der aufstrebenden Finanzmärkte seien neben der

Verbesserung der Fundamentaldaten in vielen dieser Länder die reichliche Liquiditätsausstattung und das Streben nach hohen Renditen. Die Zinsaufschläge für Schuldtitel der aufstrebenden Marktwirtschaften seien nahezu auf Rekordtiefstände gesunken und das Interesse der Anleger an Vermögentiteln der aufstrebenden Märkte habe deutlich zugenommen. Die Direktoren erwarteten, dass die Finanzierungsaussichten für die aufstrebenden Marktwirtschaften im Allgemeinen solide bleiben. Ursächlich dafür seien die günstigen Bedingungen an den Finanzmärkten und weitere Verbesserungen in der Kreditqualität der Schuldner in den aufstrebenden Marktwirtschaften.

Im Hinblick auf die Risiken stellten die Direktoren fest, dass die lang anhaltende Periode mit reichlicher Liquiditätsausstattung und niedriger Volatilität bei einigen Anlegern ein Gefühl der Sorglosigkeit erzeugt hat. Außerdem habe der Rückgang von Inflation und Risikoprämien wenig Spielraum für Fehlbewertungen von Vermögentiteln gelassen. Vor diesem Hintergrund erfordere das Risiko eines plötzlichen Anstiegs der langfristigen Zinssätze eine anhaltende Wachsamkeit. Ein einzelnes Ereignis könne zwar einen solchen Anstieg nicht auslösen, die meisten Direktoren warnen jedoch vor der Möglichkeit einer Kombination oder Korrelation solcher Ereignisse. Sie verwiesen auf das potenzielle Risiko einer ungeordneten Anpassung der globalen Ungleichgewichte, möglicherweise im Zusammenhang mit einer Diversifizierung von US-Dollar-Anlagen durch internationale Anleger. Darüber hinaus verwiesen die Direktoren auf die Möglichkeit eines unerwarteten Anstiegs der Inflation, insbesondere in Verbindung mit Erdöl- und anderen Rohstoffpreisen.

Um die globale Finanzstabilität zu erhöhen und potenzielle Risiken zu mildern, erörterten die Direktoren eine Reihe von Schritten, insbesondere die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit und glaubwürdiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Verbesserung des Vertrauens der Marktteilnehmer in einen geordneten Abbau der globalen Ungleichgewichte. Auf mikroökonomischer Ebene müssten die Aufsichts- und Regulierungsbehörden das Risikoprofil der Finanzintermediäre und deren Anfälligkeit für Marktpreisrisiken infolge unerwarteter Schocks aufmerksam beobachten. Die Behörden der aufstrebenden Volkswirtschaften sollten weiterhin einen umsichtigen wirtschaftspolitischen Kurs steuern, der zu einer Verringerung ihres Finanzierungsbedarfs führt, und gleichzeitig die derzeit günstigen Marktbedingungen dazu nutzen, um ihren externen Finanzierungsbedarf zu decken. Darüber hinaus sollten sie die Struktur ihrer Verschuldung verbessern und Maßnahmen zur Weiterentwicklung ihrer lokalen Finanzmärkte vorantreiben. Des Weiteren stellten Strukturreformen zur Verbesserung der Wachstumsaussichten den entscheidenden Weg zur Verringerung der Schuldenquoten auf ein besser handhabbares Niveau dar.

Die Direktoren erörterten ferner die Auswirkungen des *Risikotransfers vom Finanzsektor an die privaten Haushalte* sowie *Trends bei der Unternehmensfinanzierung in aufstrebenden Marktwirtschaften*. Die Trends bei der Entwicklung der Bilanzen der privaten Haushalte in den verschiedenen Ländern seien den Haushalten in verschiedener Form zugekommen. Hierzu zähle ein auf Kursgewinne zurückzuführender beträchtlicher Anstieg der Nettovermögen im Verhältnis zum Einkommen. Gleichzeitig führe der Übergang von Einlagen bei Banken und Sparkassen zu stärker marktsensitiven Vermögenstiteln zu einer größeren Exposition der Haushalte gegenüber Marktrisiken. Die geplanten Reformen der öffentlichen und privaten Ruhestandsbezüge könnten bewirken, dass den Haushalten eine noch größere Eigenverantwortung für die Verwaltung ihrer finanziellen Angelegenheiten zuwachsen. Solche Reformen hätten eine Reihe von Vorteilen mit sich gebracht, unter anderem die Übertragbarkeit von Rentenplänen mit fester Leistungszusage oder von gemischten Rentenplänen. Des Weiteren hätten die Reformen zwar einzelne Risiken verringert, doch führten sie andererseits auch dazu, dass die Haushalte einem größeren Anlage- und Marktrisiko sowie dem möglicherweise schwerwiegenden finanziellen Risiko einer höheren Lebenserwartung ausgesetzt seien.

Die Direktoren sahen es weitgehend als die Aufgabe von Regierungen an, Kommunikationsstrategien zu entwickeln, um die privaten Haushalte über die finanziellen Herausforderungen im Zusammenhang mit ihrem Ruhestand zu informieren. Außerdem sollte in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor eine Fortbildung in Finanzfragen erfolgen. Sie verwiesen auf die Bedeutung von erhöhten Anstrengungen zur Verbesserung der Erhebung, zeitgerechten Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit von Daten über den Sektor der privaten Haushalte, um die Übertragung von Finanzrisiken im Finanzsystem und insbesondere das Risikoprofil der privaten Haushalte zu bewerten.

Bei der Aussprache über eine Untersuchung des IWF-Mitarbeiterstabs zum Thema *Unternehmensfinanzierung in aufstrebenden Marktwirtschaften* stellten die Direktoren fest, dass nicht klar erkennbar ist, ob der Rückgang der inländischen Kreditvergabe der Banken an Unternehmen (außerhalb von China und Indien) das Ergebnis eines geringeren externen Finanzierungsbedarfs ist oder auf Engpässe bei den Finanzierungsquellen zurückgeht. Ungeachtet dessen riefen die Direktoren die aufstrebenden Marktwirtschaften dazu auf, ihren institutionellen Rahmen dahingehend zu verbessern, dass die Unternehmen einen leichteren Zugang zur Eigenkapitalfinanzierung zu angemessenen Konditionen erhalten. Sie sahen ferner die Notwendigkeit, die bestehenden Lücken bei der Umsetzung und Durchsetzung von breit akzeptierten Prinzipien der Unternehmensführung, Offenlegung und Transparenz zu schließen. Dabei müssten aber die länderspezifischen rechtlichen und institutionellen

Umstände sowie der Stand der Marktentwicklung berücksichtigt werden. Die Bewertung der finanziellen Anfälligkeit des Unternehmenssektors sei wichtig auf Grund der gestiegenen Bedeutung von Unternehmen im Verhältnis zu Staaten auf den internationalen Märkten und angesichts der potenziellen Risiken im Fall einer Verschlechterung der Marktbedingungen.

Entwicklung an den Ölmärkten

Angesichts rapide steigender Ölpreise, die im Jahr 2004 um 30 Prozent und von Ende 2004 bis Mitte März 2005 um weitere 35 Prozent in die Höhe schnellten, veranstaltete das Direktorium im März 2005 ein Seminar, um die Marktentwicklungen zu erörtern.⁵ Die Preise hatten nominal Rekordstände erreicht, real betrachtet lagen sie jedoch deutlich unterhalb der Höchststände aus den siebziger Jahren. Die Direktoren stimmten überein, dass die Aussichten für die Preisentwicklung einer großen Unsicherheitsmarge unterliegen, die vorherrschende Meinung war jedoch, dass ein Teil der jüngsten Preissteigerungen wahrscheinlich dauerhaft sein wird. Die Direktoren stimmten ferner weitgehend darin überein, dass das gegenwärtig niedrige Niveau ungenutzter Förderkapazitäten in Verbindung mit einem starken Nachfrageanstieg und möglichen Angebotsstörungen das Risiko einer größeren Preisvolatilität erhöht.

Zur Frage von Investitionen in neue Ölförderkapazitäten vertraten viele Direktoren die Ansicht, dass das derzeit niedrige Niveau der unausgenutzten Förderkapazitäten und der starke Nachfrageanstieg Anlass für höhere Investitionen in neue Förderkapazitäten geben. Einzelne andere Direktoren verwiesen demgegenüber auf frühere Erfahrungen mit Überinvestitionen und sehr niedrigen Preisen und stellten fest, dass auch andere Faktoren als Kapazitätsgrenzen einen Beitrag zu den hohen Preisen leisten. Die Direktoren gingen zwar davon aus, dass ein dauerhafter Preisanstieg Investitionen anregt, sie wiesen jedoch auch auf eine Reihe anderer Faktoren hin, die Investitionen beeinflussen: die hohen anfänglichen Investitionskosten, der lange Zeitraum bis zur Amortisation, Unsicherheiten bei der Vorhersage der langfristigen Preisentwicklung sowie geopolitische Risiken. Die Direktoren stimmten darin überein, dass die Mitgliedsländer versuchen sollten, unnötige Hindernisse für Investitionen zu beseitigen. Sie betonten darüber hinaus die Bedeutung von angemessenen Investitionen in Raffinerien und andere nachgelagerte Aktivitäten, in denen strukturelle Hemmnisse bestünden.

⁵Die Direktoriums Aussprache wird in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 05/48 zusammengefasst; siehe www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn0548.htm.

Die Direktoren stimmten weitgehend darin überein, dass die Auswirkungen der derzeit hohen Ölpreise auf die Weltwirtschaft nicht zu groß waren und dass die Wachstumsaussichten weiterhin günstig sind. Darüber hinaus lägen die Ölpreise in realer Betrachtung weit unter ihren historischen Höchstständen. Sie begründeten die relativ begrenzten Auswirkungen zum Teil mit der fortgesetzten Reduzierung der Ölintensität des Verbrauchs und der Produktion, insbesondere in den Industrieländern, sowie mit der größeren Glaubwürdigkeit des wirtschaftspolitischen Kurses der Verbraucherländer. Die Direktoren äußerten sich zuversichtlich, dass viele Erdöl importierende Entwicklungsländer in der Lage sind, ohne unbotmäßige Härten mit einer Kombination aus Anpassung, Nutzung von Reserven und externer Finanzierung auf die Preiserhöhungen zu reagieren. Dennoch habe es signifikante Auswirkungen auf einige Erdöl importierende Entwicklungsländer gegeben. Die Direktoren betonten daher die Notwendigkeit, aufmerksam zu bleiben, insbesondere wenn die Preise weiter steigen sollten.

Die Direktoren sprachen sich dafür aus, dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Erdöl exportierenden Länder mehrere Gesichtspunkte berücksichtigen sollten: ihre aktuelle makroökonomische Lage, die Höhe der unerwarteten zusätzlichen Öleinnahmen im Verhältnis zur Größe der Volkswirtschaft, die Höhe der Ölreserven, die bestehenden Liquiditätsreserven, die externe und öffentliche Verschuldung sowie die Kapazitäten zur Erstellung und Umsetzung sinnvoller Ausgabenprogramme. Sie ermutigten die Erdöl exportierenden Länder, angesichts des ungewissen Ausblicks für die Preisentwicklung umsichtig zu handeln, und verwiesen auf die Bedeutung von Transparenz und Verantwortlichkeit bei der Verwaltung der Öleinnahmen (siehe Kapitel 2 zur Diskussion über den „Entwurf eines Leitfadens für Transparenz der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft“ – *Draft Guide on Resource Revenue Transparency*). Die Reaktion der Erdöl importierenden Länder auf die hohen Ölpreise erfordere weiterhin eine Kombination aus höherer externer Kreditaufnahme, Reduzierung der Reserven und Anpassung. Hierzu gehöre auch die Eröffnung eines Spielraums für eine reale Abwertung des Wechselkurses. Die Direktoren stimmten darin überein, dass der IWF weiterhin darauf vorbereitet sein sollte, eine temporäre Zahlungsbilanzfinanzierung bereitzustellen, wenn dies eine nützliche Ergänzung der von den Ländern selbst ergriffenen Anpassungsmaßnahmen darstellt.

Die Direktoren verwiesen darauf, dass stabile Ölmärkte für den weltweiten Wohlstand wichtig sind und sie betonten die Bedeutung eines engen Dialoges zwischen Verbrauchern und Produzenten. Sie stimmten in diesem Zusammenhang überein, dass die Aktualität, Genauigkeit und Vollständigkeit der Daten über Ölangebot und -nachfrage verbessert

werden sollte, einschließlich der Daten über die Lagerbestände. Sie vertraten die Auffassung, dass solche Verbesserungen dazu beitragen können, die Unsicherheit und Preisvolatilität zu verringern und die Entscheidungsfindung von Produzenten und Verbrauchern zu verbessern. Die Direktoren kamen überein, dass der Fonds die Anstrengungen der für die Erhebung von Ölmarktdaten zuständigen internationalen Behörden weiterhin unterstützen sollte, und sie sprachen sich für eine Vertretung des IWF bei den Tagungen dieser Gremien aus. Der IWF wird auch in Zukunft technische Hilfe an Länder leisten, um ihren institutionellen Rahmen unter anderem im Statistikrecht und im Statistikwesen zu verbessern. Die Direktoren kamen überein, dass der Fonds die Mitglieder auch in Zukunft ermutigen sollte, ihre Teilnahme an den datenbezogenen Initiativen des Fonds zu verstärken.

Viele Direktoren wiesen ferner auf den bedeutenden Beitrag hin, den Länder durch eine Begrenzung der Nachfrage nach Ölprodukten zu einer stabilen Marktentwicklung leisten könnten. Zu diesen Maßnahmen zählten die Verbesserung der Energieeffizienz, die Förderung der Energieeinsparung und Nutzung alternativer Brennstoffe sowie die Erleichterung der Übertragung von internationalen Preisänderungen auf die Endverbraucherpreise. In diesem Zusammenhang sollten die Verkaufspreise von Ölprodukten, einschließlich Steuern und Abgaben, nicht nur die Marktkosten, sondern auch die sozialen Kosten der Nutzung der Ölprodukte reflektieren. Die Direktoren wiesen darauf hin, dass diese Maßnahmen, soweit erforderlich, angemessen sozial abgefedert werden sollten.

Länderüberwachung

Zur Durchführung der Überwachung auf der Basis des Artikels IV entsendet der IWF regelmäßig Mitarbeiterteams in die Mitgliedsländer. Formliche „Artikel-IV-Konsultationen“ werden gewöhnlich einmal pro Jahr (in einzelnen Ländern weniger oft) durchgeführt, während informelle Besuche des IWF-Mitarbeiterstabs häufig zwischen diesen Konsultationen erfolgen. Das Team sammelt Wirtschafts- und Finanzdaten und erörtert mit Regierungs- und Zentralbankmitarbeitern die seit der vorausgegangenen Konsultation eingetretenen wirtschaftlichen Entwicklungen sowie die Wechselkurs-, Geld-, Fiskal-, Finanzsektor- und Strukturpolitik des Landes. Das Mitarbeiterteam kann sich auch mit nichtoffiziellen Gruppen wie Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften, Vertretern von Gewerkschaften, Wissenschaftlern und Finanzmarktteilnehmern treffen, um deren Ansichten über die wirtschaftliche Lage einzuholen. Gegen Ende des Besuchs erstellt das Team eine Zusammenfassung seiner Erkenntnisse und der wirtschaftspolitischen



Türkei

Unter dem vorangegangenen IWF-gestützten Programm der Türkei führte die Regierung eine ehrgeizige Wirtschafts- und Strukturpolitik durch, die die Grundlage für eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Geschäftsjahr 2005 legte. Das neue Dreijahres-Programm der Türkei sollte dazu beitragen, diese Erfolge zu konsolidieren.

Das Wirtschaftswachstum erreichte im Jahr 2004 beeindruckende zehn Prozent. Um die öffentlichen Schulden und das Leistungsbilanzdefizit zurückzuführen, ging die Regierung 2004 über ihr Haushaltsziel hinaus und erreichte einen Primärüberschuss von sieben Prozent des BSP. Dadurch wurde die Schuldenlast der Türkei auf 63 Prozent des BSP gesenkt, fast 30 Prozentpunkte niedriger als nach der Krise 2000-01. Die solide Geldpolitik der Zentralbank reduzierte die Inflation auf einstellige Zahlen, die niedrigsten Werte seit einer Generation. In Anerkennung dieses Erfolges kündigte die Zentralbank der Türkei an, im Jahr 2006 zu einem System der direkten Inflationssteuerung überzugehen. Die Behörden führten außerdem im Januar 2005 eine neue Währung ein – die neue türkische Lira – und strichen sechs Nullen von der alten Währung. Im Rahmen des neuen IWF-gestützten Programms hat die Regierung außerdem wichtige Reformen eingeleitet, unter anderem in den Bereichen Steuerverwaltung, Sozialversicherung und Bankengesetz. Diese Strukturreformen werden den institutionellen Rahmen der Türkei stärken und die mittelfristigen Wachstumsaussichten verbessern.

Aufgrund dieser Fortschritte und großer Kapitalzuflüsse war auf dem Finanzmarkt eine beeindruckende Entwicklung festzustellen. Der Richtzinsatz für Anleihen ging auf weit unter 20 Prozent zurück, im Vergleich zu 25 Prozent Ende April 2004, die Zinsaufschläge auf Anleihen sind beträchtlich gesunken, die Börse hat Rekordwerte erreicht und die Lira bleibt stark.

Zusammenarbeit zwischen Türkei und IWF im GJ 2005

Mai 2004	Besuch der Ersten Geschäftsführenden Direktorin Anne O. Krueger
Juli 2004	Abschluss der achten Überprüfung der Leistung der Türkei unter der Bereitschaftskredit-Vereinbarung sowie der Artikel-IV-Gespräche durch das Exekutivdirektorium des IWF
April 2005	Ansprache des Geschäftsführenden Direktors Rodrigo de Rato im zweiten Istanbul Investment Advisory Council

Empfehlungen, die den nationalen Behörden übergeben wird. Diese haben dann die Möglichkeit, sie zu veröffentlichen.

Nach der Rückkehr in die Zentrale des IWF verfasst das Mitarbeiterteam einen Bericht, in dem die wirtschaftliche Situation und der Inhalt der Diskussionen mit den Behörden beschrieben werden und eine Bewertung der Wirtschaftspolitik des Landes vorgenommen wird. Der Bericht wird vom Exekutivdirektorium erörtert und es wird eine Zusammenfassung der Aussprache erstellt. Im Rahmen dieser Konsultationen versucht der IWF, die Stärken und Schwächen der Wirtschaftspolitik festzustellen, auf mögliche Anfälligkeiten hinzuweisen und die Länder, sofern erforderlich, im Hinblick auf angemessene Korrekturmaßnahmen zu beraten. Wenn das Mitgliedsland zustimmt, wird der vollständige Artikel-IV-Konsultationsbericht veröffentlicht. Dem Bericht wird eine Öffentliche Informationsmitteilung (*Public Information Notice – PIN*) beigefügt, die Hintergrundinformationen und eine Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache enthält. Das Mitgliedsland kann sich auch dafür entscheiden, nur die PIN zu veröffentlichen. Im Geschäftsjahr 2005 hat das Direktorium insgesamt 130 Artikel-IV-Konsultationen mit Mitgliedsländern durchgeführt (siehe Tabelle 1.1). (Alle PINs werden in die Webseite des IWF eingestellt, und das Gleiche gilt für die Artikel-IV-Berichte, deren Veröffentlichung genehmigt wurde.)

Als Ergänzung zu diesen systematischen und regelmäßigen Überprüfungen der einzelnen Mitgliedsländer beurteilt das Exekutivdirektorium die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik derjenigen Mitgliedsländer, die Finanzmittel vom IWF ausleihen. Das Exekutivdirektorium tagt außerdem auch häufig informell, um Entwicklungen in einzelnen Ländern zu erörtern. Die Länderüberwachung des IWF erhält auch Informationen durch freiwillige Beurteilungen im Rahmen des „Programms zur Bewertung des Finanzsektors“ (*Financial Sector Assessment Program – FSAP*) (siehe Kapitel 2).

Bei seiner Zweijahresüberprüfung der Überwachung im Juli 2004 vereinbarte das Direktorium, dass die Artikel-IV-Konsultationen mit systemisch oder regional bedeutenden Mitgliedsländern die grenzüberschreitenden Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Situation und ihrer Wirtschaftspolitik umfassender untersuchen sollten. Die Direktoren vereinbarten ferner, dass die Konsultationen in Zukunft deutlicher auf die Verbindungen zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der globalen Wirtschafts- und Finanzlage eingehen sollten und dass die Analyse länderspezifischer Anfälligkeiten für globale Wirtschafts- und Finanzrisiken ausgeweitet werden sollte. (Auf die Zweijahresüberprüfung wird in Kapitel 2 detailliert eingegangen.)

Regionale Überwachung

Der IWF hat seine regionale Überwachung durch die Verstärkung der Diskussionen über die regionalen Währungsunionen und eine stärkere Beachtung der regionalen Dimensionen von Wirtschaftsentwicklungen und Fragen der Wirtschaftspolitik erweitert. Von diesen Diskussionen wird beispielsweise erwartet, dass sie eine vergleichende Analyse von Entwicklungen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen innerhalb einer Region ermöglichen und zu zusätzlichen Erkenntnissen über die regionale Übertragung von Schocks führen.

Afrika südlich der Sahara

Als Teil dieser Anstrengungen hat der Mitarbeiterstab damit begonnen, dem Direktorium periodisch einen regionalen Überblick vorzulegen. Der erste Überblick, den das Direktorium bei einem informellen Seminar im April 2005 erörterte, beschäftigte sich mit den afrikanischen Ländern südlich der Sahara⁶. Der Bericht zu dem Thema „Afrika südlich der Sahara: Regionale wirtschaftliche Aussichten“ legte dar, dass die Aufrechterhaltung und Beschleunigung des Wirtschaftswachstums die wichtigste Herausforderung ist, der sich die Region gegenüber sieht. Dabei wurde festgestellt, dass sogar die zuletzt verbesserten Wachstumsraten, die im Jahr 2004 mit fünf Prozent einen Höchststand der vergangenen acht Jahre bedeuteten, nicht ausreichen, um das Millennium-Entwicklungsziel einer Halbierung der Armut bis 2015 zu erreichen (siehe Kapitel 4).

Ostkaribische Währungsunion (ECCU)

Angesichts einer Reihe von Rückschlägen, darunter Naturkatastrophen, der langsame Auslauf bevorzugter Handelsvereinbarungen für Bananen und Zucker, zurückgehende Aktivitäten in Offshore-Zentren, die Abschwächung der weltwirtschaftlichen Entwicklung sowie die Folgewirkungen des 11. September, haben die Länder der Ostkaribischen Währungsunion (Eastern Caribbean Currency Union – ECCU) einen expansiven fiskalpolitischen Kurs verfolgt, um das Wachstum anzuregen. Dieser wirtschaftspolitische Kurs hat jedoch in vielen Ländern zu einer Belastung in Form einer rapide steigenden Verschuldung und einer schwachen Haushaltslage geführt.

Das Exekutivdirektorium erörterte am 5. Mai 2004 die Lage in der ECCU⁷ und legte es den regionalen Behörden nahe, die Haushaltssituation zu verbessern und die Verschuldung zügig zu verringern. Gleichzeitig sollten Reformen eingeleitet werden, um den Wirtschaftsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und dadurch das Wachstum zu beleben.

Um die Ursachen für die Anfälligkeiten der Region zu verringern, rieten die Direktoren dazu, die Abhängigkeit von der traditionellen Landwirtschaft abzubauen, die strukturelle Haushaltsposition zu stärken und die Wirksamkeit der Finanzaufsicht zu steigern. Ebenfalls bedeutsam sei eine Stärkung der institutionellen Kapazitäten der Region, um die Auswirkungen von Naturkatastrophen zu mildern. Sie ermutigten die Behörden dazu, die Übereinstimmung der Fiskalpolitik der einzelnen Staaten mit der Currency-Board-Vereinbarung der Region zu gewährleisten und sie begrüßten die eingeleiteten Maßnahmen zur Entwicklung von landeseigenen Stabilisierungsprogrammen.

Eurogebiet

Das Exekutivdirektorium erörterte im Juli 2004 die Wirtschaftspolitik im Eurogebiet. Die Direktoren räumten ein, dass sich die kurzfristigen Aussichten verbessert haben, sie wiesen aber darauf hin, dass die seit langem bestehenden strukturellen Herausforderungen noch angegangen werden müssen. Die Direktoren machten darauf aufmerksam, dass die Übertragung des Wachstumsschubs auf die inländische Nachfrage insbesondere in einigen der größeren Volkswirtschaften weiterhin nur langsam stattfindet.

Die Direktoren stimmten darin überein, dass die Geldpolitik angemessenen ist. Das gelte insbesondere im Hinblick auf die Beharrlichkeit der Inflation während der konjunkturellen Abschwächung. Mit Blick in die Zukunft vertraten die Direktoren die Ansicht, dass die Geldpolitik den Aufschwung der Binnennachfrage weiterhin unterstützen sollte, solange die mittelfristigen Aussichten für die Preisstabilität günstig sind. Die Risiken für Zweitrundeneffekte infolge der höheren Ölpreise, aber auch auf Grund des Anstiegs indirekter Steuern und administrierter Preise müssten zwar weiterhin aufmerksam beobachtet werden, die unausgenutzten Kapazitäten am Arbeitsmarkt und die anhaltende Lohnzurückhaltung seien jedoch positiv für die Inflationsentwicklung.

⁶Der vollständige Bericht findet sich unter www.imf.org/external/pubs/ft/AFR/REO/2005/eng/01/SSAREO.htm.

⁷Eine Zusammenfassung der Diskussion findet sich in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 04/101, www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn04101.htm.

Tabelle 1.1 Im Geschäftsjahr 2005 abgeschlossene Artikel-IV-Konsultationen

Land	Datum der Direktoriumsaussprache	PIN bekannt gegeben	Veröffentlichung des Staatsberichts
Afghanistan, Islamische Republik	19. Januar 2005	27. Januar 2005	4. Februar 2005
Ägypten	24. Mai 2004	12. Juli 2004	
Albanien	28. Februar 2005	10. März 2005	10. März 2005
Algerien	12. Januar 2005	28. Januar 2005	15. Februar 2005
Angola	4. März 2005		
Antigua und Barbuda	15. November 2004	22. November 2004	24. November 2004
Äquatorialguinea	25. April 2005	6. Mai 2005	6. Mai 2005
Armenien	1. Dezember 2004	10. Dezember 2004	17. Dezember 2004
Aserbaidschan	22. Dezember 2004	21. Januar 2005	21. Januar 2005
Äthiopien	13. September 2004	31. Januar 2005	31. Januar 2005
Australien	27. Oktober 2004	8. November 2004	8. November 2004
Bahrain	14. Juni 2004	24. August 2004	
Barbados	3. Mai 2004	14. Mai 2004	26. Mai 2004
Belarus	7. Mai 2004	19. Mai 2004	19. Mai 2004
Belgien	18. Februar 2005	3. März 2005	3. März 2005
Benin	6. Oktober 2004	12. November 2004	24. November 2004
Brasilien	21. März 2005	25. März 2005	
Brunei Darussalam	21. Mai 2004	23. September 2004	
Bulgarien	14. Juni 2004	18. Juni 2004	28. Juni 2004
Chile	4. August 2004	5. August 2004	13. September 2004
China, Volksrepublik	28. Juli 2004	25. August 2004	5. November 2004
Costa Rica	2. Juli 2004	19. August 2004	20. September 2004
Dänemark	2. August 2004	6. August 2004	6. August 2004
Deutschland	25. Oktober 2004	2. November 2004	2. November 2004
Ecuador	26. Juli 2004	12. August 2004	
El Salvador	31. Januar 2005	14. Februar 2005	
Eritrea	3. September 2004	9. Februar 2005	
Estland	8. November 2004	11. November 2004	11. November 2004
Fidschi	23. August 2004	14. September 2004	
Finnland	28. Januar 2005	7. Februar 2005	7. Februar 2005
Frankreich	20. Oktober 2004	3. November 2004	3. November 2004
Gabun	28. März 2005	26. April 2005	3. Mai 2005
Griechenland	2. Februar 2005	9. Februar 2005	9. Februar 2005
Guinea	27. August 2004	3. Oktober 2004	7. Dezember 2004
Guinea-Bissau	19. November 2004	10. Dezember 2004	11. März 2005
Guyana	24. Januar 2005	11. März 2005	
Honduras	28. März 2005	13. April 2005	
Hongkong, SVR	2. Februar 2005	21. Februar 2005	21. Februar 2005
Indien	24. Januar 2005	3. Februar 2005	10. März 2005
Indonesien	3. Mai 2004	9. Mai 2004	2. Juli 2004
Iran, Islamische Republik	10. September 2004	27. September 2004	27. September 2004
Irland	29. Oktober 2004	4. November 2004	4. November 2004
Israel	21. März 2005	29. März 2005	18. April 2005
Italien	7. Februar 2005	9. Februar 2005	10. Februar 2005
Jamaika	2. August 2004	16. August 2004	16. August 2004
Japan	28. Juli 2004	11. August 2004	11. August 2004
Jemen, Republik	14. März 2005	24. März 2005	23. März 2005
Kambodscha	13. September 2004	27. September 2004	22. Oktober 2004
Kamerun	22. April 2005	29. April 2005	
Kasachstan	21. Juli 2004	20. September 2004	28. Oktober 2004
Kanada	16. Februar 2005	29. März 2005	29. März 2005
Katar	14. März 2005		
Kenia	20. Dezember 2004		
Kirgisische Republik	19. November 2004	14. Januar 2005	10. Februar 2005
Kolumbien	29. April 2005	9. Mai 2005	9. Mai 2005
Kongo, Republik	10. Juni 2004	22. Juli 2004	2. August 2004
Korea	21. Januar 2005	4. Februar 2005	11. Februar 2005
Kroatien	4. August 2004	12. August 2004	12. August 2004
Kuwait	25. April 2005	13. Mai 2005	
Laos, Dem. Volksrepublik	29. November 2004	12. Januar 2005	12. Januar 2005
Lettland	4. August 2004	6. August 2004	16. August 2004
Libanon	7. Mai 2004	7. Juli 2004	
Liberia	20. April 2005		
Libyen	28. Januar 2005	8. März 2005	8. März 2005
Litauen	23. März 2005	31. März 2005	31. März 2005

Tabelle 1.1 (Fortsetzung)

Land	Datum der Direktoriaussprache	PIN bekannt gegeben	Veröffentlichung des Stabsberichts
Malawi	29. Oktober 2004	24. November 2004	6. Dezember 2004
Malaysia	7. Februar 2005	14. März 2005	
Malediven	24. Mai 2004	23. Juli 2004	
Marokko	5. Mai 2004	12. Mai 2004	9. Juni 2004
Mauritius	21. Juli 2004	25. August 2004	
Mexiko	18. Oktober 2004	23. Dezember 2004	23. Dezember 2004
Mikronesien	25. Februar 2005	22. März 2005	22. März 2005
Moldau, Republik	7. Februar 2005	17. Februar 2005	17. Februar 2005
Myanmar	25. März 2005		
Namibia	14. Februar 2005	9. März 2005	11. März 2005
Niederlande	8. September 2004	17. September 2004	22. September 2004
Niger	28. Juni 2004	19. Juli 2004	24. August 2004
Nigeria	16. Juli 2004	3. August 2004	6. August 2004
Oman	8. Oktober 2004		
Österreich	2. August 2004	4. August 2004	5. August 2004
Pakistan	1. Dezember 2004	20. Dezember 2004	20. Dezember 2004
Panama	23. März 2005	12. April 2005	
Papua-Neuguinea	2. Juni 2004	10. November 2004	10. November 2004
Paraguay	30. Juli 2004	16. September 2004	18. Februar 2005
Philippinen	7. März 2005	20. März 2005	21. März 2005
Polen	12. Juli 2004	26. Juli 2004	26. Juli 2004
Ruanda	6. Oktober 2004	16. November 2004	3. Dezember 2004
Rumänien	7. Juli 2004	27. Juli 2004	27. Juli 2004
Russische Föderation	1. September 2004	30. September 2004	30. September 2004
Salomonen	16. Juli 2004	12. August 2004	12. August 2004
San Marino	28. Juli 2004	4. August 2004	13. August 2004
Saudi-Arabien	22. Dezember 2004	12. Januar 2005	
Schweden	4. August 2004	9. August 2004	9. August 2004
Schweiz	2. Juni 2004	18. Juni 2004	18. Juni 2004
Senegal	7. März 2005		
Seychellen	21. Januar 2005		
Sierra Leone	12. November 2004	19. Januar 2005	24. Januar 2005
Simbabwe	7. Juli 2004	17. September 2004	17. September 2004
Singapur	7. Februar 2005	28. April 2005	28. April 2005
Slowakische Republik	11. Februar 2005	17. Februar 2005	2. März 2005
Slowenien	7. Mai 2004	24. Mai 2004	24. Mai 2004
Spanien	9. Februar 2005	17. Februar 2005	17. Februar 2005
St. Kitts und Nevis	15. November 2004		
St. Lucia	5. Mai 2004	15. November 2004	8. Dezember 2004
St. Vincent und die Grenadinen	5. Mai 2004	19. Mai 2005	
Südafrika	3. September 2004	2. Dezember 2004	2. Dezember 2004
Sudan	29. April 2005		
Suriname	25. März 2005	20. April 2005	25. April 2005
Swasiland	18. Februar 2005		
Tadschikistan	18. März 2005	25. März 2005	15. April 2005
Tansania	6. August 2004	7. September 2004	7. September 2004
Thailand	1. September 2004	1. Dezember 2004	
Timor-Leste	16. Juli 2004	12. Oktober 2004	12. Oktober 2004
Tonga	23. Juni 2004	29. Juli 2004	
Trinidad und Tobago	22. Oktober 2004	8. Dezember 2004	5. Januar 2005
Tschechische Republik	6. August 2004	17. August 2004	17. August 2004
Tunesien	27. Oktober 2004	8. November 2004	12. November 2004
Türkei	30. Juli 2004	10. August 2004	
Turkmenistan	4. Juni 2004		
Uganda	23. Februar 2005		
Ukraine	25. Oktober 2004	24. Januar 2005	24. Januar 2005
Ungarn	10. Mai 2004	24. Mai 2004	24. Mai 2004
Usbekistan	7. Juni 2004		
Vanuatu	25. Februar 2005	11. März 2005	31. März 2005
Venezuela	13. September 2004		
Vereinigte Arabische Emirate	28. Mai 2004	29. Juni 2004	29. Juni 2004
Vereinigte Staaten	23. Juli 2004	30. Juli 2004	30. Juli 2004
Vereinigtes Königreich	2. März 2005	8. März 2005	8. März 2005
Vietnam	22. November 2004	5. Januar 2005	4. Mai 2005
Zypern	18. Februar 2005	22. März 2005	22. März 2005

Die Direktoren wiesen gleichzeitig darauf hin, dass der erneute Aufwertungsdruck auf den Euro, der von den globalen Leistungsbilanz-Ungleichgewichten ausgeht, ein mittelfristiges Abwärtsrisiko für das Wachstum darstellt.

Die Direktoren hoben hervor, dass der Konsens über die Aufrechterhaltung eines starken und disziplinierenden Rahmens für die Fiskalpolitik zurückgewonnen werden muss. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund der sich aus der rapiden Alterung der Bevölkerung ergebenden haushaltspolitischen Herausforderungen. Die meisten Direktoren vertraten die Ansicht, dass ein fehlender Konsens über die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) schwerwiegende Konsequenzen für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) und ihre Mitgliedsländer haben kann, da sich viele dieser Länder auf den SWP als Instrument der externen Verpflichtung zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin verlassen. Die Direktoren riefen in diesem Kontext und vor dem Hintergrund des sich belebenden Aufschwungs der Mitgliedsländer dazu auf, das Tempo der Haushaltskonsolidierung zu beschleunigen.

In Bezug auf die Wachstumsaussichten sahen die Direktoriumsmitglieder die zentrale strukturpolitische Herausforderung des Eurogebiets darin, das langfristige Wachstum zu erhöhen. Dies solle in erster Linie durch stärkere Anreize zur Annahme einer Arbeitsstelle geschehen. Eine Umkehr des langfristigen Rückgangs des Arbeitseinsatzes durch eine Reform der Steuervorteile und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit sei in den meisten Mitgliedsländern ein zentrales Element in der Strategie zur Stützung der sozialen Sicherungssysteme. Hinsichtlich der Reformbereiche begrüßten die Direktoren die spürbaren Fortschritte bei der Deregulierung und Integration von Güter- und Finanzmärkten, drängten aber auf weitere Maßnahmen zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors.

Der fehlende Reform-Elan sei ein Grund zur Besorgnis, so die Direktoren, insbesondere im Hinblick auf Arbeitsmarkt- und Rentenreformen. Die zentrale Herausforderung für das gesamte Eurogebiet bestehe darin, den auf nationaler Ebene durchgeführten Strukturreformen durch eine entschlosseneren Führung auf der Ebene der Europäischen Union mehr Auftrieb zu geben.

Die Direktoren begrüßten die neuen Anstrengungen der Europäischen Union zum Neubeginn der ins Stocken geratenen Doha-Welthandelsrunde. Das jüngste Angebot der Europäischen Union, alle Subventionen für landwirtschaftliche Exporte auslaufen zu lassen und die Verhandlungen über die vier „Singapur-Fragen“ (Handel und Investitionen, Wettbewerbspolitik, Transparenz der öffentlichen Beschaffungsverfahren und Handelsförderung) weiter zu begrenzen, Sorge für einen frischen und dringend benötigten Impuls, um eine Vereinbarung über einen Verhandlungs-

rahmen zu erreichen. Die WTO-Mitglieder hatten auf der Ministerkonferenz im Jahr 1996 in Singapur beschlossen, die Arbeit an diesen Fragen aufzunehmen. Die Direktoren sprachen sich dafür aus, diese Anstrengungen durch ein ehrgeizigeres multilaterales Angebot über den Marktzugang zu ergänzen.

Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (WAEMU)

Zum Zeitpunkt der Aussprache des Direktoriums im Oktober 2004 wurden die wirtschaftlichen Aussichten der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (West African Economic and Monetary Union – WAEMU) für 2004 durch die Krise in Côte d'Ivoire, Druck auf die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, höhere Ölpreise und eine Heuschreckeninvasion getrübt. Die Wettbewerbsfähigkeit der Region hatte zwar keine signifikanten Verluste zu verzeichnen, die Direktoren legten es den Behörden jedoch nahe, einen angemessenen wirtschaftspolitischen Kurs zu verfolgen und Strukturreformen durchzuführen, um die Effizienz des Exportsektors zu verbessern und somit die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die Aussichten für ein dauerhaftes Wachstum und den Abbau der Armut zu verbessern.

Die Entwicklung zu makroökonomischer Konvergenz innerhalb der WAEMU habe an Schwung verloren und das politische Engagement für eine weitere Handelsliberalisierung habe nachgelassen. Die Direktoren hoben hervor, dass konzertierte und glaubwürdige Maßnahmen aller Länder im Hinblick auf die Erfüllung all ihrer regionalen Verpflichtungen notwendig sind, um eine Konvergenz im Wirtschafts- und Finanzbereich zu erzielen und es der Region zu ermöglichen, von den Vorteilen einer weiteren Handelsliberalisierung zu profitieren.

Die Direktoren stellten fest, dass die Währungsvereinbarung der WAEMU dazu beigetragen hat, die Inflation niedrig zu halten und das Vertrauen in die Währung zu sichern. Sie begrüßten die jüngsten Maßnahmen zur Abschaffung der Finanzierung der nationalen Haushalte durch die Zentralbank. Dadurch werde die Haushaltsdisziplin verbessert. Als Schutz gegen das Risiko kumulierter Zahlungsrückstände oder exzessiver Auslandsverschuldung infolge dieses Schritts sollten die von der WAEMU festgelegten Obergrenzen für die Verschuldung und den Aufbau von Zahlungsrückständen strikt eingehalten werden.

Trotz der begrenzten Integration der Finanzmärkte in der WAEMU empfahlen die Direktoren den Behörden, die Formulierung und Umsetzung der Geldpolitik zunehmend eher an regionalen als an länderspezifischen Zielen zu orientieren, sobald die durch die geringe Finanzintegration

verursachten Einschränkungen verringert worden seien. Die Direktoren betonten, dass es zur Stärkung der Kreditinstitute erforderlich ist, den aufsichtlichen Rahmen durch eine Reform der Regulierung und eine effektivere Durchsetzung zu verbessern. Abschließend begrüßten die Direktoren die ver-

stärkte Zusammenarbeit zwischen der WAEMU-Kommission und dem Exekutivsekretariat der Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (Economic Community of West African States – ECOWAS), die auf die Errichtung eines einheitlichen regionalen Marktes innerhalb der ECOWAS abzielt.



Stärkung von Überwachung und Krisenprävention

KAPITEL | 2

Der IWF verbessert die Qualität und Effektivität seiner Überwachungstätigkeit fortlaufend. Seine Anstrengungen in diesem Bereich, die seit der Krise in den Schwellenmärkten Mitte und Ende der 1990er Jahre intensiv waren, sollen sicherstellen, dass der Fonds die Hilfe für die Mitgliedsländer so effektiv wie möglich gestaltet. Dabei geht es darum, die Leistung und Widerstandskraft ihrer Volkswirtschaft zu verbessern, auf entstehende Probleme zurückzuführende internationale Übertragungswirkungen auf ein Minimum zu begrenzen und potenzielle Schwachstellen im internationalen Finanzsystem zu identifizieren und anzugehen.

Der IWF führte im Geschäftsjahr 2005 eine weitere umfassende zweijährliche Überprüfung seiner Überwachungstätigkeit durch. Dabei wurden Finanzsektorfragen stärker berücksichtigt, unter anderem durch eine Überprüfung des Programms zur Bewertung des Finanzsektors, das der IWF gemeinsam mit der Weltbank durchführt. Des Weiteren beschäftigte er sich mit schuldenbezogenen Schwachstellen der Mitglieder und den möglichen Zusammenhängen mit Finanzkrisen sowie mit Themen, die mit dem Liquiditätsmanagement der Zentralbanken zusammenhängen. Er erörtere den Wunsch einiger Mitglieder, eine neue Art von Politiküberwachung und Signalmechanismen einzuführen, die keine IWF-Finanzierung erfordern, und unterstützte die Mitglieder weiterhin dabei, ihre statistischen Daten zu verbessern und internationale Standards und Kodizes einzuhalten.

Zweijährliche Überprüfung der Überwachungstätigkeit

In der Diskussion des IWF im Rahmen der zweijährlichen Überprüfung der Überwachung¹ im Juli 2004 bestätigte das Exekutivdirektorium die Notwendigkeit einer fokussierten Überwachung auf der Grundlage qualitativ hochwertiger Analysen. Die Überprüfung konzentrierte sich auf die Frage, wie die Überwachung für alle Mitglieder effektiv gestaltet werden kann und wie dadurch die Arbeit des Fonds im Bereich der Krisenprävention gestärkt werden kann. Sie

¹Die Diskussion des Direktoriums wird in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 04/95 zusammengefasst, www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn0495.htm; die Überprüfung ist einzusehen unter www.imf.org/external/np/pdr/surv/2004/082404.htm.

stützte sich auf eine Beurteilung des IWF-Stabs, die die Auffassungen von Länderbehörden, Finanzmarktteilnehmern, Denkfabriken und anderen Nichtregierungs-Einrichtungen sowie der Medien berücksichtigte.

Die Direktoren kamen überein, dass die Überwachungstätigkeit des IWF ständig weiter entwickelt und an die Änderungen in der Weltwirtschaft sowie an die Bedürfnisse der Mitgliedsländer angepasst werden sollte. Sie begrüßten die Fortschritte bei der Stärkung der Überwachung, die seit der zweijährlichen Überprüfung von 2002 erzielt wurden, betonten jedoch, dass es noch einige Aufgaben zu bewältigen gibt. Die Direktoren erörterten eine Reihe von Themen angesichts der Aufforderung des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses, Vorschläge zur Verbesserung der Fokussierung, der Qualität, der Überzeugungskraft, der Auswirkungen und der Wirksamkeit der Überwachung zu unterbreiten.

Fokus und Qualität der Analyse

Die Direktoren bekräftigten, dass die Artikel-IV-Konsultationen trotz des erweiterten Umfangs der Überwachung auf Kernthemen ausgerichtet bleiben müssen. Der Umfang sollte an die jeweiligen Länderumstände angepasst werden, während sich die Themenauswahl auf die makroökonomische Relevanz stützen sollte. Zu den wichtigsten Anliegen des IWF gehörten außenwirtschaftliche Tragfähigkeit, Anfälligkeiten gegenüber Zahlungsbilanz- oder Währungskrisen, nachhaltiges Wachstum und die zur Erreichung dieses Ziels erforderlichen Politikmaßnahmen sowie – bei systemisch wichtigen Ländern – die Bedingungen und Politiken, die die weltweiten oder regionalen Wirtschaftsaussichten betreffen.

Es sei dem IWF weitgehend gelungen, einen breiteren Bereich von Themen abzudecken, ohne den Fokus zu verlieren, so die Direktoren. Die einzelnen Konsultationen könnten jedoch noch verbessert werden durch eine gezieltere Berücksichtigung von Themen außerhalb des traditionellen Expertisebereichs des IWF, eine umfangreichere Nutzung von Informationen angemessener externer Quellen und eine selektivere Berücksichtigung von Handelsfragen (Kasten 2.1); dabei sollte der Schwerpunkt auf solche Fragen gelegt werden, die den größten Einfluss auf Stabilität und Wachstumsaussichten besitzen. Das Direktorium rief den Stab zu einem Meinungsaustausch mit den

Mitgliedern auf, um vorrangige Themen festzulegen, betonte jedoch, dass der Stab die Verantwortung für die Auswahl behalten sollte.

Die Direktoren betonten, dass die IWF-Überwachung ein ausgezeichnetes Instrument zur Analyse globaler und regionaler Übertragungswirkungen ist. Sie sahen jedoch noch beträchtliche Verbesserungsmöglichkeiten für die Analyse dieser Fragen durch eine stärkere Integration der länderbezogenen, regionalen und globalen Überwachung. Sie sprachen sich außerdem dafür aus, in allen Konsultationen die globalen Auswirkungen der Wirtschaftslage und -politik in den größten Mitgliedsländern umfassender zu untersuchen und die kurz- und mittelfristigen Risiken gezielter zu erörtern.

Informelle Direktoriumsgespräche über Themen, die verschiedene Regionen betreffen, sind wertvolle Ergänzungen der globalen und länderbezogenen Überwachung, so die Direktoren. Solche Diskussionen böten eine gute Gelegenheit, vergleichende Analysen über die wichtigsten Entwicklungen und Politikmaßnahmen in den einzelnen Regionen durchzuführen und könnten weiteres Licht auf die regionale Übertragung von Schocks werfen.

Die eindeutige und offene Beurteilung von *Wechselkursfragen* bleibe eine Herausforderung. Die Direktoren verwiesen zwar auf die Sensibilität von Wechselkursfragen, sie betonten jedoch, dass eine gründliche Diskussion dieser Fragen für die Überwachung von entscheidender Bedeutung

Kasten 2.1 Die Rolle des IWF im Handel

Handelspolitik ist traditionell ein wichtiger Teil der IWF-Überwachung und in einigen Fällen auch der IWF-gestützten Programme. Alle paar Jahre überprüft der IWF einige Aspekte seiner handelsbezogenen Arbeit. Die im Geschäftsjahr 2005 durchgeführte Überprüfung war umfassender als frühere Überprüfungen.

Bei der Aussprache über die Rolle des IWF im Handel¹, die im Februar 2005 stattfand, bekräftigten die Direktoren die handelspolitische Agenda und die Grundsatzpositionen des Fonds. Sie unterstrichen, dass ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde multilateraler Handelsgespräche von großer Bedeutung ist, um Effizienz und Wachstum zu fördern, die Armut zu verringern und die Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele zu unterstützen. Die entwickelten Länder spielen eine wichtige Rolle dabei, die noch bestehenden Handelshemmnisse anzugehen, so die Direktoren, indem sie Beschränkungen für Exporte aus Entwicklungsländern abbauen, die Zollabstufung reduzieren und Agrarsubventionen sowie andere Subventionen kürzen. Die Entwicklungsländer ihrerseits müssten sich zu einer weiter gehenden Handelsliberalisierung verpflichten.

Die Direktoren bestätigten im Wesentlichen die Arbeit des Fonds im Bereich des Handels und sprachen sich lediglich für eine Feinabstimmung aus. Sie hielten es für nützlich, die Stabsanalyse von Übertragungswirkungen der

Handelspolitik wichtiger Industrieländer auf die Handelspolitik größerer Länder mit mittlerem Einkommen auszuweiten, da diese die Exportaussichten anderer Länder immer stärker beeinflussen. Die Direktoren forderten den Stab außerdem dazu auf, den Handel mit Dienstleistungen angesichts seiner steigenden Bedeutung stärker zu berücksichtigen.

Das Direktorium verwies auf die starke Zunahme von regionalen Handelsintegrations-Abkommen und auf die damit zusammenhängende Zusammenlegung von Handelspolitik- und Verwaltungsentscheidungen. Die Direktoren räumten zwar ein, dass eine multilaterale Handelsliberalisierung auf der Grundlage der Meistbegünstigungsklausel der bevorzugte Weg zur weltweiten Öffnung der Märkte ist, betonten jedoch, dass angemessen strukturierte regionale Handelsabkommen unmittelbare wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen und die multilaterale Liberalisierung ergänzen und mit ihr vereinbar sein können.

Der IWF sollte in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Institutionen (insbesondere der Weltbank und der Welthandelsorganisation) und mit Spendern auch in Zukunft handelsbezogene Politikberatung für einkommensschwache Länder bieten, um Handelsreformen systematischer in deren Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung einzubinden. Diese Beratung sollte sich auf die Arbeit stützen, die innerhalb des Integrierten Rahmens geleistet wird. Dabei handelt es sich um eine Initiative verschiedener Institutionen zur Koordinierung handelsbezogener technischer Hilfe mit den Entwicklungspartnern und zur systematischen Integration des Handels in die nationalen Strategien. Der IWF

sollte sich außerdem mit der Frage beschäftigen, wie er innerhalb des Integrierten Rahmens am besten kooperativ mit anderen Partnern zusammenarbeiten kann, um zu untersuchen, wie die Anpassung einkommensschwacher Länder an liberalere Handelsregime noch weiter erleichtert werden kann.

In Bezug auf die Arbeit des IWF im Bereich der Finanzhilfe für die Anpassungs- und Reformprogramme der Mitgliedsländer begrüßten die Direktoren die jüngste Reduzierung der handelspolitischen Auflagen, die unter anderem auf die allgemeine Straffung der strukturpolitischen Auflagen des IWF und die in vielen Ländern eingeleitete offenere Handelspolitik zurückzuführen sei. Die Direktoren bekräftigten die in jüngster Zeit festzustellende stärkere Fokussierung des IWF auf handelsbezogene makroökonomische Schwachstellen, die für die ärmsten Länder mit IWF-unterstütztem Programm nach wie vor ein dringendes Problem darstellten. Ferner begrüßten sie die Einführung des Handelsintegrations-Mechanismus (Trade Integration Mechanism – TIM) zur Lösung dieses Problems (siehe Kapitel 3).

Die Direktoren kamen überein, dass die Beurteilung von handelspolitischen Fragen durch den IWF im Rahmen der Artikel-IV-Überwachung und anderer Aufgabenbereiche unabdingbar bleibt. Sie räumten ein, dass die damit zusammenhängende Arbeit anderer Institutionen wertvolle Erkenntnisse für diese Beurteilungen aus einer anderen Perspektive beisteuern kann, wiesen jedoch darauf hin, dass sie die Arbeit des Fonds nicht ersetzen kann.

¹„IMF Executive Board Reviews Fund's Work on International Trade“, Öffentliche Informationsmitteilung (PIN) Nr. 05/49, www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn0549.htm.

bleibt. Um diese Diskussion zu vertiefen, forderten die Direktoren

- eine eindeutige Benennung des De-facto-Wechselkursregimes in Stabsberichten;
- den systematischeren Einsatz eines breiten Fächers von Indikatoren und anderen analytischen Instrumenten zur Beurteilung der außenwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sowie
- eine gründliche und ausgewogene Darstellung des Politikdialoges zwischen dem Stab und den Behörden des Mitgliedslandes über Wechselkursfragen, insbesondere wenn die Auffassungen des Stabs und der Behörden unterschiedlich sind.

Die Direktoren betonten, dass kein Wechselkursregime für alle Länder oder in allen Umständen angemessen ist.

Anlässlich eines Seminars im Dezember 2004 erörterten die Direktoren die Frage, was ein Land tun sollte, um einen erfolgreichen Übergang von einem festen zu einem flexiblen Wechselkursregime zu sichern (Kasten 2.2).

Die Direktoren begrüßten zwar die jüngsten Verbesserungen bei der Erfassung von *Finanzsektorfragen* in der Überwachung, sie stellten jedoch fest, dass diese Fragen noch nicht in dem Ausmaß untersucht werden, wie das bei anderen wichtigen Themen üblich ist. (Weitere Aspekte der Frage, wie der Fonds die Finanzsektor-Überwachung stärkt, werden weiter unten erörtert.) Sie drängten den Stab, bei der Analyse von Finanzsektorfragen alle einschlägigen und verfügbaren Sachkenntnisse zu nutzen.

Die Direktoren betonten, dass die Anfälligkeit gegen Zahlungsbilanz- und Währungskrisen und die Sicherung der außenwirtschaftlichen Tragfähigkeit ein wichtiges Anliegen sind. Die IWF-Strategie zur Verbesserung der

Kasten 2.2 Von festen zu flexiblen Wechselkursen

In den letzten Jahren gingen mehrere IWF-Mitgliedsländer von festen zu flexiblen Wechselkursregimen über. Die meisten dieser Änderungen fanden unter ungeordneten Bedingungen statt. Das Exekutivdirektorium forderte den IWF-Stab auf, die Beratung von Ländern, die einen solchen Übergang bewältigen, angesichts der institutionellen und operationellen Komplexität zu vertiefen.

Auf einem Seminar im Dezember 2004¹ kamen die Direktoren überein, dass normalerweise vier Merkmale für einen erfolgreichen und geordneten Übergang zu einem schwankenden Wechselkurs wünschenswert sind:

- ein tiefer und liquider Devisenmarkt;
- eine kohärente Interventionspolitik;
- ein geeigneter alternativer nominaler Anker; sowie
- angemessene Systeme zur Überprüfung und Steuerung des Wechselkursrisikos im öffentlichen und privaten Sektor.

Die Direktoren räumten ein, dass diese vier Merkmale einen idealen Rahmen darstellen und dass einige Länder ihren Wechselkurs erfolgreich frei gegeben haben, ohne alle Bedingungen vollständig zu erfüllen.

¹„IMF Executive Board Discusses Fixed to Float: Operational Aspects of Moving Toward Exchange Rate Flexibility“, Öffentliche Informationsmitteilung (PIN) Nr. 04/141, www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn04141.htm.

Bei der Überprüfung von Schlüsselaspekten der *Entwicklung eines tiefen und liquiden Devisenmarktes* betonten die Direktoren die Notwendigkeit, die Marktmacher-Rolle der Zentralbanken einzuschränken, den Informationsfluss auf dem Markt zu erhöhen und die Marktstruktur zu verbessern. Sie unterstrichen außerdem die Notwendigkeit sicherzustellen, dass das Risiko auf dem Devisenmarkt in beide Richtungen wirkt, um Risikomanagement-Expertise zu entwickeln und destabilisierende Handelsstrategien auf ein Minimum zu begrenzen.

In Bezug auf *Interventionsstrategien* verwiesen die Direktoren auf die Schwierigkeiten, die Bedingungen für eine Intervention zu identifizieren und den richtigen Zeitpunkt dafür festzulegen. Sie stellten fest, dass die Identifizierung und Korrektur von Wechselkurs-Fehlanpassungen in der Praxis schwierig ist und dass Wechselkursbewegungen wichtige Marktsignale geben können. Sie warnten davor, Interventionen als Ersatz für umsichtige makroökonomische Politikmaßnahmen und Strukturreformen einzusetzen.

Die Direktoren waren sich einig, dass *direkte Inflationssteuerung* in einem flexibleren Wechselkursregime ein hilfreicher und transparenter nominaler Anker sein kann. In vielen Ländern seien jedoch die institutionellen Voraussetzungen für die rasche und erfolgreiche Durchführung einer direkten Inflationssteuerung nicht gegeben. Des Weiteren

betonten die Direktoren, dass auch andere nominale Anker eingesetzt werden können, um eine glaubwürdige inflationsbekämpfende Geldpolitik zu verfolgen, die in Kombination mit einer soliden Fiskalpolitik ein solides Umfeld für ein flexibles Wechselkursregime schaffen kann.

Die Direktoren räumten ein, dass die Freigabe des Wechselkurses einige Risiken auf den Privatsektor überträgt und somit einige Anfälligkeiten mit sich bringen kann. Sie riefen die Länder deshalb auf, die *Systeme zur Steuerung des Wechselkursrisikos* im Privatsektor bereits zu einem frühen Zeitpunkt zu stärken. Des Weiteren empfahlen sie den Einsatz solcher Systeme auch im öffentlichen Sektor.

Die Direktoriumsmitglieder vertraten einhellig die Auffassung, dass das Tempo beim Aufbau der relevanten Institutionen ein ausschlaggebender Faktor dafür ist, inwieweit frühe Vorbereitungen für eine Wechselkursfreigabe ein Land in die Lage versetzen, den Übergang auf geordnete Art und Weise zu vollziehen.

Die meisten Direktoren kamen überein, dass die Erfahrung deutlich die Risiken aufzeigt, die entstehen, wenn der Kapitalverkehr geöffnet wird, bevor der Wechselkurs frei gegeben wird, insbesondere die Risiken eines plötzlichen Kapitalabzugs. Angesichts der Erfahrungen sprachen sie sich dafür aus, die Flexibilität je nach Lage in den einzelnen Ländern vor oder gleichzeitig mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs zu erhöhen.

Anfälligkeitsbeurteilungen und der Zahlungsbilanzanalyse zeigten bereits positive Wirkung. Die Direktoren forderten den Stab zu einer weiteren Verfeinerung der Analysetechniken auf, waren sich jedoch der Datenmängel bewusst. Sie forderten eine bessere Integration der verschiedenen Elemente der Anfälligkeitsbeurteilungen, um die Stabsberichte übersichtlicher zu gestalten.

Themenbereiche außerhalb der traditionellen Expertise des IWF, wie zum Beispiel Investitionsklima, institutionelle Reformen und soziale Fragen, seien bei der IWF-Überwachung in bedeutendem Umfang berücksichtigt worden. Die Direktoren vertraten die Auffassung, dass die Analyse des Investitionsklimas und der institutionellen Reformen durch eine größere Selektivität und eine stärkere Nutzung geeigneter externer Informationsquellen verbessert würde. Des Weiteren sollte die frühere und laufende Umsetzung von Politikempfehlungen stärker berücksichtigt werden. Die meisten Direktoriumsmitglieder hielten es für sinnvoll, bei den Artikel-IV-Gesprächen und anderen Kontakten in Mitgliedsländern, in denen Schocks beträchtliche Auswirkungen auf die sozialen Bedingungen haben können, die Meinung der betroffenen Mitgliedsländer zu Fragen einzuholen, die den Schutz der sozialen Sicherungssysteme und andere prioritäre Ausgaben in wirtschaftlich schwierigen Zeiten betreffen.

In Bezug auf die Bemühungen des IWF, eine gute Regierungsführung in seinen Mitgliedsländern zu fördern, vertraten die Direktoren die Auffassung, dass die Umsetzung der 1997 verabschiedeten Richtlinie über Regierungsführung² weitgehend zufrieden stellend verlaufen ist. Gleichzeitig, so die Direktoren, sollte die Untersuchung von Fragen der Regierungsführung in Artikel-IV-Gesprächen verfeinert werden, unter anderem durch eine umfassendere Nutzung der vorhandenen Regierungsführungs-Indikatoren. Der Stab des Fonds sollte sich auch systematischer auf die „Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes“ (*Reports on the Observance of Standards and Codes – ROSCs*) (siehe „Standards und Kodizes sowie Datenbereitstellung an den Fonds“, weiter unten) sowie auf anderes verfügbares Material stützen und den Politikempfehlungen sowie ihrer Umsetzung größere Aufmerksamkeit schenken.

In den Artikel-IV-Berichten für einkommensschwache Länder werden die Wachstumsziele normalerweise umfassend behandelt, da bei vielen dieser Länder die größte Herausforderung darin besteht, auf dem Weg zu makroökonomischer Stabilität hohe Wachstumsraten zu sichern und die Armut zu verringern. In vielen Fällen wurden die Untersuchungen ausgeweitet auf eine Analyse der Ursachen und Hemmnisse

für Wachstum. Die meisten Direktoren vertraten die Auffassung, dass die Konsultationsgespräche gegebenenfalls auch zur Analyse alternativer makroökonomischer Szenarien mit verschiedenen Annahmen über die Ströme der Entwicklungshilfe genutzt werden könnten, um dadurch Licht auf nachhaltige makroökonomische Szenarien zu werfen. Die Direktoren drängten den Stab, externen Schocks, die das Wachstum in einkommensschwachen Ländern beeinträchtigen können, sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit dieser Länder größere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie betonten die Bedeutung einer genauen Überprüfung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele durch die internationale Gemeinschaft (siehe Kapitel 4) und sprachen sich dafür aus, zu diesem Zweck bei der IWF-Überwachung in einkommensschwachen Ländern Weltbank-Informationen so weit wie möglich zu berücksichtigen.

Die Direktoren stellten übereinstimmend fest, dass sich die Qualität der Überwachung in Ländern mit IWF-gestützten Programmen seit 2002 verbessert hat. Sie verwiesen darauf, dass die Fortschritte bei der Analyse der kurz- und mittelfristigen wirtschaftlichen Aussichten geringer waren, äußerten jedoch die Hoffnung, dass ein systematischerer Einsatz alternativer Szenarien in diesem Bereich zu Fortschritten führen wird.

Politikdialog mit Länderbehörden

Ein tief greifender und offener Politikdialog zwischen dem IWF und seinen Mitgliedsländern ist entscheidend für eine effektive Überwachung. Die Direktoren betonten deshalb die Bedeutung einer auf Vertrauen gestützten engen Beziehung zu den Behörden der Mitgliedsländer und waren sich einig, dass häufige Kontakte außerhalb der Artikel-IV-Konsultationen hilfreich sind. Sie empfahlen dem Stab außerdem eine stärkere Nutzung länderüberschreitender Untersuchungen.

Bei der Überprüfung der Modalitäten zur Überwachung von Währungsunionen stellten die Direktoren fest, dass die formellen Verfahren für die Überwachung des Euroraums gut funktioniert haben und dass die Modalitäten für die anderen Währungsunionen – die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion, die Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft sowie die Ostkaribische Währungsunion – auch einen höheren Formalisierungsgrad erreicht haben. Sie sprachen sich dafür aus, in diesen drei Währungsunionen einen geeigneten Rahmen für die Politikdiskussionen mit regionalen Institutionen zu schaffen, der der Tatsache Rechnung trägt, dass diese Diskussionen Teil der Artikel-IV-Konsultationen mit den betroffenen Mitgliedern sein sollten. Solche Schritte würden die Überwachung der Geld- und Wechselkurspolitik, der

²Die Mitteilung ist verfügbar unter www.imf.org/external/np/sec/nb/1997/nb9715.htm#I2.

Handelspolitik sowie der Finanzsektorregulierung und -überwachung stärken.

Kommunikation und Signalwirkung

Eine effektive Vermittlung der wirtschaftspolitischen Leitlinien des IWF ist entscheidend für eine insgesamt wirkungsvollere Überwachung, so die Direktoren. Sie führt zu einer fundierteren wirtschaftspolitischen Diskussion in den Mitgliedsländern und ermutigt die Marktteilnehmer, solide Entscheidungen zu treffen. Andererseits ist zu sagen, dass Kommunikation, einschließlich Publikationen, zwar unerlässlich für Transparenz ist, dass sie jedoch nicht so weit gehen darf, dass die Rolle des IWF als vertraulicher Berater seiner Mitglieder in Frage gestellt wird, weil die Offenheit des Dialogs und der Berichterstattung an das Direktorium beeinträchtigt wird. Um die Vermittlung der wirtschaftspolitischen Standpunkte des IWF zu verbessern, empfahlen die Direktoren dem Stab, ein Programm zur Förderung der Außenwirkung zu entwickeln (siehe Kapitel 8) und die Kontakte mit den Denkfabriken vor Ort zu stärken. Des Weiteren sollten die besten Praktiken und Innovationen bei der Durchführung der Konsultationen aktiver innerhalb des Fonds verbreitet werden.

Die Direktoren erörterten ferner die Frage, wie der IWF am besten auf den Wunsch einiger Mitglieder eingehen soll, die Wirtschaftspolitik häufiger zu überprüfen und ein Signal über die Stärke der Wirtschaftspolitik des jeweiligen Landes zu geben (siehe Überwachung der Wirtschaftspolitik, vorbeugende Vereinbarungen und Signalwirkung).

Beurteilung der Effektivität der Überwachung

Die Direktoren betonten die Bedeutung einer regelmäßigen Beurteilung der Effektivität der Überwachung, wobei sie einräumten, dass es sich dabei um eine gewaltige Aufgabe handelt. Dies sei teilweise darauf zurückzuführen, dass die Handlungskette bei der Reaktion auf die wirtschaftspolitische Beratung des IWF auf Grund des erweiterten Aufgabenbereichs der Überwachung und ihrer Wandlung zu einem stärker in der Öffentlichkeit stehenden Prozess komplexer geworden sei. Die Direktoren begrüßten es deshalb, dass sich die Stabspapiere zum Thema der zweijährlichen Überprüfung nicht nur auf interne Beurteilungen sondern auch auf externe Beiträge stützen. Um weitere Fortschritte zu erzielen, empfahlen sie eine umfassendere Diskussion über die Effektivität der einzelnen Artikel-IV-Konsultationen. Dazu gehörten gegebenenfalls auch die Relevanz oder die Angemessenheit früherer Politikempfehlungen des IWF und deren Aufnahme durch die Behörden sowie eine klarere Abgrenzung und Planung des Schwerpunktes der einzelnen Konsultationsgespräche.

Personaleinsatz

Einige Direktoren vertraten die Auffassung, dass die Gesamtkosten des für die Überwachung eingesetzten Personals bereits beträchtlich hoch sind und sahen daher wenig Spielraum für eine vollständige Umsetzung der Überprüfungs-Empfehlungen. Andere Direktoren waren dagegen der Meinung, dass die Überwachung durch eine stärker strategisch ausgerichtete Mittelverwaltung und bessere Prioritätensetzung gestärkt werden könnte. Viele Direktoren sprachen sich dafür aus, Spar- und Ausgleichsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen, etwa eine größere Selektivität bei der Festlegung der von den einzelnen Überwachungsberichten erfassten Themenbereiche.

Angesichts der begrenzten Mittel hielten die Direktoren es für notwendig, unter den strategischen Zielen und konkreten Empfehlungen Prioritäten zu setzen, wobei sie jedoch einräumten, dass die Effektivität der IWF-Überwachung von einer ausgewogenen Umsetzung abhängt. Sie befürworteten folgende Prioritäten: schärfere Fokussierung der Artikel-IV-Konsultationen und stärkere Berücksichtigung von Wechselkurs Themen in diesen Berichten, Verbesserung der Finanzsektor-Überwachung und umfassendere Untersuchung der regionalen und globalen Übertragungswirkungen in der Länderüberwachung (Kasten 2.3). Dies seien Ziele, die bei der nächsten zweijährlichen Überprüfung überwacht werden können. Des Weiteren würden in der nächsten Überprüfung die Fortschritte bei der Verbesserung der Schuldentragfähigkeit und der Reduzierung der Bilanzschwachpunkte sowie die weitere Arbeit im Bereich der Überwachung in einkommensschwachen Ländern geprüft werden.

Finanzsektor-Überwachung

Ein gut reguliertes und gut überwachtes Finanzsystem ist für jedes Land von entscheidender Bedeutung, um makroökonomische und finanzielle Stabilität zu sichern und Finanzkrisen zu verhindern. In seinen fortdauernden Bemühungen, den Mitgliedsländern in diesem wichtigen Bereich zu helfen, hat der IWF im Geschäftsjahr

- 24 Beurteilungen im Rahmen des von IWF und Weltbank gemeinsam durchgeführten Programms zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP) vorgenommen, von denen sechs eine Aktualisierung waren. Weitere 36 Berichte, darunter acht Aktualisierungen, sind in Arbeit oder für das nächste Geschäftsjahr bzw. später geplant;
- Direktoriumsseminare und -diskussionen veranstaltet zu Themen wie Lücken in der Finanzsektor-Regulierung und Durchführung der Geldpolitik in verschiedenen Stadien der Marktentwicklung;

Kasten 2.3 Bessere Integration der länderbezogenen, regionalen und globalen Überwachung

Um die Analyse der globalen und regionalen Ansteckungseffekte zu verbessern, strebt der IWF die bessere Integration der länderbezogenen, regionalen und globalen Überwachung an. Dies erfolgt im Wesentlichen durch die Überprüfung der wichtigsten mit der globalen Überwachung zusammenhängenden IWF-Dokumente im Exekutivdirektorium. Dabei handelt es sich um den „Weltwirtschaftsausblick“ und den „Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems“ (siehe Kapitel 1).

Der Fonds wird außerdem bei der Länderüberwachung globale und regionale Fragen stärker in den Vordergrund rücken. Die Artikel-IV-Gespräche mit systemisch oder regional wichtigen IWF-Mitgliedern müssen sich umfassender mit den grenzüberschreitenden Auswirkungen von deren Wirtschaftsentwicklung und -politik befassen. Bisher hat sich diese Analyse im Wesentlichen auf die systemischen Auswirkungen der Handelspolitik konzentriert. In Zukunft werden die Konsultationen expliziter auf die Verbindung zwischen Wirtschaftsleistung und globalen Wirtschafts- und Finanzbedingungen verweisen und die Analyse der länderspezifischen Anfälligkeiten gegenüber globalen Wirtschafts- und Finanzrisiken vertiefen.

Die regionale und globale Überwachung ergänzt die Länderüberwachung, indem sie auf

Ansteckungswirkungen und regionale Themen verweist, und sie muss stärker in die Länderüberwachung integriert werden. Der Fonds hat eine Reihe von Überprüfungen von regionalen Finanzsektorfragen eingeleitet, bei denen länderübergreifend bedeutsame Gemeinsamkeiten und Ansteckungswirkungen festzustellen sind. So erfordert die Geschäftstätigkeit von regionalen Finanzkonglomeraten zum Beispiel eine enge Zusammenarbeit der jeweiligen Aufsichtsbehörden und einen stärkeren Informationsaustausch. Die erste derartige Überprüfung, die sechs Länder in Mittelamerika erfasste, wurde im Geschäftsjahr 2005 durchgeführt.

Zugleich verstärkt die zunehmende Interdependenz der Volkswirtschaften die zentrale Rolle der globalen Überwachung im Verantwortungsbereich des IWF, wenn es darum geht, die Funktionsweise des internationalen Währungssystems zu überprüfen, die globale Finanzstabilität zu sichern und kooperative Maßnahmen zur Korrektur globaler Ungleichgewichte zu fördern. Die Forschungsagenda des IWF konzentriert sich auf die in den Bereichen Überwachung und Programmgestaltung neu entstehenden Prioritäten – einschließlich der Frage internationaler Ansteckungswirkungen – sowie auf die Frage, wie die Mitgliedsländer die Volatilität weltwirtschaftlicher Bedingungen bewältigen können.

- in zwölf Ländern ein Pilotprogramm eingeleitet, um zu prüfen, wie Finanzthemen in Artikel-IV-Konsultationen besser erfasst werden können;
- zusätzliche Mittel zur Überprüfung der Finanzsysteme bereitgestellt, insbesondere durch den Einsatz von Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors (Kasten 2.4);
- die erste Phase der Beurteilung von Offshore-Finanzsektoren abgeschlossen und
- die Teilnahme von Finanzsektorexperthen an Artikel-IV-Delegationsreisen oder eigenständigen Delegationsreisen ausgeweitet und die Weiterbildung in Finanzsektorfragen für Stabsmitglieder, die für Länderüberwachung zuständig sind, intensiviert.

Programm zur Bewertung des Finanzsektors

Das Programm zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP) wurde im Mai 1999 von IWF und Weltbank eingeführt, um

die Überwachung der Finanzsysteme zu stärken. Es will Ländern helfen, Krisen und grenzüberschreitende Ansteckungswirkungen zu verhindern und ihre Widerstandskraft dagegen zu stärken sowie nachhaltiges Wachstum zu sichern, indem die Solidität des Finanzsystems und die Vielfalt im Finanzsektor gefördert werden. Die im Rahmen des FSAP durchgeführten Beurteilungen der Finanzsysteme

- identifizieren die Stärken, Risiken und Schwachpunkte im Finanzsystem sowie die Wechselbeziehung zwischen der Leistung des Finanzsektors und der Gesamtwirtschaft;
- bestimmen den Entwicklungsbedarf des Finanzsektors und
- helfen den Länderbehörden bei der Gestaltung angemessener Politikmaßnahmen.

Da die Finanzsektor-Beurteilungen einen weiten Themenbereich abdecken, erfordern sie einen breiten Fächer analytischer Instrumente und Techniken. Dazu gehören Analysen der Finanzstabilität, Stresstests und Szenarioanalysen sowie Beurteilungen, inwieweit die Länder die jeweiligen für den Finanzsektor geltenden internationalen Standards, Kodizes

und guten Praktiken einhalten. Bei der Umsetzung des FSAP stützen sich der IWF und die Weltbank auf Beiträge der Exekutivdirektorien der beiden Institutionen, der am Programm teilnehmenden Länder sowie verschiedener internationaler Gruppen. Sie stützen sich außerdem auf das Wissen von Experten aus Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, standardsetzenden Behörden und weiteren internationalen Institutionen, die am Programm beteiligt sind, sowie auf externe Experten, die die Expertise von IWF und Weltbank erhöhen.

Bei einer Direktoriumsdiskussion über das Programm zur Bewertung des Finanzsektors, die im März 2005 stattfand³, wiesen die Direktoren darauf hin, dass dieses Programm

³Die Diskussion wird in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 05/47 zusammengefasst, www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn0547.htm. Die Stabspapiere über das FSAP sind verfügbar unter www.imf.org/external/np/fsap/2005/022205.htm und www.imf.org/external/np/fsap/2005/022205a.htm.

auch in Zukunft ein zentraler Bereich der Finanzsektorarbeit von IWF und Weltbank in den Mitgliedstaaten sein wird. Etwa 120 Länder, zwei Drittel der Mitglieder, haben bereits am FSAP teilgenommen oder die Teilnahme beantragt. Die Direktoren ließen verlauten, dass sich aus den kommenden Überprüfungen des Programms durch das Unabhängige Evaluierungsbüro (IEO) und die Projektbewertungsabteilung der Weltbank (Operations Evaluation Department - OED) noch weitere Vorschläge ergeben können. Diese Studien und die strategische Überprüfung des Fonds bieten eine Gelegenheit, die bisher erzielten Fortschritte und die Effektivität des Programms eingehender und kritisch zu beurteilen.

Die Beurteilungen würden auch in Zukunft umfassend sein und einen breiten Fächer von Finanzsektor-Schwachpunkten erfassen und dabei das Bewusstsein der Mitgliedsländer für internationale Finanzstandards schärfen. Die im Rahmen der Beurteilungen gewonnenen Fachkenntnisse hätten außerdem zu einer Verbesserung der von IWF und Weltbank angebotenen Beratung geführt. Insbesondere bei Beurteilungen über einkommensschwache Länder mit unterentwickelten Finanzsystemen seien größere Anstrengungen unternommen worden, das Fehlen bestimmter Märkte und den begrenzten Zugang zu Finanzdienstleistungen zu erklären. Das Feedback der Länderbehörden unterstreiche den Nutzen des Programms für die Diagnose der Stabilität und des Entwicklungsbedarfs in den Finanzsystemen sowie für die Entwicklung geeigneter Politikmaßnahmen. Die Direktoren ließen verlauten, dass die Bereiche, in denen nach Auffassung der Länderbehörden noch Verbesserungsmöglichkeiten bestehen, für eine Stärkung des FSAP entscheidend sind.

Gemeinschaftsprojekt und freiwillige Teilnahme. Die meisten Direktoren vertraten die Auffassung, dass die beiden Kernmerkmale des FSAP – die gemeinsame Verantwortung von Weltbank und IWF und die freiwillige Teilnahme – unverändert bleiben sollten. Das FSAP sei ein gutes Beispiel für eine effektive Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank. Diese geteilte Verantwortung bündelt die Mittel der beiden Institutionen, erweitert die Perspektive bei Finanz-

Kasten 2.4 Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors

Die Mitte bis Ende der 1990er Jahre in einer Reihe von aufstrebenden Märkten aufgetretenen Finanzkrisen machten deutlich, dass neue Instrumente zur Aufdeckung von Schwachpunkten in Finanzsystemen erforderlich sind. Als Reaktion darauf hat der IWF einen breiten Fächer von Indikatoren und Analysetechniken entwickelt. Dazu gehören Indikatoren zur Zustandsbewertung des gesamten Finanzsystems eines Landes, die sich von bankaufsichtlichen Indikatoren unterscheiden, da diese nur für einzelne Institute gelten.

Nach der Verabschiedung der Indikatoren stellte sich die Frage, wie der IWF den nationalen Behörden bei der Entwicklung von Kapazitäten für die Kompilation der Daten helfen kann; diese sollen so erstellt werden, dass sie länderübergreifend vergleichbar sind und verbreitet werden, damit die Markttransparenz erhöht und die Marktdisziplin gestärkt werden kann. Der erste Schritt bestand in der Erstellung eines „Leitfadens über die Zusammenstellung von Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors“ (*Compilation Guide on Financial Soundness Indicators*)¹, der sich

¹Verfügbar unter www.imf.org/external/np/sta/fsi/eng/2004/guide/index.htm.

sowohl auf den Konsens der Experten als auch auf Beiträge aus der Öffentlichkeit stützt.

Nach der Fertigstellung des *Leitfadens* im Juli 2004 empfahl das Exekutivdirektorium des IWF dem Stab, eine koordinierte Datenkompilation durchzuführen. Für die Koordinierung und Zusammenstellung von statistischen Daten zuständige Experten aus etwa 60 Ländern, die freiwillig am Pilotprojekt teilnehmen, trafen sich im November 2004 in Washington, um das Mandat für diese Aufgabe zu diskutieren und festzulegen. Die an dem Projekt teilnehmenden Länder verpflichteten sich, bis Ende 2005 wenigstens einen Kernsatz von zwölf Indikatoren, die den Bankensektor abdecken, zu kompilieren und dem IWF vorzulegen. (Der *Leitfaden* enthält eine Liste von Basisindikatoren und empfohlenen Indikatoren.) Die Länder werden dazu aufgefordert, den Empfehlungen des *Leitfadens* so weit wie möglich zu folgen, um die länderübergreifende Vergleichbarkeit der Daten zu fördern, sie können jedoch auch die bestehenden Methoden verwenden. Zur Unterstützung der Datennutzer haben sich die Länder außerdem verpflichtet, Metadaten (Informationen über Daten) zu erstellen, darunter Informationen über Abweichungen ihrer bestehenden Methoden von den Empfehlungen des *Leitfadens*.

fragen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen und erhöht die innere Geschlossenheit der Politikberatung. Des Weiteren führt die freiwillige Teilnahme am FSAP zu einer größeren Eigenverantwortung der Länder. Die Direktoren betonten, dass es auch in Zukunft wichtig ist, die FSAP-Beurteilungen auf den jeweiligen Einzelfall auszurichten, damit sie für die Länder nützlich sind, dabei aber gleichzeitig die Grenzen einzuhalten, die die Integrität des Programms sichern.

Straffung. Die Direktoren stellten fest, dass die jüngste Straffung und Verbesserung der Prioritätensetzung des FSAP dazu geführt hat, dass die Beurteilungen besser auf die Umstände in den einzelnen Ländern zugeschnitten sind. Diese Tatsache sowie die kleinere Durchschnittsgröße der Finanzsysteme, für die in den vergangenen zwei Jahren eine Erstbeurteilung durchgeführt wurde, habe zu einer Reduzierung der Durchschnittskosten pro FSAP geführt. Dadurch seien IWF-Mittel für andere Finanzüberwachungsarbeiten wie FSAP-Aktualisierungen und Teilnahme an Artikel-IV-Delegationsreisen frei geworden. Dies habe es der Weltbank

erlaubt, sich stärker auf Themenbereiche zu konzentrieren, die mit dem Aufbau von Finanzsektoren zusammenhängen und habe zu einer gleichmäßigeren Aufteilung der für das Programm eingesetzten Mittel zwischen den beiden Institutionen geführt.

FSAP-Aktualisierungen. Die Direktoren stellten fest, dass die Zahl der FSAP-Aktualisierungen steigt und eines Tages den größten Teil des Programms ausmachen wird. Seit 2001 wurden zwölf durchgeführt und weitere sind geplant. Sie vertraten die Auffassung, dass die Aktualisierungen mindestens eine Bewertung der Finanzsektor-Entwicklungen und der bei der Umsetzung früherer FSAP-Empfehlungen erzielten Fortschritte erfordern. Die Aktualisierungen sollten eine Finanzstabilitätsanalyse, eine Überprüfung der in der Erstbeurteilung genannten entscheidenden Entwicklungen und Strukturfragen sowie eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der Kernstandards und -kodizes enthalten. Sie könnten jedoch noch weitere Elemente enthalten, wenn dies auf Grund von neuen Entwicklungen und besonderen Risiken zu rechtfertigen sei. Flexibilität erhöhe den Nutzen des Programms für die Länderbehörden und seinen Beitrag zur Überwachung.

Angesichts des Tempos der Finanzsektorentwicklung und der Notwendigkeit, das für eine effektive Finanzsektorarbeit erforderliche institutionelle Wissen des Stabs ständig auf dem neuesten Stand zu halten, erscheint ein durchschnittlicher zeitlicher Abstand von fünf Jahren für die FSAP-Aktualisierungen angemessen. Im Einzelfall hängt der zeitliche Abstand jedoch ab von den Finanzsektorentwicklungen, der Teilnahmebereitschaft des Landes, der systemischen Bedeutung sowie der Erfolgsbilanz bei der Umsetzung von Empfehlungen aus früheren Bewertungen sowie von den zur Verfügung stehenden Mitteln.

Erfasste Länder und Nachbereitung. Das Direktorium stellte übereinstimmend fest, dass das FSAP eine große Anzahl von Ländern erfasst, insbesondere bei den systemisch wichtigen Ländern, dass der Erfassungsbereich in den einzelnen Regionen jedoch sehr unterschiedlich ausfällt. Viele Direktoren zeigten sich besorgt darüber, dass mehrere systemisch wichtige Länder bisher noch keine Erstbeurteilung beantragt haben, und rieten diesen Ländern, dies zu tun.

Die Direktoren begrüßten zwar die Schritte, die der Stab des Fonds ergriffen habe, um die auf das Programm folgende Überwachung der Finanzsysteme zu verbessern, es müsse allerdings noch mehr getan werden um sicherzustellen, dass die im Rahmen des FSAP aufgeworfenen Fragen anschließend auch Gegenstand der IWF-Überwachung würden. Die Direktoren befürworteten deshalb eine systematischere Einbindung von Finanzsektorspezialisten in Artikel-IV-Konsultationen sowie mehr technische Unterstützung vom Hauptsitz. Sie forderten den Stab außerdem

auf, eine systematischere Nachbereitung der technischen Hilfe durchzuführen.

Weitere Arbeiten. Die Direktoren hielten weitere Forschungsarbeiten zu Entwicklungs- und Stabilitätsfragen zur Stärkung der Politikberatung des IWF im Bereich des Finanzsektors für wünschenswert. Sie sahen ein großes Potenzial für regionale Finanzsektorgutachten in Regionen mit beträchtlichen grenzüberschreitenden Verbindungen. Die Direktoren vertraten die Auffassung, dass die Länder von einer Vertiefung dieser Verbindungen profitieren könnten, wenn sie gleichzeitig die damit zusammenhängenden Anfälligkeiten bekämpfen.

Lücken in der Finanzsektor-Regulierung

Im Jahr 2000 verabschiedete das IWF-Exekutivdirektorium eine Reihe von internationalen Standards im Bereich der Finanzsektor-Regulierung als Leitlinien für Politikmaßnahmen und Reformen in den IWF-Mitgliedsländern. Die Überprüfung der Einhaltung dieser Standards durch die Fonds-Mitglieder erfolgt hauptsächlich im Rahmen des FSAP. Das Forum für Finanzstabilität und die standardsetzenden Gremien baten den Fonds um regelmäßige Berichte über den Beurteilungsprozess, über neu entstehende Fragen für Regulierungsbehörden sowie über die Angemessenheit der internationalen Leitlinien.

Im Oktober 2004 erörterte das Direktorium ein Stabspapier zu dem Thema „Finanzsektor-Regulierung: Fragen und Lücken“ (*Financial Sector Regulation: Issues and Gaps*).⁴ Das Papier prüft Fragen der Finanzregulierung im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor und weist auf einige Probleme hin, die bei der Umsetzung der Regulierung in diesen drei Sektoren auftreten. Es überprüft die Umsetzung der Finanzsektor-Regulierung in 36 IWF-Mitgliedsländern, in denen die Regulierungssysteme aller drei Sektoren im Rahmen des 2000-2003 durchgeführten FSAP begutachtet wurden. Der sektorübergreifende Ansatz der Überprüfung der Regulierungssysteme wurde gewählt, um es dem Fonds zu ermöglichen, häufig auftretende Regulierungsfragen zu erkennen.

Die Direktoren führten eine weit reichende Diskussion, die unter anderem folgende Aspekte erfasste: die Rolle eines guten regulatorischen Umfelds, einige Fragen bezüglich der eigentlichen Standards, die Herausforderungen, die Finanzkonglomerate und die Internationalisierung des Finanzwesens für die Finanzsektor-Regulierungsbehörden darstellen, sowie strukturelle Faktoren wie Dollarisierung und

⁴Verfügbar unter www.imf.org/external/np/mfd/2004/eng/102504.htm; siehe auch „Financial Sector Regulation: Issues and Gaps—Background Paper“, www.imf.org/external/np/mfd/2004/eng/081704.htm, sowie die Zusammenfassung der Direktoriumsdiskussion in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 04/131, www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn04131.htm.

Staatsbesitz von Finanzinstituten. Sie vertraten die Auffassung, dass eine gute Finanzregulierung ein Kernelement der Finanzstabilität darstellt und wichtig für die IWF-Überwachung ist. Sie kamen ferner überein, dass bestimmte Voraussetzungen – darunter eine vernünftige Wirtschaftspolitik, angemessene Regelwerke und Standards im Rechts- und Rechnungslegungssystem sowie die Verfügbarkeit von Personal und Finanzmitteln – für eine effektive Finanzregulierung von entscheidender Bedeutung sind.

Umsetzung der Geldpolitik in verschiedenen Stadien der Marktentwicklung

Die Zentralbanken der Schwellenmärkte und der Entwicklungsländer greifen bei der Durchführung der Geldpolitik immer stärker auf Geldmarktgeschäfte zurück. Der Fonds unterstützt diesen Prozess und bietet technische Hilfe für den Übergang. Die bisherigen Erfahrungen dieser Volkswirtschaften mit marktgestützten geldpolitischen Operationen sind gemischt. Der Einsatz von Geldmarktgeschäften wird durch einen begrenzten Wettbewerb auf den Finanzmärkten erschwert, insbesondere in einigen kleineren Ländern. Einige größere Länder haben zwar erfolgreich mit Marktoperationen begonnen, andere können jedoch bei der Liquiditätssteuerung trotz langer Übergangsfristen noch nicht vollständig auf Geldmarktgeschäfte zurückgreifen.

Auf einem informellen Seminar im November 2004⁵ erörterte das Direktorium die Bemühungen des IWF-Stabs, Leitlinien für die Entwicklung von guten Rahmenbedingungen für geldpolitische Operationen zu erstellen.

Die Direktoren hielten es für sinnvoll, eine Reihe von Alternativen für die Durchführung der Geldpolitik zu erarbeiten, die mögliche Hemmnisse für die Marktentwicklung berücksichtigen. Dazu gehören das Ausmaß der Dollarisierung, die Größe des Landes, der Finanzierungsbedarf der Regierung, ein struktureller Liquiditätsüberschuss, die Kapazitäten der Zentralbank sowie die Stärke des Bankensystems. Sie befürworteten eine Fortsetzung der Arbeit, um die Politikberatung des IWF an Länder, die ihre Geldmärkte entwickeln, weiter zu verfeinern.

Offshore-Finanzplätze

Während des Geschäftsjahres 2005 wurde die erste Phase der Beurteilung von Offshore-Finanzplätzen (offshore financial centers – OFCs) abgeschlossen. Diese Finanzplätze machen einen beträchtlichen Teil der weltweiten Finanzströme aus und sind deshalb wichtig für die globale

⁵Die Direktoriumsdiskussion wird zusammengefasst in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 05/15, www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn0515.htm. Das Papier ist verfügbar unter www.imf.org/external/np/mfd/2004/eng/102604.htm.



Chile

Chiles Volkswirtschaft wuchs im Kalenderjahr 2004 mit einer Jahresrate von 6,1 Prozent, ein Niveau, das seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr erreicht worden war. Dies war auf die starke Verbesserung im realen Austauschverhältnis und die positive Entwicklung der Rohstoffexporte und nicht-traditionellen Ausfuhren zurückzuführen. Die Privatinvestitionen stiegen beträchtlich, unter anderem im Bergbau, und der Wachstumsausblick für den Rest des Jahres 2005 bleibt günstig.

Im Zeitraum 2004/2005 setzten die chilenischen Behörden ihre umsichtige makroökonomische Politik fort. Im Einklang mit der Regel des strukturellen Haushaltsgleichgewichts, die einen konjunkturell bereinigten Überschuss von einem Prozent des BIP vorsieht, verzeichnete der Zentralstaat 2004 einen Überschuss von 2¼ Prozent des BIP. Die Zentralbank setzte ihre umsichtige Geldpolitik im Rahmen der direkten Inflationssteuerung fort und im April 2005 lag die Gesamtinflation bei etwa drei Prozent, dem Mittelwert der Bandbreite des Inflationsziels der Zentralbank.

Im August 2004 schlossen der IWF und die Weltbank die Beurteilung der Stabilität des Finanzsystems (FSSA) für Chile ab. Dazu gehörten Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (ROSCs) hinsichtlich der Transparenz der Geld- und Finanzpolitik, der Bankenaufsicht und der Wertpapierregulierung. Die FSSA stellte fest, dass Chiles Finanzsystem robust ist und sie unterbreitete Vorschläge für weitere Verbesserungen, darunter eine Stärkung des Wettbewerbs bei den Finanzdienstleistungen, die Modernisierung der Wertpapiermarkt-Infrastruktur und die Verbesserung der Finanzaufsicht.

Zusammenarbeit zwischen Chile und IWF im GJ 2005

August 2004	Abschluss der Artikel-IV-Gespräche für das Jahr 2004 und Veröffentlichung der FSSA und der damit zusammenhängenden ROSCs
September 2004	Besuch des Geschäftsführenden Direktors Rodrigo de Rato
Oktober 2004	Veröffentlichung einer detaillierten Beurteilung der Einhaltung des IWF-Verfahrenskodex zur Transparenz der Geld- und Finanzpolitik im Rahmen des Programms zur Bewertung des Finanzsektors
Dezember 2004	Stabsbesuch
März 2005	Veröffentlichung der Empfehlungen des ROSC und der Aktionsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche für den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Finanzstabilität. In Anerkennung dieser Tatsache forderte das Forum für Finanzstabilität im Juni 2000 die OFCs auf, Schritte zur Einhaltung internationaler Standards und Kodizes einzuleiten, und bat den IWF, vorläufige Gutachten über sie zu erstellen. Das IWF-Exekutivdirektorium würdigte im November 2003 bei der Überprüfung des OFC-Beurteilungsprogramms die beträchtlichen Fortschritte, die seit Beginn des Programms im Jahr 2000 erzielt wurden, und beschloss eine Fortsetzung des Programms.

Einige Offshore-Finanzplätze halten internationale Standards und Verhaltenskodizes besser ein als viele Länder. Es gibt jedoch noch Schwachpunkte, insbesondere bei den Anstrengungen der OFCs zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie beim Informationsaustausch zwischen den einzelnen Jurisdiktionen und den heimischen Behörden. In seinen Beurteilungen über die Offshore-Finanzplätze bewertet der IWF die Einhaltung internationaler Standards im Banken-, Versicherungs- und Wertpapierwesen sowie die Einhaltung von Verfahren, Gesetzen und Methoden, die zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erforderlich sind.

Die Evaluierung der ersten Phase des IWF-Programms, die im Februar 2005 abgeschlossen wurde⁶ – 41 von 44 Jurisdiktionen wurden beurteilt und die Berichte wurden veröffentlicht –, zeigte Fortschritte bei der Erfüllung der folgenden vier vom Exekutivdirektorium gestellten Prioritäten:

- regelmäßige Überprüfung der Entwicklungen an den Finanzplätzen;
- verbesserte Transparenz durch ein Informationsnetz, das der IWF-Stab in Konsultation mit den OFCs entwickelt hat;
- erweiterte technische Hilfe durch den Fonds sowie
- größere Zusammenarbeit mit standardsetzenden Organisationen sowie Onshore- und Offshore-Aufsichtsbehörden.

Auf einem informellen Seminar im März 2005 erörterte das Exekutivdirektorium außerdem ein Stabspapier über mögliche Modalitäten zur Schaffung eines Regulierungsrahmens, der es ermöglicht, informelle Überweisungssysteme in den formellen Sektor zu integrieren. Damit soll der Gefahr vorgebeugt werden, dass informelle Systeme für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung missbraucht werden.

⁶„Offshore Financial Centers: The Assessment Program—A Progress Report“, www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/022505.htm.

Bilanzansatz, Schulden und Liquidität

Der „Bilanzansatz“ stellt einen wichtigen Beitrag dar, wenn es darum geht, die Anfälligkeit einer Volkswirtschaft gegenüber Finanzkrisen zu analysieren. Außerdem führt er zu neuen Erkenntnissen über die Ursachen von Kapitalbilanzkrisen. Untersucht werden dabei die Aktiva und Passiva in den wichtigsten Sektoren einer Volkswirtschaft im Hinblick auf Asymmetrien bei Fälligkeiten, Währungen und Kapitalstrukturen.⁷ Im Laufe des Geschäftsjahres 2005 wurde die Bilanzanalyse zunehmend in die Geschäftstätigkeit des Fonds integriert, wobei der Schwerpunkt auf die Rolle der öffentlichen Schulden gelegt wurde. Die Analyse von Bilanzschwachpunkten wird zunehmend in die Artikel-IV-Konsultationen und andere Überwachungstätigkeiten aufgenommen.⁸

Bei der Zweijährlichen Überprüfung der Überwachung im Juli 2004 bekräftigten die Direktoren, dass die Anfälligkeit gegenüber Zahlungsbilanz- und Währungskrisen sowie die außenwirtschaftliche Tragfähigkeit zu den wichtigsten Anliegen des IWF gehören. Sie stellten fest, dass sich die gegenwärtige Strategie zur Verbesserung der Anfälligkeitsbeurteilungen und der Bilanzanalyse bereits positiv auswirkt und drängten den Stab, die Analysetechniken trotz der bestehenden Datenmängel weiter zu verfeinern. Einige Direktoren vertraten die Meinung, dass die Schuldentragfähigkeits-Beurteilungen verbessert werden könnten, wenn sie unabhängig von der regulären Länderarbeit durchgeführt würden. Andere Direktoren dagegen waren der Auffassung, dass qualitativ hochwertige Anfälligkeitsbeurteilungen von einer genauen Analyse der länderspezifischen Bedingungen abhängen, was wiederum die Sachkenntnisse der Länderabteilungen erfordert. Alle Direktoren hielten es für notwendig, die verschiedenen Elemente der Anfälligkeitsbeurteilungen besser zu integrieren, um das Ausmaß der Schwachpunkte in den Stabsberichten übersichtlicher zum Ausdruck zu bringen. Eine Reihe von Direktoren wiesen darauf hin, dass die Bilanzanalyse zur Beurteilung von Schwachstellen sowohl in fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch in aufstrebenden Marktwirtschaften eingesetzt werden kann.

⁷Siehe zum Beispiel die Studie „Integrating the Balance Sheet Approach into Fund Operations“ (23. Februar 2004), www.imf.org/external/np/pdr/bal/2004/eng/022304.htm.

⁸Zu den Beispielen gehören „Bulgaria: Selected Issues and Statistical Appendix“, IWF-Länderbericht Nr. 04/177, Juni 2004, www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr04177.pdf; „Australia: 2004 Article IV Consultation—Staff Report“, IWF-Länderbericht Nr. 04/353, November 2004, www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr04353.pdf; „Republic of Estonia: Selected Issues“, IWF-Länderbericht Nr. 04/357, November 2004, www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr04357.pdf; sowie „Ukraine: Selected Issues“, IWF-Länderbericht Nr. 05/20, Januar 2005, www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2005/cr0520.pdf.

Die Direktoren veranstalteten außerdem Seminare über verwandte Themen, darunter Innovationen zur Senkung der Anfälligkeiten, die sich aus der heutigen Struktur der Staatsschulden ergeben (Kasten 2.5) sowie Liquiditätssteuerung. Sie forderten die kreditnehmenden Länder zum regelmäßigen Dialog mit ihren privaten Gläubigern auf (Kasten 2.6).

Schuldenbezogene Anfälligkeiten

Im Oktober 2004 veranstaltete das Direktorium ein Seminar zur Beurteilung der Arbeit des IWF-Stabes, die darauf abzielt, die Anfälligkeitsanalysen durch den Bilanzansatz zu verbessern. Die Diskussion konzentrierte sich auf das Stabspapier zu dem Thema „Schuldenbezogene Anfälligkeiten und Finanzkrisen – Anwendung des Bilanzansatzes bei aufstrebenden Ländern“ (Debt-Related Vulnerabilities and Financial Crises—An Application of the Balance Sheet Approach to Emerging Market Countries), das einen umfassenden Blick auf die in den letzten zehn Jahren festzustellende Entwicklung verschiedener Bilanzindikatoren in aufstrebenden Märkten wirft und mehrere in jüngster Zeit aufgetretene Krisen und Fast-Krisen näher untersucht.⁹ (Siehe „Schuldenerleichterung und -tragfähigkeit“ in Kapitel 4.)

Die Direktoren wiesen darauf hin, dass sich die Überprüfung von Währungs- und Fälligkeitsinkongruenzen in Sektorbilanzen als nützliche Ergänzung der traditionellen, strömungsbasierten Analyse des Fonds erwiesen hat. Die länderübergreifende Analyse des Stabes und Ex-post-Fallstudien zeigten, wie die Schuldenstruktur und Bilanzunstimmigkeiten zu Finanzkrisen beitragen können. Der Fonds hat außerdem die Arbeiten zur Entwicklung eines umfassenden Ansatzes der Risikoanalyse auf der Grundlage von Bilanzen begonnen (Kasten 2.7). Die Direktoren erklärten sich weitgehend einverstanden mit der besonnenen Art, in der der Stab die Erkenntnisse des Bilanzansatzes in die Geschäftstätigkeit des Fonds integriert, insbesondere im

Kasten 2.5 Strukturierung von Staatsschulden als Krisenprävention

Wie sollten Staatsschulden strukturiert werden, um die Wahrscheinlichkeit von Krisen zu verringern? Eine Studie des IWF-Stabs¹ untersucht neuere Analyseansätze zur Strukturverbesserung von Staatsschulden. Sie stützt sich dabei auf die bestehenden Schuldeninstrumente und beschreibt die Vor- und Nachteile sowie die praktischen Herausforderungen einer Reihe von Innovationen.

Aus dieser Analyse ergeben sich drei Erkenntnisse:

- Die Glaubwürdigkeit der Fiskal- und Geldpolitik hat großen Einfluss auf die Bereitschaft der Anleger, langfristige Anleihen in lokaler Währung zu halten. Die Glaubwürdigkeit hängt sowohl von der Qualität der Institutionen eines Landes als auch vom Ruf eines Landes ab, einen soliden politischen Kurs zu verfolgen. Es kann Jahre dauern, einen guten Ruf zu erwerben, eine Kombination aus makroökonomischer Stabilisierung und institutionellen sowie struk-

turellen Reformen kann diesen Prozess jedoch beschleunigen.

- Der Schutz privater Gläubiger vor einer Verwässerung von Staatsschulden könnte die Finanzierungskosten reduzieren, den Marktzugang von Ländern mit niedrigen Schulden erhöhen und Überschuldung und riskante Schuldenstrukturen verhindern helfen. Eine Schuldenverwässerung entsteht, wenn neue Schulden die Forderung reduzieren, die die bestehenden Gläubiger im Falle eines Zahlungsausfalls eintreiben können. Das Problem der Verwässerung ist seit langem im Rahmen von Unternehmensschulden bekannt, wo es durch Anleiheklauseln und ausdrücklichen Vorrang bestimmter Forderungen angegangen wird. Das Stabspapier des IWF befürwortet eine Untersuchung ähnlicher Innovationen im Bereich der Staatsschulden.
- Instrumente mit aktienähnlichen Merkmalen, die niedrigere Zahlungen im Falle von negativen Schocks und im Falle einer schwachen Wirtschaftsleistung vorsehen, können staatlichen Kreditnehmern helfen, die Schuldentragfähigkeit und die internationale Risikoteilung zu verbessern. BIP-indizierte Anleihen würden einen beträchtlichen Versicherungsschutz sowohl für fortgeschrittene als auch für aufstrebende Marktwirtschaften bieten, sie sind jedoch nur schwer umzusetzen.

¹Das Papier wurde im Januar 2005 in revidierter Form veröffentlicht als „IMF Occasional Paper No. 237“, *Sovereign Debt Structure for Crisis Prevention*, Eduardo Borensztein et al. (Washington: International Monetary Fund), www.imf.org/external/pubs/ft/op/237/op237.pdf.

Hinblick auf die Länderüberwachung. Die Notwendigkeit, einen mechanistischen Ansatz zu vermeiden, könne nicht häufig genug betont werden und es sei bisher noch nicht geplant, den Bilanzansatz als Standardelement in die IWF-Überwachung aufzunehmen. Der Fonds wird gemeinsam mit den Mitgliedsländern daran arbeiten, die Statistikgrundlagen für eine sinnvollere Beurteilung von Bilanzanfälligkeiten zu verbessern und dabei Kosten und Nutzen einer solchen Initiative für die Mitgliedsländer sorgfältig abwägen.

Die Bilanzanalyse sollte nach Möglichkeit bei allen Ländern angewendet werden. Wegen der knapp bemessenen Mittel muss jedoch Ländern, deren Bilanzschwachpunkte – insbesondere Währungsinkongruenzen – am größten scheinen und bei denen die Arbeit des Fonds am meisten zu einer Reduzierung von Anfälligkeiten beitragen könnte, Priorität eingeräumt werden. Dazu gehören aufstrebende Länder und Länder von systemischer Bedeutung. Der Stab wird auch weiterhin mit den Industrieländern zusammenarbeiten, um die Bilanzanalyse zu verfeinern und die Beurteilungen

⁹„IMF Executive Board Discusses Balance Sheet Approach to Analysis of Debt-Related Vulnerabilities in Emerging Markets“, Öffentliche Informationsmitteilung (PIN) Nr. 05/36, www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn0536.htm.

Kasten 2.6 Programme zur Förderung von Anlegerbeziehungen

Eine Reihe von Ländern und multinationalen Unternehmen haben ein Programm zur Förderung der Anlegerbeziehungen eingeführt, weil sie erkannt haben, dass eine bessere Kommunikation zwischen Anlegern und Gläubigern entscheidend ist für die Vermeidung und Lösung von Finanzkrisen. Das Exekutivdirektorium des IWF betont immer wieder, wie wichtig es ist, dass Länder, die auf den internationalen Kapitalmärkten Kredite aufnehmen, Verfahren für einen regelmäßigen Dialog mit ihren privaten Gläubigern einführen. Es forderte daher den Stab des Fonds auf, diesen Aspekt bei den Artikel-IV-Gesprächen mit Schwellenländern zu berücksichtigen.

Laut einer Studie des IWF-Stabs¹ sind Länder und Anleger der Auffassung, ein Programm zur Förderung der Anlegerbeziehungen sollte mehrere Elemente enthalten, die sich aber

¹ „Investor Relations Programs—Recent Developments and Issues“, Oktober 2004, www.imf.org/external/np/icm/2004/102604.htm.

von Land zu Land unterscheiden können:

- Weitergabe von Daten und Informationen über die aktuelle Wirtschaftsentwicklung und Politikinitiativen auf einer Webseite oder durch E-Mail;
- Einrichtung von Kanälen (formell oder informell), um die Fragen der Anleger zu beantworten und Feedback zu ihren Anliegen einzuholen;
- Kontakte zwischen hochrangigen politischen Entscheidungsträgern und Anlegern in der Form von Sitzungen, Telekonferenzen und Informationsveranstaltungen, um Themen von gegenseitigem Interesse zu erörtern; sowie
- Koordinierung zwischen den einzelnen Regierungsbehörden bei der Bereitstellung von Informationen über die Wirtschaftslage eines Landes an die Anleger sowie Förderung eines Dialoges zwischen Anlegern und Regierung.

Viele Länder haben seit 2001 in all diesen Bereichen beträchtliche Fortschritte gemacht.

Puffer auf, durch den plötzliche Störungen begrenzt werden können, und geben ihnen Zeit, geeignete politische Maßnahmen zu ergreifen. Reserven können ferner zu einer Steigerung des Marktvertrauens führen, wenn sie mit einem soliden politischen Kurs einhergehen und dadurch die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität stärken. Die Direktoren betonten jedoch, dass internationale Reserven weder ein Ersatz für solide makroökonomische Politikmaßnahmen und umsichtiges Schuldenmanagement sein können noch grundlegende externe Ungleichgewichte ausgleichen können.

Die Direktoren ließen verlauten, dass Reserveindikatoren nur ein Richtwert und ein Ansatzpunkt für die Analyse der Angemessenheit der Reserven sind, und warnten vor einem undifferenzierten Ansatz. Diese Indikatoren müssen sorgfältig auf der Grundlage einer umfassenden Analyse und einer sorgfältigen Beurteilung der makroökonomischen Umstände eines Landes interpretiert werden.

gegebenenfalls in die Artikel-IV-Konsultationen zu integrieren. In seinen Untersuchungen über die potenziellen Risiken von Aktien- und Immobilienpreisblasen in reifen Ländern wird der Stab auch in Zukunft Bilanzkonzepte anwenden. Die Direktoren wiesen darauf hin, dass die Entwicklung eines Bilanzansatzes eine kontinuierliche Arbeit darstellt und dass sowohl auf der analytischen als auch auf der operationellen Ebene noch viel zu tun ist.

Liquiditätssteuerung

Im Mai 2004 veranstaltete das Exekutivdirektorium ein Seminar, um den Zusammenhang zwischen internationalen Reserven, der Verwaltung öffentlicher Schulden und der Steuerung privater Verbindlichkeiten bei der Begrenzung der Liquiditätsrisiken eines Landes zu erörtern. Die Liquiditätssteuerung durch die Mitgliedsländer ist wichtig für die Vermeidung von Finanzkrisen, und die Anstrengungen des IWF im Bereich der Liquiditätssteuerung ergänzen seine übrige Arbeit im Bereich der Schuldentragfähigkeitsanalyse und der Finanzsektorüberwachung.

Die Direktoren wiesen darauf hin, dass die Devisenreserven und der Wechselkurs eines Landes eine wichtige Rolle spielen, weil sie die Länder bei der Bewältigung externer Schocks unterstützen. Sie bauen einen vorübergehenden

Die jüngsten Kapitalbilanzkrisen haben gezeigt, dass sowohl die Struktur als auch die Höhe der öffentlichen Schulden beträchtliche Schwachpunkte in den Bilanzen eines Landes verursachen können. Eine umsichtige Steuerung der Passivseite sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Sektor kann dazu beitragen, die Exponierung gegenüber Zins-, Währungs- und Refinanzierungsrisiken, die auf die Struktur der nationalen Bilanzen zurückzuführen sind, zu begrenzen. Die Direktoren hielten es deshalb für sinnvoll, die Politikberatung des IWF im Bereich der Verwaltung der öffentlichen Schulden zu verbessern und sich dabei auf die Leitlinien von IWF und Weltbank für die Verwaltung öffentlicher Schulden zu stützen (*Guidelines for Public Debt Management*)¹⁰. Sie betonten, dass kurzfristige fremdwährungsbezogene Schulden ein wichtiger Faktor für Krisenanfälligkeit sind und dass deshalb die Kombination von Währungs- und Fälligkeitsrisiken in der Schuldenstruktur überwacht und gesteuert werden muss. Die Direktoren verwiesen auf die Notwendigkeit, die Analyse der öffentlichen Schulden mit der Analyse makroökonomischer Entwicklungen und wirtschaftspolitischer Bereiche wie

¹⁰Verfügbar unter www.imf.org/external/pubs/ft/pdm/eng/guide/080403.htm.

Wechselkursfragen und Währungszusammensetzung der Schulden zu verbinden.

Die Direktoren ermutigten den IWF-Stab, weitere analytische und empirische Studien zu Fragen des Liquiditätsmanagements durchzuführen, die Entwicklung eines Diagnoseinstrumentariums fortzusetzen und die Analyse im Bereich der Liquiditätssteuerung weiter in die Länderarbeit zu integrieren.

Überwachung, vorbeugende Vereinbarungen und Signalwirkung

Während des Geschäftsjahres 2005 wurde die Diskussion über die Instrumente fortgesetzt, die dazu dienen, den Märkten und der Öffentlichkeit Signale über IWF-Beurteilungen von Politikmaßnahmen der Mitglieder zu geben, die außerhalb einer Finanzvereinbarung durchgeführt werden. Des Weiteren wurde die aktuelle und potenzielle Funktion von vorbeugenden Vereinbarungen in Bezug auf die Signalwirkung und den Schutz vor Entstehen und Verbreitung von Kapitalbilanzkrisen erörtert. In früheren Direktoriumsgesprächen war in diesen Problembereichen kein Konsens erzielt worden, weil es Meinungsunterschiede zu der Frage gab, ob die gegenwärtige Geschäftspolitik des Fonds für die Bedürfnisse der Mitglieder angemessen ist.

Einige Mitglieder halten es nach wie vor für wünschenswert, dass der IWF auch außerhalb von Finanzvereinbarungen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen häufiger überprüft und Signale über die Stärke der Wirtschafts- und Finanzpolitik abgibt. Sie suchen aus innenpolitischen Gründen oder als Signal für internationale Gläubiger und Spender einen Mechanismus, der nach außen hin zeigt, dass sie einen vernünftigen politischen Kurs verfolgen, sie benötigen aber keine IWF-Finanzierung oder ziehen es vor, keine IWF-Mittel zu beantragen. Spender und Gläubiger haben ebenfalls Interesse an einem Signalmechanismus des IWF bekundet.

Eine Reihe von Mechanismen kommen in Frage – und sind in der Vergangenheit auch eingesetzt oder untersucht worden –, um die Nachfrage der Mitglieder nach einer Signalwirkung zu erfüllen. Das Direktorium setzte seinen Meinungsaustausch über die mögliche Gestaltung des vorgeschlagenen Signalinstruments, der so genannten Politiküberwachungs-Vereinbarung (Policy Monitoring Arrangement) im September 2004 fort. Dies erfolgte vor dem Hintergrund einer allgemeinen Überprüfung der Geschichte der Signalwirkung im IWF.¹¹ Die Direktoren

¹¹Für weitere Informationen siehe „Signaling by the Fund – A Historical Review“, www.imf.org/external/np/pdr/signal/2004/071604.htm, sowie die Zusammenfassung der Direktoriumsdiskussion in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 04/114, www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn04114.htm.



Ghana

Im Mai 2003 verabschiedete das Exekutivdirektorium des IWF im Rahmen der Armutsbekämpfung- und Wachstumsfazilität (PRGF) eine dreijährige Vereinbarung für Ghana für den Zeitraum 2003-05. In dieser Zeit hat Ghana bei den meisten Programmzielen Fortschritte erreicht und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes war zufrieden stellend.

Das reale BIP-Wachstum übertraf 2004 die Programmprojektionen zum zweiten Mal nacheinander und Ghana baute viel schneller als erwartet internationale Reserven als Puffer gegen externe Schocks auf. Die Inflationsrate blieb zwar über dem Zielwert der Zentralbank, ging aber bis Ende 2004 um einen halben Prozentpunkt zurück. Gleichzeitig wurde die Relation zwischen Inlandsschuld und BIP – der fiskalpolitische Anker der Regierung – beträchtlich zurückgeführt, was sowohl auf größere Haushaltsdisziplin als auch auf schnelleres BIP-Wachstum zurückzuführen war.

Eine zufrieden stellende Umsetzung der Politikmaßnahmen trug dazu bei, dass Ghana im Juli 2004 den Abschlusspunkt im Rahmen der erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) erreichte. Das Land erhielt Schuldenerleichterung in Höhe von etwa 2,2 Mrd. \$ auf Basis des Gegenwartswerts und kann deshalb in den nächsten zehn Jahren jährlich etwa 1,2 Prozent des BIP an Schuldendienstzahlungen einsparen.

Zusammenarbeit zwischen Ghana und IWF im GJ 2005

Juni 2004	Vorlage des Fortschrittsberichts über Ghanas Strategiedokument zur Armutsbekämpfung
Juli 2004	Abschluss der zweiten Überprüfung von Ghanas PRGF-gestütztem Programm
	Ghana wird das vierzehnte Land, das den Abschlusspunkt unter der erweiterten HIPC-Initiative erreichte
	Veröffentlichung der IWF-Weltbank-Beurteilung des PRSP-Fortschrittsberichts
	Veröffentlichung des Berichts über die Einhaltung von Standards und Kodizes (Modul für Transparenz der öffentlichen Haushalte)

Kasten 2.7 Messung und Analyse des Bilanzrisikos mit Hilfe von Eventualforderungen

Bei dem Eventualforderungsansatz (contingent claims approach – CCA) handelt es sich um ein finanzwirtschaftliches ökonomisches Modell, das zur Analyse der Anfälligkeit von Bilanzen im Unternehmens- und Finanzsektor sowie im öffentlichen Sektor eingesetzt wird.

Dieser Ansatz verwendet Bilanz- und Finanzmarktdaten, um eine zu Marktpreisen bewertete Bilanz und einen Satz von Kreditrisiko-Indikatoren zu erstellen. Er unterscheidet sich von anderen Anfälligkeitsanalysen, indem er mit Hilfe des Faktors Volatilität aktuelle Schätzungen der risikoträchtigen Positionen ableitet. Dadurch bietet der Ansatz einen umfassenden und zukunftsorientierten Messwert für Bilanzrisiken. Der CCA wird im Unter-

nehmenssektor häufig zur Risikoeinschätzung eingesetzt und zunehmend auch im Finanzsektor benutzt, denn dieses Instrument kann den politischen Entscheidungsträgern helfen, Strategien zur Reduzierung von Bilanzrisiken zu entwerfen und umzusetzen und die verschiedenen Politikoptionen zu bewerten.

Auf einem informellen Direktoriumsseminar über den Eventualforderungsansatz forderten die Exekutivdirektoren den IWF-Stab dazu auf, das Modell zu einem Instrument zur Identifizierung der wichtigsten Schwachstellen weiterzuentwickeln. Der IWF-Stab arbeitet zurzeit daran, einen Rahmen zur Einschätzung des Kreditrisikos im Unternehmens- und Finanzsektor sowie im öffentlichen Sektor zu entwickeln.

waren sich weitgehend einig, dass ein neuer Signalmechanismus an den Fächer der IWF-Instrumente angepasst werden müsste, der von der Überwachung bis zu IWF-gestützten Programmen reicht. Sie wiesen auch darauf hin, dass sich vorbeugende Bereitschaftskredit-Vereinbarungen sowie PRGF-Vereinbarungen mit niedrigen Zugangsgrenzen als nützliche Instrumente erwiesen haben. Zu den wichtigsten Verfahrensfragen eines solchen Instruments gehörten der Standard für die Aktivierung des Mechanismus, die Überprüfungsmodalitäten sowie die Veröffentlichung.

Im September 2004¹² erörterte das Direktorium außerdem den möglichen Einsatz von vorbeugenden Bereitschaftskredit-Vereinbarungen zur Vermeidung von Kapitalbilanzkrisen, ein Thema, das das Direktorium in den letzten Jahren mehrfach geprüft hat. Vorbeugende Vereinbarungen sind ein wichtiges Instrument, um Signale über die wirtschaftspolitische Disziplin zu senden und eine Eventualfinanzierung zu gewähren. Der Einsatz dieser Instrumente ist besonders relevant für Länder, die nach einer langjährigen Verwendung von IWF-Mitteln in Zukunft auf diese Mittel verzichten wollen. Sie sind außerdem wichtig, um die Anstrengungen der Mitglieder zur Reduzierung ihrer Anfälligkeiten gegenüber Kapitalbilanzkrisen zu unterstützen. Eine schwierige Frage im Zusammenhang mit dieser Krisenpräventionsfunktion ist allerdings der mögliche Einsatz von

vorbeugenden Vereinbarungen mit außergewöhnlich hohem Zugang.

Viele Direktoren waren der Auffassung, dass der Auslauf der Vorbeugenden Kreditlinie (Contingent Credit Line – CCL) Ende 2003 eine Lücke im Instrumentarium des IWF hinterlassen hat. Eine neue Politik, die ex ante die Zusage einer angemessenen Finanzunterstützung ermöglicht, könne die Rolle des Fonds bei der Krisenprävention stärken. Viele andere Direktoren vertraten dagegen die Auffassung, dass die regulären vorbeugenden Vereinbarungen innerhalb der normalen Zugangsgrenzen eine ausreichende Unterstützung für die Mitgliedsländer mit einer soliden Politik darstellen und dass Innovationen in der IWF-Überwachung sowie Anstrengungen

zur Erhöhung der Transparenz bereits erste Früchte tragen.

Wie bei früheren Direktoriumsdiskussionen zu diesem Themenbereich wurde kein Konsens erzielt.

Die gegenwärtige Geschäftspolitik ermöglicht bereits eine häufige Konsultation mit Mitgliedern, die keine Finanzvereinbarung mit dem Fonds haben, und bietet deshalb eine Grundlage für Stabsbeurteilungen über die Wirtschaftspolitik der Mitglieder. Diese Bewertungen können für die Öffentlichkeit oder für Gläubiger oder Spender freigegeben werden, sind jedoch nicht als eine Billigung der Wirtschaftspolitik oder eine Erklärung, dass diese Politik einen bestimmten Standard erfüllt, zu verstehen. In letzter Zeit wurden bei einer Reihe von Ländern verschiedene Varianten dieses Ansatzes eingesetzt (Kasten 2.8). Auf Antrag des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses vom April 2005 wird das Direktorium im Geschäftsjahr 2006 ein Dokument erörtern, das das Thema der Signalwirkung für Länder, die Hilfe im Rahmen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität in Anspruch nehmen können, behandelt (siehe Kapitel 4).

Standards und Kodizes sowie Datenbereitstellung an den Fonds

Der IWF und die Weltbank begutachten die Politik der Mitgliedsländer in zwölf Bereichen – Datenqualität, Transparenz der Geld- und Finanzpolitik, Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte, Bankenaufsicht, Wertpapiere, Versicherung, Zahlungssysteme, Bestimmungen zur

¹²Siehe „Crisis Prevention and Precautionary Arrangements—Status Report“, www.imf.org/external/np/pdr/cp/eng/2004/090304.htm, sowie die Zusammenfassung der Direktoriumsdiskussion in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 04/117, www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn04117.htm.

Bekämpfung der Geldwäsche, Unternehmensführung, Rechnungslegung, Rechnungsprüfung sowie Insolvenz und Gläubigerrechte – und vergleichen sie mit internationalen Standards und Kodizes, die als Richtwerte für gute Praktiken dienen.¹³ Diese Beurteilungen sollen den Ländern helfen, Schwächen in ihrer Politik aufzudecken, und andererseits die Marktteilnehmer bei Investitionsentscheidungen unterstützen (Kasten 2.9).

Entwurf eines Leitfadens für Transparenz der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft

Im Dezember 2004 legte der IWF der Öffentlichkeit den „Entwurf eines Leitfadens für Transparenz der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft“ (*Draft Guide on Resource Revenue Transparency*) zur Stellungnahme vor. Der *Leitfaden* soll den Ländern bei der Haushaltsverwaltung von Mitteln helfen, die in der Rohstoffwirtschaft in Bereichen wie Erdöl, Erdgas und Bergbau erzielt werden. Er unterstreicht, dass eine Stärkung der Institutionen und eine Verbesserung der Transparenz sowohl für die Regierungen als auch für die Steuerzahler beträchtliche Vorteile mit sich bringen kann. Ein höheres Maß an Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte fördert eine fundiertere öffentliche Debatte und hilft den Ländern auf ihrem Weg zu einer solideren Fiskalpolitik.

Der *Leitfaden* wendet den IWF-Kodex zur Transparenz der öffentlichen Haushalte¹⁴ an und ergänzt das „Handbuch über Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte“ (*Manual on Fiscal Transparency*)¹⁵, das 2001 im Rahmen der Arbeit des IWF im Bereich von Standards und Kodizes veröffentlicht wurde. Auf der Webseite des IWF wurden bisher für etwa 70 Mitgliedsländer Berichte über die Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte oder „Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes“ (*ROSCs*) veröffentlicht. Diese Berichte beurteilen die Länderpraktiken und vergleichen sie mit den Praktiken, die im Kodex zur Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte beschrieben

¹³Das Direktorium hat bisher noch keinen Standard für Insolvenz und Gläubigerrechte, einer der zwölf Bereiche, verabschiedet.

¹⁴Verfügbar unter www.imf.org/external/np/fad/trans/code.htm.

¹⁵Verfügbar unter www.imf.org/external/np/fad/trans/manual/index.htm.

Kasten 2.8 Signalwirkung im Rahmen der Überwachung

Die IWF-Beurteilung der Wirtschaftspolitik und -entwicklung in den Mitgliedsländern enthält Informationen oder „Signale“, die von anderen Akteuren – wie Anlegern und Spendern – für die Entscheidungsfindung eingesetzt werden können. So können zum Beispiel die IWF-Beurteilungen im Bereich der Wirtschaftsentwicklung und -politik, die in Publikationen wie dem „Weltwirtschaftsausblick“ und dem „Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems“ zu finden sind, bei Anlegerentscheidungen eine Rolle spielen und der auf die Artikel-IV-Konsultation folgende Bericht über die Wirtschaftspolitik einkommensschwacher Länder kann die Entscheidungen von Gebern beeinflussen.

Auf Anfrage liefert der Fonds der Gebergemeinschaft normalerweise direkt schriftliche oder mündliche Gutachten. Gelegentlich äußert jedoch ein Mitgliedsland, das bei Spendern oder Kreditgebern Finanzhilfe beantragt, den Wunsch, diesen die IWF-Beurteilung zu übermitteln. Die Bewertungen sollen die Empfänger in die Lage versetzen, sich ein

klares Urteil über die Stärken und Schwächen der Wirtschafts- und Strukturpolitik eines Landes zu bilden.

Um eine regelmäßige Bereitstellung von Signalen zu gewährleisten, baten einige Mitgliedsländer um häufigere Besuche des IWF-Stabs und in einigen Fällen um mehr Berichte an das Direktorium als nur einmal pro Jahr im Rahmen der jährlichen Artikel-IV-Konsultationen. Einige dieser Länder wollen einen ständigen Dialog mit der Gebergemeinschaft oder der Weltbank fördern, während andere einen intensiveren Dialog mit dem IWF-Stab und häufigere unabhängige Berichte über die Wirtschaftslage als positiv ansehen. In den Fällen Jamaika, Libanon und Nigeria erstellt der IWF-Stab zwei Berichte pro Jahr für das Exekutivdirektorium. Obwohl die Veröffentlichung der Berichte auf freiwilliger Basis erfolgt, wurden in letzter Zeit die meisten dieser Berichte veröffentlicht und obwohl diese Berichte keine formelle Billigung der Wirtschaftspolitik darstellen, halten diese Länder diese intensivierte Beziehung zum IWF für sinnvoll.

werden. Der „Entwurf eines Leitfadens für Transparenz der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft“ kann vom IWF zur Begutachtung der Transparenz der öffentlichen Haushalte in rohstoffreichen Ländern eingesetzt werden und ist außerdem nützlich für den Politikdialog des IWF mit diesen Ländern. Der IWF wird bei der Verabschiedung des *Leitfadens* die aus der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen berücksichtigen.

Datenstandards

Die Datenstandard-Initiativen des IWF zielen darauf, die öffentliche Verfügbarkeit von zuverlässigen, aktuellen und umfassenden Statistiken über die Mitgliedsländer zu erhöhen und es dadurch den Marktteilnehmern zu ermöglichen, fundierte Anlageentscheidungen zu treffen, die Funktionsweise der Finanzmärkte zu verbessern und die Wahrscheinlichkeit von Schocks zu reduzieren, die zu einer Krise führen können.

Überprüfung des GDDS-Leitfadens

Im Oktober 2004 gab der IWF einen revidierten „Leitfaden für das Allgemeine Datenweitergabesystem“ (*GDDS*) heraus, um die Verfügbarkeit von statistischen Daten zu fördern, die sich auf die Millennium-Entwicklungsziele

Kasten 2.9 ROSCs und Datenstandard-Initiativen

Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (ROSCs). Es gibt zwölf verschiedene ROSC-Module. Dabei handelt es sich um eine Bewertung zu der Frage, inwieweit ein Land Richtwerte und damit zusammenhängende Standards in den jeweiligen Bereichen einhält, die für die operationelle Arbeit von IWF und Weltbank von Nutzen sind. Die Berichte – etwa 75 Prozent wurden bisher veröffentlicht – untersuchen drei breite Themenbereiche: (1) transparente Arbeitsweise und Entscheidungsfindung auf Regierungsebene (Datenweitergabe, Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte, Transparenz im Bereich der Geld- und Finanzpolitik), (2) Finanzsektorstandards (Bankenaufsicht, Zahlungssysteme, Wertpapierregulierung, Versicherungsaufsicht sowie Anstrengungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung – AML/CFT) sowie (3) Marktintegritäts-Standards für den Unternehmenssektor (Unternehmensführung, Rechnungslegung, Rechnungsprüfung, Insolvenz und Gläubigerrechte). Die Zahl der Teilnehmer an der Initiative für Standards und Kodizes wächst ständig. Ende April 2005 waren 723 ROSC-Beurteilungen und -Aktualisierungen für 122 Länder, d.h. zwei Drittel der IWF-Mitglieder, abgeschlossen und die meisten systemisch wichtigen Länder hatten sich zu einer Beurteilung bereit erklärt. Mehr als 300 ROSCs befassten sich mit Finanzsektorstandards. Etwa ein Drittel betraf die Bankenaufsicht, die übrigen verteilten sich ziemlich gleichmäßig auf die anderen Standards und Kodizes (mit Ausnahme der ROSC-Module für AML/CFT, die erst später beurteilt wurden).

Spezieller Datenweitergabestandard (SDDS). Der SDDS, der 1996 eingeführt

wurde, ist ein freiwilliger Standard, dessen Teilnehmer – Länder, die Zugang zu internationalen Finanzmärkten haben oder anstreben – sich verpflichten, international anerkannte Normen über die Erfassung, Häufigkeit und Aktualität von Daten einzuhalten. Die Teilnehmer erklären sich außerdem bereit, einen Zeitplan über Datenfreigabe herauszugeben und gute Praktiken in Bezug auf Datenintegrität und -qualität sowie öffentlichen Zugang zu verfolgen. Die SDDS-Teilnehmer liefern Informationen über ihre Praktiken im Bereich der Zusammenstellung und Verbreitung der Daten (Metadaten), die anschließend in die IWF-Informationstafel zu Datenweitergabestandards (Dissemination Standards Bulletin Board - DSBB)¹ eingestellt werden. Die Teilnehmer sind außerdem verpflichtet, einen elektronisch mit der DSBB verbundenen Internet-Auftritt zu unterhalten, der die eigentlichen Daten enthält. Die SDDS-Teilnehmer begannen im September 2003 mit der vorgeschriebenen Weitergabe von Daten über die Auslandsverschuldung. Mit Stand vom 30. April 2005 gab es 60 Teilnehmer am SDDS. Belarus, Ägypten und Russland kamen im Geschäftsjahr 2005 hinzu.

Allgemeines Datenweitergabesystem (GDDS). Das GDDS-Regelwerk wurde 1997 eingeführt, um IWF-Mitgliedsländern zu helfen, ihre Statistiksysteme zu verbessern. Die freiwillige Teilnahme ermöglicht es den Ländern, ihr eigenes Tempo festzulegen, und bietet gleichzeitig ein ausführliches Regelwerk, das den Einsatz international anerkannter Methodikgrundsätze, die Annahme strenger Kompilationspraktiken und die Erhöhung der Professionalität nationaler Statistikbehörden fördert. Die 79 IWF-Mitglieder, die Ende

April 2005 am GDDS teilnahmen, stellen Metadaten bereit, die ihre Praktiken zur Datenkompilation und Datenweitergabe beschreiben, und legen ausführliche Verbesserungspläne vor. Diese Daten werden dann in die IWF-Informationstafel zu Datenweitergabestandards eingestellt. Die Teilnahme am GDDS hat sich seit 2001 fast vervierfacht.

Der Stab des Fonds entwickelte außerdem in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen einen „Standard für den Austausch von statistischen Daten und Metadaten“ (Statistical Data and Metadata Exchange - SDMX). Der SDMX will durch die Bereitstellung von standardisierten Praktiken, kohärenten Protokollen und anderen Infrastrukturentwürfen für die Berichterstattung und den Austausch und die Einstellung von Daten in Webseiten den effizienten elektronischen Austausch statistischer Informationen zwischen nationalen und internationalen Behörden erleichtern und die elektronische Verwaltung dieser Daten verbessern.

System für die Beurteilung der Datenqualität (Data Quality Assessment Framework - DQAF). Das DQAF ist eine Begutachtungsmethode, die im Anschluss an die vierte Überprüfung der Datenstandards-Initiative im Jahre 2001 in die Struktur des ROSC-Datenmoduls aufgenommen wurde. Der breiter gefasste Ansatz des DQAF bei der Bereitstellung von Leitlinien für die Verbesserung der Datenqualität wurde inzwischen sowohl in das Datenqualitätsprogramm als auch, in stärkerem Umfang, in die Artikel-IV-Konsultationen integriert.

¹Die Adresse der Webseite lautet dsbb.imf.org/Applications/web/dsbbhome/.

beziehen (siehe Kapitel 4). Der *Leitfaden*, der in Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Organisationen, darunter die Weltbank, entwickelt wurde, erkennt die Bedeutung der diesbezüglichen Indikatoren und der Entwicklung eines geeigneten statistischen Überprüfungssystems ausdrücklich an.

Online-Datenbank über Auslandsverschuldung

Im November 2004 richteten Weltbank und IWF eine Online-Datenbank ein, die die Statistiken über die Auslandsverschuldung von 41 Ländern zusammenträgt, die am Speziellen Datenweitergabestandard (SDDS) des IWF

teilnehmen. Bis Ende April 2005 war die Zahl der Teilnehmer, die Daten übermitteln, auf 49 gestiegen. Die Datenbank bietet den politischen Entscheidungsträgern und Marktteilnehmern zeitnahe Daten in einem Format, das länderübergreifende Vergleiche ermöglicht und eine bessere Grundlage für die Bilanzanalysen und Überwachungsinitiativen darstellt. Die Vierteljährliche Statistik der Auslandsverschuldung (Quarterly External Debt Database), die von der Weltbank unterhalten wird¹⁶, stellt einen konkreten Schritt der beiden Institutionen dar, die weltweite

¹⁶Verfügbar unter www.worldbank.org/data/working/QEDS/sdds_main.html.

Weitergabe von Daten über die Auslandsverschuldung zwischen möglichst vielen Ländern zu erleichtern und zu fördern.

Die Daten werden von den Ländern in international vereinbarten Formaten bereit gestellt. Die Teilnahme an der Datenbank ist freiwillig. Obwohl die Datenbank zunächst nur die Länder abdeckt, die am SDDS teilnehmen, besteht das Ziel darin, die Teilnahme auf alle Länder auszuweiten, deren Auslandsverschuldungsdaten im Einklang mit den SDDS-Anforderungen weitergegeben werden können.

Daten und Metadaten über Portfolio- und Direktinvestitionen

Die Ergebnisse der „Koordinierten Erhebung über Portfolio-Investitionen“ (Coordinated Portfolio Investment Survey – CPIS) für Ende Dezember 2003 wurden im März 2005 auf der externen Webseite des Fonds freigegeben. Die Erhebung, die seit 2001 jährlich durchgeführt wird, liefert Daten aus 70 Jurisdiktionen, darunter die meisten großen Volkswirtschaften, die Anlegerinteressen haben. Die berichteten Daten beziehen sich auf die grenzüberschreitenden Portfolio-Investitionen der einzelnen Jurisdiktionen und werden nach Aktien sowie lang- und kurzfristigen Schuldtiteln sowie nach Jurisdiktion der Wertpapieremittenten aufgliedert. Wertpapierbestände, die Teil der Devisenreserven sind, sowie Bestände ausgewählter internationaler Organisationen werden ebenfalls berichtet und nach dem gleichen Schema aufgliedert.

Die Daten sollen Lücken in den Studien über regionale Konzentration, Finanzintegration, Übertragungswirkungen zwischen Jurisdiktionen (Ansteckung) und Globalisierung füllen und Daten über Partnerländer bereitstellen, die Lücken in den Statistiken über den Auslandsvermögensstatus der einzelnen Jurisdiktionen füllen. Die Erfassung von Offshore-Finanzplätzen und führenden ölexportierenden Ländern wird ständig verbessert. Metadaten, die die Kompilationspraktiken der teilnehmenden Jurisdiktionen beschreiben, werden ebenfalls in die externe Webseite des Fonds eingestellt.

Im März 2005 wurden Metadaten in die Webseite eingestellt, die beschreiben, wie die Länder ausländische Direktinvestitionen messen. Inzwischen sind Informationen über 56 Länder auf der Webseite des IWF verfügbar. Sie stützen sich auf die Ergebnisse der im Jahr 2003 durchgeführten gemeinsamen „IWF/OECD-Erhebung über die Umsetzung der methodischen Standards für Direktinvestitionen“ (*IMF/OECD Survey of Implementation of Methodological Standards for Direct Investment – SIMSDI*).

Die Metadaten beschreiben sowohl für die CPIS- als auch für die SIMSDI-Erhebung Datenverfügbarkeit, Quellen, Kompilationspraktiken sowie die verwendeten Methoden und sie geben an, ob die Praktiken der einzelnen Jurisdiktionen internationalen Richtlinien für Statistiken entsprechen. Zurzeit wird eine Machbarkeitsstudie durchgeführt um festzustellen, ob nach dem Muster der CPIS-Erhebung eine „Koordinierte Erhebung über Direktinvestitionen“ (*Coordinated Direct Investment Survey*) durchgeführt werden kann.

Verbesserte Datenübermittlung an den IWF

Bei den Bemühungen um eine bessere Qualität der Daten, die der IWF zum Zwecke der Überwachung von seinen Mitgliedern erhält, hat das Direktorium in den letzten Jahren Maßnahmen ergriffen, um die Informationskategorien, über die die Mitgliedsländer (nach Artikel VIII Abschnitt 5 des IWF-Übereinkommens) Bericht erstatten müssen, zu erweitern und neue Verfahren und Rechtsbehelfe für die Fälle einzuführen, in denen Mitglieder ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Im Januar 2004 verabschiedete das Direktorium einen Beschluss über die Ausweitung der Liste der Mindestdaten, die die IWF-Mitglieder auf kontinuierlicher Basis bereitstellen müssen. Mit der erweiterten Anforderung, die am 1. Januar 2005 in Kraft trat, wurde der rechtliche Rahmen des IWF für das Berichtswesen stärker an den gegenwärtigen Datenbedarf angepasst. Die Angabe von Daten, die ausdrücklich in Artikel VIII Abschnitt 5 aufgelistet sind, bleibt weiterhin verbindlich. Unterlassene Datenübermittlung gilt als Bruch der Verpflichtungen eines Mitglieds, es sei denn, das Mitglied verfügt nicht über die notwendigen Kapazitäten. Der Beschluss des Direktoriums beschreibt ausführliche Verfahren für den Umgang mit Fällen von unterlassener oder fehlerhafter Berichterstattung von Daten, die nach Artikel VIII Abschnitt 5 erforderlich sind.

In dem Direktoriumsbeschluss werden die Mitglieder außerdem zur Anwendung international anerkannter Kompilationsmethoden aufgerufen. Sollten die Mitglieder diesem Beschluss nicht folgen, sind sie verpflichtet, Datenbeschreibungen vorzulegen, die mit der allgemein anerkannten Bedeutung der einzelnen Indikatoren im Einklang stehen. Der IWF-Stab ist gehalten, sich mit den spezifischen Konzepten und Definitionen dieser Indikatoren sowie mit den Kompilationspraktiken und Datenüberprüfungsmethoden vertraut zu machen. Wenn ein Mitglied Daten nach Maßgabe dieser Vorgaben bereitstellt oder überprüft, ist es nicht in Gefahr, eines Vertragsbruchs für schuldig befunden zu werden.



Stärkung von Programm- unterstützung und Krisenlösung

KAPITEL | 3

Die Bereitstellung vorübergehender Finanzhilfe an Mitgliedsländer mit Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten in Form von Fremdwährungskrediten ist eine der Hauptaufgaben des IWF. Er gewährt Finanzhilfe durch einen breiten Fächer von Politikmaßnahmen und Kreditinstrumenten (siehe Tabelle 3.1). Die meisten Formen der IWF-Finanzierung werden unter der Auflage vergeben, dass das Empfängerland Anpassungs- und Reformmaßnahmen ergreift, die darauf zielen, die Probleme, die den Unterstützungsbedarf verursacht haben, zu lösen. Diese Konditionalität ist ferner wichtig um zu gewährleisten, dass die Mittel des IWF für den zukünftigen Bedarf der Mitglieder gesichert werden.

Um sicherzustellen, dass die Finanzierungsoperationen und -instrumente des IWF gut strukturiert, dem aktuellen Bedarf angepasst und ausreichend flexibel sind, um länder-eigene Anpassungs- und Reformbemühungen unter vielfältigen Umständen zu unterstützen, hat der Fonds im Laufe des Geschäftsjahres eine umfassende Überprüfung der Programmgestaltung und -konditionalität durchgeführt. Die Überprüfung erfasste die Struktur und Effektivität von Programmen, die im Zeitraum 1995-2000 durchgeführt wurden, sowie die ersten Erfahrungen mit Programmen, die unter den neuen, im Jahr 2002 verabschiedeten Konditionalitäts-Richtlinien erarbeitet wurden. Die Überprüfung vermittelte dem Fonds wertvolle Erkenntnisse, die er in seiner Geschäftstätigkeit nutzen wird, und sie steckte einen breiten Rahmen für die zukünftige Arbeit ab. Die Angemessenheit der Programmgestaltung wurde außerdem im Rahmen von Ex-post-Programmeurteilungen untersucht, die während dieses Zeitraums in 18 Mitgliedsländern durchgeführt wurden.

Neben dieser weit reichenden Überprüfung seiner Konditionalitätsgrundsätze überprüfte das Direktorium seine Politik im Bereich des Zugangs zu den Finanzmitteln des Fonds. Die Höhe des Kreditbetrags, zu dem ein Land Zugang hat, hängt sowohl mit seiner Quote im Fonds zusammen (sie stützt sich auf die Größe der Volkswirtschaft des Landes, die Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft sowie andere Faktoren) als auch mit den Bedingungen des jeweiligen Kreditfensters. Im Geschäftsjahr 2005 hat das Direktorium die Zugangsgrenzen im Rahmen der Kredittranchen, der Erweiterten Fondsfazilität (Extended Fund Facility – EFF) und der Armutsbekämpfung- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility – PRGF) untersucht. Des Weiteren wurde im Berichtsjahr der Handelsinte-

grations-Mechanismus (Trade Integration Mechanism – TIM) aktiviert. Dadurch wird die Vergabe von neuen IWF-Mitteln an berechnigte Mitgliedsländer im Rahmen laufender IWF-Fazilitäten besser vorhersehbar.

Schließlich hat der Fonds im Geschäftsjahr 2005 gemeinsam mit anderen betroffenen Partnern die Arbeit zur Förderung von Mechanismen fortgesetzt, die auf die geordnete Lösung von Krisen abzielen. Dazu gehören die Aufnahme von Umschuldungsklauseln (collective action clauses – CACs) in Staatsanleihen, die Entwicklung der Grundsätze für stabile Kapitalströme und faire Schuldenumstrukturierung in aufstrebenden Märkten (Principles for Stable Capital Flows and Fair Debt Restructuring in Emerging Markets) sowie die Entwicklung des so genannten Evian-Ansatzes des Pariser Clubs zur Umstrukturierung der Schulden der Nicht-HIPC-Länder.

Weitere Informationen über die Entwicklungen im Bereich der Finanzoperationen und -grundsätze des IWF während des Geschäftsjahres finden sich in Kapitel 5.

Überprüfung der Konditionalität von 2004 bis 2005

Bei einem IWF-gestützten Programm handelt es sich um ein Paket wirtschaftspolitischer Maßnahmen, das in Kombination mit einer vom IWF genehmigten Finanzhilfe darauf abzielt, bestimmte wirtschaftliche Ziele, wie eine geordnete Anpassung der Zahlungsbilanz, eine niedrigere Inflation sowie stärkeres nachhaltiges Wachstum und eine Reduzierung der Armut, zu erreichen. Die Auflagen, die sich auf die Umsetzung der vereinbarten Politikmaßnahmen beziehen und in der Regel zeitlich gestaffelt sind, geben dem Land die Gewissheit, dass es während der Dauer des Programms Finanzhilfe vom IWF erhält, solange es die vereinbarten Politikmaßnahmen umsetzt, und sie sichern gleichzeitig die Mittel des IWF.

Während der vorherigen Überprüfung der Konditionalität des Fonds, von 2000 bis 2002, beantragten die Exekutivdirektoren, dass sich die nächste Überprüfung mit dem breiten Themenbereich der Programmgestaltung befassen sollte. Als Reaktion auf diesen Antrag ist die Konditionalitäts-Überprüfung von 2004 bis 2005 in zwei Teile aufgeteilt. Beim ersten Teil handelt es sich um eine kritische Überprüfung der Gestaltung und Effektivität IWF-unterstützter Programme über den Zeitraum 1995-2000 und der zweite Teil

Tabelle 3.1 Finanzfazilitäten des IWF

Kreditfazilität	Ziel	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung ¹	Zugangsgrenze ⁴
Kredittranchen und Erweiterte Fondsfazilität⁴				
Bereitschaftskredit-Vereinbarungen (1952)	Mittelfristige Hilfe an Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten	Die Annahme von Politiken, durch die die Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten eines Landes innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können	Vierteljährliche Käufe (Auszahlungen) abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen	Jährlich: 100% der Quote; kumulativ: 300% der Quote
Erweiterte Fondsfazilität (1974) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitglieder zur Lösung von langfristigen Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten	Verabschiedung eines 3-Jahresprogramms über strukturelle Maßnahmen mit jährlicher ausführlicher Erklärung über die Maßnahmen der kommenden zwölf Monate	Vierteljährliche oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen) abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen	Jährlich: 100% der Quote; kumulativ: 300% der Quote
Sonderfazilitäten				
Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven (1997)	Kurzfristige Hilfe bei Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten, die auf Vertrauenskrisen auf den Märkten zurückzuführen sind	Nur im Rahmen von Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarungen mit entsprechendem Programm und gestärkten Maßnahmen zur Wiedergewinnung des Marktvertrauens	Die Fazilität steht für ein Jahr zur Verfügung; größerer Zugang zu Anfang der Periode mit wenigstens zwei Käufen (Auszahlungen)	Keine Zugangsgrenze; dieser Zugang ist nur möglich, wenn der Zugang im Rahmen einer regulären Vereinbarung sonst die jährliche oder kumulative Grenze überschreiten würde
Fazilität zur kompensierenden Finanzierung (1963)	Mittelfristige Hilfe für vorübergehende Exporterlösausfälle oder übermäßige Ausgaben für Getreideimporte	Steht nur zur Verfügung, wenn die Erlösausfälle/übermäßigen Ausgaben zum großen Teil außerhalb der Kontrolle der Behörden liegen und wenn ein Mitglied eine Vereinbarung mit den Auflagen einer oberen Kredittranche hat oder wenn seine Zahlungsbilanzposition ansonsten zufrieden stellend ist	Normalerweise erfolgt die Auszahlung über einen Mindestzeitraum von sechs Monaten gemäß der Abrufstaffelung der Vereinbarung	Jeweils 45% der Quote für die beiden Elemente Export und Getreideimport; gemeinsame Obergrenze von 55% der Quote für beide Elemente
Notfallhilfe	Hilfe für Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten in Bezug auf:		Keine, obwohl Hilfe nach Konflikten in zwei oder mehrere Käufe aufgeteilt werden kann	Normalerweise auf 25% der Quote begrenzt, obwohl in Ausnahmefällen größere Beträge bereitgestellt werden können
(1) Naturkatastrophen (1962)	Naturkatastrophen	Angemessene Anstrengung zur Überwindung der Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten		
(2) Länder nach Konflikten (1995)	Die Folge von inneren Unruhen, politischen Umwälzungen oder internationalen bewaffneten Konflikten	Aufbau der institutionellen und administrativen Kapazitäten als Vorbereitung für eine Vereinbarung in der oberen Kredittranche oder eine PRGF		
Fazilität für einkommensschwache Mitglieder				
Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (1999)	Langfristige Hilfe für tief sitzende Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten struktureller Art; zielt auf nachhaltiges Wachstum mit Abbau der Armut	Annahme eines 3-jährigen PRGF-Programms, gestützt auf ein Strategiedokument zur Armutsbekämpfung (PRSP), das von dem Land in einem partizipatorischen Prozess erstellt wird und makroökonomische, strukturelle sowie armutsbekämpfende Maßnahmen erfasst.	Halbjährliche (oder gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen	140% der Quote; 185% der Quote in Ausnahmefällen

¹Mit Ausnahme der PRGF stammen die für die Kreditvergabe des IWF benötigten Mittel aus den Kapitaleinzahlungen der Mitgliedsländer; jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine Finanzverpflichtung darstellt. Die Länder stellen einen Teil ihrer Quote in für den IWF annehmbaren Fremdwährungen – oder in SZR – bereit, den Rest in der Inlandswährung. Ein IWF-Kredit wird ausbezahlt oder gezogen, indem der Kreditnehmer mit seiner eigenen Währung Devisen-Aktiva vom IWF kauft. Der Kredit gilt zurückgezahlt, wenn der Kreditnehmer seine Inlandswährung mit Devisen zurückkauft. Siehe Kasten 5.1 über den Finanzierungsmechanismus des IWF. Die PRGF-Kredite werden durch einen eigenständigen PRGF-Treuhandfonds finanziert.

²Der *Gebührensatz* auf Mittel, die aus dem Allgemeinen Konto (GRA) ausbezahlt werden, wird als Aufschlag auf den wöchentlichen SZR-Zinssatzes festgelegt (seit 1. Mai 2005 wird der Aufschlag in Basispunkten über dem SZR-Zinssatz ausgedrückt; vor diesem Datum wurde der

Aufschlag als Anteil des SZR-Zinssatzes ausgedrückt). Der *Gebührensatz* gilt für den Tagessaldo aller ausstehenden Ziehungen aus dem Allgemeinen Konto während der einzelnen Geschäftsquartale des IWF. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von IWF-Mitteln im Allgemeinen Konto mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine Vorab-Bereitstellungsgebühr (25 Basispunkte auf zugesagte Beiträge bis zu 100 Prozent der Quote, 10 Basispunkte danach) wird auf den Betrag erhoben, der im Rahmen eines Bereitschaftskredits oder einer Erweiterten Kreditvereinbarung während der einzelnen (jährlichen) Perioden gezogen werden kann; diese Gebühr wird bei anschließenden Ziehungen im Rahmen der Vereinbarung anteilmäßig zurückerstattet.

³Bei Käufen, die nach dem 28. November 2000 erfolgen, wird von den Mitgliedern erwartet, die Rückkäufe (Rückzahlungen) im Einklang mit dem Erwartungs-Zeitplan zu tätigen; der IWF kann jedoch auf Antrag eines Mitglieds den Zeitplan der Rückzahlungserwartungen ändern,

Gebühren ²	Rückkauf- (Rückzahlungs-) Bedingungen ³		
	Verpflichtungszeitplan (Jahre)	Erwartungszeitplan (Jahre)	Ratenzahlungen
Gebührensatz plus Aufschlag (100 Basispunkte bei Beträgen über 200% der Quote; 200 Basispunkte bei Beträgen über 300%) ⁵	3¼–5	2¼–4	Vierteljährlich
Gebührensatz plus Aufschlag (100 Basispunkte bei Beträgen über 200% der Quote; 200 Basispunkte bei Beträgen über 300%) ⁵	4½–10	4½–7	Halbjährlich
Gebührensatz plus Aufschlag (300 Basispunkte, die ein Jahr nach der ersten Auszahlung und danach alle sechs Monate um 50 Basispunkte steigen bis zu einem Höchstbetrag von 500 Basispunkten)	2½–3	2–2½	Halbjährlich
Gebührensatz	3¼–5	2¼–4	Vierteljährlich
Gebührensatz; der Gebührensatz kann jedoch vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Mitteln auf 0,5 Prozent pro Jahr subventioniert werden	3¼–5	Nicht zutreffend	Vierteljährlich
0,5%	5½–10	Nicht zutreffend	Halbjährlich

wenn das Exekutivdirektorium entscheidet, dass sich die externe Position des Mitglieds noch nicht ausreichend verbessert hat, um Rückkäufe zu tätigen.

⁴Der Ausdruck *Kredittranchen* bezieht sich auf die Größe der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zu den Quoten der Mitglieder im IWF; so sind Auszahlungen bis zu 25 % der Quote eines Mitglieds Auszahlungen im Rahmen der *ersten* Kredittranche und verlangen von den Mitgliedern, dass sie angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Anträge auf Auszahlungen über 25 % der Quote werden Ziehungen in den *oberen* Kredittranchen genannt; sie erfolgen in Ratenzahlungen und sind an die Erfüllung bestimmter Leistungskriterien gebunden. Diese Auszahlungen sind normalerweise verbunden mit einer Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarung. Der Zugang zu IWF-Mitteln außerhalb einer Kreditvereinbarung ist selten und wird es erwartungsgemäß auch bleiben.

⁵Der Aufschlag wurde im November 2000 eingeführt.

erfasst die ersten Erfahrungen des Fonds mit den im Jahr 2002 eingeführten neuen Konditionalitäts-Richtlinien, die die 1979 verabschiedeten Leitlinien ersetzen.

Gestaltung IWF-gestützter Programme

Der erste Teil der Überprüfung, den das Direktorium im Dezember 2004 durchführte, betrachtete die Kernmerkmale IWF-gestützter Programme über den Zeitraum 1995–2000.¹

Ziele und Ergebnisse. Die Direktoren kamen überein, dass eine tragfähige Zahlungsbilanz und eine mittelfristig tragfähige Auslandsverschuldung ein Kernziel IWF-unterstützter Programme bleiben.

Bei Programmen, die im Rahmen des Allgemeinen Kontos (General Resources Account – GRA) durch nicht-konzessionäre Kredite unterstützt wurden, entsprach die außenwirtschaftliche Anpassung im Wesentlichen den Zielvorgaben und die IWF-Unterstützung milderte anscheinend die negativen kurzfristigen Auswirkungen der Anpassung auf das Wachstum. In einigen Fällen, insbesondere, aber nicht ausschließlich bei Kapitalbilanzkrisen, war die außenwirtschaftliche Anpassung jedoch schärfer und größer als für eine Stabilisierung der Auslandsverschuldung erforderlich gewesen wäre. Die Direktoren ermutigten den IWF-Stab, die optimale Mischung zwischen Finanzierung und Anpassung bei Kapitalbilanzstörungen sowie die ausschlaggebenden Faktoren für private Kapitalströme und die katalytischen Effekte IWF-unterstützter Programme weiter zu untersuchen.

Bei Programmen, die durch konzessionäre Kredite im Rahmen der PRGF gefördert werden, waren die angestrebten Verbesserungen in der Leistungsbilanz im Durchschnitt kleiner als für eine Stabilisierung der Auslandsverschuldungsquote erforderlich war. Des Weiteren blieben die tatsächlich erreichten Verbesserungen tendenziell hinter den Zielvorgaben zurück. Die Direktoren sprachen sich dafür aus zu untersuchen, wie dieser Missstand korrigiert werden kann. Die Programmergebnisse in den Bereichen Wachstum und Inflation waren im Großen und Ganzen positiv. Die Direktoren betonten, dass die Gestaltung der Programme in einkommensschwachen Ländern die Auswirkungen der Politikmaßnahmen auf die Armutsbekämpfung voll und ganz berücksichtigen sollten.

¹Die Direktoriumsdiskussion wird zusammengefasst in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 05/16, www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn0516.htm; zu den Stabspapieren gehören „The Design of Fund-Supported Programs—Overview“, www.imf.org/external/np/pdr/2004/eng/design.htm; „Fund-Supported Programs—Objectives and Outcomes“, www.imf.org/external/np/pdr/2004/eng/object.htm und „Macroeconomic and Structural Policies in Fund-Supported Programs: Review of Experience“, www.imf.org/external/np/pdr/2004/eng/macro.htm.



Nothilfe nach Konflikten

Der IWF gewährt Ländern, die im Anschluss an eine Naturkatastrophe oder einen bewaffneten Konflikt einen dringenden Zahlungsbilanzbedarf haben, Notfallhilfe (siehe Tabelle 3.1). (Die Nothilfe nach Naturkatastrophen wird in Kapitel 4 näher erörtert.) Finanzhilfe in Notfällen wird rasch ausgezahlt und durch Politikberatung und, in vielen Fällen, technische Hilfe unterstützt.

Seit 1995 wird Notfallhilfe an Länder in der Konfliktfolgezeit gewährt, die nicht dazu in der Lage sind, ein umfassendes Wirtschaftsprogramm zu entwickeln und durchzuführen, weil ihre Kapazitäten durch den Konflikt stark beschädigt wurden, deren Kapazitäten aber ausreichen, um einzelne Politikmaßnahmen zu planen und umzusetzen. Die IWF-Hilfe zielt darauf, die wirtschaftliche Erholung zu beschleunigen, indem die Verwaltungskapazitäten und die Institutionen neu aufgebaut und gestärkt werden und indem zusätzliche Mittel von internationalen Spendern für den Wiederaufbau mobilisiert werden. Der Gebührensatz für einkommensschwache Länder, die Anspruch auf Hilfe im Rahmen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität des IWF haben, wird durch Zuschüsse anderer Mitglieder subventioniert (siehe Kapitel 5).

Im Geschäftsjahr 2005 billigte das Direktorium Nothilfe nach Konflikten an drei Länder: die Zentralafrikanische Republik (8,2 Mio. \$), Haiti (15,6 Mio. \$) und Irak (436 Mio. \$).¹ Im Februar 2005 erörterte das Direktorium des IWF die Bereitstellung von technischer Hilfe an Länder in der Konfliktfolgezeit (siehe Kapitel 6).

¹Weitere Informationen sind verfügbar auf der Webseite des IWF unter: www.imf.org/external/np/sec/pr/2004/pr04158.htm, www.imf.org/external/np/sec/pr/2005/pr0504.htm, und www.imf.org/external/np/sec/pr/2004/pr04206.htm.

Analyserahmen. Kein einziges Modell oder einziger Analyse-rahmen ist allgemein gültig für die Politikformulierung in IWF-gestützten Programmen. Die Direktoren begrüßten die Tatsache, dass die IWF-Ländertteams sich bei der Beratung der nationalen Behörden normalerweise auf verschiedene Modelle und Methoden der Politikformulierung stützen und deren Ergebnisse einer wirtschaftlichen Beurteilung unterziehen. Der Finanzplanungsrahmen des IWF ermöglicht eine Überprüfung der inneren Geschlossenheit der Politikmaßnahmen, was sehr nützlich ist. Dieser eklektische Ansatz bei der Politikformulierung hat bisher im Großen und Ganzen in der Praxis gut funktioniert. Die mittelfristigen Wachstumsprognosen sind jedoch zu optimistisch, was die Zuverlässigkeit der Schuldentragfähigkeits-Beurteilungen und die Glaubwürdigkeit der Programme schwächen kann. Die Direktoren empfahlen häufigere analytische „Realitätsprüfungen“ für die Wachstumsprognosen, häufigere systematische Vergleiche mit den Prognosen anderer Analysten und einen stärkeren Einsatz länderübergreifender Analysen.

Wechselkurspolitik. Die Direktoren stellten fest, dass die Wahrscheinlichkeit einer Änderung des Wechselkurssystems zu Beginn eines IWF-unterstützten Programms nicht größer ist als zu jeder anderen Zeit, und sie zogen mehrere Schlussfolgerungen aus dieser Erkenntnis. Das Wechselkursregime muss mit der Wirtschafts- und Strukturpolitik vereinbar sein und die Direktoren betonten, dass der IWF eine Politikmischung, die das jeweilige Wechselkursregime nicht ausreichend stärkt, nicht unterstützen sollte. Disinflation wurde sowohl unter festen wie auch unter flexiblen Wechselkursstrategien erreicht, und der Erfolg hing stattdessen im Wesentlichen davon ab, ob die angestrebte Anpassung der öffentlichen Finanzen erreicht wurde. Andererseits ist zu sagen, dass Länder mit flexibleren Wechselkursen die außenwirtschaftliche Anpassung tendenziell mit weniger negativen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Produktion erreicht haben.

Geldpolitik. Die Geldpolitik entsprach im Wesentlichen den Programmzielen, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Geldpolitik zu straff war.

Fiskalpolitik. Die Direktoren stellten fest, dass die Programmpraxis im Bereich der Fiskalpolitik deutlich vielfältiger ist und den allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielen konsequenter entspricht, als dies in der Regel angenommen wird. Es kam häufig zu Zielverfehlungen in der Fiskalpolitik, insbesondere in den späteren Jahren eines Programms. Die Direktoren betonten, dass der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in der Programmgestaltung mehr Bedeutung beigemessen werden sollte, wobei der Schwerpunkt auf qualitativ hochwertige fiskalpolitische Maßnahmen gelegt werden sollte, die politisch durchführbar und durchhaltbar sind. Außerdem sollte die

Aufmerksamkeit auf Eventualverbindlichkeiten gelenkt werden, darunter die Verbindlichkeiten, die sich aus den Kosten einer Finanzsektor-Umstrukturierung ergeben. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat im Allgemeinen zu Verbesserungen in der Leistungsbilanz geführt und wird normalerweise nicht mit niedrigerem Wirtschaftswachstum in Zusammenhang gebracht, was darauf schließen lässt, dass Vertrauenseffekte eine bedeutsame Rolle spielen. Die Direktoren betonten im Zusammenhang mit der PRGF die Bedeutung von Faktoren, die zur Armutsbekämpfung beitragen, und verwiesen darauf, dass die Verteilungswirkung der Politikmaßnahmen vorrangig analysiert werden muss.

Strukturpolitik. Strukturreformen sind häufig notwendig, um die Anpassungsanstrengungen durch eine Erhöhung der Effizienz und eine Beseitigung der strukturellen Verzerrungen, die das langfristige Wachstum hemmen, zu unterstützen und um Anfälligkeiten gegenüber Finanzkrisen zu reduzieren. Die strukturpolitischen Maßnahmen stimmen weitgehend mit den Zielen IWF-gestützter Programme überein. Maßnahmen zur Stützung der Nachfragesteuerung haben anscheinend zu einer nachhaltigen fiskalischen Anpassung beigetragen und Maßnahmen, die auf eine Erhöhung der Effizienz abzielen, werden mit höherem Wachstum in Verbindung gebracht. Diese ersten Indikatoren wurden zwar als nützlich betrachtet, aber die Direktoren betonten, dass die Verbindungen zwischen Strukturreformen und Wirtschaftsleistung nach wie vor unklar sind und daher einer eingehenderen Analyse bedürfen.

Das Direktorium würdigte die Änderungen, die der Fonds nach der Argentinien-Krise vorgenommen hat und kam überein, dass die auf die Beurteilung des Unabhängigen Evaluierungsbüros (Independent Evaluation Office – IEO) folgende Diskussion über die Rolle, die der Fonds im Zeitraum 1991-2001 in Argentinien gespielt hat, ebenfalls wichtige Erkenntnisse gebracht hat (Kasten 3.1).

Um sicherzustellen, dass die aus der Überprüfung gezogenen Lehren auch angewendet werden, und um das Bewusstsein für diese Thematik innerhalb des IWF zu schärfen, wurde eine Reihe interner Seminare und Weiterbildungsinitiativen geplant. Dazu gehört die Verbreitung von Informationen über die besten Praktiken in bestimmten Bereichen wie Wachstumsprognosen. Diese internen Fortbildungsmaßnahmen werden ergänzt durch beträchtliche Anstrengungen im Bereich der Außenwirkung, um eine breitere Debatte über einige Schlüsselthemen anzuregen.

Erfahrungen mit den 2002 erlassenen Konditionalitäts-Richtlinien

Im September 2002 verabschiedete das Direktorium neue Richtlinien, die die laufenden Bemühungen zur Straffung

und Fokussierung der IWF-Auflagen zusammenfassen. Ein wichtiges Ziel dieser neuen Richtlinien bestand darin, die Eigenverantwortung der Länder zu stärken und die Aussichten für eine dauerhafte Umsetzung IWF-gestützter Programme zu verbessern, insbesondere durch eine Fokussierung der Politikaufgaben des IWF auf Bereiche, die für den Erfolg von entscheidender Bedeutung sind.

Der zweite Teil der 2004-05 durch den Fonds durchgeführten Konditionalitäts-Überprüfung untersuchte die ersten Erfahrungen mit der Anwendung dieser neuen Richtlinien, die die Richtlinien aus dem Jahre 1979 ersetzen. Bei ihrer Sitzung im März 2005² ließen die Direktoren verlauten, dass die neuen Richtlinien das Bekenntnis der Länder zu den Politikmaßnahmen, den zurückhaltenden Einsatz der Konditionalität, den Zuschnitt der Politikmaßnahmen auf die Umstände in den Mitgliedsländern, die Koordinierung mit anderen multilateralen Institutionen sowie eine klare Formulierung der Auflagen betonen. Obwohl es noch zu früh war, definitive Schlussfolgerungen über die mit den Richtlinien gemachten Erfahrungen zu ziehen, hob die Überprüfung eine Reihe vorläufiger Erkenntnisse hervor, die sich auf strukturpolitische Auflagen und den Prozess der Programmentwicklung konzentrieren:

- Es gibt Hinweise für beträchtliche Fortschritte bei der Straffung der erfassten Bereiche (wenn auch nicht der Zahl) der strukturpolitischen Auflagen sowie bei der eindeutigen Festlegung der programmbezogenen Auflagen.
- Es gibt ermutigende Anzeichen für Verbesserungen bei der Programmumsetzung in Form einer geringeren Zahl permanenter Programmunterbrechungen, selbst wenn es nur wenige Änderungen in der Häufigkeit zeitweiliger Programmunterbrechungen gibt, die auf eine mangelhafte Erfüllung der Auflagen zurückzuführen sind.
- Die Verlagerung der Auflagen weg von wachstums- und effizienzbezogenen Strukturreformen ist ein Zeichen für die Straffung; sie muss jedoch überwacht werden und die Auswirkungen müssen untersucht werden, sobald die Programmresultate vorliegen. Eine effektive Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF bleibt in diesem Zusammenhang unerlässlich.
- Es sollte sorgfältig darauf geachtet werden, die Auflagen nicht so detailliert zu formulieren, dass sie als unerwünschtes Mikromanagement betrachtet werden, selbst

²Die Direktoriumsdiskussion wird zusammengefasst in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 05/52, www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn0552.htm; zu den Stabspapieren gehören „Review of the 2002 Conditionality Guidelines“, www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/030305.htm und „Review of the 2002 Conditionality Guidelines—Selected Issues“, www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/030405.htm.

Kasten 3.1 IEO-Überprüfung der Rolle des IWF von 1991 bis 2001 in Argentinien

Im Juli 2004 erörterte das Exekutivdirektorium das Gutachten des Unabhängigen Evaluierungsbüros über die Rolle, die der IWF von 1991 bis 2001 in Argentinien gespielt hat. Dieser Zeitraum begann mit der Einführung des Wechselkurssystems, das den argentinischen Peso im Wert von eins zu eins an den US-Dollar band, und er endete mit dem Zusammenbruch dieses Systems, der mit der Einstellung der Rückzahlung der öffentlichen Schulden Argentiniens einherging. Die Krise des Jahres 2001 war eine der schwersten Krisen, die je ein Land in jüngster Zeit bewältigen musste, und sie führte zu großer Not in der Bevölkerung Argentiniens.

Die Direktoren würdigten die seit der Argentinien-Krise erzielten Fortschritte und kamen überein, dass der Bericht wertvolle Erkenntnisse über die Finanzierungs- und Überwachungsregelwerke des Fonds enthält.

Zu den wichtigsten Schlussfolgerungen hinsichtlich der Politikempfehlungen, die sich aus der Diskussion des Exekutivdirektoriums ergaben, gehören die Folgenden:

- Wenn die Tragfähigkeit der Schulden oder des Wechselkurses eines Landes bedroht ist, sollte der Fonds eindeutig klar machen, dass seine Unterstützung von einem bedeutsamen politischen Kurswechsel abhängt. Aktuelle und umfassende Informationen sind entscheidend, damit sich das Direktorium in solchen Fällen ein Urteil bilden kann. Der Rahmen für die Beurteilung der Schuldentragfähigkeit und die Verfahren für den außergewöhnlichen Zugang zu IWF-Mitteln sind in diesem Zusammenhang eine große Hilfe.

- Die Frage der Planung für Eventualfälle im Rahmen der IWF-Hilfe an Krisenländer muss noch weiter geprüft werden. Eine solche Planung kann sich bei Auftreten einer Krise als sinnvoll erweisen; die im Krisenfall zu ergreifenden Maßnahmen müssen jedoch so beschrieben werden, dass das Vertrauen gestärkt wird.

- Die Direktoren hoben hervor, wie wichtig es ist, dass der mittelfristige Wechselkurs und die Schuldentragfähigkeitsanalyse im Mittelpunkt der IWF-Überwachung stehen, und sie würdigten die in letzter Zeit erzielten Fortschritte. Die Wahl des Wechselkurssystems muss zwar auch in Zukunft im Zuständigkeitsbereich der Länderbehörden liegen, der Fonds ist jedoch verpflichtet, eine strenge Überwachung durchzuführen um sicherzustellen, dass andere Politikbereiche und Sachzwänge mit dieser Wahl im Einklang stehen. Die Direktoren sprachen sich aus für eine größere Offenheit bei der Erörterung der Wechselkurspolitik im Rahmen der Artikel-IV-Diskussionen; die meisten von ihnen verwiesen jedoch auch auf die Notwendigkeit, das richtige Verhältnis zwischen Offenheit und Vertraulichkeit zu finden. Die Studien zur mittelfristigen Schuldentragfähigkeit haben außerdem sowohl innerhalb als auch außerhalb des Fonds zu einer Neubewertung der Frage geführt, welches Schuldenniveau für die aufstrebenden Marktwirtschaften tragfähig ist, wobei das Konzept der „Schuldenintoleranz“ eine große Rolle spielt.

- Die Direktoren verwiesen auf die möglichen, mit vorsorglichen IWF-Kreditverein-

barungen zusammenhängenden Risiken, insbesondere wenn den erforderlichen Politikmaßnahmen und Reformen schwerwiegende politische Hindernisse entgegenstehen. Sie bekräftigten den Wert vorsorglicher Kreditrahmenvereinbarungen als Unterstützung für eine solide Wirtschaftspolitik. Sie betonten, wie wichtig es ist sicherzustellen, dass die Programmstandards und -anforderungen bei vorsorglichen Kreditvereinbarungen die gleichen sind wie bei allen anderen Vereinbarungen, und die meisten Direktoren waren der Auffassung, dass vorsorgliche Kreditrahmenvereinbarungen tendenziell nicht schwächer sind als andere Vereinbarungen und dass sie in einigen Fällen sogar auf eine bessere Leistung schließen lassen.

- Der Fonds prüft weiterhin die Frage, wie die Rolle des Direktoriums während einer Krise gestärkt werden kann. Dazu gehören Verbesserungen in der Bereitstellung vollständiger Informationen in allen Bereichen, die für die Entscheidungsfindung relevant sind, sowie ein offener Meinungsaustausch zwischen der Geschäftsführung und dem Direktorium zu allen Themenbereichen, einschließlich der heikelsten Fragen.

- In allen Fällen der Verwendung von Fondsmitteln, insbesondere wenn es sich um einen außergewöhnlichen Zugang handelt, sollte eine enge Zusammenarbeit mit den Länderbehörden vorausgesetzt werden und das Direktorium sollte umfassend über den Stand der Politikdiskussionen informiert werden.

wenn genaue Angaben den Behörden manchmal nützlich sind.

- Die Direktoren betonten, dass es wichtig ist, die Verbindungen zwischen den Programmzielen und den Auflagen zu berücksichtigen und in den Stabsberichten die den Auflagen zugrunde liegenden Strategien anzugeben und zu erläutern sowie die Gründe darzulegen, warum bestimmte Maßnahmen als wesentlich betrachtet werden. Die Direktoren vertraten die Auffassung, dass Verbesserungen in der Ausarbeitung und Vorlage klarer Strategien das Bekenntnis der Länder zu den Programmen stärken und die Umsetzung verbessern können. Diese Strategien sollten die Konditionalität auf die Umstände und Kapazi-

täten der einzelnen Länder zuschneiden und die Auflagen eindeutig mit den Programmzielen im Rahmen der breiter gefassten Ziele der Behörden verbinden.

- Die Direktoren stellten fest, dass übermäßig ehrgeizige Zeitpläne anscheinend ein wichtiger Grund für die hohe Rate von Ausnahmeregelungen sind, die ihrerseits ausgelöst werden von der Unfähigkeit der Länder, die Leistungskriterien zu erfüllen, und sie sprachen sich aus für Durchführungszeitpläne, die zugleich realistisch und ehrgeizig sind.
- Da es schwierig ist, die Reformbereitschaft der Länder zu messen, verwiesen einige Direktoren auf die Möglichkeit, die Auflagen, insbesondere Vorabmaßnahmen, als Prüfin-

strument einzusetzen. Einige andere Direktoren ließen jedoch verlauten, dass eine höhere Zahl von Vorabmaßnahmen die anschließende Programmumsetzung nicht automatisch auf den IWF-weiten Durchschnitt erhöht.

Für Anfang 2006 plant das IEO eine Beurteilung der strukturellen Auflagen in IWF-gestützten Programmen. Es wird erwartet, dass dieses Projekt neues Licht auf diese Fragen werfen wird. Die Direktoren waren sich jedoch einig, dass eine umfassendere Bewertung der Angemessenheit der neuen Richtlinien so lange zurückgestellt werden muss, bis Daten über die kurz- und mittelfristigen Programmsergebnisse vorliegen, und sie wiesen den Stab an, diese Frage im Jahr 2008 wieder aufzugreifen. Der Stab wird prüfen, wie er dem Direktorium helfen kann, die Anwendung der Richtlinien in der Zwischenzeit zu überwachen.

Ex-post-Beurteilungen

Neben der Überprüfung der Konditionalität wurde in den „Ex-post-Beurteilungen“ des IWF über die Erfahrungen in Ländern, in denen der IWF über einen längeren Zeitraum Programmunterstützung gewährt hat, die Angemessenheit der Programmgestaltung untersucht. Ex-post-Beurteilungen haben sich als nützliches Instrument bewährt, Lehren aus Erfahrungen zu ziehen, sowohl für die Programmgestaltung als auch für die Umsetzung. Die ersten Ex-post-Beurteilungen wurden 2003 im Rahmen der Antwort des IWF auf das Gutachten des IEO über die überlange Inanspruchnahme von IWF-Mitteln durchgeführt. Bisher wurden insgesamt 27 Ex-post-Beurteilungen durchgeführt, darunter 18 im Geschäftsjahr 2005 (für Albanien, Armenien, Äthiopien, Benin, Bolivien, Bulgarien, Guinea, Guinea-Bissau, Kambodscha, Kamerun, Kasachstan, die Kirgisische Republik, Lesotho, Malawi, die ehemalige Jugoslawische Republik von Mazedonien, Niger, Uruguay und Vietnam). Die aus den Ex-post-Beurteilungen gezogenen Lehren sind häufig in breitem Umfang anwendbar. Eine wichtige Lehre aus der Ex-post-Beurteilung der PRGF-Vereinbarungen mit Vietnam bestand zum Beispiel darin, dass es wichtig ist, ausreichend Zeit für institutionelle Änderungen, die die Strukturreformen unterstützen, vorzusehen. Später im Jahr 2005 wird eine umfassende Überprüfung der Erfahrungen mit Ex-post-Beurteilungen durchgeführt. Ein in Kürze erscheinendes IEO-Gutachten über die IWF-Hilfe an Jordanien wird voraussichtlich ebenfalls Erkenntnisse über die Programmgestaltung zeitigen.

Finanzierungsfazilitäten und -grundsätze

Im Anschluss an die in den letzten Jahren erfolgten weitreichenden Änderungen an seiner Kreditvergabepolitik hat der IWF wiederum viele Aspekte seiner Kreditfazilitäten überprüft um sicherzustellen, dass sie den Anforderungen der Mitglieder gerecht werden, einschließlich der Anforderun-

gen, die sich aus der zunehmenden finanziellen Interdependenz der Mitglieder ergeben.

Zugangspolitik

Im April 2005 führte das Direktorium seine alle zwei Jahre stattfindende Überprüfung des Zugangs der Mitglieder zu IWF-Mitteln durch. Dabei wurden verschiedene Regelwerke für die Kreditvergabe berücksichtigt, unter anderem die Kredittranchen (siehe Tabelle 3.1), die EFF sowie die PRGF. Die Überprüfung erfasste die Grenzen für IWF-Kredite aus dem Allgemeinen Konto (GRA) (zurzeit 100 Prozent der Quote eines Mitglieds pro Jahr mit einem kumulativen Höchstbetrag von 300 Prozent der Quote) sowie die Bedingungen und Umstände, die zu einer Kreditvergabe über diese Grenzen hinaus führen können und die in dem Regelwerk über außergewöhnlichen Zugang festgelegt sind. Das Direktorium überprüfte außerdem die Grundsätze für die Kreditvergabe im Rahmen der PRGF, unter der der IWF Kredite zu Vorzugsbedingungen an seine einkommensschwachen Mitglieder vergibt.

Das Direktorium vertrat die Auffassung, dass die Kriterien für den Zugang in Einzelfällen, die Zugangsgrenzen im GRA sowie die Zugangsgrenzen und -bestimmungen für die PRGF-Mittel im Großen und Ganzen weiterhin angemessen sind. Eine Reihe von Direktoren war jedoch der Meinung, dass die Quoten, die die Grundlage für die Festlegung des Zugangs der Mitglieder darstellen, womöglich nicht immer die wahre Größe der Volkswirtschaft widerspiegeln und deshalb nicht in allen Fällen als der beste Maßstab betrachtet werden sollten.

Die Überprüfung erfasste auch wieder die Grundsätze des außergewöhnlichen Zugangs. Die Direktoren wiesen darauf hin, dass die Anträge auf Sonderzugang auch von Ländern kommen können, die nicht unter einer Kapitalbilanzkrise zu leiden haben. Einige Direktoren vertraten die Auffassung, dass Änderungen in den Grundsätzen für den außergewöhnlichen Zugang erörtert werden sollten, um die Handlungsweise des IWF in solchen Fällen klarer zu machen. Die meisten Direktoren waren jedoch der Meinung, dass im Großen und Ganzen keine Änderungen am Regelwerk für den Sonderzugang erforderlich sind, insbesondere angesichts der Flexibilität, die die Klausel über außergewöhnliche Umstände bietet. Danach ist es möglich, auch in den seltenen Fällen, in denen nicht erwartet werden kann, dass das Mitglied alle Kriterien erfüllt, außergewöhnlichen Zugang zu gewähren. Die meisten Direktoren waren sich einig, dass eine Diskussion über Ausstiegsstrategien in Programmdokumenten dazu beitragen kann, die Kommunikation mit den Kapitalmärkten zu verbessern, und den Ländern helfen kann, den Zugang zu den Kapitalmärkten schneller zurückzugewinnen.

Viele Direktoren sprachen sich dabei dafür aus, stark von der Annahme auszugehen, dass die Ausstiegsstrategien im Rahmen einer einzigen IWF-Vereinbarung formuliert werden.

Das Direktorium führte während des Geschäftsjahres 2005 außerdem eine Überprüfung der Laufzeiten und Gebühren durch, die in Kapitel 5 erörtert wird.

Aktivierung des Handelsintegrations-Mechanismus

Der Handelsintegrations-Mechanismus (TIM) wurde im April 2004 eingeführt, um Entwicklungsländern zu helfen, die kurzfristigen Auswirkungen einer multilateralen Handelsliberalisierung auf ihre Zahlungsbilanz zu bewältigen. Beim TIM handelt es sich nicht um eine neue Kreditfazilität, sondern um einen Mechanismus, der die Vergabe von IWF-Mitteln an berechnigte Mitgliedsländer im Rahmen bestehender IWF-Fazilitäten vorhersehbarer macht. Ein wichtiges Anliegen waren im Berichtsjahr die Auswirkungen, die das Auslaufen des Übereinkommens der Welthandelsorganisation über Textilien und Bekleidung im Januar 2005 auf einige Entwicklungsländer hat. Bangladesch erhielt als erstes Mitgliedsland im Juli 2004 Hilfe im Rahmen des TIM, und Anfang 2005 folgte die Dominikanische Republik. Ende April wurden Gespräche mit einer Reihe anderer Mitglieder geführt. Die im Rahmen des TIM zur Verfügung stehende Hilfe sollte außerdem die Sorgen einiger Entwicklungsländer mindern, die befürchten, dass sie durch ein weit reichendes Ergebnis der Doha-Runde einem übermäßigen Anpassungsdruck ausgesetzt werden. (Der TIM wird auch in Kapitel 2, Kasten 2.1 erörtert.)

Krisenlösung

Trotz aller Anstrengungen der Mitgliedsländer und des IWF ist es nicht möglich, alle Finanzkrisen, die sich aus Schuldendienst-Schwierigkeiten ergeben, zu verhindern. Der Fonds arbeitet deshalb weiter an der Verbesserung der Techniken zur Lösung solcher Krisen, insbesondere jener, die von Schuldendienst-Schwierigkeiten herrühren (Kasten 3.2). Bei seinen Anstrengungen im Bereich der Krisenlösung setzt sich der Fonds weiterhin für den Einsatz von Kollektivklauseln in den Vertragstexten internationaler Staatsanleihen ein, fördert einen breiteren Konsens über den vom Institute for International Finance vorgelegten Entwurf der Grundsätze für stabile Kapitalströme und faire Schuldenumstrukturierung in aufstrebenden Märkten und prüft weitere Möglichkeiten, Finanzkrisen auf geordnete Weise zu lösen. Das Exekutivdirektorium hat

dem IMFC im September 2004 und April 2005 einen Fortschrittsbericht über Krisenlösung vorgelegt.³

Umschuldungsklauseln

Der IWF setzt sich durch einen intensiven Dialog mit den Emittenten von Staatsanleihen (unter anderem während der Artikel-IV-Gespräche) und mit privaten Marktteilnehmern aktiv dafür ein, auf allen Märkten CACs in internationale Anleiheemissionen aufzunehmen. Diese Klauseln hindern kleine Gläubigerminderheiten daran, eine Umstrukturierungs-Vereinbarung, der eine große Mehrheit zustimmt, zu blockieren. Dies hat dazu beigetragen, dass der Einsatz von CACs inzwischen bei internationalen Staatsanleihen, die nach New Yorker Recht begeben werden, zum Marktstandard geworden ist. Des Weiteren ist festzustellen, dass die Aufnahme von CACs in Anleihen, die nach New Yorker Recht begeben werden, bisher keinerlei spürbare Auswirkungen auf die Preisfindung hatte: es ist anscheinend nicht zu Preisaufschlägen gekommen. Über 90 Prozent der Staatsanleihen, die von März 2004 bis April 2005 begeben wurden, enthielten CACs. Der Anteil der Emissionen mit CACs am Gesamtwert der ausstehenden, von Schwellenländern begebenen Staatsanleihen stieg von 39 Prozent Anfang 2004 auf 48 Prozent Ende April 2005.

Grundsätze für stabile Kapitalströme und faire Schuldenumstrukturierung

Im November 2004 veröffentlichte das Institute for International Finance (IIF) einen Grundsatzentwurf, der darauf zielt, einen marktgestützten, freiwilligen und flexiblen Rahmen für Verhaltensstandards und Verantwortlichkeiten von staatlichen Schuldner und ihren privaten Gläubigern zu entwickeln.⁴ Der Grundsatzentwurf, der auf frühere Vorschläge für einen Verhaltenskodex zurückgeht, ist das Ergebnis ausführlicher Konsultationen, die seit Anfang 2003 zwischen mehreren aufstrebenden Marktwirtschaften und privaten Gruppen, insbesondere dem IIF, geführt werden. Der Grundsatzentwurf stützt sich auf vier Säulen: (1) Transparenz und zeitnahe Informationsfluss, (2) enger Dialog und gute Zusammenarbeit zwischen Schuldner und Gläubigern, um Umstrukturierungen zu vermeiden, (3) ernsthafte Anstrengungen während der Schuldenumstrukturierung sowie (4) faire Behandlung aller Beteiligten.

Der Grundsatzentwurf wird von einer Reihe von Schwellenmärkten, die Staatsanleihen begeben, und von Verbänden

³„Progress Report to the International Monetary and Financial Committee on Crisis Resolution“, 28. September 2004, www.imf.org/external/np/pdr/cr/2004/eng/092804.htm, und „Progress Report to the International Monetary and Financial Committee on Crisis Resolution“, 12. April 2005, www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/041205.htm.

privater Gläubiger unterstützt; die Einschätzung auf den Märkten ist jedoch nicht überall gleich. Der Fonds unterstützt zwar den Entwurf dieser Grundsätze, überlässt aber die einzelnen Bestimmungen den staatlichen Schuldnern und ihren Gläubigern, da die Wirksamkeit freiwilliger Regeln entscheidend davon abhängt, wie die betroffenen Parteien sie akzeptieren.

Die Grundsätze können zwar so eingesetzt werden, dass sie mit der Politik des IWF bei der Kreditvergabe an Länder mit Zahlungsrückständen übereinstimmen, in der Praxis ergeben sich jedoch in einigen Bereichen Unterschiede. So fordert der Grundsatzentwurf zum Beispiel, den Schuldendienst im Rahmen des Möglichen teilweise wieder aufzunehmen, um ernsthafte Anstrengungen zur Erleichterung der Umstrukturierung nachzuweisen. Solche Zahlungen sind jedoch in den IWF-Kriterien für die Kreditvergabe an Länder mit Zahlungsrückständen nicht vorgesehen. Trotz dieser Unterschiede steht der Grundsatzentwurf in den meisten Bereichen mit den IWF-Grundsätzen im Einklang. Es ist zwar noch nicht klar, wie der Prozess, den Konsens zwischen Emittenten und Anlegern weiter zu verbreitern, verlaufen wird, indessen wären Anstrengungen zur Aufnahme dieses Grundsatzentwurfs in die von Schuldnern und Gläubigern beschlossenen Maßnahmen zu begrüßen.

Der Evian-Ansatz

Der Evian-Ansatz wurde im Geschäftsjahr 2005 weiterentwickelt. Dabei handelt es sich um ein flexibles Vorgehen, das der Pariser Club im Oktober 2003 verabschiedet hat. Es stützt sich auf das Übereinkommen, das der G8-Gipfel im Juni 2003 im französischen Evian beschlossen hat, um die Schuldentragfähigkeits-Anliegen von Ländern anzugehen, die nicht in den Genuss der HIPC-Initiative kommen. Im Rahmen des Evian-Ansatzes haben sich die im Pariser Club versammelten Gläubiger bereit erklärt, sich an einer umfassenden Schuldenlösung für Nicht-HIPC-Länder zu beteiligen, wenn diese die folgenden Bedingungen erfüllen: die Verschuldung wird durch den Pariser Club als nicht tragfähig eingestuft; sie verpflichten sich, Politikmaßnahmen zu ergreifen, die einen erfolgreichen Abschluss ihrer Vereinbarung mit dem Pariser Club im Rahmen ihrer IWF-Vereinbarungen sichern; und sie versuchen, von ihren anderen ausländischen Gläubigern, einschließlich des Privatsektors, vergleichbare Bedingungen zu erhalten. Die Entscheidung des Pariser Clubs über die angemessene Höhe der zu gewährenden Schuldenerleichterung stützt sich auf die Schuldentragfähigkeitsanalyse des Fonds.

Von April bis Juli 2004 hat der Pariser Club der Dominikanischen Republik, Gabun und Georgien im Rahmen des Evian-Ansatzes eine Verlängerung der Tilgungsfristen gewährt. Im November 2004 erzielten die im Pariser Club vertretenen Gläubiger eine Einigung mit dem Irak über



Sambia

Im April 2005 wurde Sambia das 17. Land, das im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPCs) den Abschlusspunkt erreichte. Wenn alle Gläubiger die HIPC-Hilfe voll ausgezahlt haben, werden Sambias Schulden auf Basis des Nettogegenwartswerts um 2,5 Mrd. \$ gesenkt werden. Dadurch kann Sambia in den nächsten zehn Jahren jährlich etwa 2 Prozent des BIP an Schuldendienst einsparen.

Seit Sambia im Dezember 2000 den Entscheidungspunkt der HIPC-Initiative erreichte, ist die Volkswirtschaft des Landes durchschnittlich um 4½ Prozent pro Jahr gewachsen – eine deutliche Kehrtwende nach dem wirtschaftlichen Niedergang der vorhergehenden zwei Jahrzehnte. Die Inflation ist jedoch nach wie vor hoch und die Inlandsverschuldung des Staates ist beträchtlich gestiegen, hauptsächlich weil die Haushaltsvorgaben überschritten wurden. Im Jahr 2004 gelang den Behörden zunächst unter einem stabsüberwachten Programm und dann im Rahmen eines neuen PRGF-gestützten Programms eine beträchtliche fiskalische Anpassung, durch die die Inlandskreditaufnahme der Regierung um mehr als vier Prozent des BIP auf ein Prozent des BIP gesenkt werden konnte. Die fiskalische Anpassung lockerte den Druck auf Inflation und Zinssätze und ermöglichte eine beträchtliche Ausweitung der Bankkredite an den Privatsektor.

Zusammenarbeit zwischen Sambia und IWF im GJ 2005

Juni 2004	Verabschiedung einer neuen dreijährigen Vereinbarung für Sambia unter der PRGF
Dezember 2004	Abschluss der ersten Überprüfung von Sambias PRGF-gestütztem Programm
Februar 2005	Veröffentlichung des Berichts über die Einhaltung von Standards und Kodizes (Modul für Datentransparenz)
April 2005	Abschluss der zweiten Überprüfung von Sambias PRGF-gestütztem Programm
	Sambia erreicht den Abschlusspunkt unter der erweiterten HIPC-Initiative
	Veröffentlichung der gemeinsamen IWF-Weltbank-Empfehlungen hinsichtlich des Fortschrittsberichts zum Strategiedokument zur Armutsbekämpfung (PRSP)

Kasten 3.2 Schuldenumstrukturierung in der Karibik: Dominica, Dominikanische Republik und Grenada

Im vergangenen Jahr haben eine Reihe von Ländern in der Karibik beschlossen, von ihren Gläubigern eine Umstrukturierung ihrer Staatsschulden zu beantragen. Die Ursache der Probleme und das Ausmaß der Schuldenumstrukturierung waren in den einzelnen Ländern unterschiedlich. In allen Fällen spielte der IWF eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung und Umsetzung der makroökonomischen Anpassungsmaßnahmen; er gewährte Finanzhilfe und trug dazu bei sicherzustellen, dass der Restrukturierungsprozess geordnet verläuft und den besten Praktiken entspricht. Dabei erstellte er auch auf Antrag der Länderbehörden Beurteilungen für Gläubiger und Spender über die Wirtschaftslage, die Anpassungspolitik und die Aussichten der jeweiligen Länder.

Ende 2003 stellte *Dominica* fest, dass die öffentliche Verschuldung des Landes, die etwa 120 Prozent des BIP beträgt, untragbar ist und leitete auf der Grundlage dieser Beurteilung eine Strategie zur präventiven Umstrukturierung der Staatsschulden ein, um einen einseitigen Zahlungsverzug zu vermeiden. Es wurden bereits beträchtliche Fortschritte erzielt, und bis Ende Mai 2005 hatten (öffentliche und private) Gläubiger, die über 70 Prozent der anrechnungsfähigen Schulden halten, der Umstrukturierung zugestimmt. Die Zahlungen zu den ursprünglichen Bedingungen wurden zwar eingestellt, es werden jedoch ernsthafte Gespräche mit jenen Gläubigern fortgeführt, die sich nicht an der Umstrukturierung beteiligen, um eine Einigung zu erzielen,

und die Behörden haben sich dazu bereit erklärt, für diese Gläubiger Zahlungen zu den umstrukturierten Bedingungen auf ein Sperrkonto zu leisten. Der Fonds gewährt *Dominica* Finanzhilfe im Rahmen einer 2003 verabschiedeten dreijährigen PRGF-Vereinbarung. Die im Programm vorgesehenen Politikmaßnahmen werden gut umgesetzt und die makroökonomischen Ergebnisse sind positiv: nach einem starken Konjunkturabschwung im Zeitraum 2001-02 verzeichnete das Land 2004 ein Wirtschaftswachstum von 3½ Prozent.

Die Volkswirtschaft der *Dominikanischen Republik* litt 2003 unter einer Krise, die unter anderem durch Probleme im Bankensektor verursacht wurde. Die Währung wertete gegenüber dem Dollar stark ab, von 20 Pesos auf fast 55 Pesos pro Dollar, und das BIP sank 2003 um zwei Prozent, während die Inflation 2004 auf 29 Prozent anstieg. Im Anschluss an die im Jahr 2003 mit dem Fonds abgeschlossene Bereitschaftskredit-Vereinbarung, bei der es auf Grund mangelhafter Politikumsetzung zu Zielverfehlungen kam, leitete die *Dominikanische Republik* 2004 ein weit reichendes Anpassungsprogramm ein, das durch eine neue, im Januar 2005 gebilligte Bereitschaftskredit-Vereinbarung unterstützt wurde. Ein Element der Strategie der Behörden zur Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte und zur Lösung des Liquiditätsproblems des Landes ist die Schuldenumstrukturierung. Im Anschluss an Gespräche

mit den Gläubigern wurde im April 2005 vorgelegtes Angebot zum Umtausch von Fremdwährungsanleihen positiv aufgenommen, und die Beteiligung erreichte fast 94 Prozent. Das Land hat verlauten lassen, dass es den Schuldendienst an die Gläubiger, die sich nicht an der Umstrukturierung beteiligt haben, fortsetzen wird. Das Land führt außerdem Gespräche zur Umschuldung der Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Geschäftsbanken und Zulieferern. Die im Pariser Club vereinigten Gläubiger haben 2004 eine Schuldenerleichterung gewährt und könnten 2005 eine weitere Entschuldung bereitstellen.

Im September 2004 wurde *Grenada* durch den Orkan *Ivan* heimgesucht und die Zerstörungen beliefen sich auf über 200 Prozent des BIP. Im Anschluss an den Orkan stellte der IWF Notfallhilfe bereit. Kurz nach dem Orkan verkündeten die Behörden öffentlich, dass sie den Schuldendienst für ihre öffentlichen Schulden, die fast 130 Prozent des BIP erreicht hatten, nicht länger leisten können. Mit Hilfe von durch Spenden finanzierten Rechts- und Finanzberatern entwickeln sie zurzeit eine Schuldenumstrukturierungsstrategie und führen einen Dialog sowohl mit öffentlichen als auch mit privaten Gläubigern. Der IWF-Stab unterstützt die Behörden bei der Gestaltung eines wirtschaftlichen Anpassungsprogramms, das darauf zielt, die mittelfristige Tragfähigkeit und Schuldentragbarkeit wieder herzustellen.

eine umfassende Umstrukturierung der öffentlichen Auslandsschulden des Landes. Und im März 2005 gewährte der Pariser Club der Kirgisischen Republik eine umfassende Schuldenlösung.

In einer weiteren Initiative gewährten die im Pariser Club versammelten Gläubiger im Januar 2005 den vom Erdbeben und Tsunami im Dezember 2004 betroffenen Ländern einen zeitweiligen Zahlungsaufschub. Die Gläubiger betonten, dass sie davon ausgehen, dass die durch diesen Aufschub frei gewordenen Mittel der vom Tsunami betroffenen Bevölkerung direkt zugute kommen. Angesichts der außergewöhnlichen Umstände werden die traditionellen Grundsätze des Pariser Clubs bei diesem Zahlungsaufschub nicht angewendet. Das heißt konkret, dass keine begleitende

IWF-Vereinbarung vorgeschrieben wird und dass keine vergleichbare Behandlung von anderen Gläubigern erwartet wird.

Zukunftsaussichten

Die Kreditvergabe des IWF leistet nach wie vor einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung der außenwirtschaftlichen Tragfähigkeit und binnenwirtschaftlichen Stabilität und damit zu nachhaltigem Wachstum in den Mitgliedsländern. Die traditionelle Rolle der Institution, die darin besteht, Finanzhilfe zu leisten, um eine reibungslose Anpassung vorübergehender Leistungsbilanz-Ungleichgewichte zu fördern, bleibt für viele Länder von größter Bedeutung, während für andere Länder die wichtigste Aufgabe des IWF darin besteht, zur Vermeidung oder Linderung von

⁴Die aktuelle Fassung der Grundsätze ist verfügbar unter www.iif.com/data/public/Principles.pdf.

Kapitalbilanzkrisen und Ansteckungseffekten beizutragen. Eine starke Reformbereitschaft und institutionelle Unterstützung sind die Grundvoraussetzungen für den Erfolg IWF-gestützter Programme, und der IWF seinerseits muss selektiv vorgehen und darf nur solche Programme unterstützen, die die Länder in die Lage versetzen, sich entschlossen auf eine tragfähige außenwirtschaftliche Position hin zu bewegen.

Bei der Diskussion über die mittelfristige Strategie des Fonds im März 2005 verwiesen die Direktoren darauf, dass noch weitere Studien zu der Frage erforderlich sind, wie die Bedürfnisse der Mitglieder durch IWF-Vereinbarungen befriedigt werden können und ob neue Instrumente oder eine Überprüfung der bestehenden Fazilitäten erforderlich sind. Viele Direktoren vertraten die Auffassung, dass weitere Fortschritte erforderlich sind, um genauer zu klären, unter welchen Umständen und in welcher Höhe IWF-Kredite zu

vergeben sind, und eine Reihe von Direktoren betonte, wie wichtig es ist, mögliche Ausstiegsstrategien für die Finanzhilfe des IWF festzulegen. Die Direktoren führten außerdem einen Meinungsaustausch über die Instrumente, die als Signal eingesetzt werden können um anzuzeigen, dass bestimmte Länder einen soliden wirtschaftspolitischen Kurs verfolgen, oder die ein gewisses Maß an Absicherung gegen mögliche Krisen bieten. In Bezug auf die angemessene Rolle des IWF bei der Lösung von Finanzkrisen herrschte Einvernehmen über die Bedeutung marktmäßiger Mechanismen und eine Reihe von Direktoren sprachen sich aus für eine klarere und schlüssigere Rolle des IWF bei der Umstrukturierung von Staatsschulden und bei der Beurteilung der Angemessenheit der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Instrumente. Einige Direktoren forderten in diesem Zusammenhang eine frühzeitige Diskussion über die IWF-Politik bei der Kreditvergabe an Länder mit Zahlungsrückständen.



Die Rolle des IWF in einkommensschwachen Ländern

KAPITEL | 4

Die zentrale Rolle des IWF bei der Arbeit mit seinen einkommensschwachen Mitgliedsländern besteht darin, sie bei der Förderung von makroökonomischer Stabilität und Wachstum zu unterstützen und dadurch eine tief greifende und dauerhafte Reduzierung der Armut zu erreichen. Der Fonds verfolgt dieses Ziel in enger Zusammenarbeit mit anderen Entwicklungspartnern, insbesondere der Weltbank. Dabei konzentriert sich der IWF auf die Kernbereiche seiner Verantwortung und Expertise, nämlich Mitgliedsländern auf ihrem Weg zu stabilen makroökonomischen Bedingungen durch Politikberatung zu helfen, die durch finanzielle und technische Hilfe unterstützt wird.

1999 leiteten der IWF und die Weltbank den Ansatz der „Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung“ (Poverty Reduction Strategy Paper – PRSP) und die erweiterte „Initiative für hochverschuldete arme Länder“ (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC) ein (die ursprüngliche HIPC-Initiative wurde 1996 eingeführt). Im gleichen Jahr schuf der IWF die Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF), um bei seiner Kreditvergabe an die ärmsten Mitgliedsländer die Bekämpfung der Armut und die Förderung des Wachstums stärker in den Vordergrund zu rücken. Diese Initiativen legen den Schwerpunkt darauf, dass sich die Länder die Programme zu Eigen machen, unter anderem durch eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft. Einige Jahre später verabschiedete die internationale Gemeinschaft auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, die 2002 in Monterrey in Mexiko stattfand, formell die Absichtserklärung, die unter dem Namen „Monterrey-Konsens“ bekannt ist. Im Rahmen dieser Konferenz konnten sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungsländer die auf internationaler Ebene beschlossenen Entwicklungsziele prüfen. So soll beispielsweise die Anzahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, bis zum Jahr 2015 auf die Hälfte gesenkt werden. Der Monterrey-Konsens legt fest, dass die einkommensschwachen Länder zur Erreichung dieser Ziele eine vernünftige Politik verfolgen, die Institutionen stärken und die Regierungsführung verbessern müssen, während die internationale Gemeinschaft umfangreiche Unterstützung in der Form von besseren Handelsmöglichkeiten und höheren Hilfsströmen an die Länder leistet, die solide Politikmaßnahmen und Reformen durchführen.

Im Geschäftsjahr 2005 setzte der IWF eine Reihe von Initiativen fort, anhand derer er im Rahmen seines Mandats und in Zusammenarbeit mit anderen Kreditgebern und

Spendern besser auf die Bedürfnisse einkommensschwacher Länder eingehen kann. Zu den wichtigsten Initiativen gehören die Folgenden:

- Verbesserung der Ausgestaltung der Programme, die durch den PRGF- und PRSP-Prozess unterstützt werden;
- Stärkung anderer Instrumente zur Unterstützung einkommensschwacher Länder, darunter Subventionierung von Notfallhilfe bei Naturkatastrophen (siehe Kapitel 5), der Handelsintegrations-Mechanismus (siehe Kapitel 3) sowie die Möglichkeit einer neuen Schock-Fazilität innerhalb des PRGF-Treuhandfonds;
- verstärkte Anstrengungen im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative zur Unterstützung von einkommensschwachen Mitgliedsländern, Schuldenerleichterung zu erreichen und die Schuldenragfähigkeit zu sichern; sowie
- Mobilisierung internationaler Hilfe für einkommensschwache Länder im Jahr 2005 – einem Jahr, das einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) darstellt.

Eine kurzfristige Priorität des Fonds besteht darin, seine Rolle bei der Unterstützung einkommensschwacher Mitgliedsländer klarer zu definieren, indem er seine Arbeit in den Bereichen Programmentwicklung, Signalwirkung, PRSP-Beteiligung sowie Schuldenerleichterung in einem einzigen Rahmen zusammenführt. Diese Arbeit wird sich auf die Empfehlungen stützen, die das Direktorium im Anschluss an seine Diskussion im August 2004 über die Rolle des IWF in einkommensschwachen Ländern ausgesprochen hat. Laut diesen Empfehlungen müssen diese Länder bei ihren Reformbemühungen die Führungsrolle einnehmen und der Fonds sollte sich darauf konzentrieren, die makroökonomischen Politikreformen, die zur Wachstumsförderung und mittelfristigen Senkung der Armut erforderlich sind, durch Politikberatung sowie technische und finanzielle Hilfe zu unterstützen.

Überprüfung der Rolle und Geschäftstätigkeit des Fonds in einkommensschwachen Ländern

Im Jahr 2004 wurde unter dem Vorsitz der Ersten Stellvertretenden Direktorin Anne O. Krueger ein aus hochrangigen Stabsmitgliedern bestehender Ausschuss für die Arbeit im Bereich der einkommensschwachen Länder

ingerichtet. Eine der ersten Aufgaben bestand darin, eine kurze vorläufige Erklärung über die Rolle des Fonds in einkommensschwachen Mitgliedsländern zu formulieren, die sich auf frühere Dokumente des Exekutivdirektoriums sowie auf eine vor kurzem vorgelegte Studie des Unabhängigen Evaluierungsbüros des IWF (IEO) über PRSPs und die PRGF stützt (siehe Kasten 4.1). Das Papier wurde gemeinsam mit einer Reihe anderer Themen im August 2004 im Exekutivdirektorium erörtert.¹

In ihrer Diskussion begrüßten die Direktoren die Schaffung des Ausschusses und waren der einhelligen Meinung, dass eine Erklärung, die ein Regelwerk für die IWF-Arbeit in einkommensschwachen Ländern festlegt, für die Klärung von Zielen und Verantwortlichkeiten dieser Arbeit nützlich ist. Sie würde außerdem einen Leitfaden für die Arbeit des Fonds in diesen Ländern gemäß seinem Mandat darstellen. Gleichzeitig räumten sie ein, dass das Papier nicht alle IWF-Politikbereiche in einkommensschwachen Ländern abdeckt. Sie verwiesen darauf, dass es sich hier um eine laufende Arbeit handelt, die Elemente von IWF-Politikbereichen erfasst, in denen sich die Diskussionen noch im Anfangsstadium befinden und in denen noch kein Konsens erreicht wurde. Das vorgeschlagene Regelwerk müsse deshalb nach der Erörterung der einzelnen Themenbereiche neu geprüft werden.

Nach Auffassung der meisten Direktoren sind die einkommensschwachen Länder selbst dafür verantwortlich, die für ihre Entwicklung erforderlichen Politiken und Institutionen zu schaffen. Die Hilfe des Fonds sollte sich darauf konzentrieren, den Mitgliedern zu helfen, makroökonomische und finanzielle Stabilität zu schaffen und zu bewahren, um dauerhaftes Wachstum und eine Reduzierung der Armut zu fördern. Sie kamen überein, dass der Fonds die Bemühungen seiner einkommensschwachen Mitgliedsländer weiterhin durch Politikberatung, Kapazitätsaufbau und Finanzhilfe, einschließlich Entschuldung, unterstützen sollte. Sie verwiesen ferner auf die Bedeutung von internationalen Partnerschaften, die entscheidend sind, wenn die einkommensschwachen Länder im kommenden Jahrzehnt bei der Verwirklichung der MDGs spürbare Fortschritte erzielen sollen. Die Direktoren legten großen Wert auf enge Zusammenarbeit des Fonds mit anderen multilateralen Institutionen, insbesondere der Weltbank, und mit bilateralen Spendern im Rahmen des Monterrey-Konsenses ebenso wie mit den einkommensschwachen Ländern im Rahmen des PRS-Prozesses.

¹Die Zusammenfassung der Direktoriumsdiskussion ist einzusehen in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 04/110 unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn04110.htm; das Hintergrundpapier ist einzusehen unter www.imf.org/external/np/pdr/lic/2004/eng/081304.htm.

Stärkung der Instrumente zur Unterstützung einkommensschwacher Länder

PRSPs: Fortschritte bei der Umsetzung

Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung beschreiben die für einen zwei- bis fünfjährigen Zeithorizont geplante Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik der einkommensschwachen Länder und die damit zusammenhängenden Programme, die breites Wachstum fördern und die Armut reduzieren sollen. PRSPs bilden das entscheidende Verbindungsglied zwischen den Maßnahmen der nationalen Behörden, der Unterstützung der Spender und den Entwicklungsergebnissen. Der Monterrey-Konsens betont, wie wichtig das Bekenntnis der Länder zu der jeweiligen Armutsbekämpfungsstrategie auf dem Weg zu den Millennium-Entwicklungszielen ist. Die PRSPs bilden die Grundlage für konzessionäre Kredite des IWF und für Schuldenerleichterung im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative. Sie werden außerdem eingesetzt, um den Ländern beim Aufbau ihrer Statistiksysteme zu helfen, die von entscheidender Bedeutung für die Formulierung und Überwachung von Politikmaßnahmen sind (Kasten 4.2).

Die dem PRS-Ansatz zugrunde liegenden Kernprinzipien besagen, dass Armutsbekämpfungsstrategien (1) von den Ländern selbst gesteuert werden sollten und dass die Zivilgesellschaft umfassend an der Verabschiedung und Überwachung der Armutsbekämpfungsstrategie beteiligt sein sollte; (2) ergebnisorientiert sein und sich auf die Ergebnisse konzentrieren sollten, die den Armen zugute kommen; (3) den multidimensionalen Charakter der Armut angemessen berücksichtigen sollten; (4) partnerschaftsorientiert und auf eine Verbesserung der Koordinierung zwischen allen Entwicklungspartnern ausgerichtet sein sollten und (5) bei den Herausforderungen und dem Bedarf an Verpflichtungen zur Reduzierung der Armut eine langfristige Perspektive einnehmen sollten.

Die Exekutivdirektorien von IWF und Weltbank baten den Stab der beiden Institutionen, Jahresberichte über die bei der Umsetzung des PRS-Ansatzes erzielten Fortschritte vorzulegen. Der Bericht des Jahres 2004, der im September 2004 von den beiden Direktorien geprüft wurde, ist der jüngste Bericht dieser Art.²

Die Direktoren des IWF unterstrichen, dass es für den Erfolg von entscheidender Bedeutung ist, dass der PRSP-

²Die Direktoriumsdiskussion wird zusammengefasst in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 04/113, www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn04113.htm; der Fortschrittsbericht „Poverty Reduction Strategy Papers—Progress in Implementation“ ist verfügbar unter www.imf.org/external/np/prspgen/2004/092004.htm.

Ansatz von den Ländern getragen wird und dass sich die Länder dazu bekennen. Einige Länder hätten zwar beträchtliche Fortschritte dabei erzielt, die MDGs auf die länderspezifischen Ziele auszurichten, es sei jedoch noch erforderlich, den PRS-Prozess enger mit den länderspezifischen Entscheidungsprozessen und Institutionen zu verknüpfen. Dies gelte insbesondere für den mittelfristigen Ausgabenrahmen und den Haushalt. Die Direktoren riefen die Länder dazu auf, bei den vielen Ober- und Zwischenzielen ihrer Armutsbekämpfungsstrategien Prioritäten zu setzen. Nur so könnten die Programme und Politikmaßnahmen des PRSP vollständig in die Haushalte integriert und somit die Wahrscheinlichkeit ihrer Umsetzung erhöht werden.

Auf der operationellen Ebene unterstützten die Direktoren weitgehend die vom Stab vorgeschlagene Neudefinition der

Ziele und Empfänger der gemeinsamen Stabsbeurteilung (joint staff assessment – JSA) und sie kamen überein, dass das Hauptziel darin bestehen sollte, den Länderbehörden ein ausführliches Feedback über die Stärken und Schwächen ihrer Armutsbekämpfungsstrategie zu geben und auch die Aspekte zu berücksichtigen, die noch weitere Arbeit erfordern. Wenn die Bedingung aufgehoben würde, eine Standarderklärung in die JSA aufzunehmen, die bestätigt, dass das PRSP eine geeignete Basis für konzessionäre Hilfe ist, könnte dem Eindruck entgegengewirkt werden, dass Washington die Dokumente „absegnet“. Die Direktoren unterstützten deshalb den Stabsvorschlag, die Bedingung zu streichen, die eine ausdrückliche Bestätigung des PRSP durch die Exekutivdirektoren im Zusammenhang mit der Billigung neuer PRGF-Vereinbarungen, einer Überprüfung

Kasten 4.1 IEO-Evaluierung der IWF-Unterstützung für einkommensschwache Länder

Im Juli 2004 veröffentlichte das Unabhängige Evaluierungsbüro des Fonds einen Bericht¹ über die Rolle des IWF im PRSP-Prozess und über die Frage, inwieweit PRGF-unterstützte Programme den Zielen der Armutsbekämpfung und der Wachstumsförderung gerecht werden. Der IEO-Bericht stellte fest, dass der Ansatz der Armutsbekämpfungsstrategien (Poverty Reduction Strategy – PRS) zwar zu wichtigen Änderungen geführt hat, dass die Umsetzung jedoch hinter den Möglichkeiten zurückbleibt. Der Bericht verweist insbesondere auf die Notwendigkeit, die Verbesserung der zugrunde liegenden heimischen politischen Entscheidungsprozesse und Institutionen stärker in den Vordergrund zu rücken und sich weniger auf die Erstellung von Dokumenten zu konzentrieren.

Bei der im Juli 2004 durchgeführten Diskussion über die Evaluierung kamen die Direktoren überein, dass der PRS-Ansatz zwar zu Erfolgen geführt hat, dass es bei der Umsetzung jedoch noch große Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Sie stellten fest, dass der Ansatz als von außen gesteuert wahrgenommen wird, dass die Beteiligung der betroffenen heimischen Gruppen an der Entwicklung der Strategie manchmal schwach ist, insbesondere bei der Formulierung des dem PRSP zugrunde liegenden makroökonomischen Rahmens,

und dass die PRSPs häufig einen Mangel an tatsächlich durchführbaren Strategien aufweisen. Sie warnten jedoch davor, nach nur fünf Jahren Erfahrung voreilige Schlussfolgerungen über den zukünftigen Erfolg des PRSP-Ansatzes zu ziehen.

Der IEO-Bericht stellt fest, dass die PRGF-unterstützten Programme in zunehmendem Maße auf die landeseigenen PRSPs ausgerichtet werden, selbst wenn diese Ausrichtung immer noch etwas begrenzt ist. Die Ausgestaltung dieser Programme hat sich in mehreren Bereichen verbessert. So sind die fiskalpolitischen Ziele zum Beispiel flexibler geworden, um eine Erhöhung der Ausgaben für Programme, die den Armen zugute kommen, zu ermöglichen, und es gibt keinerlei Nachweise für eine übermäßige desinflationäre Tendenz. Es bleiben jedoch noch große Herausforderungen bestehen. Die Direktoren verwiesen insbesondere darauf, dass die IWF-gestützten Programme umfassende Kenntnisse über die mikro- und makroökonomischen Zusammenhänge erfordern – die nach Auffassung des IEO entscheidend sind, um die Ursachen des Wachstums zu verstehen. Die Direktoren waren außerdem der Meinung, dass noch mehr getan werden sollte, um die Ergebnisse aus der Analyse der Armuteffekte und sozialen Auswirkungen in die Programmgestaltung zu integrieren.

Der Bericht enthält eine Reihe von konstruktiven Empfehlungen, die die Anstrengungen des Fonds zur Stärkung des PRS-Ansatzes bereichern, die Rolle des Fonds in diesem Ansatz klären und die Beratung und Hilfe des

Fonds an einkommensschwache Länder verbessern werden. Es wurden folgende Empfehlungen ausgesprochen:

- größere Flexibilität bei der Umsetzung des PRS-Ansatzes;
- Verlagerung des Schwerpunkts der Initiative weg von der Erstellung von Dokumenten und hin zur Entwicklung eines soliden ländereigenen Formulierungs- und Umsetzungsprozesses;
- Klärung der Rolle der von IWF und Weltbank durchgeführten Gemeinsamen Stabsbeurteilung über die PRSPs mit entsprechender Neudefinition dieses Instruments;
- Klarstellung der Frage, was der PRS-Ansatz für die Geschäftstätigkeit des Fonds bedeutet, sowie verbesserte Erfüllung der vereinbarten Rolle;
- Stärkung der Prioritätensetzung und Rechenschaftspflicht bei den Beiträgen des Fonds innerhalb des breiteren Partnerschaftsrahmens sowie Berücksichtigung der sich aus dem PRS-Prozess ergebenden Prioritäten und Bereitstellung der für die Verpflichtungen erforderlichen Mittel sowie
- Einsatz für eine Stärkung des Regelwerks zur Bereitstellung von externen Mitteln im Rahmen des PRS-Ansatzes.

Der Fonds ist in seiner gemeinsam mit der Weltbank durchgeführten Überprüfung der Umsetzung des PRS-Ansatzes und in seinem Arbeitsprogramm für das kommende Jahr auf viele dieser Empfehlungen eingegangen.

¹Der IEO-Bericht über die Evaluierung der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung und die Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazi- lität ist verfügbar unter www.imf.org/external/np/ieo/2004/prsprgf/eng/index.htm.

Kasten 4.2 Einsatz der PRSPs zur Verbesserung der statistischen Daten in einkommensschwachen Ländern

Die Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger und zeitnaher Statistiken ist eine entscheidende Voraussetzung für die Ausarbeitung und Überwachung von Politikmaßnahmen. Insbesondere die PRGF-berechtigten und andere einkommensschwache Länder stehen vor großen Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung solcher Statistiken. Datenmängel und begrenzte Datenweitergabe erschweren es den betroffenen Interessengruppen außerdem, sich voll an der Politikentwicklung zu beteiligen. Das Allgemeine Datenweitergabesystem des IWF (GDDS) (siehe Kapitel 2) bietet ein Regelwerk für die Entwicklung nationaler Statistiksysteme, das wirtschaftliche und soziodemographische Daten erfasst, darunter Fortschrittsindikatoren für die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs). Das GDDS fördert solide Statistikmethoden, professionelle Datenkompilation und effektive Datenweitergabepraktiken.

Die Aufnahme von Statistikentwicklungs-Programmen in die Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (PRSPs) ermöglicht es den Ländern, ihren Bedarf im Bereich der Statistik umfassender anzugehen. Der PRSP-Prozess und das GDDS stützen sich auf ähnliche Grundlagen – Eigenverantwortung der Länder, eine mittelfristige Strategie sowie eine Schwerpunktsetzung auf Überwachung und Evaluierung. Der Aufbau der für die Erstellung guter Statistiken notwendigen Kapazitäten erfordert häufig weit reichende rechtliche und

institutionelle Reformen, die Entwicklung von Datenkompilations-Praktiken, die sich auf internationale Normen stützen, sowie die Weitergabe von Daten im Einklang mit den bestmöglichen Praktiken für mehr Transparenz. Das GDDS bietet einen systematischen Ansatz zur Lösung dieser Probleme und erleichtert die Koordinierung zwischen den Statistikbehörden, den Verkehr zwischen Datenproduzenten und -nutzern sowie die Zusammenarbeit mit und zwischen potenziellen Spendern.

Der Aufbau des Statistiksystems im Rahmen des PRSP-Prozesses sollte im Kontext der Regierungsführungsfragen und gemeinsam mit der Gesamtevaluierung und -überwachung der PRS-Umsetzung angegangen werden. Das PRSP für Sierra Leone enthält zum Beispiel einen Absatz zu dem Thema „Erstarkung durch Statistik“ in dem Kapitel „Gute Regierungsführung, Frieden und Sicherheit“ – der ersten der vier Säulen der Armutsbekämpfungsstrategie des Landes. Die Verbesserung des Statistikwesens in Sierra Leone durch den Einsatz des GDDS ergänzt die Armutsbekämpfungsstrategie des Landes, einschließlich der Verfolgung der MDGs. Ein solcher Ansatz ist von entscheidender Bedeutung, da Sierra Leones Kapazitäten für die Erstellung, Verwaltung und Analyse statistischer Daten im Laufe des vergangenen Jahrzehnts, das von wirtschaftlichem Niedergang und Bürgerkrieg gekennzeichnet war, stark gelitten haben.

früheren Stabsstudien und der IEO-Evaluierung herausgestellt wurden. Bei dieser Überprüfung werden Lehren aus den Erfahrungen der Länder bei der Erstellung und Umsetzung der Armutsbekämpfungsstrategien und der Spender bei der Unterstützung dieser Anstrengungen gezogen. Sie wird den Schwerpunkt auf fünf Themenbereiche legen: (1) Stärkung der mittelfristigen Ausrichtung der PRS; (2) Einsatz der PRS als Rahmen für die gegenseitige Rechenschaftspflicht von Empfängerländern und Spendern; (3) Erweiterung und Vertiefung einer sinnvollen Beteiligung; (4) Stärkung der Verbindungen zwischen PRS, Planungsdokumenten, mittelfristigen Ausgabenrahmen und Haushalten sowie (5) Zuschnitt des Ansatzes auf von Konflikten betroffene und fragile Staaten. Zu den weiteren laufenden Initiativen gehört die Überprüfung der Rolle des IWF im PRS-Prozess.

Zugang zu Finanzhilfe

Der operationelle Leitfaden für den Mitarbeiterstab, der nach dem Beschluss des Direktoriums erarbeitet wurde, Normen für einen langsam zurückgehenden Zugang zu PRGF-Mitteln bei aufeinander folgenden Vereinbarungen zu verabschieden, ist inzwischen abgeschlossen. Der Leitfaden klärt außerdem die Grundsätze

für den kombinierten Einsatz von PRGF-Mitteln und Mitteln aus dem Allgemeinen Konto sowie für die Aufstockung von PRGF-Vereinbarungen als Reaktion auf einen Schock.⁴ Zurzeit wird die Einführung einer Schock-Fazilität innerhalb des PRGF-Treuhandfonds für Länder, die von einem Schock betroffen sind, erörtert (unabhängig davon, ob diese Länder bereits PRGF-Mittel in Anspruch nehmen oder nicht).

Notfallhilfe bei Naturkatastrophen

Das Exekutivdirektorium beschloss im Januar 2005, die Notfallhilfe für PRGF-berechtigte Länder bei Naturkatastrophen vorbehaltlich der Verfügbarkeit der erforderlichen Mittel zu

der Entscheidungen unter bestehenden Vereinbarungen sowie Beschlüssen hinsichtlich der Entscheidungs- und Abschlusspunkte sowie der vorgezogenen Teilentlastung im Rahmen der HIPC-Initiative vorsieht. Das Direktorium änderte die PRGF- und PRGF-HIPC-Treuhandurkunden entsprechend.³

Das Jahr 2005 steht im Zeichen des fünfjährigen Bestehens des PRS-Ansatzes. Vor der Jahrestagung 2005 wird deshalb eine umfassende Überprüfung der Fortschritte, Aufgaben und guten Praktiken in Bezug auf Kernbereiche durchgeführt werden, die von den betroffenen Interessengruppen,

³Die vorgeschlagenen Entscheidungen wurden am 9. November 2004 als Entscheidung Nr. 13373-(04/105) PRGF und Nr. 13374-(04/105) PRGF verabschiedet. Siehe „Poverty Reduction Strategy Papers—Proposed Amendments to the Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF) Trust and the PRGF-HIPC Trust Instruments“, 4. November 2004 www.imf.org/external/np/prsp/2004/110404.htm.

⁴Der Leitfaden ist verfügbar unter dem Titel „Operational Guidance Note on Access under the Poverty Reduction and Growth Facility“, www.imf.org/external/np/prgf/2004/110904.htm.

subventionieren.⁵ Mitglieder, die in der Vergangenheit Notfallhilfe bei Naturkatastrophen erhalten, diese aber noch nicht vollständig zurückgezahlt haben (zum Beispiel Grenada und Malawi) können diese Initiative in Anspruch nehmen. Das Gleiche gilt für die Mitglieder, die im Dezember 2004 vom Tsunami betroffen waren – insbesondere die Malediven und Sri Lanka, deren Anträge auf Notfallhilfe im März 2005 gebilligt wurden. Der Fonds hat schnell reagiert, um diesen beiden Mitgliedern sowie anderen vom Tsunami betroffenen Ländern zu helfen, und hat ein Gutachten über die makroökonomischen Auswirkungen der Naturkatastrophe erstellt (siehe Kapitel 1). Diese Anstrengungen erleichterten außerdem die jüngste Entscheidung der im Pariser Club versammelten Gläubiger, ein einjähriges Moratorium für den Schuldendienst zu erlassen (siehe Kapitel 3). Der Subventionsbedarf für Hilfe bei Naturkatastrophen für die kommenden fünf Jahre wird auf etwa 68 Mio. bis 98 Mio. \$ geschätzt. Dieser Betrag muss durch neue Beiträge anderer IWF-Mitglieder aufgebracht werden.

Überwachung nach Ablauf eines Programms

Der IWF beobachtet die Wirtschaftsentwicklung und -politik von Mitgliedern, die beträchtliche ausstehende IWF-Kredite haben, auch nach Ablauf ihrer Vereinbarung. Im März 2005 verabschiedete das Direktorium eine Entscheidung, die die Überwachung nach Ablauf eines Programms (post program monitoring – PPM) auf die PRGF-Mittel ausdehnt. Die meisten Direktoren vertraten die Auffassung, dass diese Ausweitung der PPM die Vergleichbarkeit der Vorgehensweise in den einzelnen Mitgliedsländern erhöht und zu einer Sicherung der knappen PRGF-Mittel beiträgt. Wenn ein Mitglied ausstehende PRGF-Kredite oder PRGF-Kredite in Kombination mit Krediten aus dem Allgemeinen Konto aufweist, die 100 Prozent seiner Quote übersteigen, gelte die Annahme, dass für dieses Mitglied eine PPM durchzuführen ist. Dieser Vorschlag bietet einen konsolidierten Rahmen für die PPM, indem sie die Präsomtion der PPM auf alle Fälle ausweitet, in denen Länder ausstehende Kredite durch den kombinierten (oder getrennten) Einsatz von GRA- und PRGF-Mitteln in Höhe von über 100 Prozent der Quote aufweisen und in denen das Mitglied kein IWF-gestütztes Programm hat und kein stabsüberwachtes Programm mit Berichten an das Direktorium unterhält.

Unterstützung der Politikmaßnahmen und Signalwirkung

Das Direktorium wird im Geschäftsjahr 2006 die Frage aufgreifen, ob und wie die Instrumente des IWF so angepasst werden können, dass sie einen soliden politischen Kurs in

⁵Die Direktoriumsdiskussion wird zusammengefasst in der Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN) Nr. 05/8, www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn0508.htm.

einkommensschwachen Ländern unterstützen, insbesondere wenn diese keine IWF-Mittel in Anspruch nehmen müssen oder wollen. Die im Geschäftsjahr 2005 geleistete Arbeit, die die Grundlage für diese Diskussion darstellt, stützte sich auf ausführliche Konsultationen mit Spendern und einkommensschwachen Mitgliedern über ihren Bedarf an Signalwirkung. Dabei wurde auch geprüft, ob es erforderlich ist, Informationslücken zu füllen und wie dies entweder innerhalb oder außerhalb einer IWF-Vereinbarung getan werden könnte (siehe Kapitel 2).

Schuldenerleichterung und -tragfähigkeit

Der IWF arbeitet weiter mit anderen öffentlichen Gläubigern zusammen, um die Bemühungen der einkommensschwachen Länder zu unterstützen, eine tragbare Verschuldung zu erreichen und zu sichern. Durch Schuldenerleichterung im Rahmen der erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) (Kasten 4.3) und verbesserte Instrumente zur Schuldenanalyse und -verwaltung unterstützt der Fonds in entscheidendem Maße die Anstrengungen einkommensschwacher Mitgliedsländer, die Schuldentragfähigkeit zu erreichen und zu überwachen, selbst wenn Finanzmittel zur Verwirklichung der MDGs erforderlich sind.⁶

Im Laufe des Geschäftsjahres 2005 haben fünf weitere Mitglieder – Ghana, Honduras, Madagaskar, Ruanda und Sambia – ihren Abschlusspunkt im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative erreicht. Insgesamt hatten bis Ende April 2005 18 Mitglieder diesen Punkt erreicht – das sind zwei Drittel der 27 Länder, die ihren Entscheidungspunkt erreicht haben.

Die vom IWF am Abschlusspunkt ausgezahlte Schuldenerleichterung und die bereits ausgezahlte vorgezogene Teilentlastung beliefen sich auf gut 70 Prozent des Gesamtbetrages, den der IWF im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative zugesagt hat. Mit Stand von Ende April 2005 beliefen sich die Gesamtauszahlungen des Fonds im Rahmen der HIPC-Unterstützung auf 1,5 Mrd. SZR (siehe Kapitel 5).

Die Wahrung der makroökonomischen Stabilität hat sich für viele der neun Mitgliedsländer, die die Interims-Periode zwischen Entscheidungs- und Abschlusszeitpunkt durchlaufen, als schwierig erwiesen. Der Fonds gewährt drei Mitgliedsländern, deren makroökonomisches Programm durch eine PRGF-Vereinbarung unterstützt wird (Demokratische Republik Kongo, Sierra Leone und Tschad), Interimsunterstützung. In zwei anderen Ländern (Malawi

⁶„Enhanced HIPC Initiative—Status of Implementation“, www.imf.org/external/NP/hipc/2004/082004.htm, und Öffentliche Informationsmitteilung (PIN) Nr. 04/111, www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/



Armenien

Im Zeitraum 1996-2004 hat Armenien zwei IWF-gestützte Programme abgeschlossen. Diese Programme unterstützten die Bemühungen der Behörden, makroökonomische und finanzielle Stabilität zu schaffen und zu bewahren, das Wirtschaftswachstum zu sichern, die Armut zu bekämpfen, Strukturreformen zu fördern und die Bankenkrise zu bewältigen, die die Schließung von einem Drittel des Bankensystems erforderlich machte.

Während des von 2001 bis 2004 durchgeführten Programms, das durch die Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität des IWF unterstützt wurde, lag das durchschnittliche reale Jahreswachstum bei zwölf Prozent und die durchschnittliche jährliche Inflation bei vier Prozent. Armuts- und Ungleichheitsindikatoren gingen stark zurück. Der Haushaltsvollzug wurde verbessert, indem die Behörden alle externen und internen Zahlungsrückstände beglichen. Armenien hat außerdem seine Verschuldung beträchtlich gesenkt und Devisenreserven aufgebaut. Die Behörden haben zudem weit reichende Strukturreformen eingeleitet, die den Energiesektor verbessert und die parafiskalischen Defizite beträchtlich reduziert haben. Gegen Ende des Programms setzte eine Erholung des Finanzsektors ein.

sowie São Tomé und Príncipe) wird zurzeit an makroökonomischen Anpassungen und Reformprogrammen gearbeitet, die im Rahmen einer PRGF unterstützt werden könnten. Die Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität in den verbleibenden vier Mitgliedern während der Interimsphase (Gambia, Guinea, Guinea-Bissau und Kamerun) wird große Anstrengungen zur Überwindung von Hindernissen in der Verwaltung der öffentlichen Mittel sowie im Bereich der Strukturreformen erfordern.

Von den übrigen Ländern, die ihren Entscheidungspunkt noch nicht erreicht haben, machen zwei (Burundi und die Republik Kongo) beträchtliche Fortschritte, während andere noch vor großen Herausforderungen stehen. Viele dieser Länder sind von Konflikten betroffen und mehrere haben große Zahlungsrückstände gegenüber verschiedenen Gläubigern. Die Direktoren baten den Stab eindringlich, nach Möglichkeit die Arbeit mit den Behörden in diesen Ländern fortzusetzen, um diese Hürden zu überwinden. In diesem Zusammenhang unterstrichen die Direktoren die Notwendigkeit, Finanzhilfen zu mobilisieren, damit der Fonds Liberia, Somalia und dem Sudan im Rahmen der HIPC-Initiative Hilfe gewähren kann, sobald diese Länder dazu berechtigt sind.

Im Mai 2005 billigte der IWF das neue Dreijahresprogramm der Behörden, das durch die PRGF unterstützt wird. Das neue Programm soll auf den Erfolgen der vorhergehenden Programme aufbauen und es legt den Schwerpunkt auf die Reform der Steuer- und Zollverwaltung sowie auf Verbesserungen im Finanzsektor. Diese beiden Elemente sind von entscheidender Bedeutung für die makroökonomische und finanzielle Stabilität.

Der IWF hat auch bedeutende technische Hilfe an Armenien im Bereich des Finanzsektors und der öffentlichen Haushalte geleistet. Dadurch wurde die Verwaltung im öffentlichen Sektor beträchtlich verbessert und es wurden wichtige Reformziele für das neue Programm festgelegt.

Zusammenarbeit zwischen Armenien und IWF im GJ 2005

Mai 2004	Abschluss der fünften Überprüfung von Armeniens Leistung im Rahmen des PRGF-gestützten Programms des Landes
Dezember 2004	Abschluss der Artikel-IV-Gespräche und der Ex-post-Beurteilung von Armeniens Leistung im Rahmen der IWF-gestützten Programme. Abschluss der sechsten Überprüfung von Armeniens Leistung im Rahmen des PRGF-gestützten Programms
April 2005	Der Stab von IWF und Weltbank erstellen gemeinsame Empfehlungen hinsichtlich des Fortschrittsberichts der Behörden über das Strategiedokument zur Armutsbekämpfung
Mai 2005	Das Exekutivdirektorium des IWF billigt eine neue dreijährige PRGF-Vereinbarung für Armenien

Im September 2004 verlängerten die Direktorien von IWF und Weltbank das *Auslaufdatum* der HIPC-Initiative um weitere zwei Jahre bis Ende 2006, um den noch verbleibenden berechtigten Ländern die Möglichkeit zu einem Leistungsnachweis zu geben, der ihre Berücksichtigung bei der HIPC-Entschuldung ermöglicht. Diese Verlängerung gilt nur für Mitglieder, die für Unterstützung durch die Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank und die PRGF des Fonds in Frage kommen, für die bisher noch keine HIPC-Schuldenerleichterung gewährt worden ist und bei denen aufgrund der Ende 2004 vorliegenden Daten davon auszugehen ist, dass ihre öffentlichen Schulden nach vollständiger Anwendung der traditionellen Entschuldungsmechanismen die in der HIPC-Initiative festgelegten Grenzwerte überschreiten. Viele der Länder, die von einer Fristverlängerung profitieren könnten, sind von einem Konflikt betroffen und einige dieser Länder, insbesondere Liberia, Somalia und der Sudan, haben hohe und längerfristige Zahlungsrückstände gegenüber verschiedenen Gläubigern.

Weitere Schuldenerleichterung

Auf der Jahrestagung 2004 forderte der Internationale Währungs- und Finanzausschuss die internationale

Gemeinschaft auf, Entwicklungshilfe zu leisten. Dies sollte unter anderem durch „weitere Schuldenerleichterung“ geschehen, damit einkommensschwache Länder die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) erreichen können. Im Anschluss daran erörterte das Direktorium im März 2005 auf zwei Seminaren Fragen hinsichtlich einer weiteren Entschuldung für einkommensschwache Länder sowie mögliche Finanzierungen einer solchen Schuldenerleichterung. Das Direktorium wird außerdem den am 11. Juni 2005 von den G8-Finanzministern vorgelegten Vorschlag über eine weitere Schuldenerleichterung für einkommensschwache Länder überprüfen, der auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 2005 erörtert werden soll (siehe Kasten 5.5).

Regelwerk für Schuldentragfähigkeit

Um den potenziellen Nutzen der Schuldenerleichterung zu bewahren, muss den Ländern vor allem geholfen werden, in der Zukunft eine übermäßige Kreditaufnahme zu vermeiden. Das ist der Zweck des neuen Regelwerks für Schuldentragfähigkeit für einkommensschwache Länder. Die Exekutivdirektoren von IWF und Weltbank erörterten das Regelwerk im Februar und September 2004⁷ und verabschiedeten seine Kernelemente, darunter eine standardisierte zukunftsgerichtete Analyse von Schulden- und Schuldendienstindikatoren, eine Beurteilung der Tragfähigkeit auf der Grundlage von indikativen politikabhängigen Schuldenlast-Grenzwerten sowie eine in sich geschlossene Finanzierungsstrategie. Das Regelwerk hat Auswirkungen auf die Gestaltung der PRGF-Programme, da es einen systematischeren Einsatz von indikativen Zielwerten für den Nettogegenwert (NGW) der Auslandsschulden, eine größere Flexibilität bei der Anwendung von Höchstgrenzen für nichtkonzessionäre Schulden und einen systematischeren Einsatz von Höchstgrenzen für den Finanzierungssaldo im Gesamthaushalt vorschlägt. (Zu nennen wären in diesem Zusammenhang die PRGF-Vereinbarungen für Guyana und die Kirgisische Republik. Guyana verwendet Höchstwerte für das Defizit im Gesamthaushalt und indikative Zielwerte für den NGW der Auslandsschulden, und das Programm der Kirgisischen Republik enthält einen Höchstwert für die konzessionäre Kreditaufnahme.)

Das Direktorium führte im April 2005 eine weitere Diskussion über das Regelwerk für Schuldentragfähigkeit für einkommensschwache Länder.⁸ Die Direktoren verabschiedeten

⁷ „Debt Sustainability in Low-Income Countries—Proposal for an Operational Framework and Policy Implications“, www.imf.org/external/np/pdr/sustain/2004/020304.pdf; Öffentliche Informationsmitteilung (PIN) Nr. 04/34, „IMF Discusses Operational Framework for Debt Sustainability in Low-Income Countries“, www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn0434.htm; „Operational Framework for Debt Sustainability in Low-Income Countries—Implications for Fund Program Design“,

Kasten 4.3 Funktionsweise der HIPC-Initiative

Um sich für HIPC-Unterstützung zu qualifizieren, muss ein Land eine solide Wirtschaftspolitik verfolgen, die durch den IWF und die Weltbank unterstützt wird. Es gibt drei Phasen. In Phase I, die zum Entscheidungspunkt führt, muss das Land einen Leistungsnachweis erbringen (normalerweise über einen Zeitraum von drei Jahren) und ein Strategiedokument zur Armutsbekämpfung (PRSP) oder ein Interim-PRSP erstellen. Diese Anstrengungen werden ergänzt durch konzessionäre Hilfe aller zuständigen Spender und Institutionen sowie traditionelle Schuldenerleichterung bilateraler Gläubiger, einschließlich des Pariser Clubs.

In dieser Phase wird die Auslandsverschuldung des Landes eingehend analysiert. Wenn die Auslandsschulden auf der Basis des Nettogegenwertes (NGW) nach vollem Einsatz der traditionellen Schuldenerleichterung über 150 Prozent der Exporte (oder bei kleinen offenen Volkswirtschaften über 250 Prozent der Staatseinnahmen) liegen, qualifiziert sich das Land für HIPC-Entschuldung. Am *Entscheidungspunkt* – der zweiten Phase – entscheiden der IWF und die Weltbank formal über die Berechtigung des Landes und die internationale Gemeinschaft verpflichtet sich, die Schuldenlast des Landes auf ein tragfähiges Niveau zu senken.

Sobald ein Land den Entscheidungspunkt erreicht hat, muss es mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft seine Erfolgsbilanz fortsetzen, indem es wesentliche strukturpolitische Reformen zufrieden stellend umsetzt, die makroökonomische Stabilität sichert und eine Armutsbekämpfungsstrategie verabschiedet und umsetzt. Die im Pariser Club vertretenen bilateralen Gläubiger schulden die fällig werdenden Verpflichtungen mit einer 90-prozentigen Reduzierung auf NGW-Basis um und von den anderen bilateralen und kommerziellen Gläubigern wird das Gleiche erwartet. Der IWF und die Weltbank sowie einige andere multilaterale Gläubiger können zwischen dem Entscheidungs- und Abschlusszeitpunkt eine vorgezogene Teilentlastung gewähren.

Ein Land erreicht seinen *Abschlusspunkt* – die dritte Phase –, sobald es die beim Entscheidungspunkt gesetzten Ziele erreicht hat. Zu diesem Zeitpunkt erhält es den Saldo der zugesagten Entschuldung. Das bedeutet, dass von allen Gläubigern erwartet wird, ihre Forderungen gegenüber dem Land auf NGW-Basis auf das vereinbarte tragfähige Niveau zu senken.

indikative Schwellenwerte für die Relation zwischen dem NGW der Schulden und den Ausfuhren in Höhe von 100, 150 und 200 Prozent, die von der Qualität der Politikmaßnahmen und Institutionen des jeweiligen Landes abhängen, sowie entsprechende Schwellenwerte für die anderen vier Schulden- und Schuldendienstindikatoren. Die Qualität wird in einer formalen „Beurteilung der nationalen Politik

www.imf.org/external/np/pdr/sustain/2004/091304.htm; „Debt Sustainability in Low-Income Countries—Further Considerations on an Operational Framework and Policy Implications“, www.imf.org/external/np/pdr/sustain/2004/091004.htm, und Öffentliche Informationsmitteilung (PIN) Nr. 04/119, „IMF Discusses Operational Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries“, www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn04119.htm.

und Institutionen“ (*Country Policy and Institutional Assessment – CPIA*) durch die Weltbank festgelegt. Die Schwellenwerte konzentrieren sich auf die operationellen Schwellenwerte der HIPC-Initiative. Dieses neue Regelwerk wird sobald wie möglich für alle einkommensschwachen Länder, einschließlich der HIPCs, angewendet. Für die Zusammenarbeit zwischen den Stäben von IWF und Weltbank wurden unter Berücksichtigung der im Mandat der beiden Institutionen festgelegten Verantwortlichkeiten bei der Erstellung der gemeinsamen Schuldenragfähigkeits-Beurteilungen für die einzelnen Länder konkrete Modalitäten formuliert. Die Direktoren baten den Stab, in sechs bis zwölf Monaten einen Bericht über die mit der Umsetzung des Regelwerks gemachten Erfahrungen vorzulegen.

Mobilisierung internationaler Hilfe

Die internationale Gemeinschaft hat im Monterrey-Konsens von 2002 anerkannt, dass ehrgeizige ländergesteuerte Reformbemühungen, die durch eine Aufstockung und effektivere Bereitstellung der Entwicklungshilfe unterstützt werden, erforderlich sind, wenn bei der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) entscheidende Fortschritte erzielt werden sollen. Der Fonds bietet einkommensschwachen Ländern Beratung zur Verwaltung von Hilfsströmen, was angesichts der internationalen Anstrengungen zur Mobilisierung von mehr Entwicklungshilfe für die MDGs von großer Bedeutung ist. Die Mobilisierung und Koordinierung der Finanzmittel für die MDGs steht auf der internationalen Agenda weit oben.

Das Jahr 2005 stellt einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele im Jahre 2015 dar. Der Bericht über das Millenniums-Projekt der Vereinten Nationen, der im Januar 2005 veröffentlicht wurde, markierte den Beginn einer Bestandsaufnahme über die bei den MDGs erzielten Fortschritte und über die Frage, wie dieser Prozess beschleunigt werden kann. Diese Diskussionen erreichen in der VN-Gipfelkonferenz über die Umsetzung der Millenniums-Erklärung im September 2005 ihren Höhepunkt. Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess war das Zweite hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe im März 2005 in Paris. Dieses Forum konzentrierte sich auf die Fragen einer effektiveren Gestaltung der Entwicklungshilfe und einer Verbesserung der Entwicklungsergebnisse, damit die Anstrengungen zur Verwirklichung der MDGs unterstützt werden. Dazu müssen die Bereitstellungsverfahren und Berichtsanforderungen der Spender vereinheitlicht und die Hilfsprogramme der Spender auf die Prioritäten der Empfängerländer ausge-

richtet werden. Obwohl der Fonds selbst kein Spender ist, unterstützt er die Grundsätze und Verpflichtungen der Pariser Erklärung über eine wirksamere Entwicklungshilfe und wird für ihre Umsetzung eintreten. Der Fonds wird sich im Rahmen seines Mandats insbesondere zusammen mit den multilateralen Entwicklungspartnern dafür einsetzen, die Vorhersehbarkeit der Hilfsströme zu erhöhen und eine bessere Abstimmung zwischen den Politikmaßnahmen der einzelnen Entwicklungspartner zu erreichen.

Direktoriums Aussprache über die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe

Im September 2004 besprachen die Direktoren die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe sowie verschiedene Optionen zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel für die Unterstützung der MDGs. Sie stützten sich dabei auf ein Papier, das die Stäbe von IWF und Weltbank gemeinsam vorgelegt hatten.⁹ Die Direktoren unterstrichen, dass eine Aufstockung der Entwicklungshilfe kein Allheilmittel darstellt und dass in anderen Bereichen ebenfalls Maßnahmen erforderlich sind – weitere Verbesserungen im politischen Umfeld der Empfängerländer, besserer Marktzugang für die Exporte der Entwicklungsländer, bessere Verwaltung und Umsetzung der Entwicklungshilfe sowie Abbau der Hindernisse, die die Absorptionsfähigkeit beeinträchtigen. Die Direktoren vertraten weitgehend die Auffassung, dass eine Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe der beste Weg zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel für die Verwirklichung der MDGs ist. Die meisten Direktoren betonten zudem, dass die Geberländer größere Anstrengungen unternehmen müssen, um das VN-Ziel zu erreichen, 0,7 Prozent des Brutto-nationaleinkommens für Entwicklungshilfe einzusetzen. Die Direktoren vertraten allerdings sehr unterschiedliche Auffassungen, was alternative Finanzierungsmechanismen zur Ergänzung der öffentlichen Entwicklungshilfe betraf. Die meisten Direktoren sprachen sich für weitere Arbeiten des Fonds in diesem Bereich aus.

Im Anschluss an die Aufforderung des IMFC und des Entwicklungsausschusses, die Arbeit im Bereich innovativer Quellen der Entwicklungsfinanzierung fortzusetzen – als Beispiele wurden die Internationale Finanzierungsfazilität (International Finance Facility – IFF) und globale Steuern genannt – legten die Stäbe von IWF und Weltbank eine gemeinsame Studie vor, in der die bei der Analyse dieser Fragen bisher erzielten Fortschritte dargelegt werden. Dazu gehören die fortlaufende Beurteilung der vorgeschlagenen globalen Steuerinstrumente, wie zum Beispiel Flugsteuern, durch den IWF sowie eine Analyse der Weltbank über die Fortschritte bei der Einrichtung der IFF für Immunisierung (IFFIm), eines Fonds zur Förderung eines weit reichenden Impfungsprogramms.

⁸ „Operational Framework for Debt Sustainability Assessments in Low-Income Countries—Further Considerations“, www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/032805.pdf, und Öffentliche Informationsmitteilung (PIN) Nr. 05/59, www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn0559.htm.

⁹ „Aid Effectiveness and Financing Modalities“, verfügbar unter www.worldbank.org.

Globaler Überprüfungsbericht

Der zweite „Globale Überprüfungsbericht“ (*Global Monitoring Report*) wurde im April 2005 veröffentlicht. Die von IWF und Weltbank gemeinsam vorgelegten Jahresberichte überprüfen die bei der Verwirklichung der MDGs erzielten Fortschritte und die noch verbleibenden Hindernisse. Während der erste Bericht, der im Juni 2004 veröffentlicht wurde, eine umfassende Beurteilung der politischen Agenda zur Verwirklichung der MDGs und damit verbundener Entwicklungsergebnisse enthielt, legte der Bericht des Jahres 2005 den Schwerpunkt selektiv auf einige Kernbereiche dieser politischen Agenda und untersuchte diese Bereiche eingehender.¹⁰ Er konzentrierte sich vor allem auf Afrika, die Region, bei der die Gefahr einer Verfehlung der MDGs am höchsten ist.

Der Hauptbeitrag des IWF-Stabs zum Bericht des Jahres 2005 bezog sich auf die Agenda für Wachstum, die entscheidend ist für die Bekämpfung der Armut und die Verwirklichung der MDGs. Die darin genannten Prioritäten sind makroökonomische Stabilität sowie Institutionen und Politikmaßnahmen, die das Wachstum im Privatsektor fördern. Eine Verbesserung der Ausgabenverwaltung und -politik ist entscheidend für Verbesserungen bei der Zusammensetzung der Ausgaben und die Sicherung von makroökonomischer Stabilität. Zur Stärkung des Privatsektors müssen die Länder übermäßige regulatorische und institutionelle Hemmnisse abbauen. Damit diese Maßnahmen zum Tragen kommen, müssen die jüngsten Fortschritte im Bereich der politischen Führung zu Verbesserungen im Bereich der wirtschaftlichen Führung führen. Transparenz ist ein Thema, das in vielen wichtigen Beiträgen des Berichts diskutiert wird. Die Handelsliberalisierung ist in vielen Fällen ebenfalls von entscheidender Bedeutung für die nationale Politik.

Die Verwirklichung der MDGs erfordert dem Bericht zufolge eine beträchtliche Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe an die ärmsten Länder. Das Hilfsvolumen sei zwar gestiegen seit der VN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey im Jahre 2002, bei der sich die Spender verpflichteten, die Entwicklungshilfe an die ärmsten Länder beträchtlich aufzustocken; Schuldenerleichterung und technische Hilfe hätten jedoch zwei Drittel dieses Zuwachses ausgemacht. Angesichts der eingeleiteten Reformen könnten viele Länder eine Verdoppelung der Entwicklungshilfe im Laufe der kommenden fünf Jahre effektiv einsetzen.

¹⁰„New IMF-World Bank Report Calls for Urgent Action to Cut Global Poverty and Win Better Development Results for Poor Countries“, Pressemitteilung Nr. 05/83, 12. April 2005, <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2005/pr0583.htm>. Der „Global Monitoring Report“ ist verfügbar unter www.imf.org/external/pubs/ft/gmr/2005/eng/pdf/gmr.pdf.



Senegal

Im April 2003 billigte das Exekutivdirektorium des IWF eine dreijährige Vereinbarung mit Senegal im Rahmen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF), die den Zeitraum 2003-05 abdeckte, um die Umsetzung des von der Regierung verabschiedeten Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung (PRSP) zu unterstützen. Das PRGF-unterstützte Programm legt den Schwerpunkt auf eine verbesserte Einziehung der Einnahmen, die Erhöhung von Investitionen und Ausgaben, die den Armen zugute kommen, die Stärkung der Effizienz und Transparenz in der Verwaltung der öffentlichen Ausgaben und den Abbau von Hindernissen für die Entwicklung des Privatsektors. Senegal beantragte zudem eine aktualisierte Beurteilung der Stabilität und des Entwicklungspotenzials seines Finanzsektors im Rahmen des von IWF und Weltbank gemeinsam durchgeführten Programms zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP).

Im Zeitraum 2003-04 war das Wirtschaftswachstum Senegals robust, die Inflation war niedrig und das Haushaltsdefizit, das außenwirtschaftliche Defizit sowie die Staatsverschuldung blieben auf einem tragbaren Niveau. Es wurden Strukturreformen durchgeführt, wenn auch mit einiger Verzögerung, und die Behörden unternahmen Schritte zur Korrektur von fiskalpolitischen Zielverfehlungen. Im April 2004 erreichte Senegal den Abschlusspunkt unter der erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC). Dies ermöglichte eine Schuldenerleichterung im Nettogegenwartswert von 0,5 Mrd. \$ und eine Reduzierung des jährlichen Schuldendienstes in Höhe von etwa zwei Prozent des BIP in den nächsten zehn Jahren.

Zusammenarbeit zwischen Senegal und IWF im GJ 2005

Mai 2004	Vorlage des jährlichen Fortschrittsberichts über Senegals PRSP
März 2005	Abschluss von Senegals Artikel-IV-Konsultation für das Jahr 2004 und der zweiten Überprüfung von Senegals PRGR-unterstütztem Programm Veröffentlichung der gemeinsamen IWF-Weltbank-Empfehlungen hinsichtlich des PRSP-Fortschrittsberichts von Senegal
April 2005	Veröffentlichung des Berichts über die Aktualisierung der Beurteilung der Stabilität des Finanzsystems

A photograph of two men in business suits sitting at a desk, reviewing documents. The man on the left is writing on a document. The man on the right is looking at the document. The background features a wall with several framed portraits of men in suits. The entire image has a teal color overlay.

Finanzaktivitäten und Geschäftspolitik

KAPITEL | 5

Der IWF ist eine kooperative Institution, die Finanzierungen für Mitgliedsländer mit Zahlungsbilanzproblemen bereitstellt. Die Finanzierungen gewährt er auf drei Wegen:

Reguläre Finanzierungsaktivitäten. Der IWF vergibt an die Länder Finanzierungen aus einem revolvingen Fonds, der aus den Kapitalzeichnungen der Mitglieder (Quoten) besteht, unter der Bedingung, dass der Kreditnehmer wirtschaftliche Anpassungs- und Reformmaßnahmen zur Lösung seiner externen Finanzierungsprobleme ergreift. Diese Finanzierungen werden im Rahmen verschiedener Politiken und Fazilitäten gewährt, die jeweils auf die Bewältigung bestimmter Zahlungsbilanzprobleme ausgerichtet sind (Tabelle 3.1). Auf die Kredite werden marktorientierte Zinsen erhoben. Die Rückzahlungsfristen variieren je nach Kreditfazilität.

Konzessionäre Finanzierungsaktivitäten. Der IWF vergibt an einkommensschwache Mitgliedsländer Kredite zu sehr geringen Zinssätzen und mit längeren Laufzeiten, als sie für reguläre Fondskredite gelten. Der Zinssatz, der auf Kredite erhoben wird, die im Rahmen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF) vergeben werden, beträgt 0,5 Prozent und die Rückzahlungsfrist beträgt 5½-10 Jahre. Diese Kredite unterstützen Programme, die die Zahlungsbilanzsituation stärken und ein nachhaltiges Wachstum, einen höheren Lebensstandard sowie eine Verringerung der Armut fördern. Des Weiteren gewährt der IWF anspruchsberechtigten hochverschuldeten armen Ländern (HIPC) Zuschüsse, um ihnen zu helfen, eine tragfähige externe Verschuldungsposition zu erreichen. Das Kapital für konzessionäre Darlehen wird durch bilaterale Kreditgeber aufgebracht, die dem IWF Mittel zu marktorientierten Zinsen zur Verfügung stellen, wobei der IWF als Treuhänder fungiert. Die Mittel zur Subventionierung des Zinssatzes, der den Kreditnehmern berechnet wird, und für Zuschüsse zum HIPC-Schuldenerlass werden über getrennte Beiträge einiger Mitgliedsländer sowie über Eigenmittel des IWF finanziert.

Sonderziehungsrechte. Außerdem kann der IWF durch Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) an seine Mitglieder internationale Reserveaktiva schaffen. Diese SZR können genutzt werden, um Devisen von anderen Mitgliedern zu erwerben oder Zahlungen an den IWF zu leisten.

Zu den wichtigsten finanziellen Entwicklungen im Geschäftsjahr 2005 gehören die Folgenden:

- Der IWF leitete eine Überprüfung seiner Finanzen und seiner Finanzstruktur ein. Diese noch laufende Prüfung untersucht, wie die bestehende Finanzstruktur gestärkt werden kann. Sie prüft insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung, Vereinfachung und Erhöhung der Transparenz des IWF-Einkommensmechanismus. Zudem befasst sie sich mit der Frage, wie die IWF-Finanzposition durch Diversifizierung der Einkommensquellen gestärkt werden kann. Des Weiteren laufen Maßnahmen zur Modernisierung der internen Haushaltsverfahren des IWF (siehe Kapitel 7).
- Die ausstehenden IWF-Kredite sanken von ihrem im letzten Jahr verzeichneten Allzeithoch, da günstige externe Finanzierungsbedingungen für Schwellenländer zu einem starken Rückgang der Nachfrage nach IWF-Krediten beitrugen.
- Der IWF setzte seine Bemühungen fort, seinen ärmsten Mitgliedern zu helfen, ein schnelleres nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzielen, die Armut zu verringern und ihre Schuldenlast auf ein tragfähiges Niveau zurückzuführen. In diesem Zusammenhang untersuchte der IWF die Frage, wie er besser dazu in die Lage versetzt werden kann, einkommensschwachen Ländern mittelfristig Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Reguläre Finanzierungsaktivitäten

Der IWF wickelt seine regulären Kreditvergabeaktivitäten über das Allgemeine Konto (GRA) ab, auf dem die Quoteneinzahlungen der Mitglieder gehalten werden (Kasten 5.1). Der Großteil der IWF-Finanzierungen wird im Rahmen von Bereitschaftskredit-Vereinbarungen gewährt, die auf die Überwindung kurzfristiger Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Mitgliedsländer abzielen, sowie unter der Erweiterten Fondsfazilität (EFF), die sich auf externe Zahlungsschwierigkeiten konzentriert, welche durch längerfristige Strukturprobleme verursacht werden. Kredite im Rahmen von Bereitschafts- und Erweiterten Kreditvereinbarungen können durch kurzfristige Mittel aus der Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven (Supplemental Reserve Facility – SRF) ergänzt werden, um Mitglieder zu unterstützen, die sich einem plötzlichen und störenden Verlust des Kapitalmarktzugangs gegenüber sehen. Alle Kredite sind verzinslich und können je nach Art und Laufzeit des Kredits sowie nach dem Volumen der insgesamt ausstehenden

Kasten 5.1 Der Finanzierungsmechanismus des IWF

Die reguläre Kreditvergabe des IWF wird durch die eingezahlten Kapitalzeichnungen (Quoten) der Mitgliedsländer finanziert. Jedem Land ist – unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Größe und des Außenhandels des Landes – eine Quote zugeordnet, die seine maximale finanzielle Verpflichtung gegenüber dem IWF festlegt. Ein Teil der Quote wird dem IWF in Form von Reserveaktiva (vom IWF akzeptierte Devisen oder SZR) zur Verfügung gestellt, der Rest in der Landeswährung des Mitglieds. Der IWF gewährt Finanzierungen, indem er dem Kreditnehmer Reserveaktiva aus den Reserveaktiva-Einzahlungen der Mitglieder bereitstellt oder indem er Länder, die als finanzstark eingeschätzt werden, ersucht, ihre Einzahlungen in eigener Währung gegen Reserveaktiva einzutauschen (Kasten 5.3).

Der Kredit wird vom IWF ausgezahlt, indem der Kreditnehmer mit seiner eigenen Währung Reserveaktiva vom IWF „ankauft“. Der Kredit ist dann zurückgezahlt, wenn der Kreditnehmer seine Währung mit Reserveaktiva vom IWF „zurückkauft“. Basierend auf dem SZR-Zinssatz (Kasten 5.7) belegt der IWF Kredite mit einem Basiszinssatz (Gebühr) und erhebt Aufschläge je nach Höhe und Laufzeit des Kredits sowie nach dem Volumen ausstehender Kredite.

Ein Land, das dem IWF – entweder als Teil seiner Quoteneinzahlung oder durch Verwendung seiner eigenen Währung – Reserveaktiva

zur Verfügung stellt, erwirbt damit einen liquiden Anspruch gegenüber dem IWF (Reserveposition), der auf Verlangen gegen Reserveaktiva zur Deckung des eigenen Bedarfs an Zahlungsbilanz-Finanzierung eingelöst werden kann. Diese Ansprüche werden basierend auf dem SZR-Zinssatz verzinst (Vergütung) und von den Mitgliedern als Teil ihrer internationalen Reserveaktiva betrachtet. Bei der Rückzahlung (Rückkauf) von IWF-Krediten durch den Schuldner werden den Gläubigerländern diese Reserveaktiva im Tausch gegen ihre Landeswährung gutgeschrieben, und die Gläubigeransprüche gegenüber dem IWF erlöschen.

Der der IWF-Kreditvergabe zugrunde liegende „Ankauf/Rückkauf“-Ansatz beeinflusst die Zusammensetzung der IWF-Mittel, nicht jedoch deren Gesamtvolumen. Ein Anstieg des ausstehenden Kreditvolumens verringert den Bestand der vom IWF gehaltenen Reserveaktiva und Währungen finanzstarker Mitgliedsländer. Gleichzeitig erhöht sich das Volumen der vom IWF gehaltenen Währungen seiner Kreditnehmer. Das Volumen der vom IWF gehaltenen Reserveaktiva und Währungen finanzstarker Mitglieder bestimmt seine Ausleihkapazität (Liquidität) (Kasten 5.4).

Ausführliche Informationen zu verschiedenen Aspekten der Finanzstruktur des IWF und regelmäßige Aktualisierungen seiner finanziellen Aktivitäten sind auf der Webseite des IWF unter www.imf.org/external/fin.htm verfügbar.

geleistet. Insgesamt 110,4 Mio. SZR wurden als Nothilfe bei Naturkatastrophen an Grenada, die Malediven und Sri Lanka geleistet. Im Geschäftsjahr 2005 beliefen sich die gesamten Rückzahlungen auf 13,9 Mrd. SZR. Dies ist zurückzuführen auf umfangreiche Rückzahlungen von Argentinien, Brasilien, Russland und der Türkei. Sowohl Russland als auch Litauen tilgten alle Kapitalverpflichtungen im Allgemeinen Konto des Fonds; ihre vorgezogenen Rückzahlungen beliefen sich auf 2,2 Mrd. SZR im Januar 2005 bzw. 16 Mio. SZR im Februar 2005. Uruguay nahm ebenfalls mehrere vorgezogene Rückzahlungen im Umfang von insgesamt 438,5 Mio. SZR vor. Demzufolge war das ausstehende Kreditvolumen des IWF Ende des Geschäftsjahres 2005 12,3 Mrd. SZR niedriger als im Vorjahr.

Im Laufe des Jahres zahlten 13 Mitglieder – Argentinien, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Bulgarien, Ecuador, Jordanien, Pakistan, Papua Neu-Guinea, Rumänien, Serbien und Montenegro, Sri Lanka, die Türkei und Uruguay – gemäß dem für Rückkaufserwartungen geltenden Zeitplan 6,1 Mrd. SZR zurück, wovon 1,3 Mrd. SZR auf die SRF-

Rückzahlungen Brasiliens entfielen. Sechs Mitgliedern wurde auf ihren Antrag hin eine Verlängerung der Rückkaufserwartungen gewährt.² Zum 30. April 2005 unterlagen ausstehende IWF-Kredite in Höhe von 24,8 Mrd. SZR den zeitabhängigen Rückkaufserwartungen, die im Rahmen der im November 2000 beschlossenen Politik eingeführt wurden (Kasten 5.2).

Neue IWF-Zusagen sanken drastisch von 14,5 Mrd. SZR im Geschäftsjahr 2004 auf 1,3 Mrd. SZR im Geschäftsjahr 2005. Dies war teilweise auf die günstigen Finanzierungsbedingungen für staatliche Schuldner aus Schwellenländern zurückzuführen. Der IWF billigte sechs neue Bereitschaftskredit-Vereinbarungen und zwei Aufstockungen einer bestehenden Bereitschaftskredit-Vereinbarung mit Zusagen von insgesamt 1,3 Mrd. SZR (Tabelle 5.1). Außerdem nah-

IWF-Kredite mit Zinsaufschlägen versehen werden. Auch die Rückzahlungsfristen unterscheiden sich je nach Kreditart (Tabelle 3.1).

Kreditvergabe

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2005 sanken die ausstehenden IWF-Kredite von ihrem im Geschäftsjahr 2004 erreichten Allzeithoch. Ende des Geschäftsjahres 2005 belief sich das ausstehende Kreditvolumen auf 49,9 Mrd. SZR im Vergleich zu 62,2 Mrd. SZR im April 2004.¹ Insgesamt betrugen die Auszahlungen im Finanzjahr 1,6 Mrd. SZR. Die größten Auszahlungen wurden im Rahmen von Bereitschaftskredit-Vereinbarungen an die Türkei und an Uruguay geleistet. Auszahlungen von insgesamt 312,9 Mio. SZR wurden im Rahmen der Nothilfe für Länder in der Konfliktfolgezeit an Haiti, den Irak und die Zentralafrikanische Republik

¹Stand vom 30. April 2005: 1 SZR = 1,51678 US-\$.

²Im Geschäftsjahr 2005 wurden folgenden Ländern Verlängerungen der Rückkaufserwartungen gewährt: Argentinien, Dominica, Dominikanische Republik, Ecuador, Sri Lanka und Uruguay.

men Haiti, der Irak und die Zentralafrikanische Republik

Ziehungen im Rahmen der Politik der Nothilfe für Länder in der Konfliktfolgezeit (Emergency Post-Conflict Assistance – EPCA) vor. Grenada, die Malediven und Sri Lanka nahmen Ziehungen im Rahmen der Politik der Nothilfe bei Naturkatastrophen (Emergency Natural Disaster Assistance – ENDA) vor. Im Verlauf des Jahres wurden keine Erweiterten Vereinbarungen gebilligt und es gab keine Zusagen unter der Fazilität zur kompensierenden Finanzierung (Compensatory Financing Facility – CFF) des IWF.

Die im Geschäftsjahr 2005 getätigten IWF-Neuzusagen waren im Vergleich zu den umfangreichen Zusagen im Vorjahr gering. Die größte Zusage im Geschäftsjahr 2005 – an die Dominikanische Republik (437,8 Mio. SZR) – war wesentlich niedriger als die hohen Zusagen, die im Geschäftsjahr 2004 für die Bereitschaftskredit-Vereinbarung mit Argentinien (9,0 Mrd. SZR) und für die Aufstockung der Bereitschaftskredit-Vereinbarung Brasiliens (4,6 Mrd. SZR) gemacht wurden.

Von den Ende des Geschäftsjahres 2005 bestehenden zwölf Bereitschaftskredit- und Erweiterten Vereinbarungen werden sieben als vorbeugend betrachtet, d.h. die Kreditnehmer haben zu verstehen gegeben, dass sie nicht beabsichtigen, die ihnen vom IWF zugesagten Mittel in Anspruch zu nehmen. Argentinien hat seit März 2004 keine Ziehungen unter seiner Bereitschaftskredit-Vereinbarung vorgenommen. Ende April 2005 beliefen sich die im Rahmen aller noch laufenden Vereinbarungen nicht in Anspruch genommenen Mittel auf 7,9 Mrd. SZR.

Ressourcen und Liquidität

Die Kreditvergabe des IWF wird in erster Linie durch das vollständig eingezahlte Kapital (Quoten) finanziert, das die Mitgliedsländer in Form von Reserveaktiva und der jeweiligen Landeswährung gezeichnet haben.³ In einem fünfjährigen Turnus werden Allgemeine Überprüfungen der IWF-Quoten durchgeführt, in deren Rahmen Anpassungen sowohl der Quotensumme als auch der Quotenverteilung vorgeschlagen werden können, die Veränderungen in der Weltwirtschaft widerspiegeln. Die Quote eines Mitglieds kann auch außerhalb einer Allgemeinen Überprüfung

³Darüber hinaus bestimmen die Quoten auch das Stimmengewicht eines Landes im IWF, seinen Zugang zu IWF-Finanzierungen sowie seinen Anteil an SZR-Zuteilungen.

Tabelle 5.1 Im GJ 2005 gebilligte reguläre Kredite

Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum der Billigung	Gebilligter Betrag ¹ (Millionen SZR)
Bolivien	Erhöhung des Bereitschaftskredits	10. Juni 2004	42,9
	Erhöhung des Bereitschaftskredits	8. April 2005	42,9
Bulgarien	25-monatiger Bereitschaftskredit	6. August 2004	100,0
Dominikanische Republik	28-monatiger Bereitschaftskredit	31. Januar 2005	437,8
Gabun	13-monatiger Bereitschaftskredit	28. Mai 2004	69,4
Kroatien	20-monatiger Bereitschaftskredit	4. August 2004	97,0
Peru	26-monatiger Bereitschaftskredit	9. Juni 2004	287,3
Rumänien	2-jähriger Bereitschaftskredit	7. Juli 2004	250,0
			1 327,3

¹Bei Erhöhungen wird nur der Betrag der Aufstockung aufgeführt.

angepasst werden, um wichtigen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Der IWF kann seine Quotenmittel durch Kreditaufnahme ergänzen, wofür er zwei formelle Kreditaufnahme-Vereinbarungen mit Mitgliedsländern abgeschlossen hat.

Aufgrund früherer Zusagen des IWF sowie seiner Politik, für die Kreditvergabe nur die Währungen der finanzstarken Mitgliedsländer zu verwenden, steht nur ein Teil des eingezahlten Kapitals unmittelbar zur Finanzierung neuer Kredite zur Verfügung. Das Volumen der verwendbaren IWF-Mittel erhöhte sich im Geschäftsjahr 2005, da Russland

Kasten 5.2 Erwartungen im Vergleich zu Verpflichtungen

Nach dem IWF-Abkommen (Artikel V Abschnitt 7 b) wird von den Mitgliedern erwartet, dass sie „Rückkäufe“ (Kreditrückzahlungen) vornehmen, sobald sich ihre Zahlungsbilanz- und Reserveposition verbessert. Zur Förderung einer frühzeitigen Tilgung wurden bei der im Geschäftsjahr 2001 durchgeführten Überprüfung der Fondsfazilitäten *zeitabhängige Rückkaufserwartungen* auf „Käufe“ (Kreditaufnahmen) eingeführt, die nach dem 28. November 2000 in den Kreditbranchen, unter der Erweiterten Fondsfazilität und unter der Fazilität zur kompensierenden Finanzierung vorgenommen werden. Käufe im Rahmen der Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven sind seit Einführung dieser Fazilität Rückkaufserwartungen unterworfen; im März 2003 wurden die Fälligkeiten der SRF-Erwartungen und -Verpflichtungen um ein Jahr bzw. sechs Monate verlängert. Der Zeitplan der Erwartungen sieht frühere Rückzahlungen vor als der ursprüngliche Zeitplan der Verpflichtungen, wie die Tabelle zeigt.

Auf Antrag des Mitglieds können die zeitabhängigen Rückkaufserwartungen verlängert werden.

Kreditfazilität	Verpflichtungszeitplan (Jahre)	Erwartungszeitplan (Jahre)
Bereitschaftskredit	3¼–5	2¼–4
Fazilität zur kompensierenden Finanzierung (CFF)	3¼–5	2¼–4
Erweiterte Fondsfazilität (EFF)	4½–10	4½–7
Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven(SRF)	2½–3	2–2½

¹Die Politik der zeitabhängigen Rückkaufserwartungen wird zurzeit im Rahmen einer breit angelegten Überprüfung der Gebühren und Laufzeiten der IWF-Fazilitäten überprüft.

Kasten 5.3 Finanztransaktionsplan

Der Finanztransaktionsplan, den das Exekutivdirektorium jeweils für das kommende Quartal beschließt, legt die Beträge von SZR und Währungen ausgewählter Mitglieder fest, welche für die in diesem Zeitraum erwarteten, im Allgemeinen Konto zu tätigen Überweisungen und Einnahmen genutzt werden sollen. Der IWF vergibt Kredite, indem er finanzstarke Länder ersucht, Reserveaktiva für schwächere Mitglieder mit Zahlungsbilanzbedarf bereitzustellen. Die Mitglieder, die an der Finanzierung von IWF-Devisentransaktionen teilnehmen, werden vom Exekutivdirektorium auf der Basis einer Beurteilung ihrer jeweiligen finanziellen Leistungsfähigkeit ausgewählt. Diese Beurteilungen sind letzten Endes eine Ermessenssache und berücksichtigen jüngste wie auch voraussichtliche Entwicklungen der Zahlungsbilanz und Reserven, Wechselkurstrends sowie Umfang und Laufzeit der externen Schuldenverpflichtungen.

Die von diesen Mitgliedern übertragenen und erhaltenen Beträge werden so verwaltet, dass ihre Gläubigerpositionen im IWF im Verhältnis zu ihrer Quote – dem zentralen Maßstab für die Rechte und Verpflichtungen der IWF-Mitglieder – im Wesentlichen gleich sind. Der IWF veröffentlicht auf seiner Webseite das Ergebnis des Finanztransaktionsplans für das drei Monate zuvor abgeschlossene Quartal. Zum 30. April 2005 gab es, nach der Aufnahme der Russischen Föderation im März 2005, 46 Teilnehmer am Finanztransaktionsplan.

Australien	Irland	Neuseeland	Slowenien
Belgien	Israel	Niederlande	Spanien
Botsuana	Italien	Norwegen	Thailand
Brunei Dar.	Japan	Oman	Trinidad und Tobago
Chile	Kanada	Österreich	Tschechische Rep.
China	Katar	Polen	Ungarn
Dänemark	Korea, Rep.	Portugal	Ver. Arab. Emirate
Deutschland	Kuwait	Russland	Vereinigte Staaten
Finnland	Luxemburg	Saudi-Arabien	Ver. Königreich
Frankreich	Malaysia	Schweden	Zypern
Griechenland	Mauritius	Schweiz	
Indien	Mexiko	Singapur	

Schaubild 5.1 Ausstehende reguläre Kredite, 1995–April 2005

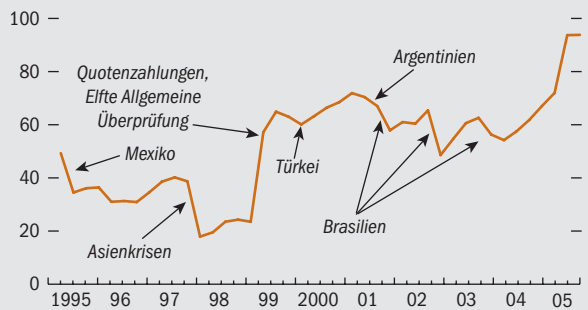
(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Schaubild 5.2 Kreditzusagekapazität des IWF für das folgende Jahr, 1995–April 2005

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Hinweis: Der IWF veröffentlicht seit Dezember 2002 Daten über die FCC. Für frühere Perioden zeigt das Schaubild Schätzungen der FCC. Die FCC erhöht sich, wenn Quotenzahlungen getätigt werden. Sie steigt ebenfalls, wenn Rückkäufe getätigt werden, und sinkt, wenn der IWF neue Finanzzusagen macht. Die Verweise auf Mitgliedsländer und die Asienkrisen zeigen ausgewählte großvolumige Finanzzusagen des IWF an Mitglieder und Mitgliedergruppen.

als ausreichend stark eingestuft wurde für die Einbeziehung seiner Währung in den Finanztransaktionsplan des IWF. (Kasten 5.3).

Die Liquidität des IWF gemessen an der künftigen Kreditzusagekapazität (Forward Commitment Capacity – FCC) stieg Ende April 2005 auf 94,3 Mrd. SZR gegenüber 58,1 Mrd. SZR Ende April 2004 (siehe Kasten 5.4). Dies war vor allem zurückzuführen auf das Auslaufen der Bereitschaftskredit-Vereinbarung mit Brasilien, den Anstieg der verwendbaren Mittel auf Grund der Nettorückzahlungen von Argentinien, Brasilien, der Türkei und Russlands sowie auf die Einbeziehung Russlands in den Finanztransaktionsplan (Schaubild 5.1).

Konzessionäre Finanzierungsaktivitäten

Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität

1999 veränderte der IWF die Zielsetzungen seiner konzessionären Ausleihfähigkeit, um eine explizite Ausrichtung auf die Armutsbekämpfung im Rahmen einer wachstumsorientierten Wirtschaftsstrategie einzuschließen. Zusammen mit der Weltbank unterstützt der IWF Strategien, die vom Kreditnehmerland unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft sowie weiterer Entwicklungspartner im Rahmen eines Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung (PRSP) erarbeitet werden. Auf Grund der neuen Zielsetzungen und Verfahren ersetzte der IWF die Erweiterte Strukturanpassungsfazilität (Enhanced Structural Adjustment Facility – ESAF) durch

die Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF), um im Rahmen von Vereinbarungen, die in Verbindung mit PRSPs entwickelt werden, Finanzierungen bereitzustellen. (In Kapitel 4 finden sich weitere Informationen zur Unterstützung von einkommensschwachen Ländern durch den IWF.)

Im Geschäftsjahr 2005 genehmigte das Exekutivdirektorium acht neue PRGF-Vereinbarungen (für Georgien, die Kirgisische Republik, die Republik Kongo, Mali, Mosambik, Niger, Sambia und Tschad) mit einem Zusagevolumen von insgesamt 434,4 Mio. SZR (Tabelle 5.2). Zusätzlich billigte das Direktorium Aufstockungen der bestehenden Vereinbarungen mit Bangladesch und Kenia in Höhe von 53,3 Mio. SZR bzw. 50 Mio. SZR. Bangladeschs Aufstockung war verbunden mit der ersten Genehmigung im Rahmen des neu geschaffenen Handelsintegrations-Mechanismus, während Kenias Aufstockung als Reaktion auf eine Dürre und den starken Ölpreisanstieg erfolgte. Die Zusage zur PRGF-Vereinbarung Aserbaidschans wurde wegen der Absage einer Überprüfung um 12,9 Mio. SZR gekürzt. Mauretanien beendete seine PRGF-Vereinbarung am 7. November 2004. Die gesamten PRGF-Auszahlungen beliefen sich im Geschäftsjahr 2005 auf 0,8 Mrd. SZR. Zum 30. April 2005 wurden 31 Reformprogramme der Mitgliedsländer durch PRGF-Vereinbarungen unterstützt. Die Zusagen beliefen sich auf insgesamt 2,9 Mrd. SZR, die nicht gezogenen Mittel auf 1,3 Mrd. SZR. Ende April 2005 betrug das ausstehende PRGF-Kreditvolumen insgesamt 6,6 Mrd. SZR (Schaubild 5.3).

Die Finanzierung der PRGF erfolgt getrennt von den quotenbezogenen Mitteln des IWF durch Treuhandfonds – den PRGF- und den PRGF-HIPC-Treuhandfonds – die vom IWF verwaltet werden.⁴ Die Treuhandfonds werden durch Beiträge eines breiten Kreises der IWF-Mitglieder und des IWF selbst finanziert. Der im Jahr 1987 eingerichtete PRGF-Treuhandfonds nimmt Kredite von Darlehensgebern – Zentralbanken, Regierungen und Regierungsinstitutionen – zu Marktzinsen oder darunter auf und vergibt sie an PRGF-berechtigte Mitgliedsländer zu einem Jahreszinssatz von 0,5 Prozent. Der PRGF-Treuhandfonds erhält Zuschüsse zur Subventionierung des Zinssatzes für PRGF-Darlehen und unterhält ein Reservekonto als Sicherheit für die ihm gewährten Kredite. Der PRGF-HIPC-Treuhandfonds wurde im Jahr 1997 eingerichtet, um von 2002 an PRGF-Aktivitäten zu subventionieren und Mittel für die Hilfen im Rahmen der HIPC-Initiative bereitzustellen.

⁴Eine umfassendere Aufstellung der Mittelherkunft für die konzessionäre Kreditvergabe des IWF findet sich in International Monetary Fund, 2001, „Financial Organization and Operations of the IMF“, Pamphlet 45, 6th ed. (Washington), verfügbar im Internet unter www.imf.org/external/pubs/ft/pam/pam45/contents.htm.

Kasten 5.4 Die Kreditvergabekapazität des IWF

Das wichtigste Liquiditätsmaß des IWF ist die künftige Kreditzusagekapazität (FCC), die als eindeutiger Indikator der Kapazität des IWF zur Vergabe neuer Darlehen konzipiert ist. Die einjährige FCC, gibt den Umfang der aus Quoteneinzahlungen stammenden Mittel an, der in den nächsten zwölf Monaten für Neukredite verfügbar ist (Schaubild 5.2).

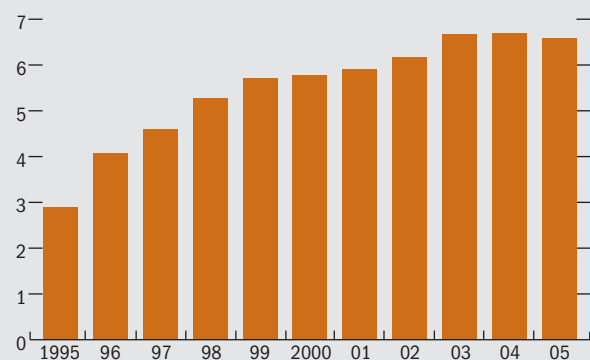
Die einjährige FCC ist definiert als der Bestand des IWF an verwendbaren Mitteln *abzüglich* der unter bestehenden Kreditvereinbarungen nicht gezogenen Beträge, *zuzüglich* der in den kommenden zwölf Monaten erwarteten Rückzahlungen, *abzüglich* einer Sicherheitsrücklage, die die Liquidität der Gläubigerforderungen gewährleisten und eine mögliche Erosion der Mittelbasis des IWF einrechnen soll. Die verwendbaren Mittel des IWF bestehen aus seinen SZR-Guthaben und seinen Beständen an Währungen der finanzstarken Mitglieder, die in den Finanztransaktionsplan aufgenommen wurden (Kasten 5.3). Die Sicherheitsrücklage beläuft sich auf 20 Prozent der Quoten der am Finanztransaktionsplan teilnehmenden Mitglieder *zuzüglich* der unter aktivierten Kreditvereinbarungen nicht gezogenen Beträge.

Informationen über die einjährige FCC werden wöchentlich (*Financial Activities: Week-at-a-Glance*) und monatlich (*Financial Resources and Liquidity*) auf der Webseite des IWF unter www.imf.org/external/fin.htm veröffentlicht.

Ende des Geschäftsjahres 2005 beliefen sich die gesamten für PRGF-Aktivitäten zur Verfügung gestellten Kreditmittel auf 15,8 Mrd. SZR. Davon waren 13,0 Mrd. SZR bereits an kreditnehmende Mitglieder zugesagt und 11,7 Mrd. SZR ausgezahlt. Es wird erwartet, dass die restlichen nicht zugesagten PRGF-Darlehensmittel in Höhe von 2,7 Mrd. SZR die prognostizierte Nachfrage nach PRGF-Mitteln bis zum Jahr 2006 abdecken. Nach Ablauf der Interims-PRGF ist der

Schaubild 5.3 Ausstehende PRGF-Kredite, 1995–2005

(Milliarden SZR; Ende des Geschäftsjahres)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Tabelle 5.2 Im GJ 2005 gebilligte PRGF-Kredite

Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum der Bewilligung	Bewilligter Betrag (Millionen SZR)
Georgien	3-jährige PRGF	4. Juni 2004	98,0
Kirgisische Republik	3-jährige PRGF	15. März 2005	8,9
Kongo, Republik	3-jährige PRGF	6. Dezember 2004	55,0
Mali	3-jährige PRGF	23. Juni 2004	9,3
Mosambik	3-jährige PRGF	6. Juli 2004	11,4
Niger	3-jährige PRGF	31. Januar 2005	6,6
Sambia	3-jährige PRGF	16. Juni 2004	220,1
Tschad	3-jährige PRGF	16. Februar 2005	25,2
Zwischensumme			434,4¹
Bangladesch	Erhöhung	28. Juli 2004	53,3
Kenia	Erhöhung	20. Dezember 2004	50,0
Aserbaidshjan	Senkung	22. Dezember 2004	(12,9)

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹Die Diskrepanz zwischen den Einzelbeträgen und der Zwischensumme ist auf Rundungen zurückzuführen.

Übergang zu einer selbsttragenden PRGF geplant. Nach der Aussprache des Exekutivdirektoriums im März 2004⁵ aktualisierte der IWF-Stab seine Schätzungen für den mittelfristigen Bedarf an PRGF-Finanzierung unter der gegenwärtigen Politik. Diese aktualisierten Schätzungen legen für den Zeitraum 2006-2010 einen Kapazitätsbedarf für PRGF-Kredite von jährlich 0,8 – 1,2 Mrd. SZR nahe. Weitere Vorausschätzungen sind erforderlich, um die möglichen Auswirkungen des Vorschlages der G8 vom Juni 2005 für eine zusätzliche Schuldenerleichterung für einkommensschwache Länder zu berücksichtigen.

Erweiterte HIPC-Initiative

Die HIPC-Initiative, die ursprünglich im Jahr 1996 von IWF und Weltbank ins Leben gerufen wurde, erfuhr 1999 eine beträchtliche Stärkung, um eine tiefere, schnellere und breitere Schuldenentlastung der stark verschuldeten armen Länder der Welt zu ermöglichen. Zum 30. April 2005 hatten 27 Länder im Rahmen der erweiterten Initiative und ein Land (Côte d'Ivoire) im Rahmen der ursprünglichen Initiative ihren Entscheidungszeitpunkt erreicht; 18 davon hatten im Rahmen der erweiterten Initiative ihren Abschlusszeitpunkt erreicht (siehe auch Kapitel 4).

Unter der HIPC-Initiative leistet der IWF Unterstützung in Form von Zuschüssen, die für einen Teil des Schuldendienstes des Mitgliedslandes gegenüber dem Fonds verwendet werden. Zum 30. April 2005 hatte der IWF Zuschüsse in Höhe von 1,8 Mrd. SZR an folgende Länder zugesagt: Äthiopien, Benin, Bolivien, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Honduras,

Kamerun, Demokratische Republik Kongo, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Nicaragua, Niger, Ruanda, Sambia, São Tomé und Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Tansania, Tschad und Uganda. Fünf Mitglieder (Ghana, Honduras, Madagaskar, Ruanda und Sambia) erreichten im Laufe des Geschäftsjahres 2005 ihren Abschlusszeitpunkt unter der erweiterten HIPC-Initiative. Zum 30. April 2005 betragen die gesamten Auszahlungen des IWF für Hilfen im Rahmen der HIPC-Initiative 1,5 Mrd. SZR (Tabelle 5.3).

Im Geschäftsjahr 2005 hat das Exekutivdirektorium des IWF zusätzliche HIPC-Hilfen in Höhe von 51,8 Mio. SZR für vier Mitglieder (Äthiopien, Burkina Faso, Niger und Ruanda) gebilligt.⁶

Im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative kann ein Teil der zum Entscheidungszeitpunkt zugesagten Mittel ausbezahlt werden, bevor das Land seinen Abschlusszeitpunkt erreicht. Diese Unterstützung des IWF kann sich auf bis zu 20 Prozent jährlich mit einem kumulierten Höchstbetrag von 60 Prozent des insgesamt zugesagten HIPC-Unterstützungsbetrags belaufen. Unter außergewöhnlichen Umständen können der jährliche und der kumulierte Höchstbetrag auf bis zu 25 Prozent bzw. 75 Prozent erhöht werden. Im Geschäftsjahr 2005 wurden Interim-Hilfen in Höhe von 7,0 Mio. SZR an drei Länder gezahlt. Zum 30. April 2005 waren 624,2 Mio. SZR als Interim-Unterstützung ausgezahlt.

Es müssen noch Mittel aufgebracht werden, um den IWF-Teil der Unterstützung zu finanzieren, die im Rahmen der HIPC-Initiative für drei Länderfälle mit hartnäckigen Zahlungsrückständen – Liberia, Somalia und Sudan – bereitgestellt wird. Des Weiteren sind die mit weiteren Aufstockungen („topping-up“) und der Verlängerung des Auslaufdatums der HIPC-Initiative verbundenen möglichen Kosten noch nicht genau bestimmt. Außerdem hätten die jüngsten Forderungen, weitere Schuldenerleichterungen in Betracht zu ziehen, ebenfalls weit reichende Auswirkungen auf die IWF-Finanzen. Das Exekutivdirektorium des IWF überprüft in diesem Zusammenhang die Auswirkungen des G8-Vorschlages über zusätzliche Schuldenerleichterung auf die Finanzen und die Geschäftspolitik des IWF (Kasten 5.5).

⁵Kasten 7.6 des IWF-Jahresberichts 2004 bietet ausführlichere Informationen zu dieser Direktoriumsdebatte über die mittelfristige Finanzierung von PRGF-Operationen.

⁶Darin enthalten sind 12,98 Mio. SZR an zusätzlicher HIPC-Hilfe, die für Ruanda genehmigt sind, sofern der IWF von anderen Gläubigern befriedigende Finanzierungszusagen erhält.

Kasten 5.5 Weitere Entschuldung über die HIPC-Initiative hinaus und ihre Finanzierung

Auf der Jahrestagung 2004 von IWF und Weltbank forderte der Internationale Währungs- und Finanzausschuss die internationale Gemeinschaft einschließlich des IWF auf, eine weitere – über die HIPC-Initiative hinausgehende – Schuldenerleichterung für einkommensschwache Länder zu prüfen. Das Exekutivdirektorium des IWF diskutierte diesbezüglich im März 2005 zwei Stabsdokumente zu Schlüsselfragen hinsichtlich einer weiteren Entschuldung und deren Finanzierung.

Das Papier über die weitere Entschuldung bot die Möglichkeit zu diskutieren, wie die Schuldenerleichterung den einkommensschwachen Ländern helfen kann, ihre Probleme zu lösen und Fortschritte bei der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) zu erreichen. Eine weitere Schuldenerleichterung bietet die Perspektive, die Bedenken hinsichtlich der Schuldentragfähigkeit zu verringern, zusätzliche Finanzmittel zur Verwirklichung der MDGs anzuziehen und eine vorhersehbare Haushaltsunterstützung mit relativ niedrigen Transaktionskosten für die Empfänger zu sichern. Zu den Nachteilen gehört die Möglichkeit, dass ungebührliches Risikoverhalten gefördert wird und dass Fragen hinsichtlich der Gerechtigkeit dieser Vorgehensweise aufgeworfen werden, da knappe Mittel auf der Grundlage früherer Kreditaufnahmen vergeben werden, ohne die breiter gefasste Agenda der Reformen zu berücksichtigen, die erforderlich sind, um Fortschritte bei der Verwirklichung der MDGs zu beschleunigen. Die Direktoren betonten, dass der Nutzen einer weiteren Entschuldung entscheidend von der Entschlossenheit der Spender abhängt, den Gesamtbetrag der Entwicklungshilfe zu erhöhen, um eine Aufstockung des Nettokapitaltransfers in diese Länder zu

sichern. Des Weiteren sollte dieser Nutzen gegen andere Möglichkeiten des Einsatzes knapper Mittel abgewogen werden.

Das Finanzierungsdokument betonte die engen Verflechtungen zwischen der Finanzierung weiterer Schuldenerleichterungen und der Finanzierung der laufenden Kreditaktivitäten des IWF in einkommensschwachen Ländern. Die Direktoren stimmten überein, dass es entscheidend ist sicherzustellen, dass der IWF über angemessene Finanzmittel verfügt, um die künftige Nachfrage nach konzessionären Krediten bedienen zu können.

Im Juni 2005 unterbreiteten die Finanzminister der Gruppe der acht führenden Industrieländer (G8) den Vorschlag, dass der IWF, die Weltbank und die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) 100 Prozent ihrer Forderungen gegenüber 18 Ländern streichen, die im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative den Abschlusszeitpunkt erreicht haben. Die Forderungen gegenüber den anderen HIPC-Ländern (zurzeit 17 Länder), sollten erlassen werden, sobald sie den Abschlusszeitpunkt erreichen.¹ Zu den wesentlichen Punkten des G8-Vorschlages zählen die Folgenden:

- Die Geber gewähren zusätzliche Beiträge für die Internationale Entwicklungsorganisation (die Organisation der Weltbank-Gruppe, die Kredite zu Vorzugsbedingungen vergibt) und die AfDB auf der Grundlage einer vereinbarten Lastenteilung, um die Kosten, die diesen Institutionen durch die Entschuldung entstehen, voll zu erstatten.
- Die Kosten, die dem IWF durch die Schuldenerleichterung entstehen, werden vollständig durch die bestehenden IWF-Mittel gedeckt, ohne die Finanzierungskapazität

des IWF zu beeinträchtigen.

- In den Fällen, in denen laufende oder geplante Entschuldungsverpflichtungen nicht durch den Einsatz der bestehenden IWF-Mittel gedeckt werden können (zum Beispiel Somalia, Liberia oder Sudan) verpflichten sich die Geber, die zusätzlichen erforderlichen Mittel bereitzustellen. Die G8-Finanzminister verpflichten sich, dem IWF in den kommenden drei Jahren einen Mindestbetrag von 350 Mio. \$ auf der Grundlage einer fairen Lastenteilung zur Verfügung zu stellen, um Kosten zu decken, die nur schwer vorherzusehen sind und die die bestehenden Mittel überschreiten. Sie verpflichten sich außerdem, die Kosten für die Länder zu tragen, die durch die Verlängerung der Befristung Anspruch auf HIPC-Hilfe bekommen (siehe Kapitel 4). Sie riefen des Weiteren zu freiwilligen Beiträgen zu einem neuen Treuhandfonds auf, durch den arme Länder unterstützt werden sollen, die mit Rohstoffpreis-Schwankungen und anderen externen Schocks zu kämpfen haben.

Das Exekutivdirektorium des IWF erörterte den G8-Vorschlag Ende Juni 2005. Die Direktoren forderten den Stab auf, den Vorschlag sorgfältig hinsichtlich seiner rechtlichen, finanziellen und geschäftspolitischen Auswirkungen auf den IWF zu beurteilen und gegebenenfalls Änderungsvorschläge zu unterbreiten.

¹Die folgenden 18 Länder wären sofort anspruchsberechtigt: Äthiopien, Benin, Bolivien, Burkina Faso, Ghana, Guyana, Honduras, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mosambik, Nicaragua, Niger, Ruanda, Sambia, Senegal, Tansania und Uganda. Wenn die übrigen HIPC-Länder ihren Abschlusszeitpunkt erreichen, werden sie ebenfalls anspruchsberechtigt.

Finanzierung der PRGF-Subventionen und der HIPC-Initiative

Die Finanzierung der Subventionserfordernisse der PRGF sowie der Beteiligung des IWF an der erweiterten HIPC-Initiative erfolgt durch den PRGF- und den PRGF-HIPC-Treuhandfonds. Die für diese Zwecke bis zum Jahr 2019 erforderlichen Mittel werden unter den derzeitigen Rahmenbedingungen auf Kassenbasis auf insgesamt 6,3 Mrd. SZR geschätzt: Für PRGF-Subventionen werden 4,1 Mrd. SZR und für die Kosten der HIPC-Unterstützung des IWF 2,2 Mrd. SZR veranschlagt. (Weitere Hochrechnungen sind erforderlich, um die möglichen Auswirkungen des G8-

Vorschlags für zusätzliche Schuldenerleichterung zu berücksichtigen.) Diese Finanzierungsanforderungen hängen von der unterstellten Zinshöhe ab. Voraussichtlich können sie vollständig durch bilaterale Beiträge der Mitgliedsländer und durch den IWF selbst aufgebracht werden.

Die bilateralen Zusagen für den PRGF- und den PRGF-HIPC-Treuhandfonds stammen von einem weiten Querschnitt der IWF-Mitglieder (94 Länder haben ihre Unterstützung zugesagt), was die breite Unterstützung für die PRGF und die HIPC-Initiative zeigt. Die bilateralen Beiträge bis zum Jahr 2019 werden auf Kassenbasis auf 3,6 Mrd. SZR geschätzt. Bis Ende April 2005 waren alle

Tabelle 5.3 Stand der IWF-Zusagen für HIPC-Unterstützung

(Millionen SZR; per 30. April 2005)

Mitglied	Entscheidungszeitpunkt	Abschlusszeitpunkt	Zugesagter Betrag	Ausgezahlter Betrag ¹
Unter der ursprünglichen HIPC-Initiative				
Bolivien	Sep. 1997	Sep. 1998	21,2	21,2
Burkina Faso	Sep. 1997	Jul. 2000	16,3	16,3
Côte d'Ivoire	Mär. 1998	–	16,7 ²	–
Guyana	Dez. 1997	Mai 1999	25,6	25,6
Mali	Sep. 1998	Sep. 2000	10,8	10,8
Mosambik	Apr. 1998	Jun. 1999	93,2	93,2
Uganda	Apr. 1997	Apr. 1998	51,5	51,5
Ursprüngliche HIPC-Initiative insgesamt			235,3	218,6
Unter der erweiterten HIPC-Initiative				
Äthiopien	Nov. 2001	Apr. 2004	45,1	46,3
Benin	Jul. 2000	Mär. 2003	18,4	20,1
Bolivien	Feb. 2000	Jun. 2001	41,1	44,2
Burkina Faso	Jul. 2000	Apr. 2002	27,7	29,7
Gambia	Dez. 2000	Gleitend	1,8	0,1
Ghana	Feb. 2002	Jul. 2004	90,1	94,3
Guinea	Dez. 2000	Gleitend	24,2	5,2
Guinea-Bissau	Dez. 2000	Gleitend	9,2	0,5
Guyana	Nov. 2000	Dez. 2003	31,1	34,0
Honduras	Jun. 2000	Apr. 2005	22,7	22,7
Kamerun	Okt. 2000	Gleitend	28,5	5,5
Kongo, Dem. Rep.	Jul. 2003	Gleitend	228,3 ³	2,3
Madagaskar	Dez. 2000	Okt. 2004	14,7	16,4
Malawi	Dez. 2000	Gleitend	23,1	6,9
Mali	Sep. 2000	Mär. 2003	34,7	38,5
Mauretanien	Feb. 2000	Jun. 2002	34,8	38,4
Mosambik	Apr. 2000	Sep. 2001	13,7	14,8
Nicaragua	Dez. 2000	Jan. 2004	63,5	71,2
Niger	Dez. 2000	Apr. 2004	31,2	33,8
Ruanda	Dez. 2000	Apr. 2005	33,8 ⁴	33,8
Sambia	Dez. 2000	Apr. 2005	468,8	468,8
São Tomé und Príncipe	Dez. 2000	Gleitend	–	–
Senegal	Jun. 2000	Apr. 2004	33,8	38,4
Sierra Leone	Mär. 2002	Gleitend	98,5	62,0
Tansania	Apr. 2000	Nov. 2001	89,0	96,4
Tschad	Mai 2001	Gleitend	14,3	8,6
Uganda	Feb. 2000	Mai 2000	68,1	70,2
Erweiterte HIPC-Initiative insgesamt			1 590,2	1 303,1
Gesamtbetrag			1 825,5	1 521,7

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹Einschließlich Zinsen auf unter der erweiterten HIPC-Initiative zugesagte Beträge.²Zu am Entscheidungszeitpunkt (17. März 1998) geltenden Wechselkursen beläuft sich der zugesagte Betrag auf 22,5 Mio. \$.³Der zugesagte Betrag entspricht dem Restbetrag der gesamten HIPC-Unterstützung des IWF in Höhe von 337,9 Mio. SZR nach Abzug von 109,6 Mio. SZR, dem konzessionären Element der Auszahlung eines PRGF-Kredits nach Begleichung der Rückstände der Dem. Rep. Kongo an den IWF am 12. Juni 2002.⁴Ohne die zusätzliche Hilfe in Höhe von 12,98 Mio. SZR, die im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative vorbehaltlich zufriedener stellernder Finanzierungszusagen anderer Gläubiger bewilligt wurde.

zugesagten bilateralen Beiträge an den PRGF-Treuhandfonds sowie 98 Prozent der gesamten Beiträge an den PRGF-HIPC-Treuhandfonds geleistet worden. Die zugesagten Beiträge von zehn Ländern in Höhe von etwa 32 Mio. SZR stehen noch aus.

Die eigenen Beiträge des IWF belaufen sich auf 2,6 Mrd. SZR, wovon 2,2 Mrd. SZR auf den PRGF-HIPC-Treuhandfonds entfallen. Der Großteil dieser Beiträge stammt aus den erwarteten Anlageerträgen der Nettoerlöse in Höhe

von 2,2 Mrd. SZR, die in den Jahren 1999-2000 durch Goldverkäufe außerhalb des Marktes erzielt wurden (siehe *Jahresbericht 2000*, Seite 81). Die Erträge aus der Anlage der bei den Goldverkäufen erzielten Erlöse, die im Konto für Sonderverwendungen (Special Disbursement Account – SDA) eingestellt sind, dürfen bis zu einer Obergrenze von 1,76 Mrd. SZR zur Deckung des IWF-Anteils an der HIPC-Initiative verwendet werden.

Zu den weiteren Beiträgen des IWF gehören eine einmalige Übertragung von 0,4 Mrd. SZR vom SDA an den PRGF-Treuhandfonds aus dem Jahr 1994 sowie der Verzicht auf Rückerstattung der Verwaltungskosten, die im Zusammenhang mit PRGF-Operationen in den Geschäftsjahren 1998-2004 anfielen, vom PRGF-Reservekonto an das Allgemeine Konto. Der entsprechende Betrag wird stattdessen auf den PRGF-HIPC-Treuhandfonds übertragen. Zusätzlich wurde ein Teil des Zinsaufschlags, der in den Jahren 1998 und 1999 auf Finanzierungen im Rahmen der Fazilität zur Stärkung der Währungsreserven (SRF) erhoben wurde, auf den PRGF-HIPC-Treuhandfonds übertragen. Dies wurde ermöglicht, weil die Finanzierungen in Zusammenhang mit der Aktivierung der Neuen Kreditvereinbarungen standen. Außerdem werden die Anlageerträge aus den Beständen der beiden Treuhandfonds für die Finanzierung der PRGF-Kreditsubventionen und der HIPC-Initiative herangezogen.

Anlagen zur Unterstützung von konzessionärer Finanzierung und HIPC-Initiative

Zur Finanzierung der PRGF-Subventionen und der HIPC-Initiative legt der IWF Mittel in einem diversifizierten Portfolio aus festverzinslichen Wertpapieren an, die von Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen begeben wurden. Zum 30. April 2005 betrug der Gesamtwert dieser Anlagen 9,6 Mrd. SZR.

Im März 2000 verabschiedete das Exekutivdirektorium des IWF Anlageziele und Risikotoleranz-Parameter, die die Anlageerträge im Lauf der Zeit steigern und gleichzeitig umsichtige Risikobegrenzungen gewährleisten sollen.⁷ Im Rahmen dieser Anlagestrategie wurde etwa die Hälfte der Mittel in Portfolios mit festverzinslichen Wertpapieren angelegt, die derzeit von der Weltbank und zwei privaten externen Managern verwaltet werden. Die restlichen Mittel wurden in kurzfristigen Einlagen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich angelegt. Dadurch wird eine Liquiditätsranche geschaffen und es wird den mit bestimmten Gebern getroffenen Verwaltungsvereinbarungen entsprochen.

Währungsrisiken werden minimiert, indem der Erwerb von Wertpapieren auf die Denominierungen der vier im SZR-Korb enthaltenen Währungen beschränkt wird (Euro, japanischer Yen, Pfund Sterling und US-Dollar). Um im Einklang mit der Gewichtung des SZR-Korbes zu bleiben, wird das Gewicht jeder Währung im Portfolio außerdem regelmäßig angepasst.

Für das am 30. April 2005 abgelaufene Jahr betrug die Jahresrendite des Portfolios 2,1 Prozent gegenüber 1,7 Prozent im Vorjahr. In den fünf Jahren seit Bestehen der Anlagestrategie belief sich die durchschnittliche Jahresrendite des Portfolios auf 3,5 Prozent.

Nothilfe

Der IWF gewährt sowohl Ländern in der Konfliktfolgezeit als auch von Naturkatastrophen betroffenen Ländern Nothilfe in Form von Krediten, die dem Grundgebührensatz des IWF unterliegen. Im Mai 2001 wurde die Bereitstellung von Nothilfe für Länder in der Konfliktfolgezeit (EPCA) für PRGF-berechtigte Länder zu einem subventionierten jährlichen Gebührensatz von 0,5 Prozent beschlossen. Gleichzeitig wurde ein Verwaltungskonto für Beiträge bilateraler Geber eingerichtet. Im Januar 2005 entschied das Exekutivdirektorium des IWF, die Subventionierung für PRGF-berechtigte Länder auf die Nothilfe bei Naturkatastrophen (ENDA) auszudehnen – soweit ausreichende Mittel verfügbar sind. Von den Mitgliedsländern wurden daraufhin neue bilaterale Beiträge erbeten. Das bestehende Verwaltungskonto wurde in drei Unterkonten aufgeteilt, die eine Zweckbindung bilateraler Beiträge entweder für EPCA bzw. ENDA ermöglichen oder aber eine flexible Verwendung für beide Arten der Nothilfe vorsehen.

⁷Vor dieser Änderung der Anlagestrategie wurden die Aktiva in kurzfristigen, in SZR denominierten Einlagen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich angelegt.

Tabelle 5.4 Beiträge zur Subventionierung von Nothilfe

(Millionen SZR; per 30. April 2005)

Beitrag leistendes Land	Zugesagter Betrag	Erhaltener Betrag	Ausgezählte Subvention
Unterkonto 1: Subvention der Nothilfe nach Konflikten			
Belgien	0,6	0,6	0,3
Kanada	1,7	1,7	–
Norwegen	3,0	3,0	–
Schweden	0,8	0,8	0,8
Schweiz	0,8	0,8	–
Vereinigtes Königreich	2,9	2,9	1,1
Zwischensumme	9,7	9,7	2,2
Unterkonto 2: Subvention der Nothilfe bei Naturkatastrophen			
Indien	1,5	–	–
Japan	1,6	–	–
Kanada	2,6	0,5	–
Luxemburg	1,1	–	–
Österreich	0,7	–	–
Russland	1,0	–	–
Saudi-Arabien	2,6	–	–
Schweiz	1,3	–	–
Zwischensumme	12,5	0,5	0,0
Unterkonto 3: Subvention der Nothilfe nach Konflikten und bei Naturkatastrophen			
Frankreich	1,3	–	–
Niederlande	2,8	1,5	–
Norwegen	1,1	1,1	–
Schweden	6,6	6,6	–
Vereinigtes Königreich	1,2	1,2	0,1
Zwischensumme	12,9	10,3	0,1
Gesamtbeitrag	35,1	20,6	2,3

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Bis Ende April 2005 hatten 14 Mitgliedsländer bilaterale Beiträge in Höhe von insgesamt 35,1 Mio. SZR für die Subventionierung der Nothilfe zugesagt (Tabelle 5.4). Davon entfallen 23,9 Mio. SZR auf neue Zusagen, die nach dem Beschluss vom Januar 2005 eingegangen sind. 9,7 Mio. SZR des Gesamtvolumens sind ausschließlich für die Subventionierung der EPCA verfügbar, 12,5 Mio. SZR allein für ENDA und 12,9 Mio. SZR für beide Arten von Nothilfe.

Im Geschäftsjahr 2005 nahmen sechs Länder Ziehungen im Rahmen der Nothilfe vor. Drei Ziehungen wurden unter der ENDA getätigt – 2,9 Mio. SZR für Grenada im November 2004, 4,1 Mio. SZR für die Malediven im März 2005 und 103,4 Mio. SZR für Sri Lanka ebenfalls im März 2005. Weitere drei Ziehungen erfolgten unter der EPCA – 5,6 Mio. SZR für die Zentralafrikanische Republik im Juli 2004, 297,1 Mio. SZR für den Irak im Oktober 2004 und 10,2 Mio. SZR für Haiti im Januar 2005. Von den genannten sechs Ländern kann nur der Irak keine Subventionierung der Nothilfe in Anspruch nehmen, da er nicht PRGF-berechtigt ist.

Bisher wurden insgesamt 2,2 Mio. SZR aus dem Verwaltungskonto ausgezahlt, um den Gebührensatz der EPCA für neun Länder zu subventionieren (Albanien, Burundi, Guinea-Bissau, Haiti, die Republik Kongo, Ruanda, Sierra Leone, Tadschikistan und die Zentralafrikanische Republik). Davon haben nur noch drei Länder ausstehende Ziehungen im Rahmen der EPCA – Haiti, die Republik Kongo und die Zentralafrikanische Republik. Insgesamt wurden bisher 0,1 Mio. SZR ausgezahlt, um die Zinsen auf ENDA-Kredite für zwei Länder zu subventionieren (Grenada und Malawi). Der Zugang dieser beiden Länder zur Subventionierung basiert auf einer Entscheidung des Exekutivdirektoriums vom Januar 2005. Zum 30. April 2005 hatten vier Länder – Grenada, Malawi, die Malediven und Sri Lanka – ausstehende Ziehungen im Rahmen der ENDA.

Ertragslage, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung

Wie andere Finanzinstitutionen erzielt der IWF Einkommen durch Zinsen und Gebühren auf seine Kredite und verwendet diese Erträge zur Deckung der Finanzierungskosten, der Verwaltungsausgaben und zum Aufbau von Risikorücklagen. Der Rückgriff des IWF auf Quotenzeichnungen und intern erzielte Mittel verleiht ihm eine gewisse Flexibilität bei der Festlegung des Grundgebührensatzes. Der IWF muss allerdings auch sicherstellen, dass er seinen Kreditgebern einen konkurrenzfähigen Zinssatz für ihre Forderungen gegenüber dem IWF bietet.

Der Grundgebührensatz für reguläre Ausleihungen wird zu Beginn des Geschäftsjahres als Prozentsatz des SZR-Zinssatzes (siehe unten „Entwicklungen bei den SZR“) so festgelegt, dass für das Geschäftsjahr ein vereinbartes Nettoeinkommensziel erreicht wird. Dieser Zinssatz soll die Refinanzierungskosten und die Verwaltungsausgaben abdecken und zusätzlich Einstellungen in die Rücklagen des IWF ermöglichen. Der genaue Prozentsatz basiert auf Schätzungen des Einkommens und der Ausgaben im Geschäftsjahr. Er kann zur Mitte des Geschäftsjahres auf der Grundlage des tatsächlichen Nettoeinkommens angepasst werden, falls eine deutliche Abweichung des gesamten Jahreseinkommens von den Projektionen zu erwarten ist. Zum Ende des Geschäftsjahres wird das über die Zielgröße hinausgehende Einkommen jenen Mitgliedern zurückerstattet, die während des Jahres Gebührenzahlungen geleistet haben. Fehlbeträge werden im Folgejahr ausgeglichen.

Der IWF belegt die nach dem 28. November 2000 vergebenen Kredite mit Zinsaufschlägen, die vom Volumen der ausstehenden Kredite abhängen, um einer übermäßig hohen Kreditanspruchnahme im Rahmen der Kredittranchen und unter den Erweiterten Vereinbarungen entgegenzuwirken. Des Weiteren erhebt der IWF Gebührenaufschläge auf kürzerfristige Kredite im Rahmen der Fazilität zur Stär-

kung der Währungsreserven. Diese Aufschläge variieren in Abhängigkeit von der Zeitspanne, die die Kredite ausstehen. Das aus den Aufschlägen erzielte Einkommen wird in die Rücklagen des IWF eingestellt und fließt nicht in die Berechnung des Nettoeinkommensziels für das Jahr ein.

Darüber hinaus erzielt der IWF Einkommen von Kreditnehmern in Form von Bearbeitungs-, Bereitstellungs- und Sondergebühren. Eine einmalige Bearbeitungsgebühr in Höhe von 0,5 Prozent wird auf jede Kreditauszahlung aus dem Allgemeinen Konto erhoben. Auf Kredite im Rahmen der Bereitschaftskredit- und der Erweiterten Vereinbarungen wird eine erstattungsfähige Bereitstellungsgebühr erhoben. Diese ist zu Beginn jeder Zwölfmonatsperiode der Vereinbarungen auf die Beträge zu entrichten, die in diesem Zeitraum gezogen werden können, einschließlich der im Rahmen der SRF verfügbaren Mittel. Die Gebühr beträgt 0,25 Prozent auf zugesagte Beträge bis zu 100 Prozent der Quote und 0,10 Prozent für Beträge, die 100 Prozent der Quote überschreiten. Im Fall der Inanspruchnahme von Krediten wird die Bereitstellungsgebühr proportional zu den gezogenen Beträgen zurückerstattet. Des Weiteren erhebt der IWF Sondergebühren auf überfällige Tilgungszahlungen sowie auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Der IWF zahlt seinen Kreditgebern auf Basis des SZR-Zinssatzes Zinsen (Vergütung) auf ihre Forderungen gegenüber dem IWF (Reserveposition). Der Grundvergütungssatz liegt derzeit bei 100 Prozent des SZR-Zinssatzes (im IWF-Übereinkommen festgelegte Obergrenze). Erlaubt ist jedoch eine niedrigere Festlegung bis auf 80 Prozent des SZR-Zinssatzes (Untergrenze).

Seit 1986 unterliegen Gebühren- und Vergütungssatz einem Lastenteilungs-Mechanismus, der die Kosten überfälliger finanzieller Verpflichtungen zwischen Gläubiger- und Schuldnermitgliedern verteilt. Einkommensverluste, die aus nicht gezahlten Zinsverpflichtungen resultieren, die mindestens sechs Monate überfällig sind, werden durch eine Erhöhung des Gebührensatzes sowie eine Senkung des Vergütungssatzes ausgeglichen. Die so vereinnahmten Beträge werden nach Begleichung der überfälligen Zinsen zurückerstattet. Zusätzlich werden Anpassungen des Grundgebühren- und Vergütungssatzes vorgenommen, um Mittel für ein Sonderkonto für Eventualfälle (Special Contingent Account – SCA-1) zu erzielen. Dieses Sonderkonto wurde speziell zu dem Zweck eingerichtet, den IWF vor Verlustrisiken zu schützen, die aus Zahlungsrückständen resultieren. Im Geschäftsjahr 2005 führten die Anpassungen für nicht gezahlte Zinsverpflichtungen und die Zuführung zum SCA-1 zusammengenommen zu einer Anhebung des Grundgebührensatzes um zehn Basispunkte und einer Verringerung des Vergütungssatzes um elf Basispunkte. Die angepassten Durchschnittssätze für Gebühren und Vergü-

tungen beliefen sich im Geschäftsjahr auf 3,10 Prozent bzw. 1,98 Prozent.

Im April 2004 wurde der Grundgebührensatz für das Geschäftsjahr 2005 zunächst auf 154,0 Prozent des SZR-Zinssatzes festgelegt. Mitte des Jahres wurde er jedoch auf 136,0 Prozent des SZR-Zinssatzes gesenkt, um das vereinbarte Nettoeinkommensziel von 191 Mio. SZR (ohne Einkommen aus Gebührenaufschlägen) zu erreichen. Das Nettoeinkommen betrug 244 Mio. SZR und überschritt damit das Ziel um 53 Mio. SZR. Dies ist vor allem auf den Anstieg des SZR-Zinssatzes zurückzuführen, der nur teilweise von einer unerwartet geringen IWF-Kreditvergabe sowie höheren, in SZR denominierten Verwaltungsausgaben im Allgemeinen Konto (ohne Rückerstattungen) ausgeglichen wurde. Gemäß den zu Beginn des Geschäftsjahres 2005 getroffenen Entscheidungen wurde dieser Überschuss an die kreditnehmenden Mitglieder zurückerstattet, indem der für die erste Hälfte des Geschäftsjahres 2005 geltende Gebührensatz rückwirkend von 154,0 auf 144,0 Prozent des SZR-Zinssatzes gesenkt wurde. Das Einkommen aus SRF-bezogenen und volumenabhängigen Gebührenaufschlägen belief sich im Geschäftsjahr 2005 auf 636 Mio. SZR. Bereinigt um die mit der Verwaltung des PRGF-Treuhandfonds verbundenen Ausgaben (54 Mio. SZR)⁸ und um die Kosten der Rückstellungen für Pensionen und andere Leistungen für Stabsmitarbeiter im Ruhestand (160 Mio. SZR) betrug das Nettoeinkommen des Jahres insgesamt 613 Mio. SZR. Dieser Betrag wurde den Rücklagen des IWF zugeführt. Davon wurden 582 Mio. SZR (Einkommen aus Gebührenaufschlägen minus Verwaltungskosten des PRGF-Treuhandfonds) in die Allgemeine Rücklage eingestellt und der Rest in die Sonderrücklage.

Im April 2005 beschloss das Exekutivdirektorium, den Gebührensatz als festen Marge über dem SZR-Zinssatz zu berechnen statt proportional zum SZR-Zinssatz. Diese Änderung in der Ermittlung des Grundgebührensatzes soll die Transparenz erhöhen und den Gebührensatz stabilisieren. Für das Geschäftsjahr 2006 wurde die Marge auf 108 Basispunkte über dem SZR-Zinssatz festgesetzt. Des Weiteren entschied das Direktorium, die in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 2005 begonnene Überprüfung des IWF-Finanzierungsmechanismus fortzusetzen.

Kreditrisikosteuerung im IWF und Niveau der Risikorücklagen

Der IWF begrenzt das Kreditrisiko durch eine rigorose Umsetzung der Grundsätze für seine Mittelverwendung,

⁸Wie im April 2004 beschlossen, werden dem Allgemeinen Konto des IWF die Verwaltungsausgaben des PRGF-Treuhandfonds nicht erstattet. Stattdessen verbleiben die Mittel im PRGF-Treuhandfonds zur Deckung des Bedarfs an konzessionärer Finanzierung.

durch eine sorgfältige Liquiditätssteuerung sowie durch den Aufbau angemessener Risikorücklagen.⁹

Kreditrisikosteuerung

Die bedeutendsten Kreditrisiken für den IWF ergeben sich aus umfangreichen Kreditvereinbarungen mit Ländern mittleren Einkommens. Ende April 2005 entfielen auf drei Länder (Argentinien, Brasilien und die Türkei) rund 73 Prozent aller im Allgemeinen Konto ausstehenden Kredite; diese drei Länder machten zusammen mit Indonesien und Uruguay 89 Prozent aus. Das IWF-Übereinkommen erteilt dem IWF das Mandat, kooperierenden Mitgliedern – auch jenen in sehr schwierigen Umständen – zu helfen. Demzufolge können sich der Umfang und die Risikobewertung des IWF-Kreditportfolios in kurzer Zeit drastisch ändern. Eine solide Risikosteuerung verlangt vom IWF, auf mögliche Zahlungsunterbrechungen vorbereitet zu sein, die sich aus einer Zunahme und Konzentration seiner ausstehenden Kredite ergeben können. Aufgrund des kooperativen Charakters des IWF und seiner Aufgabe, die globale makroökonomische Stabilität als öffentliches Gut zu fördern, ist eine Diversifizierung der Kreditvergabe jedoch kein Ziel des Fonds und kann es auch nicht sein.

Die besonderen Merkmale des institutionellen Rahmens und der Finanzierungsaufgabe des IWF legen zwar nahe, dass sich eine hohe Kreditkonzentration in einer unsicheren Welt nicht vermeiden lässt, eine solche Konzentration bedeutet jedoch für den IWF nicht das gleiche Risiko wie für andere Finanzinstitutionen. Ein wichtiges Instrument zur Begrenzung des finanziellen Risikos ist der bevorzugte Gläubigerstatus des IWF, der zur Folge hat, dass die Mitglieder der Rückzahlung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF Vorrang gegenüber anderen Gläubigern einräumen. Dies ist von grundlegender Bedeutung für die Rolle des IWF im internationalen Finanzsystem und für den Finanzierungsmechanismus des IWF. Sein bevorzugter Gläubigerstatus gestattet es dem IWF, die erforderlichen Risiken auf sich zu nehmen, um Mitgliedern in außergewöhnlich schwierigen Zahlungsbilanzsituationen Finanzhilfe zu gewähren und so ihre Bemühungen zu unterstützen, eine weit reichende Anpassungspolitik umzusetzen, ohne Maßnahmen ergreifen zu müssen, die dem nationalen und internationalen Wohlstand schaden. Die IWF-Grundsätze über den Zugang zu seinen Mitteln und über den Einsatz dieser Mittel sind zusammen mit einer wirksamen Krisenvorbeugung und Konditionalität zur Förderung überzeugender, von den Ländern selbst getragener Programme die wichtigsten Bestandteile des IWF-Regelwerks zur Risikosteuerung. Die Bereitschaft eines IWF-Mitglieds, eine solide Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die Konditionalität

⁹Ausführlichere Informationen finden sich auf der Webseite des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn0416.htm.

Kasten 5.6 Zwölfte und Dreizehnte Allgemeine Quotenüberprüfung

Der IWF führt normalerweise alle fünf Jahre eine allgemeine Überprüfung der Quoten seiner Mitgliedsländer durch, um die Angemessenheit seiner Ressourcenbasis zu beurteilen und um die Quoten einzelner Mitglieder so anzupassen, dass sie ihrer veränderten relativen Position in der Weltwirtschaft Rechnung tragen. Das Exekutivdirektorium schloss die Zwölfte Allgemeine Quotenüberprüfung am 30. Januar 2003 ohne Vorschlag für eine Erhöhung (oder Anpassung) ab. Damit bleibt das maximale Quotenvolumen unverändert bei 213,7 Mrd. SZR.

Während der Dreizehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung, die mit dem Abschluss der Zwölften Überprüfung begann, wird das Exekutivdirektorium des IWF die Angemessenheit der IWF-Ressourcen sorgfältig überwachen und bewerten, Maßnahmen erwägen, um eine Quotenverteilung zu erreichen, die die Entwicklungen in der Weltwirtschaft widerspiegelt, und Schritte zur Stärkung der Führungs- und Kontrollmechanismen des IWF prüfen. Der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) betonte im April 2005, dass der Zeitraum der Dreizehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung den Mitgliedern die Gelegenheit bietet, in Fragen, die Quoten, Mitsprache und Beteiligung betreffen, auf einen Konsens hin zu arbeiten.

des IWF und die bestehenden Sicherungsmaßnahmen (einschließlich einer Bewertung der Rückzahlungskapazität des Mitglieds) verringern die mit den Ausleihungen und der Kreditkonzentration verbundenen Risiken für den Fonds.

In Reaktion auf das sich verändernde weltwirtschaftliche Umfeld und die zunehmende finanzielle Verflechtung der Mitglieder hat sich die Ausleihpolitik des IWF in den letzten Jahren tief greifend gewandelt. Das im Jahr 2003 verabschiedete Regelwerk für den außergewöhnlichen Zugang zu IWF-Mitteln wurde im April 2005 durch das Exekutivdirektorium bestätigt (siehe Kapitel 3). Die strikte Anwendung der Kriterien, die den außergewöhnlichen Zugang zu IWF-Mitteln regeln, sowie die strenge Bewertung der Risiken, die sich aus der hohen Kreditinanspruchnahme und aus der Rückzahlungsfähigkeit der Mitglieder für den IWF ergeben, sind für eine wirksame Risikosteuerung entscheidend. Darüber hinaus sind die IWF-Mitglieder, die in den Genuss finanzieller Hilfe kommen, gehalten, die Kredite gegenüber dem IWF zurückzuzahlen, sobald ihre vorübergehenden Zahlungsbilanzprobleme gelöst sind. Maßnahmen zur Förderung dieses Ziels umfassen Gebührenaufschläge, kürzere Laufzeiten für die Nutzung von Fondsmitteln im Rahmen der SRF, die Annahme, dass außergewöhnlicher Zugang zu SRF-Bedingungen gewährt wird, sowie die Politik der Rückzahlungserwartungen.

Risikorücklagen

Zur Sicherung seiner Finanzlage verfolgt der IWF die Politik, Risikorücklagen im Allgemeinen Konto anzusammeln.

Diese Risikorücklagen bestehen aus den Rücklagen und dem Sonderkonto für Eventualfälle (SCA-1, siehe vorherigen Unterabschnitt). Die Rücklagen bieten dem IWF Schutz vor finanziellen Risiken, darunter Einkommens- und Kapitalverluste. Das SCA-1 wurde als zusätzlicher Schutzwall gegen negative finanzielle Folgen hartnäckiger Zahlungsrückstände eingerichtet.

Die bestehenden Risikorücklagen wurden durch die Einbehaltung von Einkommen und den Lastenteilungsmechanismus finanziert (siehe vorherigen Unterabschnitt). Die Rücklagen bestehen aus dem in die Sonderrücklage eingestellten regulären Nettoeinkommen und dem in die Allgemeine Rücklage eingestellten Einkommen aus Gebührenaufschlägen. Nach dem IWF-Übereinkommen kann der IWF die Mittel der Allgemeinen Rücklage entsprechend der Quotenanteile an die Mitglieder ausschütten. Mit Ausnahme der Ausschüttung kann der IWF die Sonderrücklage für die gleichen Zwecke nutzen wie die Allgemeine Rücklage. Die gesamten Rücklagen stiegen bis zum 30. April 2005 auf 5,7 Mrd. SZR gegenüber 5,1 Mrd. SZR im Vorjahr. Die Mittel im SCA-1 beliefen sich auf 1,6 Mrd. SZR verglichen mit überfälligen Tilgungsverpflichtungen in Höhe von 0,7 Mrd. SZR. Die SCA-1-Mittel werden nach Begleichung aller Rückstände zurückerstattet. Sie können jedoch durch Beschluss des Exekutivdirektoriums auch früher zurückgezahlt werden.

Das Exekutivdirektorium hat die Zielgröße für das Niveau der Risikorücklagen auf 10 Mrd. SZR gesetzt. Die Angemessenheit der Risikorücklagen, die Geschwindigkeit ihrer Aufstockung sowie die Anwendung des Lastenteilungsmechanismus werden weiterhin sorgfältig überwacht.

Entwicklung bei den Quoten

Es gab nur wenige erwähnenswerte quotenbezogene Entwicklungen im Geschäftsjahr 2005, da sich die Dreizehnte Allgemeine Quotenüberprüfung (Kasten 5.6) noch in einem frühen Stadium befindet.¹⁰

Zum 30. April 2005 hatten 180 Mitglieder, die zusammen mehr als 99 Prozent der 1998 im Rahmen der Elften Allgemeinen Quotenüberprüfung vorgeschlagenen Quotensumme auf sich vereinigen, ihrer Quotenerhöhung zugestimmt und entsprechende Zahlungen geleistet. Alle Mitglieder, die berechtigt sind, ihrer Quotenerhöhung zuzustimmen, hatten dies bis zum Ende des Geschäftsjahres getan. Drei Mitgliedsländer waren nicht berechtigt, die für sie vorgeschlagenen Erhöhungen anzunehmen, weil sie sich gegenüber dem IWF im Zahlungsrückstand befanden. Am 20. Septem-

¹⁰Ausführlichere Informationen finden sich auf der Webseite des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2003/pn03106.htm.

ber 2004 beschloss der Gouverneursrat, eine neue Frist für die Zustimmung zur im Rahmen der Elften Überprüfung vorgeschlagenen Quotenerhöhung zu setzen. Diese endet zwölf Monate nach dem Zeitpunkt der Beschlussfassung. Zum Ende des Geschäftsjahres belief sich die Quotensumme auf 213,5 Mrd. SZR.

Entwicklung bei den SZR

Das SZR ist ein Reserveaktivum, das 1969 als Ergänzung anderer Reserveaktiva durch den IWF geschaffen wurde. SZR werden den Mitgliedern im Verhältnis zu ihrer IWF-Quote zugeteilt. Ein Mitglied kann SZR nutzen, um hierfür Devisen von anderen Mitgliedern zu erhalten oder um Zahlungen an den IWF zu leisten. Eine solche Nutzung stellt keinen Kredit dar. SZR werden den Mitgliedern ohne Bedingungen zugeteilt. Sie können die SZR zur Zahlungsbilanzfinanzierung einsetzen, ohne dass sie wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen müssten oder zur Rückzahlung verpflichtet wären. Ein Mitglied, das von den ihm zugeteilten SZR per saldo Gebrauch macht, hat darauf den SZR-Zinssatz zu zahlen, wohingegen ein Mitglied, das SZR über seine Zuteilung hinaus erwirbt, Zinsen in Höhe des SZR-Zinssatzes erhält. Insgesamt wurden den Mitgliedern 21,4 Mrd. SZR zugeteilt – 9,3 Mrd. SZR in den Jahren 1970-72 und 12,1 Mrd. SZR 1978-81. Der Wert des SZR basiert auf dem gewichteten Durchschnittswert eines Korbes mit den führenden internationalen Währungen. Der SZR-Zinssatz ist ein gewichteter Durchschnitt von Zinssätzen kurzfristiger Schuldtitel auf den Märkten der Währungen, die im SZR-Bewertungskorb enthalten sind (Kasten 5.7). Der SZR-Zinssatz bildet die Basis für die Berechnung von Zinszahlungen im Rahmen regulärer IWF-Finanzierungen sowie für die Zinszahlungen an Mitglieder, die Gläubiger des IWF sind. Außerdem dient das SZR dem IWF und einer Reihe anderer internationaler Organisationen als Recheneinheit.

Es gibt zwei Arten von SZR-Zuteilungen:

Allgemeine SZR-Zuteilungen: Entscheidungen über allgemeine Zuteilungen werden jeweils für einen Basiszeitraum von fünf Jahren getroffen und erfordern die Einschätzung, dass die Zuteilung einem langfristigen weltweiten Bedarf zur Ergänzung der bestehenden Reserveaktiva nachkommt. Die Entscheidung über eine SZR-Zuteilung erfordert eine 85-prozentige Mehrheit aller Stimmen.

Einmalige Sonderzuteilung: Im September 1997 schlug der Gouverneursrat des IWF eine Änderung des IWF-Übereinkommens vor, um eine einmalige SZR-Sonderzuteilung zu ermöglichen. Damit sollte der Umstand korrigiert werden, dass mehr als ein Fünftel der IWF-Mitglieder dem IWF erst nach der letzten Allgemeinen Zuteilung beigetreten ist und deshalb niemals eine SZR-Zuteilung erhalten hat. Die SZR-

Kasten 5.7 SZR-Bewertung und -Zinssatz

Bewertung

Der Wert des SZR basiert auf dem gewichteten Durchschnitt eines Korbes wichtiger internationaler Währungen. Die Bewertungsmethode wird in Fünfjahresintervallen überprüft. Nach Abschluss der letzten Überprüfung im Geschäftsjahr 2001 beschloss das Exekutivdirektorium einige Änderungen, um die Einführung des Euro als gemeinsame Währung in einer Reihe europäischer Länder sowie die wachsende Rolle der internationalen Finanzmärkte zu berücksichtigen. Die im Bewertungskorb enthaltenen Währungen gehören zu den Währungen, die bei internationalen Transaktionen am häufigsten verwendet und auf den wichtigsten Devisenmärkten breit gehandelt werden. Die für den Zeitraum 2001-2005 in den SZR-Korb aufgenommenen Währungen sind der US-Dollar, der Euro, der japanische Yen und das Pfund Sterling (siehe Tabelle). Im Jahr 2005 soll eine Überprüfung der SZR-Bewertung abgeschlossen werden und der neue Währungskorb soll zum 1. Januar 2006 in Kraft treten.

Zinssatz

Seit der Überprüfung der Methode zur Bestimmung des SZR-Zinssatzes im Geschäftsjahr 2001 wird der wöchentliche Zinssatz auf Basis eines gewichteten Mittels von Zinssätzen (ausgedrückt als entsprechende jährliche Anleiherendite) kurzfristiger Schuldtitel festgesetzt, die auf den Märkten der Währungen, die im SZR-Bewertungskorb enthalten sind, gehandelt werden. Dazu gehören der Dreimonats-Euribor (Euro Interbank Offered Rate), 13-wöchige Finanzierungs-Schatzwechsel der japanischen Regierung, Dreimonats-Schatzwechsel des Vereinigten Königreichs sowie Dreimonats-Schatzwechsel der USA. Im Geschäftsjahr 2005 bewegte sich der SZR-Zinssatz in Übereinstimmung mit den Entwicklungen an den wichtigsten Geldmärkten. Ab Anfang Mai 2004 stieg er allmählich von 1,62 Prozent auf einen Höchststand von 2,49 Prozent in der letzten Aprilwoche 2005. Im Verlauf des Geschäftsjahres 2005 lag der SZR-Zinssatz im Schnitt bei 2,1 Prozent (siehe Schaubild).

SZR-Bewertung, per 30. April 2005

Währung	Betrag an Währungseinheiten	Wechselkurs ¹	US-Dollar-Äquivalent ²
Euro	0,4260	1,29560	0,551926
Japanischer Yen	21,0000	105,15000	0,199715
Pfund Sterling	0,0984	1,91200	0,188141
US-Dollar	0,5770	1,00000	0,577000
			1,516782

Merkposten:

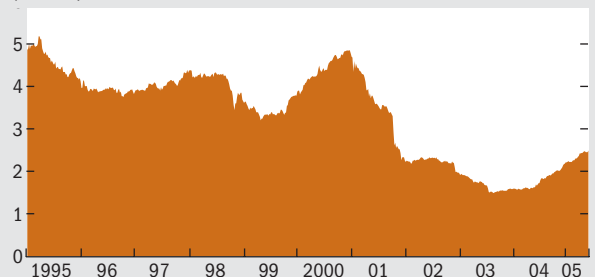
1 SZR = 1,51678 US-\$
1 US-\$ = 0,659291 SZR

¹Der Wechselkurs lautet auf US-Dollar pro Währungseinheit, mit Ausnahme des japanischen Yen, der auf Währungseinheiten pro US-Dollar lautet.

²Auf sechs Ziffern gerundet.

SZR-Zinssatz, 1995–April 2005

(Prozent)



Sonderzuteilung würde es allen Mitgliedern ermöglichen, auf gleicher Basis am SZR-System teilzunehmen. Damit würden die kumulierten SZR-Zuteilungen auf 42,9 Mrd. SZR verdoppelt. Der Vorschlag tritt in Kraft, wenn drei Fünftel der IWF-Mitglieder (111 Mitgliedsländer), die zusammen über mindestens 85 Prozent der gesamten Stimmrechte verfügen, ihn akzeptiert haben. Zum 30. April 2005 hatten 131 Mitglieder, die zusammen 77,33 Prozent der gesamten Stimmen auf sich vereinigen, zugestimmt. Damit ist nur noch die Zustimmung der USA erforderlich, um den Vorschlag umzusetzen.

SZR-Operationen und -Transaktionen

Alle SZR-Transaktionen werden über die SZR-Abteilung (eine Finanzeinheit und keine Organisationseinheit) abgewickelt. SZR werden größtenteils von den Mitgliedsländern sowie von offiziellen Stellen gehalten, die vom IWF zugelassen wurden. Der Rest der zugeteilten SZR wird im Allgemeinen Konto des IWF gehalten. Zugelassene Inhaber erhalten keine SZR-Zuteilungen, sie können SZR jedoch erwerben und bei Operationen und Transaktionen mit IWF-Mitgliedern oder anderen zugelassenen Inhabern zu den gleichen Bedingungen nutzen wie IWF-Mitglieder. SZR-Transaktionen werden durch 14 freiwillige Vereinbarungen ermöglicht, in deren Rahmen sich die Beteiligten bereit erklärt haben, SZR gegen Währungen zu kaufen oder zu verkaufen, die für internationale Transaktionen frei verwendbar sind, sofern ihre eigenen SZR-Bestände innerhalb bestimmter Grenzen bleiben.¹¹ Diese Vereinbarungen haben dazu beigetragen, die Liquidität des SZR-Systems zu gewährleisten.¹²

Das Gesamtvolumen der SZR-Übertragungen ging von 13,8 Mrd. SZR im Geschäftsjahr 2004 auf 10,6 Mrd. SZR im Jahr 2005 zurück. Der Höchststand an SZR-Übertragungen (49,1 Mrd. SZR) wurde im Geschäftsjahr 1999 erreicht, als das Volumen der SZR-Transaktionen durch die Zahlungen der Mitglieder im Zusammenhang mit der Quotenerhöhung deutlich anstieg.

Bis Ende April 2005 stiegen die SZR-Eigenbestände des IWF, die im Zuge der Quoteneinzahlungen 1999 stark zugenommen hatten und anschließend im Geschäftsjahr 2004 auf ein Tief von 0,5 Mrd. SZR gefallen waren, auf 0,6 Mrd.

¹¹Diese betreffen zwölf IWF-Mitglieder und einen zugelassenen SZR-Inhaber, die zweiseitige Vereinbarungen mit dem IWF geschlossen haben, sowie ein Mitglied, das eine einseitige Vereinbarung (ausschließlich Verkauf) mit dem IWF getroffen hat.

¹²Nach dem Designationsverfahren können Teilnehmer, deren Zahlungsbilanz- und Reserveposition als ausreichend solide angesehen werden, im Fall einer Designation durch den IWF verpflichtet werden, bis zu einem festgelegten Betrag frei verwendbare Währungen im Tausch gegen SZR bereitzustellen. Das Designationsverfahren ist seit 1987 nicht mehr genutzt worden, nachdem 1986 freiwillige Vereinbarungen ermöglicht wurden.

SZR. Die von zugelassenen Inhabern gehaltenen SZR beliefen sich auf 0,3 Mrd. SZR. Die SZR-Bestände der Teilnehmer blieben mit 20,6 Mrd. SZR im Vergleich zum Geschäftsjahr 2004 unverändert. Die SZR-Bestände der Industrie- und Nettogläubigerländer im Verhältnis zu ihrer kumulierten Nettozuteilung gingen gegenüber dem Vorjahr zurück. Die SZR-Bestände der nicht-industrialisierten Länder betragen 96 Prozent ihrer kumulierten Nettozuteilung, verglichen mit 76 Prozent im Vorjahr.

Sicherungsbewertungen

Seit dem Geschäftsjahr 2000 führt der IWF im Rahmen seiner Kreditvergabe Sicherungsbewertungen der Zentralbanken seiner Mitgliedsländer durch. Diese Sicherungsbewertungen – die dem IWF eine angemessene Gewähr bieten sollen, dass eine Zentralbank über hinlängliche Berichts-, Prüfungs- und Kontrollsysteme zur Verwaltung ihrer Mittel, einschließlich der IWF-Auszahlungen, verfügt (Kasten 5.8) – haben erneut Schwachstellen in den Sicherungsregeln der Zentralbanken zu Tage gefördert, darunter in der externen Revision und im Finanzberichtswesen. Im Geschäftsjahr 2005 wurden 17 Sicherungsbewertungen von Zentralbanken der Mitgliedstaaten abgeschlossen, womit die Gesamtzahl vollendeter Bewertungen bis zum 30. April 2005 auf 112 stieg.¹³

Die Ergebnisse der bisherigen Sicherungsbewertungen haben gezeigt, dass möglicherweise in bestimmten Fällen bedeutende, aber vermeidbare Risiken für die IWF-Mittel vorlagen, auch wenn mit der Zeit die Bedeutung und Häufigkeit identifizierter Schwachstellen zurückgegangen ist. Die Erfahrung zeigt, dass die Zentralbanken zunehmend die empfohlenen Maßnahmen zur Verringerung der aufgezeigten Anfälligkeiten umsetzen. Im Geschäftsjahr 2005 setzten die Zentralbanken die Empfehlungen der Bewertungen wiederum in großem Umfang um (über 92 Prozent der wichtigsten Maßnahmen). Die wichtigsten Bereiche, in denen die Geschäftstätigkeit und die Kontrollen der Zentralbanken durch die Umsetzung von Sicherungsmaßnahmen verbessert wurden, umfassen (1) die Einführung einer unabhängigen externen Prüfung im Einklang mit internationalen Standards, (2) den Abgleich der dem IWF zum Zwecke der Programmüberwachung mitgeteilten Wirtschaftsdaten mit den zu Grunde liegenden Rechnungslegungs-Unterlagen der Zentralbank, (3) die Verbesserung der Transparenz und inneren Geschlossenheit des Finanz-

¹³Diese Gesamtzahl beinhaltet 27 Kurzbewertungen für vor dem 30. Juni 2000 in Kraft getretene Kreditvereinbarungen. Diese Bewertungen beurteilen nur ein einziges Schlüsselement des Sicherungsregelwerks, und zwar, ob die Zentralbanken Jahresabschlüsse veröffentlichen, die von externen Prüfern im Einklang mit international akzeptierten Standards unabhängig geprüft werden.

Kasten 5.8 Politik der Sicherungsbewertungen

Die Politik der Sicherungsbewertungen, die im Geschäftsjahr 2000 nach mehreren Fällen fehlerhafter Berichterstattung an den IWF und Vorwürfen des Missbrauchs von IWF-Mitteln eingeführt wurde, dient der Ergänzung der Konditionalität, der technischen Hilfe und anderer Maßnahmen, die in der Vergangenheit eine bestimmungsgemäße Verwendung von IWF-Krediten gewährleistet haben.

Ziel der Sicherungsbewertungen

- Dem IWF eine *angemessene* Gewähr zu bieten, dass die angewandten Kontroll-, Rechnungslegungs-, Berichts- und Prüfungssysteme sowie der rechtliche Rahmen einer Zentralbank zur Verwaltung der Mittel, einschließlich der IWF-Auszahlungen, ausreichen, um die Integrität der Finanzoperationen und der Berichterstattung an den IWF sicherzustellen.

Anwendbarkeit der Sicherungsbewertungen

- Zentralbanken mit neuen, nach dem 30. Juni 2000 gebilligten Vereinbarungen über die Inanspruchnahme von IWF-Mitteln; bestehende Vereinbarungen, die aufgestockt werden; Mitgliedsländer, die ein Programm zur Ansammlung von Rechten auf spätere Ziehungen (Rights Accumulation Program – RAP) durchführen, im Rahmen dessen Mittel zugesagt werden; Mitgliedsländer, die EPCA erhalten (fallweise zu entscheiden);

- freiwillig für Mitglieder mit stabsüberwachten Programmen;
- nicht anwendbar bei Ziehungen in der ersten Kredittranche und eigenständigen Vereinbarungen im Rahmen der Fazilität zur kompensierenden Finanzierung.

Anwendungsbereiche der Politik

Die Bewertungen untersuchen fünf wichtige Sicherungsbereiche in Zentralbanken. Diese Bereiche, auf die sich das Akronym ELRIC bezieht, sind

- das externe (**External**) Prüfungsverfahren;
- die rechtliche (**Legal**) Struktur und Unabhängigkeit;
- das finanzielle Berichtswesen (**Reporting**);
- das interne (**Internal**) Prüfungsverfahren;
- das interne Kontrollsystem (**Control**).

Methodik

- Sicherungsbewertungen folgen einem festgelegten Verfahren, um eine in sich geschlossene Anwendung zu gewährleisten. Alle Zentralbanken, die einer Bewertung unterzogen werden, stellen dem IWF-Stab einen Standardsatz von Dokumenten zur Verfügung. Dieser prüft die Informationen und setzt sich falls erforderlich mit den Zentralbankvertretern und den externen Prüfern in Verbindung. Die Prüfung kann

durch einen Besuch bei der Zentralbank vor Ort ergänzt werden, um Informationen zu erhalten oder Fragen klarzustellen, die für Schlussfolgerungen und zur Aussprache von Empfehlungen notwendig sind.

- Das Ergebnis einer Sicherungsbewertung ist ein vertraulicher Bericht, der Anfälligkeiten herausstellt, Risikoeinstufungen vornimmt und Empfehlungen zur Reduzierung der aufgezeigten Risiken ausspricht. Die Länderbehörden haben die Möglichkeit, zu allen Berichten über Sicherungsbewertungen Stellung zu nehmen. Die Schlussfolgerungen und die vereinbarten Gegenmaßnahmen werden zum Zeitpunkt der Billigung der Vereinbarung oder spätestens bis zur ersten Überprüfung im Rahmen der Vereinbarung in zusammengefasster Form an das Exekutivdirektorium des IWF weitergegeben. Der Sicherungsbericht selbst wird dem Direktorium oder der Öffentlichkeit jedoch nicht zugänglich gemacht.

- Die Umsetzung der Sicherungsempfehlungen wird regelmäßig vom IWF-Stab überwacht.

Veröffentlichungshinweise

Die Stabsdokumente und andere Hintergrundinformationen über die Sicherungspolitik sind auf der Webseite des IWF unter <http://www.imf.org/external/fin.htm> verfügbar.

berichtswesens einschließlich der Veröffentlichung der geprüften Jahresabschlüsse, (4) die Verbesserung der Kontrollen der Reserveverwaltung sowie (5) die Einführung eines unabhängigen, qualitativ hochwertigen internen Revisionsystems. Die Zentralbanken haben die Ergebnisse der Sicherungsbewertungen im Allgemeinen akzeptiert und diese Politik hat den Ruf und die Glaubwürdigkeit des IWF in Bezug auf seine Rolle als umsichtiger Kreditgeber gestärkt. Gleichzeitig trägt sie dazu bei, die Geschäftstätigkeit und die Rechnungslegungsverfahren der Zentralbanken zu verbessern.

Im April 2005 schloss das Exekutivdirektorium eine zweite Überprüfung der mit der Politik der Sicherungsbewertungen gemachten Erfahrungen ab und bekräftigte seine breite Unterstützung für dieses Verfahren.¹⁴ Das Direktorium

(1) würdigte in der Überprüfung das bestehende Regelwerk zur Bewertung der Geschäftstätigkeit von Zentralbanken und hielt es für weitgehend angemessen, (2) stimmte darin überein, dass Sicherungsbewertungen eine positive Wirkung auf die Geschäftstätigkeit der Zentralbanken entfalten, einschließlich ihrer Führungs- und Kontrollsysteme, (3) kam überein, im Einzelfall über die Anwendung von Sicherungsbewertungen bei der Inanspruchnahme von IWF-Mitteln im Rahmen der EPCA zu entscheiden und billigte die Verfahrensweise bei der künftigen Durchführung von drei Bewertungsarten und (4) vereinbarte, die Häufigkeit der Aktualisierung von Sicherungsdokumenten von halbjährlich auf jährlich umzustellen. Die nächste Überprüfung der Sicherungspolitik findet in drei Jahren statt.

Im Rahmen der zweiten Überprüfung berücksichtigte das Exekutivdirektorium auch die Ergebnisse eines von einem unabhängigen Forum herausgegebenen Berichts. Diese Expertengruppe, bestehend aus vier Vizegouverneuren von Zentralbanken aus verschiedenen Regionen, verfasste nach

¹⁴Der Bericht ist einschließlich des Berichts einer unabhängigen Experten- gruppe sowie früherer Aktualisierungsberichte auf der Webseite des IWF unter www.imf.org/external/fin.htm verfügbar.

Tabelle 5.5 Zahlungsrückstände von sechs Monaten oder länger gegenüber dem IWF, nach Art

(Millionen SZR; per 30. April 2005)

	Nach Art				PRGF
	Insgesamt	Allgemeine Abteilung (inkl. SAF) ¹	SZR-Abteilung	Treuhand-Fonds	
Liberia	510,7	455,2	25,1	30,4	–
Simbabwe	203,7	122,8	–	–	80,9
Somalia	223,1	204,4	10,8	8,0	–
Sudan	1 058,1	978,8	0,1	79,2	–
Insgesamt	1 995,6	1 761,2	36,0	117,6	80,9

¹Strukturanpassungsfazilität.

Erhebungen bei 27 Zentralbanken einen Bericht zu diesem Politikinstrument. Dieser Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Sicherungspolitik erfolgreich ist, schlägt jedoch einige Verfahrensverbesserungen vor.

Wie in den Vorjahren erläuterte der Stab auch im Geschäftsjahr 2005 in Seminaren zu Sicherungsbewertungen die methodischen Grundlagen der Sicherungen und die Bedeutung des Regelwerks für die Zentralbanken. Diese Seminare wurden unter anderem im Mai 2004 im Ausbildungsinstitut in Singapur und im Dezember 2004 im IWF-Institut (Washington, D.C.) abgehalten. Bis zum 30. April 2005 hatten mehr als 170 Vertreter aus 92 Ländern an diesen Seminaren teilgenommen.

Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF

Die verstärkte kooperative Strategie bei Zahlungsrückständen gegenüber dem IWF besteht aus drei wesentlichen Elementen: Vorbeugung, intensiviertere Zusammenarbeit und Gegenmaßnahmen.¹⁵

Die gesamten Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF betragen Ende April 2005 2,0 Mrd. SZR. Sie lagen damit geringfügig unter den zu Beginn des Geschäftsjahres verzeichneten 2,1 Mrd. SZR (Tabelle 5.5). Hauptgrund für den Rückgang war die Begleichung von Iraks hartnäckigen Zahlungsrückständen gegenüber dem IWF in Höhe von 55,3 Mio. SZR am 22. September 2004. Durch regelmäßige monatliche Zahlungen über die fälligen Verpflichtungen hinaus verringerten sich die Zahlungsrückstände des Sudans gegenüber dem IWF ebenfalls. Ende April 2005 war der Großteil der Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF längerfristiger Natur (mehr als sechs Monate überfällig). Davon betrafen 44,9 Prozent überfällige Tilgungsverpflichtungen, während der Rest auf überfällige Gebühren

¹⁵Zum Hintergrund der verstärkten kooperativen Strategie des IWF über den Umgang mit Zahlungsrückständen siehe *Jahresbericht 2001*, Seiten 83 und 84.

und Zinsen entfiel. Über vier Fünftel der Zahlungsrückstände bestanden gegenüber dem Allgemeinen Konto, die Übrigen gegenüber der SZR-Abteilung und dem PRGF-Treuhandfonds.

Die beiden Länder mit den höchsten hartnäckigen Zahlungsrückständen – Sudan und Liberia – machen 78,6 Prozent der überfälligen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem IWF aus, wobei der Rest auf Simbabwe und Somalia entfällt. Im Rahmen der verstärkten kooperativen Strategie des IWF gegen Zahlungsrückstände wurden Gegenmaßnahmen gegen Länder mit längerfristigen Zahlungsrückständen ergriffen.¹⁶ Im Geschäftsjahr 2005 wurden keine Änderungen an der verstärkten kooperativen Strategie des IWF gegen Zahlungsrückstände vorgenommen.

Im August 2004 überprüfte das Exekutivdirektorium des IWF die Gesamtstrategie gegen Zahlungsrückstände und verlängerte den Ansatz zur Ansammlung von Ziehungsrechten um ein weiteres Jahr.¹⁷ Des Weiteren überprüfte das Direktorium im Geschäftsjahr 2005 die überfälligen finanziellen Verpflichtungen mehrerer Mitgliedsländer gegenüber dem IWF:

- Das Direktorium überprüfte Liberias überfällige finanzielle Verpflichtungen gegenüber dem IWF zweimal – am 20. Oktober 2004 und am 20. April 2005. In der Oktober-Überprüfung forderte das Direktorium die Behörden auf, einen zeitlich verbindlichen Aktionsplan umzusetzen, um Fehlentwicklungen in der fiskalischen und geldpolitischen Steuerung anzugehen. In der April-Überprüfung stellte das Direktorium fest, dass Liberias Kooperation mit dem IWF hinsichtlich Politikmaßnahmen und Zahlungen seit der letzten Überprüfung gemischt zu beurteilen ist. Die Direktoren kamen jedoch überein, dass diese uneinheitlichen Politikergebnisse in hohem Maße auf die schwierige Erholung nach der Konfliktphase und auf die politischen Umstände zurückzuführen sind. Das Direktorium entschied, zu diesem Zeitpunkt keine weiteren Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Es drängte die Behörden jedoch dazu, frühzeitig ein umfassendes Wirtschaftsprogramm zu verabschieden und umzusetzen, das vom IWF-Stab überwacht werden kann. Ferner sollten sie ihre monatlichen Zahlungen an den IWF angesichts der Fiskal- und Zahlungsbilanzentwicklungen aufstocken.

¹⁶Im Fall Somalias wurde die Anwendung von Gegenmaßnahmen verschoben, weil keine arbeitsfähige Zentralregierung vorhanden war.

¹⁷Der 1990 eingeführte Ziehungsrechte-Ansatz ermöglicht es einem Mitglied, im Rahmen eines Programms zur Ansammlung von Rechten auf spätere Ziehungen Erfolge in der Wirtschaftspolitik und im Zahlungsverhalten gegenüber dem IWF nachzuweisen. Dadurch erwirbt es Ziehungsrechte, mit denen es im Rahmen von Folgevereinbarungen nach Abschluss des Programms und nach Begleichung der Zahlungsrückstände gegenüber dem Fonds IWF-Mittel erhalten kann.

- Am 15. Dezember 2004 überprüfte das Exekutivdirektorium die überfälligen finanziellen Verpflichtungen des Sudans gegenüber dem IWF. Das Direktorium begrüßte die gute wirtschaftspolitische Erfolgsbilanz der sudanesischen Behörden im Rahmen des stabsüberwachten Programms 2004 sowie ihre Absicht, die Zahlungen an den IWF im Jahr 2004 auf 30 Mio. US-\$ zu erhöhen. Das Direktorium forderte den Sudan auf, seine Zahlungen an den IWF angesichts der Zahlungsbilanzentwicklung weiter zu steigern, wobei es die fiskalischen und währungspolitischen Erfordernisse des Friedensprozesses berücksichtigte.
- Das Exekutivdirektorium erörterte zweimal die Beschwerde des Geschäftsführenden Direktors bezüglich des zwangsweisen Ausscheidens Simbabwes aus dem IWF.¹⁸ Am 7. Juli 2004 mahnte das Direktorium die Behörden, dringend ein umfassendes Anpassungsprogramm – einschließlich Wechselkursmaßnahmen, geldpolitischer und fiskalischer Straffung sowie Strukturreformen – zu verabschieden und umzusetzen. Das Direktorium nahm die Wiederaufnahme von Simbabwes vierteljährlichen Zahlungen an den IWF in Höhe von 1,5 Mio. US-\$ zur Kenntnis. Um den Behörden eine weitere Gelegenheit zu geben, ihre Kooperation mit dem IWF zu verbessern, entschied das Direktorium, die Beschwerde bis zum 6. Januar 2005 erneut zu prüfen, wobei die Frist anschließend bis zum 17. Februar 2005 verlängert wurde. Auf der Sitzung am 16. Februar 2005 nahm das Direktorium zur Kenntnis, dass Simbabwe seit der letzten Überprüfung Zahlungen in Höhe von 13,5 Mio. US-\$ an den IWF geleistet hatte. Dieser Betrag reichte jedoch nicht aus, um Simbabwes Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF zu stabilisieren. Das Direktorium forderte Simbabwe auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Zahlungen zu erhöhen und die überfälligen Verpflichtungen gegenüber dem IWF zu begleichen. Das Direktorium nahm Simbabwes erste Schritte, den wirtschaftlichen Niedergang zu stoppen, zur Kenntnis, hielt sie jedoch für unzureichend. Es drängte die Behörden erneut, unverzüglich ein umfassendes Anpassungsprogramm zu verabschieden und umzusetzen. Das Direktorium entschied, die Beschwerde des Geschäftsführenden Direktors innerhalb der nächsten sechs Monate bzw. gleichzeitig mit der Länderkonsultation Simbabwes nach Artikel IV des IWF-Übereinkommens – je nachdem, welcher Termin früher ist – erneut zu prüfen.

Ende April 2005 waren Liberia, Simbabwe, Somalia und der Sudan nach Artikel XXVI Abschnitt 2 (a) nicht länger berechtigt, die allgemeinen Mittel des IWF in Anspruch zu

¹⁸Das Verfahren über ein zwangsweises Ausscheiden Simbabwes aus dem IWF (unter Artikel XXVI Abschnitt 2 (c) des IWF-Übereinkommens) wurde am 6. Februar 2004 eingeleitet.

nehmen. Zudem war Simbabwe zuvor schon von der Liste PRGF-berechtigter Länder gestrichen worden. Für Liberia und Simbabwe waren Erklärungen über mangelnde Kooperationsbereitschaft – ein weiterer Schritt im Rahmen der verstärkten kooperativen Strategie gegen Zahlungsrückstände – in Kraft. Ihre Stimm- und anderen damit verbundenen Rechte im IWF waren ausgesetzt. Außerdem steht noch eine Beschwerde hinsichtlich des zwangsweisen Ausscheidens Simbabwes aus dem IWF aus.


Das externe Prüfungsverfahren

Das externe Prüfsystem des IWF besteht aus einem externen Rechnungsprüfungs-Ausschuss und einer externen Prüfungsgesellschaft. Der externe Rechnungsprüfungs-Ausschuss übt die allgemeine Aufsicht über die externe Prüfung und die internen Kontrollprozesse aus. Er besteht aus drei Mitgliedern, die vom Exekutivdirektorium ausgewählt und vom Geschäftsführenden Direktor ernannt werden. Die Mitglieder dienen in zeitlicher Staffelung jeweils drei Jahre und sind unabhängig. Die Ausschussmitglieder sind zum Zeitpunkt ihrer Ernennung Staatsbürger verschiedener Mitgliedsländer des IWF und sie müssen die notwendige Qualifikation zur Ausübung der Aufsicht über die jährliche Prüfung besitzen. Der externe Rechnungsprüfungs-Ausschuss tagt im Allgemeinen zweimal pro Jahr in Washington und steht außerdem während des Jahres für Konsultationen zur Verfügung.

Die Mitglieder des externen Rechnungsprüfungs-Ausschusses für 2005 sind Philippe Adhémar (Vorsitzender), Conseiller Maître à la Cour des Comptes in Frankreich, Pentti Hakkarainen, Direktoriumsmitglied der finnischen Zentralbank sowie Dr. Len Konar, unabhängiger Berater aus Südafrika.

Die Verantwortung für die Durchführung der externen Prüfung und die Herausgabe des Prüfungsgutachtens liegt bei der externen Prüfungsgesellschaft. Die externe Prüfungsgesellschaft wird vom Exekutivdirektorium in Absprache mit dem externen Rechnungsprüfungs-Ausschuss ausgewählt und vom Geschäftsführenden Direktor bestellt. Nach Abschluss der jährlichen Prüfung leitet der externe Rechnungsprüfungs-Ausschuss den von der externen Prüfungsgesellschaft erstellten Bericht über den Geschäftsführenden Direktor und das Exekutivdirektorium an den Gouverneursrat weiter. Im Rahmen dieses Verfahrens unterrichtet der externe Rechnungsprüfungs-Ausschuss das Exekutivdirektorium über die Ergebnisse der Prüfung. Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt. Gegenwärtig ist Deloitte & Touche LLP der externe Prüfer des IWF.

Die Finanzausweise des IWF für das Geschäftsjahr 2005 finden sich im Anhang VII dieses *Jahresberichts*.



Technische Hilfe und Ausbildung

KAPITEL | 6

Neben der wirtschaftspolitischen Beratung von Mitgliedsländern im Zusammenhang mit der Beobachtung ihrer Volkswirtschaften und seiner Kreditprogramme gewährt der IWF technische Hilfe und stellt Ausbildungsmöglichkeiten für Bedienstete der Mitgliedsländer bereit. Diese Leistungen sind für Entwicklungsländer auf Antrag meist gebührenfrei.

Der IWF wendet jährlich etwa 80 Mio. \$ für technische Hilfe und Ausbildung auf. Der Fonds verfolgt damit das Ziel, seine Mitgliedsländer beim Aufbau von Kenntnissen, Fähigkeiten und effektiveren Institutionen auf jenen Gebieten zu unterstützen, auf denen er über entsprechende Sachkenntnis verfügt. Dazu gehören die Fiskal-, Geld- und Devisenpolitik, das Zentralbankwesen, die Finanzmarktregulierung und -aufsicht sowie die öffentlichen Haushalte und die Wirtschaftsstatistik. Fast 70 Prozent der Ausgaben des IWF für technische Hilfe fließen in Länder mit einem jährlichen BIP von weniger als 1.000 \$ pro Kopf.

Um die Wirkung seiner eigenen Maßnahmen zu erhöhen, arbeitet der Fonds auch eng mit einer Reihe anderer Anbieter technischer Hilfe zusammen. Zum Beispiel hat die FIRST-Initiative zur Reform und Stärkung des Finanzsektors (Financial Sector Reform and Strengthening – FIRST), ein von mehreren Gebern getragenes Programm im Volumen von 53 Mio. \$, in enger Kooperation mit dem Fonds 23 Projekte durchgeführt; der Fonds hat hierfür mehr als 2,6 Mio. \$ bereitgestellt. Die meisten dieser Projekte zielen darauf, die Empfehlungen umzusetzen, die im Rahmen des von IWF und Weltbank gemeinsam durchgeführten Programms zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP) gemacht wurden. Insgesamt hat die FIRST-Initiative 46 FSAP-bezogene Projekte mit Kosten in Höhe von fast 8 Mio. \$ durchgeführt.

Die technische Hilfe des IWF wird von verschiedenen Abteilungen des Fonds bereitgestellt, wobei die Abteilung Fiskalpolitik und die Abteilung Währungs- und Finanzsysteme die größten Anbieter sind. Sie wird vom Büro für das Management der technischen Hilfe (OTM) im Büro des Geschäftsführenden Direktors koordiniert und überwacht. Die Ausbildung wird durch das IWF-Institut in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen am Hauptsitz, vor Ort und durch regionale Ausbildungsinstitute bereitgestellt.

Die technische Hilfe wird auf vielfältige Weise gewährt. IWF-Stabsmitarbeiter können in Mitgliedsländer entsandt werden, um Regierungs- und Notenbankbedienstete bei

speziellen Fragen zu beraten. Außerdem kann der Fonds Fachleute für kurz- oder langfristige Einsätze abstellen. Seit 1993 stellt der Fonds einen kleinen, aber zunehmenden Teil seiner technischen Hilfe durch regionale Zentren bereit.

Die regionalen Zentren für technische Hilfe werden von Lenkungsausschüssen geleitet, die mit Vertretern der teilnehmenden Länder und der unterstützenden Geberbehörden sowie mit Beobachtern aus regionalen, am Kapazitätsaufbau beteiligten Institutionen besetzt werden. Jedes Land ernennt einen Vertreter und einen Stellvertreter für den Ausschuss. Die Koordinatoren der Zentren aus dem IWF-Stab sind verantwortlich für das Tagesgeschäft der Zentren. Mit Eröffnung eines neuen Zentrums im Nahen Osten (METAC) im Oktober 2004 sind mit Unterstützung des Fonds nun insgesamt fünf Zentren errichtet worden: zwei in Afrika (West AFRITAC mit Sitz in Bamako, Mali, zuständig für das westliche Afrika, und East AFRITAC mit Sitz in Daressalam, Tansania, zuständig für das östliche Afrika), und jeweils eines in der karibischen Region (CARTAC) und in der pazifischen Region (PFTAC) in Barbados bzw. Fidschi. Das METAC hat seinen Sitz in Beirut, Libanon, und versorgt Afghanistan, Ägypten, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Libyen, Sudan, Syrien sowie das Westjordanland und den Gazastreifen. Es konzentriert sich darauf, Ländern der Region, die sich in der Konfliktfolgezeit befinden, dabei zu helfen, die makroökonomische Stabilität zurückzugewinnen und die wesentlichen politischen Institutionen aufzubauen. Im Oktober 2004 beschloss der IWF, das Mandat des CARTAC (das Anfang 2005 auslaufen sollte) bis 2007 zu verlängern. Das 2001 errichtete CARTAC gewährt 20 karibischen Inselstaaten und -territorien technische Hilfe und Ausbildung. Es wird vom IWF und acht bilateralen und multilateralen Gebern unterstützt.

Während des Geschäftsjahres 2005 weitete der IWF seine Maßnahmen in den prioritären Bereichen aus. Er war bemüht, die Wirkung seiner Maßnahmen durch Zusammenarbeit mit anderen Gebern technischer Hilfe und durch die Mobilisierung externer Finanzmittel zu erhöhen und er überprüfte die Effektivität seiner technischen Hilfe.

Technische Hilfe im Geschäftsjahr 2005

Die Maßnahmen im Bereich der technischen Hilfe wurden im Geschäftsjahr 2005 in einer Reihe vorrangiger Bereiche ausgeweitet und verstärkt. Dazu gehört die



Slowenien

Aufgrund einer umsichtigen makroökonomischen Politik, schrittweise durchgeführter Strukturreformen sowie politischer und sozialer Geschlossenheit hat Slowenien seit 1995 ein durchschnittliches jährliches reales BIP-Wachstum von etwa vier Prozent und makroökonomische Stabilität zu verzeichnen. Dank einer konservativen Fiskalpolitik, die das Defizit unter 1½ Prozent des BIP hielt, und einer hohen Sparquote der privaten Haushalte ist die außenwirtschaftliche Position ausgeglichen. Die Kombination aus Geld- und Währungspolitik war unorthodox: Die Zinssätze wurden zwar als Reaktion auf Inflationsdruck und -erwartungen angepasst, der Wechselkurs wurde jedoch so gesteuert, dass zinsempfindliche Kapitalzuflüsse verhindert wurden.

Slowenien wurde am 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union und trat am 28. Juni 2004 dem WKM 2 bei (Wechselkursmechanismus 2). Slowenien ist auf bestem Wege, sein Ziel zu erreichen, dem Euro im Januar 2007 beizutreten; das Land erfüllt bereits alle Maastricht-Kriterien mit Ausnahme des Inflationskriteriums. Um die Inflation, die im Jahr

Handelserleichterung, was zeigt, wie wichtig die Handelsliberalisierung für die Anstrengungen der einkommensschwachen Länder zur Förderung des Wachstums ist (Kasten 6.1).

Das von IWF und Weltbank durchgeführte Programm zur Bewertung des Finanzsektors, das wichtige Informationen für die Überwachungstätigkeit des IWF liefert, unterstützt die Mitglieder in ihren Bemühungen, im Finanzsektor bessere Institutionen aufzubauen (siehe Kapitel 2). Hierzu wird zunächst eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Danach werden ein Zeitplan sowie Prioritäten für die technische Hilfe vorgegeben. Der Fonds hielt im Juni 2004 ein Seminar ab, um Länderbehörden mit den FSAP-Methoden und -Instrumenten vertraut zu machen.

Nach der Aussprache des Exekutivdirektoriums im Juli 2004 über die Zweijahresüberprüfung der Überwachung, bei der die Exekutivdirektoren die Notwendigkeit betonten, sich stärker auf Wechselkursfragen zu konzentrieren, diskutierte das Direktorium im Dezember 2004 auf einem Seminar ein Stabsdokument, das Orientierungshilfen für Länder bietet, die von einem festen zu einem flexiblen Wechselkurs übergehen wollen. Die Leitlinien basieren auf der Erfahrung von Ländern, die einen solchen Übergang erfolgreich bewältigt haben (siehe Kapitel 2). Im Anschluss daran wurden in verschiedenen Bereichen Folgearbeiten zur Entwicklung einer sachdienlichen Beratung eingeleitet. Das Direktorium hob dabei die folgenden Bereiche hervor: das Tempo und die

2004 von acht Prozent auf 3,6 Prozent zurückging, noch weiter zu senken, verfolgen die Behörden eine strenge Fiskalpolitik, eine straffe Geldpolitik, Lohnzurückhaltung und Mäßigung bei der Anpassung der administrativen Preise.

Slowenien ist das einzige Transformationsland, das kein IWF-gestütztes Programm hatte, das Land hat aber technische Hilfe erhalten. Sein Finanzsektor wurde im Rahmen des Programms zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP) begutachtet und anschließend aktualisiert und der Fonds hat zudem eine Reihe von Berichten über die Einhaltung von Standards und Kodizes für Slowenien abgeschlossen.

Zusammenarbeit zwischen Slowenien und IWF im GJ 2005

April-Mai 2004	Der Fonds leistet technische Hilfe im Bereich der Leistungsinformationen, um die Budgetierung zu verbessern
Mai 2004	Abschluss der Artikel-IV-Konsultation für das Jahr 2004; Veröffentlichung der Aktualisierung der Beurteilung der Finanzsektorstabilität mit ROSCs für Banken- und Versicherungsaufsicht
Juli 2004	Stabsbesuch
November 2004	Technische Hilfe für die Verbuchung von Geschäftsvorgängen im internationalen Handel mit Dienstleistungen
März 2005	Diskussion über die Artikel-IV-Konsultation des Jahres 2005

Reihenfolge der Schritte in Richtung auf eine Wechselkursfreigabe, Maßnahmen zur Vermeidung eines ungeordneten Ausstiegs aus einem Festkurssystem, Faktoren, die einen geordneten Ausstieg dauerhaft machen sowie die Entwicklung eines angemessenen Risikomanagementsystems.

Der IWF-Stab hat mehrere regionale Treffen veranstaltet, um die wichtigsten Erkenntnisse des Stabspapiers über die Durchführung der Geldpolitik in verschiedenen Stadien der Marktentwicklung, das im November 2004 im Direktorium erörtert wurde (siehe Kapitel 2), weiterzugeben und Kommentare von den Mitgliedsländern einzuholen. Im März 2005 fand in Zusammenarbeit mit dem Pazifischen Zentrum für technische Hilfe im Finanzbereich (PFTAC) in der Zentralbank von Fidschi eine regionale Informationsveranstaltung für die pazifischen Inseln statt. Eine ähnliche Veranstaltung wurde im Mai 2005 in Zusammenarbeit mit dem karibischen Zentrum für Währungsstudien (Caribbean Center for Monetary Studies) durchgeführt. Für das nächste Jahr ist geplant, in Zusammenarbeit mit den Zentren für technische Hilfe in Afrika und im Nahen Osten weitere Veranstaltungen durchzuführen. Die bisher durchgeführten Veranstaltungen haben die wichtigsten Schlussfolgerungen der Studie bestätigt und haben dem IWF-Stab einen Überblick über die Schwachstellen vermittelt, die bei der Umsetzung der Geldpolitik in Ländern mit schwach entwickelten Märkten auftreten. Sie haben außerdem nützliches Material für die Entwicklung verschiedener Optionen für die Umset-

zung der Geldpolitik in Ländern in verschiedenen Stadien der Marktentwicklung geliefert.

Die erste Phase der Bewertung von Offshore-Finanzzentren, die 2000 begann, wurde bis zum Ende des Geschäftsjahres 2005 im Wesentlichen abgeschlossen. Die Bewertungen der Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus (Anti-Money Laundering/Combating the Financing of Terrorism – AML/CFT) wurden ergänzt durch eine erweiterte Bereitstellung technischer Hilfe auf den Gebieten, die vom revidierten Standard abgedeckt werden. Dabei handelt es sich um die 40+8 Empfehlungen der Aktionsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche (Financial Action Task Force – FATF), die im März 2004 vom IWF-Direktorium gebilligt wurden. Seit 2001 hat der IWF weltweit zahlreiche Aufklärungsseminare und Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt, um die Behörden der Mitgliedsländer auf die internationalen Standards hinsichtlich AML/CFT sowie auf Themen, die ihre Länder direkt betreffen, aufmerksam zu machen. Die Arbeit des Fonds im Bereich von AML/CFT erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der FATF, FATF-ähnlichen regionalen Gremien und den Vereinten Nationen.

Auf dem Gebiet der Datenqualität und der Regierungspraktiken hat der IWF im Dezember 2004 den „Entwurf eines Leitfadens für Transparenz der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft“ in seine Webseite eingestellt und die Öffentlichkeit um Anmerkungen gebeten. Der „Leitfaden“ zielt darauf ab, Ländern zu helfen, die Regierungs- und Transparenzfragen anzugehen, die sich im Zusammenhang mit der Verwaltung von Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft stellen. Dazu gehören Bodenschätze wie Erdöl und Erdgas sowie der Bergbau (siehe Kapitel 2).

Im Februar 2005 befasste sich das Exekutivdirektorium auf einem Seminar mit der technischen Hilfe des IWF an Länder in der Konfliktfolgezeit im Bereich der Geld- und Fiskalpolitik. Die Direktoren stellten fest, dass der Fonds in Zusammenarbeit mit den Länderbehörden und anderen Gebern eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau von Schlüsselinstitutionen spielt, die wichtig für die Wieder-

Kasten 6.1 Handelsbezogene technische Hilfe und Aufbau von Institutionen

Die im August 2004 in der Welthandelsorganisation (WTO) getroffene Vereinbarung über die Schaffung der Verhandlungsrahmen und Modalitäten für die Doha-Handelsrunde forderte den Fonds und andere internationale Institutionen auf, technische Hilfe für die Erleichterung des Handels bereitzustellen. Der Fonds und andere Institutionen errichteten im Anschluss daran ein Informationsnetzwerk, das sie in die Lage versetzt, wirksam auf den jeweiligen Bedarf an technischer Hilfe einzugehen.

Der wichtigste Anbieter der handelsbezogenen technischen Hilfe des Fonds ist die Abteilung Fiskalpolitik, die Hilfe für die Modernisierung der Zollverwaltung und die Tarifreform gewährt. Die technische Hilfe des Fonds für die Zollverwaltung ist strategischer Natur und zielt darauf, den allgemeinen Rahmen für die Reformen und die laufende Überwachung bereitzustellen. Für die Unterstützung bei konkreten Einzelfragen sind andere Spender zuständig. Im Gegensatz dazu wird die technische Hilfe auf dem Gebiet der Handelspolitik normalerweise in Form einmaliger Dienstreisen gewährt, deren Beratung über den Zolllarif hinausgeht und die Steuerpolitik erfasst, da die Länder, die Zolllarife senken, die reduzierten Handelseinnahmen durch Erhöhung des inländischen Steueraufkommens kompensieren müssen. Insgesamt hat die Abteilung Fiskalpolitik in den letzten Jahren eine moderate Zunahme der Dienstreisen im Bereich der handelsbezogenen technischen Hilfe verzeichnet. Die regionalen Zentren des IWF für technische Hilfe gewähren ebenfalls in unterschiedlichem Umfang Hilfe auf diesem Gebiet.

Der Fonds engagiert sich mit anderen internationalen Partnern in einem gemeinsamen Projekt, das darauf abzielt, den Handel in den Armutsbekämpfungsstrategien, bei der handelsbezogenen technischen Hilfe und beim Kapazitätsaufbau stärker in den Vordergrund zu rücken. Im Zentrum dieses Programms steht die Mitwirkung des Fonds im Integrierten Rahmenplan (Integrated Framework – IF), einem gemeinsamen Projekt von sechs Institutionen (IWF, International Trade Center, Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO), die den Vorsitz führt). An diesem Projekt sind auch bilaterale Geber und Entwicklungsländer beteiligt. Der IF koordiniert Studien zur Untersuchung der Handelsintegration (Diagnostic Trade Integration Studies) in den Entwicklungsländern, die oft unter Federführung der Weltbank mit Unterstützung des Fonds erstellt werden. Die Studien identifizieren Prioritäten im Bereich der Wirtschaftspolitik und der technischen Hilfe („Maßnahmen-Matrix“), die anschließend in nationalen Arbeitsgruppen überprüft werden, in denen die Regierung, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft vertreten sind. Das Ziel besteht darin, die Prioritäten in nationale Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien zu integrieren. Die Maßnahmen-Matrizen werden den Gebern bei Bedarf für Finanzierungsanträge vorgelegt. Der IF hat jedoch selbst auch gewisse Finanzierungsmöglichkeiten für Kapazitätsaufbauprojekte, die rasche Folgemaßnahmen erfordern. (In Kasten 2.1 wird die Rolle des Fonds in der Handelspolitik näher erläutert.)

herstellung der makroökonomischen Stabilität sind und die Basis für nachhaltiges Wachstum in diesen Ländern legen. (Siehe Kapitel 3 mit einer Beschreibung der Notfallkredite des Fonds an Länder in der Konfliktfolgezeit.)

Der IWF misst seine technische Hilfe unter anderem dadurch, dass er die Zeit erfasst, die er für die Unterstützung der Länder aufwendet. Im Geschäftsjahr 2005 setzte der IWF den Gegenwert von fast 381 Personenjahren für die technische Hilfe ein. Dies war um vier Prozent höher als im Geschäftsjahr 2004 und um mehr als 80 Personenjahre höher als vor einem Jahrzehnt (300,5 Personenjahre im Geschäftsjahr 1995).

Als Reaktion auf neue Bedürfnisse innerhalb von bestimmten Programmbereichen wurde die technische Hilfe für

Politikreformen und Kapazitätsaufbau im Geschäftsjahr 2005 erhöht. Dazu zählen Maßnahmen der Ländern, die darauf abzielen, internationale Standards und Kodizes einzuhalten und Verbesserungen im Finanzsektor zu erreichen. Die technische Hilfe im Bereich der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) ging auf Grund des fortgeschrittenen Stadiums der Initiative zurück (Tabelle 6.1).

Von allen Regionen erhielten die afrikanischen Länder südlich der Sahara weiterhin den größten und sogar zunehmenden Anteil der technischen Hilfe des IWF. Auch in der asiatisch-pazifischen Region nahm die technische Hilfe – ausgehend von einem bereits hohem Niveau – weiter zu. Dies war zum Teil auf die Hilfe zurückzuführen, die Ländern in der Konfliktfolgezeit wie Kambodscha und Timor-Leste gewährt wurde sowie auf die Unterstützung für Reformen in China, Indonesien und der Mongolei. Die technische Hilfe an andere geografische Regionen sowie für interregionale Projekte blieb in etwa auf dem Stand der letzten drei Jahre (siehe Tabelle 6.2 und Schaubild 6.1).

Unter den Abteilungen des Fonds blieb die Abteilung Währungs- und Finanzsysteme der größte Anbieter technischer Hilfe. Sie stellte etwa 127 Personenjahre an Hilfe bereit, worin sich die Finanzsektorinitiativen des Fonds widerspiegeln. Die Abteilung Fiskalpolitik, der zweitgrößte Anbieter technischer Hilfe, erhöhte die Bereitstellung von technischer Hilfe auf 99,5 Personenjahre. Während die technische Hilfe der Abteilung Statistik gegenüber dem Vorjahr etwas zurückging, blieb die technische Hilfe der Abteilung Recht auf Grund ihrer Beteiligung an der Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung auf dem gleichen Niveau (siehe Tabelle 6.2

Tabelle 6.1 Programmbereiche der technischen Hilfe, GJ 2003–05

(Vor Ort durchgeführte Hilfe in Personenjahren)¹

	GJ 2003	GJ 2004	GJ 2005
Wichtigste Programmbereiche			
Krisenprävention	34,9	34,8	27,7
Armutsbekämpfung	60,8	57,0	58,5
Krisenlösung und -management	26,3	25,2	23,6
Hilfe nach Konflikten/Isolation	30,4	27,2	28,1
Regional	41,2	57,0	63,8
Insgesamt	193,6	201,1	201,6
Wichtigste Politikinitiativen und -anliegen			
Hilfe bei Standards und Kodizes, außer FSAP	18,1	21,7	14,8
FSAP-bezogen	6,0	9,9	15,4
HIPC-bezogen	16,8	11,5	5,7
Offshore-Finanzplätze und AML/CFT	10,4	8,6	11,3
Politikreform/Kapazitätsaufbau	142,3	147,4	154,4
Sonstiges	–	1,9	–
Insgesamt	193,6	201,1	201,6

Quelle: IWF-Büro für das Management der technischen Hilfe.

Hinweis: FSAP = Programm zur Bewertung des Finanzsektors, HIPC = Hochverschuldete arme Länder, AML/CFT = Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung.

¹Abzüglich der in der Zentrale für technische Hilfe durchgeführten Aktivitäten. Ein effektives Personenjahr an technischer Hilfe beträgt 260 Tage.

und Schaubild 6.2). Während des Geschäftsjahres 2005 begann die Abteilung Internationale Kapitalmärkte mit der Bereitstellung von technischer Hilfe in den Bereichen Anlegerpflege, bestimmten Aspekten des Passivmanagements und der Entwicklung der lokalen Kapitalmärkte.

Das IWF-Institut

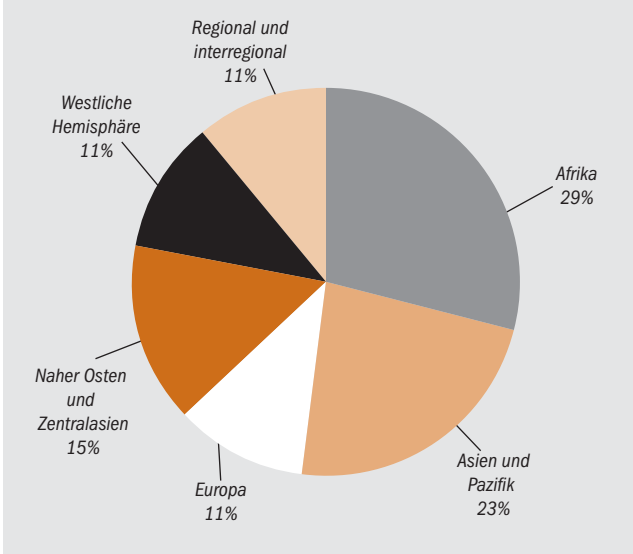
Das IWF-Institut bietet Regierungsmitarbeitern aus den Mitgliedsländern ein Angebot an Kursen und Seminaren, das sich auf vier Kernbereiche konzentriert – makroökonomische Steuerung sowie Finanzmarkt-, Fiskal- und Außenwirtschaftspolitik. Die Kurse und Seminare werden vom Stab des Instituts und den Stäben anderer IWF-Abteilungen durchgeführt, wobei manchmal auf die Hilfe von externen Wissenschaftlern und Experten zurückgegriffen wird. Die Ausbildung findet am IWF-Hauptsitz in Washington, D.C., und an verschiedenen Orten in Übersee statt. Regierungsmitarbeitern aus Entwicklungs- und Transformationsländern wird bei der Annahme ein gewisser Vorrang eingeräumt.

Im Geschäftsjahr 2005 bot das IWF-Institut mit Unterstützung anderer IWF-Abteilungen 124 Kurse für Regierungsmitarbeiter an, die von etwa 3900 Teilnehmern besucht wurden (siehe Tabelle 6.3). Etwa zwei Drittel dieser Ausbildungsmaßnahmen (gemessen an der Zahl der Kurse) und etwa die Hälfte (gemessen in Teilnehmerwochen) wurden durch die sechs regionalen Ausbildungsinstitute des IWF bereitgestellt, die ihren Sitz in Brasilien, China, Österreich, Singapur, Tunesien und den Vereinigten Arabischen Emiraten haben (siehe Tabelle 6.4). Die Ausbildung in Washington, die längere Kurse beinhaltet, spielte weiterhin eine wichtige Rolle; auf sie entfiel etwa ein Drittel der Teilnehmerwochen. Der Rest der Ausbildung fand an Orten in Übersee außerhalb des regionalen Netzwerks des IWF statt, überwiegend als Teil der laufenden Zusammenarbeit zwischen dem IWF-Institut und nationalen oder regionalen Ausbildungsprogrammen, sowie in Form von Fernlehrgängen, die auch einzelne Abschnitte enthielten, die in Washington durchgeführt wurden.

Die Zahl der Ausbildungskurse und Seminare stieg im Geschäftsjahr 2005 um mehr als drei Prozent und die Zahl der Teilnehmerwochen nahm um über vier Prozent zu. Fast zwei Drittel des bei der Ausbildung festzustellenden Anstiegs bei den Teilnehmerwochen war auf eine Ausweitung des Fernlehrprogramms zurückzuführen. Mit finanzieller Unterstützung der französischen und britischen Regierung wurden zwei Fernlehrgänge für afrikanische Regierungsmitarbeiter zusätzlich eingerichtet. Die Bereitstellung der technischen Hilfe wurde im Geschäftsjahr 2005 auch dadurch erleichtert, dass das Gemeinsame Afrika-Institut nach seinem Umzug von Côte d'Ivoire nach

Schaubild 6.1 Technische Hilfe nach Region, GJ 2005

(Prozent der gesamten regionalen Hilfe, in effektiven Personenjahren)



Tunesien im Geschäftsjahr 2004 ganzjährig Ausbildungsmaßnahmen anbieten konnte.

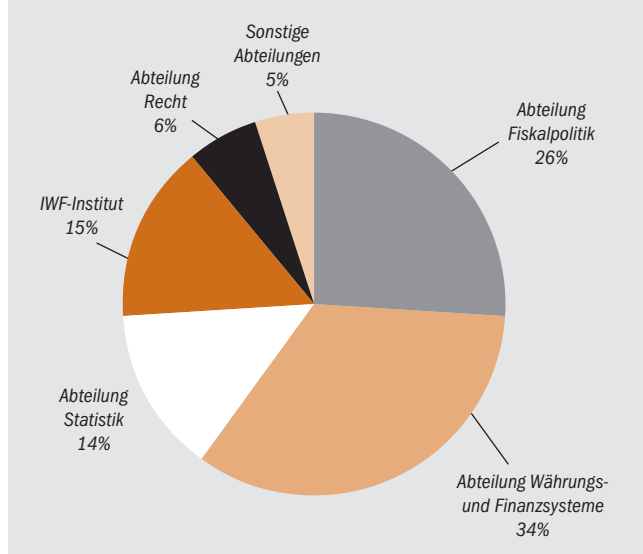
Das IWF-Institut legte weiterhin sehr großen Wert darauf, sein Lehrprogramm weiterzuentwickeln und sein Programm den Bedürfnissen der Mitgliedsländer anzupassen. Im Geschäftsjahr 2005 wurden neue Kurse zu Themen wie fiskalische Dezentralisierung, makroökonomische Steuerung und Verschuldungsfragen durchgeführt. Das Institut bot außerdem seinen ersten Fernlehrgang in französischer Sprache an, und zwar über Finanzplanung und -politik. Des Weiteren wurde zum ersten Mal eine arabische Fassung des Kurses über makroökonomische Steuerung und Finanzsektorfragen angeboten. Die Ausbildung auf dem Gebiet der Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wurde verstärkt, um die IWF-Initiativen auf diesem Gebiet zu unterstützen. Das Institut bot darüber hinaus sowohl in Washington als auch durch die regionalen Institute und Programme kurze Seminare zu wichtigen aktuellen Fragen, die auf die Bedürfnisse hochrangiger Regierungsmitarbeiter zugeschnitten waren. Im Geschäftsjahr 2005 befassten sich die Seminare mit Themen wie der wirtschaftlichen Integration der arabischen Staaten, der Verbriefung von Forderungen und strukturierten Finanzierungen, dem Wechselkurssystem Chinas, der Auslandshilfe sowie der makroökonomischen Steuerung.

Externe Finanzierung

Der IWF finanziert seine technische Hilfe und die Ausbildungsmaßnahmen überwiegend aus seinen eigenen Mitteln. Externe Finanzierungen bilden jedoch eine wichtige Ergänzung. Die externe Finanzierung wird in Form von Zuschüssen gewährt. Dies geschieht vor allem unter dem

Schaubild 6.2 Technische Hilfe nach Abteilung, GJ 2005

(Prozent der Gesamtmittel, in effektiven Personenjahren)



Rahmenkonto des IWF für technische Hilfe (*Framework Administered Account for Technical Assistance Activities*), aber auch durch Kostenteilungsvereinbarungen mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (*United Nations Development Program – UNDP*) sowie, in einer kleinen Zahl von Fällen, mittels direkter Erstattungsvereinbarungen. Im Geschäftsjahr 2005 wurden innerhalb des Rahmenkontos drei neue Unterkonten für insgesamt 19 Unterkonten eingerichtet. Es handelt sich dabei um das Unterkonto für das regionale Zentrum für technische Hilfe im Nahen Osten, das Unterkonto für technische Hilfe zur Formulierung und Steuerung der Wirtschafts- und Finanzpolitik und das Unterkonto für technische Hilfe Spaniens. Zu diesen Unterkonten gehören auch fünf Unterkonten mehrerer Geber zur Unterstützung des PFTAC, der AFRITACs, des METAC, der technischen Hilfe für den Irak und der technischen Hilfe für die Formulierung und Steuerung der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Im Geschäftsjahr 2005 machte die externe Finanzierung 26 Prozent der gesamten vom IWF bereitgestellten Hilfe aus. Japan blieb mit etwa 54 Prozent der gesamten externen Finanzierung für die technische Hilfe der größte einzelne Geber. Andere bilaterale Geber waren Australien, Brasilien, China, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Indien, Irland, Italien, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, die Russische Föderation, Schweden, die Schweiz, Singapur, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Multilaterale Geber waren die Afrikanische Entwicklungsbank, der Arabische Währungsfonds, die Asiatische Entwicklungsbank, die Europäische Kommission, die Interamerikanische Entwicklungsbank, das UNDP, die Vereinten Nationen und die Weltbank.

Tabelle 6.2 Bereitstellung und Quellen der technischen Hilfe, GJ 2001-05(In effektiven Personenjahren)¹

	GJ 2001	GJ 2002	GJ 2003	GJ 2004	GJ 2005
IWF-Haushalt für technische Hilfe	265,5	268,8	262,2	262,1	283,4
Stabsmitarbeiter	171,8	172,2	174,1	186,1	195,6
In der Zentrale tätige Berater	22,7	23,2	20,1	20,6	27,4
Sachverständige vor Ort	71,0	73,4	68,0	55,4	60,4
Externe Ressourcen der technischen Hilfe	77,7	77,8	93,5	105,3	97,1
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen	8,4	9,6	9,6	8,1	5,8
Japan	59,5	56,2	61,9	61,6	52,5
Sonstige Kofinanzierer	9,8	12,0	22,0	35,6	38,9
Gesamtmittel der technischen Hilfe	343,3	346,6	355,7	367,4	380,6
Regionale Bereitstellung technischer Hilfe²	275,8	280,0	286,5	291,1	301,4
Afrika	68,2	71,9	72,1	83,8	86,9
Asien und Pazifik	57,0	63,1	67,5	69,0	68,2
Europa I	30,2	30,3	27,7	–	–
Europa II	40,8	32,6	25,1	–	–
Europa	–	–	–	35,5	34,5
Nahe Osten	27,8	22,4	26,5	–	–
Nahe Osten und Zentralasien	–	–	–	40,1	45,1
Westliche Hemisphäre	23,7	28,0	32,6	26,6	32,7
Regional und interregional	28,0	31,7	35,1	36,0	33,9
Nicht-regionale technische Hilfe³	67,5	66,6	69,2	76,4	79,2
Gesamtbereitstellung technischer Hilfe	343,3	346,6	355,7	367,4	380,6
Bereitstellung technischer Hilfe nach IWF-Abteilung					
Abteilung Fiskalpolitik	101,2	115,5	120,0	122,0	127,0
Abteilung Währungs- und Finanzsysteme	111,9	97,5	94,3	95,6	99,5
Abteilung Statistik	48,2	49,2	55,7	59,0	53,1
IWF-Institut	54,4	56,0	55,4	53,6	57,0
Abteilung Recht	15,4	15,5	19,6	23,9	23,5
Sonstige Abteilungen ⁴	12,2	12,9	10,7	13,3	20,4

Quelle: IWF-Büro für das Management der technischen Hilfe.

¹Ein effektives Personenjahr technischer Hilfe beträgt 260 Tage. Eine neue Definition, die seit 2001 verwendet wird; die Daten werden rückwirkend angepasst.²Im Geschäftsjahr 2004 wurde die frühere Abteilung Europa II aufgelöst, und die davon betroffenen Länder wurden auf die neu eingerichtete Abteilung Europa und die Abteilung Nahe Osten und Zentralasien aufgeteilt.³Indirekte technische Hilfe, darunter Grundsatzfragen, Management, Evaluierung sowie sonstige mit technischer Hilfe zusammenhängende Aktivitäten.⁴Enthält die Abteilung Grundsatzpolitik, die Abteilung Technologie und allgemeine Dienste sowie das Büro für das Management der technischen Hilfe.

Überprüfung und Verbesserung der Wirksamkeit

Im Geschäftsjahr 2005 schloss das Unabhängige Evaluierungsbüro (IEO) einen Bericht über das Technische-Hilfe-Programm des Fonds ab (Kapitel 7 enthält eine ausführlichere Beschreibung der Aufgaben und Aktivitäten des IEO). Darüber hinaus gab das OTM eine unabhängige Evaluierung der AFRITACs in Auftrag. Diese ist Teil des formalen Evaluierungsprogramms, das im April 2003 eingeführt wurde (siehe Tabelle 6.5 zu anderen Evaluierungen, die im Geschäftsjahr 2006-07 geplant sind).

Evaluierung der technischen Hilfe durch das IEO

Im Februar 2005 überprüfte das Exekutivdirektorium den Bericht des IEO über das Technische-Hilfe-Programm des Fonds. Die Direktoren unterstrichen die zunehmend wichtige Rolle, die die technische Hilfe des Fonds bei der Erfüllung der unterschiedlichen Bedürfnisse der Mitgliedsländer

spielt, insbesondere auf den Gebieten der wirtschaftspolitischen Planung und Umsetzung sowie des Kapazitätsaufbaus. Sie stimmten darin überein, dass die wesentliche Stärke des Fonds im Bereich der technischen Hilfe darin besteht, rasch zu reagieren, seine Beratung auf die Verhältnisse der Mitglieder auszurichten und eine hochwertige, auf wirksamer Qualitätskontrolle basierende Analyse zu liefern. Was mögliche Verbesserungen angeht, so sei es erforderlich, eine eher mittelfristig angelegte Perspektive für die Festsetzung der Strategie und der Prioritäten der technischen Hilfe einzuführen, die Überwachung und Evaluierung von Umsetzung und Ergebnissen der technischen Hilfe zu verbessern, die Eigenverantwortung der Länder zu erhöhen und die Notwendigkeit von Prioritätsfiltern erneut zu prüfen.

Wie im IEO-Bericht anerkannt, hat der Fonds bereits Schritte auf diesen Gebieten unternommen. Darunter fällt beispielsweise die Einführung abteilungsspezifischer Strategiepläne für die technische Hilfe sowie ein geplantes Pilotprojekt, das Zusammenfassungen über geleistete technische Hilfen in ausgewählten Artikel-IV-Berichten liefern soll. Des Weiteren gehört dazu die Einführung des Evaluierungsprogramms für die technische Hilfe im Jahr 2003 und die Entwicklung des fondsweiten Informationsverwaltungssystems für technische Hilfe (Technical Assistance Information Management System – TAIMS, siehe Kasten 6.2). Gleichzeitig bleibt jedoch die Verbesserung der Effizienz der technischen Hilfe eine Herausforderung, und die Direktoren erörterten, wie die sechs zentralen Empfehlungen des IEO diese Bemühungen voranbringen könnten:

- Empfehlung 1. Der IWF sollte einen mittelfristigen länderbezogenen Rahmenplan für die Festsetzung der Prioritäten der technischen Hilfe entwickeln. Dieser sollte länderspezifische strategische Zielrichtungen enthalten und mit einer systematischeren Bewertung von Faktoren einhergehen, die sich bereits in der Vergangenheit als relevant erwiesen haben.
- Empfehlung 2. Der IWF sollte systematischere Ansätze entwickeln, mit deren Hilfe die Fortschritte der zentralen TH-Aktivitäten überwacht und die Ursachen

wesentlicher Versäumnisse erkannt werden können.

- Empfehlungen 3 und 4. Eine stärkere Mitwirkung der betroffenen Behörden und Ansprechpartner bei der Planung von TH-Aktivitäten und Folgeprogrammen sollte als Zeichen von Eigenverantwortung und Engagement herausgestellt werden. Darüber hinaus sollten die TH-Fachleute größere Anstrengungen unternehmen, um bereits im Vorfeld der eigentlichen Formulierung von TH-Empfehlungen verfügbare Optionen darzulegen und bestehende Alternativen mit den örtlichen Bediensteten zu diskutieren.
- Empfehlung 5. Das Programm der Ex-post-Evaluierungen der TH sollte erweitert werden und es sollten systematischere Verfahren eingeführt werden, um die gezogenen Lehren weiterzugeben. Dies entspricht dem Trend der jüngsten Vergangenheit und erfasst periodische Bestandsaufnahmen und regelmäßige Evaluierungen.
- Empfehlung 6. Die Prioritätsfilter sollten eingestellt oder durch solche Filter ersetzt werden, die eine wirksamere Steuerung der Gewährung von technischer Hilfe erlauben.

Die Direktoren stimmten der Empfehlung zu, dass der IWF einen mittelfristigen länderspezifischen Rahmenplan für die Prioritätensetzung im Bereich der technischen Hilfe entwickeln sollte, der länderspezifische strategische Zielrichtungen vorgibt und mit einer systematischeren Auswertung der Faktoren verbunden ist, die der früheren Entwicklung zugrunde lagen. Insbesondere waren sich die meisten Direktoren darin einig, dass die Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung, die von einkommensschwachen Ländern entworfen werden (siehe Kapitel 4), als ein Instrument dienen sollten, um den mittelfristigen Bedarf an technischer Hilfe festzustellen und die Abstimmung zwischen den verschiedenen Behörden zu verbessern. Die Direktoren sprachen sich ferner dafür aus, die jährlichen Kapazitätsbedarfsermittlungen (RAPs) zu einem mehrjährigen Rahmen weiterzuentwickeln, der mit dem Übergang des IWF zu einem dreijährigen Haushaltsplan im Einklang steht. Sie empfahlen ferner, dass die Regionalabteilungen bei der Entwicklung von Länder-Rahmenplänen eine zentrale Rolle

Tabelle 6.3 Ausbildungsprogramme des IWF-Instituts für Bedienstete, GJ 2001-05

	GJ 2001	GJ 2002	GJ 2003	GJ 2004	GJ 2005
Ausbildung in der Zentrale					
Kurse und Seminare	21	18	20	18	20
Teilnehmer	760	695	698	614	713
Teilnehmerwochen	3 584	2 718	3 009	2 764	2 900
Regionale Institute und Programme¹					
Kurse und Seminare	64	73	73	82	85
Teilnehmer	1 998	2 291	2 302	2 607	2 572
Teilnehmerwochen	3 691	4 261	3 969	4 449	4 509
Sonstige Ausbildung in Übersee					
Kurse und Seminare	19	16	17	18	16
Teilnehmer	569	439	496	551	507
Teilnehmerwochen	1 050	828	899	949	857
Fernunterricht²					
Kurse	1	3	3	2	3
Teilnehmer	40	120	110	72	112
Teilnehmerwochen	166	551	490	344	607
Kurse und Seminare insgesamt	105	110	113	120	124
Teilnehmer insgesamt	3 367	3 545	3 606	3 844	3 904
Teilnehmerwochen insgesamt	8 491	8 358	8 367	8 506	8 872

Quelle: IWF-Institut.

¹Einschließlich Gemeinsames Institut in Wien (gegründet 1992), Regionales IWF-Ausbildungszentrum in Singapur (1998), Regionales IWF-AWF-Ausbildungsprogramm (AWF – Arabischer Währungsfonds) in den Vereinigten Arabischen Emiraten (1999), Gemeinsames Afrika-Institut in Côte d'Ivoire und Tunesien (1999), Gemeinsames Ausbildungsprogramm von China und IWF (2000) sowie Gemeinsames regionales Ausbildungszentrum für Lateinamerika in Brasilien (2001). Kurse, die von der Afrikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank im Gemeinsamen Afrika-Institut durchgeführt wurden, sowie die von den österreichischen Behörden im Gemeinsamen Institut in Wien angebotenen Kurse werden von den Daten nicht erfasst.

²Um Doppelzählungen zu vermeiden, wird nur der Präsenzunterricht in der Zahl der Kurse und Seminare sowie in der Zahl der Teilnehmer erfasst. Die Teilnehmerwochen erfassen sowohl die Fernunterrichts- als auch die Präsenzunterrichts-Komponenten. Im GJ 2005 wurden vier Fernkurse abgeschlossen. Die Präsenzunterrichts-Komponente für einen dieser Kurse erfolgt im GJ 2006.

spielen sollten, weil dadurch die Prioritätensetzung für den Bedarf an technischer Hilfe verbessert würde. Die Direktoren sprachen sich außerdem dafür aus, dass die örtlichen Vertreter des Fonds in den Mitgliedsländern an der Festlegung des Bedarfs an technischer Hilfe und an der Überwachung ihrer Bereitstellung beteiligt werden. Ein solcher Rahmen würde einen sektor- und länderübergreifenden Vergleich des Bedarfs an technischer Hilfe ermöglichen und die Fähigkeit des Fonds verbessern, diesen Bedarf zu decken. Er würde es darüber hinaus ermöglichen, entstehende Engpässe zu identifizieren, die eine Umleitung von Ressourcen zwischen den einzelnen Fondsabteilungen, die technische Hilfe bereitstellen, erfordern. Die Prioritätensetzung für den Mitteleinsatz sollte sich auf eine gemeinsame Vision über die allgemeinen mittelfristigen Ziele des Fonds stützen, wobei der Fonds aber gleichzeitig die Flexibilität behalten sollte, auf dringende Bedürfnisse der Mitglieder einzugehen. Die Fachabteilungen sollten weiterhin dafür verantwortlich sein, die Qualität der technischen Hilfe zu sichern und Strategien für die technische Hilfe in ihren Bereichen zu entwerfen. Sie sollten außerdem entscheiden, wie die technische Hilfe am effektivsten bereitgestellt werden kann. In diesem Zusammenhang vertraten die Direktoren im Allgemeinen die Auffassung, dass die Länderbehörden letztlich für die Koordination der technischen Hilfe zuständig sein

Tabelle 6.4 Regionale Ausbildungsprogramme des IWF-Instituts

	Datum der Einrichtung	Standort	Gemeinsame Träger	Geplante Teilnehmerländer
Gemeinsames Institut in Wien	1992	Österreich	Österreichische Behörden, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Weltbank sowie Welthandelsorganisation ¹	Transformationsländer in Europa und Asien
Regionales IWF-Ausbildungszentrum in Singapur	1998	Singapur	Regierung von Singapur	Entwicklungs- und Transformationsländer in Asien und im pazifischen Raum
Regionales IWF-AWF-Ausbildungsprogramm	1999	Vereinigte Arab. Emirate	Arabischer Währungsfonds	Mitgliedsländer des Arab. Währungsfonds
Gemeinsames Afrika-Institut²	1999	Tunesien	Afrikanische Entwicklungsbank, Weltbank	Afrikanische Länder
Gemeinsames Ausbildungsprogramm von China und IWF	2000	China	Zentralbank von China	China
Gemeinsames regionales Ausbildungszentrum für Lateinamerika	2001	Brasilien	Regierung von Brasilien	Lateinamerikanische Länder

¹Eine Reihe anderer europäischer Länder und die Europäische Union sind zwar keine offiziellen Träger des Gemeinsamen Instituts in Wien, leisten jedoch finanzielle Unterstützung.

²Im Jahr 2003 hat das Gemeinsame Afrika-Institut seine Geschäftstätigkeit aufgrund der Sicherheitslage in Côte d'Ivoire vorübergehend von Côte d'Ivoire nach Tunesien verlegt.

sollten, wobei es jedoch auch erforderlich sein könnte, dass der Fonds enger mit anderen Behörden und Gebern zusammenarbeitet, wenn die Kapazitäten in den Mitgliedsländern zu schwach sind.

Die Direktoren unterstützten außerdem die Empfehlung, dass sich der IWF-Stab und die Behörden zu Beginn wichtiger Projekte der technischen Hilfe auf messbare Indikatoren zur Überwachung der Fortschritte verständigen. Sie stellten fest, dass durch das TAIMS verbesserte, transparente und standardisierte Überwachungsverfahren in der gesamten Institution eingeführt werden können.

Eine stärkere Mitwirkung der Behörden und Ansprechpartner beim Entwurf von TH-Aktivitäten und Folgeprogrammen sollte als ein Zeichen von Eigenverantwortung und Engagement herausgestellt werden. Die für technische Hilfe zuständigen Experten sollten größere Anstrengungen unternehmen, um verschiedene Optionen zu identifizieren und mögliche Alternativen mit örtlichen Bediensteten zu diskutieren, bevor Empfehlungen für die technische Hilfe entworfen werden. Die Direktoren stimmten darin überein, dass eine stärkere Mitwirkung und Eigenverantwortung der

betroffenen Behörden und die Diskussion verschiedener Optionen für eine größere Wirksamkeit der technischen Hilfe und eine Stärkung der lokalen Kapazität von entscheidender Bedeutung sind.

Die Direktoren empfahlen, das Programm der Ex-post-Evaluierungen der technischen Hilfe zu erweitern und systematischere Verfahren einzuführen, um die gezogenen Lehren weiterzugeben. Dies entspreche dem Trend der jüngsten Vergangenheit und erfasse periodische Bestandsaufnahmen und regelmäßige Evaluierungen. Die Direktoren stimmten darin überein, dass externe Evaluierungen ein nützliches Instrument sind, um die Rechenschaftspflicht zu erhöhen und neue Perspektiven zu gewinnen.

Es wurde außerdem betont, dass die Umsetzung der Empfehlungen des Berichts angesichts des drängenden Bedarfs der einkommensschwachen Länder an technischer Hilfe im Rahmen der Millennium-Entwicklungsziele keine Reduzierung des Umfangs der diesen Mitgliedern gewährten technischen Hilfe mit sich bringen sollte.

Evaluierung der AFRITACs

Die regionalen Zentren für technische Hilfe des IWF in Ost- und Westafrika wurden 2002 bzw. 2003 errichtet. Sie sollen die Fähigkeiten der afrikanischen Länder südlich der Sahara stärken, Armutsbekämpfungsstrategien zu entwerfen und umzusetzen und die Koordinierung der technischen Hilfe verbessern, die auf den Kapazitätsaufbau im Rahmen des PRSP-Prozesses abzielt. Die AFRITACs bieten technische Hilfe und Ausbildung in einem breiten Fächer von Bereichen, darunter Überwachung des Bank- und Mikrofinanzwesens, Zollverwaltung, Verschuldung und Finanzmärkte, geldpolitische Maßnahmen, öffentliche Ausgabenpolitik, Einnahmenverwaltung, Statistik und Steuerverwaltung. Sie

Tabelle 6.5 Evaluierungsprogramm für technische Hilfe – GJ 2006–07

Gegenstand des Evaluierungsberichts	Geschäftsjahr
TH im Bereich der Steuerpolitik in Ländern, die aufgrund von Handels- und Zolltarifreformen vor Einnahmeeinbußen stehen	2006
TH für Kapazitätsaufbau in vier ausgewählten Ländern im Bereich der Währungs- und Finanzsysteme	
TH zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	2007
Verwaltung der öffentlichen Einnahmen – TH an Länder im Nahen Osten	
Verwaltung der öffentlichen Einnahmen – TH an Südostasien	
Allgemeines Datenweitergabesystem (GDSS) – Regionale TH-Projekte	

wurde im Geschäftsjahr 2005 auf Antrag des OTM evaluiert. Die Bewertung erfolgte durch ein Team aus drei unabhängigen Beratern, die auf den öffentlichen Sektor, die Finanzverwaltung und Evaluierungstechniken spezialisiert sind.

Die Bewertung ergab, dass die AFRITACs ein effizientes Instrument für die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus sind. Sie unterscheiden sich von anderen Arten der Bereitstellung von Hilfe durch die Möglichkeit, besser auf die Bedürfnisse der Kunden eingehen zu können, durch die geografische Nähe zu den Mitgliedsländern, eine kurze Reaktionszeit, die Vertrautheit mit den lokalen Zusammenhängen und Fragen sowie durch fachliche Führungsqualitäten. Die beiden Zentren, die einen nachfrageorientierten Ansatz verfolgen, der auf umfassenden Konsultationen mit den Mitgliedsländern basiert, haben ihre Ziele zum großen Teil erreicht. Aus der Auswertung eines Fragebogens ergab sich, dass das AFRITAC-Modell die Eigenverantwortung der Länder fördert, die regionale Solidarität stärkt, Geber besser über die Umstände und Bedürfnisse der Länder informiert, die Rechenschaftspflicht des Stabs erhöht und den Einsatz afrikanischer Experten erhöht. Der AFRITAC-Ansatz bei der Bereitstellung von Hilfe scheint außerdem relativ kosteneffizient zu sein, und die Zentren sind gut geführt. Die Regierungen der Mitgliedsländer unterstützen die Zentren. Die wichtigsten Verbesserungsmöglichkeiten liegen in den Bereichen Aufsicht und Evaluierung, wo ein Mangel an Leistungsindikatoren besteht. Die AFRITACs arbeiten eng mit regionalen Organisationen wie der Stiftung für den Aufbau afrikanischer Kapazitäten (*African Capacity Building Foundation*) und AFRISTAT (*Economic and Statistical Observatory for sub-Saharan Africa*) zusammen und beabsichtigen, ihre Beziehungen zu dem *Macroeconomic and Financial Management Institute for Eastern and Southern Africa* und dem Gemeinsamen Afrika-Institut des IWF (*Joint Africa Institute*) weiter auszubauen.

Die Evaluierung enthielt eine Reihe von Empfehlungen, die in der Folge aufgeführt werden: Die Empfängerländer sollen im Rahmen der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung umfassende Programme zum Aufbau von Kapazitäten

Kasten 6.2 Das Informationsverwaltungssystem für technische Hilfe (TAIMS)

Während des Geschäftsjahres 2005 begann der IWF mit der ersten Phase des TAIMS. Dabei handelt es sich um ein mehrjähriges IT-Projekt, das die besten IT-Praktiken für die Bereitstellung und Verwaltung der technischen Hilfe im IWF einführt. Dadurch erhält der Fonds des Weiteren ein Instrument, das er für die wirksame Verwaltung von Ressourcen und Projekten, die Beziehungen zu den Gebern, die mittelfristige Planung sowie eine integrierte Überwachung und Evaluierung benötigt.

TAIMS, ein standardisiertes fondsweites System, wird in drei Phasen eingeführt, um einen schlüssigen, leicht zugänglichen und integrierten Überblick über die technische Hilfe der Abteilungen des Fonds zu ermöglichen. Es wird die Basis bilden für die Unterrichtung der Geschäftsleitung und des Exekutivdirektoriums über die Aktivitäten und letztendlich auch die Ergebnisse der technischen Hilfe.

In der TAIMS-Phase I wird ein fondsweites, standardisiertes und computergestütztes Informations- und Überwachungssystem für die technische Hilfe eingeführt, das die in vorhandenen Datenbanken vorliegenden Informationen über Projekte der technischen Hilfe zusammenfasst. Zusätzliche Informationen (wie die allgemeine Definition von Projekten, ihre Ziele und Ergebnisse, Aktivitäten und geplante

Überwachungsmaßnahmen) werden in dieser Phase ebenfalls erfasst. Das System liefert sowohl eine verbale Beschreibung von Projekten als auch Informationen über den Einsatz von Ressourcen und die damit verbundenen Kosten.

In der TAIMS-Phase II wird der Schwerpunkt darauf gelegt, die mittelfristige Planung der technischen Hilfe zu verbessern, um die Festlegung strategischer und geschäftspolitischer Prioritäten besser in den Planungsprozess zu integrieren. Das Ziel besteht darin, den Fonds zu befähigen, seinen künftigen Ressourcenbedarf vorherzusagen. Es werden deshalb Instrumente entwickelt, die die Kapazitätsbedarfsermittlung (*Resource Allocation Planning - RAP*) erleichtern.

Vorbehaltlich der Billigung durch die Geschäftsleitung wird das Ziel der TAIMS-Phase III darin bestehen, Instrumente zu schaffen und Arbeitspraktiken zu unterstützen, mit deren Hilfe die mittelfristige Wirksamkeit der technischen Hilfe des Fonds bewertet werden kann. Dabei werden die TAIMS-Datenbank und die Überwachungs- und Planungsinstrumente eingesetzt, die bereits in den Phasen I und II geschaffen wurden, um die Wirksamkeit der technischen Hilfe des Fonds zu verbessern.

beschließen; die begünstigten Behörden sollen mit Hilfe des IWF Pläne erarbeiten, um Stabsressourcen und institutionelle Kapazitäten zu entwickeln; die Vertretung der Länder im Lenkungsausschuss soll ihren Bedarf an technischer Hilfe widerspiegeln; die Teilnehmer an Arbeitsgruppen sollen sorgfältig ausgewählt und verpflichtet werden, die erworbenen Kenntnisse mit Mitarbeitern ihrer eigenen und verbundener Behörden zu teilen; der IWF soll einen Kurzeitexperten einstellen, der dafür zuständig ist, Leistungsindikatoren und einen schlüssigen Rahmen für die Evaluierung der Ergebnisse der AFRITACs zu entwerfen, wobei diese Bewertung mindestens einmal pro Jahr stattfinden soll, und die AFRITACs sollen weiterhin die Fachkenntnisse der Afrikaner fördern, indem sie ortsansässige und befristete tätige Experten auf dem Kontinent anwerben, örtliche Fachkräfte darauf vorbereiten, selbst Ausbildungslehrgänge anzubieten, und ihre Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen vertiefen. Im April 2005 billigten die Lenkungsausschüsse der beiden AFRITACs den unabhängigen Evaluierungsbericht und beschlossen einen Aktionsplan zu entwickeln, um seine wichtigsten Empfehlungen umzusetzen.

The image shows three people from behind, walking away from the camera on a large, geometric floor pattern. The scene is bathed in a teal or cyan light. The person on the left is wearing a light-colored short-sleeved shirt and dark trousers. The person in the middle is wearing a light-colored long-sleeved shirt and dark trousers. The person on the right is wearing a dark long-sleeved shirt and dark trousers. Their shadows are cast on the floor in front of them.

Verwaltungs- und Geschäftsführung des IWF

KAPITEL | 7

Der IWF ist gegenüber den Regierungen seiner Mitgliedsländer zur Rechenschaft verpflichtet. Diese berufen den Gouverneursrat und ernennen oder wählen die Direktoren für das Exekutivdirektorium.

Der *Gouverneursrat* ist das höchste Entscheidungsgremium des IWF. Er setzt sich zusammen aus je einem Gouverneur und einem stellvertretenden Gouverneur der 184 Mitgliedsländer des IWF. Der Gouverneur ist in der Regel der Finanzminister oder der Präsident der Notenbank. Alle Gouverneure kommen einmal im Jahr anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank zusammen.

Darüber hinaus gibt es zwei Gouverneursausschüsse, die die gesamte Mitgliedschaft vertreten. Der *Internationale Währungs- und Finanzausschuss* (IMFC) ist ein beratendes Organ. Er setzt sich aus 24 Gouverneuren des IWF (oder ihren Stellvertretern) zusammen, die die gleichen Länder oder Stimmgruppen (Ländergruppen) vertreten wie die 24 Exekutivdirektoren, die das Exekutivdirektorium bilden. Der IMFC tritt in der Regel zweimal im Jahr zusammen; im März/April und zur Zeit der Jahrestagung im September/Oktober. Seine Aufgaben bestehen darin, dem Exekutivdirektorium Anleitung zu geben und den Gouverneursrat über Fragen im Hinblick auf die Steuerung des internationalen Währungssystems zu beraten und ihm Bericht zu erstatten. Der derzeitige Vorsitzende des IMFC ist Gordon Brown, der Schatzkanzler des Vereinigten Königreichs. Der *Entwicklungsausschuss* (der formale Titel lautet: Gemeinsamer Ministerausschuss der Gouverneursräte von Weltbank und IWF für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer) ist ein gemeinsames Organ von Weltbank und IWF. Er setzt sich aus 24 Gouverneuren der Weltbank und des IWF bzw. ihren Stellvertretern zusammen. Der Ausschuss dient als ein Forum, das dazu beiträgt, einen länderübergreifenden Konsens über Entwicklungsfragen, einschließlich der für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungsländern erforderlichen Finanzmittel, zu erzielen. Der Entwicklungsausschuss tagt in der Regel zweimal im Jahr nach der Sitzung des IMFC. Beide Ausschüsse berichten normalerweise über ihre Treffen in Kommunikués, die auf der Webseite des IWF veröffentlicht werden (siehe Anhang IV).

Das *Exekutivdirektorium* führt die Tagesgeschäfte des IWF an seinem Sitz in Washington, D.C. Seine Arbeit wird durch den IMFC gelenkt und durch den Mitarbeiterstab des IWF unterstützt. Der Geschäftsführende Direktor ist der Vorsitzende des Exekutivdirektoriums und Chef des IWF-

Mitarbeiterstabs. Er wird vom Ersten Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor und zwei weiteren Stellvertretenden Direktoren unterstützt. Das Exekutivdirektorium, das aus 24 Direktoren besteht, spielt eine zentrale Rolle bei der Formulierung der Geschäftspolitik und in den Entscheidungsprozessen des IWF. Es übt alle Entscheidungsbefugnisse zur Führung der Geschäfte der Institution aus, mit Ausnahme der Befugnisse, die das Übereinkommen für den Gouverneursrat oder den Geschäftsführenden Direktor vorbehalten hat. Das Direktorium amtiert ständig, d.h. so häufig wie die aktuellen Aufgaben es erfordern, in der Regel an drei vollen Tagen pro Woche. Im Kalenderjahr 2004 belief sich die gesamte Sitzungszeit des Direktoriums auf etwa 500 Stunden. Das Direktorium kam zu 265 formellen Sitzungen (einschließlich der Sitzungen, in denen Entscheidungen getroffen wurden), zu neun informellen Seminaren und zu 91 anderen informellen Treffen, einschließlich der Ausschusssitzungen, zusammen. Das Direktorium widmete 55 Prozent seiner Zeit Angelegenheiten der Mitgliedsländer (hauptsächlich Artikel-IV-Konsultationen sowie Überprüfungen und Genehmigungen von IWF-Kreditvereinbarungen). Von seiner Sitzungszeit entfielen 22 Prozent auf die globale und regionale Überwachung sowie auf allgemeine wirtschaftspolitische Themen (wie die weltwirtschaftlichen Aussichten, die Stabilität des globalen Finanzsystems, die Finanzausstattung des IWF, die Stärkung des internationalen Finanzsystems, die Verschuldungslage, einkommensschwache Länder sowie Fragen in Bezug auf die Kreditfazilitäten des IWF und die Programmgestaltung). Die verbleibende Zeit wurde für Ausschüsse, Verwaltungsfragen und andere Themen genutzt.

Die Stimmrechte jedes Mitgliedslandes im Fonds werden durch seine Quote (die in etwa die relative ökonomische Größe eines Landes widerspiegelt und nach deren Maßgabe das jeweils mögliche Kreditvolumen bestimmt wird) und durch die Basisstimmen festgelegt, die allen Mitgliedsländern gleichmäßig zugeteilt sind (für weitergehende Informationen zu den Quoten siehe www/imf.org/external/np/exr/facts/quotas/htm). Nach dem IWF-Übereinkommen werden in Zeiträumen von nicht mehr als fünf Jahren allgemeine Quotenüberprüfungen durchgeführt. Der Fonds arbeitet derzeit an der Dreizehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung, die bis Januar 2008 abgeschlossen sein muss. Das Exekutivdirektorium diskutierte in diesem Zusammenhang mehrfach über Fragen der Quotenaufteilung, der Stimmrechte und der Vertretung im Fonds (siehe Kasten 7.1).

Kasten 7.1 Stand der Diskussion im IWF über Quoten, Mitsprache und Vertretung

Der Gouverneursrat des IWF verabschiedete am 30. Januar 2003 eine Resolution, mit der die Zwölfte Allgemeine Quotenüberprüfung ohne einen Vorschlag zur Quotenerhöhung abgeschlossen wurde. In der Resolution wurde auch auf die Absicht des Exekutivdirektoriums hingewiesen, während der Dreizehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung „die Angemessenheit der IWF-Ressourcen sorgfältig zu prüfen und zu bewerten, Maßnahmen zu erwägen, um eine Quotenverteilung zu erreichen, die die Entwicklungen in der Weltwirtschaft widerspiegelt, und Schritte zur Stärkung der Führungs- und Kontrollmechanismen des IWF in Betracht zu ziehen“. Nach dem IWF-Übereinkommen sind allgemeine Quotenüberprüfungen in Zeiträumen von nicht mehr als fünf Jahren durchzuführen. Die Dreizehnte Überprüfung muss daher bis Januar 2008 abgeschlossen sein.

Das Exekutivdirektorium erörterte am 31. Juli 2003 Fragen zur Quotenverteilung – einschließlich Quotenformeln – und zu den Stimmrechten. Die meisten Direktoren sahen erhebliche Vorteile in einer Paketlösung, die Elemente enthält, von der die Mitgliedschaft als Ganzes profitieren würde. Ein solches Paket würde folgende Punkte enthalten: eine allgemeine Quotenerhöhung mit einem relativ großen selektiven Element, das nach Maßgabe einer neuen Quotenformel verteilt würde, Ad-hoc-Erhöhen für Länder, deren Quoten deutlich von ihrer relativen Position in der

Weltwirtschaft abweichen, und eine Anhebung der Basisstimmen, die speziell dazu dienen soll, die Erosion der Stimmrechte der kleinsten Mitgliedsländer zu korrigieren.¹ Angesichts der Liquiditätslage des IWF und der regelmäßigen Überprüfung der Angemessenheit der Ressourcen des IWF sahen die meisten Exekutivdirektoren keine Notwendigkeit für eine Quotenerhöhung. Im August 2004 wurden dem Direktorium überarbeitete Beispielsrechnungen für die Quote vorgelegt.

Das Exekutivdirektorium hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die administrativen und technischen Kapazitäten der Exekutivdirektoren aus Entwicklungs- und Transformationsländern zu erhöhen, damit diese umfassend und effektiv an den Entscheidungsprozessen des IWF teilnehmen können. Das Exekutivdirektorium genehmigte im April 2003 drei zusätzliche Mitarbeiterstellen für die Exekutivdirektoren aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara, die die größten Ländergruppen bilden.

Die Exekutivdirektoren haben außerdem ihre Arbeit in einigen anderen Bereichen fortgesetzt, die darauf zielen, die Kapazitäten in den Büros der Exekutivdirektoren, insbesondere derjenigen aus Entwicklungs- und Transformationsländern, zu erhöhen. Zu diesen vor kurzem eingeleiteten und noch laufenden Initiativen gehört eine Vereinbarung über folgende Elemente: Es sind auf freiwilliger Basis informelle Leitlinien zur Qualifikation

und zu den Aufgaben der Mitarbeiter in den Büros der Exekutivdirektoren zu erstellen; neuen Mitarbeitern in den Büros der Exekutivdirektoren ist regelmäßig eine Weiterbildung anzubieten; es ist zu prüfen, wie eine enge und effektive Kommunikation mit den Behörden in den Hauptstädten durch neue Technologien erleichtert werden kann, und die Anstrengungen, die darauf abzielen, neuen Direktoriumsmitgliedern und deren Mitarbeitern zeitnahe und umfassende Informationen über die Verfahren im Direktorium und die Geschäftspolitik des Fonds zukommen zu lassen, sind zu verstärken.

Dem IMFC wurde in seiner Sitzung am 2. Oktober 2004 ein Fortschrittsbericht des Exekutivdirektoriums über Quoten, Mitsprache und Vertretung² vorgelegt. Als Reaktion auf diesen Bericht forderte der IMFC das Direktorium auf, Fragen bezüglich Quoten, Mitsprache und Vertretung weiter zu prüfen, und er wies in Übereinstimmung mit dem Direktorium darauf hin, dass Fortschritte einen breiten Konsens der Anteilseigner erfordern. Der Ausschuss empfahl außerdem den Abschluss der Ratifizierung der Vierten Änderung (siehe IMFC-Kommuniqué vom 2. Oktober 2004).

¹Eine Anhebung der Basisstimmen würde eine Änderung des IWF-Übereinkommens erfordern.

²Verfügbar unter www.imf.org/external/np/fin/2004/eng/092204.htm.

Der Fonds ist verpflichtet, höchsten Standards der Geschäftsführung und Kontrolle zu genügen und einige wichtige Initiativen wurden in dieser Hinsicht eingeleitet. Die Reform des internen Budgetierungsverfahrens des Fonds wurde fortgesetzt mit dem Ziel, ein mittelfristiges, ergebnisorientiertes Budgetsystem einzurichten. (Weitere Einzelheiten finden sich im Abschnitt „Verwaltungs- und Kapitalhaushalt“ sowie im Überblick.) Der Fonds begann im Geschäftsjahr 2005 eine umfassende Überprüfung der Beschäftigungsbedingungen, Gehälter und Zusatzleistungen. Dabei wurden auch externe Sachverständige zu Rate gezogen. Der Fonds führte außerdem eine Überprüfung des Programms der Vor-Ort-Vertretungen durch.

Verwaltungs- und Kapitalhaushalt

Der Verwaltungshaushalt des IWF, der den Zeitraum zwischen dem 1. Mai und dem 30. April abdeckt, stellt Mittel

für Personalkosten, Reisen und andere wiederkehrende Ausgaben zur Verfügung. Er wird vom Exekutivdirektorium sowohl auf Brutto- als auch auf Nettobasis genehmigt. Der Bruttohaushalt schließt Ausgaben ein, die durch Erstattungen, vor allem aus Beiträgen externer Geber zum Kapazitätsaufbau (technische Hilfe sowie Aus- und Weiterbildung von Bediensteten der Mitgliedsländer) finanziert werden. Der Nettohaushalt erfasst nur die Ausgaben, die durch das Nettoeinkommen aus der Geschäftstätigkeit des IWF finanziert werden. Das Exekutivdirektorium setzt Obergrenzen für die Brutto- und Nettoausgaben sowie für die Zahl der unbefristeten und befristeten Vollzeitstellen des Stabs.

Das Direktorium genehmigt außerdem dreijährige Haushaltsbewilligungen für Investitionsprojekte, die im kommenden Geschäftsjahr beginnen. Dazu gehören Gebäudeeinrichtungen, darunter vorgeschriebene und sicherheitsrelevante Nachrüstungen, und informationstechnologische Projekte. Im Rahmen der Reform der Kapitalhaushaltsverfahren

wurde das System der jährlichen Haushaltsbewilligung für getrennte Phasen der Investitionsprojekte im Geschäftsjahr 2003 auf eine vollständige Bewilligung zu Beginn des Projekts umgestellt. Dadurch wird ein Höchstbetrag bewilligt, der innerhalb der nächsten drei Geschäftsjahre ausgegeben werden kann. Innerhalb dieses Zeitrahmens nicht verausgabte Mittel verfallen, sofern sie nicht vom Direktorium erneut bewilligt werden.

Die Nettoverwaltungsausgaben des IWF werden durch sein Betriebseinkommen finanziert. Dazu gehören die Gebühren für die Verwendung von IWF-Mitteln. Der Gebührensatz hängt hauptsächlich vom Einkommensausblick ab, der wiederum zum großen Teil von der Höhe der ausstehenden IWF-Kredite und dem SZR-Zinssatz abhängt. Ein weiterer wichtiger Faktor ist jedoch auch die Höhe der Ausgaben (siehe Kapitel 5, „Finanzaktivitäten und Geschäftspolitik“). Zum Zeitpunkt der Direktoriums Aussprache über den Haushalt des Geschäftsjahres 2006 im April 2005 wurde geschätzt, dass der Verwaltungs- und Kapitalhaushalt für das Geschäftsjahr 2006 unter sonst gleichen Bedingungen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2005 zu einer Erhöhung des Gebührensatzes um vier Basispunkte führt.

Hintergrund

Nach Abschluss einer externen Überprüfung im Sommer 2001 begann der IWF mit der Modernisierung seiner internen Haushaltsverfahren und Praktiken mit dem Ziel, ein mittelfristiges ergebnisorientiertes Budgetsystem einzuführen, das sich an die Systeme anlehnt, die sich im öffentlichen Sektor vieler Industrieländer herausgebildet haben. Der IWF wechselte unter Beibehaltung einer Obergrenze für die Zahl der Stabspositionen zu einer Budgetierung in Dollar und führte eine von oben nach unten angelegte Begrenzung des Verwaltungsbudgets ein. In den einzelnen Abteilungen wurden Geschäftspläne eingeführt, die sowohl die Erbringung von Dienstleistungen an die Mitgliedsländer als auch die Erbringung von Dienstleistungen an andere Abteilungen erfassen.

Eine wichtige Empfehlung des externen Überprüfung bestand darin, dass der Fonds eine mittelfristige Strategie einführen sollte. Ende 2004 begann die Arbeit an der Entwicklung einer solchen Strategie. Da diese Strategie noch nicht abgeschlossen ist und da zwei wichtige Ausgabenüberprüfungen laufen¹, wurde der Verwaltungshaushalt für das Geschäftsjahr 2006 auf vorläufiger Basis verabschiedet.

¹Die Überprüfung der Beschäftigungsbedingungen, Gehälter und Zusatzleistungen und die Überprüfung der Informationstechnologie erfassen Ausgabenbereiche, die mehr als 75 Prozent des gesamten Verwaltungshaushalts ausmachen.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2005 wurden aber dennoch weitere Haushaltsreformen eingeführt:

- Es wurde ein neues Zeiterfassungssystem eingeführt, um die Anzahl der Aktivitätscodes zu reduzieren und sie besser an die Hauptleistungen der Fondsarbeit anzupassen.
- Das Zeiterfassungssystem wird durch ein neues Kostenzuordnungssystem ergänzt, damit die Personalkosten und die sonstigen Kosten den Hauptleistungen zugerechnet werden können.
- In einem Pilotprojekt wurden Leistungsindikatoren für bestimmte IWF-Tätigkeiten eingeführt.

Diese Maßnahmen wurden durch eine Verbesserung des computergestützten Verwaltungsinformationssystems unterstützt. Eine Weiterentwicklung des Informationssystems ist geplant.

Haushalte und tatsächliche Ausgaben im Geschäftsjahr 2005

Der *Verwaltungshaushalt* des IWF für das am 30. April 2005 abgelaufene Geschäftsjahr genehmigte Gesamtausgaben von 905,1 Mio. \$ (netto 849,6 Mio. \$ nach Abzug der Erstattungen). Der *Kapitalhaushalt* des Geschäftsjahres 2005 stellte 31,8 Mio. \$ für Projekte zur Verfügung, die im Geschäftsjahr 2005 begonnen wurden, davon 8,1 Mio. \$ für Gebäudeausstattungen, einschließlich sicherheitsrelevanter Verbesserungen, und 23,7 Mio. \$ für informationstechnologische Projekte.

Das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes für das Geschäftsjahr 2005 belief sich auf 892,2 Mio. \$ auf Bruttobasis; das sind 12,9 Mio. \$ (1,4 Prozent) weniger als im ursprünglichen Budget veranschlagt. Die Minderausgaben betragen bei den Reisekosten 6,4 Mio. \$ und bei Aufwendungen für andere Tätigkeiten 5,5 Mio. \$. Die Personalkosten waren 1 Mio. \$ höher als im Haushalt veranschlagt, wenn man die Beschleunigung der geplanten Zahlungen in den Angestelltenpensionsplan und eine nachträgliche Gehaltsanpassung berücksichtigt, die die Auswirkungen einer unter den Erwartungen liegenden Personalausstattung mehr als ausglich. Die Einnahmen waren höher als erwartet. Dies war teilweise auf eine nicht budgetierte einmalige Erstattung von 3 Mio. \$ in der Krankenversicherung zurückzuführen. Des Weiteren waren die Geberbeiträge für die Finanzierung der technischen Hilfe und die Rabatte bei den Reisekosten höher als prognostiziert. Weitere Informationen über die tatsächlichen Ausgaben der Verwaltungshaushalte für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 sowie die im Haushalt veranschlagten Ausgaben des Geschäftsjahres 2006 finden sich in Tabelle 7.1.

Die verfügbaren Leistungsindikatoren sowie Daten hinsichtlich Reisekosten, Expertenabstellungen und den Einsatz

Tabelle 7.1 Verwaltungshaushalte für die Geschäftsjahre 2003–06¹

(Millionen US-Dollar)

	Am 30. April 2003 abgelaufenes Geschäftsjahr: Tats. Ausgaben	Am 30. April 2004 abgelaufenes Geschäftsjahr: Tats. Ausgaben	Am 30. April 2005 abgelaufenes Geschäftsjahr: Haushalt	Am 30. April 2005 abgelaufenes Geschäftsjahr: Tats. Ausgaben	Am 30. April 2006 ablaufendes Geschäftsjahr: Haushalt
Verwaltungshaushalt					
Personalausgaben					
Gehälter	337,1	355,9	373,8	375,2	395,7 ²
Sozialausgaben und andere Personalausgaben	191,3	200,3	259,9	259,5	263,8
Zwischensumme	528,4	556,2	633,7	634,7	659,7
Sonstige Ausgaben					
Reisen	79,9	91,5	97,6	90,2	99,4
Sonstige Ausgaben	155,7	158,4	173,8	167,3	177,9
Zwischensumme	235,6	249,9	271,4³	257,5	277,3
Gesamter Verwaltungshaushalt (brutto)	764,0	806,1	905,1	892,2	937,0
Vergütungen	(44,1)	(58,5)	(55,5)	(66,1)	(60,9)
Gesamter Verwaltungshaushalt (netto)	719,9	747,6	849,6	826,1	876,1

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹Verwaltungshaushalte, die vom Direktorium für das am 30. April 2005 abgelaufene und für das am 30. April 2006 ablaufende Geschäftsjahr gebilligt wurden, gegenüber tatsächlich entstandenen Ausgaben für die jeweils am 30. April abgelaufenen Geschäftsjahre 2003, 2004 und 2005.²Einschließlich Rücklage in Höhe von 1 Mio. \$ für Eventualverbindlichkeiten für Gehälter.³Einschließlich Rücklage in Höhe von 2 Mio. \$ für Eventualverbindlichkeiten – 1 Mio. \$ für Reisekosten und 1 Mio. \$ für sonstige Ausgaben.

in Höhe von 126,0 Mio. \$ wurden durch neue Bewilligungen aus dem Haushalt 2005 sowie durch Bewilligungen aus früheren Kapitalhaushalten finanziert. Insbesondere die Gesamtausgaben für das zweite Hauptgebäude (Headquarters 2) blieben innerhalb des vom Exekutivdirektorium verabschiedeten mehrjährigen Haushalts in Höhe von 149,3 Mio. \$. Das Gebäude wurde im Mai 2005 für den Stab geöffnet, acht Monate früher als ursprünglich geplant (Kasten 7.2).

Haushalte für das Geschäftsjahr 2006

Am 22. April 2005 billigte das Exekutivdirektorium einen Bruttoverwaltungs-

von Stabsmitarbeitern lassen darauf schließen, dass im Geschäftsjahr 2005 bei den Aktivitäten für den Kapazitätsaufbau eine leichte Steigerung festzustellen ist, was teilweise auf eine höhere externe Finanzierung der technischen Hilfe zurückzuführen ist. Die Daten verweisen außerdem auf eine leichte Mittelverlagerung weg von der Kreditvergabe zur Überwachung, da es vier Fälle weniger gab mit einem IWF-gestützten Finanzprogramm oder von Ländern kurz vor einem solchen Programm als im Geschäftsjahr 2004. Die Arbeit in den Bereichen Standardsetzung und Formulierung der Wirtschaftspolitik, Forschung und Funktionsfähigkeit des internationalen Währungssystems blieb weitgehend unverändert.

Wie bereits angedeutet stehen auch Informationen über die Kosten der Hauptleistungen des IWF zur Verfügung. Ein genauer Vergleich zwischen den Geschäftsjahren 2004 und 2005 ist jedoch auf Grund des oben erwähnten Übergangs zu einem neuen Zeiterfassungssystem problematisch. Das neue System ermöglicht zwar eine genauere Zuordnung zwischen Arbeitszeit und Hauptleistungen, es hat jedoch auch zu einigen leichten Änderungen in der für diese Leistungen verbuchten Zeit geführt, was wohl eher auf eine Datenverfeinerung als auf eine Verlagerung der realen Mittel zurückzuführen ist.

Die gesamten *Investitionsausgaben* des Geschäftsjahres 2005 lagen innerhalb der veranschlagten Budgets. Ausgaben

haushalt in Höhe von 937 Mio. \$ und einen Nettoverwaltungs- haushalt in Höhe von 876,1 Mio. \$, was gegenüber dem für das Geschäftsjahr 2005 gebilligten Haushalt eine nominale Steigerung von 3,5 Prozent auf Bruttobasis bedeutet (3,1 Prozent auf Nettobasis). Das Direktorium beschloss außerdem eine unveränderte Obergrenze von 2.802 Vollzeitstellen für das Geschäftsjahr 2006².

Wie bereits gesagt, wurde der Verwaltungshaushalt als ein Übergangsbudget aufgestellt. Angesichts der Vorgabe eines realen Nullwachstums wurde der Schwerpunkt darauf gelegt, die Effektivität der Überwachung noch weiter zu steigern, was auch den Empfehlungen der Zweijahresüberprüfung der Überwachung im Juli 2004 entspricht, und die Unterstützung des IWF für einkommensschwache Mitgliedsländer zu stärken. Der Haushalt des Geschäftsjahres 2006 sieht deshalb eine Aufstockung der Mittel für die Überwachung unter besonderer Berücksichtigung des Finanzsektors und der einkommensschwachen Länder (insbesondere in Afrika) und für die Arbeit im Bereich der Kreditprogramme des IWF vor. Eine weitgehend unveränderte Mittelzuteilung ist für die Bereitstellung technischer Hilfe und die Weiterbildung von öffentlichen Bediensteten aus Mitgliedsländern vorgesehen. Die Möglichkeiten des Fonds,

²Das Haushaltsdokument ist elektronisch verfügbar unter www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/040105.htm.

Kasten 7.2 Neues Gebäude der Zentrale

Der Bau des zweiten Gebäudes für die IWF-Zentrale, das an das bestehende Gebäude der Zentrale angrenzt, war zum Ende des Geschäftsjahres 2005 nahezu vollendet und der Bezug wurde im Juni 2005 abgeschlossen. Die frühzeitige Fertigstellung des Neubaus gab dem Fonds die Möglichkeit, die Mietverträge für das Gebäude am International Square sieben Monate früher als ursprünglich geplant zu kündigen. Mit der Kündigung der vom IWF in 1776 G Street angemieteten Räume im Dezember 2005 und dem Umzug der Mitarbeiter in die Zentrale wird es erstmals seit 1983 möglich sein, den gesamten Mitarbeiterstab des Fonds in eigenen Räumen und in einem einzigen Gebäudekomplex unterzubringen. Das zweite Gebäude der Zentrale ist ein moderner, lichtdurchfluteter Bau mit viel Glas, der eine offene und attraktive Büroumgebung schafft. Gleichzeitig entspricht das Gebäude mit Stahlbeton, verstärktem Glas und Luftfilteranlagen erhöhten Sicherheitsanforderungen. Darüber hinaus gibt es u.a. einen großen Konferenzraum und kleine Mini-Atrien auf den Büroetagen für informelle Treffen.

Das neue zweite Gebäude der Zentrale verfügt über eine fortschrittliche Technologie, die als Internet-Protokoll-Telefonie (IPT) bekannt ist und es Organisationen ermöglicht, vorhandene Computernetzwerke für die Sprachkommunikation zu nutzen. Dies führt zu Kostensenkungen und macht es möglich, Dienstleistungen wie Audio- und Videokonferenzen verstärkt anzubieten. Bis zum Ende des Jahres 2005 wird diese Technologie im gesamten Fonds verfügbar sein.

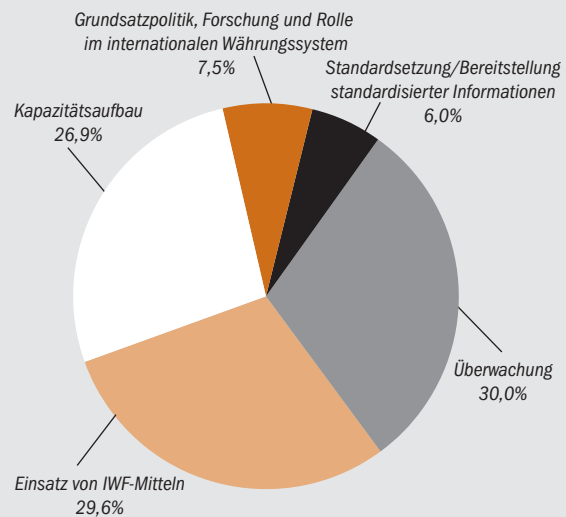
diese kapazitätsbildenden Dienstleistungen anzubieten, sind aber in zunehmendem Maße von der Verfügbarkeit externer Gebermittel abhängig. Schaubild 7.1 zeigt die voraussichtlichen Ressourcenanteile, aufgegliedert nach Leistungskategorien, die aus dem Brutto-Verwaltungshaushalt des Geschäftsjahres 2006 finanziert werden.

Die innerhalb des Haushalts erforderliche Mittelumverteilung wird vollständig durch Umschichtungen bei den bestehenden Stabspositionen und Dollarmitteln gesichert, hauptsächlich indem Mittel von Unterstützungs- zu Hauptleistungen verlagert werden. In den letzten vier Jahren wurden mehr als 50 Vollzeitstellen von Unterstützungs- in Hauptleistungen verlagert. Dadurch ist es dem IWF gelungen, das Angebot seiner Hauptleistungen zu erhöhen, ohne die Obergrenze der Beschäftigten wesentlich zu erhöhen.

Auf der Kostenseite berücksichtigt der Verwaltungshaushalt des Geschäftsjahres 2006 eine strukturelle Gehaltsanpassung um 3,6 Prozent sowie die Mittelbereitstellung für zusätzliche Ausgaben zur Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen, die vom US-Geheimdienst empfohlen wurden (siehe Kasten 7.3). Er sieht für das zweite Jahr in Folge einen realen Rückgang der Dollarausgaben für Reisen, Gebäude und andere Ausgabenkategorien vor. Darüber hinaus schlägt sich im Budget die Entfernung von Ausgabenposten nieder, die in den vergangenen Jahren nicht genutzt wurden.

Schaubild 7.1 Veranschlagter Anteil der Mittel nach Primärleistung, GJ 2006

(Prozent des Verwaltungshaushalts, brutto)¹



Quelle: Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Primärleistungen werden folgendermaßen definiert:

Grundsatzpolitik, Forschung und Rolle im internationalen Währungssystem:

Multilaterale Überwachung (einschließlich *World Economic Outlook* und *Global Financial Stability Report*); Zusammenarbeit mit anderen Gremien bei internationalen Finanzfragen; Rolle/Reform von IMFC, Entwicklungsausschuss und anderen relevanten Gremien.

Standardsetzung/Bereitstellung standardisierter Informationen: Weitergabe und Erforschung von IWF-entwickelten Standards und statistischen Informationen; Kompilation und Weitergabe von standardisierten Statistiken; Entwicklung einer Statistikpolitik und -methodik.

Überwachung: Bilaterale und regionale Überwachung. Der Artikel-IV-Konsultationsprozess; damit zusammenhängende Politikberatung; gestärkte Überwachung für Beobachtungs- und Signalzwecke; Analysearbeit, Forschung und Grundsatzpolitik; Programm zur Bewertung des Finanzsektors, Beurteilung der Offshore-Finanzplätze und der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung; Bericht über die Einhaltung von Standards und Kodizes.

Einsatz von IWF-Mitteln: Geschäftstätigkeit in Bezug auf den Einsatz von Mitteln aus dem Allgemeinen Konto; Einsatz der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität und der erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder; Forschung, Beurteilung (einschließlich Ex-post-Beurteilungen) und Grundsatzpolitik; Beobachtung/Beurteilung der Liquiditätslage des IWF und der PRGF/HIPC-Finanzierung; Sicherung der IWF-Mittel.

Kapazitätsaufbau: Bereitstellung von technischer Hilfe (TH) und externer Weiterbildung; Zusammenarbeit mit anderen TH-Anbietern und Finanzierungsquellen; Beobachtung, Beurteilung und damit zusammenhängende Forschung.

¹Ohne Verwaltungsführung – d.h. Aktivitäten, die Dienstleistungen für die Abteilungen bereitstellen, die Primärleistungen bieten oder der Führungsstruktur des Fonds dienen.

Der mittelfristige Kapitalplan für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008, der alle neuen Investitionsprojekte erfasst, die in den nächsten drei Jahren begonnen werden sollen, hat ebenfalls Übergangs-Charakter, da die oben erwähnten Überprüfungen noch nicht abgeschlossen sind. Der Kapitalplan für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 wird auf 148,3 Mio. \$ veranschlagt. Im Geschäftsjahr 2004 wurden 122,9 Mio. \$ für den Plan der Geschäftsjahre 2005 bis 2007 genehmigt.

Kasten 7.3 Sicherheitsmaßnahmen

Am 1. August 2004 erhöhte das US-Ministerium für Landessicherheit mit Verweis auf eine Bedrohung des Finanzdienstleistungssektors durch eine internationale Terroristengruppe die Gefahrenstufe für die Gebiete New York City, nördliches New Jersey und Washington, D.C. Dies betraf auch die IWF-Zentrale. Der Fonds ergriff darauf hin sofort erhöhte Sicherheitsmaßnahmen, die von den Sicherheitsbehörden als angemessen betrachtet wurden, und die für die Sicherheit verantwortlichen IWF-Mitarbeiter blieben in ständigem Kontakt mit den polizeilichen Ermittlungsbehörden. Am 17. November 2004 senkten die US-Behörden die Terrorismusgefahrenstufe für den Finanzdienstleistungssektor in den drei Gebieten, da der Fonds und die anderen Institutionen die Sicherheitsmaßnahmen dauerhaft verbessert hatten. Weitere Verbesserungen der physischen Sicherheitsvorkehrungen sind im Geschäftsjahr 2006 geplant.

Der Anstieg ist hauptsächlich auf erhöhte Kosten für sicherheitsrelevante Projekte zurückzuführen und beläuft sich auf etwa 30 Mio. \$ für die nächsten drei Jahre. Die Kosten für diese Sicherheitsprojekte wurden innerhalb des Plans zum Teil durch Reorganisation oder zeitliche Verschiebungen anderer Projekte aufgefangen. Im Bereich der Informationstechnologie hat die Schaffung von Datensicherungseinrichtungen höchste Priorität, um die Verfügbarkeit aller wichtigen Systeme im Falle einer ernsthaften Störung sicherzustellen.

Innerhalb dieses mittelfristigen Plans beläuft sich der Kapitalhaushalt für das Geschäftsjahr 2006 auf 52,5 Mio. \$, von denen 28,5 Mio. \$ für Gebäude und 24,0 Mio. \$ für IT-Projekte bereitgestellt werden.

Der mittelfristige Budgetrahmen

Seit dem Geschäftsjahr 2002 war das Exekutivdirektorium gehalten, bei der Genehmigung der Verwaltungs- und Kapitalhaushalte für das kommende Geschäftsjahr den mittelfristigen Ausgabenrahmen zu beachten. Er enthält eine Vorgabe für die Begrenzung der Verwaltungsausgaben des laufenden und der beiden nächsten Jahre und spiegelt die Kosten laufender Maßnahmen sowie die Obergrenzen für Mitarbeiterstellen wider. Dabei werden die voraussichtlichen Preissteigerungen bei den Hauptausgabenpositionen – Personal, Reisekosten und andere Ausgaben – berücksichtigt.

Im Rahmen des Haushaltsreformprogramms wird der mittelfristige Ausgabenrahmen zu einem mittelfristigen Haushaltsrahmen weiterentwickelt. Auf Grund der noch nicht abgeschlossenen mittelfristigen Strategie des IWF wurde ein vorläufiger mittelfristiger Haushaltsrahmen für die Geschäftsjahre 2007 und 2008 erstellt, der vor allem der Verdeutlichung dient. Auf Grund der für die wichtigsten Kosten des IWF zu erwartenden Preissteigerungen und

unter Berücksichtigung der Zusatzkosten, die entstehen, weil die nächste Jahrestagung in Singapur durchgeführt wird (5 Mio. \$), sind im Brutto- und Nettoverwaltungs-haushalt Steigerungen von 4,4 Prozent (Geschäftsjahr 2007) und 3,3 Prozent (Geschäftsjahr 2008) angesetzt.

Personalwesen

Der Geschäftsführende Direktor ernennt einen Mitarbeiterstab, der ausschließlich dem IWF verantwortlich ist. Laut IWF-Übereinkommen kommt einem „Höchstmaß“ an Leistungsfähigkeit und Sachkunde „vorrangige Bedeutung“ zu. Gleichzeitig sollte die Vielfalt des Mitarbeiterstabs die Mitgliedschaft der Institution widerspiegeln, wobei „gebührend darauf zu achten ist, dass die Auswahl des Personals auf möglichst breiter geografischer Grundlage erfolgt“.

Die Ziele des IWF erfordern es, dass alle Mitarbeiter der Institution in ihrem Verhalten den höchsten ethischen Anforderungen genügen und damit den Werten der Integrität, Objektivität und Diskretion entsprechen, wie sie im Verhaltenskodex und den Geschäftsbestimmungen des IWF niedergelegt sind. In Übereinstimmung mit diesen hohen Standards hat der IWF ein Zertifizierungs- und Offenlegungsverfahren für die Finanzen seiner Mitarbeiter sowie andere interne Kontrollen eingeführt, um tatsächlichen oder vermeintlichen Interessenskonflikten vorzubeugen.

Da die Erhaltung der Kontinuität und des institutionellen Gedächtnisses im Interesse der Mitgliedschaft ist, verfolgt die Personalpolitik des IWF das Ziel, ein Korps von internationalen Beamten einzustellen und an sich zu binden, die daran interessiert sind, ihre berufliche Laufbahn bzw. einen wesentlichen Teil davon beim IWF zu verbringen. Angesichts des sich verändernden Arbeitsmarktes und des Nutzens neuer Sichtweisen erkennt der IWF aber gleichzeitig die Vorteile, die kürzere Beschäftigungsverhältnisse und die Einstellung von Fachkräften mit mehrjähriger Berufserfahrung bieten. Bei einer Reihe von Fertigkeiten und Aufgaben, die hauptsächlich mit besonderen Dienstleistungen und hoch spezialisierten Kenntnissen auf dem Gebiet Wirtschaft und Finanzen zusammenhängen, ist es aus geschäftspolitischen Gründen sinnvoll, befristete Einstellungen vorzunehmen oder Stellen außerhalb des IWF mit den Arbeiten zu betrauen. Zurzeit wird eine umfassende Überprüfung der Beschäftigungsbedingungen, Gehälter und Sozialleistungen des IWF durchgeführt; mit ihrem Abschluss ist im Geschäftsjahr 2006 zu rechnen. Die Überprüfung wurde im Juli 2004 auf Initiative des Geschäftsführenden Direktors begonnen und umfasst das gesamte Spektrum der Maßnahmen zur Personalrekrutierung, -bindung und -entwicklung innerhalb des IWF. Das wichtigste Ziel der Überprüfung besteht darin sicherzustellen, dass diese Maßnahmen mit den

strategischen Erfordernissen der Institution im Einklang stehen und kosteneffizient sind.

Am 31. Dezember 2004 beschäftigte der IWF 1.994 Fach- und Führungskräfte (davon etwa zwei Drittel Volkswirte) und 718 Mitarbeiter als Assistenten. Zusätzlich waren beim IWF 384 Angestellte mit befristetem Arbeitsvertrag tätig, zu denen Sachverständige für technische Hilfe, Berater und weitere vorübergehend tätige Angestellte zählten, die nicht unter das Stabskontingent fielen. Von den 184 Mitgliedsländern des IWF waren 141 im Mitarbeiterstab vertreten (siehe Tabelle 7.2 zur Nationalitätenverteilung beim Fachpersonal des IWF seit 1980).

Veränderungen in der Geschäftsführung

Seit der Ernennung von Rodrigo de Rato zum Geschäftsführenden Direktor für eine fünfjährige Amtszeit, die am 7. Juni 2004 begann, hat es keine Veränderungen innerhalb der Geschäftsleitung gegeben. De Rato ist spanischer Staatsbürger und war von 2000 bis 2004 Wirtschaftsminister und zweiter Vizepräsident. Zuvor war er Wirtschafts- und Finanzminister in Spanien.

Einstellungen und Beschäftigungsdauer

Im Jahr 2004 kamen 178 Personen zum Mitarbeiterstab des IWF hinzu, verglichen mit 175 Personen im Jahr 2003. Unter den Neueinstellungen waren 91 Volkswirte, 34 Fachkräfte in anderen spezialisierten Laufbahnen und 46 Assistenten. Sechsfünftel der neuen Mitarbeiter waren Volkswirte mit Berufserfahrung, und 35 begannen ein zweijähriges Einstiegsprogramm für Volkswirte, das die Berufsanfänger unter den Volkswirten mit der Arbeit des Fonds vertraut machen soll. Die Teilnehmer dieses Programms werden zwei verschiedenen Abteilungen jeweils für 12 Monate zugeordnet. Danach werden denjenigen, die sich bewähren, reguläre Stabspositionen angeboten.

Im Jahr 2004 haben 159 Stabsangehörige, davon 115 Fach- und Führungskräfte, die Organisation verlassen. Die Abgangsrate bei den Fach- und Führungskräften betrug 6 Prozent.

Gehaltsstruktur

Um den benötigten hoch qualifizierten Mitarbeiterstab anzuwerben und zu halten, hat der IWF ein Vergütungs- und Sozialleistungssystem entwickelt, das international wettbewerbsfähig ist, gute Leistungen belohnt und den speziellen Bedürfnissen eines multinationalen und aus dem Ausland stammenden Mitarbeiterstabes Rechnung trägt. Zusätzlich zur umfassenden Überprüfung der Beschäftigungsbedingungen, Gehälter und Zusatzleistungen, die im Geschäfts-

Tabelle 7.2 Verteilung des Fach- und Führungspersonals nach Nationalität¹

(Prozent)

Gebiet ²	1980	1990	2004
Afrika	3,8	5,8	5,8
Asien	12,3	12,7	15,7
Japan	1,4	1,9	1,8
Sonstige	10,9	10,8	13,9
Europa	39,5	35,1	35,0
Deutschland	3,7	4,3	4,9
Frankreich	6,9	5,5	4,6
Italien	1,7	1,4	2,9
Vereinigtes Königreich	8,2	8,0	5,3
Transformationsländer	—	—	5,0
Sonstige	19,0	15,9	12,3
Naher Osten	5,4	5,5	4,3
Westliche Hemisphäre	39,1	41,0	39,2
Kanada	2,6	2,8	3,7
Vereinigte Staaten	25,9	25,9	23,9
Sonstige	10,6	12,3	11,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

¹Erfasst die Gehaltsstufen A9-B5. Die Gehaltsstufen A9-A15 erfassen Fachpersonal; die Gehaltsstufen B1-B5 erfassen Führungskräfte.

²Gebiete werden entsprechend der Verteilung der Länder auf die einzelnen Länderabteilungen des IWF definiert; seit 2004 werden die Gebiete entsprechend der Verteilung im „Jahresbericht über die personelle Vielfalt, 2004“ (2004 Diversity Annual Report) definiert. Das Gebiet Europa enthält die Russische Föderation und Länder der ehemaligen Sowjetunion. Das Gebiet Naher Osten enthält Länder in Nordafrika.

jahr 2006 abgeschlossen wird, wird die Gehaltsstruktur des IWF-Stabs jährlich durch das Exekutivdirektorium überprüft. Falls erforderlich, wird sie auf der Basis eines Vergleichs mit den Gehältern in ausgewählten privaten Finanz- und Industrieunternehmen in den Vereinigten Staaten, Frankreich und Deutschland sowie mit den Gehältern in repräsentativen Organisationen des öffentlichen Sektors, vor allem in den USA, angepasst. Nach der Analyse der aktualisierten Vergleichsgehälter wurde die Gehaltsstruktur für das Geschäftsjahr 2005 um 5,6 Prozent angehoben.³ Für das Geschäftsjahr 2006 genehmigte das Exekutivdirektorium einen weiteren Anstieg um 3,6 Prozent (Tabelle 7.3).

Bezüge der Geschäftsleitung

Die Gehaltsstruktur der Geschäftsleitung, die die Verantwortung der einzelnen Führungspositionen und das Verhältnis zwischen den Gehaltsstrukturen von Geschäftsleitung

³Das Exekutivdirektorium billigte eine strukturelle Anpassung in Höhe von 3,6 Prozent, korrigierte diesen Wert aber nachträglich um 2 Prozentpunkte nach oben.

Tabelle 7.3 Gehaltsstruktur des IWF-Stabs

(US-Dollar, mit Wirkung vom 1. Mai 2005)

Gehaltsstufe ¹	Mindestbetrag	Höchstbetrag	Stellenbezeichnung
A1	25 270	37 950	Nicht zutreffend (Tätigkeiten auf dieser Ebene werden extern beschafft)
A2	28 320	42 460	Fahrer
A3	31 680	47 560	Stabsassistent (Büro)
A4	35 490	53 290	Stabsassistent (Sekretariat, Anfangsgehalt)
A5	39 810	59 710	Stabsassistent (Sekretariat, Berufserfahrung)
A6	44 480	66 820	Verwaltungsassistent, sonstige Assistenten (z.B. Computer-Systeme, Personalwesen, Öffentlichkeits- und Pressearbeit)
A7	49 890	74 870	Forschungsassistent, Leitender Verwaltungsassistent, sonstige Leitende Assistenten (z.B. Buchführung, Personalwesen, Öffentlichkeits- und Pressearbeit)
A8	55 880	83 880	Leitender Verwaltungsassistent
A9	59 410	89 210	Bibliothekar, Übersetzer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bediensteter für Personalwesen, Referent für Öffentlichkeits- und Pressearbeit
A10	68 360	102 560	Finanzbuchhalter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Verwaltungsbediensteter
A11	75 510	117 810	Volkswirt (promoviert, Einstiegsebene), Rechtsanwalt, Fachkraft (z.B. Buchführung, Computer-Systeme, Personalwesen, Öffentlichkeits- und Pressearbeit)
A12	87 910	131 930	Volkswirt, Rechtsanwalt, Fachkraft (z.B. Buchführung, Computer-Systeme, Personalwesen, Öffentlichkeits- und Pressearbeit)
A13	98 500	147 740	Volkswirt, Rechtsanwalt, Fachkraft (z.B. Buchführung, Computer-Systeme, Personalwesen, Öffentlichkeits- und Pressearbeit)
A14	110 310	165 490	Stellvertretender Referatsleiter, Leitender Volkswirt
A15/B1	124 650	187 050	Referatsleiter, Stellvertretender Referatsleiter
B2	143 700	208 520	Referatsleiter, Berater
B3	170 770	222 210	Beigeordneter Abteilungsleiter
B4	199 020	248 760	Stellvertretender Abteilungsleiter, Leitender Berater
B5	234 350	281 330	Abteilungsleiter

Hinweis: Da die IWF-Bediensteten, mit Ausnahme von US-Bürgern, normalerweise keine Einkommenssteuer auf ihre IWF-Vergütung bezahlen müssen, werden die Gehälter im Nettobetrag festgelegt, der im Allgemeinen dem Nettoeinkommen nach Abzug der Steuern – der Beschäftigten der öffentlichen und privaten Unternehmen entspricht, von denen die IWF-Gehälter abgeleitet werden.

¹Die Gehaltsstufen A1-A8 erfassen Unterstützungs-Personal, die Stufen A9-A15 Fachpersonal und die Stufen B1-B5 Führungskräfte.

und Stab widerspiegelt, stellte sich zum 1. Juli 2004 wie folgt dar:

Geschäftsführender Direktor:	376 380 \$ ⁴
Erster Stellv. Geschäftsführender Direktor	327 290 \$
Stellv. Geschäftsführende Direktoren	311 700 \$

⁴Darüber hinaus wird eine Aufwandsentschädigung von 67 380 \$ gewährt.

Die Bezüge der Geschäftsleitung werden regelmäßig vom Exekutivdirektorium überprüft und das Gehalt des Geschäftsführenden Direktors wird vom Gouverneursrat gebilligt. Die Jahresanpassungen erfolgen auf der Grundlage des Verbraucherpreisindex in Washington, D.C.

Bezüge des Exekutivdirektoriums

Auf Empfehlung des Ausschusses des Gouverneursrats über die Entlohnung von Exekutivdirektoren billigten die Gouverneure mit Wirkung vom 1. Juli 2004 eine Anhebung der Vergütung der Exekutivdirektoren und ihrer Stellvertreter um 4,1 Prozent.⁵ Das Einkommen eines Exekutivdirektors beträgt 196 730 \$, das eines Stellvertretenden Exekutivdirektors 170 170 \$.⁶

Personelle Vielfalt

Der IWF legte erneut großen Wert auf die Vielfalt im Mitarbeiterstab, um die Leistungsfähigkeit des IWF als internationale Institution zu erhöhen. Die Vielfalt des Stabs ist für die Institution eine Quelle der Stärke. Der IWF ist sich der Tatsache bewusst, dass den Mitgliedern Mitarbeiter zur Verfügung stehen müssen, die aufgrund ihrer Berufserfahrung und Ausbildung umfassende Kenntnisse über die großen politischen Herausforderungen besitzen, mit denen die Behörden der einzelnen Länder konfrontiert sind. Die Mitarbeiter müssen jeweils genau die Politikberatung anbieten können, die zu den Verhältnissen in jedem einzelnen der 184 Mitgliedsländern passt.

Deshalb hat der IWF eine Strategie der personellen Vielfalt eingeführt, die sich auf den Grundsatz der Einbeziehung, qualitative und quantitative Richtwerte, regelmäßige Überprüfungen und die Integration der Vielfalt in die tägliche Arbeit des Fonds stützt. Die Institution legt bei der Beurteilung der Leistung von Vorgesetzten und bei Einstellungs- und Beförderungsentscheidungen großen Wert auf gute Personalführung, die in einer Institution mit einer vielfältigen Belegschaft besonders wichtig ist. Seit 1995 berät der Leitende Berater für personelle Vielfalt, der direkt dem Geschäftsführenden Direktor unterstellt ist, die Geschäftsleitung, die Abteilung Personalwesen und andere Abteilungen über Möglichkeiten, die Vielfalt im Fonds zu stärken, zu steuern und zu überwachen, und unterstützt sie dabei (Tabellen 7.2, 7.4 und 7.5). Die Abteilung Personalwesen legt

⁵Bei der Festlegung der Gehaltsanpassungen für die Exekutivdirektoren orientierte sich der Ausschuss unter anderem an den prozentualen Veränderungen der Entlohnung der höchsten Beamten in den Finanzministerien und den Zentralbanken ausgewählter Mitgliedsländer und an den Veränderungen des Verbraucherpreisindex in den jeweiligen Ländern.

⁶Diese Angaben gelten nicht für den Exekutivdirektor und den Stellvertretenden Exekutivdirektor der USA, deren Gehälter den Obergrenzen des US-Kongresses unterliegen.

im Einklang mit der Diversity-Strategie des IWF weiterhin großen Wert darauf, die personelle Vielfalt in die Personalverwaltungspolitik, -verfahren und -praktiken der Institution zu integrieren.

Die Geschäftsleitung erhält regelmäßig aktualisierte quantitative und qualitative Richtgrößen für die besonders unterrepräsentierten Mitarbeitergruppen, wie es 2003 im Aktionsplan zur Förderung der Vielfalt festgelegt wurde. Um die Überprüfung der Daten zu verbessern, wurde im Jahr 2004 ein Prozess zur Erhebung von Angaben über mehrfache Staatsbürgerschaften eingeleitet. Bei der Einstellung und Beförderung von Mitarbeitern aus verschiedenen im Stab unterrepräsentierten Gruppen wurden deutliche Fortschritte erzielt, es muss jedoch noch mehr unternommen werden, um auf allen Gehaltsstufen ein ausgeglichenes Geschlechter- und Herkunftsverhältnis zu schaffen.

Eine Ende 2003 begonnene und 2004 abgeschlossene Befragung der Mitarbeiter sammelte Meinungen und Eindrücke zu verschiedenen Aspekten des Arbeitsumfelds. Die Erhebung bezog sich auf Karriereentwicklung, Diskriminierung, Belästigung am Arbeitsplatz und Leistungsbewertung. Im Anschluss an die Mitarbeiterbefragung haben die Abteilungen Pläne entwickelt und umgesetzt, um die in der Untersuchung angesprochenen Aspekte aufzugreifen. Auf der Basis der Untersuchungsergebnisse hat der Leitende Berater für personelle Vielfalt eine Analyse zur Vielfalt durchgeführt. Der Schwerpunkt wurde dabei auf Daten hinsichtlich der Rasse und der ethnischen Gruppe gelegt. Im Jahr 2004 hat die Geschäftsleitung außerdem ein zentralisiertes Mobilitätsprogramm gebilligt, das den internen Arbeitsmarkt verbessert hat.

Die Förderung und Sicherung der Vielfalt des Mitarbeiterstabs ist für jede Institution eine ständige Herausforderung, die gemeinsame Anstrengungen erfordert. Die Fortschritte werden überwacht und über Probleme wird auf transparente Weise und in verschiedenen Formen, unter anderem im *Diversity Annual Report*, auf der Webseite des IWF berichtet. Der Leitende Berater für personelle Vielfalt arbeitet eng mit der Abteilung Personalwesen und anderen Abteilungen

Tabelle 7.4 Verteilung des Personals nach Geschlecht

	1980		1990		2004 ¹	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Gesamtes Personal	1 444	100,0	1 774	100,0	2 714	100,0
Frauen	676	46,8	827	46,6	1 246	45,9
Männer	768	53,2	947	53,4	1 468	54,1
Unterstützungs-Personal²	613	100,0	642	100,0	718	100,0
Frauen	492	80,3	540	84,1	613	85,4
Männer	121	19,7	102	15,9	105	14,6
Fachpersonal³	646	100,0	897	100,0	1 633	100,0
Frauen	173	26,8	274	30,5	579	35,5
Männer	473	73,2	623	69,5	1 054	64,5
Volkswirte	362	100,0	529	100,0	1 008	100,0
Frauen	42	11,6	70	13,2	249	24,7
Männer	320	88,4	459	86,8	759	75,3
Spezialisierte Laufbahnen	284	100,0	368	100,0	625	100,0
Frauen	131	46,1	204	55,4	330	52,8
Männer	153	53,9	164	44,6	295	47,2
Führungskräfte⁴	185	100,0	235	100,0	363	100,0
Frauen	11	5,9	13	5,5	54	14,9
Männer	174	94,1	222	94,5	309	85,1
Volkswirte	99	100,0	184	100,0	293	100,0
Frauen	4	4,0	9	4,9	31	10,6
Männer	95	96,0	175	95,1	262	89,4
Spezialisierte Laufbahnen	86	100,0	51	100,0	70	100,0
Frauen	7	8,1	4	7,8	23	32,9
Männer	79	91,9	47	92,2	47	67,1

¹Personal im Dienst; unterscheidet sich von der Zahl der genehmigten Stellen.

²Personal in den Gehaltsstufen A1–A8.

³Personal in den Gehaltsstufen A9–A15.

⁴Personal in den Gehaltsstufen B1–B5.

zusammen, um in den jährlichen Personalentwicklungsplänen der einzelnen Abteilungen den Bedarf und die Möglichkeiten zur Förderung der Vielfalt zu erörtern. Dadurch wird ein geschäftsrelevanter und systematischer Rahmen für die Bemühungen des IWF um personelle Vielfalt geschaffen. Die Maßnahmen zur Förderung der Vielfalt auf Abteilungsebene und auf Fondsebene umfassen normalerweise Initiativen in den Bereichen Einstellung und Karriereplanung, Orientierungs- und Betreuungsprogramme für neue Mitarbeiter sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsbeurteilung und der Auswahl und Entwicklung der Führungskräfte. Der Fonds unternimmt besondere Anstrengungen, um die Transparenz der Personalpolitik und der damit verbundenen Verfahren und Statistiken zu erhöhen.

Organisation

Der Mitarbeiterstab des IWF ist hauptsächlich tätig in den Abteilungen für länder- beziehungsweise regionenbezogene

Tabelle 7.5 Verteilung des Personals nach Entwicklungs- und Industrieländern

Personal	1990		2004 ¹	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Gesamtes Personal	1 774	100,0	2 714	100,0
Entwicklungsländer	731	41,2	1 187	43,7
Industrieländer	1 043	58,8	1 527	56,3
Unterstützungs-Personal²	642	100,0	718	100,0
Entwicklungsländer	328	51,1	394	54,9
Industrieländer	314	48,9	324	45,1
Fachpersonal³	897	100,0	1 633	100,0
Entwicklungsländer	343	38,2	682	41,8
Industrieländer	554	61,8	951	58,2
Volkswirte	529	100,0	1 008	100,0
Entwicklungsländer	220	41,6	442	43,8
Industrieländer	309	58,4	566	56,2
Spezialisierte Laufbahnen	368	100,0	625	100,0
Entwicklungsländer	123	33,4	240	38,4
Industrieländer	245	66,6	385	61,6
Führungskräfte⁴	235	100,0	363	100,0
Entwicklungsländer	60	25,5	111	30,6
Industrieländer	175	74,5	252	69,4
Volkswirte	184	100,0	293	100,0
Entwicklungsländer	54	29,3	91	31,1
Industrieländer	130	70,7	202	68,9
Spezialisierte Laufbahnen	51	100,0	70	100,0
Entwicklungsländer	6	11,8	20	28,6
Industrieländer	45	88,2	50	71,4

¹Personal im Dienst; unterscheidet sich von der Zahl der genehmigten Stellen.

²Personal in den Gehaltsstufen A1–A8.

³Personal in den Gehaltsstufen A9–A15.

⁴Personal in den Gehaltsstufen B1–B5.

Aufgaben, für funktionsbezogene Gebiete, für Information und Liaison sowie für unterstützende Dienstleistungen. Diese Abteilungen werden von Direktoren geleitet, die dem Geschäftsführenden Direktor unterstellt sind (Schaubild 7.2).

Länderabteilungen

Die fünf Länderabteilungen – *Afrika, Asien und Pazifik, Europa, Naher Osten und Zentralasien* sowie *Westliche Hemisphäre* – beraten die Geschäftsleitung und das Exekutivdirektorium hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklungen und der Politikmaßnahmen in den Ländern der jeweiligen Region. Ihre Mitarbeiter sind zudem dafür verantwortlich, die Kreditvereinbarungen zur Unterstützung der wirtschaftlichen Reformprogramme der Mitglieder zu konzipieren und die Fortschritte im Rahmen dieser IWF-gestützten Programme zu überprüfen. Zusammen mit den zuständigen Fachabteilungen stellen sie den Mitgliedsländern wirtschaftspolitische Beratung und technische Hilfe zur Verfügung und sie stehen in ständigem Kontakt mit regionalen Organisationen und multilateralen Institutionen in den jeweiligen geographischen Gebieten. Mit Unterstützung

von Stabsmitarbeitern aus Fachabteilungen führen die Länderabteilungen in direktem Kontakt mit den Mitgliedsländern einen wesentlichen Teil der Länderüberwachung des IWF durch. Außerdem sind 85 Mitarbeiter aus Länderabteilungen als örtliche IWF-Vertreter in Mitgliedstaaten tätig (Kasten 7.4).

Fachabteilungen und Abteilungen für besondere Dienstleistungen

Die *Abteilung Finanzen* hat die Aufgabe, die Finanzmittel des IWF zu mobilisieren, zu verwalten und zu sichern um zu gewährleisten, dass sie gemäß dem Mandat des Fonds eingesetzt werden. Damit sind wesentliche Zuständigkeiten für die Finanzpolitik der Institution und für die Durchführung, Verbuchung und Kontrolle aller finanziellen Transaktionen verbunden. Zudem trägt die Abteilung dazu bei, die finanzielle Position des Fonds zu sichern, indem sie die Angemessenheit der Kapitalbasis des Fonds (Quoten), die Nettoeinkommensziele und die Risikoversicherung sowie die Gebühren- und Vergütungssätze bewertet. Weitere Zuständigkeiten umfassen die Anlage von Mitteln zur Unterstützung einkommensschwacher Länder und die Beurteilung der Finanzkontrollsysteme in den Zentralbanken der Mitgliedsländer, die Kredite aufnehmen.

Die *Abteilung Fiskalpolitik* ist für Aktivitäten verantwortlich, die die öffentlichen Finanzen der Mitgliedsländer betreffen. Sie beteiligt sich an Missionen der Länderabteilungen, und zwar insbesondere zur Erörterung fiskalischer Fragen. Außerdem überprüft sie die fiskalischen Aspekte der wirtschaftspolitischen Empfehlungen des IWF, unter anderem im Zusammenhang mit fondsgestützten Anpassungsprogrammen. Sie unterstützt die Länder bei der Aufstellung und Umsetzung von Fiskalprogrammen und leistet technische Hilfe im Bereich der öffentlichen Finanzen. Sie führt darüber hinaus wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Studien zu fiskalischen Fragestellungen sowie zu den Themen Steuerpolitik und Einnahmenverwaltung, Einkommensverteilung und Armut, soziale Sicherung, staatliche Ausgabenpolitik und Umwelt durch.

Die *Abteilung Internationale Kapitalmärkte* unterstützt das Exekutivdirektorium und die Geschäftsleitung bei der Überwachung des internationalen Währungs- und Finanzsystems und stärkt die Arbeit des Fonds zur Vorbeugung und Bewältigung von Krisen. Als Teil der globalen Überwachungstätigkeit des Fonds erstellt die Abteilung den halbjährlich erscheinenden *Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems*, der die Entwicklungen und die systemischen Aspekte der internationalen Kapitalmärkte beurteilt. Mitglieder des Stabs stehen dabei auch in Verbindung mit privaten Kapitalmarktteilnehmern, mit den für das Finanzsystem zuständigen nationalen Behörden und mit offiziellen Gremien, die sich mit dem internationalen Finanzsystem

befassen. Darüber hinaus spielt die Abteilung eine führende Rolle bei der analytischen Arbeit des IWF und bei der Beratung für Länder in Bezug auf den Zugang zu internationalen Kapitalmärkten sowie im Hinblick auf Strategien zur Verwaltung von Auslandsschulden.

Das *IWF-Institut* bietet Aus- und Weiterbildung für Bedienstete der Mitgliedsländer, vor allem aus Entwicklungsländern, auf den Gebieten Finanzplanung, Finanzpolitik, Außenwirtschaftspolitik, Zahlungsbilanzmethodik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Statistik der öffentlichen Finanzen sowie öffentliche Finanzen. Das Institut veranstaltet außerdem ein aktives Programm von Kursen und Seminaren für IWF-Volkswirte in den Bereichen Volkswirtschaft, Finanzen und Ökonometrie (siehe Kapitel 6).

Die *Abteilung Recht* berät die Geschäftsleitung, das Exekutivdirektorium und den Mitarbeiterstab hinsichtlich der zu beachtenden rechtlichen Bestimmungen. Sie bereitet die meisten Entscheidungen und sonstigen Rechtsakte vor, die zur Erfüllung der Aufgaben des IWF erforderlich sind. Die Abteilung dient dem IWF bei Rechtsstreitigkeiten und Schiedsgerichtsverfahren als Rechtsbeistand, leistet technische Hilfe bei Gesetzesreformen, beurteilt die Übereinstimmung von Gesetzen und Regulierungen mit ausgewählten internationalen Standards und Kodizes, beantwortet Anfragen von nationalen Behörden und internationalen Organisationen zum IWF-Recht und formuliert Rechtsauslegungen, die die Zuständigkeit des IWF für Wechselkursmaßnahmen und Devisenbeschränkungen betreffen.

Die *Abteilung Währungs- und Finanzsysteme* ist in vier operationalen Bereichen tätig: Überwachung des Finanzsystems (darunter das Programm zur Bewertung des Finanzsektors und die Teilnahme an den Artikel-IV-Gesprächen), Bankenaufsicht und Krisenlösung, Infrastruktur und Operationen im Bereich der Geld- und Wechselkurspolitik sowie technische Hilfe. Sie stellt den Mitgliedsländern und Länderabteilungen analytische, operationale und technische Unterstützung zur Verfügung, einschließlich der Entwicklung und Verbreitung bewährter wirtschaftspolitischer Maßnahmen und beispielhafter Verfahren. Eine wichtige Aufgabe besteht zudem darin, die Zusammenarbeit mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden und anderen internationalen Organisationen zu koordinieren.

Die *Abteilung Grundsatzpolitik* spielt eine zentrale Rolle bei der Gestaltung und Umsetzung der IWF-Politik zur Überwachung und Nutzung der Finanzmittel des IWF. Durch Überprüfung der Länderarbeit und der Politikmaßnahmen sorgt die Grundsatzabteilung für eine konsequente Anwendung der IWF-Grundsätze in der gesamten Institution. Seit einigen Jahren spielt sie eine führende Rolle bei der Arbeit des IWF zur Stärkung des internationalen Finanzsystems, bei der Straffung und Fokussierung der Konditionalität

Kasten 7.4 Vor-Ort-Vertreter

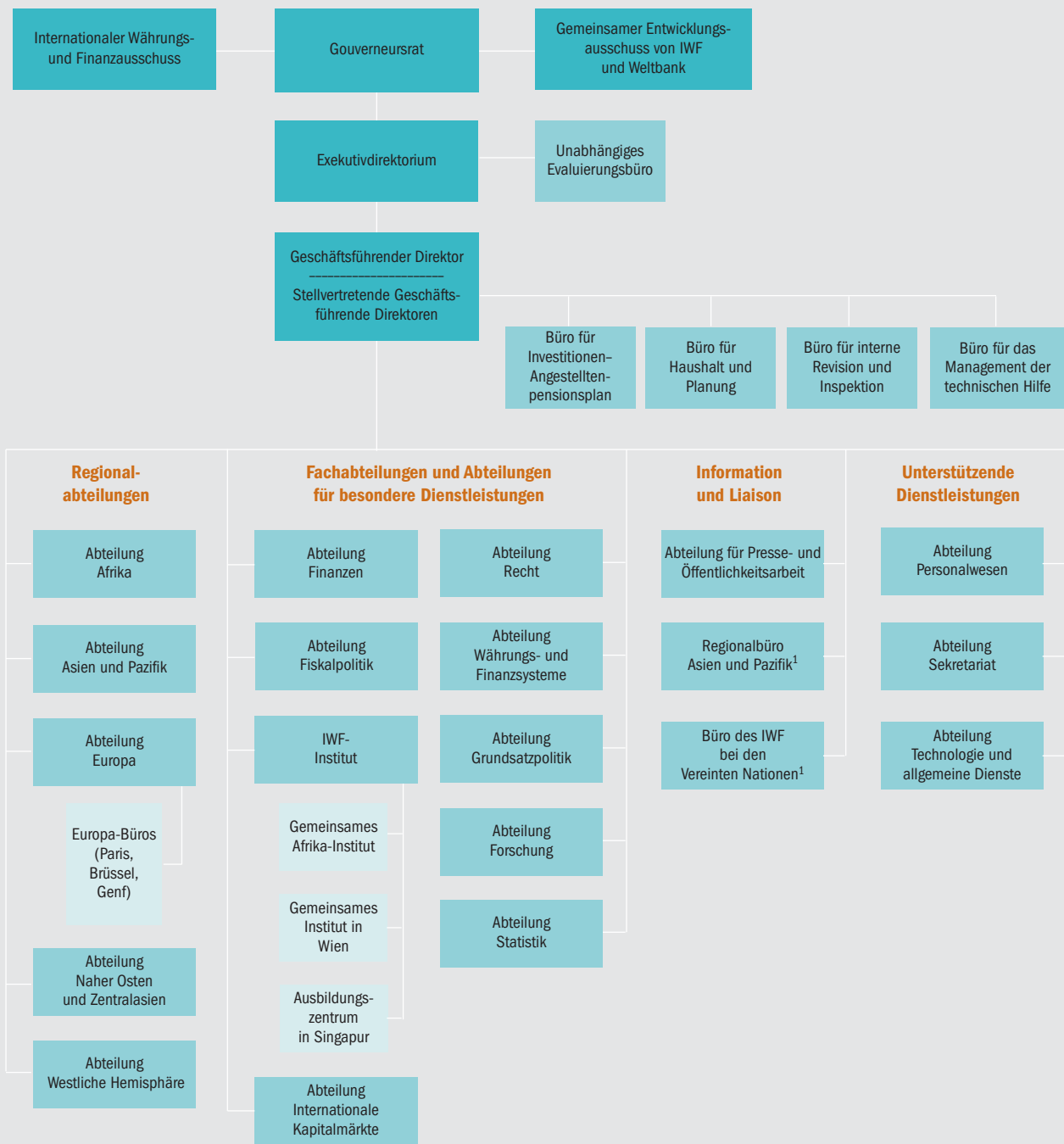
Ende April 2005 hatte der IWF 85 ständige Vor-Ort-Vertretungen, die 90 Mitgliedsländer in Afrika, Asien, Europa, im Nahen Osten und in der Westlichen Hemisphäre betreuen. Neue Büros wurden in Jordanien (zur Unterstützung Iraks) und in der Dominikanischen Republik eröffnet. Im Mai 2005 wurde ein Büro in Paraguay eröffnet. Diese Vertretungen, die in der Regel mit einem einzigen IWF-Angestellten besetzt sind, der von lokalen Kräften unterstützt wird, stärken die Politikberatung des IWF und werden oft in Verbindung mit einem Reformprogramm eingerichtet. Die Repräsentanten, die in der Regel einen guten Zugang zu den wichtigsten nationalen Regierungsvertretern haben, können die Qualität der Länderarbeit des IWF maßgeblich beeinflussen. Aufgrund ihrer professionellen Expertise und ihrer genauen Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse leisten die örtlichen Vertreter einen wichtigen Beitrag zur Formulierung der wirtschaftspolitischen Beratung des IWF, sie überwachen die Entwicklung eines Landes – insbesondere im Rahmen IWF-gestützter Programme – und koordinieren die technische Hilfe. Sie machen den IWF und das Gastland außerdem frühzeitig auf mögliche wirtschaftspolitische Zielverfehlungen aufmerksam, unterstützen das Programm vor Ort und spielen eine aktive Rolle im Hinblick auf die Außenwirkung des IWF in den Mitgliedsländern. Seit Beginn der erweiterten Initiativen für einkommensschwache Länder helfen die örtlichen Vertreter den Mitgliedsländern bei der Entwicklung ihrer Armutsbekämpfungsstrategien (siehe Kapitel 4), indem sie an den im jeweiligen Land geführten Strategiediskussionen teilnehmen und dort die Sichtweise des IWF erläutern. Darüber hinaus unterstützen sie die Überwachung der Programmumsetzung und des Institutionsaufbaus. Dabei arbeiten sie mit verschiedenen Regierungsstellen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gebern und anderen Interessengruppen zusammen.

sowie bei der Entwicklung der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF) und der HIPC-Initiative. Die Volkswirte der Grundsatzabteilung nehmen gemeinsam mit den Mitarbeitern der Länderabteilungen an Ländermissionen teil, die üblicherweise in 80 bis 90 Ländern pro Jahr stattfinden und helfen Mitgliedsländern, die IWF-Mittel in Anspruch nehmen, andere Finanzquellen zu erschließen.

Die *Abteilung Forschung* führt Politikanalysen und wissenschaftliche Studien in Gebieten durch, die in Verbindung mit der Arbeit des IWF stehen. Die Abteilung spielt eine herausragende Rolle bei der globalen Überwachung und bei der Entwicklung der IWF-Politik in Bezug auf das internationale Währungssystem. Sie arbeitet mit anderen Abteilungen bei der Formulierung der wirtschaftspolitischen Empfehlungen des IWF an die Mitgliedsländer zusammen. Sie koordiniert die Arbeiten am halbjährlichen Bericht über die weltwirtschaftlichen Aussichten und erstellt Analysen für die überwachungsbezogenen Beratungen in der Siebenergruppe, der Zwanzigergruppe und in anderen regionalen Gruppierungen wie dem Forum für Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC). Sie bereitet

Schaubild 7.2 Organigramm des IWF

(Stand vom 30. April 2005)



¹Dem Büro des Geschäftsführenden Direktors angegliedert.

ferner die Diskussionen des Exekutivdirektoriums über die Entwicklung in der Weltwirtschaft und an den Finanzmärkten vor. Außerdem unterhält die Abteilung Kontakte zum Hochschulbereich und zu anderen Forschungseinrichtungen.

Die *Abteilung Statistik* betreut Datenbanken mit nationalen, regionalen und globalen Wirtschafts- und Finanzstatistiken und überprüft Länderdaten zur Unterstützung der Überwachungstätigkeit des Fonds. Des Weiteren ist sie für die Entwicklung statistischer Konzepte in den Bereichen Zahlungsbilanz, öffentliche Finanzen, Währungs- und Finanzstatistik und für die Erstellung methodischer Handbücher verantwortlich. Die Abteilung bietet technische Hilfe und Ausbildung, um die Mitglieder bei der Entwicklung von statistischen Systemen zu unterstützen, und sie gibt die statistischen Veröffentlichungen des IWF heraus. Sie ist außerdem für die Entwicklung und Aufrechterhaltung von Standards für die Weitergabe von Daten durch die Mitgliedsländer zuständig.

Information und Liaison

Die *Abteilung Öffentlichkeitsarbeit* hat die Aufgabe, in der Öffentlichkeit die Kenntnisse über und die Unterstützung für den IWF und seine Politik zu fördern. Sie ist bestrebt, die IWF-Arbeit durch vielfältige Maßnahmen, die auf Transparenz, Kommunikation und die Auseinandersetzung mit einem weiten Kreis von Interessengruppen abzielen, verständlich zu machen. Die Abteilung erstellt, redigiert und veröffentlicht den größten Teil der IWF-Publikationen und anderes Material. Sie fördert Kontakte mit der Presse und anderen externen Gruppen wie zivilgesellschaftliche Organisationen und Parlamentarier und betreut die Internetseite des IWF (siehe Kapitel 8).

Die *IWF-Büros in Asien und Europa und bei den Vereinten Nationen* halten enge Kontakte zu anderen internationalen und regionalen Institutionen. Das VN-Büro leistet zudem einen substantiellen Beitrag zum Prozess der Entwicklungsfinanzierung, während die Büros in Asien und Europa die bilaterale und regionale Überwachung unterstützen und einen maßgeblichen Anteil an der Kommunikationsarbeit des IWF haben (siehe Kapitel 8).

Unterstützende Dienstleistungen

Die *Abteilung Personalwesen* hilft sicherzustellen, dass der Mitarbeiterstab des IWF die richtige Mischung von Fähigkeiten, Erfahrung und Vielfalt aufweist, um den sich ändernden Anforderungen an die Organisation gerecht zu werden. Ferner hilft sie zu gewährleisten, dass das Personal so verwaltet, organisiert und eingesetzt wird, dass die Effektivität maximiert wird, die Kosten reduziert werden und die Arbeitsbelastung sowie der Stress auf einem erträglichen

Niveau gehalten werden. Die Abteilung entwickelt Grundsätze und Verfahren, die dem IWF helfen, seine Arbeitsziele zu erreichen. Sie verwaltet Gehaltszahlungen und Sozialleistungen, Einstellungen und Programme zur Karriereplanung und fördert die organisatorische Effektivität, indem sie die Abteilungen bei der Verfolgung ihrer personalpolitischen Ziele unterstützt.

Die *Abteilung Sekretariat* organisiert und berichtet über die Arbeit der leitenden Gremien des IWF und stellt ihnen sowie der Gruppe der 24 Entwicklungsländer Sekretariatsdienste zur Verfügung. Sie unterstützt die Geschäftsleitung vor allem bei der Vorbereitung und Koordinierung des Arbeitsprogramms des Exekutivdirektoriums und anderer offizieller Gremien. Dazu zählt auch die Terminplanung und die organisatorische Unterstützung bei der Durchführung von Direktoriumssitzungen. Mit der Erfüllung dieser Aufgaben fördert die Abteilung offene und effiziente Kommunikationskanäle zwischen den Leitungsgremien, der Geschäftsleitung und dem Mitarbeiterstab. Die Abteilung organisiert außerdem zusammen mit ihrem Pendant in der Weltbank die Jahrestagungen.

Die *Abteilung Technologie und allgemeine Dienste* organisiert und erbringt Dienste, die für die laufenden Geschäfte des IWF notwendig sind. Hierzu gehören Informationsdienste (Informationstechnologie, Bibliotheksdienst, Multimedia-dienste, Dokumentation und Archivverwaltung sowie Telekommunikation), Gebäudedienste (Bauprojekte und Gebäudeverwaltung), allgemeine Verwaltungsdienste (Reise-service, Konferenz- und Cateringdienste sowie Beschaffungswesen), Sprachendienste (Übersetzung, Dolmetscherdienste und nicht-englischsprachige Veröffentlichungen) und ein breites Spektrum von Diensten für die Sicherheit und zur Aufrechterhaltung des laufenden Geschäfts (Sicherheit in der Zentrale und vor Ort sowie die Sicherheit der Informationstechnologie).

Der IWF hat außerdem Sektionen, die dem Büro des Geschäftsführenden Direktors unterstellt sind.

Das *Büro für Haushalt und Planung* berät das Exekutivdirektorium, die Geschäftsführung des Fonds und die Abteilungen hinsichtlich der Erstellung und Durchführung des Verwaltungs- und Kapitalhaushalts. Des Weiteren ist es für die Umsetzung der oben beschriebenen Reformen des mehrjährigen Haushaltsrahmens zuständig.

Das *Büro für interne Revision und Inspektion* (Office of Internal Audit and Inspection – OIA) unterstützt die innere Führung des IWF, indem es unabhängige Untersuchungen über die Leistungsfähigkeit des Risikomanagements, der Kontrollmechanismen und der Governance-Prozesse des IWF durchführt. Das OIA führt jährlich 20 bis 25 Überprüfungen und Revisionen durch. Sie prüfen zum Beispiel,

Leitende Mitarbeiter

(Stand vom 30. April 2005)

Gerd Häusler, Berater
Raghuram G. Rajan, Volkswirtschaftlicher
Berater

Robert Edwards
Direktor, Abteilung Statistik

Regionalabteilungen

Abdoulaye Bio-Tchané
Direktor, Abteilung Afrika

Information und Liaison

Thomas C. Dawson II
Direktor, Abteilung für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

David Burton
Direktor, Abteilung Asien und Pazifik

Hiroyuki Hino
Direktor, Regionalbüro Asien und Pazifik

Michael C. Deppler
Direktor, Abteilung Europa

Saleh M. Nsouli
Direktor, Europa-Büros

Mohsin S. Khan
Direktor, Abteilung Naher Osten und
Zentralasien

Reinhard Münzberg
Direktor und Sonderbeauftragter bei den
VN, IWF-Büro bei den Vereinten Nationen

Anoop Singh
Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

Unterstützende Dienstleistungen

Fachabteilungen und Abteilungen für besondere Dienstleistungen

Michael G. Kuhn
Direktor, Abteilung Finanzen

Jorge R. Marquez-Ruarte
Direktor, Abteilung Personalwesen

Teresa M. Ter-Minassian
Direktorin, Abteilung Fiskalpolitik

Shailendra J. Anjaria
Sekretär, Abteilung Sekretariat

Leslie J. Lipschitz
Direktor, IWF-Institut

Brian C. Stuart
Direktor, Abteilung Technologie und
allgemeine Dienste

Gerd Häusler
Direktor, Abteilung Internationale
Kapitalmärkte

Büros
Barry H. Potter
Direktor, Büro für Haushalt und Planung

Sean Hagan
Chefsyndikus, Abteilung Recht

Alain Coune
Direktor, Büro für interne Revision und
Inspektion

Stefan Ingves
Direktor, Abteilung Währungs- und
Finanzsysteme

Claire Liuksila
Direktorin, Büro für das Management der
technischen Hilfe

Mark Allen
Direktor, Abteilung Grundsatzpolitik

Thomas Bernes
Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro
(Amtsübernahme im Juni 2005)

Raghuram G. Rajan
Direktor, Abteilung Forschung

ob die Kontrollen und Verfahren zur Sicherung und Verwaltung der Aktiva und Konten des Fonds angemessen sind, beurteilen die Effizienz und Effektivität der Nutzung interner Ressourcen, bewerten die Angemessenheit des Informationstechnologie-Managements und stellen sicher, dass die Sicherheit der Gebäude und der Informationssysteme gewährleistet ist.

Das *Büro für das Management der technischen Hilfe* hat die Aufgabe, die Effektivität und Verfügbarkeit der technischen Hilfe des IWF an die Mitgliedsländer zu verbessern. Es ist verantwortlich für (1) die Entwicklung, die Umsetzung und das Berichtswesen der Grundsatzpolitik im Bereich der technischen Hilfe und (2) für die Mobilisierung und Verwaltung der Mittel für die technische Hilfe.

Unabhängiges Evaluierungsbüro

Das *Unabhängige Evaluierungsbüro* (IEO) wurde 2001 vom Exekutivdirektorium geschaffen, um die Transparenz und die Rechenschaftspflicht zu erhöhen sowie die Lernkultur des IWF zu verbessern. Das IEO arbeitet unabhängig von der Geschäftsleitung und vom Mitarbeiterstab des IWF und berichtet dem Exekutivdirektorium regelmäßig über seine Erkenntnisse. Detaillierte Informationen über die Aktivitäten des IEO einschließlich Aufgabengebiete, Arbeitsprogramm, Veröffentlichungen und Kommunikationsstrategie können auf seiner Webseite (www.imf.org/ieo) eingesehen werden. Im Mai 2005 wurde Thomas A. Bernes mit Wirkung von Juni 2005 als Nachfolger von Montek Singh Ahluwalia zum Direktor des IEO ernannt. Ahluwalia, der das IEO als erster Direktor seit Juli 2001 geleitet hatte, verließ das Amt, um Stellvertretender Vorsitzender der Planungskommission Indiens zu werden.

Im Geschäftsjahr 2005 schloss das IEO Evaluierungen zu folgenden Themen ab: die Rolle des IWF bei der Erstellung von Strategiedokumenten zur Armutsbekämpfung und im Hinblick auf die Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (siehe Kapitel 4), die Rolle des IWF in

Argentinien (siehe Kapitel 3) und die technische Hilfe des IWF (siehe Kapitel 6).

Im nächsten Geschäftsjahr wird das IEO den Ansatz des IWF zur Liberalisierung der Kapitalbilanz und die Unter-

stützung des IWF für Jordanien von 1989 bis 2004 beurteilen und zusammen mit der Projektbewertungsabteilung der Weltbank das gemeinsame Programm von IWF und Weltbank zur Beurteilung des Finanzsektors (FSAP) bewerten.



Kooperation, Kommunikation, und Öffentlichkeitsarbeit

KAPITEL | 8

Eines der im IWF-Abkommen niedergelegten Ziele des IWF ist es, „die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik durch eine ständige Einrichtung zu fördern, die als Apparat zur Konsultation und Zusammenarbeit bei internationalen Währungsproblemen zur Verfügung steht“.

Der IWF fördert die internationale Zusammenarbeit in erster Linie im Rahmen der Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern. Er arbeitet aber auch mit anderen internationalen Organisationen zusammen, die andere Aufgaben und Zuständigkeiten haben, insbesondere mit der Weltbank, der Welthandelsorganisation (WTO), den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), dem Forum für Finanzstabilität, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), regionalen Entwicklungsbanken, mit internationale Standards setzenden Institutionen sowie mit informellen zwischenstaatlichen Gruppen.

Die internationale Zusammenarbeit ist für die Sicherung der Stabilität des internationalen Währungssystems heute sogar noch wichtiger als sie es bei der Gründung des IWF vor 60 Jahren war. Sie ist außerdem entscheidend für die Verwirklichung der Ziele, die sich die internationale Gemeinschaft in den vergangenen Jahren gesetzt hat. Dazu gehören zum Beispiel die Förderung der Agenda der Doha-Runde der Handelsgespräche in der WTO und die Unterstützung der ärmsten Länder bei der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele der VN. Diese Aufgaben stehen in einer direkten Beziehung zum Mandat des IWF, ein ausgewogenes Wachstum des internationalen Handels zu unterstützen und reale Einkommenszuwächse zu fördern. Die Rolle des IWF im internationalen Währungssystem und die Arbeitsteilung und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen werden im Rahmen der aktuellen strategischen Überprüfung des IWF erörtert, die im Überblick erläutert wird.

Gleichzeitig bemüht sich der Fonds verstärkt, effektiv mit nichtoffiziellen Gruppierungen und mit der breiten Öffentlichkeit zu kommunizieren, um die Kenntnisse über seine Arbeit zu verbessern und weil er erkannt hat, dass Transparenz eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung einer angemessenen Rechenschaftspflicht spielt. So rief der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) den IWF in seinem Kommuniqué vom Oktober 2004 (siehe Anhang IV)

zum Beispiel dazu auf, „die Vermittlung der geschäftspolitischen Grundsätze des IWF an die Märkte und an die Öffentlichkeit zu verbessern, dabei aber gleichzeitig seine Rolle als offener und vertraulicher Berater zu wahren“. Die Kommunikation des Fonds mit nichtoffiziellen Gruppen und mit der Öffentlichkeit wird weitgehend von der IWF-Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit koordiniert und organisiert. Aber auch das Exekutivdirektorium, die Geschäftsführung des IWF – der Geschäftsführende Direktor, der Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktor und die beiden anderen Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktoren – sowie Mitarbeiter aus allen Abteilungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Von zentraler Bedeutung für die Kommunikationsarbeit des Fonds war in den vergangenen Jahren seine Transparenzpolitik, in deren Rahmen er die Mehrzahl der im Exekutivdirektorium erörterten offiziellen Politik- und Länderdokumente veröffentlichte (siehe *Jahresbericht 2004*, Seite 76).

Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Die Zusammenarbeit zwischen dem IWF und anderen internationalen Organisationen wurde im Geschäftsjahr 2005 weiter verbessert.

Regionale Vertretung

Die Büros des IWF in Europa (Paris, Brüssel und Genf) und sein Regionalbüro Asien und Pazifik (Tokio) unterhalten enge Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen. Mitarbeiter im Pariser Büro fungieren als Verbindung zur Zehnergruppe (G10), zur OECD, zur BIZ und zur Europäischen Kommission. Darüber hinaus nehmen sie ad hoc an Treffen teil, die von Organisationen wie der Aktionsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche (FATF), dem Europäischen Parlament und dem Europarat veranstaltet werden.

Das Büro in Genf berichtet über die Aktivitäten von in Genf ansässigen sozioökonomischen Organisationen, wobei es den Schwerpunkt auf das multilaterale Handelssystem und handelspezifische Entwicklungen in der Europäischen Union legt. Zu den erfassten Organisationen gehören die WTO, die Internationale Arbeitsorganisation, die VN-Konferenz über Handel und Entwicklung, der Hohe

Flüchtlingskommissar der VN, das VN-Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte, die Weltgesundheitsorganisation, die VN-Wirtschaftskommission für Europa und die Interparlamentarische Union.

Im Geschäftsjahr 2005 leisteten die Europa-Büros unter anderem in folgenden Bereichen einen Beitrag zur Arbeit des Fonds: die Doha-Runde der Handelsgespräche, der Zwischenbericht der internationalen Gemeinschaft über die Fortschritte bei der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele, die Arbeit der G10 hinsichtlich der Finanzlage des IWF und die Arbeit im VN-Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte hinsichtlich der Rolle der Menschenrechte in Entwicklungsstrategien.

Das IWF-Regionalbüro Asien und Pazifik ist verantwortlich für die Verbesserung der Überwachung und die Förderung der IWF-Initiativen in Asien. Es arbeitet mit regionalen Gruppen zusammen, darunter die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Vereinigung Südostasiatischer Nationen, das Asien-Europa-Treffen, das Pazifikinsel-Forum, der Südasiatische Verband für regionale Zusammenarbeit, die südostasiatischen Zentralbanken und das Leitungstreffen der Zentralbanken in Ostasien und im Pazifikraum. Zudem unterhält das Büro enge Kontakte mit der Asiatischen Entwicklungsbank, der Wirtschafts- und Sozialkommission der VN für Asien und den Pazifik sowie mit dem Weltbankbüro in Japan.

Weltbank

Die intensive Zusammenarbeit zwischen dem IWF und der Weltbank besteht seit der Gründung der beiden Institutionen auf der Bretton-Woods-Konferenz 1944. Wie aus den jeweiligen Übereinkommen und der gemeinsamen Vereinbarung von 1989 hervorgeht, spielen die beiden Institutionen wichtige ergänzende Rollen, indem sie sich für globale wirtschaftliche Stabilität, Wachstum und Armutsreduzierung einsetzen. Die Zusammenarbeit findet auf allen Ebenen statt, darunter regelmäßige Treffen zwischen dem Geschäftsführenden Direktor des IWF und dem Präsidenten der Weltbank sowie gemeinsame Besuche der beiden Leiter in mehrere Regionen und Länder, Treffen leitender Stabsmitarbeiter, gemeinsame Stabsdelegationen, die Koordinierung von Politikempfehlungen an Mitgliedsländer sowie Informationsaustausch. Eine Koordinierung der beiden Institutionen auf höchster Ebene erfolgt auch während der Jahrestagung der Gouverneursräte des IWF und der Weltbank und während der zweimal jährlich stattfindenden Ministertreffen. Die Gouverneure kommen außerdem während der halbjährlichen Sitzungen des Entwicklungsausschusses zusammen, der 1974 eingerichtet wurde, um die Gouverneursräte des IWF und der Weltbank in wichtigen entwicklungspolitischen Fragen – darunter Handel und Umwelt – sowie in Fragen hinsichtlich der für die

Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Niedrigeinkommensländern erforderlichen finanziellen Ressourcen zu beraten.

Die beiden Institutionen setzten im Geschäftsjahr 2005 ihre gemeinsamen Initiativen fort. Sie betrafen die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs), die Entwicklungshilfe und deren Wirksamkeit, Schuldentragfähigkeit und Schuldenerleichterung, Handel, Finanzsektorreform sowie Geldwäsche und Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Sie setzten ihre Arbeit fort, um das gemeinsame Ziel der Reduzierung der Armut zu erreichen. Dies erfolgt durch die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Gewährung von Schuldenerleichterung im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) und des Armutsbekämpfungsstrategie-Prozesses (siehe Kapitel 4). Im April 2005 veröffentlichten sie den zweiten gemeinsamen Überprüfungsbericht (*Global Monitoring Report*), einen jährlichen Bericht, der den Fortschritt hinsichtlich der Politikgrundsätze und Maßnahmen überprüft, die für das Erreichen der MDGs erforderlich sind. Bank- und Fondsmitarbeiter arbeiten zudem gemeinsam an der Verbesserung des Allgemeinen Datenweitergabesystems (GDDS) zusammen, um die Zusammenstellung von MDG-Indikatoren zu unterstützen. Während des Geschäftsjahrs erstellten Bank- und Fondsmitarbeiter gemeinsam zwei Papiere für den Entwicklungsausschuss über innovative Formen der MDG-Finanzierung. Während der Jahrestagung im September 2005 werden sie ein drittes Papier über internationale Beiträge (globale Steuern) vorstellen.

Der IWF und die Weltbank haben sich seit dem Scheitern der Gespräche während des letzten Ministertreffens der WTO in Cancún, Mexiko, im September 2003 ständig für die Doha-Runde multilateraler Handelsgespräche eingesetzt. Sie arbeiten außerdem bei der Überwachung der Stabilität des Finanzsystems zusammen, insbesondere im Rahmen des Programms zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP; siehe Kapitel 2), das 1999 mit dem Ziel eingeführt wurde, die Wirksamkeit von Maßnahmen zu erhöhen, die die Solidität der Finanzsysteme in den Mitgliedsländern fördern.

Vereinte Nationen

Der IWF arbeitet durch den Sonderbeauftragten des Fonds bei den Vereinten Nationen (VN) und durch zahlreiche weitere institutionelle Kontakte eng mit den Vereinten Nationen zusammen. Aufgabe des Sonderbeauftragten, der im Fondsbüro bei den Vereinten Nationen in New York tätig ist, ist es, die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen dem IWF und den VN zu fördern. Zu den wesentlichen Aufgaben des VN-Büros gehört es, die Ansichten des IWF bekannt zu machen, Beiträge zu Beratungen der VN über IWF-bezogene Fragestellungen zu leisten,

den IWF über wesentliche Entwicklungen innerhalb des VN-Systems auf dem Laufenden zu halten sowie die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen zu erleichtern.

Im Geschäftsjahr 2005 setzte der IWF seine Zusammenarbeit mit den VN fort, insbesondere bei den Folgearbeiten zum Monterrey-Konsens von 2002 und bei der Unterstützung der Bemühungen der Mitgliedsländer, die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Agustín Carstens und eine Reihe von Exekutivdirektoren nahmen im April 2005 an einer Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates der VN (ECOSOC) teil, auf der die Bretton-Woods-Institutionen, die WTO und die VN-Handels- und Entwicklungskonferenz vertreten waren. Bei dieser Tagung ging es um die Verwirklichung der international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der in der Millennium-Erklärung enthaltenen Ziele. Die VN-Teilnehmer unterstützten weitgehend die Arbeit des Fonds in Niedrigeinkommensländern und der Präsident des ECOSOC forderte mit Nachdruck eine fortgesetzte Zusammenarbeit zwischen den VN-Behörden und den internationalen Finanzinstitutionen zur Unterstützung der Entwicklungsländer.

Welthandelsorganisation

Die Zusammenarbeit zwischen dem IWF und der WTO erfolgt im Einklang mit der im Dezember 1996 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung sowohl formell als auch informell. Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung hat der Fonds bei WTO-Sitzungen Beobachterstatus, und er nimmt regelmäßig an formellen Treffen zahlreicher WTO-Gremien teil. Fondsmitarbeiter leisten einen Beitrag zur Arbeit der WTO-Arbeitsgruppe für Handel, Schulden und Finanzen und nehmen regelmäßig an Sitzungen des WTO-Ausschusses für Zahlungsbilanzbeschränkungen sowie an dem WTO-geführten Integrierten Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe teil. Die Kooperationsvereinbarung hat sich hinsichtlich des Dokumentenaustauschs und des gegenseitigen Beobachterstatus bewährt und hat eine rege und produktive Zusammenarbeit auf der Personalebene ermöglicht.

Internationale Standards setzende Institutionen

Die Arbeit des Fonds im Bereich der Beurteilung von Standards und Kodizes und der Erstellung von Berichten über die Einhaltung von Standards und Kodizes (ROSCs) für seine Mitgliedsländer ermöglicht es ihm, mit internationale Standards setzenden Institutionen zusammenzuarbeiten und diesen die Ansichten seiner Mitglieder mitzuteilen.

Beispiele dieser Zusammenarbeit aus den letzten Jahren umfassen

- Folgearbeiten mit dem Basler Ausschuss und der Internationalen Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (International Association of Insurance Supervisors – IAIS) zu Fragestellungen, die im Stabspapier zu dem Thema „Finanzsektor-Regulierung: Fragen und Lücken“ aufgeworfen wurden (siehe Kapitel 2);
- Zusammenarbeit mit der IAIS, um Methoden zur Beurteilung der Solvenz von Versicherungsunternehmen zu entwickeln;
- Teilnahme an der Initiative des Basler Ausschusses zur Aktualisierung der Basler Kerngrundsätze für eine wirkungsvolle Bankenaufsicht (1997 herausgegeben), um diese an spätere Richtlinien und Basel-II-Entwicklungen anzupassen; sowie
- Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme bei der Formulierung allgemeiner Richtlinien für die Entwicklung von Zahlungsverkehrssystemen und Grundsätzen für Zahlungsverkehrssysteme für Lohnüberweisungen von im Ausland beschäftigten Arbeitern.

Internationaler Steuerdialog

Der Internationale Steuerdialog (International Tax Dialogue – ITD), der 2004 ins Leben gerufen wurde, ist eine gemeinsame Initiative des IWF, der Weltbank und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit dem Ziel, die weltweite Zusammenarbeit zwischen Steuerbeamten zu erleichtern. Die Beteiligung des Fonds ist zurückzuführen auf seine Verantwortung für die Förderung einer soliden makroökonomischen Politik, einschließlich der Fiskalpolitik, und auf die Bedeutung eines gerechten und unverzerrten Steuersystems, das ausreichende Einnahmen zur Finanzierung notwendiger Staatsausgaben sicherstellt und es erlaubt, übergebührlige Defizite zu vermeiden. Die Webseite des ITD (www.itdweb.org) stellt Informationen über zentrale Fragestellungen der Steuerpolitik und -verwaltung und über Steuergesetze und -praktiken in der ganzen Welt zur Verfügung.

Im März 2005 veranstaltete das ITD seine erste weltweite Konferenz. Sie fand in Rom statt und Gastgeber war das italienische Ministerium für Wirtschaft und Finanzen. Die Konferenz führte Steuerbeamte aus über 100 Ländern und internationalen Organisationen zusammen, um Fragen zu erörtern, die sich auf die Mehrwertsteuer beziehen. Der Schwerpunkt wurde dabei auf die Betrugsbekämpfung, den Bürokratieabbau für Unternehmen und die Suche nach Mitteln zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit gelegt.

Externe Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Die Aktivitäten der externen Kommunikation des IWF können in drei breite Kategorien eingeteilt werden:

- Medienbeziehungen – Kommunikation durch die Medien über Artikel und Leserbriefe sowie über Pressegespräche, Interviews und andere Kontakte mit Journalisten;
- Veröffentlichungen – sowohl elektronischer Dokumente als auch von Druckerzeugnissen (Kasten 8.1);
- Außenkontakte – Kommunikation und Zusammentreffen mit Parlamentariern, Organisationen der Zivilgesellschaft, mit dem Privatsektor, der allgemeinen Öffentlichkeit und, in einigen Fällen, mit Beamten von Regierungsbehörden, die normalerweise keine Gesprächspartner des Fonds sind.

Öffentlichkeitsarbeit mit Parlamentariern

Die Öffentlichkeitsarbeit mit nicht-offiziellen Gruppen ist ein integraler Bestandteil der Länderarbeit des IWF. Dabei spielt der Dialog des IWF mit Parlamentariern in ihrer Funktion als Entscheidungsträger und gewählte Repräsentanten eine besonders wichtige Rolle. Angesichts der hohen Priorität, die diesen Aktivitäten sowohl in der Geschäftsführung als auch im Exekutivdirektorium eingeräumt wird, hat der IWF seine Öffentlichkeitsarbeit mit Parlamentariern in den vergangenen Jahren ausgeweitet. Ziel ist es, die Parlamentarier mit der Arbeit des Fonds vertraut zu machen, die Gründe für IWF-Empfehlungen zu erklären und die Ansichten und Bedenken der Parlamentarier kennen zu lernen.

Die IWF-Delegationen treffen während der Länderbesuche oft mit wichtigen Parlamentariern zusammen, und bei den Vor-Ort-Vertretern ist dies hin und wieder auch der Fall. Darüber hinaus führt der IWF Länder- und Regionalseminare durch, darunter Seminare über den Kapazitätsaufbau. Er nahm an Workshops/Konferenzen teil, die von parlamentarischen Interessengruppen veranstaltet wurden, und empfing Parlamentarier-Delegationen, die Washington, D.C., die Stadt, in der der IWF seinen Hauptsitz hat, besuchten.

Länderseminare. Länderseminare wie die Seminare in Tansania (Oktober 2004), Kambodscha (März 2005), Timor-Leste (März 2005) und der Mongolei (April 2005) beschäftigen sich mit den besonderen Herausforderungen, denen sich das jeweilige Land gegenüberstellt. Mehrere Länder umfassende Regionalseminare – z.B. Seminare des Gemeinsamen Instituts in Wien (seit 1995) und das Seminar mit der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (im Januar 2005) – helfen, Themen von gemeinsamem Interesse

zu identifizieren und Politiklehren für eine Gruppe von Ländern zu ziehen. Die Nachfrage nach Seminaren für Parlamentarier und ihre Mitarbeiter über den Aufbau von Kapazitäten im Bereich makroökonomischer Politikfragen, insbesondere solche, die mit gesetzgeberischen Maßnahmen verbunden sind, nimmt zu.

Teilnahme an durch parlamentarische Dachverbände veranstalteten Workshops/Konferenzen. Der IWF pflegt eine enge Beziehung mit dem Parlamentarischen Netzwerk der Weltbank und seine Geschäftsleitung und Mitarbeiter nehmen an der Jahreskonferenz, den regionalen Veranstaltungen und an Projektbesuchen teil. Der IWF-Mitarbeiterstab nimmt außerdem an den Treffen teil, die von der Interparlamentarischen Union, der „Global Organization of Parliamentarians against Corruption“, „Parliamentarians for Global Action“, dem „Parliamentary Centre“ und der „Commonwealth Parliamentary Association“ veranstaltet werden.

Besuchsdelegationen von Parlamentariern. Die Zahl der den IWF besuchenden parlamentarischen Delegationen hat zugenommen. Die meisten Besuche werden von Delegationen aus einzelnen Ländern unternommen, viele Delegationen setzen sich jedoch aus Vertretern mehrerer Länder zusammen. In der Regel arbeiten der IWF-Stab und die Büros der Exekutivdirektoren zusammen, um Treffen und Unternehmungen zu veranstalten, die manchmal auch die Geschäftsleitung einschließen. Beispielsweise besuchen der Sonderausschuss des britischen Schatzamtes und der Internationale Entwicklungsausschuss des Vereinigten Königreiches den IWF jährlich und treffen mit dem Geschäftsführenden Direktor sowie mit hochrangigen Stabsmitgliedern zusammen. Außerdem besuchten Anfang 2005 Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der NATO die IWF-Zentrale.

Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen

Der IWF ist ein wichtiges Thema der Arbeit vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen (civil society organizations – CSOs). Dazu zählen Nichtregierungs-Organisationen (NGOs), Gewerkschaften und glaubensbasierte Organisationen. CSOs vertreten sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene stark unterschiedliche Interessen.

Bei den Beziehungen mit den CSOs stehen die folgenden, immer wiederkehrenden *globalen Fragen* im Mittelpunkt: die sozialen und umweltspezifischen Folgen von IWF-Empfehlungen; die Armutsbekämpfung; das Vorgehen des IWF in Bezug auf die Menschenrechte; Regierungsführung und Transparenz; Programmkonditionalität; sowie

Kasten 8.1 Verbreitung von Informationen: Publikationswesen und Webseite des IWF

Der IWF veröffentlicht einen breiten Fächer von Informationsmaterial, das sich an ein breites Publikum richtet. Viele der Publikationen des Fonds sind sowohl als Druckerzeugnis als auch auf der Webseite des IWF verfügbar (www.imf.org).

In den vergangenen Jahren veröffentlichte der IWF eine zunehmende Zahl an Berichten und anderen Länderdokumenten über die wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen und Trends in Mitgliedsländern. Jeder Bericht wird nach Diskussionen mit Regierungsmitarbeitern des jeweiligen Landes von Stabsmitarbeitern erstellt und mit Zustimmung des Landes veröffentlicht. Diese Reihe enthält die Artikel-IV-Berichte, Berichte über den Einsatz von IWF-Mitteln, Papiere zu ausgewählten Fragestellungen (*Selected Issues*), Studien über neuere wirtschaftliche Entwicklungen (*Recent Economic Developments*) sowie statistische Anhänge.

- Der *Jahresbericht* des IWF gibt einen umfassenden Einblick in die Tätigkeit des Fonds in dem betreffenden Geschäftsjahr und ist als Referenzwerk angelegt.
- Der „Jahresbericht über Wechselkursregelungen“ (*Annual Report on Exchange Rate Arrangements*) liefert in tabellarischer Form Informationen zu den Wechselkurs- und Handelssystemen der Mitgliedsländer des IWF.
- Der *Weltwirtschaftsausblick (WEO)* und der *Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems (GFSR)* sind die wichtigsten Instrumente, durch die der IWF seine in der globalen Überwachung gewonnenen Erkenntnisse und einen Teil seiner wichtigsten analytischen Arbeiten veröffentlicht.
- Der Fonds veröffentlicht periodische Berichte über seine Aktivitäten und über Entwicklungen, die seine Tätigkeit beeinflussen. Im Geschäftsjahr 2005 veröffentlichte er die 29. Auflage ausgewählter Entscheidungen und Dokumente des Internationalen Währungsfonds (*Selected Decisions and Selected Documents of the International Monetary Fund*) und den dritten Band des Berichts über die laufenden Entwicklungen im Währungs- und Finanzrecht (*Current Developments in Monetary and Financial Law, Volume III*).
- Die Forschungsarbeiten des Mitarbeiterstabes über das internationale Währungssystem und andere aktuelle Themen werden in *IMF Staff Papers*, einer vierteljährlich erscheinenden wissenschaftlichen Zeitschrift, im ebenfalls vierteljährlich erscheinenden Newsletter *IMF Research Bulletin*, in der Reihe *IMF Working Papers*, in der Reihe *Occasional Papers*, in Büchern und in verschiedenen anderen Publikationen veröffentlicht.
- Die Informationstafel des Fonds zu Datenweitergabestandards (<http://dsbb.imf.org/Applications/web/dsbbhome/>) enthält Querverweise zu den Daten- und Statistik-Webseiten von SDDS- und GDDS-Teilnehmern und präsentiert in einem benutzerfreundlichen, über die Länder hinweg vergleichbaren Format umfassende Informationen über die Methoden und Praktiken, die der Zusammenstellung und der Weitergabe dieser Daten zu Grunde liegen.
- Die monatlich erstellte Datenbank *International Financial Statistics (IFS)* liefert aktualisierte Finanzdaten über Länder aus aller Welt. Die Statistikabteilung des IWF erstellt darüber hinaus ein Jahrbuch mit Daten von über zwölf Jahren für die Länder, die in der monatlichen Veröffentlichung behandelt werden. Der Zugriff auf die IFS-Datenbank ist online möglich. Zu den weiteren statistischen Publikationen gehören das Jahrbuch zur Zahlungsbilanzstatistik (*Balance of Payments Statistics Yearbook*), das Statistische Jahrbuch der öffentlichen Finanzen (*Government Finance Statistics Yearbook*) sowie die Statistik über die geographische Verteilung des Außenhandels (*Direction of Trade Statistics*), die vierteljährlich und jährlich erscheint.
- Die vom Fonds veröffentlichten Richtlinien und Handbücher decken einen weiten Themenkreis ab, darunter Zahlungsbilanzstatistik und -erhebung, Statistik der Auslandsverschuldung, Trends der Direktinvestitionen sowie der Produzentenpreisindex.
- Das 14-täglich erscheinende Nachrichtenblatt *IMF Survey* berichtet über die aktuelle Geschäftspolitik und die Aktivitäten des IWF. Sein jährlicher Begleiter, *IMF in Focus*, versucht ein klares und präzises Bild über die Entwicklung der Geschäftspolitik und -tätigkeit des IWF zu geben.
- Broschüren wie *What is the IMF?* und *IMF Technical Assistance* sind für Nicht-Fachleute geschrieben und das gleiche gilt für Informationsblätter (*factsheets*) und thematische Studien (*issues briefs*), die auf die Webseite des IWF eingestellt werden und wichtige Aspekte der Geschäftspolitik und -tätigkeit des IWF erläutern.
- Das vierteljährliche Magazin *Finance and Development (F&D)* und die Reihe *Economic Issues* (Broschüren über eine breite Palette volkswirtschaftlicher Themen aus dem Erfahrungsbereich des Fonds) sind in einer nicht-technischen Sprache geschrieben und sollen Nicht-Fachleute über aktuelle Themen informieren.
- Meinungsartikel in Publikationen weltweit und auf der externen Webseite veröffentlichte Reden bieten einen breiten Überblick über den IWF und seine Geschäftspolitik.
- Ein online zugänglicher vierteljährlicher *Civil Society Newsletter* (www.imf.org/external/np/exr/cs/eng/index.asp) berichtet über die Geschäftstätigkeit des IWF und Fragen, die für zivilgesellschaftliche Organisationen von besonderem Interesse sind.
- Interessierten Medien, Bildungseinrichtungen und sozialen Organisationen werden Videos über die Arbeit des IWF zur Verfügung gestellt. Diese werden auch bei der Rekrutierung von Personal genutzt.
- Ausbildungsmaterial ist beim *IMF Center* und unter www.imf.org/econed erhältlich. Das *IMF Center* bietet eine Dauerausstellung über das internationale Währungssystem und zeitweilige Ausstellungen über verwandte Themen. Es ist von Montag bis Freitag geöffnet.

Mitsprache und Vertretung der Entwicklungsländer im IWF und in der Weltbank.

Die Kontakte finden in unterschiedlicher Form statt – Treffen, Seminare und Konsultationen mit der IWF-Geschäftsleitung, den Exekutivdirektoren und dem Mitarbeiterstab in der IWF-Zentrale und weltweit. Die Dialoge mit der Zivilgesellschaft, die parallel zu den Jahres- und Frühjahrstagungen von IWF und Weltbank veranstaltet werden, umfassen eine breite Palette von Themen. Die CSOs werden häufig dazu aufgerufen, einen Beitrag zu den Überprüfungen der geschäftspolitischen Grundsätze des IWF zu leisten, indem sie an Seminaren teilnehmen oder indem sie Dokumente kommentieren, die in die externe Webseite eingestellt werden.

Durch Workshops, Regionalseminare und Führungstreffen in Washington, die oft gemeinsam mit der Weltbank veranstaltet werden, unterhält der IWF einen *Dialog mit der internationalen Arbeiterbewegung*, die vor allem durch den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und den Weltverband der Arbeitnehmer (WCL) vertreten wird. Im Jahr 2002 vereinbarten der IWF und die Weltbank mit dem IBFG und dem WCL, alle zwei Jahre ein Führungstreffen abzuhalten, wobei auf Arbeitsebene auch zwischenzeitlich Treffen zu besonderen Themen stattfinden können. Das zweite derartige Führungstreffen, das im Oktober 2004 stattfand, umfasste rund 80 Führungskräfte von nationalen und internationalen Gewerkschaftsverbänden, die weltweit nahezu 200 Millionen Arbeitnehmer vertreten.

Ein Höhepunkt der Kommunikation mit *glaubensbasierten Organisationen* war in den vergangenen Jahren der Dialog mit dem Weltkirchenrat (WCC), der wichtigsten kirchenübergreifenden Organisation der protestantischen Kirchen. Er wurde 1948 gegründet und umfasst Mitgliedskirchen mit insgesamt mehr als 400 Millionen Gläubigen. Der Dialog begann im Jahr 2000 mit einer Initiative des IWF als Antwort auf kritische öffentliche Stellungnahmen des WCC über den IWF und die Weltbank und wurde seitdem fortgeführt. Dabei wird der Schwerpunkt auf Armutsbekämpfung und Entwicklungsfragen gelegt. Im Oktober 2004 fanden in der Zentrale des WCC einige Sitzungen auf der Ebene der Geschäftsführung statt. Anschließend gaben die Leiter eine gemeinsame Stellungnahme heraus, in der sie befanden, dass es große und wichtige Übereinstimmungen gibt und dass die drei Institutionen trotz verbleibender beträchtlicher Unterschiede effektiver zusammenarbeiten sollten. Der Dialog werde fortgesetzt und werde sich in der Zukunft auf Länderfallstudien und spezielle Themen konzentrieren.

Auf *nationaler Ebene* sind sich die IWF-Länderteams, die Vertreter vor Ort und die regionalen Büros in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum mehr und mehr der Bedeutung eines systematischeren Engagements bewusst, wenn es darum geht, die Ansichten der CSOs zu verstehen

und die Einsicht in die Notwendigkeit einer soliden Politik zu stärken. Aus dem partizipatorischen Charakter des PRSP-Prozesses ergibt sich die Erwartung, dass die Regierungen der einkommensschwachen Länder die Zivilgesellschaft konsultieren und dass der IWF-Stab häufig hinzugezogen wird. Laut einer internen Stabsübersicht hatten im Jahr 2002 69 Prozent der IWF-Delegationen mindestens einmal in den vorangegangenen zwei Jahren Kontakt mit Gewerkschaften oder anderen Arbeitnehmervertretern, um die Auffassungen der Gewerkschaften zu hören und die Politikempfehlungen des IWF zu erklären und zu erörtern. Der IWF erstellte in Abstimmung mit einigen CSOs einen „Leitfaden für die Beziehungen zwischen den Stabsangehörigen und den zivilgesellschaftlichen Organisationen“ und veröffentlichte ihn auf der externen Webseite, um dem IWF-Stab – und den CSOs – zu helfen, eine produktivere Beziehung zueinander zu entwickeln.

Darüber hinaus gründete der IWF 1994 ein Büro für Gemeindeförderung, um seine Öffentlichkeits- und Unterstützungsarbeit sowohl in der Gemeinde Washington, D.C., dem Sitz der IWF-Zentrale, als auch in den Gemeinden der Entwicklungsländer zu verbessern, u.a. durch gemeinnützige Spenden (Kasten 8.2).

Die Integration von Kommunikation und Geschäftstätigkeit

Der IWF-Stab bezieht zunehmend verschiedene Interessengruppen und die breite Öffentlichkeit in die Erstellung von Politikvorschlägen und in die Überprüfung von Politik-Erfahrungen mit ein. Einige Beispiele der Kommunikations- und Einbindungsaktivitäten des IWF im Geschäftsjahr 2005 sind:

- Die zweijährliche Überprüfung der Überwachungstätigkeit des IWF des Jahres 2004 (siehe Kapitel 2) stützte sich ausgiebig auf Interviews, Umfragen und Workshops nicht nur mit Länderbehörden, sondern auch mit Finanzmarktteilnehmern, Denkfabriken, anderen Nichtregierungs-Fachleuten und -Beobachtern und den Medien.
- Es wurde ein umfangreiches und systematisches Programm für Öffentlichkeitsarbeit eingeleitet, um die Bemühungen des IWF zu unterstützen, seine Arbeit in den Niedrigeinkommensländern sowohl zu beurteilen wie auch zu erklären. Im Laufe des Geschäftsjahrs 2005 nahm der IWF-Stab an einer Vielzahl von Aktivitäten teil, darunter Konferenzen und Seminare mit den Diskussions-schwerpunkten IWF-Politik und -Initiativen. Beispiele sind zwei vom IWF veranstaltete Konferenzen in Afrika über die Überprüfung der Ausgestaltung von IWF-Programmen und die Teilnahme des IWF an Seminaren zur Schulden Tragfähigkeit in Accra, Berlin und Paris. Eine Neuerung der letzten Zeit war die Organisation von

Veranstaltungen für CSOs in Washington, D.C., anlässlich der Jahresversammlungen im Oktober 2004.

Überwachungstätigkeit

Öffentlichkeitsarbeit ist ein fester Bestandteil des länderspezifischen und regionalen Überwachungsprozesses des IWF. Der Schwerpunkt der Artikel-IV-Konsultationsgespräche (siehe Kapitel 1) liegt in der Kommunikation zwischen offiziellen Vertretern des Mitgliedslandes und den Stabsdelegationen. Die Stellungnahmen der Delegation zum Abschluss der Artikel-IV-Delegationsreisen, die Pressekonferenzen, Presseveröffentlichungen und Öffentlichen Informationsmitteilungen (PINs), die das Exekutivdirektorium nach der Erörterung von Artikel-IV-Konsultationen herausgibt, werden dagegen mit dem Einverständnis des betreffenden Landes dazu genutzt, die Ergebnisse der Überwachung zu veröffentlichen und zu erklären sowie die Märkte zu informieren. Das Medieninformationszentrum des IWF bietet Webcast-Presseunterrichtungen für Informationen, die mit Sperrfrist versehen sind. Die IWF-Büros in Europa und Asien unterhalten Beziehungen zu den lokalen Medien. Die Länderteams schreiben häufig Meinungsartikel und Leserbriefe für lokale Zeitungen, um länderspezifische und regionale Themen zu erläutern. Darüber hinaus werden die Beziehungen zu Parlamentariern, zum privaten Sektor und zu CSOs, darunter Gewerkschaften und glaubensbasierte Organisationen, immer wichtiger, um einerseits die Kenntnisse des IWF über spezifische Problembereiche zu verbessern und andererseits die Sichtweise des IWF zu vermitteln.

Finanzielle Unterstützung

Öffentlichkeitsarbeit ist besonders wichtig in Ländern, die IWF-Mittel in Anspruch nehmen. Die Konditionalitäts-Richtlinien von 2002¹ weisen darauf hin, dass der IWF-Stab

Kasten 8.2 Das Büro des IWF für Gemeindearbeit

Das IWF-Büro für Gemeindearbeit koordiniert die Bemühungen des IWF, ein guter Nachbar und eine verantwortliche Institution zu sein. Dies geschieht mittels Wohltätigkeitsspenden im Rahmen des *Civic Program*, durch ehrenamtliche Tätigkeiten der Mitarbeiter im Rahmen des Freiwilligendienstes *INVOLVE* und durch Öffentlichkeitsarbeit und Partnerschaften vor Ort (*Community Relations*).

Die Aktivitäten in der Gastgeberstadt des IWF, Washington, D.C., und in Entwicklungsländern konzentrieren sich in erster Linie auf nicht-gewinnorientierte Programme, die dringende soziale Probleme angehen und den Bedürftigsten helfen, sich selbst zu versorgen. Darin spiegelt sich wiederum die Arbeit des IWF, die darauf abzielt, das Leben in den Mitgliedsländern zu verbessern. Das Budget (703 734 \$ im Geschäftsjahr 2005) steht ausschließlich humanitären Zwecken zur Verfügung und ist unabhängig von der finanziellen Unterstützung, die der IWF den Mitgliedsländern gewährt.

Das *Civic Program* des IWF gewährt Wohltätigkeitsorganisationen Zuschüsse und Sachspenden. Das Programm wird von einem Beirat gelenkt, der aus zwölf Mitgliedern besteht, die den Stab, die Ehepartner/Partner, die Ruheständler und die *INVOLVE*-Freiwilligen vertreten. (Die Richtlinien und bisherige Empfänger sind unter www.imf.org/external/np/cpac/cpindex.htm einzusehen).

Im Laufe des Geschäftsjahrs 2005 übergab die Geschäftsleitung des IWF Spenden an Wohltätigkeitsorganisationen in Äquatorialguinea, Angola, Burkina Faso, Gabun, Indien, Nigeria, dem Senegal und Uganda. Der Stab organisierte Spendenaufrufe für die Opfer der Flutkatastrophe im Indischen Ozean, der Wirbelstürme in der Karibik und anderer humanitärer Katastrophen in Paraguay, Russland und dem Sudan, wobei 360 000 \$ gesammelt wurden. Der IWF stockt die Mitarbeiterspen-

den für diese Spendenaufrufe und die jährliche Spendenkampagne noch einmal um 50 Prozent auf.

INVOLVE, ein Akronym für *International Volunteer Venture*, ermutigt IWF-Mitarbeiter, Ruheständler sowie Familien und Freunde von IWF-Bediensteten, sich persönlich einzubringen und an einem der 65 lokalen Projekte teilzunehmen, die jährlich durchgeführt werden. Die Tätigkeiten umfassen Kleidersammlungen und die Betreuung armer Kinder, die Bereitstellung von kostenlosen Mahlzeiten für Obdachlose und die Durchführung von Hausreparaturen für ältere Menschen. Weitere jährlich stadtwweit durchgeführte Aktionen sind der „Help the Homeless Walkathon“, bei dem die Teilnehmer einer Stadtwanderung eine Gebühr bezahlen, die Obdachlosen zugute kommt, und der „DC Cares Servathon“, bei dem Freiwillige gemeinnützige Arbeiten verrichten.

Die IWF-Einrichtung für Gemeindearbeit (*Community Relations*) pflegt Partnerschaften mit Interessengruppen und identifiziert Projekte, bei denen der IWF auf lokale Bedürfnisse eingehen kann. Im Geschäftsjahr 2005 stellte sie Räumlichkeiten für Treffen von Gemeindegruppen wie z.B. dem *D.C. Children and Youth Investment Trust* zur Verfügung. Dabei handelt es sich um einen Treuhandfonds, der vom Büro des Bürgermeisters unterstützt wird und Mittel an gemeinnützige Organisationen vergibt, die Kinder, Jugendliche und Familien fördern. Der IWF unterstützt lokale Wohltätigkeitsaktionen, darunter der *D.C. Housing Trust Fund*, ein Treuhandfonds zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die *D.C. Central Kitchen*, eine Einrichtung, die in Zusammenarbeit mit Restaurants und Kantinen kostenlose Mahlzeiten bereitstellt, das Altenheim *St. Mary's Court* und Stadt-sanierungsprogramme. Außerdem veranstaltet der IWF jedes Jahr eine beliebte Sommerlagerwoche für Kinder aus von Armut geprägten Stadtteilen.

die nationalen Behörden ermutigen soll, die Basis für die Unterstützung einer soliden Politik zu verbreitern und damit die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Programmumsetzung zu erhöhen. In Niedrigeinkommensländern, die finanzielle Unterstützung im Rahmen der Armutsbekämp-

¹Siehe www.imf.org/external/np/pdr/cond/2003/eng/050803.htm und www.imf.org/external/np/pdr/cond/2002/eng/guid/092302.htm.

fungs- und Wachstumsfazilität erhalten, bietet die Erstellung des Strategiedokumentes zur Armutsbekämpfung einen Mechanismus zur öffentlichen Anhörung durch die Behörden.

Die IWF-Stabsdelegationen und Vertreter vor Ort setzen in dem Maß, in dem die Programme voranschreiten, zunehmend Zeit und Mittel für Öffentlichkeitsarbeit ein. Diese Stabsmitglieder erläutern nicht nur die Ansichten und Politikempfehlungen des IWF, sondern sie hören sich auch die Bedenken von nicht offiziellen Gruppen an und tragen dazu bei, die Programme so zu gestalten, dass die Eigenverantwortung des Landes erhöht wird.

Standards und Kodizes

Der IWF hat eine Reihe von Initiativen eingeleitet, die darauf zielen, die Mitgliedsländer über *internationale Standards und Kodizes* aufzuklären und dazu zu bewegen – bei Bedarf auch durch Gewährung von technischer Hilfe – diese Standards einzuhalten. Nahezu 75 Prozent der zusammenfassenden Überprüfungen, die als Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (ROSCs) bekannt sind, sind veröffentlicht worden. Dokumente, die Standards und Kodizes darlegen, werden in die externe IWF-Webseite eingestellt und einige sind auch als Druckergebnis erhältlich.

Die externe IWF-Webseite bietet Experten außerhalb der Institution eine Möglichkeit, zur Arbeit des IWF im Bereich *statistischer Fragen* beizutragen. Der IWF stellt Entwürfe statistischer Handbücher zur Kommentierung in die Webseite ein und veranstaltet Diskussionen über statistische Themen wie beispielsweise die Verbuchung von notleidenden Krediten oder Rentenplänen in makroökonomischen Statistiken. In den vergangenen Jahren hat der IWF die Veröffentlichung und Verteilung von statistischen Handbüchern und Richtlinien in mehreren Sprachen intensiviert, um standardisierte Methoden und Politikgrundsätze zu fördern. Er ist Mitglied von bzw. hat Beobachterstatus bei einer Reihe von Standard setzenden Institutionen. IWF-Vertreter nehmen an den Treffen des Forums für Finanzstabilität teil und der Fonds wurde im Oktober 2004 eingeladen, Vollmitglied der Internationalen Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden zu werden.

Der Fonds intensiviert seine regionalen Bemühungen in Bezug auf die Außenwirkung im Rahmen von Datenweitergabeinitiativen, die in die technische Hilfe integriert wurden. Der IWF-Stab führte im Geschäftsjahr 2005 mehrere regionale Seminare und Workshops durch, um die Teilnahme der Länder am Speziellen Datenweitergabe-

standard (SDDS) und am Allgemeinen Datenweitergabesystem (GDDS) zu fördern.

Im Jahr 2005 veranstaltete der Fonds zum Beispiel Seminare und Workshops über internationale Standards, die sich auf die Initiativen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung beziehen, sowie über das Datenschema für internationale Reserven.

Konferenzen über Politikmaßnahmen und Forschung

Der IWF veranstaltet auch Workshops und Seminare für Beamte in Mitgliedsländern, um seine Forschungsergebnisse zu verbreiten und Reaktionen darauf zu erhalten. Seine Jahresforschungskonferenz vom November 2004 konzentrierte sich auf die Bereiche Politikmaßnahmen, Institutionen und Instabilität. Im Oktober 2004 veranstaltete er gemeinsam mit der Bank Negara Malaysia eine hochrangige Konferenz in Kuala Lumpur über die Rolle des Fonds bei der Förderung der Finanzsektorentwicklung in Asien. Im Dezember 2004 zeichnete er gemeinsam mit der Zentralbank der westafrikanischen Staaten (BCEAO) verantwortlich für ein Seminar über Handel und regionale Integration in Afrika. Und im Januar 2005 lud er Vertreter vieler verschiedener Institutionen, die sich mit HIV/AIDS befassen, zu einem Workshop ein, um sie darauf aufmerksam zu machen, dass IWF-unterstützte Programme keine starren Budgetobergrenzen für Gesundheitsausgaben festlegen, und um der irrtümlichen Annahme entgegenzuwirken, die Politikempfehlungen des IWF verhinderten die Auszahlungen von Mitteln zur Bekämpfung von HIV/AIDS.

Rolle der IWF-Geschäftsleitung

Beim Abschluss einer Reise nach Afrika bekräftigte der Geschäftsführende Direktor Rodrigo de Rato Anfang August 2004, dass der IWF entschlossen ist, der Region zu helfen, das Wirtschaftswachstum zu erhöhen, um die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Während seiner einwöchigen Reise traf er mit afrikanischen Führungskräften, Parlamentariern und Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen, um Fragestellungen zu erörtern, die von der Verbesserung des Mitspracherechts und der Vertretung Afrikas im IWF bis hin zur Verbesserung der Führungs- und Kontrollmechanismen im Ölsektor reichten. Am 8. und 9. September reiste der Geschäftsführende Direktor erneut nach Afrika südlich der Sahara, um am außerordentlichen Gipfel der Afrikanischen Union über Beschäftigung und Armutsbekämpfung in Afrika teilzunehmen, der in Ouagadougou, Burkina Faso stattfand. In seiner Ansprache an den Gipfel stellte Rodrigo de Rato drei vordringliche

Tätigkeitsfelder für den IWF in der Region heraus: erstens ein flexiblerer und bedarfsgerechterer Einsatz der Finanzhilfen des IWF, zweitens die Präzisierung der Rolle des IWF in Ländern, die keinen Bedarf an der Finanzhilfe der Institution haben, darunter Politikempfehlungen und technische Hilfe, und drittens die Stärkung der Analyse und der Hilfe des IWF zur Unterstützung der regionalen Integrationsinitiativen in Afrika. Am Rande des Gipfels traf der Geschäftsführende Direktor mit neun Staatsoberhäuptern bzw. Regierungschefs zu Einzelgesprächen zusammen, um aus erster Hand zu vernehmen, vor welchen Herausforderungen sie stehen, und um ihre Ansichten zu der Frage zur Kenntnis zu nehmen, was der IWF zur Bekämpfung der Armut auf dem Kontinent beitragen kann.

Im September 2004 reiste Rodrigo de Rato außerdem nach Santiago, Chile, um am Elften Jahrestreffen der Finanzminister der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (APEC) teilzunehmen. Die Teilnehmer, zu denen hochrangige Beamte aus den APEC-Ländern, führende Geschäftsleute und Wissenschaftler gehörten, kamen überein, Strukturreformen in den 21 Mitgliedsländern der APEC zu fördern und zu diesem Zweck einen Lenkungsausschuss innerhalb der APEC einzurichten, um Strukturreform-Maßnahmen zu formulieren und deren Umsetzung zu überwachen.

Die IWF-Geschäftsleitung arbeitete ferner mit Regierungen und anderen internationalen Institutionen zusammen, um den Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau in den vom Tsunami im Indischen Ozean im Dezember 2004 zerstörten Gebieten festzustellen. Der IWF bot Notfallhilfen in der Größenordnung von 1 Mrd. \$ an und sandte Delegationen in die Region, um den Finanzierungs- und Hilfebedarf in den einzelnen Ländern zu ermitteln. Der Geschäftsführende Direktor reiste im Januar 2005 in das am schwersten betroffene Gebiet von Aceh in Nord-Sumatra. Während seines Aufenthalts in Indonesien nahm Rodrigo de Rato am Sondertreffen der ASEAN-Regierungschefs über die Folgewirkungen des Erdbebens und der Flutkatastrophe teil und traf mit regionalen und internationalen Führungspersonlichkeiten zusammen, darunter VN-Generalsekretär Kofi Annan, Weltbankpräsident James Wolfensohn und der Präsident der Asiatischen Entwicklungsbank, Tadao Chino.

Die Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktoren nahmen im Laufe des Jahres ebenfalls an zahlreichen Konferenzen, Treffen und Seminaren teil. Im Juni 2004 reiste die Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin Anne O. Krueger nach Wien, Österreich, um eine Rede zu halten und an einer Konferenz zu dem Thema „60 Jahre Bretton Woods: Der Ordnungsrahmen des internationalen Finanzsystems – eine Vorausschau“ teilzunehmen.

Anschließend reiste sie nach Basel, Schweiz, um an der 74. Generalversammlung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich teilzunehmen. Im November 2004 hielt Frau Krueger die Hauptrede auf der Bankers' Conference 2004 in Neu Delhi, Indien. Im Dezember 2004 hielt sie einen Vortrag auf dem IWF-Seminar über Handel und regionale Integration in Afrika, das in Dakar, Senegal stattfand. Im Januar 2005 besuchte Frau Krueger Sri Lanka und die Malediven, zwei Länder, die erheblich vom Tsunami betroffen waren.

Im Oktober 2004 reiste der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Agustín Carstens nach Kuala Lumpur, Malaysia, um eine Rede auf der hochrangig besetzten Konferenz über Finanzsektorfragen in asiatischen Schwellenländern und die Rolle des IWF zu halten. Er reiste weiter nach Genf, Schweiz, um am Treffen des WTO-Rates teilzunehmen, und anschließend nach Madrid, Spanien, um an der „Sechsten Jahreskonferenz über Länderrisiken für Lateinamerika“ teilzunehmen.

Im Oktober 2004 reiste der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Takatoshi Kato nach Nairobi, Kenia, um an einem vom Fonds veranstalteten Seminar zu dem Thema „Wachstum und Armutsbekämpfung – Lehren aus Afrika, China und Indien“ teilzunehmen. Im November 2004 hielt er den Eröffnungsvortrag im Finanz- und Entwicklungsforum der APEC des Jahres 2004 in Hainan, China.

Die Bewertung der externen Kommunikation durch das Exekutivdirektorium

Im März 2005 erörterte das Exekutivdirektorium ein Dokument der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit (EXR) zum Thema „Integration von Kommunikation und Geschäftstätigkeit des IWF“.² Es war die vierte Direktoriumssitzung zur Kommunikationsstrategie des IWF; die erste fand 1998 statt. Diese vier Diskussionen ergänzen und bestärken die separaten Überprüfungen und Aktualisierungen der Transparenzpolitik des IWF durch das Direktorium, die Richtlinien für die Art und das Ausmaß der Informationen vorgeben, die der Fonds der Öffentlichkeit zugänglich machen kann.³

Im Großen und Ganzen waren die Exekutivdirektoren der Ansicht, dass der IWF weiterhin eine recht ausgewogene Kommunikationsstrategie verfolgt, die vor allem darauf ausgerichtet ist, die weltweite Unterstützung für solide und transparente Politikmaßnahmen zu stärken und

²Der Text des Dokumentes ist verfügbar unter www.imf.org/external/np/exr/docs/2005/020805.htm.

³Siehe Öffentliche Informationsmitteilung (PIN) Nr. 03/122, „IMF Reviews the Fund's Transparency Policy—Issues and Next Steps“, www.imf.org/external/np/sec/pn/2003/pn03122.htm.

gleichzeitig die Überzeugungskraft und damit die Wirksamkeit der Politikempfehlungen des IWF zu erhöhen. Die Diskussion ergab auch Empfehlungen für verschiedene Aspekte der Kommunikationsstrategie des IWF, die unter Berücksichtigung der laufenden Erörterung der mittelfristigen Strategie des IWF umgesetzt werden sollten.

Die Exekutivdirektoren stimmten darin überein, dass ein wesentliches mittelfristiges Ziel der Kommunikationsstrategie des IWF darin bestehen sollte, eine bessere Koordination und Integration der Kommunikationsaktivitäten mit den geschäftspolitischen Aktivitäten des IWF zu erreichen, und zwar sowohl bei der Länderarbeit als auch bei der Ausgestaltung und Umsetzung von Politikgrundsätzen. Die Direktoren sprachen sich aus für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Länderabteilungen und der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit bei der Entwicklung und Umsetzung von regionalen und länderspezifischen Kommunikationsplänen. Um sicherzustellen, dass diese Pläne an die Gegebenheiten und Prioritäten eines jeden Landes angepasst werden, sollten sie mit Unterstützung der Direktoren und der nationalen Behörden ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Viele Direktoren maßen den regionalen Büros und den Vertretern vor Ort eine entscheidende Unterstützungsrolle bei. Sie betonten aber gleichzeitig die Bedeutung einer engen Absprache zwischen Delegationsleitern, Abteilungsleitern und Geschäftsleitung für eine wirkungsvolle Kommunikation. Die Direktoren vertraten die Auffassung, dass sie selbst in ihrer Eigenschaft als Beamte des IWF und als Ländervertreter auch weiterhin eine wichtige Rolle bei den externen Kommunikationsaktivitäten spielen. Sie sprachen sich in diesem Zusammenhang für eine Fortsetzung der Gruppenreisen von Exekutivdirektoren aus, da diese ein weiteres Instrument der Außenwirkung darstellen, das es den Direktoren ermöglicht, die Mitgliedsländer über den IWF und seine Politikgrundsätze zu informieren und die Anliegen der Behörden und der Zivilgesellschaft zur Kenntnis zu nehmen.

Die Direktoren stimmten allgemein darin überein, dass Kommunikationsplanung und -aktivitäten im Zusammenhang mit IWF-gestützten Länderprogrammen weiterhin eine besondere Priorität genießen. Dabei sollte sich die Kommunikation auch in Zukunft auf die Anstrengungen der Behörden vor Ort konzentrieren, um die Eigenverantwortung der Länder für wirtschaftspolitische Programme zu stärken. Die Direktoren empfahlen, bei der Planung der Kommunikation in den einzelnen Ländern eng mit den Behörden zusammenzuarbeiten und sie unterstützten die Bemühungen zur Verbesserung

der Kommunikation mit nationalen Parlamentariern, solange dies von den Behörden als angemessen betrachtet wird.

Die Direktoren sahen für den IWF erheblichen Spielraum, seine Erkenntnisse aus der Überwachungstätigkeit breiter und wirkungsvoller zu vermitteln. Für eine stärkere Betonung der Kommunikation im Zusammenhang mit der Überwachung seien in vielen Fällen in erster Linie die Mitarbeiter der Länderabteilungen zuständig, wobei die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit einen unterstützenden Beitrag leisten könne. Eine Reihe von Direktoren wies darauf hin, dass es sehr vorteilhaft wäre, Zusammenfassungen der Überwachungsanalyse und -erkenntnisse sowie der Programmdokumentation in der jeweiligen Landessprache zur Verfügung zu stellen. Sie verwiesen auf die möglichen Vorteile und Chancen einer breiteren Kommunikation sowie auf die zusätzlichen Kosten, die mit einer Ausweitung nicht-englischsprachiger Veröffentlichungen verbunden sind. Die Direktoren begrüßten in diesem Zusammenhang die vor kurzem erfolgte Bildung einer Arbeitsgruppe aus Direktoren und Stabsmitarbeitern, die Fragen behandelt, die sich auf die Publikation von nicht-englischsprachigem Material auf der externen Webseite des IWF beziehen.

Die Fortschritte, die die internationale Gemeinschaft bei der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) erzielt hat, werden in der nächsten Zeit von besonderem Interesse sein. In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass der IWF entschlossen ist, Ländern bei der Verwirklichung der MDGs zu helfen. Eine klare Kommunikation, die die Diskussionen berücksichtigt, die zurzeit im IWF über die Rolle des Fonds in Niedrigeinkommensländern geführt werden, ist dabei entscheidend für eine effektive Signalwirkung in diesen Ländern. Die Direktoren waren sich gleichzeitig der Tatsache bewusst, dass der IWF nur einer von mehreren Partnern ist, die sich für die Verwirklichung der MDGs einsetzen, und dass seine Kommunikationsstrategie keine übersteigerten Erwartungen wecken sollte.

Die Direktoren waren der Auffassung, dass der Auftrag des IWF trotz der erheblichen Fortschritte, die bei der Verbesserung der Kenntnisse in der Öffentlichkeit über die Politikgrundsätze des IWF erzielt worden sind, noch nicht so leicht erkennbar ist oder verstanden wird wie der einiger anderer internationaler Organisationen. Eine Publikations- und Öffentlichkeitsarbeit, die darauf ausgerichtet ist, Journalisten, Parlamentariern, der Zivilgesellschaft und der allgemeinen Öffentlichkeit die Arbeit des IWF zu erläutern, wird daher weiterhin von entscheidender Bedeutung sein. Der Privatsektor wurde als Bereich herausgestellt, in dem die Öffentlichkeitsarbeit

verbessert werden kann. Die Direktoren verwiesen außerdem auf die wichtige Rolle, die das Unabhängige

Evaluierungsbüro in der Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit des Fonds spielt.



Appendixes

IMF ANNUAL REPORT | **2005**

Appendix contents

Appendix I		Appendix III	
International reserves	107	Principal policy decisions of the Executive Board	127
Foreign exchange reserves	107	External audit firm—mandatory rotation and limits on provision of audit-related services and non-audit-related services	127
Holdings of IMF-related assets	107	Eleventh General Review of Quotas—establishment of new period for consent to increases	127
Gold reserves	107	PRGF Trust—Reserve Account—review	127
Developments during the first quarter of 2005	107	PRGF-HIPC Trust Instrument—amendment	128
Currency composition of foreign exchange reserves	107	PRGF Trust Instrument—amendment	128
Tables in Appendix I		Income position—review of rate of charge on use of Fund resources for FY2005	128
I.1 Official holdings of reserve assets	108	European Central Bank—observer status—review	128
I.2 Share of national currencies in total identified official holdings of foreign exchange, end of year	109	Fund emergency assistance for natural disasters—subsidization to PRGF-eligible members	129
I.3 Currency composition of official holdings of foreign exchange, end of year	111	Task force on publication of Fund documents and information in languages other than English—establishment	131
		Access policy and limits in credit tranches and under Extended Fund Facility—review	131
Appendix II	112	Access limits under Poverty Reduction and Growth Facility—review	131
Financial operations and transactions		PRGF Trust—Reserve Account—review	131
Tables in Appendix II		Income position, rate of charge, and burden sharing for rate of charge on use of Fund resources for FY2006	131
II.1 Arrangements approved during financial years ended April 30, 1953–2005	112	Burden sharing—implementation in FY2006	132
II.2 Arrangements in effect as of April 30, 1996–2005	113	Surcharges on purchases under Supplemental Reserve Facility and in credit tranches and under Extended Fund Facility—disposition of net operating income	132
II.3 Stand-By and Extended Arrangements in effect during financial year ended April 30, 2005	113		
II.4 Arrangements under the Poverty Reduction and Growth Facility in effect during financial year ended April 30, 2005	114	Appendix IV	
II.5 Summary of disbursements, repurchases, and repayments, financial years ended April 30, 1948–2005	115	Press communiqués of the International Monetary and Financial Committee and the Development Committee	133
II.6 Purchases and loans from the IMF, financial year ended April 30, 2005	116	International Monetary and Financial Committee of the Board of Governors of the International Monetary Fund	133
II.7 Repurchases and repayments to the IMF, financial year ended April 30, 2005	117	<i>Tenth Meeting, Washington, D.C., October 2, 2004</i>	133
II.8 Outstanding IMF credit by facility and policy, financial years ended April 30, 1996–2005	118	<i>Eleventh Meeting, Washington, D.C., April 16, 2005</i>	135
II.9 Summary of bilateral contributions to the PRGF and PRGF-HIPC Trusts	119	Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries (Development Committee)	138
II.10 Holdings of SDRs by all participants and by groups of countries as percentage of their cumulative allocations of SDRs, at end of financial years ended April 30, 1996–2005	121	<i>Seventieth Meeting, Washington, D.C., October 2, 2004</i>	138
II.11 Key IMF rates, financial year ended April 30, 2005	121	<i>Seventy-first Meeting, Washington, D.C., April 17, 2005</i>	139
II.12 Members that have accepted the obligations of Article VIII, Sections 2, 3, and 4, of the Articles of Agreement	122	Appendix V	
II.13 De facto exchange rate arrangements and anchors of monetary policy as of April 30, 2005	124	Executive Directors and voting power, April 30, 2005	141
		Appendix VI	
		Changes in membership of the Executive Board	145

Appendix contents

Appendix VII			
Financial statements, April 30, 2005	147		
General Department			
<i>Independent Auditors' Report</i>	148	Schedule 1—Schedule of outstanding loans	186
<i>Balance sheets</i>	149	Schedule 2—Cumulative contributions to and resources of the subsidy account	187
<i>Income statements</i>	150	Schedule 3—Schedule of borrowing agreements	188
<i>Statements of changes in reserves and resources</i>	150	Schedule 4—Status of loan arrangements	189
<i>Statements of cash flows</i>	151	Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts	
<i>Notes to the financial statements</i>	152	<i>Independent Auditors' Report</i>	190
Schedule 1—Quotas, IMF's holdings of currencies, reserve tranche positions, and outstanding credit and loans	161	<i>Balance sheets</i>	191
Schedule 2—Financial resources and liquidity position in the General Resources Account	165	<i>Statements of income and changes in resources</i>	192
Schedule 3—Status of arrangements	166	<i>Statements of cash flows</i>	193
SDR Department		<i>Notes to the financial statements</i>	194
<i>Independent Auditors' Report</i>	167	PRGF-HIPC Trust and Related Accounts	
<i>Balance sheets</i>	168	<i>Independent Auditors' Report</i>	196
<i>Income statements</i>	169	<i>Combined balance sheets</i>	197
<i>Statements of cash flows</i>	169	<i>Combined statements of income and changes in resources</i>	197
<i>Notes to the financial statements</i>	170	<i>Combined statements of cash flows</i>	198
Schedule 1—Statements of changes in SDR holdings	172	<i>Notes to the financial statements</i>	199
Schedule 2—Allocations and holdings of participants	174	Schedule 1—Holdings, interest, and transfers	204
Poverty Reduction and Growth Facility Trust		Schedule 2—Contributions and transfers	204
<i>Independent Auditors' Report</i>	178	Schedule 3—Grants, interest, disbursements, and changes in resources	205
<i>Combined balance sheets</i>	179	Schedule 4—Cumulative contributions and transfers	206
<i>Combined statements of income and changes in resources</i>	179	Other Administered Accounts	
<i>Combined statements of cash flows</i>	180	<i>Independent Auditors' Report</i>	208
<i>Notes to the combined financial statements</i>	181	<i>Balance sheets</i>	209
		<i>Statements of income and changes in resources</i>	210
		<i>Statements of cash flows</i>	211
		<i>Notes to the financial statements</i>	212

International reserves

Total international reserves, including gold, increased by 15 percent during 2004 and stood at SDR 2.7 trillion at the end of the year (Table I.1). Foreign exchange reserves, which constitute the largest component of official reserve holdings, grew by 18 percent, to SDR 2.4 trillion. IMF-related assets, which make up the rest of nongold reserves, declined by 12 percent to SDR 76 billion, reflecting the recent decline in outstanding credit to member countries. The market value of gold held by monetary authorities decreased by 1 percent to SDR 254 billion in 2004.¹

Foreign exchange reserves

Foreign exchange reserves comprised 97 percent of nongold assets at the end of 2004. Developing countries held 65 percent of all foreign exchange reserves (SDR 1.6 trillion) at the end of 2004, increasing their holdings by 22 percent. During 2004, foreign exchange holdings of industrial countries rose by 12 percent to SDR 845 billion.

In 2004, the foreign exchange assets of the oil-exporting developing countries, which amount to 8 percent of all developing countries' foreign exchange reserves, increased by 18 percent to SDR 133 billion. Foreign exchange reserves of the net creditor developing country group rose by 15 percent, to SDR 282 billion, and those of net debtor countries grew by 23 percent to SDR 1.3 trillion. Foreign exchange reserves of net debtors without debt-servicing problems increased by 25 percent to SDR 1.1 trillion, while those of countries with debt-servicing problems increased by 15 percent to SDR 178 billion.

Holdings of IMF-related assets

During 2004, total IMF-related assets (that is, reserve positions in the IMF and SDRs) declined by 12 percent, following three years of increase. Members' reserve positions in the IMF—which consist of members' reserve tranche and creditor positions—declined by 16 percent to SDR 56 billion, while the SDR holdings of IMF members remained at SDR 20 billion. The decline in the reserve positions was attributed mostly to industrial countries, which account for more than three-fourths of the reserve positions and SDR holdings.

Gold reserves

The market value of gold reserves declined by 1 percent to SDR 254 billion in 2004, reflecting a 1 percent decline in the physical stock of official gold. The share of gold in officially held reserves declined gradually to 9 percent

by the end of 2004, whereas in the early 1980s gold represented about half of all officially held reserves. Most of the gold reserves (82 percent) are held by industrial countries: gold constituted 19 percent of these countries' total reserves at the end of 2004. Gold reserves accounted for 3 percent of the total reserves of the developing countries.

Developments during the first quarter of 2005

During the first quarter of 2005, total reserve assets rose by SDR 125 billion and foreign exchange reserves by SDR 131 billion. Reflecting the decline in the physical stock of gold since the end of 2004, the market value of gold reserves decreased by nearly SDR 1 billion, and holdings of IMF-related assets declined by SDR 5 billion.

Currency composition of foreign exchange reserves

The currency composition of foreign exchange reserves has changed gradually over the past decade, with the share of U.S. dollar holdings in foreign exchange reserves rising from 59 percent in 1995 to 71 percent in 1999, and remaining broadly stable in 2000 and 2001 (Table I.2).² In 2002, however, the share of U.S. dollar holdings sharply declined to 67 percent, driven by the fall in the value of U.S. dollar holdings and a reduced share of U.S. dollar assets in net purchases of reserves (Table I.3). Over the subsequent two years, the dollar share remained at a similar level. While the official reserves held in U.S. dollars picked up strongly over these two years—accounting for more than 80 percent of the quantity increase in official reserve holdings—this was offset by the weakening of the U.S. dollar vis-à-vis other major currencies (see the last paragraph for details).

The euro, which replaced 11 European currencies and the European currency unit (ECU) on January 1, 1999, accounted for 25 percent of total foreign exchange reserves in 2003 and 2004, higher than its average in preceding years. Given that, at the introduction of the euro, the euro system's reserves previously denominated in euro-legacy currencies³ became domestic assets of the euro area, the share of the euro in 1999–2004 is not directly comparable with the previous years' combined share of the four euro-legacy currencies identified in Table I.2: deutsche mark, French franc, Netherlands guilder, and private ECU.

The share of the Japanese yen in total foreign exchange reserves declined from 7 percent at end-1995 to 4 percent at the end of 2004. During the past decade, the share of pound sterling has been in the 2–3 percent range,

¹Official monetary authorities comprise central banks and also currency boards, exchange stabilization funds, and treasuries, to the extent that they perform monetary authorities' functions.

²The currency composition data in the 2005 Annual Report are not directly comparable to the information in previous annual reports owing to data revision. See Table I.2 for details.

³Those foreign exchange reserves that, up to December 31, 1998, were denominated in the former national currencies of the euro area countries and private ECUs.

Table I.1 Official holdings of reserve assets¹

(In billions of SDRs)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	March 2005
All countries							
Total reserves excluding gold							
Fund-related assets							
Reserve positions in the Fund	54.8	47.4	56.9	66.1	66.5	55.8	50.7
SDRs	18.5	18.5	19.6	19.7	19.9	20.3	20.2
Subtotal, IMF-related assets	73.2	65.9	76.4	85.7	86.4	76.1	70.9
Foreign exchange	1,299.6	1,490.2	1,633.1	1,771.0	2,037.5	2,407.2	2,538.4
Total reserves excluding gold	1,372.8	1,556.1	1,709.5	1,856.7	2,123.9	2,483.3	2,609.3
Gold ²							
Quantity (millions of ounces)	967.1	952.1	942.8	930.6	913.1	900.2	894.1
Value at London market price	204.5	200.6	207.4	234.6	256.4	253.9	253.0
Total reserves including gold	1,577.3	1,756.6	1,916.9	2,091.3	2,380.3	2,737.2	2,862.3
Industrial countries							
Total reserves excluding gold							
Fund-related assets							
Reserve positions in the Fund	46.8	39.7	47.0	53.7	52.6	43.6	38.9
SDRs	14.7	14.4	16.0	15.8	15.3	15.3	14.1
Subtotal, IMF-related assets	61.5	54.1	62.9	69.5	67.9	58.9	53.0
Foreign exchange	528.7	602.0	626.8	661.5	752.3	845.4	860.3
Total reserves excluding gold	590.2	656.1	689.7	731.0	820.2	904.3	913.3
Gold ²							
Quantity (millions of ounces)	810.4	796.5	783.5	769.8	754.3	740.6	735.3
Value at London market price	171.4	167.8	172.4	194.1	211.8	208.9	208.1
Total reserves including gold	761.6	823.9	862.1	925.1	1,032.0	1,113.2	1,121.3
Developing countries							
Total reserves excluding gold							
Fund-related assets							
Reserve positions in the Fund	8.0	7.7	9.9	12.3	13.9	12.2	11.7
SDRs	3.7	4.1	3.6	3.9	4.6	5.0	6.1
Subtotal, IMF-related assets	11.7	11.8	13.5	16.2	18.5	17.2	17.9
Foreign exchange	770.9	888.2	1,006.3	1,109.5	1,285.2	1,561.8	1,678.1
Total reserves excluding gold	782.6	899.9	1,019.8	1,125.7	1,303.7	1,579.0	1,696.0
Gold ²							
Quantity (millions of ounces)	156.6	155.6	159.2	160.7	158.8	159.6	158.8
Value at London market price	33.1	32.8	35.0	40.5	44.6	45.0	44.9
Total reserves including gold	815.8	932.7	1,054.8	1,166.2	1,348.3	1,624.1	1,740.9
Net debtor developing countries							
Total reserves excluding gold							
Fund-related assets							
Reserve positions in the Fund	5.6	5.4	6.4	8.0	9.2	8.5	8.1
SDRs	3.1	3.3	2.7	2.9	3.6	3.9	5.0
Subtotal, IMF-related assets	8.7	8.7	9.1	11.0	12.7	12.3	13.1
Foreign exchange	608.6	704.7	805.6	888.4	1,039.4	1,280.0	1,393.5
Total reserves excluding gold	617.3	713.4	814.7	899.4	1,052.2	1,292.3	1,406.6
Gold ²							
Quantity (millions of ounces)	130.6	129.6	133.2	135.0	133.4	134.3	133.4
Value at London market price	27.6	27.3	29.3	34.0	37.5	37.9	37.8
Total reserves including gold	644.9	740.7	844.0	933.4	1,089.6	1,330.2	1,444.4
Net debtor developing countries without debt-servicing problems							
Total reserves excluding gold							
Fund-related assets							
Reserve positions in the Fund	4.8	4.6	5.7	7.3	8.3	7.5	7.1
SDRs	2.4	2.1	2.1	1.9	2.2	2.2	2.3
Subtotal, IMF-related assets	7.2	6.7	7.7	9.2	10.5	9.7	9.4
Foreign exchange	488.6	570.6	663.5	751.9	884.1	1,101.6	1,196.6
Total reserves excluding gold	495.8	577.2	671.2	761.2	894.6	1,111.3	1,206.1
Gold ²							
Quantity (millions of ounces)	85.4	84.6	88.3	89.9	88.2	88.4	88.4
Value at London market price	18.1	17.8	19.4	22.7	24.8	24.9	25.0
Total reserves including gold	513.9	595.1	690.6	783.8	919.4	1,136.2	1,231.1

Source: International Monetary Fund, *International Financial Statistics*.

Note: Components may not sum to totals because of rounding.

¹End-of-year figures for all years except 2004. "IMF-related assets" comprise reserve positions in the IMF and SDR holdings of all IMF members. The entries under "Foreign exchange" and "Gold" comprise official holdings of those IMF members for which data are available and certain countries or areas.²One troy ounce equals 31.103 grams. The market price is the afternoon price fixed in London on the last business day of each period.

Table I.2 Share of national currencies in total identified official holdings of foreign exchange, end of year¹

(In percent)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
All countries										
U.S. dollar	59.0	62.1	65.2	69.4	71.0	70.5	70.7	66.5	65.8	65.9
Japanese yen	6.8	6.7	5.8	6.2	6.4	6.3	5.2	4.5	4.1	3.9
Pound sterling	2.1	2.7	2.6	2.7	2.9	2.8	2.7	2.9	2.6	3.3
Swiss franc	0.3	0.3	0.3	0.3	0.2	0.3	0.3	0.4	0.2	0.2
Euro ²	—	—	—	—	17.9	18.8	19.8	24.2	25.3	24.9
Deutsche mark	15.8	14.7	14.5	13.8	—	—	—	—	—	—
French franc	2.4	1.8	1.4	1.6	—	—	—	—	—	—
Netherlands guilder	0.3	0.2	0.4	0.3	—	—	—	—	—	—
ECUs ³	8.5	7.1	6.0	1.2	—	—	—	—	—	—
Other currencies ⁴	4.8	4.3	3.8	4.5	1.6	1.4	1.2	1.4	1.9	1.8
Industrial countries										
U.S. dollar	52.3	57.4	59.1	67.6	73.5	72.5	72.7	68.9	70.5	71.5
Japanese yen	6.7	5.7	5.9	6.9	6.7	6.5	5.6	4.4	3.8	3.6
Pound sterling	2.1	2.1	2.0	2.1	2.2	2.0	1.9	2.1	1.5	1.9
Swiss franc	0.1	0.1	0.1	0.2	0.1	0.2	0.3	0.6	0.2	0.1
Euro ²	—	—	—	—	16.1	17.1	18.0	22.4	22.1	20.9
Deutsche mark	16.6	15.9	16.2	13.4	—	—	—	—	—	—
French franc	2.3	1.7	0.9	1.2	—	—	—	—	—	—
Netherlands guilder	0.2	0.2	0.2	0.2	—	—	—	—	—	—
ECUs ³	13.6	12.3	11.2	2.3	—	—	—	—	—	—
Other currencies ⁴	6.0	4.7	4.4	6.2	1.4	1.6	1.5	1.7	1.9	2.0
Developing countries										
U.S. dollar	70.3	68.5	72.4	71.2	68.2	68.2	68.6	64.0	60.7	59.9
Japanese yen	7.0	8.1	5.7	5.6	6.0	6.0	4.9	4.7	4.4	4.3
Pound sterling	2.2	3.5	3.3	3.3	3.7	3.6	3.6	3.8	3.9	4.8
Swiss franc	0.7	0.6	0.6	0.5	0.4	0.3	0.3	0.2	0.2	0.2
Euro	—	—	—	—	19.9	20.6	21.8	26.1	28.9	29.2
Deutsche mark	14.4	13.0	12.5	14.3	—	—	—	—	—	—
French franc	2.4	2.0	2.1	2.1	—	—	—	—	—	—
Netherlands guilder	0.5	0.3	0.5	0.4	—	—	—	—	—	—
ECUs ³	0.0	0.0	0.0	0.0	—	—	—	—	—	—
Other currencies ⁴	2.6	3.9	3.0	2.7	1.7	1.3	0.9	1.2	1.9	1.6
Memorandum items:										
Unallocated reserves ⁵										
All countries	25.6	21.8	21.3	22.1	22.9	23.6	26.0	28.3	29.8	32.6
Industrial countries	1.0	2.2	2.1	1.1	1.1	0.3	0.3	0.3	0.2	0.3
Developing countries	47.6	38.6	36.1	36.5	37.8	39.4	42.1	45.0	47.2	50.2

Note: Components may not sum to total because of rounding. Country coverage changes marginally every year, but the changes were larger than usual in 1996 (broader coverage) and in 2000 (narrower coverage). The data for 2004 are preliminary.

¹The currency shares are calculated for the reserves of member countries that report the currency composition of their foreign exchange reserves. The data include minimal estimation undertaken mainly for late reporters. Reserves for which currency composition is not reported are shown under "Unallocated reserves."

²Not comparable with the combined share of euro legacy currencies in previous years because it excludes the euros received by euro area members when their previous holdings of other euro area members' legacy currencies were converted into euros on January 1, 1999.

³In the calculation of currency shares, the ECU is treated as a separate currency. ECU reserves held by the monetary authorities existed in the form of claims on both the private sector and the European Monetary Institute (EMI), which issued official ECUs to European Union central banks through revolving swaps against the contribution of 20 percent of their gross gold holdings and U.S. dollar reserves. On December 31, 1998, the official ECUs were unwound into gold and U.S. dollars; hence, the share of ECUs at the end of 1998 was sharply lower than a year earlier. The remaining ECU holdings reported for 1998 consisted of ECUs issued by the private sector, usually in the form of ECU deposits and bonds. On January 1, 1999, these holdings were automatically converted into euros.

⁴Foreign exchange reserves that are reported to be held in currencies other than those listed above.

⁵Foreign exchange reserves whose currency composition information is not submitted to the IMF in percent of total official holdings of reserves.

Changes in Table I.2

Table I.2 in this year's report reflects changes in the underlying database on the Composition of Official Foreign Exchange Reserves (COFER). The most important changes include a significant curtailment of the use of estimation techniques when the currency composition of reserves is not reported, and a split of "Unspecified currencies" into two new categories, "Other currencies" and "Unallocated

reserves," in order to distinguish the reserves held in currencies other than the major ones from the reserves whose currency composition has not been identified.

Data estimation and classification

This year's data were compiled under a new rule that the estimation of the currency composition of reserves be limited to data gaps of

less than four quarters. As a result, the aggregate currency composition is now calculated almost exclusively on the basis of reserves data reported by the authorities to COFER. Reserves held by nonreporting developing countries, for which the currency composition was previously estimated, have been moved to the new category "Unallocated reserves."

Changes in Table I.2 (concluded)

In previous years, the “Unspecified currencies” category captured both foreign exchange reserves held in currencies other than the major currencies identified in Table I.2, and reserves held by those nonreporting countries for which the currency composition was not estimated. The presentation now disaggregates this category into “Other currencies” (currencies other than the major ones identified in the table) and “Unallocated reserves” (reserves held by countries that do/did not report to COFER).

The new presentation also reflects data improvements resulting, in part, from new and revised data reported by countries. The improvements entailed reclassifying part of the reserves that used to fall under “Unspecified currencies” into the major currencies listed in Table I.2.

Country coverage

Virtually all industrial countries, as defined in International Financial Statistics (IFS), report to COFER. The currency shares for industrial countries in Table I.2 are thus calculated from a fixed sample of countries, whose reserves in 2004 represented more than 99 percent of the total reserves held by industrial countries.

The currency shares for developing countries, as defined in IFS, are calculated from a mov-

ing sample: not all countries reported, and reporting countries did not necessarily report in all years. Over the 1995–2004 period, the number of developing country reporters ranged from 79 countries to 89 countries, out of a total of 159 developing countries in IFS. The reserves held by these reporting countries accounted for 50 to 65 percent of total developing country reserves over the same period.

On a regional basis, the rate of reporting compliance—measured in terms of the percentage of regional reserves accounted for by the reporters—is highest for countries from Europe and lowest for countries from Asia.

Comparison of the new and old presentations

The new and old presentations are not directly comparable, because the new presentation is based on a smaller pool of reserves whose currency composition is mostly reported by the authorities. Subject to that qualification, the following major differences with the data presented in the *2004 Annual Report* are noted.

- For industrial countries, the major change is an increase in the euro’s share by about

2 percentage points, on average, reflecting primarily data revisions by a major industrial country.

- For developing countries, the average share of reserves held in U.S. dollars in the period 1999–2003 is higher by 5 percentage points under the new presentation and the euro’s share is higher by 7 percentage points. In contrast, the share of pound sterling is lower by 2 percentage points, and the share of other currencies (new presentation) is about 10 percentage points lower than the share of unspecified currencies (the *2004 Annual Report*). These changes reflect the curtailment of estimation under the new methodology and data improvements over the past year.
- For all countries, as a result, the average share of reserves held in U.S. dollars for the period 1999–2003 is higher by about 4 percentage points under the new presentation; the euro’s share is higher by 4 percentage points; sterling’s share is lower by about 1 percentage point; and the share of other currencies (new presentation) is about 6 percentage points lower than the share of unspecified currencies (the *2004 Annual Report*).

while that of the Swiss franc has remained below 1 percent. The share of other currencies, which comprise currencies not identified in Table I.2, has been less than 2 percent since 1999. The share of unallocated reserves, for which no information on currency composition is available, rose to more than 30 percent of global reserves in 2004.

For industrial countries, the share of U.S. dollar holdings increased throughout the 1990s, peaking at 74 percent in 1999 and amounting to 72 percent at the end of 2004. The share of the euro in industrial countries’ foreign exchange reserves declined slightly in 2004, to 21 percent, while the share of the yen remained broadly unchanged over 2003–04. The shares of pound sterling and the Swiss franc have remained broadly constant over the past 10 years.

The share of the U.S. dollar in developing countries’ foreign exchange reserves declined to 60 percent in 2004, lower than the average in preceding years. Holdings of the euro rose to 29 percent of those countries’ foreign exchange reserves, nearly 10 percentage points higher than the euro’s

share in its initial years (1999 and 2000). Over the past decade, the share of the yen has gradually decreased by about 3 percentage points, to 4 percent at the end of 2004, while the share of pound sterling has increased by about 3 percentage points, to 5 percent in 2004. The share of the Swiss franc has remained below 1 percent over the same period.

Changes in the SDR value of foreign exchange reserves can be decomposed into quantity and valuation (price) changes (Table I.3). Official reserves held in U.S. dollars increased by SDR 128 billion in 2004, as an increase of SDR 176 billion in the quantity of U.S. dollar holdings was offset by a valuation decline of SDR 48 billion. Euro holdings increased by SDR 42 billion, reflecting a quantity increase of SDR 29 billion and a valuation increase of SDR 13 billion. Japanese yen holdings increased by SDR 5 billion as a quantity increase of SDR 6 billion was offset by a valuation decline of SDR 1 billion. Pound sterling holdings increased by SDR 16 billion, whereas Swiss franc holdings declined by SDR 0.5 billion.

Table I.3 Currency composition of official holdings of foreign exchange, end of year¹

(In millions of SDRs)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
U.S. dollar									
Change in holdings	117,987	85,753	16,854	80,421	90,643	51,512	-8,787	95,901	128,324
Quantity change	102,739	49,035	43,129	64,551	51,209	21,931	58,270	176,862	176,149
Price change	15,248	36,718	-26,275	15,870	39,434	29,581	-67,057	-80,960	-47,826
Year-end value	528,578	614,331	631,185	711,606	802,249	853,761	844,975	940,876	1,069,200
Japanese yen									
Change in holdings	10,101	-2,774	2,373	7,128	7,433	-8,214	-5,634	1,409	4,936
Quantity change	15,076	171	-1,947	-1,547	12,105	-1,474	-6,518	135	6,014
Price change	-4,976	-2,945	4,319	8,675	-4,672	-6,740	884	1,274	-1,078
Year-end value	57,239	54,465	56,838	63,966	71,399	63,186	57,552	58,961	63,896
Pound sterling									
Change in holdings	8,152	1,484	-103	4,764	2,518	1,177	4,328	490	15,566
Quantity change	5,572	549	851	4,861	3,350	941	3,379	36	14,088
Price change	2,580	934	-954	-97	-832	236	949	455	1,478
Year-end value	22,868	24,351	24,248	29,013	31,531	32,708	37,036	37,526	53,092
Swiss franc									
Change in holdings	246	710	-278	-700	589	546	1,868	-2,281	-571
Quantity change	662	743	-313	-388	504	510	1,372	-2,376	-685
Price change	-416	-33	35	-313	85	36	496	95	114
Year-end value	2,577	3,287	3,009	2,308	2,898	3,443	5,311	3,030	2,459
Euro									
Change in holdings	-	-	-	44,303 ²	34,025	25,754	67,512	54,780	42,091
Quantity change	-	-	-	64,817	37,797	29,478	41,409	21,894	29,314
Price change	-	-	-	-20,514	-3,772	-3,723	26,103	32,887	12,777
Year-end value	-	-	-	179,924	213,949	239,703	307,215	361,995	404,086
Deutsche mark									
Change in holdings	15,405	11,512	-10,958	-	-	-	-	-	-
Quantity change	21,255	21,123	-14,619	-	-	-	-	-	-
Price change	-5,849	-9,612	3,661	-	-	-	-	-	-
Year-end value	125,119	136,631	125,673	-	-	-	-	-	-
French franc									
Change in holdings	-645	-2,170	1,209	-	-	-	-	-	-
Quantity change	-112	-1,082	881	-	-	-	-	-	-
Price change	-533	-1,088	327	-	-	-	-	-	-
Year-end value	15,743	13,574	14,782	-	-	-	-	-	-
Netherlands guilder									
Change in holdings	-183	1,265	-828	-	-	-	-	-	-
Quantity change	-62	1,447	-944	-	-	-	-	-	-
Price change	-121	-182	115	-	-	-	-	-	-
Year-end value	2,041	3,306	2,478	-	-	-	-	-	-
European currency unit									
Change in holdings	984	-3,242	-46,110	-	-	-	-	-	-
Quantity change	1,833	512	-47,582	-	-	-	-	-	-
Price change	-849	-3,754	1,472	-	-	-	-	-	-
Year-end value	60,242	57,000	10,890	-	-	-	-	-	-
Sum of the above³									
Change in holdings	152,049	92,538	-37,841	135,915	135,209	70,775	59,287	150,300	190,345
Quantity change	146,964	72,499	-20,542	132,294	104,965	51,386	97,912	196,550	224,880
Price change	5,085	20,039	-17,300	3,621	30,244	19,390	-38,625	-46,250	-34,535
Year-end value	814,407	906,945	869,104	986,817	1,122,026	1,192,801	1,252,088	1,402,388	1,592,733
Other currencies									
Change in holdings	3,753	-1,498	5,275	-25,014	663	-1,520	3,152	8,955	1,977
Year-end value	36,977	35,480	40,754	15,740	16,403	14,883	18,036	26,991	28,968
Total official holdings⁴									
Change in holdings	154,271	108,683	-30,339	132,087	190,623	142,863	137,928	266,493	369,751
Year-end value	1,089,142	1,197,825	1,167,486	1,299,573	1,490,197	1,633,060	1,770,988	2,037,481	2,407,232

Note: Components may not sum to total because of rounding. Country coverage changes marginally every year, but the changes were larger than usual in 1996 (broader coverage) and in 2000 (narrower coverage). The data for 2004 are preliminary.

¹The currency composition of official foreign exchange reserves as reported by countries, including minimal estimation undertaken mainly for late reporters. Quantity changes are derived by multiplying the changes in official holdings of each currency from the end of one quarter to the next by the average of the two SDR prices of that currency prevailing at the corresponding dates. This procedure converts the change in the quantity of national currency from own units to SDR units of account. Subtracting the SDR value of the quantity change so derived from the quarterly change in the SDR value of foreign exchange held at the end of two successive quarters and cumulating these differences yields the effect of price changes over the years shown.

²Represents the change from end-1998 holdings of euro legacy currencies by official institutions outside the euro area.

³Each item represents the sum of the currencies above.

⁴Includes "Unallocated reserves" whose currency composition could not be ascertained.

Financial operations and transactions

The tables in this appendix supplement the information given in Chapter 5 on the IMF's financial operations and policies. Components may not sum to total because of rounding.

Table II.1 Arrangements approved during financial years ended April 30, 1953–2005

Financial year	Number of Arrangements					Amounts committed under Arrangements (In millions of SDRs)				
	Stand-By	EFF	SAF	PRGF	Total	Stand-By	EFF	SAF	PRGF	Total
1953	2	–	–	–	2	55	–	–	–	55
1954	2	–	–	–	2	63	–	–	–	63
1955	2	–	–	–	2	40	–	–	–	40
1956	2	–	–	–	2	48	–	–	–	48
1957	9	–	–	–	9	1,162	–	–	–	1,162
1958	11	–	–	–	11	1,044	–	–	–	1,044
1959	15	–	–	–	15	1,057	–	–	–	1,057
1960	14	–	–	–	14	364	–	–	–	364
1961	15	–	–	–	15	460	–	–	–	460
1962	24	–	–	–	24	1,633	–	–	–	1,633
1963	19	–	–	–	19	1,531	–	–	–	1,531
1964	19	–	–	–	19	2,160	–	–	–	2,160
1965	24	–	–	–	24	2,159	–	–	–	2,159
1966	24	–	–	–	24	575	–	–	–	575
1967	25	–	–	–	25	591	–	–	–	591
1968	32	–	–	–	32	2,352	–	–	–	2,352
1969	26	–	–	–	26	541	–	–	–	541
1970	23	–	–	–	23	2,381	–	–	–	2,381
1971	18	–	–	–	18	502	–	–	–	502
1972	13	–	–	–	13	314	–	–	–	314
1973	13	–	–	–	13	322	–	–	–	322
1974	15	–	–	–	15	1,394	–	–	–	1,394
1975	14	–	–	–	14	390	–	–	–	390
1976	18	2	–	–	20	1,188	284	–	–	1,472
1977	19	1	–	–	20	4,680	518	–	–	5,198
1978	18	–	–	–	18	1,285	–	–	–	1,285
1979	14	4	–	–	18	508	1,093	–	–	1,600
1980	24	4	–	–	28	2,479	797	–	–	3,277
1981	21	11	–	–	32	5,198	5,221	–	–	10,419
1982	19	5	–	–	24	3,106	7,908	–	–	11,014
1983	27	4	–	–	31	5,450	8,671	–	–	14,121
1984	25	2	–	–	27	4,287	95	–	–	4,382
1985	24	–	–	–	24	3,218	–	–	–	3,218
1986	18	1	–	–	19	2,123	825	–	–	2,948
1987	22	–	10	–	32	4,118	–	358	–	4,476
1988	14	1	15	–	30	1,702	245	670	–	2,617
1989	12	1	4	7	24	2,956	207	427	955	4,545
1990	16	3	3	4	26	3,249	7,627	37	415	11,328
1991	13	2	2	3	20	2,786	2,338	15	454	5,593
1992	21	2	1	5	29	5,587	2,493	2	743	8,826
1993	11	3	1	8	23	1,971	1,242	49	527	3,789
1994	18	2	1	7	28	1,381	779	27	1,170	3,357
1995	17	3	–	11	31	13,055	2,335	–	1,197	16,587
1996	19	4	1	8	32	9,645	8,381	182	1,476	19,684
1997	11	5	–	12	28	3,183	1,193	–	911	5,287
1998	9	4	–	8	21	27,336	3,078	–	1,738	32,152
1999	5	4	–	10	19	14,325	14,090	–	998	29,413
2000	11	4	–	10	25	15,706	6,582	–	641	22,929
2001	11	1	–	14	26	13,093	–9	–	1,249	14,333
2002	9	–	–	9	18	39,439	–	–	1,848	41,287
2003	10	2	–	10	22	28,597	794	–	1,180	30,571
2004	5	–	–	10	15	14,519	–	–	967	15,486
2005	6	–	–	8	14	1,188	–	–	525	1,713

Table II.2 Arrangements in effect as of April 30, 1996–2005

Financial year	Number of Arrangements as of April 30					Amounts committed under Arrangements as of April 30 (In millions of SDRs)				
	Stand-By	EFF	SAF	PRGF	Total	Stand-By	EFF	SAF	PRGF	Total
1996	21	7	1	28	57	14,963	9,390	182	3,383	27,918
1997	14	11	–	35	60	3,764	10,184	–	4,048	17,996
1998	14	13	–	33	60	28,323	12,336	–	4,410	45,069
1999	9	12	–	35	56	32,747	11,401	–	4,186	48,334
2000	16	11	–	31	58	45,606	9,798	–	3,516	58,920
2001	17	8	–	37	62	34,906	8,697	–	3,298	46,901
2002	13	4	–	35	52	44,095	7,643	–	4,201	55,939
2003	15	3	–	36	54	42,807	4,432	–	4,450	51,689
2004	11	2	–	36	49	53,944	794	–	4,356	59,094
2005	10	2	–	31	43	11,992	794	–	2,878	15,664

Table II.3 Stand-By and Extended Arrangements in effect during financial year ended April 30, 2005

(In millions of SDRs)

Member	Arrangement dates		Amounts approved		Undrawn balance	
	Effective date	Expiration date	Prior to FY2005	In FY2005	At date of termination	As of April 30, 2005
Argentina	9/20/2003	9/19/2006	8,981	–	–	4,810
Bolivia	4/2/2003	3/31/2006	86	86	–	60
Brazil	9/6/2002	3/31/2005	27,375	–	10,175	–
Bulgaria	8/6/2004	9/5/2006	–	100	–	100
Colombia	1/15/2003	5/2/2005	1,548	–	–	1,548
Croatia	8/4/2004	4/3/2006	–	97	–	97
Dominican Republic	8/29/2003	1/31/2005	438	–	306	–
Dominican Republic	1/31/2005	5/31/2007	–	438	–	385
Gabon	5/28/2004	6/30/2005	–	69	–	28
Jordan	7/3/2002	7/2/2004	85	–	75	–
Macedonia, FYR	4/30/2003	8/15/2004	20	–	–	–
Paraguay	12/15/2003	9/30/2005	50	–	–	50
Peru	6/9/2004	8/16/2006	–	287	–	287
Romania	7/7/2004	7/6/2006	–	250	–	250
Turkey	2/4/2002	2/3/2005	12,821	–	907	–
Ukraine	3/29/2004	3/28/2005	412	–	412	–
Uruguay	4/1/2002	3/31/2005	2,128	(140)	–	–
Total for Stand-By Arrangements			53,944	1,188	11,875	7,615
Sri Lanka	4/18/2003	4/17/2006	144	–	–	124
Serbia and Montenegro	5/14/2002	12/31/2005	650	–	–	188
Total for Extended Arrangements			794	–	–	312
Total			54,738	1,188	11,875	7,927

Table II.4 Arrangements under the Poverty Reduction and Growth Facility in effect during financial year ended April 30, 2005

(In millions of SDRs)

Member	Arrangement dates		Amounts approved		Undrawn balance	
	Effective date	Expiration date	Prior to FY2005	In FY2005	At date of termination	As of April 30, 2005
Albania ¹	6/21/2002	11/20/2005	28	—	—	4
Armenia ²	5/23/2001	12/31/2004	69	—	—	—
Azerbaijan ³	7/6/2001	7/4/2005	80	(13)	—	13
Bangladesh ⁴	6/20/2003	6/19/2006	347	53	—	252
Burkina Faso ⁵	6/11/2003	8/15/2006	24	—	—	10
Burundi	1/23/2004	1/22/2007	69	—	—	36
Cameroon ⁶	12/21/2000	12/20/2004	111	—	32	—
Cape Verde ⁷	4/10/2002	7/31/2005	9	—	—	1
Chad	2/16/2005	2/15/2008	—	25	—	21
Congo, Dem. Rep. of	6/12/2002	6/11/2005	580	—	—	53
Congo, Rep. of	12/6/2004	12/5/2007	—	55	—	47
Côte d'Ivoire	3/29/2002	3/28/2005	293	—	234	—
Dominica	12/29/2003	12/28/2006	8	—	—	3
Ethiopia ⁸	3/22/2001	10/31/2004	100	—	—	—
Gambia, The	7/18/2002	7/17/2005	20	—	—	17
Georgia	6/4/2004	6/3/2007	—	98	—	70
Ghana	5/9/2003	5/8/2006	185	—	—	105
Guinea	5/2/2001	5/1/2004	64	—	39	—
Guyana ⁹	9/20/2002	9/12/2006	55	—	—	28
Honduras	2/27/2004	2/26/2007	71	—	—	41
Kenya ¹⁰	11/21/2003	11/20/2006	175	50	—	150
Kyrgyz Republic ¹¹	12/6/2001	3/14/2005	73	—	—	—
Kyrgyz Republic	3/15/2005	3/14/2008	—	9	—	8
Lao People's Dem. Rep. ¹²	4/25/2001	4/24/2005	32	—	14	—
Lesotho ¹³	3/9/2001	10/31/2004	25	—	—	—
Madagascar ¹⁴	3/1/2001	3/1/2005	92	—	—	—
Malawi ¹⁵	12/21/2000	12/20/2004	45	—	32	—
Mali	6/23/2004	6/22/2007	—	9	—	7
Mauritania ¹⁶	7/18/2003	11/7/2004	6	—	6	—
Mongolia ¹⁷	9/28/2001	7/31/2005	28	—	—	16
Mozambique	7/6/2004	7/5/2007	0	11	—	8
Nepal	11/19/2003	11/18/2006	50	—	—	36
Nicaragua	12/13/2002	12/12/2005	98	—	—	42
Niger ¹⁸	12/22/2000	6/30/2004	59	—	—	—
Niger	1/31/2005	1/30/2008	—	7	—	6
Pakistan	12/6/2001	12/5/2004	1,034	—	172	—
Rwanda ¹⁹	8/12/2002	2/11/2006	4	—	—	1
Senegal	4/28/2003	4/27/2006	24	—	—	14
Sierra Leone ²⁰	9/26/2001	6/25/2005	131	—	—	14
Sri Lanka	4/18/2003	4/17/2006	269	—	—	231
Tajikistan	12/11/2002	12/10/2005	65	—	—	20
Tanzania	8/16/2003	8/15/2006	20	—	—	8
Uganda	9/13/2002	9/12/2005	14	—	—	4
Zambia	6/16/2004	6/15/2007	—	220	—	50
Total			4,357	525	528	1,315

¹Extended from 6/20/05.²Extended from 5/22/04.³Reduced by SDR 12.87 million on 12/22/04. Extended from 7/5/04, and from 3/31/05.⁴Augmented by SDR 53.3 million on 7/28/04.⁵Extended from 6/10/06.⁶Extended from 12/20/03.⁷Extended from 4/9/05.⁸Augmented by SDR 13.4 million on 3/18/02. Extended from 3/21/04, and from 7/31/04.⁹Extended from 9/19/05, and from 3/19/06.¹⁰Augmented by SDR 50 million on 12/20/04.¹¹Extended from 12/5/04.¹²Extended from 4/24/04.¹³Extended from 3/8/04, and from 6/30/04.¹⁴Augmented by SDR 12.2 million on 3/17/04. Extended from 2/29/04, and from 11/30/04.¹⁵Extended from 12/20/03.¹⁶Cancelled on 11/7/04.¹⁷Extended from 9/27/04.¹⁸Extended from 12/21/03.¹⁹Extended from 8/11/05.²⁰Extended from 9/25/04, and from 3/25/05.

Table II.5 Summary of disbursements, repurchases, and repayments, financial years ended April 30, 1948–2005*(In millions of SDRs)*

Financial year	Disbursements				Total	Repurchases and repayments				Total Fund credit outstanding ²
	Purchases ¹	Trust Fund loans	SAF loans	PRGF loans		Repurchases	Trust Fund repayments	SAF/PRGF repayments	Total	
1948	606	—	—	—	606	—	—	—	—	133
1949	119	—	—	—	119	—	—	—	—	193
1950	52	—	—	—	52	24	—	—	24	204
1951	28	—	—	—	28	19	—	—	19	176
1952	46	—	—	—	46	37	—	—	37	214
1953	66	—	—	—	66	185	—	—	185	178
1954	231	—	—	—	231	145	—	—	145	132
1955	49	—	—	—	49	276	—	—	276	55
1956	39	—	—	—	39	272	—	—	272	72
1957	1,114	—	—	—	1,114	75	—	—	75	611
1958	666	—	—	—	666	87	—	—	87	1,027
1959	264	—	—	—	264	537	—	—	537	898
1960	166	—	—	—	166	522	—	—	522	330
1961	577	—	—	—	577	659	—	—	659	552
1962	2,243	—	—	—	2,243	1,260	—	—	1,260	1,023
1963	580	—	—	—	580	807	—	—	807	1,059
1964	626	—	—	—	626	380	—	—	380	952
1965	1,897	—	—	—	1,897	517	—	—	517	1,480
1966	2,817	—	—	—	2,817	406	—	—	406	3,039
1967	1,061	—	—	—	1,061	340	—	—	340	2,945
1968	1,348	—	—	—	1,348	1,116	—	—	1,116	2,463
1969	2,839	—	—	—	2,839	1,542	—	—	1,542	3,299
1970	2,996	—	—	—	2,996	1,671	—	—	1,671	4,020
1971	1,167	—	—	—	1,167	1,657	—	—	1,657	2,556
1972	2,028	—	—	—	2,028	3,122	—	—	3,122	840
1973	1,175	—	—	—	1,175	540	—	—	540	998
1974	1,058	—	—	—	1,058	672	—	—	672	1,085
1975	5,102	—	—	—	5,102	518	—	—	518	4,869
1976	6,591	—	—	—	6,591	960	—	—	960	9,760
1977	4,910	32	—	—	4,942	868	—	—	868	13,687
1978	2,503	268	—	—	2,771	4,485	—	—	4,485	12,366
1979	3,720	670	—	—	4,390	4,859	—	—	4,859	9,843
1980	2,433	962	—	—	3,395	3,776	—	—	3,776	9,967
1981	4,860	1,060	—	—	5,920	2,853	—	—	2,853	12,536
1982	8,041	—	—	—	8,041	2,010	—	—	2,010	17,793
1983	11,392	—	—	—	11,392	1,555	18	—	1,574	26,563
1984	11,518	—	—	—	11,518	2,018	111	—	2,129	34,603
1985	6,289	—	—	—	6,289	2,730	212	—	2,943	37,622
1986	4,101	—	—	—	4,101	4,289	413	—	4,702	36,877
1987	3,685	—	139	—	3,824	6,169	579	—	6,749	33,443
1988	4,153	—	445	—	4,597	7,935	528	—	8,463	29,543
1989	2,541	—	290	264	3,095	6,258	447	—	6,705	25,520
1990	4,503	—	419	408	5,329	6,042	356	—	6,398	24,388
1991	6,955	—	84	491	7,530	5,440	168	—	5,608	25,603
1992	5,308	—	125	483	5,916	4,768	—	1	4,770	26,736
1993	8,465	—	20	573	9,058	4,083	—	36	4,119	28,496
1994	5,325	—	50	612	5,987	4,348	52	112	4,513	29,889
1995	10,615	—	14	573	11,202	3,984	4	244	4,231	36,837
1996	10,870	—	182	1,295	12,347	6,698	7	395	7,100	42,040
1997	4,939	—	—	705	5,644	6,668	5	524	7,196	40,488
1998	20,000	—	—	973	20,973	3,789	1	595	4,385	56,026
1999	24,071	—	—	826	24,897	10,465	—	627	11,092	67,175
2000	6,377	—	—	513	6,890	22,993	—	634	23,627	50,370
2001	9,599	—	—	630	10,229	11,243	—	588	11,831	48,691
2002	29,194	—	—	952	30,146	19,207	—	769	19,976	58,699
2003	21,784	—	—	1,218	23,002	7,784	—	928	8,712	72,879
2004	17,830	—	—	865	18,695	21,638	—	890	22,528	69,031
2005	1,608	—	—	771	2,379	13,907	—	923	14,830	56,576

¹Includes reserve tranche purchases.²Excludes reserve tranche purchases; includes outstanding associated loans from the Saudi Fund for Development.

Table II.6 Purchases and loans from the IMF, financial year ended April 30, 2005*(In millions of SDRs)*

Member	Reserve tranche	Emergency assistance	Stand-By/ credit tranche	Extended Fund Facility	SRF	Total purchases	PRGF loans	Total purchases and loans
Albania	–	–	–	–	–	–	8	8
Armenia	–	–	–	–	–	–	19	19
Azerbaijan	–	–	–	–	–	–	13	13
Bangladesh	–	–	–	–	–	–	50	50
Bolivia	–	–	47	–	–	47	–	47
Burkina Faso	–	–	–	–	–	–	7	7
Burundi	–	–	–	–	–	–	7	7
Cape Verde	–	–	–	–	–	–	2	2
Central African Republic	–	6	–	–	–	6	–	6
Chad	–	–	–	–	–	–	4	4
Congo, Dem. Rep. of	–	–	–	–	–	–	27	27
Congo, Rep. of	–	–	–	–	–	–	8	8
Dominica	–	–	–	–	–	–	2	2
Dominican Republic	–	–	53	–	–	53	–	53
Ethiopia	–	–	–	–	–	–	10	10
Gabon	–	–	42	–	–	42	–	42
Georgia	–	–	–	–	–	–	28	28
Ghana	–	–	–	–	–	–	36	36
Grenada	–	3	–	–	–	3	–	3
Guyana	–	–	–	–	–	–	6	6
Haiti	–	10	–	–	–	10	–	10
Honduras	–	–	–	–	–	–	20	20
Iraq	–	297	–	–	–	297	–	297
Kenya	–	–	–	–	–	–	50	50
Kyrgyz Republic	–	–	–	–	–	–	20	20
Lesotho	–	–	–	–	–	–	4	4
Macedonia, FYR	–	–	8	–	–	8	–	8
Madagascar	–	–	–	–	–	–	23	23
Maldives	–	4	–	–	–	4	–	4
Mali	–	–	–	–	–	–	3	3
Mozambique	–	–	–	–	–	–	3	3
Nepal	6	–	–	–	–	6	7	13
Nicaragua	–	–	–	–	–	–	14	14
Niger	–	–	–	–	–	–	9	9
Pakistan	–	–	–	–	–	–	172	172
Rwanda	–	–	–	–	–	–	2	2
Senegal	–	–	–	–	–	–	3	3
Serbia and Montenegro	–	–	–	163	–	163	–	163
Sierra Leone	–	–	–	–	–	–	14	14
Sri Lanka	–	103	–	–	–	103	–	103
Tajikistan	–	–	–	–	–	–	20	20
Tanzania	–	–	–	–	–	–	6	6
Turkey	–	–	454	–	–	454	–	454
Uganda	–	–	–	–	–	–	4	4
Uruguay	–	–	419	–	–	419	–	419
Zambia	–	–	–	–	–	–	171	171
Total	6	423	1,022	163	–	1,614	771	2,385

Table II.7 Repurchases and repayments to the IMF, financial year ended April 30, 2005*(In millions of SDRs)*

Member	Stand-By/ credit tranche	Extended Fund Facility	Others ¹	Total repurchases	SAF/PRGF and Trust Fund repayments	Total repurchases and repayments
Albania	—	—	—	—	5	5
Algeria	—	195	28	223	—	223
Argentina	1,938	256	—	2,195	—	2,195
Armenia	—	—	6	6	20	26
Azerbaijan	—	9	10	19	16	34
Belarus	—	—	12	12	—	12
Benin	—	—	—	—	8	8
Bolivia	—	—	—	—	27	27
Bosnia and Herzegovina	29	—	—	29	—	29
Brazil	2,783	—	—	2,783	—	2,783
Bulgaria	32	70	—	102	—	102
Burkina Faso	—	—	—	—	12	12
Cambodia	—	—	—	—	8	8
Cameroon	—	—	—	—	23	23
Central African Republic	—	—	—	—	2	2
Chad	—	—	—	—	11	11
Congo, Rep. of	5	—	—	5	3	8
Côte d'Ivoire	—	—	—	—	80	80
Djibouti	—	—	—	—	0.3	0.3
Ecuador	94	—	—	94	—	94
Equatorial Guinea	—	—	—	—	0.2	0.2
Ethiopia	—	—	—	—	9	9
Gabon	7	10	—	17	—	17
Gambia, The	—	—	—	—	6	6
Georgia	—	—	9	9	31	40
Ghana	—	—	—	—	30	30
Guinea	—	—	—	—	14	14
Guinea-Bissau	1	—	—	1	2	3
Guyana	—	—	—	—	13	13
Haiti	—	—	—	—	3	3
Honduras	—	—	—	—	16	16
Indonesia	—	726	—	726	—	726
Jamaica	—	4	—	4	—	4
Jordan	4	56	—	60	—	60
Kenya	—	—	—	—	10	10
Kyrgyz Republic	—	—	—	—	23	23
Lao P.D.R.	—	—	—	—	5	5
Latvia	—	—	2	2	—	2
Lithuania	—	24	—	24	—	24
Macedonia, FYR	—	—	6	6	5	11
Madagascar	—	—	—	—	7	7
Malawi	—	—	—	—	9	9
Mali	—	—	—	—	20	20
Mauritania	—	—	—	—	11	11
Moldova	—	15	—	15	—	15
Mongolia	—	—	—	—	4	4
Mozambique	—	—	—	—	16	16
Nicaragua	—	—	—	—	20	20
Niger	—	—	—	—	10	10
Pakistan	214	30	—	243	60	304
Panama	—	7	—	7	—	7
Papua New Guinea	64	—	—	64	—	64
Peru	—	27	—	27	—	27
Philippines	109	129	—	238	—	238
Romania	103	—	16	119	—	119
Russian Federation	59	2,861	—	2,920	—	2,920
Rwanda	—	—	—	—	5	5
Senegal	—	—	—	—	33	33
Serbia and Montenegro	113	—	58	171	—	171
Sierra Leone	—	—	—	—	7	7

Table II.7 (concluded)

Member	Stand-By/ credit tranche	Extended Fund Facility	Others ¹	Total repurchases	SAF/PRGF and Trust Fund repayments	Total repurchases and repayments
Sri Lanka	96	—	—	96	—	96
Sudan	17	—	4	22	—	22
Tajikistan	—	—	—	—	9	9
Tanzania	—	—	—	—	33	33
Togo	—	—	—	—	10	10
Turkey	2,957	—	—	2,957	—	2,957
Uganda	—	—	—	—	35	35
Ukraine	—	119	62	181	—	181
Uruguay	503	—	—	503	—	503
Uzbekistan	—	—	17	17	—	17
Vietnam	—	—	1	1	48	49
Yemen, Rep. of	—	6	—	6	27	33
Zambia	—	—	—	—	171	171
Zimbabwe	—	8	—	8	6	14
Total	9,128	4,549	230	13,907	923	14,830

¹Includes Compensatory and Contingency Financing Facility and Systemic Transformation Facility.

Table II.8 Outstanding IMF credit by facility and policy, financial years ended April 30, 1996–2005

(In millions of SDRs and percent of total)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	(In millions of SDRs)									
Stand-By Arrangements ¹	20,700	18,064	25,526	25,213	21,410	17,101	28,612	34,241	42,100	35,818
Extended Arrangements	9,982	11,155	12,521	16,574	16,808	16,108	15,538	14,981	13,751	9,365
Supplemental Reserve Facility	—	—	7,100	12,655	—	4,085	5,875	15,700	6,028	4,569
Compensatory and Contingency Financing Facility	1,602	1,336	685	2,845	3,032	2,992	745	413	120	84
Systemic Transformation Facility	3,984	3,984	3,869	3,364	2,718	1,933	1,311	644	154	18
Subtotal (General Resources Account)	36,268	34,539	49,701	60,651	43,968	42,219	52,081	65,978	62,153	49,854
SAF Arrangements	1,208	954	730	565	456	432	341	137	86	45
PRGF Arrangements ²	4,469	4,904	5,505	5,870	5,857	5,951	6,188	6,676	6,703	6,588
Trust Fund	95	90	90	89	89	89	89	89	89	89
Total	42,040	40,488	56,026	67,175	50,370	48,691	58,699	72,879	69,031	56,576
	(Percent of total)									
Stand-By Arrangements ¹	49	45	46	38	43	35	49	47	61	63
Extended Arrangements	24	28	22	25	33	33	26	21	20	17
Supplemental Reserve Facility	—	—	13	19	—	9	10	21	9	8
Compensatory and Contingency Financing Facility	4	3	1	4	6	6	1	1	³	³
Systemic Transformation Facility	9	10	7	5	5	4	2	1	³	³
Subtotal (General Resources Account)	86	85	89	90	87	87	88	91	90	88
SAF Arrangements	3	2	1	1	1	1	1	³	³	³
PRGF Arrangements ²	11	12	10	9	12	12	11	9	10	12
Trust Fund	³	³	³	³	³	³	³	³	³	³
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹Includes outstanding credit tranche and emergency purchases.

²Includes outstanding associated loans from the Saudi Fund for Development.

³Less than 1/2 of 1 percent of total.

Table II.9 Summary of bilateral contributions to the PRGF and PRGF-HIPC Trusts*(In millions of SDRs; cumulative through April 30, 2005)*

	PRGF Trust		PRGF-HIPC Trust
	Subsidy contributions "as needed" ¹	Loan commitments	Subsidies and HIPC grant contributions "as needed" ¹
Total	3,514.7	15,759.7	1,561.6
Major industrial countries	2,314.1	12,864.8	880.5
Canada	206.0	700.0	48.8
France	468.8	2,900.0	82.2
Germany	201.4	2,750.0	127.2
Italy	153.6	1,380.0	63.6
Japan	731.4	5,134.8	144.0
United Kingdom	371.7	—	82.2
United States	181.3	—	332.6
Other advanced countries	983.9	2,452.8	299.7
Australia	17.0	—	24.8
Austria	62.6	—	14.3
Belgium	119.4	350.0	35.3
Denmark	67.9	100.0	18.5
Finland	42.7	—	8.0
Greece	39.9	—	6.3
Iceland	4.7	—	0.9
Ireland	8.7	—	5.9
Israel	—	—	1.8
Korea	60.7	92.7	15.9
Luxembourg	14.5	—	0.7
Netherlands	145.7	450.0	45.4
New Zealand	—	—	1.7
Norway	46.2	150.0	18.5
Portugal	4.9	—	6.6
San Marino	—	—	0.0 ⁴
Singapore	31.1	—	16.5
Spain	17.4	708.4	23.3
Sweden	189.3	—	18.3
Switzerland	111.1	601.7	37.0
Fuel-exporting countries	16.5	49.5	93.1
Algeria	—	—	5.5
Brunei Darussalam	—	—	0.1
Gabon ²	—	—	2.5
Iran, Islamic Republic of	1.8	—	2.2
Kuwait	—	—	3.1
Libya	—	—	7.3
Nigeria	—	—	13.9
Oman	—	—	0.8
Qatar	—	—	0.5
Saudi Arabia	14.7	49.5	53.5
United Arab Emirates	—	—	3.8
Other developing countries	186.4	355.6	221.3
Argentina ³	36.3	—	16.2
Bangladesh	0.9	—	1.7
Barbados	—	—	0.4
Belize	—	—	0.3
Botswana	1.9	—	5.7
Brazil	—	—	15.0
Cambodia	—	—	0.0 ⁴
Chile	4.1	—	4.4
China	15.6	200.0	19.7
Colombia	—	—	0.9
Cyprus	—	—	0.8
Egypt	13.7	155.6	1.3
Fiji	—	—	0.1
Ghana	—	—	0.5
India	13.5	—	22.9
Indonesia	6.7	—	8.2
Jamaica	—	—	2.7
Malaysia	44.4	—	12.7
Malta	2.0	—	1.1
Mauritius	—	—	0.1
Mexico	—	—	54.5
Micronesia, Federated States of	—	—	0.0 ⁴

Table II.9 (concluded)

	PRGF Trust		PRGF-HIPC Trust
	Subsidy contributions "as needed" ¹	Loan commitments	Subsidies and HIPC grant contributions "as needed" ¹
Morocco	9.9	—	1.6
Pakistan	3.6	—	3.4
Paraguay	—	—	0.1
Peru	—	—	2.5
Philippines	—	—	6.7
Samoa	—	—	0.0 ⁴
South Africa	—	—	28.6
Sri Lanka	—	—	0.6
St. Lucia	—	—	0.1
St. Vincent and the Grenadines	—	—	0.1
Swaziland	—	—	0.0 ⁴
Thailand	17.5	—	4.5
Tonga	—	—	0.0 ⁴
Tunisia	1.6	—	1.5
Turkey	12.2	—	—
Uruguay	2.4	—	2.2
Vietnam	—	—	0.4
Countries in transition	13.7	—	42.9
Croatia	—	—	0.4
Czech Republic	13.7	—	4.1
Estonia	—	—	0.5
Hungary	—	—	6.0
Latvia	—	—	1.0
Poland	—	—	12.0
Russian Federation	—	—	14.6
Slovak Republic	—	—	4.0
Slovenia	—	—	0.4
Pending contributions to the PRGF-HIPC Trust ("as needed")¹	—	—	24.0
Bahrain	—	—	0.9
Dominican Republic	—	—	0.5
Grenada	—	—	0.1
Lebanon	—	—	0.4
Maldives	—	—	0.0 ⁴
Trinidad and Tobago	—	—	1.6
Vanuatu	—	—	0.1
Venezuela	—	—	20.4
<i>Memorandum Item:</i>			
OPEC Fund for International Development	—	37.0	—

¹The term "as needed" refers to the nominal undiscounted sum of the projected delivery of HIPC assistance plus the profile of projected subsidy needs associated with PRGF lending during 2002–05.

²Contribution to the PRGF-HIPC Trust includes a pending balance of SDR 1.9 million "as needed."

³Contribution to the PRGF-HIPC Trust includes a pending balance of SDR 6.4 million "as needed."

⁴Less than SDR 5,000.

Table II.10 Holdings of SDRs by all participants and by groups of countries as percentage of their cumulative allocations of SDRs, at end of financial years ended April 30, 1996–2005

	All participants ¹	Industrial countries ²	Nonindustrial countries ²			
			All nonindustrial countries	Net creditor countries ³	Net debtor countries	
					All net debtor countries ³	Heavily indebted poor countries
1996	91.4	102.4	67.9	285.5	56.6	17.4
1997	87.2	99.8	60.5	303.6	47.8	17.3
1998	95.0	107.0	69.4	323.7	56.1	24.1
1999	81.1	94.6	52.5	170.7	46.3	26.3
2000	84.6	95.0	62.5	174.1	56.6	20.6
2001	86.6	101.6	54.6	204.2	46.5	12.4
2002	91.5	107.7	56.9	227.9	44.7	14.6
2003	93.0	102.4	72.0	173.7	57.7	17.1
2004	96.3	105.6	76.3	230.5	23.5	20.9
2005	96.2	96.3	96.0	178.7	33.0	17.7

¹Member countries that are participants in the SDR Department. At the end of FY2005, of the total SDRs allocated to participants in the SDR Department (SDR 21.4 billion), SDR 0.8 billion was not held by participants, but instead by the IMF and prescribed holders.

²Based on IFS classification (International Monetary Fund, *International Financial Statistics*, various years).

³Net creditor countries' holdings of SDRs are more than their cumulative allocations of SDRs. Net debtor countries' holdings of SDRs are less than their cumulative allocations of SDRs.

Table II.11 Key IMF rates, financial year ended April 30, 2005

(In percent)

Period beginning	SDR interest rate and unadjusted rate of remuneration ¹	Basic rate of charge ¹	Period beginning	SDR interest rate and unadjusted rate of remuneration ¹	Basic rate of charge ¹
2004					
May 1	1.62	2.49	November 1	2.09	3.22
May 3	1.63	2.51	November 8	2.14	3.30
May 10	1.69	2.60	November 15	2.17	3.34
May 17	1.66	2.56	November 22	2.18	3.36
May 24	1.69	2.60	November 29	2.21	3.40
May 31	1.72	2.65			
			December 6	2.22	3.42
June 7	1.79	2.76	December 13	2.24	3.05
June 14	1.83	2.82	December 20	2.22	3.02
June 21	1.84	2.83	December 27	2.22	3.02
June 28	1.82	2.80			
			2005		
July 5	1.84	2.83	January 3	2.22	3.02
July 12	1.83	2.82	January 10	2.25	3.06
July 19	1.87	2.88	January 17	2.26	3.07
July 26	1.89	2.91	January 24	2.26	3.07
			January 31	2.30	3.13
August 2	1.91	2.94			
August 9	1.91	2.94	February 7	2.31	3.14
August 16	1.90	2.93	February 14	2.34	3.18
August 23	1.93	2.97	February 21	2.36	3.21
August 30	1.95	3.00	February 28	2.42	3.29
September 6	1.98	3.05	March 7	2.43	3.30
September 13	1.99	3.06	March 14	2.43	3.30
September 20	2.01	3.10	March 21	2.45	3.33
September 27	2.02	3.11	March 28	2.47	3.36
October 4	2.01	3.10	April 4	2.45	3.33
October 11	2.01	3.10	April 11	2.45	3.33
October 18	2.03	3.13	April 18	2.45	3.33
October 25	2.06	3.17	April 25	2.49	3.39

¹Under the FY2005 decision on burden sharing, the rate of remuneration was adjusted downward and the rate of charge was adjusted upward to share the impact of protecting the IMF's income from overdue charges and of contributing to the IMF's precautionary balances. The amounts generated from burden sharing in FY2005 are refundable when overdue charges are paid and when overdue obligations cease to be a problem. Beginning May 1, 2004, the basic rate of charge remained set at 154.0 percent of the SDR interest rate for FY2005. Effective November 1, 2004, the rate of charge was reduced to 136.0 percent of the SDR interest rate for the remainder of FY2005.

Table II.12 Members that have accepted the obligations of Article VIII, Sections 2, 3, and 4, of the Articles of Agreement

Member	Effective date of acceptance	Member	Effective date of acceptance
Algeria	September 15, 1997	India	August 20, 1994
Antigua and Barbuda	November 22, 1983	Indonesia	May 7, 1988
Argentina	May 14, 1968	Iran, Islamic Republic of	September 6, 2004
Armenia	May 29, 1997	Ireland	February 15, 1961
Australia	July 1, 1965	Israel	September 21, 1993
Austria	August 1, 1962	Italy	February 15, 1961
Azerbaijan	November 30, 2004	Jamaica	February 22, 1963
Bahamas, The	December 5, 1973	Japan	April 1, 1964
Bahrain	March 20, 1973	Jordan	February 20, 1995
Bangladesh	April 11, 1994	Kazakhstan	July 16, 1996
Barbados	November 3, 1993	Kenya	June 30, 1994
Belarus	November 5, 2001	Kiribati	August 22, 1986
Belgium	February 15, 1961	Korea	November 1, 1988
Belize	June 14, 1983	Kuwait	April 5, 1963
Benin	June 1, 1996	Kyrgyz Republic	March 29, 1995
Bolivia	June 5, 1967	Latvia	June 10, 1994
Botswana	November 17, 1995	Lebanon	July 1, 1993
Brazil	November 30, 1999	Lesotho	March 5, 1997
Brunei Darussalam	October 10, 1995	Libya	June 21, 2003
Bulgaria	September 24, 1998	Lithuania	May 3, 1994
Burkina Faso	June 1, 1996	Luxembourg	February 15, 1961
Cambodia	January 1, 2002	Macedonia, FYR	June 19, 1998
Cameroon	June 1, 1996	Madagascar	September 18, 1996
Canada	March 25, 1952	Malawi	December 7, 1995
Cape Verde	July 1, 2004	Malaysia	November 11, 1968
Central African Republic	June 1, 1996	Mali	June 1, 1996
Chad	June 1, 1996	Malta	November 30, 1994
Chile	July 27, 1977	Marshall Islands	May 21, 1992
China	December 1, 1996	Mauritania	July 19, 1999
Colombia	August 1, 2004	Mauritius	September 29, 1993
Comoros	June 1, 1996	Mexico	November 12, 1946
Congo, Dem. Rep. of	February 10, 2003	Micronesia, Federated States of	June 24, 1993
Congo, Rep. of	June 1, 1996	Moldova	June 30, 1995
Costa Rica	February 1, 1965	Mongolia	February 1, 1996
Côte d'Ivoire	June 1, 1996	Morocco	January 21, 1993
Croatia	May 29, 1995	Namibia	September 20, 1996
Cyprus	January 9, 1991	Nepal	May 30, 1994
Czech Republic	October 1, 1995	Netherlands	February 15, 1961
Denmark	May 1, 1967	New Zealand	August 5, 1982
Djibouti	September 19, 1980	Nicaragua	July 20, 1964
Dominica	December 13, 1979	Niger	June 1, 1996
Dominican Republic	August 1, 1953	Norway	May 11, 1967
Ecuador	August 31, 1970	Oman	June 19, 1974
Egypt	January 2, 2005	Pakistan	July 1, 1994
El Salvador	November 6, 1946	Palau	December 16, 1997
Equatorial Guinea	June 1, 1996	Panama	November 26, 1946
Estonia	August 15, 1994	Papua New Guinea	December 4, 1975
Fiji	August 4, 1972	Paraguay	August 22, 1994
Finland	September 25, 1979	Peru	February 15, 1961
France	February 15, 1961	Philippines	September 8, 1995
Gabon	June 1, 1996	Poland	June 1, 1995
Gambia, The	January 21, 1993	Portugal	September 12, 1988
Georgia	December 20, 1996	Qatar	June 4, 1973
Germany	February 15, 1961	Romania	March 25, 1998
Ghana	February 21, 1994	Russian Federation	June 1, 1996
Greece	July 7, 1992	Rwanda	December 10, 1998
Grenada	January 24, 1994	St. Kitts and Nevis	December 3, 1984
Guatemala	January 27, 1947	St. Lucia	May 30, 1980
Guinea	November 17, 1995	St. Vincent and the Grenadines	August 24, 1981
Guinea-Bissau	January 1, 1997	Samoa	October 6, 1994
Guyana	December 27, 1966	San Marino	September 23, 1992
Haiti	December 22, 1953	Saudi Arabia	March 22, 1961
Honduras	July 1, 1950	Senegal	June 1, 1996
Hungary	January 1, 1996	Serbia and Montenegro	May 15, 2002
Iceland	September 19, 1983	Seychelles	January 3, 1978

Table II.12 (concluded)

Member	Effective date of acceptance	Member	Effective date of acceptance
Sierra Leone	December 14, 1995	Togo	June 1, 1996
Singapore	November 9, 1968	Tonga	March 22, 1991
Slovak Republic	October 1, 1995	Trinidad and Tobago	December 13, 1993
Slovenia	September 1, 1995	Tunisia	January 6, 1993
Solomon Islands	July 24, 1979	Turkey	March 22, 1990
South Africa	September 15, 1973	Uganda	April 5, 1994
Spain	July 15, 1986	Ukraine	September 24, 1996
Sri Lanka	March 15, 1994	United Arab Emirates	February 13, 1974
Sudan	October 29, 2003	United Kingdom	February 15, 1961
Suriname	June 29, 1978	United States	December 10, 1946
Swaziland	December 11, 1989	Uruguay	May 2, 1980
Sweden	February 15, 1961	Uzbekistan	October 15, 2003
Switzerland	May 29, 1992	Vanuatu	December 1, 1982
Tajikistan	December 9, 2004	Venezuela	July 1, 1976
Tanzania	July 15, 1996	Yemen, Republic of	December 10, 1996
Thailand	May 4, 1990	Zambia	April 19, 2002
Timor-Leste	July 23, 2002	Zimbabwe	February 3, 1995

Table II.13 De facto exchange rate arrangements and anchors of monetary policy as of April 30, 2005**Classification of exchange rate regimes and monetary framework¹**

This classification system is based on members' actual, de facto, arrangements as identified by IMF staff, which may differ from their officially announced arrangements. The scheme ranks exchange rate arrangements on the basis of their degree of flexibility and the existence of formal or informal commitments to exchange rate paths. It distinguishes among different forms of exchange rate regimes, in addition to arrangements with no separate legal tender, to help assess the implications of the choice of exchange rate arrangement for the degree of monetary policy independence. The system presents members' exchange rate regimes against alternative monetary policy frameworks with the intention of using both criteria as a way of providing greater transparency in the classification scheme and to illustrate that different exchange rate regimes can be consistent with similar monetary policy frameworks. The following explains the categories.

Exchange rate regimes*Exchange arrangements with no separate legal tender*

The currency of another country circulates as the sole legal tender (formal dollarization), or the member belongs to a monetary or currency union in which the same legal tender is shared by the members of the union. Adopting such regimes implies the complete surrender of the monetary authorities' independent control over domestic monetary policy.

Currency board arrangements

A monetary regime based on an explicit legislative commitment to exchange domestic currency for a specified foreign currency at a fixed exchange rate, combined with restrictions on the issuing authority to ensure the fulfillment of its legal obligation. This implies that domestic currency will be issued only against foreign exchange and that it remains fully backed by foreign assets, eliminating traditional central bank functions, such as monetary control and lender-of-last-resort, and leaving little scope for discretionary monetary policy. Some flexibility may still be afforded, depending on how strict the banking rules of the currency board arrangement are.

Other conventional fixed peg arrangements

The country (formally or de facto) pegs its currency at a fixed rate to another currency or a basket of currencies, where the basket is formed from the currencies of major trading or financial partners and weights reflect the geographical distribution of trade, services, or capital flows. The currency composites can also be standardized, as in the case of the SDR. There is no commitment to keep the parity irrevocably. The exchange rate may fluctuate within narrow margins of less than ± 1 percent around a central rate—or the maximum and minimum value of the exchange rate may remain within a narrow margin of 2 percent—for at least three months. The monetary authority stands ready to maintain the fixed parity through direct intervention (that is, via sale/purchase of foreign exchange in the market) or indirect intervention (for example, via aggressive use of interest rate policy, imposition of foreign exchange regulations, exercise of moral suasion that constrains foreign exchange activity, or intervention by other public institutions). Flexibility of monetary policy, though limited, is greater than in the case of exchange arrangements with no separate legal tender and currency boards because traditional central banking functions are still possible, and the monetary authority can adjust the level of the exchange rate, although relatively infrequently.

Pegged exchange rates within horizontal bands

The value of the currency is maintained within certain margins of fluctuation of at least ± 1 percent around a fixed central rate or the margin between the maximum and minimum value of the exchange rate exceeds 2 percent. It also includes arrangements of countries in the exchange rate mechanism (ERM) of the European Monetary System (EMS), which was replaced with the ERM II on January 1, 1999. There is a limited degree of monetary policy discretion, depending on the band width.

Crawling pegs

The currency is adjusted periodically in small amounts at a fixed rate or in response to changes in selective quantitative indicators, such as past inflation differentials vis-à-vis

major trading partners, differentials between the inflation target and expected inflation in major trading partners, and so forth. The rate of crawl can be set to generate inflation-adjusted changes in the exchange rate (backward looking), or set at a preannounced fixed rate and/or below the projected inflation differentials (forward looking). Maintaining a crawling peg imposes constraints on monetary policy in a manner similar to a fixed-peg system.

Exchange rates within crawling bands

The currency is maintained within certain fluctuation margins of at least ± 1 percent around a central rate—or the margin between the maximum and minimum value of the exchange rate exceeds 2 percent—and the central rate or margins are adjusted periodically at a fixed rate or in response to changes in selective quantitative indicators. The degree of exchange rate flexibility is a function of the band width. Bands are either symmetric around a crawling central parity or widen gradually with an asymmetric choice of the crawl of upper and lower bands (in the latter case, there may be no preannounced central rate). The commitment to maintain the exchange rate within the band imposes constraints on monetary policy, with the degree of policy independence being a function of the band width.

Managed floating with no predetermined path for the exchange rate

The monetary authority attempts to influence the exchange rate without having a specific exchange rate path or target. Indicators for managing the rate are broadly judgmental (for example, balance of payments position, international reserves, parallel market developments), and adjustments may not be automatic. Intervention may be direct or indirect.

Independently floating

The exchange rate is market-determined, with any official foreign exchange market intervention aimed at moderating the rate of change and preventing undue fluctuations in the exchange rate, rather than at establishing a level for it.

Monetary policy framework*Exchange rate anchor*

The monetary authority stands ready to buy or sell foreign exchange at given quoted rates to maintain the exchange rate at its preannounced level or range; the exchange rate serves as the nominal anchor or intermediate target of monetary policy. This type of regime covers exchange rate regimes with no separate legal tender; currency board arrangements; fixed pegs with and without bands; and crawling pegs with and without bands.

Monetary aggregate anchor

The monetary authority uses its instruments to achieve a target growth rate for a monetary aggregate, such as reserve money, M1, or M2, and the targeted aggregate becomes the nominal anchor or intermediate target of monetary policy.

Inflation targeting framework

This involves the public announcement of medium-term numerical targets for inflation with an institutional commitment by the monetary authority to achieve these targets. Additional key features include increased communication with the public and the markets about the plans and objectives of monetary policymakers and increased accountability of the central bank for attaining its inflation objectives. Monetary policy decisions are guided by the deviation of forecasts of future inflation from the announced target, with the inflation forecast acting (implicitly or explicitly) as the intermediate target of monetary policy.

Fund-supported or other monetary program

This involves implementation of monetary and exchange rate policies within the confines of a framework that establishes floors for international reserves and ceilings for net domestic assets of the central bank. Indicative targets for reserve money may be appended to this system.

Other

The country has no explicitly stated nominal anchor but, rather, monitors various indicators in conducting monetary policy, or there is no relevant information available for the country.

Table II.13 (continued)

Exchange rate regime (number of countries)	Monetary policy framework				IMF-supported or other monetary program	Other	
	Exchange rate anchor		Monetary aggregate target	Inflation-targeting framework			
Exchange arrangements with no separate legal tender (41)	Another currency as legal tender	ECCU (6) ²	CFA franc zone (14)			Euro area (12) ³ Austria Belgium Finland France Germany Greece Ireland Italy Luxembourg Netherlands Portugal Spain	
	Ecuador	Antigua and Barbuda	WAEMU	CAEMC			
	El Salvador ⁴	Barbuda	Benin	Cameroon*			
	Kiribati	Dominica*	Burkina Faso*	Central African Rep.			
	Marshall Islands	Grenada	Côte d'Ivoire*	Chad*			
	Micronesia, Fed. States of	St. Kitts and Nevis	Guinea-Bissau	Congo, Rep. of*			
	Palau	St. Lucia	Mali*	Equatorial Guinea			
	Panama	St. Vincent and the Grenadines	Niger*	Gabon*			
	San Marino		Senegal*				
	Timor-Leste		Togo				
	Currency board arrangements (7)	Bosnia and Herzegovina ⁵					
		Brunei Darussalam					
		Bulgaria*					
		Hong Kong SAR					
Djibouti							
Estonia ⁶ Lithuania ⁶							
Other conventional fixed-peg arrangements (42)	Against a single currency (35)	Against a composite (7)	China† ⁸				
	Aruba	Botswana ⁷					
	Bahamas, The ⁷	Fiji					
	Bahrain	Libya					
	Barbados	Malta					
	Belize	Morocco					
	Bhutan	Samoa					
	Cape Verde*	Vanuatu					
	China† ⁸						
	Comoros ⁹						
	Eritrea						
	Guinea ⁸						
	Iraq ⁸						
	Jordan ⁸						
	Kuwait						
	Latvia						
	Lebanon ⁸						
	Lesotho						
	Macedonia, FYR ⁸						
	Malaysia						
	Maldives						
	Namibia						
	Nepal*						
	Netherlands Antilles						
	Oman						
	Qatar						
	Saudi Arabia						
	Seychelles ⁸						
Swaziland							
Syrian Arab Rep. ⁷							
Trinidad and Tobago ⁸							
Turkmenistan ⁸							
Ukraine ⁸							
United Arab Emirates							
Venezuela							
Vietnam ⁸							
Pegged exchange rates within horizontal bands (5) ¹⁰	Within a cooperative arrangement (2)	Other band arrangements (3)		Hungary†			
	Denmark ⁶	Cyprus					
	Slovenia ⁶	Hungary†					
		Tonga					

Table II.13 (concluded)

Exchange rate regime (number of countries)	Monetary policy framework				
	Exchange rate anchor	Monetary aggregate target	Inflation-targeting framework	IMF-supported or other monetary program	Other
Crawling pegs (5)	Bolivia Costa Rica Honduras* ^{†8} Nicaragua* Solomon Islands ⁸			Honduras* ^{†8}	
Exchange rates within crawling bands (1)	Belarus ¹¹				
Managed floating with no pre-determined path for the exchange rate (52)		Bangladesh* Cambodia ⁷ Egypt Ethiopia Ghana* ⁸ Guyana* Indonesia Iran, I.R. of Jamaica ⁸ Mauritius Moldova Sudan Suriname ⁷ Tunisia Zambia	Colombia* Czech Rep. Guatemala ⁸ Peru* Thailand	Argentina* Azerbaijan* Croatia* Georgia* Haiti* ^{3,8} Kenya* Kyrgyz Rep.* Lao P.D.R.* ⁷ Mongolia* Mozambique* ⁸ Rwanda* Serbia and Montenegro* ¹² Tajikistan*	Afghanistan, I.R. of Algeria ³ Angola ³ Burundi* ³ Gambia, The* ^{3,8} India ³ Kazakhstan ³ Mauritania Myanmar* ^{3,7,8} Nigeria ⁸ Pakistan ³ Paraguay* ³ Romania* Russian Federation ³ São Tomé and Príncipe Singapore ³ Slovak Rep.* ³ Uzbekistan* ^{3,7} Zimbabwe ⁷
Independently floating (34)		Madagascar Malawi Sierra Leone* ⁸ Sri Lanka* Uruguay Yemen, Rep. of	Australia Brazil Canada Chile Iceland Israel* ^{†8} Korea Mexico New Zealand Norway Philippines Poland South Africa Sweden Turkey United Kingdom	Albania* Armenia* Congo, Dem. Rep. of the* Tanzania* Uganda*	Dominican Rep.* ³ Japan ³ Liberia* ^{3,8} Papua New Guinea ³ Somalia ^{7,13} Switzerland ³ United States ³

Sources: IMF staff reports; *Recent Economic Developments*; and *International Financial Statistics*.

Note: An asterisk (*) indicates that the country has an IMF-supported or other monetary program. A dagger (†) indicates that the country adopts more than one nominal anchor in conducting monetary policy. It should be noted, however, that it would not be possible, for practical reasons, to include in this table which nominal anchor plays the principal role in conducting monetary policy.

¹Based on "Exchange Arrangements and Foreign Exchange Markets: Developments and Issues" (unpublished; SM/02/233, July 22, 2002).

²The ECCU has a currency board arrangement.

³These countries have no explicitly stated nominal anchor but, rather, monitor various indicators in conducting monetary policy.

⁴The printing of new colones, the domestic currency, is prohibited, but the existing stock of colones will continue to circulate along with the U.S. dollar as legal tender until all colón notes wear out physically.

⁵In the Republika Srpska, the Serbian dinar circulates.

⁶The member participates in the ERM II of the European monetary system.

⁷The member maintains an exchange arrangement involving more than one foreign exchange market. The arrangement shown is that maintained in the major market.

⁸The regime operating de facto in the country is different from its de jure regime.

⁹Comoros has the same arrangement with the French Treasury as the CFA franc zone countries.

¹⁰The band widths for these countries are as follows: Cyprus ±15%, Denmark ±2.25%, Hungary ±15%, Slovenia ±15%, and Tonga ±5%.

¹¹The band width is adjusted frequently.

¹²The description of the exchange rate regime applies to the Republic of Serbia only, which accounts for about 93% of the economy of Serbia and Montenegro; in the Republic of Montenegro, the euro is legal tender. In the UN-administered province of Kosovo, the euro is the most widely used currency.

¹³As insufficient information on the country is available to confirm this classification, the classification of the last official consultation is used.

Principal policy decisions of the Executive Board

External audit firm—mandatory rotation and limits on provision of audit-related services and non-audit-related services

1. The contract to conduct the annual external audit of the financial statements of the Fund required under Article XII, Section 7(a) of the Fund's Articles of Agreement and Section 20 of the Fund's By-Laws shall be subject to bids every five years.

2. There shall be a mandatory rotation of the Fund's external audit firm every 10 years. In cases where the Fund's external audit firm is awarded a second consecutive five-year contract after the first five-year period, the new contract will require that the audit firm rotate the engagement partner and the audit manager.

3. The Fund's external audit firm shall not be eligible to bid for, and shall not be awarded, the provision of non-audit-related consulting services to the Fund. The provision of audit-related consulting services to the Fund by the Fund's external audit firm shall be subject to the prior approval of the Executive Board after consultation with the External Audit Committee (EAC), provided that, under no circumstances, shall the remuneration of the Fund's external audit firm for such services exceed 33 percent of the value of the five-year contract for conducting the annual audit of the financial statements of the Fund.

4. This decision shall not preclude the Fund's current external audit firm from submitting bids in accordance with this decision and completing any other existing contracts with the Fund.

Decision No. 13323-(04/78)
Adopted August 5, 2004

Eleventh General Review of Quotas—establishment of new period for consent to increases

I. The Executive Board approves the attached draft Resolution for transmission to the Board of Governors proposing the establishment of a new period for consent under the Eleventh Quota Review approved by Board of Governors Resolution No. 53-2, effective January 30, 1998. Pursuant to Article III, Section 2(c) of the Fund's Articles of Agreement, the adoption of the Resolution requires positive responses from Governors having an 85 percent majority of the total voting power.

- II. 1. The Board of Governors is requested to vote without meeting pursuant to Section 13 of the By-Laws upon the proposed Resolution entitled "New Period for Consent—Increases in Quotas of Fund Members under the Eleventh General Review"
2. The Secretary is directed to send the proposed Resolution entitled "New Period for Consent—Increases in Quotas of Fund Members under the Eleventh Quota Review," to each member of the Fund by rapid means of communication on or before August 31, 2004.

3. To be valid, votes must be cast by Governors or Alternate Governors and must be received at the seat of the Fund on or before 6:00 p.m., Washington time, on September 20, 2004. Votes received after that time will not be counted.

4. The effective date of the Resolution of the Board of Governors shall be the last day for voting.

5. All votes cast pursuant to this decision shall be held in the custody of the Secretary until counted, and all proceedings with respect thereto shall be confidential until the Executive Board determines the result of the vote.

6. The Secretary is authorized to take such further action as he shall deem appropriate in order to carry out the purposes of this decision (EBD/04/98, 8/25/04).

Decision No. 13336-(04/82)
Adopted August 30, 2004

Attachment

Proposed Resolution of the Board of Governors: New Period for Consent—Increases of Quotas of Members under the Eleventh General Review

WHEREAS paragraph 4 of the Board of Governors' Resolution No. 53-2 states that, to become effective, duly executed notices for consent to increases in quota under the Resolution must be received in the Fund before 6:00 p.m., Washington time, January 31, 2000, provided that the Executive Board may extend this period as it may determine;

WHEREAS the last extension of the period established in accordance with paragraph 4 of the Resolution expired at 6:00 p.m., Washington time, July 31, 2004;

WHEREAS the Executive Board has recommended the adoption of a Resolution of the Board of Governors, by vote without meeting pursuant to Section 13 of the By-Laws of the Fund, setting a new period for receipt of consents to increases in quota under Board of Governors Resolution No. 53-2, so as to give members that have been unable to consent to their proposed increases in quotas under such Resolution a further opportunity to do so;

NOW, THEREFORE, the Board of Governors hereby RESOLVES that

Fund members that have not consented to an increase in their quotas as proposed by Board of Governors Resolution No. 53-2 within the period established in accordance with paragraph 4 of that Resolution, shall have until 6:00 p.m., Washington time, September 19, 2005, to submit notices in accordance with paragraph 2 of Resolution No. 53-2, by a duly authorized official of the member, provided that the Executive Board may extend this period as it may determine.

PRGF Trust—Reserve Account—review

Pursuant to Decision No. 10286-(93/23) ESAF, adopted on February 22, 1993, as amended, the Fund has reviewed the adequacy of the balances

in the Reserve Account of the PRGF Trust and determines that they are sufficient to meet all obligations that could give rise to payments from the Account to lenders to the Loan Account of the PRGF Trust in the six months from October 1, 2004, to March 31, 2005 (SM/04/309, 8/31/04).

Decision No. 13348-(04/87) PRGF
Adopted September 14, 2004

PRGF-HIPC Trust Instrument—Amendment

The Instrument to Establish a Trust for Special PRGF Operations for the Heavily Indebted Poor Countries and Interim PRGF Subsidy Operations (Annex to Decision No. 11436-(97/10), adopted February 4, 1997), shall be amended as follows:

1. Section I, Paragraph 1, subparagraph (ix) shall be revised to read as follows:

“(ix) ‘PRSP’ means a Poverty Reduction Strategy Paper prepared by the member concerned in a participatory process involving a broad range of stakeholders and setting out a comprehensive three-year poverty reduction strategy; and”

2. Section I, Paragraph 1, subparagraph (x) shall become Section I, Paragraph 1, subparagraph (xiv).

3. The following subparagraphs shall be added to Section I, Paragraph 1:

“(x) ‘I-PRSP’ means an Interim Poverty Reduction Strategy Paper prepared by the member concerned setting out a preliminary reduction strategy as a precursor to a full PRSP; and

“(xi) ‘PRSP preparation status report’ means a report prepared by the member concerning updating the preliminary poverty reduction strategy set out in an I-PRSP in anticipation of a full PRSP; and

“(xii) ‘APR’ means an Annual Progress Report prepared by the member concerned reporting on the implementation of a PRSP and updating it as appropriate; and

“(xiii) ‘Joint Staff Advisory Note’ means a document prepared by the staff of the Bank and the Fund containing an analysis of the strengths and weaknesses of the poverty reduction strategy of the member concerned and identifying priority action areas for strengthening the poverty reduction strategy during implementation; and”

4. The following sentence shall be added at the end of Section III, Paragraph 2(a):

“Moreover, the member shall have in place a satisfactory poverty reduction strategy set out in an I-PRSP, PRSP preparation status report, PRSP, or APR, that has been issued to the Executive Board, normally within the previous 12 months, but in any case within the previous 18 months, and has been the subject of an analysis in a Joint Staff Advisory Note also issued to the Executive Board.”

5. Section III, Paragraph 2(c), third sentence, shall be amended to read as follows:

“In addition, the member country concerned shall have prepared a PRSP and implemented satisfactorily the strategy therein described for at least one year by the completion point as evidenced by an APR that has been issued to the Executive Board, normally within the previous 12 months, but in any case within the previous 18 months, and has been the subject of an

analysis in a Joint Staff Advisory Note also issued to the Executive Board” (SM/04/374, 11/4/04).

Decision No. 13373-(04/105) PRGF
Adopted November 9, 2004

PRGF Trust Instrument—Amendment

The Instrument to Establish the Poverty Reduction and Growth Facility Trust (Annex to Decision No. 8759-(87/176) ESAF, adopted December 18, 1987, shall be amended as follows:

The following subparagraph (g) shall be added to Section II, Paragraph 1:

“(g) The Trustee shall not approve a new arrangement or complete a review under an arrangement unless it finds that (i) the member concerned has a poverty reduction strategy set out in an I-PRSP, PRSP preparation status report, PRSP, or APR that has been issued to the Executive Board, normally within the previous 12 months, but in any case within the previous 18 months; (ii) the I-PRSP, PRSP preparation status report, PRSP, or APR has been the subject of an analysis in a Joint Staff Advisory Note also issued to the Executive Board, provided, however, that no Joint Staff Advisory Note will be required in connection with a PRSP preparation status report, in which case the analysis of the PRSP preparation status report will be included in the staff report on a new arrangement or a review under an arrangement; and (iii) if there are any weaknesses in the member’s poverty reduction strategy, such as those identified in the Joint Staff Advisory Note, and they are critical to Fund support under a PRGF arrangement, they have been addressed. For purposes of this Instrument, the terms I-PRSP, PRSP preparation status report, PRSP, APR, and Joint Staff Advisory Note shall have the meaning given to each of them in Section I, Paragraph 1 of the PRGF-HIPC Trust Instrument (Annex to Decision No. 11436-(97/10), adopted February 4, 1997)” (SM/04/374, 11/4/04).

Decision No. 13374-(04/105) PRGF
Adopted November 9, 2004

Income position—review of rate of charge on use of Fund resources for FY2005

1. Effective November 1, 2004, the proportion of the rate of charge to the SDR interest rate under Rule T-I shall be 136 percent.

2. Any net income for financial year 2005 in excess of the net income target for FY2005 of SDR 191 million shall be used, first, to reduce retroactively, to the extent possible, but not below 136 percent, the proportion of the rate of charge to the SDR interest rate under Rule T-I referred to in paragraph 1 of Decision No. 13236-(04/42), adopted April 30, 2004, for the period May 1, 2004 to October 31, 2004; and, second, to further reduce retroactively the proportion of the rate of charge for the entire FY2005. In all other respects, Decision No. 13236-(04/42), adopted April 30, 2004, shall continue to apply (EBS/04/171, 12/6/04).

Decision No. 13398-(04/113)
Adopted December 13, 2004

European Central Bank—observer status—review

A. Pursuant to Decision No. 13165-(04/1), adopted December 29, 2003, the Executive Board has reviewed Decision No. 12925-(03/1), adopted

December 27, 2002, entitled “European Central Bank—Observer Status,” and has decided to amend Decision No. 12925 to read as follows:

1. The European Central Bank (ECB) shall be invited to send a representative to meetings of the Executive Board on

- Euro area policies in the context of the Article IV consultations with member countries under Decision No. 12899-(02/119);
- Fund surveillance under Article IV over the policies of individual euro area members;
- Role of the euro in the international monetary system;
- World Economic Outlook;
- Global Financial Stability Reports; and
- World economic and market developments.

2. In addition, the ECB shall be invited to send a representative to meetings of the Executive Board on agenda items recognized by the ECB and the Fund to be of mutual interest for the performance of their respective mandates. It is understood, for purposes of this paragraph and provided that there is no objection from the member concerned, that the ECB shall be invited to send a representative to meetings of the Executive Board on

- Fund surveillance under Article IV over the United States of America and Japan;
- Fund surveillance under Article IV over the non-euro area member countries of the European Union; and
- Fund surveillance over the policies of, and on use of Fund resources by, members that are accession countries to the European Union. Currently, the following members are accession countries to the European Union: Bulgaria, Croatia, Romania, and Turkey. The Executive Board will be informed by management, after consultation with the Presidency of the Council of the European Union, of any changes to that list.

3. At Executive Board meetings, the representative of the ECB will have the status of observer and, as such, will be able to address the Board with the permission of the Chairman on matters within the responsibility of the ECB.

4. The Fund shall communicate to the ECB (i) the agenda for all Board meetings and (ii) the documents for the Executive Board meetings to which the ECB has been invited.

5. The Board notes that the ECB has agreed to preserve the confidentiality of all information and documents communicated by the Fund to the ECB, as specified by the Fund, and that any such information and documents shall be solely for the internal use of the ECB.

B. Decision No. 12925-(03/1), adopted December 27, 2002, as amended by this Decision, shall be reviewed again before January 1, 2006 (EBD/04/139, 12/17/04).

*Decision No. 13414-(05/01)
Adopted December 23, 2004*

Fund emergency assistance for natural disasters— subsidization to PRGF-eligible members

The Instrument to Establish the Post-Conflict Emergency Assistance Subsidy Account for PRGF-Eligible Members shall be amended to read as follows:

Instrument to Establish the Post-Conflict and Natural Disaster Emergency Assistance Subsidy Account for PRGF-Eligible Members

To help fulfill its purposes, the International Monetary Fund (the Fund) has adopted this Instrument to establish an account in accordance with Article V, Section 2(b) (the Account), which shall be governed by, and administered in accordance with, the following provisions:

Paragraph 1. Purpose of the Account

The purpose of the Account shall be the administration and disbursement of resources provided to the Account by Contributors for the subsidization of the rate of charge on postconflict and natural disaster emergency assistance purchases made by PRGF-eligible members under Decision No. 12341-(00/117), November 28, 2000 (eligible purchases). A member is PRGF-eligible if it is included in the list of members annexed to Decision No. 8240-(86/56) SAF.

Paragraph 2. Subaccounts

(a) The Account shall have at least three separate subaccounts to hold and administer:

- (i) resources contributed for the subsidization of the rate of charge on postconflict emergency assistance only;
- (ii) resources contributed for the subsidization of the rate of charge on natural disaster emergency assistance only; and
- (iii) resources contributed for the subsidization of the rate of charge on both postconflict emergency and natural disaster emergency assistance.

(b) Further subaccounts may be established to hold and administer resources for the purposes of the Account contributed for a specific eligible member. Resources contributed to subsidize postconflict emergency assistance prior to January 21, 2005, will be placed into the subaccount referred to under (i) of this paragraph, unless otherwise specified, by the Contributor, and used only for the subsidization of the rate of charge on post-conflict emergency assistance purchases by eligible members.

Paragraph 3. Resources of the Account

The resources held in the Account shall consist of

- (i) grant contributions made to the Account for the purposes of paragraph 1;
- (ii) loans, deposits, and other types of investments made by Contributors to the Account to generate income to be used for the purposes of paragraph 1; and
- (iii) net earnings from the investment of resources held in the Account.

Paragraph 4. Contributions to the Account

The Fund may accept contributions of resources to the Account on such terms and conditions as may be agreed between the Fund and the respective Contributors, subject to the provisions of this Account. For this purpose, the Managing Director is authorized to accept grants and enter into loan, deposit, or other types of investment agreements with the Contributors to the Account.

Paragraph 5. Unit of account

The SDR shall be the unit of account.

Paragraph 6. Media of payment of contributions and exchange of resources

- (a) Resources provided to the Account shall be in any freely usable currency or such other media as may be agreed by the Fund and the Contributor.
- (b) Resources held in the Account may be currencies or currencies exchanged for SDRs in accordance with such arrangements as may be made by the Fund for holding and use of SDRs.
- (c) The Fund may exchange any of the resources held in the Account provided that any balance of a currency held in the Account may be exchanged only with the consent of the issuer of such currency.
- (d) Payments made from the Account shall be made in SDRs or such other media as may be determined by the Fund.

Paragraph 7. Use of the resources

- (a) The resources of the Account (including any net income from the investment of such resources) shall be used to provide grants to PRGF-eligible members that have made postconflict and/or natural disaster emergency assistance purchases under Decision No. 12341-(00/117) (eligible recipients), in order to subsidize to an annual rate of 0.5 percent the rate of charge payable to the Fund on the Fund's holding of the member's currency resulting from those purchases. Only charges payable after the establishment of the Account will be eligible for subsidization. An otherwise eligible recipient will not be eligible for grants under this provision while in arrears to the General Resources Account, the Special Disbursement Account, the SDR Department, or to a Trust administered by the Fund as Trustee. Once arrears are cleared, only charges payable after such clearance will be eligible for subsidization. The subsidization of emergency natural disaster assistance will be provided upon request by eligible recipients.
- (b) The grants will be made available to eligible recipients at the same time as quarterly charges on eligible purchases fall due, subject to the availability of adequate resources in the Account, in an amount sufficient to reduce that quarterly rate of charge to 0.5 percent on an annual basis. If, in any quarter, the resources of the Account are insufficient to subsidize the rate of charge on all eligible purchases to 0.5 percent for that quarter, the subsidy to each eligible recipient shall be pro-rated to bring the effective rate of charge paid after subsidization to the closest common percentage to 0.5 percent.
- (c) Earmarked resources contributed to the Account shall be used in accordance with the terms agreed with the Contributor and shall not be taken into consideration in the determination of the grant subsidy under subparagraph (b) above. An eligible recipient beneficiary of earmarked resources shall not receive a lower grant subsidy than provided under subparagraph (b) above.

Paragraph 8. Authority to invest resources in the Account

- (a) Resources held in the Account and not immediately needed for operations of the Account shall be invested at the discretion of the Managing Director, subject to the provisions of subparagraph (c).
- (b) The Managing Director is authorized (i) to make all arrangements, including the establishment of accounts in the name of the Fund, with such depositories as he deems necessary to carry out the operations of the Account, and (ii) to take all other measures he deems necessary to implement the provisions of this Instrument.

- (c) Investments may be made in any of the following: (i) marketable obligations issued by an international financial organization and denominated in SDRs or in the currency of a member of the Fund; (ii) marketable obligations issued by a member or by a national official financial institution of a member and denominated in SDRs or in the currency of that member; and (iii) deposits with a commercial bank, a national official financial institution of a member, or an international financial institution that are denominated in SDRs or in the currency of a member.

Paragraph 9. Administration of the Account

- (a) Assets held in the Account shall be kept separate from the assets and property of all other accounts of, or administered by, the Fund. The assets and property held in such other accounts shall not be used to discharge or meet any liabilities, obligations, or losses of the Fund incurred in the administration of the Account; nor shall the assets of the Account be used to discharge or meet any liabilities, obligations, or losses incurred by the Fund in the administration of such other accounts.
- (b) The Fund shall maintain separate financial records and prepare separate financial statements for the Account. The financial statements for the Account shall be expressed in SDRs and prepared in accordance with International Accounting Standards.
- (c) The external audit firm selected under Section 20 of the Fund's By-Laws shall audit the operations and transactions conducted through the Account. The audit shall relate to the financial year of the Fund.
- (d) The Fund shall report on the resources and position of the Account in the Annual Report of the Executive Board to the Board of Governors and shall include in that Annual Report the audit report of the external audit firm on the Account.
- (e) Subject to the provisions of this Instrument, the Fund, in administering the Account, shall apply, mutatis mutandis, the same rules and procedures as apply to operations of the General Resources Account of the Fund.

Paragraph 10. Fees

- (a) No charge shall be levied in respect of the services rendered by the Fund in the administration, operation, and termination of this Account.
- (b) All investment costs, including but not limited to costs associated with the exchange of currencies, purchase of securities, and hiring of external asset managers and custodian banks, shall be borne by, and deducted from, the Account.

Paragraph 11. Termination

- (a) The Account may be terminated at any time by the Fund.
- (b) Termination shall be effective on the date that all Contributors have received a notice of termination or on such later date, if any, as may be specified in the notice of termination.
- (c) Any balance remaining in the Account on the date of its termination and after discharge of all obligations of the Account shall be transferred promptly to each of the Contributors in the proportion that the SDR equivalent of its respective contribution bears on the total contributions; except that

- (i) in the case of earmarked contributions that have been fully used no such transfer shall be made, and
- (ii) a Contributor may instruct that its share or a specified portion thereof be utilized for such other purposes as may be mutually agreed between the Contributor and the Managing Director.

Paragraph 12. Amendments

The provisions of this Instrument may be amended by a decision of the Fund. Should the Fund amend the terms and conditions of this Instrument in a manner that changes the purpose for which contributions are to be used, each Contributor shall have the right to withdraw its individual unused contribution in the proportion that the SDR equivalent of its respective contribution bears to the total contributions.

Paragraph 13. Settlement of questions

Any questions arising under this Instrument shall be settled by mutual agreement between the Fund and the Contributors (EBS/05/4, 1/10/05).

Decision No. 13417-(05/5)
Adopted January 21, 2005

Task force on publication of Fund documents and information in languages other than English—establishment

The Executive Board approves the establishment of a task force on publication of Fund documents and information in languages other than English as set forth in EBD/05/12 (2/11/05).

Decision A-12347-(05/15)
Adopted February 15, 2005

Access policy and limits in credit tranches and under Extended Fund Facility—review

1. The Fund has reviewed the guidelines and the limits for access by members to the Fund's general resources in the credit tranches and under the Extended Fund Facility set forth in Decision No. 12932-(03/6), adopted January 31, 2003. Subject to paragraph 2 below, access by members to the Fund's general resources in the credit tranches and under the Extended Fund Facility shall be subject to (a) an annual limit of 100 percent of quota, and (b) a cumulative limit of 300 percent of quota, net of scheduled repurchases. These limits shall not be regarded as targets. Within these limits, the amount of access in individual cases will vary according to the circumstances of the member in accordance with criteria established by the Executive Board.

2. Overall access by members to the Fund's general resources shall be subject to (a) an annual limit of 100 percent of quota, and (b) a cumulative limit of 300 percent of quota, net of scheduled repurchases. The Fund may approve access in excess of the limits set forth in this decision in exceptional circumstances, provided that, at a minimum, the four substantive criteria set forth in BUFF/02/159 (9/20/02) would need to be met to justify such access for members facing a capital account crisis. The procedures set forth in BUFF/02/159 (9/20/02) and BUFF/03/28 (3/5/03) shall apply to all cases involving access in excess of the limits set forth in this decision, and

requests for such access in cases of members not facing a capital account crisis shall be justified in light of the four substantive criteria set forth in BUFF/02/159 (9/20/02).

3. The guidelines for access, the access limits set forth in this decision, and the experience with access in amounts exceeding these limits shall be reviewed no later than April 1, 2007, on the basis of all relevant factors, including the magnitude of members' balance of payments problems and developments in the Fund's liquidity (EBS/05/42, Sup. 1, 3/16/05).

Decision 13462-(05/32)
Adopted April 1, 2005

Access limits under Poverty Reduction and Growth Facility—review

1. Pursuant to BUFF/03/28 (3/5/03), the Fund as Trustee of the Poverty Reduction and Growth Facility Trust (PRGF Trust) has reviewed the maximum limit and the exceptional maximum limit on access to the resources of the PRGF Trust established by Decision No. 8759-(87/176), adopted December 18, 1987, as amended, and decides that these limits remain appropriate. The Fund shall review these limits no later than April 1, 2007 (EBS/05/42, Sup. 1, 3/16/05).

Decision 13463-(05/32)
Adopted April 1, 2005

PRGF Trust—Reserve Account—review

Pursuant to Decision No. 10286-(93/23) ESAF, adopted on February 22, 1993, as amended, the Fund has reviewed the adequacy of the balances in the Reserve Account of the PRGF Trust and determines that they are sufficient to meet all obligations that could give rise to payments from the Account to lenders to the Loan Account of the PRGF Trust in the six months from April 1, 2005, to September 30, 2005 (EBS/05/48, 3/23/05).

Decision 13468-(05/32)
Adopted March 31, 2005

Income position, rate of charge, and burden sharing for rate of charge on use of Fund resources for FY2006

1. Pursuant to Rule I-6(4)(a), effective May 1, 2005, the rate of charge shall be 108 basis points over the SDR interest rate under Rule T-1.

2. The net income target for FY2006 shall be SDR 188 million. Any net income for FY2006 in excess of SDR 188 million shall be used to reduce retroactively the margin over the SDR interest rate for FY2006 determined in paragraph 1 of this decision. If net income for FY2006 is below SDR 188 million, the amount of projected net income for FY2007 shall be increased by the equivalent of the shortfall. For the purpose of this provision, net income shall be calculated without taking into account net operational income generated by surcharges on holdings arising from purchases under the Supplemental Reserve Facility (SRF), the level based surcharges on holdings arising from purchases in the credit tranches and under the Extended Fund Facility, or the effect on income of the implementation of International Accounting Standard 19—Employee Benefits (EBS/05/62, 4/11/05).

Decision 13483-(05/37)
Adopted April 22, 2005

Burden sharing—implementation in FY2006

Section I. Principles of burden sharing

1. The financial consequences for the Fund that stem from the existence of overdue financial obligations shall be shared between debtor and creditor member countries.
2. The sharing shall be applied in a simultaneous and symmetrical fashion (EBS/05/62, 4/11/05).

Section II. Determination of rate of charge

The rate of charge referred to in Rule I-6(4) shall be adjusted in accordance with the provisions of Section IV of this decision and Section IV of Executive Board Decision No. 12189-(00/45), adopted April 28, 2000 (EBS/05/62, 4/11/05).

Section III. Adjustment for deferred charges

Notwithstanding paragraph 1(a) of Section IV of Executive Board Decision No. 12189-(00/45), adopted April 28, 2000, the rate of charge and the rate of remuneration determined under that Section shall be rounded to two decimal places (EBS/05/62, 4/11/05).

Section IV. Amount for Special Contingent Account T-1

1. An amount of SDR 94 million shall be generated during financial year 2006 in accordance with the provisions of this Section and shall be placed to the Special Contingent Account-1 referred to in Decision No. 9471-(90/98), adopted June 20, 1990.
2. (a) In order to generate the amount to be placed to the Special Contingent Account-1 in accordance with paragraph 1 of this Section, notwithstanding Rule I-6(4)(a) and (b) and Rule I-10, the rate of charge referred to in Rule I-6(4) and, subject to the limitation in (b), the rate of remuneration prescribed in Rule I-10 shall be adjusted in accordance with the provisions of this paragraph.
 - (b) Notwithstanding paragraph 1 above, adjustments to the rate of charge and the rate of remuneration under this paragraph shall be rounded to two decimal places. No adjustment in the rate of remuneration under this paragraph shall be carried to the point where the average remuneration coefficient would be reduced below 85 percent for an adjustment period.
 - (c) The adjustments under this paragraph shall be made as of May 1, 2005, August 1, 2005, November 1, 2005, and February 1, 2006; shortly after July 31 for the period May 1 to July 31; shortly after October 31 for the period from August 1 to October 31; shortly after January 31 for the period from November 1 to January 31; shortly after April 30 for the period from February 1 to April 30.

3. (a) Subject to paragraph 3 of Decision No. 8780-(88/12), adopted January 29, 1988, the balances held in the Special Contingent Account-1 shall be distributed in accordance with the provisions of this paragraph to members that have paid additional charges or have received reduced remuneration as a result of the adjustment when there are no outstanding overdue charges and repurchases, or at such earlier time as the Fund may decide.
 - (b) Distributions under (a) shall be made in proportion to the amounts that have been paid or have not been received by each member because of the respective adjustments.
 - (c) If a member that is entitled to a payment under this paragraph has any overdue obligation to the Fund in the General Department at the time of payment, the member's claim under this paragraph shall be set off against the Fund's claim in accordance with Decision No. 8271-(86/74), adopted April 30, 1986, or any subsequent decision of the Fund.
 - (d) Subject to paragraph 4 of Decision No. 8780-(88/12), adopted January 29, 1988, if any loss is charged against the Special Contingent Account-1, it shall be recorded in accordance with the principles of proportionality set forth in (b) (EBS/05/62, 4/11/05).

Section V. Review

The operation of this decision shall be reviewed when the adjustment in the rate of remuneration reduces the remuneration coefficient to the limit set forth in paragraph 2(b) of Section IV of this decision and Section IV of Executive Board Decision No. 12189-(00/45), adopted April 28, 2000 (EBS/05/62, 4/11/05).

Decision 13484-(05/37)
Adopted April 22, 2005

Surcharges on purchases under Supplemental Reserve Facility and in credit tranches and under Extended Fund Facility—disposition of net operating income

For FY2006, after meeting the cost of administering the PRGF Trust, any remaining net operational income generated by the surcharges on holdings arising from purchases under the Supplemental Reserve Facility and the level based surcharges on holdings arising from purchases in the credit tranches and under the Extended Fund Facility shall be placed, after the end of that financial year, to the General Reserve (EBS/05/62, 4/11/05).

Decision 13486-(05/37)
Adopted April 22, 2005

Press communiqués

of the International Monetary and Financial Committee and the Development Committee

International Monetary and Financial Committee of the Board of Governors of the International Monetary Fund

Tenth Meeting, Washington, D.C.
October 2, 2004

1. The International Monetary and Financial Committee held its tenth meeting in Washington, D.C., on October 2, 2004, under the Chairmanship of Mr. Gordon Brown, Chancellor of the Exchequer of the United Kingdom. The Committee welcomes Mr. Rodrigo de Rato as the new Managing Director and looks forward to working closely with him on furthering the goals of global stability and prosperity.

The global economy and financial markets—outlook, risks, and policy responses

2. The Committee welcomes the strengthening and broadening of global economic growth in 2004, supported by a strong upturn in global trade, supportive policies, and favorable financial market conditions. The global expansion is expected to continue at a solid pace provided all countries implement policies and reforms that will promote robust, balanced, and sustainable growth. The Committee notes that downside risks to the recovery have recently increased, stemming in part from the increase and volatility in oil prices. These reflect geopolitical tensions, strong global demand, and market dynamics. The IMF stands ready to assist members that may be adversely affected.

3. The Committee reiterates the desirability of stability in oil markets and prices that are consistent with lasting global prosperity. To this end, it welcomes the decisions by oil-producing countries to continue to expand production and urges further measures to increase capacity, and calls on oil-consuming countries to take measures to promote energy sustainability and efficiency. The Committee also stresses the importance of dialogue between consumers and producers, and of further progress to improve oil market information and transparency.

4. The strength of the global recovery has set the stage for a gradual return to more neutral monetary policies, with the desirable pace and timing of tightening varying across countries, depending on cyclical positions. Continued good communication of policy intentions will be essential to facilitate orderly adjustment in financial markets to higher interest rates, where needed. Inflation remains low and risks to price stability remain moderate. However, policymakers should be ready to contain any inflationary pressures, including from higher commodity prices, thereby ensuring noninflationary growth.

5. All countries should take advantage of the recovery to address medium-term vulnerabilities and challenges with renewed commitment. The Committee considers that bold reforms on a wide front are needed to strengthen fiscal positions, remove structural impediments to growth, support the correction of global imbalances, reduce financial and corporate vulnerabilities, and accelerate poverty reduction.

6. Fiscal consolidation remains a key priority in many countries. In the advanced economies, credible medium-term fiscal frameworks should be based on well-defined policies, and ensure progress on consolidation particularly in good times. Reforms of pension and health care systems will also be critical to address the fiscal pressures from population aging. Although many emerging market countries are making good progress in improving the structure of public debt and strengthening fiscal positions, further efforts are needed to bring public debt down to levels that will build adequate resilience to shocks. Broad tax bases, effective and transparent public expenditure management, and structural measures to boost growth will be important to improve debt sustainability and meet social and infrastructure spending priorities.

7. Structural reforms remain crucial to strengthen the foundations for sustained growth. Most advanced economies should step up their efforts to increase economic efficiency and flexibility to take full advantage of the opportunities from rapid technological change and global integration. Boosting sustainable growth and increasing economic resilience across emerging market countries, depending on country circumstances, will involve completing financial and corporate sector reforms; strengthening banking supervision and developing domestic capital markets; improving the investment climate; and promoting economic diversification. The Committee notes the importance of addressing the economic implications of demographic changes. Depending on country circumstances, policies will need to focus on boosting labor supply, increasing public and private savings, and lifting productivity.

8. Policies to support an orderly resolution of global imbalances are a shared responsibility, and key to reinforcing the basis for more balanced and sustainable growth. The Committee underscores the importance of progress on medium-term fiscal consolidation in the United States, continued structural reforms to boost growth in Europe and Japan, and, in emerging Asia, steps toward greater exchange rate flexibility, supported by continued financial sector reform, as appropriate. Also, improving information and transparency in markets, including the role of hedge funds, would help strengthen market surveillance. The Committee welcomes the recent improvement in Argentina's fiscal position since 2002. The Committee supports that Argentina decisively addresses all the outstanding structural issues in its program, completes a comprehensive and sustainable debt restructuring, and ensures a sustainable medium-term fiscal framework. We welcome the efforts by Argentina toward completing a comprehensive and sustainable debt restructuring and hope for an expeditious conclusion to the process.

9. The Committee emphasizes that, in the coming months, IMF surveillance should focus on a number of key issues, including the impact of higher oil prices, especially on the most vulnerable; the sustainability of medium-term fiscal positions and debt in many members; and managing the policy response to potential inflationary pressures.

10. The Committee calls on all partners to strengthen their commitment to the global effort to reduce poverty. The recent strong growth in most low-income countries is welcome, but the Committee is concerned that in many cases, particularly in sub-Saharan Africa, growth remains inadequate for achieving

the Millennium Development Goals (MDGs).¹ The key challenge for these countries—as recognized in the New Partnership for Africa’s Development—is to press ahead with efforts to further strengthen institutions and governance, to build on the macroeconomic stabilization that has been achieved. The international community needs to support these efforts with more open markets for these countries’ exports, increased and better-coordinated aid and technical assistance, further debt relief, and sound policy advice.

11. An open and inclusive multilateral trading system is central to global growth and economic development, especially for developing countries. The Doha Round offers a unique opportunity for substantial progress toward this objective, and the Committee is encouraged by the recent decisions on negotiating frameworks. We endorse the “July Package” and urge all parties to work toward concrete advances in liberalizing trade, strengthening multilateral trade rules, and reducing trade-distorting subsidies, notably in agriculture. To achieve ambitious trade liberalization will require the full commitment of all parties, in particular strong leadership from the major trading nations and readiness of all countries to embrace the opportunities provided by more open trade. The Committee supports the IMF’s continued role in advocating trade liberalization and assisting members, including through the Trade Integration Mechanism.

Making surveillance more effective and strengthening crisis prevention

12. Effective and evenhanded IMF surveillance across the whole membership is central to promoting high and sustainable growth in member countries and to crisis prevention. The increasing interdependence of the membership reinforces the importance of effective surveillance of systemically important countries and capital markets. The Committee welcomes the progress made in strengthening surveillance, and the steps identified during the recent biennial surveillance review to enhance its overall effectiveness. A focus on implementation is now needed. The Committee calls upon the IMF to continue its efforts to strengthen its economic analysis and policy advice; systematically evaluate the appropriateness of that advice; complement multilateral and bilateral surveillance with a focus on regional issues; improve the quality of the policy dialogue with members (including through increased cross-country analysis where relevant); strengthen communications to markets and the public of the IMF’s policy messages while preserving its role as a candid and confidential advisor; and develop a methodology for better assessing the effectiveness of surveillance.

13. Toward meeting these objectives, the achievement of which should be assessed in the next surveillance review, the Committee agrees that priority should be given to sharpening the focus of Article IV consultations, including a deepening of the discussion of exchange rate issues; enhancing financial sector surveillance; and better integrating debt sustainability analysis and regional and global spillovers into country surveillance. Further progress in reducing balance sheet vulnerabilities and further work on surveillance in low-income countries will also be monitored in the next review of surveillance.

14. Progress in bringing a fresh perspective to the surveillance of program countries should be kept under review, and lessons learned from ex post assessments of program performance should be carefully implemented. It is important to assess the extent to which earlier IMF advice was acted on by countries, taking account of the countries’ views. The Committee looks for-

ward to the forthcoming reviews of the standards and codes initiative and the Financial Sector Assessment Program, reflecting the increasing importance of financial system stability. The Committee calls for a strengthening of efforts to ensure the objectivity of surveillance, including through enhanced debt sustainability analysis covering all member countries.

15. The Committee welcomes consideration of whether there are gaps in the IMF’s range of instruments and policies. It notes the preliminary discussions of possible new modalities for high-frequency policy monitoring and delivering signals on the strength of a member’s economic policies outside the context of an IMF financial arrangement. The Committee notes the role that existing precautionary IMF instruments are playing in signaling the strength of members’ policies, and the possible role for a precautionary PRGF and precautionary and other financing instruments designed to prevent the emergence or spread of capital account crises. It calls for further work on these proposals, including the usefulness and potential demand, in close consultation with potential users, donors, and creditors, and calls for a report at its next meeting.

16. The Committee welcomes the increased adoption of collective action clauses (CACs) in international sovereign bonds, and calls on the IMF to continue to promote progress in this area. It notes recent initiatives aimed at achieving a broad consensus between sovereign issuers and their creditors on voluntary principles for emerging markets’ crisis management and debt restructuring. The Committee looks forward to reviewing further work on general issues of relevance to the orderly resolution of financial crises, including implementation of the IMF’s lending into arrears policy.

Enhancing international support for low-income members

17. The Committee supports the ongoing work to clarify and strengthen the IMF’s role in low-income countries, which should be based on country ownership and close cooperation with other multilateral institutions and bilateral donors. The IMF has an important role in supporting—through policy advice, capacity building, and financial assistance, including debt relief—low-income countries’ efforts to achieve the macroeconomic stability and high growth needed to make progress toward the MDGs. The Committee looks forward to further work on the financing and modalities of the IMF’s engagement with low-income members, including the financing of the PRGF after 2006 to maintain adequate capacity to meet future needs, instruments to help members face shocks, and ways to improve monitoring and signaling. The Committee notes the joint report of the IMF and the World Bank on aid effectiveness and financing modalities. It encourages further analysis by the World Bank and IMF of aid effectiveness, absorptive capacity, results-based measurement mechanisms, and financing modalities and mechanisms to augment aid flows, such as the International Finance Facility, global taxes, and other innovative mechanisms, and looks forward to a further report.

18. The Committee supports continued efforts to strengthen the Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) approach and IMF support to low-income countries under the PRGF. It welcomes the report of the Independent Evaluation Office on the PRSP/PRGF, and the work under way to follow up on its recommendations. To support implementation of the Monterrey Consensus, the Poverty Reduction Strategy (PRS) process should be improved and become better integrated into each country’s domestic policymaking processes, and international assistance, including from the IMF, should become more fully coordinated with domestic economic priorities. The Committee looks forward to the work on improving the role of the IMF in the PRS process, and on the design of policy programs supported by the PRGF. It calls for increased incorporation of poverty and social impact analysis into PRGF-supported programs,

¹As endorsed by heads of state and government in the UN General Assembly on September 8, 2000.

and for more extensive analyses of the sources of and obstacles to growth, and the linkages between poverty reduction and economic growth.

19. The Committee welcomes the progress in providing debt relief under the HIPC Initiative, which has been extended for two more years, encourages eligible countries to take the necessary actions to benefit from the Initiative, and urges full creditor participation. The Committee supports the IMF's and the World Bank's work on a single framework to assist low-income countries' efforts to achieve and maintain robust debt sustainability while pursuing their development objectives. It looks forward to further consideration of outstanding issues in the proposed framework for debt sustainability, before it is made fully operational, and of further debt relief, including its financing.

Other issues

20. The IMF's effectiveness and credibility as a cooperative institution depend on all members having appropriate voice and full participation in its processes. The Committee takes note of the IMF Executive Board's status report regarding work on quotas, voice, and representation. It encourages the Board to consider further issues of voice, quotas, and participation, noting as the Board agreed, that progress will require broad consensus among the shareholders. The Committee recommends completion of the ratification of the Fourth Amendment.

21. The IMF's liquidity is adequate to meet the near-term projected needs of its members, although continued monitoring will be important.

22. The Committee expresses its appreciation of the work of Mr. Montek Singh Ahluwalia as first Director of the Independent Evaluation Office (IEO). It looks forward to continued high-quality reports by the IEO.

23. The 60th anniversary of the IMF is a timely opportunity to reflect on the forces that will help shape the institution's priorities going forward. The Committee welcomes the preliminary consideration by the Executive Board of the work on the IMF's strategic direction initiated by the Managing Director, and looks forward to a discussion at its next meeting. It also welcomes the continuing progress in reforming the IMF's budgetary framework.

24. The next meeting of the IMFC will be held in Washington, D.C., on April 16, 2005.

International Monetary and Financial Committee attendance

October 2, 2004

Chairman

Gordon Brown

Managing Director

Rodrigo de Rato

Members or Alternates

Ibrahim A. Al-Assaf, Minister of Finance, Saudi Arabia

Mervyn King, Governor, Bank of England, United Kingdom
(Alternate for Gordon Brown, Chancellor of the Exchequer, United Kingdom)

Palaniappan Chidambaram, Minister of Finance, India

Martin Parkinson, Executive Director, Macroeconomic Group, the Treasury, Commonwealth of Australia (Alternate for Peter Costello, Treasurer of the Commonwealth of Australia)

M.R. Pridiyathorn Devakula, Governor, Bank of Thailand

Hans Eichel, Minister of Finance, Germany

Per-Kristian Foss, Minister of Finance, Norway

Francisco Gil-Diaz, Secretary of Finance and Public Credit, Mexico

Ralph Goodale, Minister of Finance, Canada

Sultan Al-Suwaidi, Governor, Central Bank of the United Arab Emirates

(Alternate for Mohamed K. Khirbash, Minister of State for Finance and Industry, United Arab Emirates)

Aleksei Kudrin, Minister of Finance, Russian Federation

Mohammed Laksaci, Governor, Banque d'Algérie

Roberto Lavagna, Minister of Economy and Production, Argentina

Tito Titus Mboweni, Governor, South African Reserve Bank

Hans-Rudolf Merz, Minister of Finance, Switzerland

Antonio Palocci, Minister of Finance, Brazil

Didier Reynders, Minister of Finance, Belgium

Nicolas Sarkozy, Minister of State, Minister of Economy, Finance, and Industry, France

Domenico Siniscalco, Minister of Economy and Finance, Italy

John W. Snow, Secretary of the Treasury, United States

Sadakazu Tanigaki, Minister of Finance, Japan

Paul Toungui, Minister of State, Minister of Finance, Economy, Budget, and Privatization, Gabon

Gerrit Zalm, Minister of Finance, the Netherlands

Zhou Xiaochuan, Governor, People's Bank of China

Observers

Mohammad Alipour-Jeddi, Head, Petroleum Market Analysis Department, Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC)

Joaquin Almunia Amann, Commissioner, European Commission

Roger W. Ferguson, Chairman, Financial Stability Forum (FSF)

Heiner Flassbeck, Officer-in-Charge, Division on Globalization and Development Strategies, United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD)

John William Hancock, Counsellor, World Trade Organization (WTO)

Donald J. Johnston, Secretary-General, Organization for Economic Cooperation and Development (OECD)

Malcolm D. Knight, General Manager, Bank for International Settlements (BIS)

Trevor Manuel, Chairman, Joint Development Committee

José Antonio Ocampo, Under Secretary-General, Department of Economic and Social Affairs, United Nations (UN)

Juan Somavia, Director-General, International Labor Organization (ILO)

Jean-Claude Trichet, President, European Central Bank (ECB)

James D. Wolfensohn, President, World Bank

Eleventh Meeting, Washington, D.C. April 16, 2005

1. The International Monetary and Financial Committee held its eleventh meeting in Washington, D.C., on April 16, 2005, under the Chairmanship of Mr. Gordon Brown, Chancellor of the Exchequer of the United Kingdom.

The global economy and financial markets—outlook, risks, and policy responses

2. The Committee welcomes the continuing global economic expansion, underpinned by supportive macroeconomic policies, improving corporate balance sheets, and benign financial market conditions. While returning to a more sustainable pace, global growth will likely remain robust in 2005. The Committee notes, however, that widening imbalances across regions and the continued rise in oil prices and oil market volatility have increased risks. The potential for a sharper-than-expected rise in long-term interest rates from their

very low levels and for increased exchange rate volatility also calls for vigilance. The Committee emphasizes that in the coming months IMF surveillance should focus on promoting policies for reducing global imbalances over time; addressing the impact of higher oil prices, in particular on the most vulnerable countries; managing the policy response to potential inflationary pressures; and ensuring the sustainability of medium-term fiscal frameworks.

3. The Committee reiterates that all countries have a shared responsibility to take advantage of the current favorable economic conditions to address key risks and vulnerabilities. To ensure orderly adjustment of global imbalances and to help achieve more sustainable external positions and stronger medium-term growth, the Committee calls for concrete actions by all to implement the agreed policy response in a timely and effective manner. This includes fiscal consolidation to increase national savings in the United States; greater exchange rate flexibility as appropriate, supported by continued financial sector reform, in emerging Asia; further structural reforms to boost growth and domestic demand in Europe; and further structural reforms, including fiscal consolidation, in Japan.

4. The Committee notes that conditions in the oil market will remain tight in the medium term, reflecting strong global demand, low excess capacity, and supply concerns even after investments in some countries. It underscores the importance of stability in oil markets for global prosperity, and recognizes the impact of higher oil prices especially on poorer communities. In this context, the Committee calls for efforts to remove disincentives to investment in oil production and refining capacity, and to promote energy sustainability and efficiency, including through new technologies and removing barriers to the development of alternative fuels. It encourages closer dialogue between oil exporters and importers, and further efforts to improve oil market data and transparency.

5. Inflation remains relatively subdued in most countries, reflecting in part greater credibility of monetary policy. However, with inflationary pressures likely to increase as the expansion matures, a smooth transition to more neutral interest rates remains a priority in many countries, although the appropriate timing and pace will vary, depending on countries' cyclical positions. In countries receiving strong capital inflows, exchange rate flexibility would facilitate monetary management.

6. Steps to strengthen fiscal positions within sound frameworks and address structural weaknesses will also be critical for supporting medium-term growth and macroeconomic stability, and meeting demographic challenges. Fiscal deficits remain high in many industrial countries and should be reduced. In emerging markets, fiscal indicators have generally improved, but in countries with high levels of public debt continued efforts will be needed to reduce them to more sustainable levels. In both industrial and developing economies, structural reforms need to be advanced to remove rigidities and ensure sustainable growth. The Committee welcomes Argentina's rapid recovery. The recent debt exchange offer represents an important step toward the long-term goal of sustainable growth. Argentina will now need to formulate a forward-looking strategy to resolve the remaining arrears outstanding to private creditors consistent with the IMF's lending into arrears policy, and to continue with necessary structural reforms.

7. Poverty reduction must remain at the top of the international agenda. The Committee welcomes the strong growth performance across developing countries, particularly in sub-Saharan Africa, but notes with concern that most of them are at risk of falling well short of the Millennium Development Goals (MDGs).² With improved macroeconomic stability in most countries,

²As endorsed by heads of state and government in the UN General Assembly on September 8, 2000.

the key challenge remains to press ahead with reforms to strengthen the investment environment and foster private sector-led growth. The global community, in turn, needs to support these reform efforts through meeting commitments to increased and better coordinated financial and technical assistance, further debt relief, policies to improve remittance flows, and improved market access for developing countries.

8. The Committee emphasizes that successful and ambitious multilateral trade liberalization is central to sustained global growth and economic development. The immediate priority is for WTO members to translate the mid-2004 framework agreements into a viable policy package in time for the December 2005 WTO Ministerial Conference. The Committee encourages Doha participants to aim for ambitious and comprehensive results, notably in agriculture; substantial reductions in barriers to other trade, including liberalization in financial and other services; and strengthened multilateral trade rules. The Committee supports the IMF's continued role in advocating trade liberalization and assisting members to benefit from it. It encourages the IMF to work with other partners in the Integrated Framework to explore further ways of easing adjustment to trade liberalization, including through the Trade Integration Mechanism, and building capacity in low-income countries. The Committee looks forward to consideration of proposals at its next meeting.

Shaping the IMF's strategic direction

9. The Committee welcomes the discussions under way on the IMF's medium-term strategy, and looks forward to reaching conclusions by the 2005 Annual Meetings and further reflection on longer-term issues. The Committee agrees that the central elements of the IMF's mandate as set out in its Articles of Agreement remain as important as ever. The challenge is to enhance the IMF's effectiveness in pursuing its core objectives, while continuing to adapt to changing global economic circumstances. This would ensure that the IMF remains relevant for all its members, which would further foster the coherence, credibility, and evenhandedness of the IMF.

10. The Committee calls for further work on the following emerging priorities that will help shape the institution's strategic direction:

- Surveillance is a central task of the IMF and determined efforts are required to enhance its effectiveness and impact, building on the conclusions of the Biennial Review of Surveillance. Surveillance should become more focused and selective in analyzing issues, in an evenhanded way across the membership. Regional and global surveillance should play an increasingly important role, and be better integrated with bilateral surveillance.
- Work on financial sector issues and international capital markets should be further strengthened to reduce vulnerabilities and promote financial stability. This, including the Financial Sector Assessment Program, should be integrated more fully into surveillance and other activities, and complemented by advice to members on ways to improve access to international capital markets and on orderly capital account liberalization.
- The IMF's lending function is a central pillar of its mandate. All lending should be selective and anchored in strong country ownership and institutional frameworks, putting members firmly on the road to external viability. The Committee looks forward to further reflection on how the needs of members could be met through IMF arrangements, and whether new instruments or revisions to existing facilities are required.
- The IMF has a critical role to play in helping low-income countries in their efforts to reduce poverty and achieve strong, sustainable growth through sound policies and institutions for macroeconomic stability. Efforts should continue to adapt the IMF's activities and instruments to

the special circumstances and challenges of low-income countries, based on strong cooperation and clarity of responsibilities with the World Bank.

- The IMF must meet the highest standards of internal management, control, auditing, and governance. This will require further deepening of budget reforms, further work on the IMF's finances and financial structure, and efficient deployment of resources to reflect priorities. The Committee also looks forward to further work on risk management and control, and personnel management systems.
- The IMF's effectiveness and credibility as a cooperative institution must be safeguarded and further enhanced. Adequate voice and participation by all members should be assured, and the distribution of quotas should reflect developments in the world economy. The Committee emphasizes that the period of the Thirteenth General Review of Quotas provides an opportunity for the membership to make progress toward a consensus on the issues of quotas, voice, and participation.

IMF support for low-income members' efforts toward poverty reduction and strong, sustainable growth

11. The Committee underscores the conclusion of this year's *Global Monitoring Report* that bold actions are urgently needed by the developing countries and their partners to realize the MDGs. The U.N. Summit in September 2005 will mark an important milestone to review progress and lay out actions going forward. The IMF has a critical role in supporting—through policy advice, capacity building, and financial assistance, including debt relief—low-income countries' efforts to achieve macroeconomic stability, debt sustainability, and strong, sustainable high growth needed to make progress toward the MDGs.

12. Work is under way to refine the operational aspects of the Poverty Reduction Strategy (PRS) approach, improve the design of PRGF-supported programs, and enhance PRGF-PRS alignment. This will be underpinned by more extensive analyses of the sources of and obstacles to growth, and of the linkages between growth and poverty reduction. The Committee looks forward to further work to ensure adequate financing of the PRGF to meet future demands as assessed by the IMF, and other IMF instruments to assist low-income countries, including to help members deal with shocks. It also looks forward to further work on a policy monitoring arrangement to enhance the IMF's signaling role for countries that do not need or want IMF financing.

13. The Committee supports work by the IMF and World Bank on aid effectiveness and financing modalities. On innovative sources of development financing, such as the International Finance Facility (IFF) and its pilot—the IFF for immunization—global taxes which could also refinance the IFF, the Millennium Challenge Account, and other financing measures, it welcomes the joint IMF and World Bank note outlining progress that has been made. The Committee asks to be kept informed of the further work ahead of the U.N. Summit.

14. The Committee notes the recent progress in providing debt relief under the HIPC Initiative. It encourages countries to take the necessary actions to benefit from the Initiative, and urges full creditor participation. The Committee supports the joint IMF-World Bank framework to assist low-income countries' efforts to achieve and maintain debt sustainability while pursuing their development objectives, and a review of experience under the framework.

15. The Committee welcomes the IMF's work and the preliminary discussion of key issues regarding proposals for further multilateral debt relief and its financing options, and calls for further discussion with shareholders and examination of these issues, including the possible use of the IMF's resources, by the time of its next meeting. It notes that any possible further debt relief from the IMF should be part of a wider international effort.

Other issues

16. The Committee welcomes progress toward meeting the objectives of IMF surveillance identified at its last meeting, including in the areas of exchange rate issues, financial sector surveillance, better integrating debt sustainability analysis and regional and global spillovers into country surveillance, and balance sheet vulnerabilities. It also welcomes the *Sub-Saharan Africa Regional Economic Outlook*. The Committee looks forward to the upcoming review of the Standards and Codes Initiative to assess its effectiveness in informing surveillance, enhancing crisis prevention, and strengthening countries' institutions.

17. The Committee welcomes the increased adoption of collective action clauses in international sovereign bonds, and calls on the IMF to continue to promote progress in this area. It notes the "Principles for Stable Capital Flows and Fair Debt Restructuring in Emerging Markets" being developed by a number of sovereign issuers and the investor community, and encourages further efforts to improve the Principles aimed at achieving a broad consensus. The Committee looks forward to further work on the orderly resolution of financial crises, including the implementation of the IMF's lending into arrears policy.

18. The Committee takes note of the recent review of IMF conditionality, including the design of IMF-supported programs. Progress has been made in streamlining conditionality and fostering national ownership. The Committee encourages the IMF to incorporate the findings of the review into its operational work, and to deepen further its analysis of key elements of program design.

19. The Committee recommends completion of the ratification of the Fourth Amendment.

20. The Committee wishes to thank James Wolfensohn for his great contribution as President of the World Bank. During his time at the helm of the Bank, great strides have been made in cooperation and partnership between the IMF and the World Bank, and in progress toward realizing our dream of a world free of poverty.

21. It is expected that the next meeting of the IMFC will be held in Washington, D.C., on September 23, 2005.

International Monetary and Financial Committee attendance

April 16, 2005

Chairman

Gordon Brown

Managing Director

Rodrigo de Rato

Members or Alternates

Burhanuddin Abdullah, Governor, Bank of Indonesia

Hamad Al-Sayari, Governor, Saudi Arabian Monetary Agency

(Alternate for Ibrahim A. Al-Assaf, Minister of Finance, Saudi Arabia)

Thierry Breton, Minister of Economy, Finance and Industry, France

Mervyn King, Governor, Bank of England, United Kingdom

(Alternate for Gordon Brown, Chancellor of the Exchequer, United Kingdom)

Palaniappan Chidambaram, Minister of Finance, India

Hans Eichel, Minister of Finance, Germany

Nicolás Eyzaguirre, Minister of Finance, Chile

Per-Kristian Foss, Minister of Finance, Norway

Ralph Goodale, Minister of Finance, Canada

Dong-Soo Chin, Deputy Minister for International Affairs, Korea
(Alternate for Duck-Soo Han, Deputy Prime Minister and Minister of Finance and Economy, Korea)

Sultan Al-Suwaidi, Governor, United Arab Emirates Central Bank
(Alternate for Mohamed K. Khirbash, Minister of State for Finance and Industry, United Arab Emirates)

Aleksei Kudrin, Minister of Finance, Russian Federation

Mohammed Laksaci, Governor, Banque d'Algérie

Tito Titus Mboweni, Governor, South African Reserve Bank

Hans-Rudolf Merz, Minister of Finance, Switzerland

Antonio Palocci, Minister of Finance, Brazil

Armando León, Director, Board of Directors, Central Bank of Venezuela
(Alternate for Gastón Parra Luzardo, President, Central Bank of Venezuela)

Didier Reynders, Minister of Finance, Belgium

Domenico Siniscalco, Minister of Economy and Finance, Italy

John W. Snow, Secretary of the Treasury, United States

Sadakazu Tanigaki, Minister of Finance, Japan

Paul Toungui, Minister of State, Minister of Finance, Economy, Budget, and Privatization, Gabon

Gerrit Zalm, Minister of Finance, Netherlands

Li Ruogu, Deputy Governor, People's Bank of China
(Alternate for Zhou Xiaochuan, Governor, People's Bank of China)

Observers

Joaquín Almunia, Commissioner, Economic and Monetary Affairs
European Commission

Roger W. Ferguson, Jr., Chairman, Financial Stability Forum (FSF)

Heiner Flassbeck, Officer-in-Charge, Division on Globalization and Development Strategies, United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD)

John Hancock, Counsellor, Trade and Finance, Trade Facilitation Division, World Trade Organization (WTO)

Donald J. Johnston, Secretary-General, Organization for Economic Cooperation and Development (OECD)

Malcolm D. Knight, General Manager, Bank for International Settlements (BIS)

Trevor Manuel, Chairman, Joint Development Committee

José Antonio Ocampo, Under-Secretary-General, Department of Economic and Social Affairs, United Nations (UN)

Geoffrey Skipper, Senior Research Analyst, Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC)
(Alternate for Alipour-Jeddi, Head, Petroleum Market Analysis Department, Organization of the Petroleum Exporting Countries, (OPEC))

Juan Somavia, Director-General, International Labor Organization (ILO)

Jean-Claude Trichet, President, European Central Bank (ECB)

James D. Wolfensohn, President, World Bank

Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries (Development Committee)

Seventieth Meeting, Washington, D.C.
October 2, 2004

1. As we celebrate the 60th anniversary of the Bretton Woods Institutions and approach the fifth anniversary of the UN Millennium Declaration, we commit ourselves to supporting efforts by developing countries to pursue sustainable growth, sound macroeconomic policies, debt sustainability, open trade,

job creation, poverty reduction, and good governance. These actions need to be reinforced by stronger international action and partnerships, including reforming trade; more, and more effective, aid; and stronger private flows in order to make progress on the Millennium Development Goals.³ We remain concerned that most MDGs will not be met by most developing countries.

2. Global economic growth is strong, supported by exceptionally robust growth in developing countries, as the world benefits from the significant reforms undertaken by many countries over recent years. Private sector-driven growth resulting in new jobs and higher tax revenues, which can be used to finance poverty-reducing public expenditures, is critical to the success of country-led efforts to reduce global poverty. Success in the Doha Development Agenda can only complement these developments, and we stress the importance of translating the recently agreed WTO frameworks into tangible results. We urge all countries, developing and developed, to participate fully in the negotiations and urge the IMF and World Bank to continue to support work to this end, and to help developing countries assess the impact and to provide additional support to address potential adjustment costs.

3. To help developing countries take advantage of the new opportunities that can arise from a better economic setting and to strengthen the foundations for economic growth, we welcome the renewed focus being given by the World Bank Group to private sector development, improving the investment climate, and strengthening financial sectors, and urge the Bank to continue to translate this into country operations. Complementing macroeconomic stability, capacity building and a greater results focus in public services and institutions and improving the quality of governance, successful private sector investment, social development as well as gender equality are key to accelerating pro-poor growth. We note the important role played by remittances in this context. We urge the Bank to intensify its analytical work on the potential sources of growth and ways to mobilize them and to help countries build the relevant analytical capacity.

4. Strengthening the foundations for growth will also critically depend on addressing large infrastructure needs in many countries. We welcome the Bank Group's plans to scale up activities in implementing the Infrastructure Action Plan and urge accelerated support of country efforts in accordance with the Bank's safeguards. We emphasized the importance of addressing maintenance and other costs to ensure the sustainability of infrastructure investments. We also stressed the need to pursue—together with the IMF—efforts to increase fiscal space for public infrastructure investments within limits of fiscal prudence and debt sustainability. We also endorse further Bank engagement to meet infrastructure needs at the regional and sub-sovereign levels, enhancing application of risk mitigation instruments, and continuing efforts to offer a more complete and seamless client product line across the World Bank Group; accordingly, we urge the Bank to present options to its Board to move this agenda forward concretely. These actions will be particularly important in enhancing the Bank's support for development in middle-income countries, as well as in low-income countries.

5. These and other actions required to lay the basis for sustained stronger growth are critical to our ability to achieve the MDGs, as is progress in providing effective health systems (in particular tackling HIV/AIDS, malaria, and other communicable diseases), education for all, and other basic social services. We noted the special needs of low-income countries under stress (LICUS), where technical assistance is especially necessary to strengthen weak policies and institutions. We look forward to reviewing progress in all these areas in the second Global Monitoring Report at our next meeting.

³As endorsed by heads of state and government in the UN General Assembly on September 8, 2000.

6. We agree that reform efforts in developing countries must be supported by improved aid effectiveness, increased aid and other financial flows, and coherent policies to achieve development results. The international community has agreed to harmonize and align their support behind country-owned development strategies, streamline the use of conditionality, increase the focus on results, and use country systems where appropriate. We are committed to using the Second High-Level Forum on Harmonization in Paris next spring to translate these agreements into clear and specific commitments and timetables and call for the development of indicators and benchmarks to monitor the participation of all partners in this effort at the country level.

7. We must also enhance our efforts to help developing countries build capacity and address absorptive capacity constraints. We welcome the progress achieved to date in implementing the Poverty Reduction Strategy (PRS) process as indicated in recent independent evaluations. We note the important challenges that remain in implementing the approach fully and effectively both at the country level and in the Bank and Fund and among other development partners, and welcome the revisions to the PRS architecture to help achieve this. One area that deserves closer attention in next year's PRS report is the continued efforts by the Bank and Fund to streamline their aggregate conditionality. We also call on the Bank to review its own policy and practice on conditionality and report at our meeting in Fall 2005.

8. The provision of additional, predictable, and timely financial assistance to countries committed to sound policies remains a critical issue, particularly for sub-Saharan Africa. We urge those donors who have not yet done so to make concrete efforts toward the target of 0.7 percent of GNP as ODA. We welcome the progress announced by some countries, including, in some cases, the setting of clear timetables to achieve this objective. We also reaffirm our commitment to a substantial and timely replenishment of IDA, recognizing the critical timetable to reach the MDGs.

9. To address the needs for additional stable and predictable financing to help developing countries undertake ambitious investment plans to meet the MDGs and to finance associated recurrent costs where appropriate, we reviewed proposals to complement increased aid flows and commitments with innovative mechanisms. We welcomed the World Bank and IMF analysis of these options, notably the International Finance Facility, global taxes and voluntary contributions, including the analysis of their technical feasibility. We also took note of the international meeting on Action Against Hunger and Poverty convened by President Lula on September 20, 2004, in New York. We ask the Bank and the Fund to continue their work and report at the next meeting on how to take such options forward. We also encourage the Bank to explore the potential for increasing leverage through blending aid with other flows, including MDB lending.

10. Debt sustainability is an essential underpinning for growth. We reviewed progress under the enhanced HIPC Initiative, welcomed the recent decision to extend the sunset clause, and urged full creditor participation. We welcome the development of a forward-looking debt sustainability framework that aims to help low-income countries manage their borrowings and avoid a buildup of unsustainable debt while pursuing the MDGs. We stressed the need to provide resources to low-income countries on appropriate terms, including the degree of concessionality and level of grant financing. We look forward to further work on the remaining issues by the Bank and the Fund to make the framework operational as soon as possible. We underscore the need for joint Bank/Fund Debt Sustainability Analyses (DSAs) (based on a clear division of labor) to provide countries, and their development partners, with clear and coherent analysis and guidance. We also urge the Bank and the Fund to accelerate their work on means to help mitigate the impact of exogenous shocks on low-income countries and to report to their Boards at an early date.

11. We also reviewed reports from our Boards with respect to their work on enhancing the voice and participation of developing and transition countries in our institutions. This work takes place within a broader context of reflections on how best to address governance issues within the international community. We welcomed the progress to date in making Bank and Fund operations more responsive to borrowers' needs. We urge the Boards to cooperate closely together in exploring all relevant options and to strive to achieve consensus among all members. We look forward to receiving a report regarding the feasibility of these options, to allow us to address the necessary political decisions at our next meeting.

12. The next meeting of the Committee will be held in Washington, D.C., on April 17, 2005.

Seventy-first Meeting, Washington, D.C. April 17, 2005

1. As we approach the fifth anniversary of the UN Millennium Declaration, we met to review progress toward the MDGs,⁴ based on an assessment in the second annual Global Monitoring Report. We reaffirmed our strong support for the strategies and decisions agreed in Doha, Monterrey, and Johannesburg, which set out a framework for fighting poverty and achieving the internationally agreed goals. We welcome the continued active involvement of the Bank and the Fund in the preparations for and the proceedings at the UNGA Special Session on Financing for Development, as well as the UN High-Level Millennium Review in New York in September.

2. We welcomed the progress achieved on actions by both developing and developed countries. These actions have contributed to the strongest global economic growth in over three decades. However, overall progress has been uneven and slower than envisaged. Without tangible action to accelerate efforts, the vision of the Millennium Declaration will not be realized. At stake are prospects not only for hundreds of millions of people to escape poverty, disease, illiteracy, and gender inequality but also for long-term global security and peace, which are intimately linked to development.

3. All regions face significant challenges, but we welcomed the Report's focus on sub-Saharan Africa as the region farthest from achieving the MDGs. We also welcomed the recent Report of the Commission for Africa. We are encouraged that real growth in sub-Saharan Africa increased in 2004 to an eight-year high of 5 percent and inflation has fallen to a historical low. The challenge is to accelerate and sustain growth and development through sound policy frameworks. We welcomed the IFC's Strategic Initiative for Africa, including the recently approved Private Enterprise Partnership Facility. We call upon the Bank to undertake further analytical and institutional work, together with partners, to develop an ambitious action plan for Africa for consideration by our next meeting.

4. Many developing countries are taking actions to strengthen policies and institutions that provide not only benefits but also valuable experience for others. We endorsed the emphasis on country-led and owned development strategies and urged that MDGs be operationalized in poverty reduction strategies, linked to medium-term budgetary frameworks. Macroeconomic stability remains critical, as is the need to strengthen public sector financial management, promote good governance including combating corruption and promoting the rule of law, improve business climate and regulation, and develop local financial markets, so as to enable private sector-led economic

⁴As endorsed by heads of state and government in the UN General Assembly on September 8, 2000.

growth. Environmental sustainability remains critical and should also be addressed in domestic policies and programs, as well as through international action. We recognize the importance of all countries integrating climate concerns into their policy planning.

5. A major scaling up of education (in particular through the Education For All Fast Track Initiative), health and basic infrastructure services, including water and sanitation, is fundamental to meeting key development goals. We noted with concern the failure to meet the target date for achieving gender parity in primary and secondary education. We called upon bilateral donors and multilateral agencies to provide timely, predictable, and sustained financing to support these efforts. We reconfirmed the importance of efforts to help developing countries build capacity and address absorptive capacity constraints.

6. We have in the past highlighted the critical importance of scaling up infrastructure investment in developing countries as a means of promoting economic growth and achieving the MDGs, and have endorsed the Infrastructure Action Plan of the World Bank. With a view to removing such impediments as may exist in enabling the Bank to scale up the infrastructure work, we look forward to reviewing implementation of the Action Plan at our next meeting, including the results of the ongoing work of the IMF and Bank on how to increase fiscal space for growth.

7. To complement these actions, developed countries must meet their commitments to help accelerate progress. We underlined the vital importance of an ambitious outcome for the Doha Development Agenda and the successful completion of the negotiations in 2006. Improving trade opportunities and market access for agriculture, industrial products, and services will be critical. We stressed the need for "aid for trade" and we call on the Bank and Fund to work with others to develop proposals to help developing countries adjust to and take advantage of the Round, for consideration by our next meeting. We also recognized the benefits to developing countries from reducing developing country trade barriers and of strengthening south-south trade.

8. Financing the development agenda remains a significant challenge, requiring sustained action on domestic resource mobilization, private investment, and trade. We welcomed the Bank's work program to improve analysis and statistics on remittances, labor mobility, and migration, and to address impediments to remittance flows. We emphasized that a significant increase in aid will also be needed for accelerated progress toward the MDGs. We welcomed the successful conclusion of the IDA-14 replenishment as an important step in mobilizing additional resources and called on donors to finalize their commitments. We noted the further work on the impact of exogenous shocks on low-income countries and small vulnerable states and we look forward to further proposals in the context of the IDA-14 mid-term review on what options are available to operationalize these proposals.

9. We also welcomed the agreement by the Bank and Fund on a joint forward-looking framework for assessing debt sustainability in low-income countries. We welcomed recent proposals for additional debt and debt service relief. We agreed that further debt relief beyond HIPC is needed in specific cases to secure long-term debt sustainability and support progress toward the MDGs. We ask the Bank and Fund to examine these proposals for the Annual Meetings.

10. We confirmed our commitment to deliver on the pledges made at and after Monterrey to raise levels of ODA. We urged those donors that have not done so to make concrete efforts toward the target of 0.7 percent of GNI as ODA.

11. We welcomed further work on innovative sources of development financing. We noted that negotiations among interested parties on the proposed pilot IFF for Immunization are well advanced; and the analysis of technical feasibility of the IFF has created the conditions for the necessary political decisions on participation. We encourage interested donors to proceed with these proposals. Potential participants believe that global tax mechanisms to finance development may be feasible and desirable, while other members do not. We noted the analysis of the economic rationale, technical feasibility, and moderate coalition size needed for some of the global tax proposals. Building upon the existing political momentum in some countries, we invite the Bank and the Fund to deepen their analysis of the most promising nationally applied and internationally coordinated taxes for development for the Annual Meetings, as an input into the consideration of a pilot case for interested countries.

12. We also underlined the importance of further action by multilateral development partners, including support for the PRS process in low-income countries, aligning assistance better with medium-term country strategies, streamlining conditionality, building institutional capacity, and strengthening the focus on development results. We called for further exploration of blending arrangements, for further action to enhance effectiveness, and for continued progress in providing innovative and flexible financial products and high-quality technical assistance and advisory services better matched to the evolving and diverse needs of middle-income countries; and to strengthen the Bank's role in these countries, not least with regard to global public goods.

13. We welcomed the Paris Declaration on Aid Effectiveness, which responded to our earlier call to make firm commitments on the quality of aid. We note the agreement on quantitative indicators. We urged the establishment of targets, as agreed, for each of the indicators for 2010. Concerted collective actions will be required now to translate these into concrete actions at the country level and we called on the Bank to show leadership by example, in implementing the Paris framework. We welcomed the increasing use of country systems, where appropriate, as a means to enhance harmonization and reduce the cost of doing business.

14. Enhancing voice and participation of developing and transition countries in the Bank and the Fund remains a continuing concern. Progress can only be made through broad consensus at the political level. We noted the further efforts by the Boards in this regard and will return to this issue at our next meeting in the light of progress.

15. We appreciate the efforts of the global community to counter the effects of the deadly tsunami that wreaked havoc in the Indian Ocean region. The tragedy reminded us that the poorest people tend to be the most vulnerable to natural disasters. We called for a continued focus on the challenge of accelerating the reconstruction and recovery process in the region, and restoring livelihoods and on designing projects for disaster preparedness and risk mitigation.

16. A strong and effective multilateral system is essential in the fight against global poverty. We expressed our deep appreciation for the talented leadership of Jim Wolfensohn as he approaches the end of his term at the Bank and wish him success in his new role as Special Envoy for Gaza Disengagement. We also congratulate Paul Wolfowitz on his selection as President and look forward to working with him.

17. The next meeting of the Committee will be held in Washington, D.C., on September 24, 2005.

Executive Directors and voting power

April 30, 2005

Director Alternate	Casting votes of	Votes by country	Total votes ¹	Percent of IMF total ²
Appointed				
Nancy P. Jacklin Meg Lundsager	United States	371,743	371,743	17.08
Shigeo Kashiwagi Michio Kitahara	Japan	133,378	133,378	6.13
Karlheinz Bischofberger Gert Meissner	Germany	130,332	130,332	5.99
Pierre Duquesne Olivier Cuny	France	107,635	107,635	4.95
Tom Scholar Andrew Hauser	United Kingdom	107,635	107,635	4.95
Elected				
Willy Kiekens (Belgium) Johann Prader (Austria)	Austria	18,973		
	Belarus	4,114		
	Belgium	46,302		
	Czech Republic	8,443		
	Hungary	10,634		
	Kazakhstan	3,907		
	Luxembourg	3,041		
	Slovak Republic	3,825		
	Slovenia	2,567		
	Turkey	9,890	111,696	5.13
Jeroen Kremers (Netherlands) Yuriy G. Yakusha (Ukraine)	Armenia	1,170		
	Bosnia and Herzegovina	1,941		
	Bulgaria	6,652		
	Croatia	3,901		
	Cyprus	1,646		
	Georgia	1,753		
	Israel	9,532		
	Macedonia, former Yugoslav Republic of	939		
	Moldova	1,482		
	Netherlands	51,874		
	Romania	10,552		
	Ukraine	13,970	105,412	4.84
Moisés Schwartz (Mexico) Mary Dager (Venezuela)	Costa Rica	1,891		
	El Salvador	1,963		
	Guatemala	2,352		
	Honduras	1,545		
	Mexico	26,108		
	Nicaragua	1,550		
	Spain	30,739		
	Venezuela, República Bolivariana de	26,841	92,989	4.27
Pier Carlo Padoan (Italy) Miranda Xafa (Greece)	Albania	737		
	Greece	8,480		
	Italy	70,805		
	Malta	1,270		
	Portugal	8,924		
	San Marino	420		
	Timor-Leste	332	90,968	4.18

Director Alternate	Casting votes of	Votes by country	Total votes ¹	Percent of IMF total ²	
Elected (continued)					
Kevin G. Lynch (Canada) Charles X. O'Loghlin (Ireland)	Antigua and Barbuda	385			
	Bahamas, The	1,553			
	Barbados	925			
	Belize	438			
	Canada	63,942			
	Dominica	332			
	Grenada	367			
	Ireland	8,634			
	Jamaica	2,985			
	St. Kitts and Nevis	339			
	St. Lucia	403			
St. Vincent and the Grenadines	333		80,636	3.71	
Jon A. Solheim (Norway) David Fareljus (Sweden)	Denmark	16,678			
	Estonia	902			
	Finland	12,888			
	Iceland	1,426			
	Latvia	1,518			
	Lithuania	1,692			
	Norway	16,967			
	Sweden	24,205		76,276	3.51
Jong Nam Oh (Korea) Richard Murray (Australia)	Australia	32,614			
	Kiribati	306			
	Korea	16,586			
	Marshall Islands	285			
	Micronesia, Federated States of	301			
	Mongolia	761			
	New Zealand	9,196			
	Palau	281			
	Papua New Guinea	1,566			
	Philippines	9,049			
	Samoa	366			
	Seychelles	338			
	Solomon Islands	354			
	Vanuatu	420		72,423	3.33
A. Shakour Shaalan (Egypt) Oussama T. Kanaan (Jordan)	Bahrain	1,600			
	Egypt	9,687			
	Iraq	12,134			
	Jordan	1,955			
	Kuwait	14,061			
	Lebanon	2,280			
	Libya	11,487			
	Maldives	332			
	Oman	2,190			
	Qatar	2,888			
	Syrian Arab Republic	3,186			
	United Arab Emirates	6,367			
	Yemen, Republic of	2,685		70,852	3.26
Sulaiman M. Al-Turki (Saudi Arabia) Abdallah S. Alazzaz (Saudi Arabia)	Saudi Arabia	70,105		70,105	3.22
Hooi Eng Phang (Malaysia) Made Sukada (Indonesia)	Brunei Darussalam	2,402			
	Cambodia	1,125			
	Fiji	953			
	Indonesia	21,043			
	Lao People's Democratic Republic	779			
	Malaysia	15,116			
	Myanmar	2,834			
	Nepal	963			
	Singapore	8,875			
	Thailand	11,069			
	Tonga	319			
Vietnam	3,541		69,019	3.17	

Director Alternate	Casting votes of	Votes by country	Total votes ¹	Percent of IMF total ²
Elected (continued)				
Peter J. Ngumbullu (Tanzania)	Angola	3,113		
	Botswana	880		
Peter Gakunu (Kenya)	Burundi	1,020		
	Eritrea	409		
	Ethiopia	1,587		
	Gambia, The	561		
	Kenya	2,964		
	Lesotho	599		
	Malawi	944		
	Mozambique	1,386		
	Namibia	1,615		
	Nigeria	17,782		
	Sierra Leone	1,287		
	South Africa	18,935		
	Sudan	1,947		
	Swaziland	757		
	Tanzania	2,239		
	Uganda	2,055		
	Zambia	5,141	65,221	3.00
WANG Xiaoyi (China)	China	63,942	63,942	2.94
GE Huayong (China)				
Fritz Zurbrügg (Switzerland)	Azerbaijan	1,859		
Andrzej Raczeko (Poland)	Kyrgyz Republic	1,138		
	Poland	13,940		
	Serbia and Montenegro	4,927		
	Switzerland	34,835		
	Tajikistan	1,120		
	Turkmenistan	1,002		
	Uzbekistan	3,006	61,827	2.84
Aleksei V. Mozhin (Russian Federation)	Russian Federation	59,704	59,704	2.74
Andrei Lushin (Russian Federation)				
Abbas Mirakhor (Islamic Republic of Iran)	Afghanistan, Islamic Republic of	1,869		
Mohammed Dairi (Morocco)	Algeria	12,797		
	Ghana	3,940		
	Iran, Islamic Republic of	15,222		
	Morocco	6,132		
	Pakistan	10,587		
	Tunisia	3,115	53,662	2.47
Murilo Portugal (Brazil)	Brazil	30,611		
Roberto Steiner (Colombia)	Colombia	7,990		
	Dominican Republic	2,439		
	Ecuador	3,273		
	Guyana	1,159		
	Haiti	1,069		
	Panama	2,316		
	Suriname	1,171		
	Trinidad and Tobago	3,606	53,634	2.46
B.P. Misra (India)	Bangladesh	5,583		
Amal Uthum Herat (Sri Lanka)	Bhutan	313		
	India	41,832		
	Sri Lanka	4,384	52,112	2.39
Héctor R. Torres (Argentina)	Argentina	21,421		
Javier Silva-Ruete (Peru)	Bolivia	1,965		
	Chile	8,811		
	Paraguay	1,249		
	Peru	6,634		
	Uruguay	3,315	43,395	1.99

Director Alternate	Casting votes of	Votes by country	Total votes ¹	Percent of IMF total ²
Elected (concluded)				
Damian Ondo Mañe (Equatorial Guinea)	Benin	869		
Laurean W. Rutayisire (Rwanda)	Burkina Faso	852		
	Cameroon	2,107		
	Cape Verde	346		
	Central African Republic	807		
	Chad	810		
	Comoros	339		
	Congo, Democratic Republic of the	5,580		
	Congo, Republic of	1,096		
	Côte d'Ivoire	3,502		
	Djibouti	409		
	Equatorial Guinea	576		
	Gabon	1,793		
	Guinea	1,321		
	Guinea-Bissau	392		
	Madagascar	1,472		
	Mali	1,183		
	Mauritania	894		
	Mauritius	1,266		
	Niger	908		
	Rwanda	1,051		
	São Tomé and Príncipe	324		
	Senegal	1,868		
	Togo	984		
			30,749	1.41
			2,175,345 ^{3,4,5}	99.97 ⁶

¹Voting power varies on certain matters pertaining to the General Department with use of the Fund's resources in that Department.

²Percentages of total votes (2,176,037) in the General Department and the Special Drawing Rights Department.

³This total does not include the votes of Somalia, which did not participate in the 2004 Regular Election of Executive Directors. The total votes of this member are 692—0.03 percent of those in the General Department and Special Drawing Rights Department.

⁴Liberia's voting rights were suspended effective March 5, 2003, pursuant to Article XXVI, Section 2(b) of the Articles of Agreement.

⁵Zimbabwe's voting rights were suspended effective June 6, 2003, pursuant to Article XXVI, Section 2(b) of the Articles of Agreement.

⁶This figure may differ from the sum of the percentages shown for individual Directors because of rounding.

Changes in membership of the Executive Board

Changes in the membership of the Executive Board between May 1, 2004, and April 30, 2005, were as follows:

Wieslaw Szczuka (Poland) relinquished his duties as Alternate Executive Director to Fritz Zurbrugg (Switzerland), effective May 9, 2004.

Ken Yagi (Japan) relinquished his duties as Executive Director for Japan, effective May 18, 2004.

Shigeo Kashiwagi (Japan) was appointed Executive Director by Japan on June 16, 2004.

Martin A. Brooke (United Kingdom) relinquished his duties as Alternate Executive Director to Tom Scholar (United Kingdom), effective July 9, 2004.

Andrew Hauser (United Kingdom) was appointed Alternate Executive Director to Tom Scholar (United Kingdom), effective July 10, 2004.

Harilaos Vittas (Greece) relinquished his duties as Alternate Executive Director to Pier Carlo Padoan (Italy), effective July 31, 2004.

Miranda Xafa (Greece) was appointed Alternate Executive Director to Pier Carlo Padoan (Italy), effective August 1, 2004.

Andrzej Raczko (Poland) was appointed Alternate Executive Director to Fritz Zurbrugg (Switzerland), effective August 2, 2004.

R. A. Jayatissa (Sri Lanka) relinquished his duties as Alternate Executive Director to B.P. Misra (India), effective August 31, 2004.

Amal Uthum Herat (Sri Lanka) was appointed Alternate Executive Director to B.P. Misra (India), effective September 1, 2004.

Sébastien Boitreaud (France) relinquished his duties as Alternate Executive Director to Pierre Duquesne (France), effective October 6, 2004.

Olivier Cuny (France) was appointed Alternate Executive Director to Pierre Duquesne (France), effective October 7, 2004.

Sri Mulyani Indrawati (Indonesia) relinquished her duties as Executive Director for Brunei Darussalam, Cambodia, Fiji, Indonesia, the Lao People's Democratic Republic, Malaysia, Myanmar, Nepal, Singapore, Thailand, Tonga, and Vietnam, effective October 20, 2004.

Ian E. Bennett (Canada) completed his term of service as Executive Director for Antigua and Barbuda, The Bahamas, Barbados, Belize, Canada, Dominica, Grenada, Ireland, Jamaica, St. Kitts and Nevis, St. Lucia, and St. Vincent and the Grenadines, effective October 31, 2004.

Michael J. Callaghan (Australia) completed his term of service as Executive Director for Australia, Kiribati, Korea, Marshall Islands, the Federated States of Micronesia, Mongolia, New Zealand, Palau, Papua New Guinea, the Philippines, Samoa, Seychelles, the Solomon Islands, and Vanuatu, effective October 31, 2004.

Guillermo Le Fort (Chile) completed his term of service as Executive Director for Argentina, Bolivia, Chile, Paraguay, Peru, and Uruguay, effective October 31, 2004.

Luis Martí (Spain) completed his term of service as Executive Director for Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexico, Nicaragua, Spain, and República Bolivariana de Venezuela, effective October 31, 2004.

Ismaila Usman (Nigeria) completed his term of service as Executive Director for Angola, Botswana, Burundi, Eritrea, Ethiopia, The Gambia, Kenya, Lesotho, Malawi, Mozambique, Namibia, Nigeria, Sierra Leone, South Africa, Sudan, Swaziland, Tanzania, Uganda, and Zambia, effective October 31, 2004.

Sulaiman Al-Turki (Saudi Arabia) was reelected Executive Director by Saudi Arabia, effective November 1, 2004.

Mary Dager (Venezuela) was appointed Alternate Executive Director to Moisés Schwartz (Mexico), effective November 1, 2004.

Peter Gakunu (Kenya) was appointed Alternate Executive Director to Peter J. Ngumbullu (Tanzania), effective November 1, 2004.

Willy Kiekens (Belgium) was reelected Executive Director by Austria, Belarus, Belgium, the Czech Republic, Hungary, Kazakhstan, Luxembourg, the Slovak Republic, Slovenia, and Turkey, effective November 1, 2004.

Jeroen Kremers (Netherlands) was reelected Executive Director by Armenia, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Croatia, Cyprus, Georgia, Israel, the former Yugoslav Republic of Macedonia, Moldova, the Netherlands, Romania, and Ukraine, effective November 1, 2004.

Kevin G. Lynch (Canada) was elected Executive Director by Antigua and Barbuda, The Bahamas, Barbados, Belize, Canada, Dominica, Grenada, Ireland, Jamaica, St. Kitts and Nevis, St. Lucia, and St. Vincent and the Grenadines, effective November 1, 2004.

Abbas Mirakhor (Islamic Republic of Iran) was reelected Executive Director by the Islamic Republic of Afghanistan, Algeria, Ghana, the Islamic Republic of Iran, Morocco, Pakistan, and Tunisia, effective November 1, 2004.

B.P. Misra (India) was reelected Executive Director by Bangladesh, Bhutan, India, and Sri Lanka, effective November 1, 2004.

Aleksei V. Mozhin (Russian Federation) was reelected Executive Director by the Russian Federation, effective November 1, 2004.

Peter J. Ngumbullu (Tanzania), formerly Alternate Executive Director to Ismaila Usman (Nigeria), was elected Executive Director by Angola, Botswana, Burundi, Eritrea, Ethiopia, The Gambia, Kenya, Lesotho, Malawi, Mozambique, Namibia, Nigeria, Sierra Leone, South Africa, Sudan, Swaziland, Tanzania, Uganda, and Zambia, effective November 1, 2004.

Jong Nam Oh (Korea) was elected Executive Director by Australia, Kiribati, Korea, Marshall Islands, the Federated States of Micronesia, Mongolia, New Zealand, Palau, Papua New Guinea, the Philippines, Samoa, Seychelles, Solomon Islands, and Vanuatu, effective November 1, 2004.

Damian Ondo Mañe (Equatorial Guinea) was reelected Executive Director by Benin, Burkina Faso, Cameroon, Cape Verde, Central African Republic,

Chad, Comoros, the Democratic Republic of the Congo, the Republic of Congo, Côte d'Ivoire, Djibouti, Equatorial Guinea, Gabon, Guinea, Guinea-Bissau, Madagascar, Mali, Mauritania, Mauritius, Niger, Rwanda, São Tomé and Príncipe, Senegal, and Togo, effective November 1, 2004.

Pier Carlo Padoan (Italy) was reelected Executive Director by Albania, Greece, Italy, Malta, Portugal, San Marino, and Timor-Leste, effective November 1, 2004.

Murilo Portugal (Brazil) was reelected Executive Director by Brazil, Colombia, the Dominican Republic, Ecuador, Guyana, Haiti, Panama, Suriname, and Trinidad and Tobago, effective November 1, 2004.

Moisés Schwartz (Mexico), formerly Alternate Executive Director to Luis Martí (Spain), was elected Executive Director for Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexico, Nicaragua, Spain, and República Bolivariana de Venezuela, effective November 1, 2004.

A. Shakour Shaalan (Egypt) was reelected Executive Director by Bahrain, Egypt, Iraq, Jordan, Kuwait, Lebanon, Libya, Maldives, Oman, Qatar, the Syrian Arab Republic, the United Arab Emirates, and the Republic of Yemen, effective November 1, 2004.

Javier Silva-Ruete (Peru) was appointed Alternate Executive Director to Héctor Torres (Argentina), effective November 1, 2004.

Jon A. Solheim (Norway) was reelected Executive Director for Denmark, Estonia, Finland, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, and Sweden, effective November 1, 2004.

Made Sukada (Indonesia) was appointed Alternate Executive Director to Sri Mulyani Indrawati (Indonesia), effective November 1, 2004.

Héctor Torres (Argentina), formerly Alternate Executive Director to Guillermo Le Fort (Chile), was elected Executive Director by Argentina, Bolivia, Chile, Paraguay, Peru, and Uruguay, effective November 1, 2004.

WANG Xiaoyi (China) was reelected Executive Director by China, effective November 1, 2004.

Fritz Zurbrügg (Switzerland) was reelected Executive Director by Azerbaijan, the Kyrgyz Republic, Poland, Serbia and Montenegro, Switzerland, Tajikistan, Turkmenistan, and Uzbekistan, effective November 1, 2004.

Hooi Eng Phang (Malaysia) was elected Executive Director by Brunei Darussalam, Cambodia, Fiji, Indonesia, the Lao People's Democratic Republic, Malaysia, Myanmar, Nepal, Singapore, Thailand, Tonga, and Vietnam, effective January 1, 2005.

Benny Andersen (Denmark) relinquished his duties as Alternate Executive Director to Jon A. Solheim (Norway), effective January 2, 2005.

David Farelius (Sweden) was appointed Alternate Executive Director to Jon A. Solheim (Norway), effective January 3, 2005.

Michael H. Reddell (New Zealand) relinquished his duties as Alternate Executive Director to Jong Nam Oh (Korea), effective March 2, 2005.

Richard A. Murray (Australia) was appointed Alternate Executive Director to Jong Nam Oh (Korea), effective March 3, 2005.

Financial statements

April 30, 2005



Deloitte & Touche LLP
 Suite 500
 555 12th Street, NW
 Washington, DC 20004-1207
 USA
 Tel: +1 202 879 5600
 Fax: +1 202 879 5309
 www.deloitte.com

Independent Auditors' Report

To the Board of Governors of the International Monetary Fund Washington, DC

We have audited the accompanying balance sheet of the General Department of the International Monetary Fund (the "Department") as of April 30, 2005, and the related statements of income, changes in reserves and resources, and cash flows for the year then ended. These financial statements are the responsibility of the Department's management. Our responsibility is to express an opinion on these financial statements based on our audit. The Department's financial statements as of and for the year ended April 30, 2004, were audited by other auditors, whose report dated June 14, 2005, expressed an unqualified opinion on those statements and included an explanatory paragraph that described the adoption of International Accounting Standard No. 32 (Revised), *Financial Instruments: Disclosure and Presentation*, and International Accounting Standard No. 39 (Revised), *Financial Instruments: Recognition and Measurement*, as discussed in Note 2 to the financial statements.

We conducted our audit in accordance with International Standards on Auditing and auditing standards generally accepted in the United States of America. Those standards require that we plan and perform the audit to obtain reasonable assurance about whether the financial statements are free of material misstatement. An audit includes consideration of internal control over financial reporting as a basis for designing audit procedures that are appropriate in the circumstances, but not for the purpose of expressing an opinion on the effectiveness of the Department's internal control over financial reporting. Accordingly, we express no such opinion. An audit also includes examining, on a test basis, evidence supporting the amounts and disclosures in the financial statements, assessing the accounting principles used and significant estimates made by management, as well as evaluating the overall financial statement presentation. We believe that our audit provides a reasonable basis for our opinion.

In our opinion, such 2005 financial statements present fairly, in all material respects, the financial position of the General Department of the International Monetary Fund at April 30, 2005, and the results of its operations and its cash flows for the year then ended in conformity with International Financial Reporting Standards.

As discussed in Note 2 to the financial statements, during financial year 2005, the Department adopted International Accounting Standard No. 32 (Revised), *Financial Instruments: Disclosure and Presentation*, and International Accounting Standard No. 39 (Revised), *Financial Instruments: Recognition and Measurement*, and applied the revisions retrospectively from May 1, 2003.

Our audit was conducted for the purpose of forming an opinion on the basic 2005 financial statements taken as a whole. The supplemental schedules listed on pages 161 to 166 are presented for the purpose of additional analysis and are not a required part of the basic financial statements. These schedules are the responsibility of the Department's management. Such 2005 schedules have been subjected to the auditing procedures applied in our audit of the basic financial statements and, in our opinion, are fairly stated in all material respects when considered in relation to the basic financial statements taken as a whole. The 2004 schedules were subjected to auditing procedures by other auditors, whose report dated June 14, 2005, referred to above, stated that such information is fairly stated in all material respects when considered in relation to the basic 2004 financial statements taken as a whole.

June 14, 2005

Member of
 Deloitte Touche Tohmatsu

General Department
Balance sheets
as at April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005	2004		2005	2004
Assets			Liabilities (including quotas)		
Usable currencies	122,388,465	103,261,911	Remuneration payable	247,798	212,654
Credit outstanding (Note 4)	49,853,664	62,152,682	Other liabilities	151,530	100,189
Other currencies	41,244,248	46,671,529	Special Contingent Account (Note 12)	1,589,019	1,495,019
Total currencies (Note 5)	<u>213,486,377</u>	<u>212,086,122</u>	Quotas, represented by:		
SDR holdings	574,310	506,029	Reserve tranche positions (Note 5)	49,848,798	62,856,110
Gold holdings (Note 6)	5,851,771	5,851,771	Subscription payments	<u>163,629,602</u>	<u>149,937,890</u>
Receivables (Note 7)	568,416	517,002	Total Quotas	<u>213,478,400</u>	<u>212,794,000</u>
Other assets (Notes 8 and 15)	709,940	751,655	Total Liabilities (including Quotas)	<u>215,466,747</u>	<u>214,601,862</u>
Investments held in the Special Disbursement Account (Note 9)	2,518,613	2,630,804	Reserves of the General Resources Account	5,724,067	5,110,717
Structural Adjustment Facility loans (Note 4)	45,566	85,908	Resources of the Special Disbursement Account	<u>2,564,179</u>	<u>2,716,712</u>
Total Assets	<u>223,754,993</u>	<u>222,429,291</u>	Total Liabilities, Reserves, and Resources	<u>223,754,993</u>	<u>222,429,291</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

/s/ Michael G. Kuhn
 Director, Finance Department

/s/ Rodrigo de Rato
 Managing Director

General Department
Income statements
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005	2004
Operational income		
Interest and charges (Note 7)	2,270,044	2,231,678
Interest on SDR holdings	16,322	16,630
Investment income of the Special Disbursement Account (Note 9)	52,157	40,938
Other charges and income (Note 7)	34,035	90,676
	<u>2,372,558</u>	<u>2,379,922</u>
Operational expenses		
Remuneration (Note 13)	1,033,847	966,404
Administrative expenses (Note 14)	673,204	548,792
	<u>1,707,051</u>	<u>1,515,196</u>
Total net income	<u>665,507</u>	<u>864,726</u>
Net income of the General Department comprises		
Net income of the General Resources Account	613,350	823,788
Income of the Special Disbursement Account	52,157	40,938
	<u>665,507</u>	<u>864,726</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

General Department
Statements of changes in reserves and resources
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	General Resources Account			Special Disbursement Account resources
	Special reserve	General reserve	Total reserves	
Balance at April 30, 2003	2,381,454	1,905,475	4,286,929	2,727,165
Net income	33,981	789,807	823,788	40,938
Net transfers from the SDA (Note 9)	—	—	—	(51,391)
Balance at April 30, 2004	<u>2,415,435</u>	<u>2,695,282</u>	<u>5,110,717</u>	<u>2,716,712</u>
Net income	31,394	581,956	613,350	52,157
Net transfers from the SDA (Note 9)	—	—	—	(204,690)
Balance at April 30, 2005	<u>2,446,829</u>	<u>3,277,238</u>	<u>5,724,067</u>	<u>2,564,179</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

General Department
Statements of cash flows
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005	2004
Usable currencies and SDRs from operating activities		
Net income	665,507	864,726
Adjustments to reconcile net income to usable resources generated by operations:		
Changes in receivables and other assets	49,412	65,104
Changes in remuneration payable and other liabilities	86,485	(72,048)
Increase in the Special Contingent Account	94,000	94,000
Usable currencies and SDRs from credit to members:		
Purchases in currencies and SDRs, including reserve tranche purchases	(1,613,933)	(17,829,722)
Repurchases in currencies and SDRs	13,907,177	21,638,613
Repayments of Structural Adjustment Facility loans	40,342	50,908
Net usable currencies and SDRs provided by operating activities	13,228,990	4,811,581
Usable currencies and SDRs from investment activities		
Net acquisition (disposal) of investments by the Special Disbursement Account	112,191	(40,455)
Acquisition of fixed assets	(59,111)	(43,099)
Net usable currencies and SDRs provided by (used in) investment activities	53,080	(83,554)
Usable currencies and SDRs from financing activities		
Subscription payments in SDRs and usable currencies	171,100	15,675
Changes in composition of usable currencies	5,946,355	1,084,248
Transfers to the PRGF Trust, PRGF-HIPC Trust, and other accounts	(204,690)	(51,391)
Net usable currencies and SDRs provided by financing activities	5,912,765	1,048,532
Net increase in usable currencies and SDRs	19,194,835	5,776,559
Usable currencies and SDRs, beginning of period	103,767,940	97,991,381
Usable currencies and SDRs, end of period	122,962,775	103,767,940

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

General Department

Notes to the financial statements as at April 30, 2005, and 2004

1. Purpose and organization

The International Monetary Fund ("IMF") is an international organization of 184 member countries. It was established to promote international monetary cooperation and exchange stability and to maintain orderly exchange arrangements among members; to facilitate the expansion and balanced growth of international trade, and contribute thereby to the promotion and maintenance of high levels of employment; and to provide temporary financial assistance to member countries under adequate safeguards to assist in solving their balance of payments problems in a manner consistent with the provisions of the IMF's Articles of Agreement. The IMF conducts its operations and transactions through the General Department and the Special Drawing Rights Department (the SDR Department). The General Department consists of the General Resources Account (GRA), the Special Disbursement Account (SDA), and the Investment Account. The Investment Account has not been activated. The IMF also administers trusts and accounts established to perform financial and technical services and financial operations consistent with the purposes of the IMF. The resources of these trusts and accounts are contributed by members or the IMF through the SDA. The financial statements of the SDR Department and these trusts and accounts are presented separately.

General Resources Account

The GRA holds the general resources of the IMF. Its resources reflect the payment of quota subscriptions, use and repayment of IMF credit, collection of charges on the use of credit, payment of remuneration on creditor positions, borrowings, and payment of interest and repayment of borrowings.

Special Disbursement Account

The assets and resources of the SDA are held separately from the GRA and Investment Account of the General Department. The SDA is the vehicle for receiving and investing profits from the sale of the IMF's gold and for making transfers to other accounts (outside the General Department) for special purposes authorized in the Articles, in particular for financial assistance to low-income members of the IMF. Resources of the SDA include transfers received from the Trust Fund (in liquidation), a trust administered by the IMF as trustee, and part of the proceeds from the sales of the IMF's gold in the past. Income from the investment of gold profits in the SDA is to be transferred, as needed, to the Poverty Reduction and Growth Facility-Heavily Indebted Poor Countries Trust (PRGF-HIPC Trust), in accordance with decisions of the IMF. The SDA also has outstanding loans extended under the Structural Adjustment Facility (SAF), which was established in March 1986 to provide balance of payments assistance on concessional terms to qualifying low-income developing country members.

Assets that exceed the financing needs of the SDA, excluding investments arising from the sales of gold undertaken pursuant to the 1999 decision on gold sales by the IMF, are transferred to the Reserve Account of the Poverty Reduction and Growth Facility Trust (PRGF Trust), which is administered separately by the IMF as trustee.

2. Summary of significant accounting policies

Basis of accounting

The financial statements of the General Department are prepared in accordance with International Financial Reporting Standards (IFRS). Specific accounting principles and disclosure practices are explained further below.

The preparation of financial statements in conformity with IFRS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates.

Unit of account

The financial statements are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the SDR valuation basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000, and the new composition of the SDR valuation basket became effective on January 1, 2001. The currencies in the basket as of April 30, 2005, and 2004 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.4260
Japanese yen	21.0000
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.5770

As of April 30, 2005, one SDR was equal to 1.51678 U.S. dollars (one SDR was equal to 1.45183 U.S. dollars as of April 30, 2004).

Currencies

Currencies consist of members' currencies and securities held by the IMF. Each member has the option of substituting non-negotiable and non-interest-bearing securities for the IMF's holdings of its currency that exceed $\frac{1}{4}$ of 1 percent of the member's quota. These securities are encashable by the IMF on demand.

Each member is required to pay to the IMF its initial quota and subsequent quota increases partly in its own currency, with the remainder to be paid in usable currencies prescribed by the IMF, or SDRs. One exception was the quota increase of 1978, which was paid entirely in members' own currencies.

Usable currencies consist of currencies of member countries considered by the IMF to have strong balance of payments and reserve positions. These currencies are included in the IMF's financial transactions plan to finance purchases and other transfers of the IMF. Participation in the financial transactions plan is reviewed on a quarterly basis. Usable currencies and SDR holdings are cash equivalents. The changes in non-usable currencies (credit outstanding and other currencies) result from the IMF's transactions (purchases and repurchases) where a member's currency is exchanged for

another member's currency, or from the inclusion/exclusion of a member's currency in the IMF's financial transaction plan.

Currencies, including securities, are valued in terms of the SDR on the basis of the currency/SDR exchange rate determined for each currency. Securities can be substituted by members for currencies at their option. These securities are not marketable, but can be converted into currencies on demand. Each member is obligated to maintain, in terms of the SDR, the value of the balances of its currency, including its securities, held by the IMF in the GRA. This requirement is referred to as the maintenance-of-value obligation. The currency balances in the balance sheets include these receivables and payables. All currencies are revalued periodically in terms of the SDR, including at each financial year end. Whenever the IMF revalues its holdings of a member's currency, a receivable or a payable is established for the amount required to maintain the SDR value of the IMF's holdings of that currency.

Credit outstanding

The IMF provides balance of payments assistance in accordance with established policies by selling to members, in exchange for their own currencies, SDRs or currencies of other members. When members make purchases, they incur obligations to repurchase the IMF's holdings of their currencies arising from the purchases within specified periods by payments in SDRs or other currencies, as determined by the IMF. IMF credit is subject to specific repayment schedules over periods that vary depending on the type of facility used. Members are entitled to repurchase, at any time, the IMF's holdings of their currencies on which charges are levied and are expected to make repurchases as and when their balance of payments and reserve position improve.

The repurchase policies of the IMF are intended to ensure the revolving character of its resources. Programs supported by the IMF, other than the Supplemental Reserve Facility (SRF), are guided by the requirement that members should be able to make repurchases in accordance with normal terms of the respective facilities (referred to as the obligation schedule). In keeping with a long-standing principle of the IMF that its resources should be repaid as soon as the balance of payments and reserve position improve, debtors in a position to do so are expected to make repurchases under predetermined expectation schedules. However, if a member's external position is not sufficiently strong, it may request that repurchases on the expectation schedule be extended to the original obligation schedule. The extension period is one year for credit tranche and SRF purchases and three years for Extended Fund Facility (EFF) purchases. A member is considered overdue only after failure to make a payment on the repurchase obligation schedule.

Overdue obligations and the burden-sharing mechanism

It is the policy of the IMF to exclude from current income charges due by members that are six months or more overdue in meeting any financial obligation to the IMF. The IMF fully recovers this lost income from the burden-sharing mechanism, through adjustments, in the current period, to the rates of charge and remuneration. Members that have borne the financial consequences of overdue charges receive refunds to the extent that overdue charges that had given rise to burden-sharing adjustments are subsequently settled.

An impairment loss would be recognized if there is objective evidence of impairment as a result of a past event that occurred after initial recognition, and is determined as the difference between the outstanding credit's carrying value and the present value of the estimated future cash flows. No impairment losses have been recognized.

First Special Contingent Account

In view of the risk resulting from overdue obligations, the IMF accumulates balances in the first Special Contingent Account (SCA-1) by collecting resources under the burden sharing mechanism. Losses arising from overdue principal, if realized, would be charged against the SCA-1. The IMF has not realized any losses on overdue financial obligations. However, the IMF considers it prudent to maintain the SCA-1 as an added protection until all arrears are fully settled. Balances in the SCA-1 are refundable to the members that shared the cost of its financing in proportion to their contributions when there are no outstanding overdue repurchases and charges, or at such earlier time as the IMF may decide.

Gold holdings

The Articles of Agreement limit the use of gold in the IMF's operations and transactions. Any use provided for in the Articles requires a decision adopted by an 85 percent majority of the total voting power. Under the Articles, the IMF may sell gold outright on the basis of prevailing market prices but cannot engage in any other gold transactions, such as loans, leases, swaps, or the use of gold as collateral. In addition, the IMF does not have the authority to buy gold, but it may accept payments from a member in gold instead of SDRs or currencies in any operation or transaction under the IMF's Articles at prevailing market prices.

In accordance with the provisions of the Articles, whenever the IMF sells gold held on the date of the Second Amendment of the IMF's Articles of Agreement (April 1, 1978), the portion of the proceeds equal to the historical cost must be placed in the GRA. Any portion of the proceeds in excess of the historical cost will be held in the SDA or transferred to the Investment Account. The IMF may also sell gold held on the date of the Second Amendment to those members that were members on August 31, 1975, in proportion to their quotas on that date, in exchange for their own currencies, at the historical cost.

The IMF values its gold holdings at historical cost using the specific identification method. The carrying value of the Fund's gold holdings is derived from quota subscriptions prior to the Second Amendment and the settlement of financial obligations by members in 1992 and 1999 (see Note 6).

Other assets

Other assets include primarily fixed assets, net pension plan assets, and net assets for other post-retirement benefits.

Fixed assets with a cost in excess of a threshold amount are capitalized at cost and depreciated over the estimated useful lives of the assets, using the straight-line method. Buildings, equipment, and furniture are depreciated over 30, 3, and 7 years, respectively. Software is amortized over 3 years.

The IMF operates two defined-benefit pension plans and provides post-retirement benefits to staff. The pension plans are funded by payments from the staff and the IMF, taking into account the recommendations of independent actuaries. Assets of the pension plans are held in separate trustee-managed funds. The IMF also established a Retired Staff Benefits Investment Account (RSBIA) to hold and invest funds set aside to finance the cost of post-retirement employee benefits. The assets of RSBIA are administered by the IMF. Pension plans and other post-retirement assets are measured at fair value as of the balance sheet date. Pension costs and expected costs of the post-retirement medical and life insurance benefits are determined using the Projected Unit Credit Method, which measures the present value of the estimated future cash outflows, using interest rates of government securities that

have maturities approximating the terms of the pension liabilities, and accrued over the period of employment. Valuations of these obligations are carried out annually by independent actuaries.

SAF loans in the Special Disbursement Account

SAF loans provide financial assistance to low-income members at an interest rate of one-half of one percent per annum for a period of ten years. Repayments of all SAF loans are transferred to the PRGF Trust Reserve Account when received. Allowances for loan losses would be established if and when there is objective evidence that an impairment loss on loans has been incurred.

Investments in the Special Disbursement Account

Investments in the SDA are made in short-term deposits denominated in SDRs with maturities of less than one year and are classified as fair-value-through-profit-and-loss. Investments are recorded on the settlement date at cost and the carrying value of the investments approximate their fair value. Investment income comprises interest earned on investments.

SDR holdings

Although SDRs are not allocated to the IMF, the IMF may acquire, hold, and dispose of SDRs through the GRA. The IMF receives SDRs from members in the settlement of their financial obligations to the IMF and uses SDRs in transactions and operations with members. The IMF earns interest on its SDR holdings at the same rate as all other holders of SDRs.

Quotas

Each member is assigned a quota that forms the basis of its financial and organizational relationship with the IMF. A member's quota is related to, but not strictly determined by, economic factors such as national income, the value of external trade and payments, and the level of official reserves. Quotas determine members' subscriptions to the IMF, their relative voting power, access to financing, and their share in SDR allocations. Should a member withdraw from the IMF, its quota is repayable to the extent it is not needed to settle other net obligations of the member to the IMF. As a result of adopting IAS 32 Revised, "Financial Instruments Disclosure and Presentation," quota subscriptions have been reclassified as liabilities effective May 1, 2003, retrospectively, as these financial instruments also embody an unconditional obligation to redeem the instrument upon a member's withdrawal from the IMF.

Reserve tranche position

A member has a reserve tranche in the IMF when the IMF's holdings of its currency, excluding holdings that reflect the member's use of IMF credit, are less than the member's quota. Reserve tranches result from quota payments, part of which are to be made in reserve assets, and the use of the member's currency in the IMF's transactions or operations. A member's reserve tranche is considered a part of its external reserves and a liquid claim against the IMF. The member may draw on the reserve tranche at any time when it represents that it has a balance of payments need. Reserve tranche purchases are not subject to repurchase obligations or charges.

Reserves of the General Resources Account

The IMF's reserves, consisting of the General Reserve and the Special Reserve, provide it with protection against financial risk of a general nature. The IMF determines annually what part of its net income will be retained and placed to the General Reserve or the Special Reserve, and

what part, if any, will be distributed. The General Reserve may be used to meet capital losses or administrative deficits. The Articles of Agreement permit the IMF to use the Special Reserve for any purpose for which it may use the General Reserve, except distribution. After meeting the cost of administering the PRGF Trust, net operational income generated from surcharges on purchases under the SRF, the credit tranches, and the EFF has been placed to the General Reserve. All other income has been placed to the Special Reserve.

SDR interest rate

The SDR interest rate is determined weekly by reference to a combined market interest rate, which is a weighted average of yields on short-term instruments in the capital markets of the euro area, Japan, the United Kingdom, and the United States.

Charges

The IMF levies periodic charges on members' use of GRA credit. The basic rate of charge is set as a proportion of the SDR interest rate, which is equivalent to the effective interest rate. Under the burden-sharing mechanism (see Note 12), the basic rate of charge is increased to offset the effect on the IMF's income of the nonpayment of charges and also to finance the additions to the SCA-1.

A surcharge progressing from 300 to 500 basis points above the rate of charge applies to the use of credit under the SRF. In addition, credit outstanding exceeding 200 percent of quota, resulting from purchases in the credit tranches and under the EFF (other than those under the SRF) after November 28, 2000, is subject to a surcharge of 100 basis points, and credit in excess of 300 percent of quota, to a surcharge of 200 basis points. Special charges are levied on members' currency holdings that are not repurchased when due and on overdue charges. Special charges do not apply to members that are six months or more overdue to the IMF. A service charge is levied by the IMF on all purchases, except reserve tranche purchases. A refundable commitment fee is charged on Stand-By and Extended Arrangements. At the expiration or cancellation of an arrangement, the unrefunded portion of the commitment fee is recognized as current income.

Remuneration

The IMF pays interest, referred to as remuneration, on a member's reserve tranche position. A portion of the reserve tranche is unremunerated and is equal to 25 percent of the member's quota on April 1, 1978 (that part of the quota that was paid in gold prior to the Second Amendment of the Fund's Articles). For a member that joined the Fund after that date, the unremunerated reserve tranche is the same percentage of its initial quota as the average unremunerated reserve tranche was as a percentage of the quotas of all other members when the new member joined the Fund. The unremunerated reserve tranche remains fixed for each member in nominal terms, but because of subsequent quota increases, it is now significantly lower when expressed as a percentage of quota. The average is equal to 3.8 percent of quota at April 30, 2005, and 2004, but the actual percentage is different for each member.

The rate of remuneration, which is equivalent to the effective interest rate, is equal to the SDR interest rate, adjusted downward to finance a share of the nonpayment of charges and additions to the SCA-1 under the burden-sharing mechanism (see Note 12).

Adoption of new International Financial Reporting Standards

In December 2003, the International Accounting Standards Board (IASB) issued a revised International Accounting Standard 32, "Financial Instruments: Disclosure and Presentation" (IAS 32 Revised), which requires the classification of certain financial instruments, including shareholder interests, as a financial liability if such financial instruments embody redemption features. The adoption of IAS 32 Revised required the IMF to reclassify its quota subscriptions, which are repayable upon members' withdrawal, as liabilities. IAS 32 Revised is effective for financial year 2006, but the IMF decided to adopt it early during financial year 2005, with retrospective effect as of May 1, 2003. The impact of the implementation of IAS 32 Revised on the balance sheet was to increase total liabilities and decrease members' resources by SDR 213.5 billion as of April 30, 2005 (SDR 212.8 billion as of April 30, 2004).

In December 2003, the IASB revised International Accounting Standard 39, "Financial Instruments: Recognition and Measurement," under which investments previously classified as available-for-sale are permitted to be reclassified as securities at fair-value-through-profit-and-loss. After the reclassification, changes in fair value of the investments would continue to be recognized in the income statement. The revised standard is effective for financial year 2006, but the IMF elected to adopt it in financial year 2005, with retrospective effect as of May 1, 2003. The implementation of the revised standard did not have an impact on the IMF's financial position or results of operations.

In December 2004, the IASB issued an amendment to IAS 19, "Employee Benefits Actuarial Gains and losses, Group Plans and Disclosures." The amended IAS 19 provides an additional option for recognizing actuarial gains and losses and requires additional disclosures on the plan assets held by the employee benefit plans as well as further disclosure on the net periodic cost and reconciliation of the funded status. This revised standard will become effective for financial year 2007. The IMF will consider the implications of this revision on the General Department's financial statements.

Comparatives

When necessary, comparative figures have been reclassified to conform with changes in the presentation of the current year.

3. Financial risk management

In providing financial assistance to member countries and conducting its operations, the IMF is exposed to various types of risks, including credit, interest rate, exchange rate, liquidity, and operational risks. Because of its unique role in the international monetary system, the principal risk facing the IMF is credit risk.

Credit risk

Credit risk refers to potential losses on the credit outstanding due to the inability, or unwillingness, of member countries to make repurchases. While the IMF is accorded preferred creditor status, credit risk is inherent since the IMF generally provides financing when other sources are not available to a member and has limited ability to diversify its loan portfolio. As a result, credit concentration is high (see Note 4).

The IMF's credit risk-mitigating measures comprise policies on access limits; program design and monitoring, including conditionality attached to its financing; early repurchase; and preventative, precautionary, and remedial measures to cope with the financial consequences of protracted arrears.

The IMF has established access limits, including limits on overall access to resources in the GRA, as well as limits on access to the credit tranches under the Extended Fund Facility. The overall limit is currently set at an annual limit of 100 percent of a member's quota, with a cumulative limit of 300 percent of a member's quota. Access in excess of these limits can be granted in exceptional circumstances (exceptional access cases) subject to certain procedural requirements and substantive criteria that have been adopted by the Executive Board.

The IMF generally provides financial assistance to members in the context of a program that is designed to help the member overcome its balance of payments difficulties during the program period. IMF assistance is normally disbursed in tranches and subject to conditionality in the form of performance criteria and periodic reviews. To ensure the integrity of data provided to the Fund in the context of access to Fund resources and compliance with performance criteria, the IMF may apply remedies for misreporting by member countries by expecting early repurchases for noncomplying drawings.

In accordance with the Articles of Agreement, member countries using IMF resources are expected to make early repurchases as their balance of payments and reserve positions improve. Moreover, members are expected to make repurchases resulting from purchases in the credit tranches or under the Compensatory Financing Facility made after November 20, 2000, under predetermined expectation schedules ahead of the obligation date to preserve the revolving character of the IMF's resources and reduce the duration of IMF credit exposure.

The IMF maintains precautionary balances consisting of the SCA-1 and the reserves of the GRA to cover possible overdue principal and losses in income and to preserve the IMF's reputation as a prudent financial organization. The level of precautionary balances is determined by taking into consideration the amount of credit in protracted arrears and a margin for risk associated with credit in good standing. The Executive Board decided that in the current circumstances, the IMF should aim at precautionary balances in an amount of SDR 10 billion. In addition, the burden-sharing arrangement is another risk-mitigating mechanism unique to the IMF whereby the financial risk of overdue charges is passed on to creditor and debtor members and allows for the strengthening of the IMF's overall financial position.

Interest rate risk

Interest rate risk is the risk that future cash flows will fluctuate because of changes in market interest rates. The IMF's cost structure and its income position are interest-rate driven. Fluctuations in interest rates could widen or narrow the spread between the rate of charge on credit outstanding and the rate of remuneration paid to member countries with remunerated reserve tranche positions. To minimize the effect of interest rate fluctuations on income, the IMF links the rate of charge directly to the SDR interest rate (which is equal to the rate of remuneration). Moreover, the Executive Board may decide to recover any net income shortfalls in the GRA caused by falling interest rates or other factors by increasing the net income target for the following financial year.

Exchange rate risk

Exchange rate risk is the exposure to the effects of fluctuations in the prevailing foreign currency exchange rates on an entity's financial position and cash flows. The IMF uses the SDR as the unit of account and conducts its transactions in terms of the SDR. It has no exchange rate risk exposure on its holdings of members' currencies since, under the Articles of Agreement, members are required to maintain the value of such holdings in terms of the SDR. Any depreciation/appreciation in their currency vis-à-vis the SDR gives rise to a

currency valuation adjustment receivable or payable that must be settled on an annual basis and that is included in the stock of the IMF's currency holdings. Therefore, the value of the IMF's currency holdings does not fluctuate in SDR terms.

Exchange rate risk on IMF investments is managed by investing in securities denominated in SDRs or in the constituent currencies of the SDR valuation basket. The IMF also has other assets and liabilities, such as trade receivables and payables, denominated in currencies other than SDRs and makes administrative payments largely in U.S. dollars, but the exchange rate risk exposure is very limited.

Liquidity risk

Liquidity risk is the risk of non-availability of resources to meet the IMF's financing needs and obligations. The IMF must have usable resources available to meet members' demand for credit. While the IMF's sources are revolving, uncertainties in timing and amount of credit extended to members during financial crises expose the IMF to liquidity risk. Moreover, the IMF must also stand ready to meet the potential demands from members drawing upon their reserve tranche positions, which have no fixed maturity and are part of members' reserves.

The IMF manages its liquidity risk not by matching the maturity of assets and liabilities, but by closely scrutinizing developments in its liquidity position, especially as it relates to the adequacy of quota-based resources to meet liquidity needs. The Articles of Agreement require the IMF to conduct a general review of members' quotas at intervals of no more than five years in order to assess the adequacy of quota-based resources to meet members' demand for IMF financing. There have been eight quota increases, including an ad hoc increase, as a result of the reviews. Should the available quota-based resources be inadequate to meet financing needs, the IMF may activate its standing credit lines totaling SDR 34 billion under the General Arrangements to Borrow and the New Arrangements to Borrow. The IMF also monitors its liquidity position over a shorter term, using an objective criterion such as the forward commitment capacity for the next twelve-month period (Schedule 2 provides the IMF's available resources and liquidity position).

Operational risk

Operational risk includes risk of loss attributable to errors or omissions because of failures in executing or processing transactions, inadequate controls, human factors, and/or failures in underlying support systems.

The IMF mitigates operational risk by (i) identifying key operational risks, (ii) maintaining a system of internal control, (iii) documenting policies and procedures on administrative and accounting and reporting processes, and (iv) conducting internal audits to ensure accurate processing of transactions and minimize the possibility of undetected errors. The design and effectiveness of controls are evaluated continuously and improvements are implemented on a timely basis. The results of the internal evaluation of the effectiveness of internal controls are reported by the Office of Internal Audit and Inspection to the External Audit Committee, which also exercises oversight over the external audit of the IMF's accounts and its controls.

The IMF has adopted a Code of Ethics to promote the highest standards of ethics among its staff, including senior management and members of the Executive Board. The enforcement of the Code of Ethics is further supplemented with procedures for the reporting and investigation of irregularities and improprieties, including fraudulent acts.

4. Credit and loans outstanding

Credit outstanding in the GRA and SAF loans in the SDA are carried at amortized cost.

Changes in the outstanding use of IMF credit under the various facilities of the GRA were as follows:

	April 30, 2003	Purchases	Repur- chases	April 30, 2004	Purchases	Repur- chases	April 30, 2005
<i>(In millions of SDRs)</i>							
Credit tranches	33,898	12,874	(5,042)	41,730	1,445	(7,717)	35,458
Extended Fund Facility	14,942	1,132	(2,323)	13,751	163	(4,549)	9,365
Supplemental Reserve Facility	15,700	3,807	(13,479)	6,028	–	(1,459)	4,569
Systemic Transformation Facility	644	–	(490)	154	–	(136)	18
Enlarged Access	279	–	(3)	276	–	(5)	271
Compensatory and Contingency Financing Facility	414	–	(294)	120	–	(36)	84
Supplementary Financing Facility	101	–	(7)	94	–	(5)	89
Total credit outstanding	<u>65,978</u>	<u>17,813</u>	<u>(21,638)</u>	<u>62,153</u>	<u>1,608</u>	<u>(13,907)</u>	<u>49,854</u>

The following repurchases were made by members during the financial years ended April 30:

	2005	2004
<i>(In millions of SDRs)</i>		
Early repurchases	2,645	328
Repurchase expectations	5,854	15,944
Repurchase obligations	<u>5,408</u>	<u>5,366</u>
Total repurchases	<u>13,907</u>	<u>21,638</u>

The IMF approved the following members' requests to extend repurchases from the expectation to the obligation schedule during the financial years ended April 30:

	Total repurchase expectations extended	
	2005	2004
<i>(In millions of SDRs)</i>		
Argentina	779	1,941
Brazil	–	8,096
Dominica	1	–
Dominican Republic	11	–
Ecuador	33	–
Papua New Guinea	–	26
Serbia and Montenegro	–	19
Sri Lanka	74	–
Turkey	–	8,273
Uruguay	434	227

As of April 30, 2005, and 2004, outstanding SAF loans amounted to SDR 46 million and SDR 86 million, respectively.

Scheduled repurchases in the GRA and repayment of SAF loans in the SDA are summarized below:

Financial year ending April 30	General Resources Account	Special Disbursement Account
<i>(In millions of SDRs)</i>		
2006	18,612	37
2007	17,671	–
2008	8,793	–
2009	2,502	–
2010	1,156	–
2011 and beyond	397	–
Overdue	723	9
Total	<u>49,854</u>	<u>46</u>

The use of credit in the GRA by the largest users at April 30 was as follows:

	2005		2004	
	<i>(In millions of SDRs and as a percentage of total GRA credit outstanding)</i>			
Largest user of credit	15,356	30.8%	18,139	29.2%
Three largest users of credit	36,539	73.3%	44,020	70.8%
Five largest users of credit	44,190	88.6%	53,680	86.4%

The five largest users of credit as of April 30, 2005, were Brazil, Turkey, Argentina, Indonesia, and Uruguay. Outstanding credit by member is provided in Schedule 1.

The concentration of GRA outstanding credit by regional geographical area as of April 30 was as follows:

	2005		2004	
	<i>(In millions of SDRs and as a percentage of total GRA credit outstanding)</i>			
Africa	1,168	2.3%	1,397	2.3%
Asia and Pacific	6,760	13.6%	8,019	12.9%
Europe	2,701	5.4%	6,160	9.9%
Latin America and the Caribbean	25,617	51.4%	30,697	49.4%
Middle East and Turkey	13,608	27.3%	15,880	25.5%
Total	49,854	100%	62,153	100%

Overdue obligations

At April 30, 2005, and 2004, four members were six months or more overdue in settling their financial obligations to the General Department.

GRA repurchases, GRA charges, SAF loan repayments, and SAF interest that are six or more months overdue were as follows:

	Repurchases and SAF loans		Charges and SAF interest	
	2005	2004	2005	2004
	<i>(In millions of SDRs)</i>			
Total overdue	732	752	1,030	1,009
Overdue for six months or more	730	743	1,018	1,001
Overdue for three years or more	661	650	970	939

The type and duration of the overdue amounts in the General Department as of April 30, 2005, were as follows:

	Repurchases and SAF loans	Charges and SAF interest	Total obligation	Longest overdue obligation
	<i>(In millions of SDRs)</i>			
Liberia	201	255	456	May 1985
Somalia	106	99	205	July 1987
Sudan	316	663	979	August 1985
Zimbabwe	109	13	122	May 2001
Total	732	1,030	1,762	

5. Currencies

Net changes in the IMF's holdings of members' currencies for the years ended April 30, 2005, and 2004 were as follows:

	April 30, 2003	Net change	April 30, 2004	Net change	April 30, 2005
	<i>(In millions of SDRs)</i>				
Members' quotas	212,731	63	212,794	684	213,478
Members' outstanding use of IMF credit in the GRA	65,978	(3,825)	62,153	(12,299)	49,854
Members' reserve tranche positions in the GRA	(68,009)	5,153	(62,856)	13,007	(49,849)
Administrative currency balances	(1)	(4)	(5)	8	3
Total currencies	210,699	1,387	212,086	1,400	213,486

Receivables and payables arising from valuation adjustments at April 30, 2005, when all holdings of currencies of members were last revalued, amounted to SDR 8,521 million and SDR 5,435 million, respectively (SDR 9,311 million and SDR 3,139 million, respectively, at April 30, 2004). Settlements of these receivables or payables are required to be made promptly after the end of each financial year.

6. Gold holdings

At April 30, 2005, and 2004, the IMF held 3,217,341 kilograms of gold, equal to 103,439,916 fine ounces of gold, at designated depositories. Gold holdings were valued at a historical cost of SDR 5,852 million as of April 30, 2005, and 2004.

	Cost		
	Ounces	Per ounce	Total
	<i>(In millions)</i>	<i>(In SDRs)</i>	<i>(In millions of SDRs)</i>
Gold acquired from quota subscriptions	90.474	35	3,167
Gold acquired from Cambodia in 1992	.021	241	5
Gold acquired through off-market transaction in 1999	12.944	207	2,680
Total	103.439		5,852

As of April 30, 2005, the market value of the IMF's holdings of gold was SDR 29.7 billion (SDR 27.7 billion at April 30, 2004). If realized, the excess of the market value over the cost of the IMF's gold holdings would be transferred to the SDA or to the Investment Account.

7. Interest and charges

As of April 30, 2005, the total holdings on which the IMF levies charges amounted to SDR 49,854 million (SDR 62,153 million as of April 30, 2004). For the financial year 2005, the rate of charge was set at 154 percent of the SDR interest rate for the first half and 136 percent for the second half of the year (for financial year 2004, it was 132 percent of the SDR interest rate). After the retroactive reduction of charges due to income exceeding the net income target for financial year 2005, the basic rate of charge was 144 percent for the first half of the financial year. The average adjusted rate of charge before applicable surcharges for financial year 2005 was 3.1 percent (2.17 percent for financial year 2004). Charges and other receivables as of April 30 were as follows:

	2005	2004
	<i>(In millions of SDRs)</i>	
Periodic charges	1,598	1,526
Amount paid through burden sharing	(848)	(825)
Unpaid charges	(187)	(188)
	563	513
Other receivables	5	4
Total receivables	568	517

Interest and periodic charges for the years ended April 30 consisted of the following:

	2005	2004
	<i>(In millions of SDRs)</i>	
Interest and periodic charges	2,259	2,224
Amounts paid through burden-sharing adjustments, net of refunds	11	8
Total interest and charges	2,270	2,232

Interest earned on SAF loans for the years ended April 30, 2005, and 2004 amounted to SDR 0.3 million and SDR 0.5 million, respectively.

Service charges, and commitment fees on canceled or expired arrangements are included in *Other Charges and Income*, which amounted to SDR 34 million (SDR 91 million for the year ended April 30, 2004).

8. Other assets—fixed assets

Other assets include fixed assets, which at April 30, 2005, and 2004 amounted to SDR 311 million and SDR 267 million, respectively, and consisted of land, buildings, construction in progress, and equipment.

	Land	Buildings	Others	Total
	<i>(In millions of SDRs)</i>			
Cost				
Beginning of the year	96	215	96	407
Additions	—	—	59	59
Disposals	—	—	(3)	(3)
End of the year	96	215	152	463
Accumulated depreciation				
Beginning of the year	—	107	33	140
Additions	—	7	8	15
Disposals	—	—	(3)	(3)
End of the Year	—	114	38	152
Net book value as at April 30, 2005	96	101	114	311
Net book value as at April 30, 2004	96	108	63	267

9. Special Disbursement Account

Investment

As at April 30, 2005, the investments in the SDA consisted of short-term fixed-term deposits with maturities of less than one year and amounted to SDR 2,519 million (SDR 2,631 million as at April 30, 2004).

Investment income of the SDA for the years ended April 30, 2005, and 2004 was SDR 52 million and SDR 41 million, respectively.

Transfer of SDA resources

Assets in the SDA can be used for special purposes authorized in the Articles, including providing financial assistance to low-income member countries. Transfers for this purpose can be made from current and prior years' income. Such transfers are not considered an expense, but are equity-like distributions approved separately by the Executive Board and transferred on an as-needed basis.

Proceeds from the repayment of SAF loans are transferred from the SDA to the PRGF Trust. During the financial years ended April 30, 2005, and 2004, such transfers amounted to SDR 41 million and SDR 52 million, respectively.

In addition, the accumulated investment earnings in the SDA are available for financing the PRGF-HIPC Trust on an as-needed basis. During the financial year ended April 30, 2005, the SDA transferred SDR 164 million to the PRGF-HIPC Trust (no such transfer was made for the financial year ended April 30, 2004).

Trust fund

The IMF is the trustee of the Trust Fund, which was established in 1976 to provide balance of payments assistance on concessional terms to eligible members that qualify for assistance. The Trust Fund is in liquidation.

In 1980, the IMF, as trustee, decided that, upon the completion of the final loan disbursements, the Trust Fund would be terminated as of April 30, 1981, and after that date, the activities of the Trust Fund have been confined

to the conclusion of its affairs. The Trust Fund has no assets other than claims receivable, including interest and special charges, from Liberia, Somalia, and Sudan amounting to SDR 117.6 million at April 30, 2005 (SDR 117.2 million at April 30, 2004). All interest is deferred. Cash receipts on these loans are to be transferred to the SDA.

10. Borrowings

Under the General Arrangements to Borrow (GAB), the IMF may borrow up to SDR 18.5 billion when supplementary resources are needed, in particular, to forestall or to cope with an impairment of the international monetary system. The GAB became effective on October 24, 1962, and has been renewed through December 25, 2008. Interest on borrowings under the GAB is set at a rate equal to the SDR interest rate.

Under the New Arrangements to Borrow (NAB), the IMF may borrow up to SDR 34 billion of supplementary resources. The NAB is the facility of first and principal recourse, but it does not replace the GAB, which will remain in force. Outstanding drawings and commitments under these two borrowing arrangements are limited to a combined total of SDR 34 billion. The NAB became effective for a five-year period on November 17, 1998, and has been renewed through November 16, 2008. Interest on borrowings under the NAB is payable to the participants at the SDR interest rate or any such higher rate as may be agreed between the IMF and participants representing 80 percent of the total credit arrangements. There was no balance outstanding as at April 30, 2005, and 2004 under the GAB or the NAB.

11. Arrangements

An arrangement is a decision of the IMF that gives a member the assurance that the IMF stands ready to provide SDRs or usable currencies during a specified period and up to a specified amount, in accordance with the terms of the arrangement. At April 30, 2005, the undrawn balances under the 12 arrangements that were in effect in the GRA amounted to SDR 7,927 million (SDR 19,799 million under 13 arrangements at April 30, 2004).

12. Burden sharing and the Special Contingent Account

Under the burden-sharing mechanism, the basic rate of charge is increased and the rate of remuneration is adjusted downward to offset the effect on the IMF's income of the nonpayment of charges and also to finance the additions to the SCA-1.

Cumulative charges, net of settlements, that have resulted in adjustments to charges and remuneration since May 1, 1986 (the date the burden-sharing mechanism was adopted) amounted to SDR 848 million at April 30, 2005 (SDR 825 million at April 30, 2004). The cumulative refunds for the same period, resulting from the settlements of overdue charges for which burden sharing adjustments have been made, amounted to SDR 1,073 million at April 30, 2005, and 2004.

The SCA-1 is financed by adjustments to the rate of charge and the rate of remuneration. Balances in the SCA-1 are to be distributed to the members that shared the cost of its financing when there are no outstanding overdue repurchases and charges, or at such earlier time as the IMF may decide. Amounts collected from members for the SCA-1 are akin to refundable cash deposits and are recorded as collections of cash and as a liability to those who paid them. Losses arising from overdue obligations, if realized, would be shared by members in proportion to their cumulative contributions to the SCA-1. For the financial years ended April 30, 2005, and 2004, the annual addition to the SCA-1 amounted to SDR 94 million.

13. Remuneration

At April 30, 2005, total creditor positions on which the IMF paid remuneration amounted to SDR 43,209 million (SDR 56,241 million at April 30, 2004). The average adjusted rate of remuneration for the financial year ended April 30, 2005, was 1.98 percent (1.48 percent for the financial year ended 2004). Remuneration consisted of the following for the years ended April 30:

	2005	2004
	<i>(In millions of SDRs)</i>	
Remuneration	1,045	974
Amount withheld for burden-sharing adjustment, net of refunds	(11)	(8)
	<u>1,034</u>	<u>966</u>

14. Administrative expenses

Administrative expenses, the majority of which were incurred in U.S. dollars, for the years ended April 30 were as follows:

	2005	2004
	<i>(In millions of SDRs)</i>	
Personnel	343	337
Pension and other long-term employee benefits	160	39
Travel	62	70
Exchange gains and losses	2	1
Other	108	103
Less: reimbursement for the administration of the SDR Department	(2)	(1)
Total administrative expenses, net of reimbursements	<u>673</u>	<u>549</u>

15. Pension and other post-retirement benefits

The IMF has a defined-benefit Staff Retirement Plan (SRP) that covers substantially all eligible staff and a Supplemental Retirement Benefits Plan (SRBP) for selected participants of the SRP. Participants contribute 7 percent of their pensionable remuneration and the IMF contributes the remainder of the cost of funding the plans and pays certain administrative costs of the plans. In addition, the IMF provides other employment and post-retirement benefits, including medical, life insurance, and other long-term benefits. In 1995, the IMF established a separate account, the Retired Staff Benefits Investment Account (RSBIA), to hold and invest resources set aside to fund the cost of the post-retirement benefits.

The defined-benefit obligations are valued annually by independent actuaries. The latest actuarial valuations were carried out as at April 30, 2005, using the Projected Unit Credit Method.

The amounts recognized in the balance sheet are determined as follows:

	2005				2004
	SRP	SRBP	Other	Total	Total
	<i>(In millions of SDRs)</i>				
Fair value of plan assets	3,142	3	359	3,504	3,264
Present value of the defined-benefit obligation	(2,901)	(245)	(574)	(3,720)	(3,569)
Unrecognized actuarial losses/(gains)	517	60	(17)	560	734
Unrecognized prior service cost	—	—	9	9	14
Net balance sheet asset/(liability)	<u>758</u>	<u>(182)</u>	<u>(223)</u>	<u>353</u>	<u>443</u>

The movement in the net balance sheet asset is reconciled as follows:

	2005				2004
	SRP	SRBP	Other	Total	Total
	<i>(In millions of SDRs)</i>				
Beginning of year	807	(147)	(217)	443	435
Expense recognized in the income statement	(90)	(41)	(44)	(175)	(51)
Contributions paid	41	6	38	85	59
End of year	<u>758</u>	<u>(182)</u>	<u>(223)</u>	<u>353</u>	<u>443</u>

The pension and other post-retirement benefits expense recognized in the income statement include the amortization, over the estimated average remaining service lives of IMF staff, of actuarial gains and losses in excess of a corridor. The corridor is the higher of 10 percent of either the defined-benefit obligation or the fair value of assets at the beginning of the financial year.

The amounts recognized in the income statements are as follows:

	2005				2004
	SRP	SRBP	Other	Total	Total
	<i>(In millions of SDRs)</i>				
Current service cost	107	26	39	172	95
Interest cost	166	13	31	210	157
Expected loss on assets	(219)	—	(25)	(244)	(226)
Amortization of actuarial (gain)/loss	36	3	(5)	34	(8)
Prior service cost	—	—	3	3	33
Total expense recognized in income statement	<u>90</u>	<u>42</u>	<u>43</u>	<u>175</u>	<u>51</u>
Actual return on assets	<u>337</u>	<u>—</u>	<u>43</u>	<u>380</u>	<u>668</u>

The principal actuarial assumptions used in the actuarial valuations were as follows:

	2005	2004
	<i>(In percent)</i>	
Discount rate	5.7	5.7
Expected return on plan assets	7.5	7.5
Future salary increases	6.4–10.8	6.4–10.8
Ultimate health care costs growth rates	4.0	4.0

16. Related party transactions

The GRA conducts its transactions with the SDR Department on the same terms and conditions applicable to participants in the SDR Department. During the financial years ended April 30, 2005, the receipts (consisting of repurchases, charges, and interest on SDR holdings) and uses (consisting of purchases and remuneration) of SDRs by the GRA amounted to SDR 3,100 million (SDR 5,472 million for the financial year ended April 30, 2004) and SDR 3,032 million (SDR 5,929 million for the financial year ended April 30, 2004), respectively. As of April 30, 2005, and 2004, the GRA's SDR holdings amounted to SDR 574 million and SDR 506 million, respectively.

The costs of operating the SDR Department, the PRGF Trust, and the PRGF-HIPC Trust are borne by the GRA. The SDR Department reimbursed the GRA SDR 1.5 million and SDR 1.4 million for the financial years ended April 30, 2005, and 2004, respectively. The IMF has waived the reimbursements by the PRGF Trust to the GRA, amounting to SDR 54.4 million and SDR 57.7 million for the financial years ended April 30, 2005, and 2004, respectively. The PRGF-HIPC Trust does not reimburse the GRA.

17. Lease commitments

The IMF has committed to lease commercial office space through June 2005. Expenditures totaling SDR 3.2 million will be incurred over this period.

18. Subsequent event

On June 11, 2005, the G-8 finance ministers proposed an initiative that would involve debt relief leading to full debt cancellation of outstanding obligations of member countries eligible for HIPC assistance. Under this proposal, the cost of meeting the obligations of the eligible members would be met from existing IMF resources. In situations where other existing and projected debt relief obligations cannot be met from existing IMF resources (for example, for the protracted arrears cases such as Liberia,

Somalia, and Sudan), donors have committed to providing the extra resources necessary. IMF resources that will be considered to finance this debt relief operation consist of available resources already earmarked to provide debt relief or provide concessional financing (SDA, PRGF, and PRGF-HIPC resources) for an estimated amount of approximately SDR 4.0 billion as of April 30, 2005. The precise modalities of the proposal have not yet been developed. The G-8 Finance Ministers call upon all shareholders to support the debt relief proposals which would be put to the 2005 Annual Meetings.

General Department
Quotas, IMF's holdings of currencies, reserve tranche positions,
and outstanding credit and loans
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Member	General Resources Account				Credit outstanding					
	Quota	IMF's holdings of currencies ¹		Reserve tranche position	GRA		SDA ³	PRGF Trust ⁴	Total ⁵	
		Total	Percent of quota		Amount (A)	Percent ² +				+ (B)
Afghanistan, Islamic Republic of	161,900	161,916	100.0	—	—	—	—	—	—	
Albania	48,700	45,350	93.1	3,355	—	—	—	65,846	65,846	
Algeria	1,254,700	1,527,333	121.7	85,082	357,713	0.72	—	—	357,713	
Angola	286,300	286,445	100.1	—	—	—	—	—	—	
Antigua and Barbuda	13,500	13,499	100.0	6	—	—	—	—	—	
Argentina	2,117,100	10,217,996	482.6	179	8,101,069	16.25	—	—	8,101,069	
Armenia	92,000	93,411	101.5	—	1,406	—	—	131,573	132,979	
Australia	3,236,400	2,167,767	67.0	1,068,771	—	—	—	—	—	
Austria	1,872,300	1,330,845	71.1	541,468	—	—	—	—	—	
Azerbaijan	160,900	193,324	120.2	10	32,424	0.07	—	102,093	134,517	
Bahamas, The	130,300	124,041	95.2	6,260	—	—	—	—	—	
Bahrain, Kingdom of	135,000	63,843	47.3	71,203	—	—	—	—	—	
Bangladesh	533,300	533,098	100.0	209	—	—	—	148,500	148,500	
Barbados	67,500	62,317	92.3	5,185	—	—	—	—	—	
Belarus	386,400	386,400	100.0	20	—	—	—	—	—	
Belgium	4,605,200	3,313,766	72.0	1,291,457	—	—	—	—	—	
Belize	18,800	14,562	77.5	4,239	—	—	—	—	—	
Benin	61,900	59,720	96.5	2,188	—	—	—	39,503	39,503	
Bhutan	6,300	5,280	83.8	1,020	—	—	—	—	—	
Bolivia	171,500	274,138	159.8	8,875	111,500	0.22	—	89,103	200,603	
Bosnia and Herzegovina	169,100	232,054	137.2	— ⁶	62,949	0.13	—	—	62,949	
Botswana	63,000	44,040	69.9	18,961	—	—	—	—	—	
Brazil	3,036,100	18,392,832	605.8	—	15,356,228	30.80	—	—	15,356,228	
Brunei Darussalam	215,200	157,120	73.0	58,288	—	—	—	—	—	
Bulgaria	640,200	1,333,730	208.3	32,896	726,412	1.46	—	—	726,412	
Burkina Faso	60,200	52,884	87.8	7,318	—	—	316	77,862	78,178	
Burundi	77,000	76,641	99.5	360	—	—	—	33,550	33,550	
Cambodia	87,500	87,500	100.0	—	—	—	—	59,064	59,064	
Cameroon	185,700	185,022	99.6	696	—	—	—	202,081	202,081	
Canada	6,369,200	4,275,177	67.1	2,094,028	—	—	—	—	—	
Cape Verde	9,600	9,596	100.0	5	—	—	—	7,380	7,380	
Central African Republic	55,700	61,117	109.7	159	5,570	0.01	—	21,184	26,754	
Chad	56,000	55,719	99.5	282	—	—	—	63,502	63,502	
Chile	856,100	596,194	69.6	259,907	—	—	—	—	—	
China	6,369,200	4,510,001	70.8	1,859,246	—	—	—	—	—	
Colombia	774,000	488,202	63.1	285,803	—	—	—	—	—	
Comoros	8,900	8,358	93.9	544	—	—	—	—	—	
Congo, Democratic Republic of the	533,000	533,000	100.0	—	—	—	—	526,767	526,767	
Congo, Republic of	84,600	88,044	104.1	536	3,966	0.01	—	12,029	15,995	
Costa Rica	164,100	144,113	87.8	20,000	—	—	—	—	—	
Côte d'Ivoire	325,200	324,598	99.8	607	—	—	—	192,170	192,170	
Croatia	365,100	364,943	100.0	159	—	—	—	—	—	
Cyprus	139,600	98,281	70.4	41,326	—	—	—	—	—	
Czech Republic	819,300	582,733	71.1	236,572	—	—	—	—	—	
Denmark	1,642,800	1,149,503	70.0	493,297	—	—	—	—	—	
Djibouti	15,900	14,800	93.1	1,100	—	—	—	13,357	13,357	
Dominica	8,200	11,165	136.2	9	2,973	0.01	—	4,205	7,178	
Dominican Republic	218,900	402,779	184.0	3	183,880	0.37	—	—	183,880	
Ecuador	302,300	418,776	138.5	17,153	133,627	0.27	—	—	133,627	
Egypt	943,700	943,722	100.0	—	—	—	—	—	—	
El Salvador	171,300	171,303	100.0	—	—	—	—	—	—	
Equatorial Guinea	32,600	32,605	100.0	—	—	—	—	—	—	
Eritrea	15,900	15,900	100.0	5	—	—	—	—	—	
Estonia	65,200	65,195	100.0	6	—	—	—	—	—	
Ethiopia	133,700	126,520	94.6	7,188	—	—	—	115,022	115,022	

Schedule 1 (continued)

Member	General Resources Account				Credit outstanding					
	Quota	IMF's holdings of currencies ¹		Reserve tranche position	GRA		SDA ³ (B)	PRGF Trust ⁴ (C)	Total ⁵ (D)	
		Total	Percent of quota		Amount (A)	Percent ² +				
Fiji	70,300	55,039	78.3	15,268	—	—	—	—	—	
Finland	1,263,800	866,151	68.5	397,676	—	—	—	—	—	
France	10,738,500	7,640,478	71.2	3,098,181	—	—	—	—	—	
Gabon	154,300	215,181	139.5	179	61,057	0.12	—	—	61,057	
Gambia, The	31,100	29,618	95.2	1,485	—	—	15,600	—	15,600	
Georgia	150,300	152,613	101.5	10	2,313	—	—	165,745	168,058	
Germany	13,008,200	9,130,400	70.2	3,877,833	—	—	—	—	—	
Ghana	369,000	369,004	100.0	— ⁶	—	—	—	294,799	294,799	
Greece	823,000	552,428	67.1	270,601	—	—	—	—	—	
Grenada	11,700	17,556	150.1	—	5,855	0.01	—	—	5,855	
Guatemala	210,200	210,206	100.0	—	—	—	—	—	—	
Guinea	107,100	107,026	99.9	75	—	—	—	71,769	71,769	
Guinea-Bissau	14,200	14,200	100.0	— ⁶	—	—	—	9,149	9,149	
Guyana	90,900	90,902	100.0	—	—	—	—	62,392	62,392	
Haiti	81,900	92,063	112.4	68	10,230	0.02	—	6,070	16,300	
Honduras	129,500	120,874	93.3	8,627	—	—	—	128,877	128,877	
Hungary	1,038,400	724,386	69.8	314,016	—	—	—	—	—	
Iceland	117,600	99,016	84.2	18,585	—	—	—	—	—	
India	4,158,200	3,209,884	77.2	948,340	—	—	—	—	—	
Indonesia	2,079,300	7,949,000	382.3	145,500	6,015,196	12.07	—	—	6,015,196	
Iran, Islamic Republic of	1,497,200	1,497,204	100.0	—	—	—	—	—	—	
Iraq	1,188,400	1,314,413	110.6	171,100	297,100	0.60	—	—	297,100	
Ireland	838,400	578,050	68.9	260,365	—	—	—	—	—	
Israel	928,200	629,946	67.9	298,262	—	—	—	—	—	
Italy	7,055,500	4,785,684	67.8	2,269,833	—	—	—	—	—	
Jamaica	273,500	273,550	100.0	—	—	—	—	—	—	
Japan	13,312,800	9,399,825	70.6	3,913,958	—	—	—	—	—	
Jordan	170,500	367,861	215.8	88	197,440	0.40	—	—	197,440	
Kazakhstan	365,700	365,700	100.0	5	—	—	—	—	—	
Kenya	271,400	258,685	95.3	12,722	—	—	—	116,078	116,078	
Kiribati	5,600	5,601	100.0	4	—	—	—	—	—	
Korea	1,633,600	1,161,100	71.1	472,501	—	—	—	—	—	
Kuwait	1,381,100	936,787	67.8	444,315	—	—	—	—	—	
Kyrgyz Republic	88,800	88,800	100.0	5	—	—	—	136,387	136,387	
Lao People's Democratic Republic	52,900	52,900	100.0	— ⁶	—	—	—	23,399	23,399	
Latvia	126,800	126,762	100.0	55	—	—	—	—	—	
Lebanon	203,000	184,168	90.7	18,833	—	—	—	—	—	
Lesotho	34,900	31,341	89.8	3,563	—	—	—	24,500	24,500	
Liberia	71,300	272,062	381.6	31	200,781	0.40	—	—	223,671	
Libya	1,123,700	728,203	64.8	395,505	—	—	—	—	—	
Lithuania	144,200	144,185	100.0	16	—	—	—	—	—	
Luxembourg	279,100	198,289	71.0	80,825	—	—	—	—	—	
Macedonia FYR	68,900	91,084	132.2	— ⁶	22,182	0.04	—	17,182	39,364	
Madagascar	122,200	122,174	100.0	27	—	—	—	154,058	154,058	
Malawi	69,400	84,462	121.7	2,290	17,350	0.03	—	39,905	57,255	
Malaysia	1,486,600	1,007,505	67.8	479,101	—	—	—	—	—	
Maldives	8,200	10,746	131.0	1,554	4,100	0.01	—	—	4,100	
Mali	93,300	84,265	90.3	9,043	—	—	—	87,845	87,845	
Malta	102,000	61,741	60.5	40,261	—	—	—	—	—	
Marshall Islands	3,500	3,500	100.0	1	—	—	—	—	—	
Mauritania	64,400	64,404	100.0	—	—	—	—	54,708	54,708	
Mauritius	101,600	78,722	77.5	22,879	—	—	—	—	—	
Mexico	2,585,800	1,970,539	76.2	615,309	—	—	—	—	—	
Micronesia, Federated States of	5,100	5,100	100.0	1	—	—	—	—	—	
Moldova	123,200	170,492	138.4	5	47,292	0.09	—	27,720	75,012	
Mongolia	51,100	50,977	99.8	125	—	—	—	27,384	27,384	
Morocco	588,200	517,758	88.0	70,443	—	—	—	—	—	
Mozambique	113,600	113,600	100.0	7	—	—	—	124,040	124,040	
Myanmar	258,400	258,402	100.0	—	—	—	—	—	—	
Namibia	136,500	136,443	100.0	60	—	—	—	—	—	

Schedule 1 (continued)

Member	General Resources Account				Credit outstanding					
	Quota	IMF's holdings of currencies ¹		Reserve tranche position	GRA		SDA ³ (B)	PRGF Trust ⁴ (C)	Total ⁵ (D)	
		Total	Percent of quota		Amount (A)	Percent ² +				
Nepal	71,300	71,311	100.0	—	—	—	—	14,260	14,260	
Netherlands	5,162,400	3,712,487	71.9	1,449,918	—	—	—	—	—	
New Zealand	894,600	629,318	70.3	265,297	—	—	—	—	—	
Nicaragua	130,000	130,010	100.0	—	—	—	—	149,995	149,995	
Niger	65,800	57,237	87.0	8,563	—	—	—	84,290	84,290	
Nigeria	1,753,200	1,753,121	100.0	143	—	—	—	—	—	
Norway	1,671,700	1,178,514	70.5	493,193	—	—	—	—	—	
Oman	194,000	134,947	69.6	59,100	—	—	—	—	—	
Pakistan	1,033,700	1,139,308	110.2	118	105,725	0.21	—	1,028,224	1,133,949	
Palau	3,100	3,100	100.0	1	—	—	—	—	—	
Panama	206,600	217,252	105.2	11,860	22,500	0.05	—	—	22,500	
Papua New Guinea	131,600	142,982	108.6	426	11,803	0.02	—	—	11,803	
Paraguay	99,900	78,428	78.5	21,475	—	—	—	—	—	
Peru	638,400	691,933	108.4	—	53,500	0.11	—	—	53,500	
Philippines	879,900	1,186,821	134.9	87,431	394,347	0.79	—	—	394,347	
Poland	1,369,000	942,909	68.9	426,099	—	—	—	—	—	
Portugal	867,400	584,073	67.3	283,342	—	—	—	—	—	
Qatar	263,800	182,604	69.2	81,197	—	—	—	—	—	
Romania	1,030,200	1,287,882	125.0	—	257,677	0.52	—	—	257,677	
Russian Federation	5,945,400	5,943,542	100.0	1,946	—	—	—	—	—	
Rwanda	80,100	80,113	100.0	—	—	—	—	58,788	58,788	
St. Kitts and Nevis	8,900	8,819	99.1	82	—	—	—	—	—	
St. Lucia	15,300	15,295	100.0	7	—	—	—	—	—	
St. Vincent and the Grenadines	8,300	7,800	94.0	500	—	—	—	—	—	
Samoa	11,600	10,918	94.1	693	—	—	—	—	—	
San Marino	17,000	12,900	75.9	4,101	—	—	—	—	—	
São Tomé and Príncipe	7,400	7,403	100.0	— ⁶	—	—	—	1,902	1,902	
Saudi Arabia	6,985,500	4,953,091	70.9	2,032,412	—	—	—	—	—	
Senegal	161,800	160,261	99.0	1,543	—	—	—	125,789	125,789	
Serbia and Montenegro	467,700	1,042,811	223.0	—	575,097	1.15	—	—	575,097	
Seychelles	8,800	8,798	100.0	3	—	—	—	—	—	
Sierra Leone	103,700	103,685	100.0	24	—	—	—	125,030	125,030	
Singapore	862,500	613,229	71.1	249,282	—	—	—	—	—	
Slovak Republic	357,500	357,505	100.0	—	—	—	—	—	—	
Slovenia	231,700	164,923	71.2	66,784	—	—	—	—	—	
Solomon Islands	10,400	9,852	94.7	550	—	—	—	—	—	
Somalia	44,200	140,907	318.8	—	96,701	0.19	8,840	—	112,004	
South Africa	1,868,500	1,867,910	100.0	595	—	—	—	—	—	
Spain	3,048,900	2,194,850	72.0	854,071	—	—	—	—	—	
Sri Lanka	413,400	593,948	143.7	47,855	228,385	0.47	—	38,390	266,775	
Sudan	169,700	485,590	286.1	11	315,870	0.63	—	—	375,098	
Suriname	92,100	85,976	93.4	6,125	—	—	—	—	—	
Swaziland	50,700	44,147	87.1	6,562	—	—	—	—	—	
Sweden	2,395,500	1,682,566	70.2	712,934	—	—	—	—	—	
Switzerland	3,458,500	2,445,808	70.7	1,012,623	—	—	—	—	—	
Syrian Arab Republic	293,600	293,603	100.0	5	—	—	—	—	—	
Tajikistan	87,000	87,000	100.0	2	—	—	—	87,834	87,834	
Tanzania	198,900	188,903	95.0	9,999	—	—	—	265,703	265,703	
Thailand	1,081,900	975,347	90.2	106,562	—	—	—	—	—	
Timor-Leste	8,200	8,200	100.0	1	—	—	—	—	—	
Togo	73,400	73,069	99.5	332	—	—	—	15,204	15,204	
Tonga	6,900	5,189	75.2	1,712	—	—	—	—	—	
Trinidad and Tobago	335,600	238,913	71.2	96,693	—	—	—	—	—	
Tunisia	286,500	266,297	92.9	20,222	—	—	—	—	—	
Turkey	964,000	13,932,753	1,445.3	112,775	13,081,525	26.24	—	—	13,081,525	
Turkmenistan	75,200	75,200	100.0	5	—	—	—	—	—	
Uganda	180,500	180,506	100.0	—	—	—	—	119,968	119,968	
Ukraine	1,372,000	2,336,779	170.3	3	964,779	1.94	—	—	964,779	
United Arab Emirates	611,700	435,525	71.2	176,776	—	—	—	—	—	
United Kingdom	10,738,500	7,299,586	68.0	3,439,006	—	—	—	—	—	

Schedule 1 (concluded)

Member	General Resources Account				Credit outstanding					
	Quota	IMF's holdings of currencies ¹		Reserve tranche position	GRA		SDA ³	PRGF Trust ⁴	Total ⁵	
		Total	Percent of quota		Amount (A)	Percent ² +				+ (B)
United States	37,149,300	26,980,631	72.6	10,167,552	—	—	—	—	—	
Uruguay	306,500	1,942,107	633.6	—	1,635,600	3.28	—	—	1,635,600	
Uzbekistan	275,600	283,913	103.0	5	8,313	0.02	—	—	8,313	
Vanuatu	17,000	14,506	85.3	2,496	—	—	—	—	—	
Venezuela, República Bolivariana de	2,659,100	2,337,199	87.9	321,902	—	—	—	—	—	
Vietnam	329,100	329,100	100.0	5	—	—	—	166,480	166,480	
Yemen, Republic of	243,500	275,321	113.1	13	31,833	0.06	—	198,150	229,983	
Zambia	489,100	489,098	100.0	18	—	—	36,350	540,430	576,780	
Zimbabwe	353,400	462,473	130.9	328	109,399	0.22	—	75,235	184,634	
Total	213,478,400	213,486,377		49,848,798	49,853,664	100.00	45,506	6,588,065	56,575,816	

¹Includes nonnegotiable, non-interest-bearing notes that members are entitled to issue in substitution for currencies, and outstanding currency valuation adjustments.

²Represents the percentage of total use of GRA resources (column A).

³The Special Disbursement Account (SDA) of the General Department had financed loans under Structural Adjustment Facility (SAF) and Poverty Reduction Growth Facility (PRGF) arrangements.

⁴For information purposes only. The PRGF Trust provides financing under PRGF arrangements and is not a part of the General Department.

⁵Includes outstanding Trust Fund loans to Liberia (SDR 22.9 million), Somalia (SDR 6.5 million), and Sudan (SDR 59.2 million).

⁶Less than SDR 500.

General Department
Financial resources and liquidity position
in the General Resources Account
as at April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005	2004
Total resources		
Currencies	213,486,377	212,086,122
SDR holdings	574,310	506,029
Gold holdings	5,851,771	5,851,771
Other assets ¹	879,028	955,814
Total resources	<u>220,791,486</u>	<u>219,399,736</u>
Less: Non-usable resources²	97,828,711	115,631,796
of which: credit outstanding	49,853,664	62,152,682
Equals: Usable resources³	<u>122,962,775</u>	<u>103,767,940</u>
Less: Undrawn balances under GRA arrangements⁴	7,926,545	19,799,322
Equals: Uncommitted usable resources	<u>115,036,230</u>	<u>83,968,618</u>
Plus: Repurchases one year forward⁵	13,320,313	6,940,396
Less: Prudential balance⁶	34,017,800	32,828,720
Equals: One year forward commitment capacity (FCC)⁷	<u>94,338,743</u>	<u>58,080,294</u>
Memorandum item		
Resources available under borrowing arrangements	34,000,000	34,000,000
Quotas of members that finance IMF transactions	170,089,000	164,143,600
Net uncommitted usable resources ⁸	99,882,010	75,051,056
Liquid liabilities ⁹	49,848,798	62,856,110
Liquidity ratio ¹⁰	200.4%	119.4%

¹Other assets reflect current assets (charges, interest, and other receivables) and other assets (which include capital assets such as land, buildings, and equipment), net of other liabilities including remuneration payable.

²Resources regarded as non-usable in the financing of the IMF's ongoing operations and transactions are (1) gold holdings, (2) currencies of members that are using IMF credit, (3) currencies of other members with relatively weak external positions, and (4) other assets.

³Usable resources consist of (1) holdings of currencies of members considered by the IMF as having balance of payments and reserve positions sufficiently strong for their currencies to be used in transfers, (2) SDR holdings, and (3) any unused amounts under credit lines that have been activated.

⁴Amounts committed under arrangements but not yet disbursed. This includes arrangements considered precautionary.

⁵Repurchases by member countries during the coming one-year period. It is assumed that repurchases would be made on an expectation basis for SRF, and on an obligation basis under all other facilities.

⁶Prudential balance is set at 20 percent of quotas of members that issue the currencies that are used in the financing of IMF transactions and any amounts activated under borrowing arrangements.

⁷FCC is a measure of the resources available for new financial commitments in the coming year. It is equal to uncommitted usable resources plus repurchases one-year forward minus the prudential balance.

⁸Net uncommitted usable resources are defined as usable resources less resources committed under arrangements (adjusted to exclude inoperative arrangements, one-half of the amounts committed under precautionary arrangements) and minimum working balances (set at 10 percent of the quotas of members deemed sufficiently strong for their currencies to be used in operations and transactions).

⁹Liquid liabilities consist of (1) members' reserve tranche positions, and (2) the amount of any outstanding borrowing by the IMF under the GAB or NAB. Both reserve tranche positions and outstanding lending under the GAB and NAB (together called members' reserve positions in the IMF) are part of members' international reserves. A member may draw on its reserve position when it represents that it has a need, and the IMF must therefore at all times be in a position to meet such requests.

¹⁰The liquidity ratio is a measure of the IMF's liquidity position, represented by the ratio of its net uncommitted usable resources to its liquid liabilities.

Schedule 3

General Department
Status of arrangements
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Member	Date of arrangement	Expiration	Total amount agreed	Undrawn balance
General Resources Account				
Stand-By Arrangements				
Argentina	September 20, 2003	September 19, 2006	8,981,000	4,810,000
Bolivia	April 2, 2003	March 31, 2006	171,500	60,000
Bulgaria	August 6, 2004	September 5, 2006	100,000	100,000
Colombia	January 15, 2003	May 2, 2005	1,548,000	1,548,000
Croatia	August 4, 2004	April 3, 2006	97,000	97,000
Dominican Republic	January 31, 2005	May 31, 2007	437,800	385,260
Gabon	May 28, 2004	June 30, 2005	69,440	27,776
Paraguay	December 15, 2003	September 30, 2005	50,000	50,000
Peru	June 9, 2004	August 16, 2006	287,279	287,279
Romania	July 7, 2004	July 6, 2006	250,000	250,000
Total Stand-By Arrangements			<u>11,992,019</u>	<u>7,615,315</u>
Extended Arrangements				
Serbia and Montenegro	May 14, 2002	May 13, 2005	650,000	187,500
Sri Lanka	April 18, 2003	April 17, 2006	144,400	123,730
Total extended arrangements			<u>794,400</u>	<u>311,230</u>
Total General Resources Account			<u><u>12,786,419</u></u>	<u><u>7,926,545</u></u>



Deloitte & Touche LLP
 Suite 500
 555 12th Street, NW
 Washington, DC 20004-1207
 USA
 Tel: +1 202 879 5600
 Fax: +1 202 879 5309
 www.deloitte.com

Independent Auditors' Report

**To the Board of Governors
 of the International Monetary Fund
 Washington, DC**

We have audited the accompanying balance sheet of the SDR Department of the International Monetary Fund (the "Department") as of April 30, 2005, and the related statements of income and cash flows for the year then ended. These financial statements are the responsibility of the Department's management. Our responsibility is to express an opinion on these financial statements based on our audit. The Department's financial statements as of and for the year ended April 30, 2004, were audited by other auditors, whose report dated June 7, 2004, expressed an unqualified opinion on those statements.

We conducted our audit in accordance with International Standards on Auditing and auditing standards generally accepted in the United States of America. Those standards require that we plan and perform the audit to obtain reasonable assurance about whether the financial statements are free of material misstatement. An audit includes consideration of internal control over financial reporting as a basis for designing audit procedures that are appropriate in the circumstances, but not for the purpose of expressing an opinion on the effectiveness of the Department's internal control over financial reporting. Accordingly, we express no such opinion. An audit also includes examining, on a test basis, evidence supporting the amounts and disclosures in the financial statements, assessing the accounting principles used and significant estimates made by management, as well as evaluating the overall financial statement presentation. We believe that our audit provides a reasonable basis for our opinion.

In our opinion, such 2005 financial statements present fairly, in all material respects, the financial position of the SDR Department of the International Monetary Fund at April 30, 2005, and the results of its operations and its cash flows for the year then ended in conformity with International Financial Reporting Standards.

Our audit was conducted for the purpose of forming an opinion on the basic 2005 financial statements taken as a whole. The supplemental schedules listed on pages 172 to 177 are presented for the purpose of additional analysis and are not a required part of the basic financial statements. These schedules are the responsibility of the Department's management. Such 2005 schedules have been subjected to the auditing procedures applied in our audit of the basic financial statements and, in our opinion, are fairly stated in all material respects when considered in relation to the basic financial statements taken as a whole. The 2004 schedules were subjected to auditing procedures by other auditors, whose report dated June 7, 2004, referred to above, stated that such information is fairly stated in all material respects when considered in relation to the basic 2004 financial statements taken as a whole.

June 14, 2005

Member of
 Deloitte Touche Tohmatsu

SDR Department
Balance sheets
as at April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005	2004		2005	2004
Assets			Liabilities		
Net charges receivable	49,889	33,062	Net interest payable	50,090	33,409
Overdue assessments and charges (Note 3)	35,968	88,933	Participants with holdings above allocations (Note 2)		
Participants with holdings below allocations (Note 2)			SDR holdings	16,617,864	16,767,772
Allocations	12,133,536	11,838,846	Less: allocations	9,299,794	9,594,484
Less: SDR holdings	4,006,504	3,865,861	Holdings in excess of allocations	7,318,070	7,173,288
Allocations in excess of holdings	8,127,032	7,972,985	Holdings by the General Resources Account	574,310	506,029
Total assets	<u>8,212,889</u>	<u>8,094,980</u>	Holdings of SDRs by prescribed holders	270,419	382,254
			Total liabilities	<u>8,212,889</u>	<u>8,094,980</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

/s/ Michael G. Kuhn
 Director, Finance Department

/s/ Rodrigo de Rato
 Managing Director

SDR Department
Income statements
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005	2004
Revenue		
Net charges from participants with holdings below allocations	173,782	131,593
Assessment on SDR allocations	1,500	1,400
	<u>175,282</u>	<u>132,993</u>
Expenses		
Interest on SDR holdings		
Net interest to participants with holdings above allocations	149,673	106,570
General Resources Account	16,322	16,630
Prescribed holders	7,787	8,393
	<u>173,782</u>	<u>131,593</u>
Administrative expenses	1,500	1,400
	<u>175,282</u>	<u>132,993</u>
Net income	<u>—</u>	<u>—</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

SDR Department
Statements of cash flows
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005	2004
Cash flows from operating activities		
Receipts of SDRs		
Transfers among participants and prescribed holders	4,499,083	2,409,745
Transfers from participants to the General Resources Account	3,100,437	5,472,301
Transfers from the General Resources Account to participants and prescribed holders	3,032,157	5,928,914
Total receipts of SDRs	<u>10,631,677</u>	<u>13,810,960</u>
Uses of SDRs		
Transfers among participants and prescribed holders	4,356,089	2,293,009
Transfers from participants to the General Resources Account	3,085,510	5,454,029
Transfers from the General Resources Account to participants and prescribed holders	3,032,157	5,928,914
Charges paid in the SDR Department	210,741	131,931
Other	(52,820)	3,077
Total uses of SDRs	<u>10,631,677</u>	<u>13,810,960</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

SDR Department

Notes to the financial statements as at April 30, 2005, and 2004

1. Nature of operations

The Special Drawing Right (SDR) is an international interest-bearing reserve asset created by the IMF following the First Amendment of the Articles of Agreement in 1969. All transactions and operations involving SDRs are conducted through the SDR Department. The SDR may be allocated by the IMF, as a supplement to existing reserve assets, to members participating in the SDR Department. Its value as a reserve asset derives, essentially, from the commitments of participants to hold and accept SDRs and to honor various obligations connected with its proper functioning as a reserve asset.

The resources of the SDR Department are held separately from the assets of all the other accounts of, or administered by, the IMF. They may not be used to meet the liability, obligations, or losses of the Fund incurred in the operations of the General Department or other accounts, except that the SDR Department reimburses the General Department for expenses incurred in conducting the business of the SDR Department.

At April 30, 2005, all members of the IMF were participants in the SDR Department. SDRs have been allocated by the IMF to members that are participants in the SDR Department at the time of the allocation in proportion to their quotas in the IMF. Six allocations have been made (in 1970, 1971, 1972, 1979, 1980, and 1981) for a total of SDR 21.4 billion. A proposed amendment of the IMF's Articles of Agreement was approved by the Board of Governors in January 1998 to allow for a special one-time allocation of SDRs equal to SDR 21.4 billion. The amendment will enter into force as of the date the IMF certifies by formal communication to all members that three-fifths of the members, having 85 percent of the total voting power, have accepted it. Upon termination of participation or liquidation of the SDR Department, the IMF will provide to holders the currencies received from the participants in settlement of their obligations. The IMF is empowered to prescribe certain official entities as holders of SDRs; at April 30, 2005, 14 institutions were prescribed as holders (15 institutions at April 30, 2004). Prescribed holders do not receive allocations.

The SDR is also used by a number of international and regional organizations as a unit of account or as the basis for their units of account. Several international conventions also use the SDR as a unit of account, notably those expressing liability limits for the international transport of goods and services.

Uses of SDRs

Participants and prescribed holders can use and receive SDRs in transactions and operations by agreement among themselves. Participants can also use SDRs in operations and transactions involving the General Resources Account, such as the payment of charges and repurchases. The IMF ensures, by designating participants to provide freely usable currency in exchange for SDRs, that a participant can use its SDRs to obtain an equivalent amount of currency if it has a need because of its balance of payments, its reserve position, or developments in its reserves.

General allocations and cancellations of SDRs

The IMF has the authority to provide unconditional liquidity through general allocations of SDRs to participants in the SDR Department in proportion to

their quotas in the IMF. The IMF cannot allocate SDRs to itself or to other holders it prescribes. The Articles also provide for the cancellation of SDRs, although to date there have been no cancellations. In its decisions on general allocations of SDRs, the IMF, as prescribed under its Articles, has sought to meet the long-term global need to supplement existing reserve assets in such a manner as will promote the attainment of the IMF's purposes and avoid economic stagnation and deflation, as well as excess demand and inflation.

2. Summary of significant accounting policies

Basis of accounting

The financial statements of the SDR Department are prepared in accordance with International Financial Reporting Standards (IFRS). Specific accounting principles and disclosure practices are explained further below.

The preparation of financial statements in conformity with IFRS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates.

Unit of account

The financial statements are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the SDR valuation basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000 and the new composition of the SDR valuation basket became effective on January 1, 2001. The currencies in the basket as of April 30, 2005, and 2004 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.4260
Japanese yen	21.0000
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.5770

As of April 30, 2005, one SDR was equal to 1.51678 U.S. dollars (one SDR was equal to 1.45183 U.S. dollars as of April 30, 2004).

Allocations and holdings

At April 30, 2005, and 2004, IMF net cumulative allocations to participants totaled SDR 21.4 billion. Participants with holdings in excess of their allocations have established a net claim on the SDR Department, which is represented on the balance sheet as a liability. Participants with holdings below their allocations have used part of their allocations, which results in a net obligation to the SDR Department and is presented as an asset of the SDR Department. Participants' net SDR positions as of April 30, 2005, and 2004 were as follows:

	2005			2004		
	Total	Below allocations	Above allocations	Total	Below allocations	Above allocations
	<i>(In millions of SDRs)</i>					
Cumulative allocations	21,433.3	12,133.5	9,299.8	21,433.3	11,838.8	9,594.5
Holdings of SDRs						
by participants	20,624.4	4,006.5	16,617.9	20,633.6	3,865.8	16,767.8
Net SDR positions	808.9	8,127.0	(7,318.1)	799.7	7,973.0	(7,173.3)

A summary of SDR holdings is provided below:

	2005	2004
	<i>(In millions of SDRs)</i>	
Participants	20,624.4	20,633.6
General Resources Account	574.3	506.0
Prescribed holders	270.4	382.3
	21,469.1	21,521.9
Less: Overdue charges receivable	35.8	88.6
Total holdings	21,433.3	21,433.3

Interest and charges

Interest is paid on holdings of SDRs. Charges are levied on each participant's net cumulative allocations plus any allocations in excess of its holdings and unpaid charges. Interest on SDR holdings is paid quarterly. Charges on net cumulative allocations are also collected quarterly. Interest and charges are levied at the same rate and are settled by crediting and debiting individual holdings accounts on the first day of the subsequent quarter. The SDR Department is required to pay interest to each holder, whether or not sufficient SDRs are received to meet the payment of interest. If sufficient SDRs are not received because charges are overdue, additional SDRs are temporarily created.

The rate of interest on the SDR is determined by reference to a combined market interest rate, which is a weighted average of yields or rates on short-term instruments in the capital markets of the euro area, Japan, the United Kingdom, and the United States. The combined market interest rate used to determine the SDR interest rate is calculated each Friday, using the yields or rates of that day. The SDR interest rate, which is set equal to the combined market interest rate, enters into effect on a Monday and applies through the following Sunday. The average SDR interest rate was 2.08 percent for the year ended April 30, 2005 (1.58 percent for the year ended April 30, 2004).

Administrative expenses

The expenses of conducting the business of the SDR Department are paid by the IMF from the General Resources Account, which is reimbursed in SDRs by the SDR Department at the end of each financial year. For this purpose, the SDR Department levies an assessment on all participants in proportion to their net cumulative allocations.

Overdue obligations

An allowance for losses resulting from overdue SDR obligations would be created if and when the IMF were to expect a loss to be incurred; no losses have been incurred to date.

Comparatives

When necessary, comparative figures have been reclassified to conform with changes in the presentation of the current year.

3. Overdue assessments and charges

At April 30, 2005, assessments and charges amounting to SDR 36.0 million were overdue to the SDR Department (SDR 88.9 million at April 30, 2004). At April 30, 2005, three members (as of April 30, 2004, four members) were six months or more overdue in meeting their financial obligations to the SDR Department.

Assessments and charges due from members that are six months or more overdue to the SDR Department were as follows as of April 30:

	2005	2004
	<i>(In millions of SDRs)</i>	
Total	36.0	88.9
Overdue for six months or more	35.2	87.4
Overdue for three years or more	32.1	75.9

The amount and duration of arrears as of April 30, 2005 were as follows:

Total	Longest overdue obligation
<i>(In millions of SDRs)</i>	
Liberia	Apr-86
Somalia	Feb-91
Sudan	Apr-91
Total	

Schedule 1

SDR Department
Statements of changes in SDR holdings
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	Participants	General Resources Account	Prescribed holders	Total	
				2005	2004
Total holdings, beginning of the year	20,633,633	506,029	382,254	21,521,916	21,518,839
Receipts of SDRs					
Transfers among participants and prescribed holders					
Transactions by agreement	3,017,287	—	22,313	3,039,600	1,139,971
Operations					
Loans	—	—	—	—	15,675
Settlement of financial obligations	66,727	—	85,686	152,413	212,442
IMF-related operations					
SAF/PRGF loans	238,394	—	—	238,394	296,530
SAF repayments and interest	—	—	2,639	2,639	6,453
PRGF contributions and payments	111,086	—	221,820	332,906	284,016
PRGF repayments and interest	95,888	—	488,884	584,772	332,338
PRGF-HIPC contributions	938	—	4,011	4,949	5,090
Postconflict subsidy payments	416	—	—	416	494
Net interest on SDRs	135,083	—	7,911	142,994	116,736
Transfers from participants to the General Resources Account					
Repurchases	—	739,803	—	739,803	2,981,392
Charges	—	2,344,061	—	2,344,061	2,455,568
Quota payment	—	—	—	—	15,675
Assessment on SDR allocation (Note 2)	—	1,646	—	1,646	1,394
Interest on SDRs	—	14,927	—	14,927	18,272
Transfers from the General Resources Account to participants and prescribed holders					
Purchases	501,091	—	—	501,091	3,500,261
In exchange for currencies of other participants	1,577,043	—	—	1,577,043	1,398,238
Remuneration	950,317	—	—	950,317	946,840
Other	—	—	—	—	—
Refunds and adjustments	3,706	—	—	3,706	83,575
Total receipts	<u>6,697,976</u>	<u>3,100,437</u>	<u>833,264</u>	<u>10,631,677</u>	<u>13,810,960</u>

Schedule 1 (concluded)

SDR Department
Statements of changes in SDR holdings
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	Participants	General Resources Account	Prescribed holders	Total	
				2005	2004
Uses of SDRs					
Transfers among participants and prescribed holders					
Transactions by agreement	2,620,477	—	419,123	3,039,600	1,139,971
Operations					
Loans	—	—	—	—	15,675
Settlement of financial obligations	85,686	—	66,727	152,413	212,442
IMF-related operations					
SAF/PRGF Loans	—	—	238,394	238,394	296,530
SAF repayments and interest	2,639	—	—	2,639	6,453
PRGF contributions and payments	209,293	—	123,613	332,906	312,939
PRGF repayments and interest	488,884	—	95,888	584,772	303,415
PRGF-HIPC contributions	4,011	—	938	4,949	5,090
Postconflict subsidy payment	—	—	416	416	494
Transfers from participants to the General Resources Account					
Repurchases	739,803	—	—	739,803	2,981,392
Charges	2,344,061	—	—	2,344,061	2,455,568
Quota payment	—	—	—	—	15,675
Assessment on SDR allocation (Note 2)	1,646	—	—	1,646	1,394
Transfers from the General Resources Account to participants and prescribed holders					
Purchases	—	501,091	—	501,091	3,500,261
In exchange for currencies of other participants	—	1,577,043	—	1,577,043	1,398,238
Remuneration	—	950,317	—	950,317	946,840
Other					
Refunds and adjustments	—	3,706	—	3,706	83,575
Charges paid in the SDR department					
Net charges due	157,921	—	—	157,921	135,008
Total uses					
	6,654,421	3,032,157	945,099	10,631,677	13,810,960
Charges not paid when due	2,805	—	—	2,805	3,240
Settlement of unpaid charges	(55,625)	—	—	(55,625)	(163)
Total holdings, end of the year	20,624,368	574,310	270,419	21,469,097	21,521,916

The ending balances contain rounding differences.

Schedule 2

SDR Department
Allocations and holdings of participants
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Participant	Net cumulative allocations	Total	Holdings	
			Percent of cumulative allocations	(+) Above (-) Below allocations
Afghanistan, Islamic Republic of	26,703	177	0.7	(26,526)
Albania	—	68,685	—	68,685
Algeria	128,640	31,860	24.8	(96,780)
Angola	—	147	—	147
Antigua and Barbuda	—	6	—	6
Argentina	318,370	1,632,446	512.8	1,314,076
Armenia	—	567	—	567
Australia	470,545	128,460	27.3	(342,085)
Austria	179,045	100,563	56.2	(78,482)
Azerbaijan	—	9,430	—	9,430
Bahamas, The	10,230	68	0.7	(10,162)
Bahrain	6,200	552	8.9	(5,648)
Bangladesh	47,120	541	1.1	(46,579)
Barbados	8,039	52	0.7	(7,987)
Belarus	—	11	—	11
Belgium	485,246	196,580	40.5	(288,666)
Belize	—	1,667	—	1,667
Benin	9,409	63	0.7	(9,346)
Bhutan	—	276	—	276
Bolivia	26,703	27,790	104.1	1,087
Bosnia and Herzegovina	20,481	852	4.2	(19,629)
Botswana	4,359	34,697	796.0	30,338
Brazil	358,670	214,793	59.9	(143,877)
Brunei Darussalam	—	9,125	—	9,125
Bulgaria	—	6,286	—	6,286
Burkina Faso	9,409	82	0.9	(9,327)
Burundi	13,697	151	1.1	(13,546)
Cambodia	15,417	380	2.5	(15,037)
Cameroon	24,463	201	0.8	(24,262)
Canada	779,290	604,045	77.5	(175,245)
Cape Verde	620	19	3.1	(601)
Central African Republic	9,325	100	1.1	(9,225)
Chad	9,409	2,766	29.4	(6,643)
Chile	121,924	34,680	28.4	(87,244)
China	236,800	823,510	347.8	586,710
Colombia	114,271	116,919	102.3	2,648
Comoros	716	5	0.7	(711)
Congo, Democratic Republic of the	86,309	3,082	3.6	(83,227)
Congo, Republic of	9,719	1,935	19.9	(7,784)
Costa Rica	23,726	115	0.5	(23,611)
Côte d'Ivoire	37,828	365	1.0	(37,463)
Croatia	44,205	285	0.6	(43,920)
Cyprus	19,438	2,630	13.5	(16,808)
Czech Republic	—	4,666	—	4,666
Denmark	178,864	27,950	15.6	(150,914)
Djibouti	1,178	362	30.8	(816)
Dominica	592	58	9.8	(534)
Dominican Republic	31,585	1,963	6.2	(29,622)
Ecuador	32,929	6,437	19.5	(26,492)
Egypt	135,924	62,150	45.7	(73,774)
El Salvador	24,985	24,980	100.0	(5)
Equatorial Guinea	5,812	440	7.6	(5,372)
Eritrea	—	—	—	—
Estonia	—	54	—	54
Ethiopia	11,160	453	4.1	(10,707)

Schedule 2 (continued)

SDR Department
Allocations and holdings of participants
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Participant	Net cumulative allocations	Total	Holdings	
			Percent of cumulative allocations	(+) Above (-) Below allocations
Fiji	6,958	5,403	77.7	(1,555)
Finland	142,690	93,347	65.4	(49,343)
France	1,079,870	576,969	53.4	(502,901)
Gabon	14,091	273	1.9	(13,818)
Gambia, The	5,121	112	2.2	(5,009)
Georgia	—	1,010	—	1,010
Germany	1,210,760	1,329,313	109.8	118,553
Ghana	62,983	10,655	16.9	(52,328)
Greece	103,544	18,175	17.6	(85,369)
Grenada	930	15	1.6	(915)
Guatemala	27,678	5,012	18.1	(22,666)
Guinea	17,604	109	0.6	(17,495)
Guinea-Bissau	1,212	434	35.8	(778)
Guyana	14,530	8,598	59.2	(5,932)
Haiti	13,697	1,774	13.0	(11,923)
Honduras	19,057	111	0.6	(18,946)
Hungary	—	39,355	—	39,355
Iceland	16,409	55	0.3	(16,354)
India	681,170	2,974	0.4	(678,196)
Indonesia	238,956	61,565	25.8	(177,391)
Iran, Islamic Republic of	244,056	274,054	112.3	29,998
Iraq	68,464	295,813	432.1	227,349
Ireland	87,263	58,455	67.0	(28,808)
Israel	106,360	10,682	10.0	(95,678)
Italy	702,400	115,004	16.4	(587,396)
Jamaica	40,613	266	0.7	(40,347)
Japan	891,690	1,805,260	202.5	913,570
Jordan	16,887	2,768	16.4	(14,119)
Kazakhstan	—	793	—	793
Kenya	36,990	2,935	7.9	(34,055)
Kiribati	—	10	—	10
Korea	72,911	23,413	32.1	(49,498)
Kuwait	26,744	119,948	448.5	93,204
Kyrgyz Republic	—	16,022	—	16,022
Lao People's Democratic Republic	9,409	9,901	105.2	492
Latvia	—	97	—	97
Lebanon	4,393	21,374	486.5	16,981
Lesotho	3,739	394	10.5	(3,345)
Liberia	21,007	—	—	(21,007)
Libya	58,771	479,770	816.3	420,999
Lithuania	—	68	—	68
Luxembourg	16,955	10,244	60.4	(6,711)
Macedonia, former Yugoslav Republic of	8,379	2,859	34.1	(5,520)
Madagascar	19,270	129	0.7	(19,141)
Malawi	10,975	420	3.8	(10,555)
Malaysia	139,048	130,510	93.9	(8,538)
Maldives	282	311	110.3	29
Mali	15,912	327	2.1	(15,585)
Malta	11,288	31,063	275.2	19,775
Marshall Islands	—	—	—	—
Mauritania	9,719	114	1.2	(9,605)
Mauritius	15,744	17,624	111.9	1,880
Mexico	290,020	301,814	104.1	11,794
Micronesia, Federated States of	—	1,224	—	1,224
Moldova	—	434	—	434

Schedule 2 (continued)

SDR Department
Allocations and holdings of participants
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Participant	Net cumulative allocations	Total	Holdings	
			Percent of cumulative allocations	(+) Above (-) Below allocations
Mongolia	—	27	—	27
Morocco	85,689	67,750	79.1	(17,939)
Mozambique	—	54	—	54
Myanmar	43,474	337	0.8	(43,137)
Namibia	—	18	—	18
Nepal	8,105	6,218	76.7	(1,887)
Netherlands	530,340	501,592	94.6	(28,748)
New Zealand	141,322	22,644	16.0	(118,678)
Nicaragua	19,483	213	1.1	(19,270)
Niger	9,409	606	6.4	(8,803)
Nigeria	157,155	1,084	0.7	(156,071)
Norway	167,770	200,196	119.3	32,426
Oman	6,262	9,314	148.7	3,052
Pakistan	169,989	156,230	91.9	(13,759)
Palau	—	—	—	—
Panama	26,322	401	1.5	(25,921)
Papua New Guinea	9,300	352	3.8	(8,948)
Paraguay	13,697	86,530	631.7	72,833
Peru	91,319	2,193	2.4	(89,126)
Philippines	116,595	3,992	3.4	(112,603)
Poland	—	47,570	—	47,570
Portugal	53,320	67,671	126.9	14,351
Qatar	12,822	23,940	186.7	11,118
Romania	75,950	3,148	4.1	(72,802)
Russian Federation	—	1,497	—	1,497
Rwanda	13,697	19,027	138.9	5,330
St. Kitts and Nevis	—	1	—	1
St. Lucia	742	1,508	203.4	766
St. Vincent and the Grenadines	354	5	1.5	(349)
Samoa	1,142	2,434	213.1	1,292
San Marino	—	580	—	580
São Tomé and Príncipe	620	10	1.6	(610)
Saudi Arabia	195,527	346,658	177.3	151,131
Senegal	24,462	444	1.8	(24,018)
Serbia and Montenegro	56,665	13,609	24.0	(43,056)
Seychelles	406	4	0.9	(402)
Sierra Leone	17,455	24,101	138.1	6,646
Singapore	16,475	191,262	1,160.9	174,787
Slovak Republic	—	883	—	883
Slovenia	25,431	7,438	29.2	(17,993)
Solomon Islands	654	4	0.6	(650)
Somalia	13,697	—	—	(13,697)
South Africa	220,360	222,820	101.1	2,460
Spain	298,805	219,070	73.3	(79,735)
Sri Lanka	70,868	2,459	3.5	(68,409)
Sudan	52,192	318	0.6	(51,874)
Suriname	7,750	1,180	15.2	(6,570)
Swaziland	6,432	2,474	38.5	(3,958)
Sweden	246,525	116,331	47.2	(130,194)
Switzerland	—	12,128	—	12,128
Syrian Arab Republic	36,564	36,576	100.0	12
Tajikistan	—	10,007	—	10,007
Tanzania	31,372	219	0.7	(31,153)
Thailand	84,652	550	0.6	(84,102)
Timor-Leste	—	—	—	—

Schedule 2 (concluded)

SDR Department
Allocations and holdings of participants
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Participant	Net cumulative allocations	Total	Holdings	
			Percent of cumulative allocations	(+) Above (-) Below allocations
Togo	10,975	99	0.9	(10,876)
Tonga	—	252	—	252
Trinidad and Tobago	46,231	1,995	4.3	(44,236)
Tunisia	34,243	5,662	16.5	(28,581)
Turkey	112,307	167,300	149.0	54,993
Turkmenistan	—	—	—	—
Uganda	29,396	2,972	10.1	(26,424)
Ukraine	—	8,683	—	8,683
United Arab Emirates	38,737	4,345	11.2	(34,392)
United Kingdom	1,913,070	201,656	10.5	(1,711,414)
United States	4,899,530	7,654,235	156.2	2,754,705
Uruguay	49,977	19,377	38.8	(30,600)
Uzbekistan	—	109	—	109
Vanuatu	—	944	—	944
Venezuela	316,890	4,988	1.6	(311,902)
Vietnam	47,658	455	1.0	(47,203)
Yemen, Republic of	28,743	20,504	71.3	(8,239)
Zambia	68,298	19,219	28.1	(49,079)
Zimbabwe	10,200	64	0.6	(10,136)
Above allocations	9,299,794	16,617,864	178.7	7,318,070
Below allocations	12,133,536	4,006,504	33.0	(8,127,032)
Total participants	21,433,330	20,624,368		
General Resources Account		574,310		
Prescribed holders		270,419		
Overdue charges	35,767			
	<u>21,469,097</u>	<u>21,469,097</u>		



Deloitte & Touche LLP
Suite 500
555 12th Street, NW
Washington, DC 20004-1207
USA
Tel: +1 202 879 5600
Fax: +1 202 879 5309
www.deloitte.com

Independent Auditors' Report

**To the Board of Governors
of the International Monetary Fund
Washington, DC**

We have audited the accompanying combined balance sheet of the Poverty Reduction and Growth Facility Trust (the "Company") as of April 30, 2005, and the related combined statements of income, changes in resources, and cash flows for the year then ended. These combined financial statements are the responsibility of the Company's management. Our responsibility is to express an opinion on these combined financial statements based on our audit. The Company's combined financial statements as of and for the year ended April 30, 2004, were audited by other auditors, whose report dated June 7, 2004, expressed an unqualified opinion on those statements.

We conducted our audit in accordance with International Standards on Auditing and auditing standards generally accepted in the United States of America. Those standards require that we plan and perform the audit to obtain reasonable assurance about whether the financial statements are free of material misstatement. An audit includes consideration of internal control over financial reporting as a basis for designing audit procedures that are appropriate in the circumstances, but not for the purpose of expressing an opinion on the effectiveness of the Company's internal control over financial reporting. Accordingly, we express no such opinion. An audit also includes examining, on a test basis, evidence supporting the amounts and disclosures in the financial statements, assessing the accounting principles used and significant estimates made by management, as well as evaluating the overall financial statement presentation. We believe that our audit provides a reasonable basis for our opinion.

In our opinion, such 2005 financial statements present fairly, in all material respects, the combined financial position of the Poverty Reduction and Growth Facility Trust at April 30, 2005, and the combined results of its operations and its cash flows for the year then ended in conformity with International Financial Reporting Standards.

Our audit was conducted for the purpose of forming an opinion on the basic 2005 combined financial statements taken as a whole. The supplemental schedules listed on pages 186 to 189 are presented for the purpose of additional analysis and are not a required part of the basic combined financial statements. These schedules are the responsibility of Company management. Such 2005 schedules have been subjected to the auditing procedures applied in our audit of the basic combined financial statements and, in our opinion, are fairly stated in all material respects when considered in relation to the basic combined financial statements taken as a whole. The 2004 schedules were subjected to auditing procedures by other auditors, whose report dated June 7, 2004, referred to above, stated that such information is fairly stated in all material respects when considered in relation to the basic 2004 combined financial statements taken as a whole.

June 14, 2005

Member of
Deloitte Touche Tohmatsu

Poverty Reduction and Growth Facility Trust
Combined balance sheets
as at April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005	2004
Assets		
Cash and cash equivalents	1,945,902	2,721,670
Investments (Note 4)	3,900,371	3,035,128
Loans receivable (Note 5)	6,588,065	6,699,728
Interest receivable	25,669	20,915
Total assets	<u>12,460,007</u>	<u>12,477,441</u>
Liabilities and resources		
Borrowings (Note 6)	7,411,651	7,512,656
Interest payable	47,477	34,518
Other liabilities	6,399	4,483
Total liabilities	<u>7,465,527</u>	<u>7,551,657</u>
Resources	4,994,480	4,925,784
Total liabilities and resources	<u>12,460,007</u>	<u>12,477,441</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

/s/ Michael G. Kuhn
Director, Finance Department

/s/ Rodrigo de Rato
Managing Director

Poverty Reduction and Growth Facility Trust
Combined statements of income and changes in resources
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005	2004
Balance, beginning of the year	4,925,784	4,898,250
Investment income (Note 7)	98,373	75,377
Interest on loans	32,961	33,587
Interest expense	(126,912)	(106,300)
Other expenses	(2,986)	(3,286)
Operational income/(loss)	1,436	(622)
Contributions (Note 8)	26,668	34,326
Transfers from the Special Disbursement Account (Note 10)	40,592	51,530
Transfers through the Special Disbursement Account to the PRGF-HIPC Trust (Note 10)	-	(57,700)
Net income/changes in resources	<u>68,696</u>	<u>27,534</u>
Balance, end of the year	<u>4,994,480</u>	<u>4,925,784</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

Poverty Reduction and Growth Facility Trust
Combined statements of cash flows
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005	2004
Cash flows from operating activities		
Net income	68,696	27,534
Adjustments to reconcile net income to cash generated by operations		
Changes in interest receivable	(4,754)	(1,936)
Changes in interest payable and other liabilities	14,875	(3,262)
Cash from credit to members:		
Loan disbursements	(770,672)	(865,215)
Loan repayments	882,335	832,783
Net cash provided by/(used in) operating activities	190,480	(10,096)
Cash flows from investment activities		
Net (disposal)/acquisition of investments	(865,243)	169,924
Net cash (used in)/provided by investment activities	(865,243)	169,924
Cash flows from financing activities		
Borrowings	769,614	864,978
Repayment of borrowings	(870,619)	(784,176)
Net cash (used in)/provided by financing activities	(101,005)	80,802
Cash and cash equivalents, beginning of year	2,721,670	2,481,040
Cash and cash equivalents, end of year	1,945,902	2,721,670

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

Poverty Reduction and Growth Facility Trust

Notes to the combined financial statements as at April 30, 2005, and 2004

1. Nature of operations

The Poverty Reduction and Growth Facility Trust (PRGF Trust or the Trust), for which the IMF is Trustee, was established in December 1987 and was extended and enlarged in February 1994 to provide loans on concessional terms to qualifying low-income developing country members. The resources of the Trust are held separately from the assets of all other accounts of, or administered by, the IMF and may not be used to discharge liabilities or to meet losses incurred in the administration of other accounts.

The operations of the Trust are conducted through a Loan Account, a Reserve Account, and a Subsidy Account. Combining balance sheets and statements of income and changes in resources for each of these accounts are provided in Note 13 to these financial statements.

Loan Account

The resources of the Loan Account consist of the proceeds from borrowings, repayments of principal, and interest payments on loans extended by the Trust.

Reserve Account

The resources of the Reserve Account consist of amounts transferred by the IMF from the Special Disbursement Account and net earnings from investment of resources held in the Reserve Account and in the Loan Account.

The resources held in the Reserve Account are to be used by the Trustee, in the event that borrowers' principal repayments and interest payments, together with the authorized interest subsidy, are insufficient to repay loan principal and interest on borrowings of the Loan Account. The Trustee reviews the adequacy of the Reserve Account semiannually to determine whether sufficient resources are available to meet all obligations to the lenders to the Loan Account.

Subsidy Account

The resources held in the Subsidy Account consist of contributions to the Trust, including transfers of net earnings from the PRGF Administered Accounts, SDR 400 million transferred by the IMF from the Special Disbursement Account, net earnings on loans made to the Trust for the Subsidy Account, and the net earnings from investment of Subsidy Account resources.

The resources available in the Subsidy Account are drawn by the Trustee to pay the difference, with respect to each interest period, between the interest due from the borrowers under the Trust and the interest due on Loan Account borrowings. To the extent that resources in the Subsidy Account are insufficient for subsidy operations, the Trustee will transfer to the Subsidy Account resources in the PRGF-HIPC Trust Account not earmarked for assistance under PRGF-HIPC operations.

2. Summary of significant accounting policies

Basis of accounting

The financial statements of the PRGF Trust are prepared in accordance with International Financial Reporting Standards (IFRS). Specific accounting principles and disclosure practices are explained further below.

The preparation of financial statements in conformity with IFRS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates.

Unit of account

The financial statements are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the SDR valuation basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000, and the new composition of the SDR valuation basket became effective on January 1, 2001. The currencies in the basket as of April 30, 2005, and 2004 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.4260
Japanese yen	21.0000
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.5770

As of April 30, 2005, one SDR was equal to 1.51678 U.S. dollars (one SDR was equal to 1.45183 U.S. dollars as of April 30, 2004).

Foreign currency translation

Foreign currency transactions are recorded at the rate of exchange on the date of the transaction. At the balance sheet date, monetary assets and liabilities denominated in foreign currencies are reported using the closing exchange rates. Exchange differences arising from the settlement of transactions at rates different from those at the originating date of the transaction and unrealized foreign exchange differences on unsettled foreign currency monetary assets and liabilities are included in the determination of net income.

Cash and cash equivalents

Cash and cash equivalents include short-term deposits with a maturity of less than ninety days. These deposits are denominated in SDRs or other currencies and are carried at cost, which approximates fair value. Interest on these instruments varies and is based on prevailing market rates.

Investments

Investments are made in fixed-term deposits, domestic government bonds of the euro zone, Japan, the United Kingdom, and the United States, and obligations of multilateral organizations. For deposits, the Trust may invest only in obligations issued by institutions with a credit rating of A and above. For other investments, the Trust may invest only in obligations issued by an agency of a government and a multilateral organization with a minimum credit rating of AA.

Investments in debt securities, classified as available-for-sale securities, are measured initially at cost, including transaction costs. Subsequent to initial

recognition, all available-for-sale assets are remeasured to fair value, based on the quoted market price at the balance sheet date. Gains and losses arising from a change in the fair value of available-for-sale investments are recognized in the statement of income.

Investment income comprises interest income and realized and unrealized gains and losses on investments, including currency valuation differences arising from exchange rate movements against the SDR.

Loans

Loans in the Trust are initially recorded at the amount disbursed provided that the present value of the cash flows from stated interest due and the Subsidy Account is equal to or exceeds the disbursed amount. Thereafter, the carrying value of the loans is amortized cost.

Loans are repayable in 5½ to 10 years in semiannual installments. Interest on loans accrues at the stated interest rate of ½ of 1 percent per annum. It is the Trust's policy to exclude from income, interest on loans that are six months or more overdue. At each balance sheet date, the loans are reviewed to determine whether there is objective evidence of loan impairment. If any such evidence exists, an impairment loss is recognized to the extent that the present value of estimated future cash flows falls below the carrying amount.

Contributions

Contributions are reflected as increases in resources after the achievement of specified conditions and are subject to bilateral agreements stipulating how the resources are to be used.

Transfers

Internal transfers of resources within the IMF are accounted for under the accrual method of accounting.

Administrative costs

The expenses of conducting the activities of the Trust are borne by the General Resources Account of the IMF. In financial years 2005 and 2004, the reimbursements for these costs have been waived.

Comparatives

When necessary, comparative figures have been reclassified to conform with changes in the presentation of the current year.

Accounting and reporting developments

In December 2003, the International Accounting Standards Board revised International Accounting Standard 39, "Financial Instruments: Recognition and Measurement," which will become effective for financial year 2006. Upon adoption of the revised standard, and as permitted by the transition provisions, investments previously classified as available-for-sale will be reclassified as securities at fair-value-through-profit-and-loss. After the reclassification, changes in fair value of the investments would continue to be recognized in the income statement.

3. Financial risk management

In providing financial assistance to eligible country members and conducting its operations, the Trust is exposed to various types of risks, including credit, interest rate, exchange rate, and liquidity risks.

Credit risk refers to potential losses on credit outstanding owing to the inability, or unwillingness, of member countries to make loan repayments. To mitigate credit risk, the amount that eligible member countries may borrow is limited to 140 percent of their IMF quotas under three-year arrangements. Disbursements under PRGF arrangements are linked to performance criteria and the IMF, as trustee, conducts periodic reviews to ensure that such criteria are met. To protect the lenders to the Trust, resources are accumulated in the Reserve Account. These resources are available to repay the lenders in the event of delayed or nonpayment by borrowers.

Interest rate risk is the risk that future cash flows will fluctuate because of changes in market interest rates. Interest rate risk on the Trust's investments is managed by limiting the investment portfolio to a weighted-average effective duration that does not exceed three years.

Exchange rate risk is the exposure to the effects of fluctuations in the prevailing foreign currency exchange rates on the Trust's financial position and cash flows. Exchange rate risk on the Trust's investments is managed by investing in securities denominated in SDRs or in the constituent currencies, with the same composition, of the SDR valuation basket.

Liquidity risk is the risk of non-availability of resources to meet the Trust's financing needs and obligations. The Trust conducts semiannual reviews to determine the adequacy of the resources accumulated in the Subsidy and Reserve accounts to meet liquidity needs. Resources in the Subsidy Account are expected to exceed estimated needs and the balance in the Reserve Account is projected to increase until it reaches the level sufficient to cover all outstanding PRGF Trust obligations to lenders.

4. Investments

Investments consisted of the following at April 30:

	2005	2004
	<i>(In thousands of SDRs)</i>	
Fixed-term deposits	1,185,595	234,845
Debt securities	2,714,776	2,800,283
Total	<u>3,900,371</u>	<u>3,035,128</u>

The maturities of the investments are as follows at April 30:

	2005	2004
	<i>(In thousands of SDRs)</i>	
Less than 1 year	3,635,060	2,831,390
1-3 years	228,811	168,542
3-5 years	36,500	—
Over 5 years	—	35,196
Total	<u>3,900,371</u>	<u>3,035,128</u>

5. Loans receivable

Resources of the Loan Account are committed to qualifying members for a three-year period, upon approval by the Trustee of three-year arrangements in support of the members' macroeconomic and structural adjustment programs. Interest on the outstanding loans, which is repayable in ten equal semiannual installments beginning 5½ years after disbursement, is set at the rate of ½ of 1 percent per annum. At April 30, 2005, the resources of the Loan Account included cumulative advances from the Reserve Account of SDR 75.2 million resulting from the nonpayment of principal by Zimbabwe (SDR 74.7 million at April 30, 2004). Scheduled repayments of loans by borrowers, including Zimbabwe's overdue obligations, are summarized below:

**Period of repayment,
financial year ending April 30**

	<i>(In thousands of SDRs)</i>
2006	854,789
2007	726,142
2008	815,876
2009	820,642
2010	836,220
2011 and beyond	2,459,161
Overdue	75,235
Total	<u>6,588,065</u>

As of April 30, use of credit in the Trust by the largest users was as follows:

	2005			2004
	<i>(In millions of SDRs and percent of total PRGF credit)</i>			
Largest user of credit	1,028.2	15.6%	916.1	13.7%
Three largest users of credit	2,095.4	31.8%	1,920.4	28.7%
Five largest users of credit	2,655.9	40.3%	2,512.0	37.5%

The five largest users of credit as of April 30, 2005, were Pakistan, Zambia, the Democratic Republic of the Congo, Ghana, and Tanzania.

6. Borrowings

The Trust borrows on such terms and conditions as agreed between the Trustee and the lenders. Interest rates on borrowings as at April 30, 2005, were at a weighted average rate of 1.69 percent per annum (1.40 percent per annum as at April 30, 2004). The principal amounts of the borrowings are repayable between 5½ and 16 years after the first drawing.

Scheduled repayments of borrowings are summarized below:

**Period of repayment,
financial year ending April 30**

	<i>(In thousands of SDRs)</i>
2006	1,506,062
2007	984,181
2008	828,799
2009	827,633
2010	832,087
2011 and beyond	2,432,889
Total	<u>7,411,651</u>

The following summarizes the borrowing agreements concluded as of April 30:

	Amount undrawn	
	2005	2004
	<i>(In thousands of SDRs)</i>	
Loan Account	4,092,456	4,856,812
Subsidy Account	58,435	65,167

7. Investment income

Investment income comprised the following at April 30:

	2005	2004
	<i>(In thousands of SDRs)</i>	
Interest income	142,021	119,077
Realized losses, net	(7,915)	(70,151)
Unrealized (losses)/gains, net	(35,427)	26,647
Exchange rate losses, net	(306)	(196)
Total	<u>98,373</u>	<u>75,377</u>

8. Contributions

The Trustee accepts contributions for the Subsidy Account on such terms and conditions as agreed between the Trustee and the contributors. At April 30, 2005, cumulative contributions received, including transfers from the Special Disbursement Account, amounted to SDR 2,456.7 million (SDR 2,430.0 million at April 30, 2004).

9. Commitments under loan arrangements

An arrangement under the PRGF is a decision of the IMF as Trustee, that gives a member the assurance that the Trust stands ready to provide foreign exchange or SDRs during a specified period and up to a specified amount in accordance with the terms of the decision. At April 30, 2005, undrawn balances under 31 loan arrangements amounted to SDR 1,315.0 million (SDR 2,088.9 million under 36 arrangements at April 30, 2004).

10. Related-party transactions

The expenses of conducting the business of the Trust are paid by the General Resources Account of the IMF and reimbursed by the Trust through the Special Disbursement Account; transfers corresponding to these expenses are made from the Reserve Account to the Special Disbursement Account when and to the extent needed. The Executive Board of the IMF decided to forgo such reimbursement to the General Resources Account, amounting to SDR 54.4 million and SDR 57.7 million for the financial years ended April 30, 2005, and 2004, respectively. For the financial year ended April 30, 2004, the Executive Board decided that an amount equivalent to the expenses should be transferred from the Reserve Account, through the Special Disbursement Account, to the PRGF-HIPC Trust. (No such decision was made for the financial year ended April 30, 2005.)

Cumulative transfers from the IMF, through the Special Disbursement Account, to the Reserve Account and Subsidy Account as of April 30, 2005, amounted to SDR 2,630.0 million and SDR 400 million, respectively (SDR 2,589.0 million and SDR 400 million, respectively, as of April 30, 2004). The Subsidy Account also receives contributions from member countries that had placed deposits in the Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts at low interest rates. Net investment income transferred from the Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts to the Subsidy Account amounted to SDR 0.3 million and SDR 1.9 million for the financial years 2005 and 2004, respectively.

11. Loans under the Saudi Fund for Development Special Account

The Saudi Fund for Development (SFD) Special Account was established at the request of the SFD to provide supplementary financing in association with loans under the PRGF Trust. The SFD makes funds available after a bilateral agreement between it and a recipient country has been effected. The SFD places funds, denominated in SDRs, in the SFD Special Account for disbursement to a recipient country simultaneously with disbursements under a PRGF arrangement. These loans are repayable in ten equal semiannual installments commencing 5½ years after the date of disbursement and interest on these loans is set at a rate of ½ of 1 percent per annum.

The cumulative receipts and uses of resources for the Saudi Fund for Development Special Account were SDR 100.9 million as of April 30, 2005 (SDR 97.9 million at April 30, 2004).

12. Subsequent event

On June 11, 2005, the G-8 finance ministers proposed an initiative that would involve debt relief, leading to full debt cancellation of outstanding obligations, of member countries eligible for HIPC assistance. Under this proposal, the cost of meeting the obligations of the eligible members would be met from existing IMF resources. In situations where other existing and projected debt relief obligations cannot be met from existing IMF resources (for example, for the protracted arrears cases such as Liberia, Somalia, and Sudan), donors have committed to providing the extra resources necessary. IMF resources that will be considered to finance this debt relief operation consist of available resources already earmarked to

provide debt relief or provide concessional financing (SDA, PRGF, and PRGF-HIPC resources) for an estimated amount of approximately SDR 4.0 billion as of April 30, 2005. The precise modalities of the proposal have not yet been developed. The G-8 finance ministers call upon all shareholders to support the debt relief proposals which would be put to the 2005 Annual Meetings.

13. Combining balance sheets and statements of income and changes in resources

The balance sheets and statements of income and changes in resources for each of the accounts in the PRGF Trust are presented below:

Note 13

Poverty Reduction and Growth Facility Trust Combining balance sheets as at April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	Loan Account		Reserve Account		Subsidy Account		Combined	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004
Assets								
Cash and cash equivalents	–	627,730	888,457	1,050,119	1,057,445	1,043,821	1,945,902	2,721,670
Investments (Note 4)	885,595	234,846	2,252,108	1,999,165	762,668	801,117	3,900,371	3,035,128
Loans receivable (Note 5)	6,588,065	6,699,728	–	–	–	–	6,588,065	6,699,728
Accrued account transfers	23,275	20,202	56,196	48,095	(79,471)	(68,297)	–	–
Interest receivable	23,827	19,866	1,789	961	53	88	25,669	20,915
Total assets	<u>7,520,762</u>	<u>7,602,372</u>	<u>3,198,550</u>	<u>3,098,340</u>	<u>1,740,695</u>	<u>1,776,729</u>	<u>12,460,007</u>	<u>12,477,441</u>
Liabilities and resources								
Borrowings (Note 6)	7,391,721	7,488,707	–	–	19,930	23,949	7,411,651	7,512,656
Interest payable	47,407	34,484	–	–	70	34	47,477	34,518
Other liabilities	6,399	4,483	–	–	–	–	6,399	4,483
Total liabilities	<u>7,445,527</u>	<u>7,527,674</u>	<u>–</u>	<u>–</u>	<u>20,000</u>	<u>23,983</u>	<u>7,465,527</u>	<u>7,551,657</u>
Resources	75,235	74,698	3,198,550	3,098,340	1,720,695	1,752,746	4,994,480	4,925,784
Total liabilities and resources	<u>7,520,762</u>	<u>7,602,372</u>	<u>3,198,550</u>	<u>3,098,340</u>	<u>1,740,695</u>	<u>1,776,729</u>	<u>12,460,007</u>	<u>12,477,441</u>

Poverty Reduction and Growth Facility Trust
Combining statements of income and changes in resources
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	Loan Account		Reserve Account		Subsidy Account		Combined	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004
Balance, beginning of the year	74,698	65,543	3,098,340	3,066,520	1,752,746	1,766,187	4,925,784	4,898,250
Investment income (Note 7)	—	—	61,646	48,856	36,727	26,521	98,373	75,377
Interest on loans	32,961	33,587	—	—	—	—	32,961	33,587
Interest expense	(126,828)	(104,912)	—	—	(84)	(1,388)	(126,912)	(106,300)
Other expenses	—	—	(1,491)	(1,711)	(1,495)	(1,575)	(2,986)	(3,286)
Net operational income/(loss)	(93,867)	(71,325)	60,155	47,145	35,148	23,558	1,436	(622)
Contributions (Note 8)	—	—	—	—	26,668	34,326	26,668	34,326
Transfers from the Special Disbursement Account (Note 10)	—	—	40,592	51,530	—	—	40,592	51,530
Transfers through the Special Disbursement Account to the PRGF-HIPC Trust (Note 10)	—	—	—	(57,700)	—	—	—	(57,700)
Transfers between:								
Loan and Reserve Accounts	537	9,155	(537)	(9,155)	—	—	—	—
Loan and Subsidy Accounts	93,867	71,325	—	—	(93,867)	(71,325)	—	—
Net income/changes in resources	537	9,155	100,210	31,820	(32,051)	(13,441)	68,696	27,534
Balance, end of the year	75,235	74,698	3,198,550	3,098,340	1,720,695	1,752,746	4,994,480	4,925,784

Schedule 1

Poverty Reduction and Growth Facility Trust
Schedule of outstanding loans
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Member	PRGF Loan Account		Structural Adjustment Facility ¹	
	Balance	Percent	Balance	Percent
Albania	65,846	1.00	—	—
Armenia	131,572	2.00	—	—
Azerbaijan	102,093	1.55	—	—
Bangladesh	148,500	2.25	—	—
Benin	39,503	0.60	—	—
Bolivia	89,103	1.35	—	—
Burkina Faso	77,862	1.18	316	0.69
Burundi	33,550	0.51	—	—
Cambodia	59,064	0.90	—	—
Cameroon	202,081	3.06	—	—
Cape Verde	7,380	0.11	—	—
Central African Republic	21,184	0.32	—	—
Chad	63,502	0.96	—	—
Congo, Democratic Republic of the	526,767	8.00	—	—
Congo, Republic of	12,029	0.18	—	—
Côte d'Ivoire	192,170	2.92	—	—
Djibouti	13,357	0.20	—	—
Dominica	4,205	0.06	—	—
Ethiopia	115,022	1.75	—	—
Gambia, The	15,600	0.24	—	—
Georgia	165,745	2.52	—	—
Ghana	294,799	4.47	—	—
Guinea	71,769	1.09	—	—
Guinea-Bissau	9,149	0.14	—	—
Guyana	62,392	0.95	—	—
Haiti	6,070	0.09	—	—
Honduras	128,877	1.96	—	—
Kenya	116,077	1.76	—	—
Kyrgyz Republic	136,386	2.07	—	—
Lao People's Democratic Republic	23,398	0.36	—	—
Lesotho	24,500	0.37	—	—
Macedonia, former Yugoslav Republic of	17,182	0.26	—	—
Madagascar	154,058	2.34	—	—
Malawi	39,905	0.61	—	—
Mali	87,845	1.33	—	—
Mauritania	54,708	0.83	—	—
Moldova	27,720	0.42	—	—
Mongolia	27,384	0.42	—	—
Mozambique	124,040	1.88	—	—
Nepal	14,260	0.22	—	—
Nicaragua	149,995	2.28	—	—
Niger	84,290	1.28	—	—
Pakistan	1,028,224	15.61	—	—
Rwanda	58,788	0.89	—	—
São Tomé and Príncipe	1,902	0.03	—	—
Senegal	125,789	1.91	—	—
Sierra Leone	125,030	1.90	—	—
Somalia	—	—	8,840	19.43
Sri Lanka	38,390	0.58	—	—
Tajikistan	87,834	1.33	—	—
Tanzania	265,702	4.03	—	—
Togo	15,204	0.23	—	—
Uganda	119,968	1.82	—	—
Vietnam	166,480	2.53	—	—
Yemen, Republic of	198,150	3.01	—	—
Zambia	540,430	8.20	36,350	79.88
Zimbabwe	75,235	1.14	—	—
Total loans outstanding	<u>6,588,065</u>	<u>100.00</u>	<u>45,506</u>	<u>100.00</u>

¹Since Structural Adjustment Facility (SAF) loans have been disbursed in connection with PRGF arrangements, the above list includes these loans, as well as loans disbursed to members under SAF arrangements. These loans are held by the Special Disbursement Account, and repayments of all SAF loans are transferred to the PRGF Reserve Account when received.

Schedule 2

Poverty Reduction and Growth Facility Trust
Cumulative contributions to and resources of the Subsidy Account
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Contributor ¹	Amount
Direct contributions to the Subsidy Account	
Argentina	24,802
Australia	7,938
Bangladesh	532
Canada	186,098
China	9,200
Czech Republic	10,004
Denmark	38,299
Egypt	10,002
Finland	22,684
Germany	132,832
Iceland	3,200
India	7,891
Ireland	5,262
Italy	154,666
Japan	506,997
Korea	32,733
Luxembourg	8,954
Morocco	7,284
Netherlands	99,278
Norway	28,074
Sweden	110,887
Switzerland	41,205
Turkey	7,000
United Kingdom	316,564
United States	126,079
Total direct contributions to the Subsidy Account	<u>1,898,465</u>
Net income transferred from PRGF Administered Accounts	
Austria	40,455
Belgium	77,953
Botswana	1,352
Chile	2,910
Greece	25,941
Indonesia	5,003
Iran, Islamic Republic of	1,346
Portugal	3,328
Total net income transferred from PRGF Administered Accounts	<u>158,288</u>
Total contributions received	2,056,753
Transfers from Special Disbursement Account	400,000
Total contributions received and transfers from Special Disbursement Account	<u>2,456,753</u>
Cumulative net income of the Subsidy Account	896,587
Resources disbursed to subsidize Trust lending	(1,632,645)
Total resources of the Subsidy Account	<u><u>1,720,695</u></u>

¹In addition to direct contributions, a number of members also make loans available to the Loan Account on concessional terms. See Schedule 3.

Schedule 3

Poverty Reduction and Growth Facility Trust
Schedule of borrowing agreements
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Member	Interest rate (in percent)	Amount of agreement	Amount drawn	Outstanding balance
Loan Account				
Prior to enlargement of PRGF				
Canada	Fixed ¹	300,000	300,000	37,660
France	0.50 ²	800,000	800,000	50,476
Germany	Variable ³	700,000	700,000	85,469
Italy	Variable ³	370,000	370,000	34,546
Japan	Variable ³	2,200,000	2,200,000	273,786
Korea	Variable ³	65,000	65,000	2,207
Norway	Variable ³	90,000	90,000	5,927
Total prior to enlargement of PRGF		<u>4,525,000</u>	<u>4,525,000</u>	<u>490,071</u>
For enlargement of PRGF				
Belgium	Variable ³	350,000	242,331	241,223
Canada	Variable ³	400,000	348,483	298,959
China	Variable ³	200,000	153,492	124,802
Denmark	Variable ³	100,000	100,000	100,000
Egypt	Variable ³	155,600	100,000	73,773
France	Variable ³	2,100,000	1,048,363	910,777
Germany	Variable ³	2,050,000	995,532	896,943
Italy	Variable ³	1,010,000	692,641	670,819
Japan	Variable ³	2,934,800	2,341,277	2,132,171
Korea	Variable ³	27,700	27,700	23,700
Netherlands	Variable ³	450,000	140,355	140,355
Norway	Variable ³	60,000	60,000	44,942
OPEC Fund for International Development	Variable ³	32,965 ⁴	36,990	33,173
Spain—Bank of Spain	Variable ³	425,000	123,946	123,946
Spain—Government of Spain (ICO)	Fixed	67,000	67,000	55,772
Switzerland	Variable ³	401,700	194,199	144,700
Total for enlargement of PRGF		<u>10,764,765</u>	<u>6,672,309</u>	<u>6,016,055</u>
Resources held pending repayment		—	—	885,595
Total—Loan Account		<u>15,289,765</u>	<u>11,197,309</u>	<u>7,391,721</u>
Subsidy Account				
Malta	0.50	1,365	1,365	1,365
Spain—Government of Spain (ICO)	0.50	67,000	11,228	11,228
Pakistan	0.50	10,000	7,337	7,337
Total—Subsidy Account		<u>78,365</u>	<u>19,930</u>	<u>19,930</u>

¹The loans under this agreement are made at market-related rates of interest fixed at the time the loan was disbursed.

²The agreement with France made before the enlargement of PRGF (SDR 800 million) provides that the interest rate shall be 0.5 percent on the first SDR 700 million drawn, and at variable, market-related rates of interest thereafter. The agreement with France made for the enlargement of the PRGF (SDR 2.1 billion) provides that the interest rate shall be 0.5 percent until the cumulative implicit interest subsidy reaches SDR 250 million, and at variable, market-related rates of interest thereafter.

³The loans under these agreements are made at variable, market-related rates of interest.

⁴The agreement with the OPEC Fund for International Development is for an amount of \$50 million, or SDR 33 million, based on the exchange rate of 0.659291 SDR per U.S. dollar as at April 30, 2005.

Poverty Reduction and Growth Facility Trust
Status of loan arrangements
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Member	Date of arrangement	Expiration date	Amount agreed	Undrawn balance
Albania	Jun. 21, 2002	Nov. 20, 2005	28,000	4,000
Azerbaijan	Jul. 6, 2001	Jul. 4, 2005	67,580	12,870
Bangladesh	Jun. 20, 2003	Jun. 19, 2006	400,330	251,830
Burkina Faso	Jun. 11, 2003	Aug. 15, 2006	24,080	10,320
Burundi	Jan. 23, 2004	Jan. 22, 2007	69,300	35,750
Cape Verde	Apr. 10, 2002	Jul. 31, 2005	8,640	1,260
Chad	Feb. 16, 2005	Feb. 15, 2008	25,200	21,000
Congo, Democratic Republic of the	Jun. 12, 2002	Jun. 11, 2005	580,000	53,233
Congo, Republic of	Dec. 6, 2004	Dec. 5, 2007	54,990	47,130
Dominica	Dec. 29, 2003	Dec. 28, 2006	7,688	3,483
Gambia, The	Jul. 18, 2002	Jul. 17, 2005	20,220	17,330
Georgia	Jun. 4, 2004	Jun. 3, 2007	98,000	70,000
Ghana	May 9, 2003	May 8, 2006	184,500	105,450
Guyana	Sep. 20, 2002	Sep. 12, 2006	54,550	27,790
Honduras	Feb. 27, 2004	Feb. 26, 2007	71,200	40,687
Kenya	Nov. 21, 2003	Nov. 20, 2006	225,000	150,000
Kyrgyz Republic	Mar. 15, 2005	Mar. 14, 2008	8,880	7,620
Mali	Jun. 23, 2004	Jun. 22, 2007	9,330	6,670
Mongolia	Sep. 28, 2001	Jul. 31, 2005	28,490	16,280
Mozambique	Jul. 6, 2004	Jul. 5, 2007	11,360	8,120
Nepal	Nov. 19, 2003	Nov. 18, 2006	49,910	35,650
Nicaragua	Dec. 13, 2002	Dec. 12, 2005	97,500	41,780
Niger	Jan. 31, 2005	Jan. 30, 2008	6,580	5,640
Rwanda	Aug. 12, 2002	Feb. 11, 2006	4,000	1,142
Senegal	Apr. 28, 2003	Apr. 27, 2006	24,270	13,860
Sierra Leone	Sep. 26, 2001	Jun. 25, 2005	130,840	14,003
Sri Lanka	Apr. 18, 2003	Apr. 17, 2006	269,000	230,610
Tajikistan	Dec. 11, 2002	Dec. 10, 2005	65,000	19,600
Tanzania	Aug. 16, 2003	Aug. 15, 2006	19,600	8,400
Uganda	Sep. 13, 2002	Sep. 12, 2005	13,500	4,000
Zambia	Jun. 16, 2004	Jun. 15, 2007	220,095	49,521
			<u>2,877,633</u>	<u>1,315,029</u>



Deloitte & Touche LLP
Suite 500
555 12th Street, NW
Washington, DC 20004-1207
USA
Tel: +1 202 879 5600
Fax: +1 202 879 5309
www.deloitte.com

Independent Auditors' Report

**To the Board of Governors
of the International Monetary Fund
Washington, DC**

We have audited the accompanying balance sheet as of April 30, 2005, and the related statements of income, changes in resources, and cash flows for the year then ended of the following entities:

Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts (the "Accounts")

- Austria
- Belgium
- Botswana
- Greece
- Indonesia
- Islamic Republic of Iran
- Portugal

These financial statements are the responsibility of Accounts management. Our responsibility is to express an opinion on these financial statements based on our audit. The Accounts' financial statements as of and for the year ended April 30, 2004, were audited by other auditors, whose report dated June 7, 2004, expressed an unqualified opinion on those statements.

We conducted our audit in accordance with International Standards on Auditing and auditing standards generally accepted in the United States of America. Those standards require that we plan and perform the audit to obtain reasonable assurance about whether the financial statements are free of material misstatement. An audit includes consideration of internal control over financial reporting as a basis for designing audit procedures that are appropriate in the circumstances, but not for the purpose of expressing an opinion on the effectiveness of the Accounts' internal control over financial reporting. Accordingly, we express no such opinion. An audit also includes examining, on a test basis, evidence supporting the amounts and disclosures in the financial statements, assessing the accounting principles used and significant estimates made by management, as well as evaluating the overall financial statement presentation. We believe that our audit provides a reasonable basis for our opinion.

In our opinion, such 2005 financial statements present fairly, in all material respects, the financial position of the Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts at April 30, 2005, and the results of their operations and their cash flows for the year then ended in conformity with International Financial Reporting Standards.

June 14, 2005

Member of
Deloitte Touche Tohmatsu

Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts

Balance sheets as at April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	Austria		Belgium		Botswana			
	2005	2004	2005	2004	2005	2004		
Assets								
Cash and cash equivalents	1,399	4,713	—	—	—	—	—	—
Investments (Note 4)	3,601	10,287	—	—	—	—	—	—
Advance payments to the PRGF Trust Subsidy Account	31	67	—	—	—	—	—	—
Interest receivable	—	—	—	—	—	—	—	—
Total assets	<u>5,031</u>	<u>15,067</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>
Liabilities and resources								
Deposits (Note 5)	5,000	15,000	—	—	—	—	—	—
Interest payable	31	67	—	—	—	—	—	—
Total liabilities	<u>5,031</u>	<u>15,067</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>
Resources	—	—	—	—	—	—	—	—
Total liabilities and resources	<u>5,031</u>	<u>15,067</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>
Assets								
	Greece		Indonesia		Iran, I. R. of		Portugal	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004
Assets								
Cash and cash equivalents	—	—	—	25,000	—	1,571	1,838	2,754
Investments (Note 4)	—	—	25,000	—	—	3,429	4,735	6,010
Advance payments to the PRGF Trust Subsidy Account	—	—	—	—	—	23	32	42
Interest receivable	—	—	192	1	—	—	—	—
Total assets	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>25,192</u>	<u>25,001</u>	<u>—</u>	<u>5,023</u>	<u>6,605</u>	<u>8,806</u>
Liabilities and resources								
Deposits (Note 5)	—	—	25,000	25,000	—	5,000	6,573	8,764
Interest payable	—	—	28	—	—	23	32	42
Total liabilities	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>25,028</u>	<u>25,000</u>	<u>—</u>	<u>5,023</u>	<u>6,605</u>	<u>8,806</u>
Resources	—	—	164	1	—	—	—	—
Total liabilities and resources	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>25,192</u>	<u>25,001</u>	<u>—</u>	<u>5,023</u>	<u>6,605</u>	<u>8,806</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

/s/ Michael G. Kuhn
Director, Finance Department

/s/ Rodrigo de Rato
Managing Director

Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts
Statements of income and changes in resources
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	Austria		Belgium		Botswana			
	2005	2004	2005	2004	2005	2004		
Balance, beginning of the year	—	—	—	223	—	—		
Investment income (Note 4)	207	335	—	1,227	—	104		
Other expenses	(6)	(13)	—	—	—	(4)		
Interest expense on deposits	(51)	(102)	—	(399)	—	(115)		
Operational income/(loss)	150	220	—	828	—	(15)		
Transfers to the								
PRGF Trust Subsidy Account	(150)	(220)	—	(1,051)	—	15		
PRGF HIPC Trust	—	—	—	—	—	—		
Net income/changes in resources	—	—	—	(223)	—	—		
Balance, end of the year	—	—	—	—	—	—		

	Greece		Indonesia		Iran, I. R. of		Portugal	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004
Balance, beginning of the year	—	—	1	53	—	—	—	—
Investment income (Note 4)	—	84	510	402	7	81	136	143
Other expenses	—	(3)	—	—	—	(4)	(4)	(6)
Interest expense on deposits	—	(26)	(28)	—	(2)	(25)	(33)	(44)
Operational income	—	55	482	402	5	52	99	93
Transfers to the								
PRGF Trust Subsidy Account	—	(55)	(67)	(454)	(5)	(52)	(99)	(93)
PRGF HIPC Trust	—	—	(252)	—	—	—	—	—
Net income/changes in resources	—	—	163	(52)	—	—	—	—
Balance, end of the year	—	—	164	1	—	—	—	—

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts
Statements of cash flows
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	Austria		Belgium		Botswana			
	2005	2004 (unaudited)	2005	2004 (unaudited)	2005	2004 (unaudited)		
Cash flows from operating activities								
Net income/(loss)	-	-	-	(223)	-	-		
Adjustments to reconcile net income to cash generated by operations								
Changes in interest payable	(36)	(35)	-	(2)	-	(116)		
Changes in interest receivable and other assets	36	35	-	225	-	116		
Net cash used in operating activities	-	-	-	-	-	-		
Cash flow from investment activities								
Net disposal of investments	6,686	7,456	-	-	-	4,893		
Net cash provided by/(used in) investment activities	6,686	7,456	-	-	-	4,893		
Cash flow from financing activities								
Repayment of deposits	(10,000)	(10,000)	-	(80,000)	-	(6,894)		
Net cash used by financing activities	(10,000)	(10,000)	-	(80,000)	-	(6,894)		
Cash and cash equivalents, beginning of year	4,713	7,257	-	80,000	-	2,001		
Cash and cash equivalents, end of year	<u>1,399</u>	<u>4,713</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>-</u>		
<hr/>								
	Greece		Indonesia		Iran, I.R. of		Portugal	
	2005	2004 (unaudited)	2005	2004 (unaudited)	2005	2004 (unaudited)	2005	2004 (unaudited)
Cash flows from operating activities								
Net income/(loss)	-	-	163	(52)	-	-	-	-
Adjustments to reconcile net income to cash generated by operations								
Changes in interest payable	-	(15)	28	(17)	(23)	-	(10)	(8)
Changes in interest receivable and other assets	-	15	(191)	69	23	-	10	8
Net cash used in operating activities	-	-	-	-	-	-	-	-
Cash flow from investment activities								
Net disposal/(acquisition) of investments	-	4,968	(25,000)	-	3,429	120	1,275	1,454
Net cash provided by/(used in) investment activities	-	4,968	(25,000)	-	3,429	120	1,275	1,454
Cash flow from financing activities								
Repayment of deposits	-	(7,000)	-	-	(5,000)	-	(2,191)	(1,753)
Net cash used by financing activities	-	(7,000)	-	-	(5,000)	-	(2,191)	(1,753)
Cash and cash equivalents, beginning of year	-	2,032	25,000	25,000	1,571	1,451	2,754	3,053
Cash and cash equivalents, end of year	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>25,000</u>	<u>-</u>	<u>1,571</u>	<u>1,838</u>	<u>2,754</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts

Notes to the financial statements as at April 30, 2005, and 2004

1. Nature of operations

At the request of certain member countries, the IMF established the Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts ("PRGF Administered Accounts" or "Administered Accounts") for the benefit of the Subsidy Account of the PRGF Trust and PRGF-HIPC Trust Account. The Administered Accounts comprise deposits made by contributors. The difference between interest earned by the Administered Accounts and the interest payable on deposits is transferred to the Subsidy Account of the PRGF Trust and PRGF-HIPC Trust Account.

The resources of each Administered Account are held separately from the assets of all other accounts of, or administered by, the IMF and may not be used to discharge liabilities or to meet losses incurred in the administration of other accounts.

2. Summary of significant accounting policies

Basis of accounting

The financial statements of the Administered Accounts are prepared in accordance with International Financial Reporting Standards (IFRS). Specific accounting principles and disclosure practices are explained further below.

The preparation of financial statements in conformity with IFRS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates.

Unit of account

The financial statements are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the SDR valuation basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000 and the new composition of the SDR valuation basket became effective on January 1, 2001. The currencies in the basket as of April 30, 2005, and 2004 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.4260
Japanese yen	21.0000
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.5770

As of April 30, 2005, one SDR was equal to 1.51678 U.S. dollars (1.45183 U.S. dollars as of April 30, 2004).

Cash and cash equivalents

Cash and cash equivalents include short-term deposits with a maturity of less than ninety days. These deposits are denominated in SDRs or other currencies and are carried at cost, which approximates fair value. Interest received on these instruments varies and is based on prevailing market rates.

Investments

Investments are made in debt securities which are classified as available-for-sale securities.

The available-for-sale investments are measured initially at cost, including transaction costs. Subsequent to initial recognition, all available-for-sale assets are remeasured to fair value based on the quoted market price at the balance sheet date. Gains and losses arising from a change in the fair value of available-for-sale investments are recognized in the statement of income.

Investment income comprises interest income and realized and unrealized gains and losses on investments, including currency valuation differences arising from exchange rate movements against the SDR.

Transfers

Internal transfers of resources within the IMF are accounted for under the accrual method of accounting.

Administrative costs

The expenses of conducting the activities of the Administered Accounts are incurred and borne by the General Resources Account of the IMF.

Accounting and reporting developments

In December 2003, the International Accounting Standards Board revised International Accounting Standard 39, "Financial Instruments: Recognition and Measurement," which will become effective for financial year 2006. Upon adoption of the revised standard, and as permitted by the transition provisions, investments previously classified as available-for-sale will be reclassified as securities at fair-value-through-profit-and-loss. After the reclassification, changes in fair value of the investments would continue to be recognized in the income statement.

Comparatives

When necessary, comparative figures have been reclassified to conform with changes in the presentation of the current year.

3. Financial risk management

In conducting their operations, the PRGF Administered Accounts are exposed to various types of risks, including interest rate and exchange rate risks.

Interest rate risk is the risk that future cash flows will fluctuate because of changes in market interest rates. Interest rate risk on the PRGF Administered Accounts' investments is managed by limiting the investment portfolio to a weighted-average effective duration that does not exceed three years.

Exchange rate risk is the exposure to the effects of fluctuations in the prevailing foreign currency exchange rates on the PRGF Administered Accounts' financial position and cash flows. Exchange rate risk on the investments is managed by investing in securities denominated in SDRs or in the constituent currencies, with the same composition of the SDR valuation basket.

4. Investments

Investments consisted of the following at April 30:

	2005	2004
	<i>(In thousands of SDRs)</i>	
Fixed-term deposits	25,000	—
Debt securities	<u>8,336</u>	<u>19,726</u>
Total	<u>33,336</u>	<u>19,726</u>

The maturities of the Administered Accounts' investments are as follows at April 30:

	2005	2004
	<i>(In thousands of SDRs)</i>	
Less than 1 year	32,833	19,395
1-3 years	<u>503</u>	<u>331</u>
Total	<u>33,336</u>	<u>19,726</u>

Investment income comprised the following at April 30:

	2005	2004
	<i>(In thousands of SDRs)</i>	
Interest income	1,094	2,928
Realized losses, net	(115)	(696)
Unrealized (losses)/gains, net	<u>(119)</u>	<u>144</u>
Total	<u>860</u>	<u>2,376</u>

5. Deposits

Austria

The Administered Account Austria was established on December 27, 1988, for the administration of resources deposited in the account by the Austrian National Bank. Two deposits (one of SDR 60.0 million made on December 30, 1988, and one of SDR 50.0 million made on August 10, 1995) are to be repaid in ten equal semiannual installments beginning five and a half years after the date of each deposit and ending at the end of the tenth year after the date of each deposit. The deposits bear interest at a rate of ½ of 1 percent a year. The first deposit from Austria has been repaid in full.

Belgium

The Administered Account Belgium was established on July 27, 1988, for the administration of resources deposited in the account by the National Bank of Belgium. Four deposits (SDR 30.0 million made on July 29, 1988; SDR 35.0 million made on December 30, 1988; SDR 35.0 million made on June 30, 1989; and SDR 80.0 million made on April 29, 1994) have an initial maturity of six months and are renewable by the IMF on the same basis. The final maturity of each deposit, including renewals, will be ten years from the initial dates of the individual deposits. The deposits bear interest at a rate of ½ of 1 percent a year. In accordance with an addendum to the account, effective on July 24, 1998, the maturities of the first three deposits will be extended by the National Bank of Belgium, for further periods of six months, provided that the total maturity period of each deposit does not exceed five years. The deposits are invested by the IMF as administrator, and the IMF as administrator pays the National Bank of Belgium interest on each deposit at an annual rate of ½ of 1 percent. The difference between the interest paid to the National Bank of Belgium and the interest earned on the deposits (net of any cost to the IMF) was retained in the account and invested. As of January 31, 2001, the Ministry of Finance of Belgium authorized a transfer of SDR 8.2 million in net earnings to the PRGF-HIPC Trust. All deposits have been repaid in full.

Botswana

The Administered Account Botswana was established on July 1, 1994, for the administration of resources deposited in the account by the Bank of Botswana. The deposit, totaling SDR 6.9 million, is to be repaid in one installment ten years after the date of deposit. The deposit bears interest at a rate of 2 percent a year. The deposit was repaid in full on March 1, 2004.

Greece

The Administered Account Greece was established on November 30, 1988, for the administration of resources deposited in the account by the Bank of Greece. Two deposits of SDR 35.0 million each (December 15, 1988, and April 29, 1994) are to be repaid in ten equal semiannual installments beginning five and a half years after the date of deposit and will be completed at the end of the tenth year after the date of the deposits. The deposits bear interest at a rate of ½ of 1 percent a year. The two deposits from Greece have been repaid in full.

Indonesia

The Administered Account Indonesia was established on June 30, 1994, for the administration of resources deposited in the account by Bank Indonesia. The deposit, totaling SDR 25.0 million, is to be repaid in one installment ten years after the date the deposit was made. The interest payable on the deposit is equivalent to that obtained for the investment of the deposit less 2 percent a year. Upon maturity in June 2004, the deposit was reinvested for another ten years (according to the amendment of the instrument) and investment income of 2 percent per annum (or any lesser amount if investment returns are below 2 percent) transferred to the PRGF-HIPC Trust.

Islamic Republic of Iran

The Administered Account Islamic Republic of Iran was established on June 6, 1994, for the administration of resources deposited in the account by the Central Bank of the Islamic Republic of Iran (CBIRI). The CBIRI has made five annual deposits, each of SDR 1.0 million. All of the deposits are to be repaid at the end of ten years after the date of the first deposit. Each deposit bears interest at a rate of ½ of 1 percent a year. All deposits have been repaid in full.

Portugal

The Administered Account Portugal was established on May 16, 1994, for the administration of resources deposited in the account by the Banco de Portugal (BdP). The BdP has made six annual deposits, each of SDR 2.2 million. Each deposit is to be repaid in five equal annual installments beginning six years after the date of the deposit and will be completed at the end of the tenth year after the date of the deposit. Each deposit bears interest at a rate of ½ of 1 percent a year.

6. Related-party transactions

The difference between the income earned by the Administered Accounts on the amounts invested and the interest payable on the deposits of the Administered Accounts, net of any cost, is transferred to the Subsidy Account of the PRGF Trust and the PRGF-HIPC Trust Account. As of April 30, 2005, and 2004, net investment income transferred from the Administered Accounts to the Subsidy Account amounted to SDR 0.3 million and SDR 1.9 million, respectively. Transfers to PRGF-HIPC Trust amounted to SDR 0.3 million as of April 30, 2005 (there were no transfers as of April 30, 2004).



Deloitte & Touche LLP
Suite 500
555 12th Street, NW
Washington, DC 20004-1207
USA
Tel: +1 202 879 5600
Fax: +1 202 879 5309
www.deloitte.com

Independent Auditors' Report

**To the Board of Governors
of the International Monetary Fund
Washington, DC**

We have audited the accompanying combined balance sheet of the Poverty Reduction and Growth Facility-Heavily Indebted Poor Countries Trust and Related Accounts (the "Company") as of April 30, 2005, and the related combined statements of income, changes in resources, and cash flows for the year then ended. These combined financial statements are the responsibility of Company management. Our responsibility is to express an opinion on these combined financial statements based on our audit. The Company's combined financial statements as of and for the year ended April 30, 2004, were audited by other auditors, whose report dated June 7, 2004, expressed an unqualified opinion on those statements.

We conducted our audit in accordance with International Standards on Auditing and auditing standards generally accepted in the United States of America. Those standards require that we plan and perform the audit to obtain reasonable assurance about whether the financial statements are free of material misstatement. An audit includes consideration of internal control over financial reporting as a basis for designing audit procedures that are appropriate in the circumstances, but not for the purpose of expressing an opinion on the effectiveness of the Company's internal control over financial reporting. Accordingly, we express no such opinion. An audit also includes examining, on a test basis, evidence supporting the amounts and disclosures in the financial statements, assessing the accounting principles used and significant estimates made by management, as well as evaluating the overall financial statement presentation. We believe that our audit provides a reasonable basis for our opinion.

In our opinion, such 2005 financial statements present fairly, in all material respects, the combined financial position of the Poverty Reduction and Growth Facility-Heavily Indebted Poor Countries Trust and Related Accounts at April 30, 2005, and the combined results of their operations and their cash flows for the year then ended in conformity with International Financial Reporting Standards.

Our audit was conducted for the purpose of forming an opinion on the basic 2005 combined financial statements taken as a whole. The supplemental schedules listed on pages 204 to 207 are presented for the purpose of additional analysis and are not a required part of the basic combined financial statements. These schedules are the responsibility of Company management. Such 2005 schedules have been subjected to the auditing procedures applied in our audit of the basic combined financial statements and, in our opinion, are fairly stated in all material respects when considered in relation to the basic combined financial statements taken as a whole. The 2004 schedules were subjected to auditing procedures by other auditors, whose report dated June 7, 2004, referred to above, stated that such information is fairly stated in all material respects when considered in relation to the basic 2004 combined financial statements taken as a whole.

June 14, 2005

Member of
Deloitte Touche Tohmatsu

PRGF-HIPC Trust and Related Accounts**Combined balance sheets
as at April 30, 2005, and 2004***(In thousands of SDRs)*

	2005	2004
Assets		
Cash and cash equivalents	503,226	590,613
Investments (Note 4)	705,406	569,013
Interest receivable	2,272	1,311
Total assets	<u>1,210,904</u>	<u>1,160,937</u>
Liabilities and resources		
Borrowings (Note 5)	610,324	612,918
Interest payable	1,277	1,319
Total liabilities	<u>611,601</u>	<u>614,237</u>
Resources	599,303	546,700
Total liabilities and resources	<u>1,210,904</u>	<u>1,160,937</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

/s/ Michael G. Kuhn
Director, Finance Department

/s/ Rodrigo de Rato
Managing Director

PRGF-HIPC Trust and Related Accounts**Combined statements of income and changes in resources
for the years ended April 30, 2005, and 2004***(In thousands of SDRs)*

	2005	2004
Balance, beginning of the year	546,700	718,634
Investment income (Note 6)	22,408	20,879
Interest expense	(2,053)	(2,075)
Other expenses	(254)	(339)
Operational income	20,101	18,465
Contributions received	24,456	27,287
Disbursements	(156,051)	(275,141)
Transfers from the Special Disbursement Account	164,097	57,455
Net income (loss)/changes in resources	<u>52,603</u>	<u>(171,934)</u>
Balance, end of the year	<u>599,303</u>	<u>546,700</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

PRGF-HIPC Trust and Related Accounts
Combined statements of cash flows
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005	2004 (Unaudited)
Cash flows from operating activities		
Net income/(loss)	52,603	(171,934)
Adjustments to reconcile net income to cash generated by operations		
Change in interest receivable	(961)	2,869
Change in interest payable	(42)	21
Foreign currency translation: Investments	(9,406)	(5,573)
Borrowings	9,406	5,573
Net cash provided by/(used in) operating activities	<u>51,600</u>	<u>(169,044)</u>
Cash flows from investment activities		
Net movement of investments	(126,987)	(246,511)
Net cash used in investment activities	<u>(126,987)</u>	<u>(246,511)</u>
Cash flows from financing activities		
Borrowings	3,000	6,220
Repayment of borrowing	(15,000)	—
Net cash (used in)/provided by financing activities	<u>(12,000)</u>	<u>6,220</u>
Cash and cash equivalents, beginning of year	590,613	999,948
Cash and cash equivalents, end of year	<u>503,226</u>	<u>590,613</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

PRGF-HIPC Trust and Related Accounts

Notes to the financial statements as at April 30, 2005, and 2004

1. Nature of operations

The Trust for Special PRGF Operations for the Heavily Indebted Poor Countries and for Interim PRGF Subsidy Operations (the PRGF-HIPC Trust or the Trust) and Related Accounts comprise the PRGF-HIPC Trust Account, the Umbrella Account for HIPC Operations, and the Post-SCA-2 Administered Account. The PRGF-HIPC Trust Account comprises three subaccounts: the PRGF-HIPC, PRGF, and HIPC subaccounts. Combining balance sheets and income statements and changes in resources for each of these accounts are provided in Note 10. Transactions between the above accounts are eliminated on combination in the combined balance sheets and combined income statements and changes in resources.

PRGF-HIPC Trust

The PRGF-HIPC Trust, for which the IMF is Trustee, was established on February 4, 1997, to provide balance of payments assistance to low-income developing members by making grants or loans to eligible members for the purpose of reducing their external debt burden and for interim PRGF subsidy purposes. The resources of the PRGF-HIPC Trust are held separately from the assets of all other accounts of, or administered by, the IMF and may not be used to discharge liabilities or to meet losses incurred in the administration of other accounts.

The operations of the PRGF-HIPC Trust are conducted through the PRGF-HIPC Trust Account and the Umbrella Account for HIPC Operations.

PRGF-HIPC Trust Account and Related Accounts

The resources of the PRGF-HIPC Trust Account consist of grant contributions, borrowings, and other types of investments made by contributors; amounts transferred by the IMF from the Special Disbursement Account and the General Resources Account; and net earnings from investment of resources held in the PRGF-HIPC Trust Account.

The PRGF-HIPC subaccount holds resources that can finance either HIPC operations or interim PRGF subsidy operations; the PRGF subaccount holds resources earmarked for interim PRGF subsidy operations, while the HIPC subaccount holds resources earmarked for HIPC operations. PRGF-HIPC subaccount resources used to finance HIPC operations through the HIPC subaccount are repayable to the PRGF-HIPC subaccount and bear interest at a rate equal to the average return on investments in the Special Disbursement Account.

The resources held in the PRGF-HIPC Trust Account are to be used by the Trustee to make grants or loans to eligible members that qualify for assistance under the HIPC Initiative and for subsidizing the interest rate on interim PRGF operations to PRGF-eligible members.

Umbrella Account for HIPC Operations

The Umbrella Account for HIPC Operations (the Umbrella Account) receives and administers the proceeds of grants or loans made to eligible members that qualify for assistance under the terms of the PRGF-HIPC Trust. Within the Umbrella Account, resources received are administered through the establishment of subaccounts for each eligible member upon the approval of disbursements under the PRGF-HIPC Trust.

The resources of a subaccount of the Umbrella Account consist of (1) amounts disbursed from the PRGF-HIPC Trust Account as grants or loans for the benefit of a member, and (2) net earnings from investment of the resources held in the subaccount.

The resources held in a subaccount of the Umbrella Account are to be used to meet the member's debt obligations to the IMF, or accounts administered by it, in accordance with the schedule agreed upon by the Trustee and the member for the use of the proceeds of the PRGF-HIPC Trust disbursements.

Post-SCA-2 Administered Account

The Post-SCA-2 Administered Account, which is administered by the IMF on behalf of members, was established on December 8, 1999, for the temporary administration of resources transferred by members following the termination of the second Special Contingent Account (SCA-2) in the General Department of the IMF, prior to the final disposition of those resources.

Resources received from a member's cumulative SCA-2 contributions, together with the member's pro rata share of investment returns, shall be transferred to the PRGF-HIPC Trust or to the member, in accordance with the member's instructions. The assets held in the Post-SCA-2 Administered Account are held separately from the assets and property of all other accounts of, or administered by, the IMF and may not be used to discharge liabilities or to meet losses incurred in the administration of other accounts.

2. Summary of significant accounting policies

Basis of accounting

The financial statements of the PRGF-HIPC Trust and Related Accounts are prepared in accordance with International Financial Reporting Standards (IFRS). Specific accounting principles and disclosure practices are explained further below.

The preparation of financial statements in conformity with IFRS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates.

Unit of account

The financial statements are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the SDR valuation basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000 and the new composition of the SDR valuation basket became effective on January 1, 2001. The currencies in the basket as of April 30, 2005, and 2004 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.4260
Japanese yen	21.0000
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.5770

As of April 30, 2005, one SDR was equal to 1.51678 U.S. dollars (one SDR was equal to 1.45183 U.S. dollars as of April 30, 2004).

Foreign currency translation

Foreign currency transactions are recorded at the rate of exchange on the date of the transaction. At the balance sheet date, monetary assets and liabilities denominated in foreign currencies are reported using the closing exchange rates. Exchange differences arising from the settlement of transactions at rates different from those at the originating date of the transaction and unrealized foreign exchange differences on unsettled foreign currency monetary assets and liabilities are included in the determination of net income.

Cash and cash equivalents

Cash and cash equivalents include short-term deposits with a maturity of less than ninety days. These deposits are denominated in SDRs or other currencies and are carried at cost, which approximates fair value. Interest received on these instruments varies and is based on prevailing market rates.

Investments

Investments are made in fixed-term deposits; domestic government bonds of the euro zone, Japan, the United Kingdom, and the United States; and obligations of multilateral organizations. For deposits, the Trust may invest only in obligations issued by institutions with a credit rating of A and above. For other investments, the Trust may invest only in obligations issued by an agency of a government and a multilateral organization with a minimum credit rating of AA.

Investments in debt securities, classified as available-for-sale securities, are measured initially at cost, including transaction costs. Subsequent to initial recognition, all available-for-sale assets are remeasured to fair value, based on the quoted market price at the balance sheet date. Gains and losses arising from a change in the fair value of available-for-sale investments are recognized in the statement of income.

Investment income comprises interest income and realized and unrealized gains and losses on investments, including currency valuation differences arising from exchange rate movements against the SDR.

Contributions

Contributions are reflected as increases in resources and are subject to bilateral agreements stipulating how the resources are to be used.

Transfers

Internal transfers of resources within the IMF are accounted for under the accrual method of accounting.

Administrative costs

The expenses of conducting activities of the Trust and related accounts are borne by the General Resources Account of the IMF.

Comparatives

When necessary, comparative figures have been reclassified to conform with changes in the presentation of the current year.

Accounting and reporting developments

In December 2003, the International Accounting Standards Board revised International Accounting Standard 39, "Financial Instruments: Recognition and Measurement," which will become effective for financial year 2006. Upon adoption of the revised standard, and as permitted by the transition provisions, investments previously classified as available-for-sale will be reclassified as securities at fair-value-through-profit-and-loss. After the reclassification, changes in fair value of the investments would continue to be recognized in the income statement.

3. Financial risk management

In providing financial assistance to eligible country members and conducting its operations, the Trust is exposed to various types of risks, including interest rate and exchange rate risks.

Interest rate risk is the risk that future cash flows will fluctuate because of changes in market interest rates. Interest rate risk on the Trust's investments is managed by limiting the investment portfolio to a weighted-average effective duration that does not exceed three years.

Exchange rate risk is the exposure to the effects of fluctuations in the prevailing foreign currency exchange rates on the Trust's financial position and cash flows. Exchange rate risk on the Trust's investments is managed by investing in securities denominated in SDRs or in the constituent currencies, with the same composition of the SDR valuation basket.

4. Investments

Investments consisted of the following at April 30:

	2005	2004
	<i>(In thousands of SDRs)</i>	
Fixed-term deposits	414,213	254,807
Debt securities	291,193	314,206
Total	<u>705,406</u>	<u>569,013</u>

The maturities of the investments are as follows at April 30:

	2005	2004
	<i>(In thousands of SDRs)</i>	
Less than 1 year	687,839	564,272
1-3 years	17,567	4,741
Total	<u>705,406</u>	<u>569,013</u>

5. Borrowings

The Trust borrows on such terms and conditions as agreed between the Trust and the lenders. Interest rates on borrowings at April 30, 2005, and 2004 varied between 0 percent and 2 percent a year. The principal amounts of the borrowings are repayable in one installment at their maturity dates. Scheduled repayments of borrowings are summarized below:

Financial year ending April 30	
	<i>(In thousands of SDRs)</i>
2006	—
2007	310
2008	20,066
2009	25,000
2010	277,416
2011 and beyond	287,532
Total	<u>610,324</u>

Borrowings, excluding the effect of foreign currency fluctuations, during the financial year ended April 30, 2005, amounted to SDR 3.0 million (SDR 6.2 million for the financial year ended April 30, 2004). During the year ended April 30, 2005, repayments amounted to SDR 15.0 million (none in 2004).

6. Investment income

Investment income at April 30 comprised:

	2005	2004
	<i>(In thousands of SDRs)</i>	
Interest income	27,873	25,978
Realized losses, net	(3,418)	(7,722)
Unrealized (losses)/gains, net	(2,087)	2,619
Exchange rate gains, net	40	4
Total	<u>22,408</u>	<u>20,879</u>

7. Transfers receivable and payable

At April 30, 2005, the HIPC subaccount had transfers payable to the PRGF-HIPC subaccount arising from past disbursements to the Umbrella Account under the HIPC Initiative in the amount of SDR 1,316.0 million, including interest (SDR 1,012.0 million at April 30, 2004). Interest payable between subaccounts is eliminated on combination.

8. Related-party transactions

The expenses of conducting the business of the Trust are paid by the General Resources Account of the IMF.

Cumulative transfers from the Special Disbursement Account of the IMF to the PRGF-HIPC Trust amounted to SDR 573.8 million as of April 30, 2005 (SDR 409.7 million as of April 30, 2004). The PRGF-HIPC Trust also receives contributions from member countries that had placed deposits in the Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts. Net investment income transferred from the Poverty Reduction and Growth Facility Administered Account to the PRGF-HIPC Trust amounted to SDR 0.3 million for financial year 2005 (none in 2004).

9. Subsequent event

On June 11, 2005, the G-8 finance ministers proposed an initiative that would involve debt relief, leading to full debt cancellation of outstanding obligations, of member countries eligible for HIPC assistance. Under this proposal, the cost of meeting the obligations of the eligible members would be met from existing IMF resources. In situations where other existing and projected debt relief obligations cannot be met from existing IMF resources (for example, for the protracted arrears cases such as Liberia, Somalia, and Sudan), donors have committed to providing the extra resources necessary. IMF resources that will be considered to finance this debt relief operation consist of available resources already earmarked to provide debt relief or provide concessional financing (SDA, PRGF, and PRGF-HIPC resources) for an estimated amount of approximately SDR 4.0 billion as of April 30, 2005. The precise modalities of the proposal have not yet been developed. The G-8 finance ministers call upon all shareholders to support the debt relief proposals, which would be put to the 2005 Annual Meetings.

10. Combining balance sheets and statements of income and changes in resources

The balance sheets and statements of income and changes in resources for the accounts and subaccounts in the PRGF-HIPC Trust and Related Accounts are presented below.

PRGF-HIPC Trust and Related Accounts Combining balance sheets as at April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005				2004						
	PRGF-HIPC Trust Account Subaccount			Umbrella Account for HIPC operations	Post-SCA-2 Administered Account	Combined total	PRGF-HIPC Trust Account	Umbrella Account for HIPC operations	Post-SCA-2 Administered Account	Combined total	
PRGF-HIPC	PRGF	HIPC	Combined								
Assets											
Cash and cash equivalents	110,633	12,931	—	123,564	338,460	41,202	503,226	197,165	353,017	40,431	590,613
Investments	541,797	13,609	—	555,406	150,000	—	705,406	569,013	—	—	569,013
Transfers to and from subaccounts	1,316,300	—	(1,316,300)	—	—	—	—	—	—	—	—
Interest receivable	529	—	—	529	1,501	242	2,272	682	470	159	1,311
Total assets	<u>1,969,259</u>	<u>26,540</u>	<u>(1,316,300)</u>	<u>679,499</u>	<u>489,961</u>	<u>41,444</u>	<u>1,210,904</u>	<u>766,860</u>	<u>353,487</u>	<u>40,590</u>	<u>1,160,937</u>
Liabilities and resources											
Borrowings	610,324	—	—	610,324	—	—	610,324	612,918	—	—	612,918
Interest payable	1,277	—	—	1,277	—	—	1,277	1,319	—	—	1,319
Total liabilities	<u>611,601</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>611,601</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>611,601</u>	<u>614,237</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>614,237</u>
Accumulated resources	<u>1,357,658</u>	<u>26,540</u>	<u>(1,316,300)</u>	<u>67,898</u>	<u>489,961</u>	<u>41,444</u>	<u>599,303</u>	<u>152,623</u>	<u>353,487</u>	<u>40,590</u>	<u>546,700</u>
Total liabilities and resources	<u>1,969,259</u>	<u>26,540</u>	<u>(1,316,300)</u>	<u>679,499</u>	<u>489,961</u>	<u>41,444</u>	<u>1,210,904</u>	<u>766,860</u>	<u>353,487</u>	<u>40,590</u>	<u>1,160,937</u>

Note 10 (concluded)

PRGF-HIPC Trust and Related Accounts
Combining statements of income and changes in resources
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	2005							2004			
	PRGF-HIPC Trust Account Subaccount			Combined	Umbrella Account for HIPC operations	Post-SCA-2 Administered Account	Combined total	PRGF-HIPC Trust Account	Umbrella Account for HIPC operations	Post-SCA-2 Administered Account	Combined total
	PRGF-HIPC	PRGF	HIPC								
Balance, beginning of the year	1,142,327	22,254	(1,011,958)	152,623	353,487	40,590	546,700	257,128	421,309	40,197	718,634
Investment income	32,865	506	–	14,264 ¹	7,290	854	22,408	15,015	5,226	638	20,879
Interest expense	(2,053)	–	(19,107)	(2,053) ¹	–	–	(2,053)	(2,075)	–	–	(2,075)
Other expenses	(244)	(10)	–	(254)	–	–	(254)	(339)	–	–	(339)
Operational income/(loss)	30,568	496	(19,107)	11,957	7,290	854	20,101	12,601	5,226	638	18,465
Contributions received	20,666	3,790	–	24,456	–	–	24,456	27,287	–	–	27,287
Grants	–	–	(285,235)	(285,235)	285,235	–	–	(202,093)	202,093	–	–
Disbursements	–	–	–	–	(156,051)	–	(156,051)	–	(275,141)	–	(275,141)
Transfers from the Special Disbursement Account	164,097	–	–	164,097	–	–	164,097	57,700	–	(245)	57,455
Net income/changes in resources	215,331	4,286	(304,342)	(84,725)	136,474	854	52,603	(104,505)	(67,822)	393	(171,934)
Balance, end of the year	1,357,658	26,540	(1,316,300)	67,898	489,961	41,444	599,303	152,623	353,487	40,590	546,700

¹Interest payable between subaccounts amounting to SDR 19.1 million (SDR 12.9 million at April 30, 2004) has been eliminated in the combined totals.

Schedule 1

Post-SCA-2 Administered Account
Holdings, interest, and transfers
for the year ended April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Member	Balance beginning of year	Interest earned	Transfers to PRGF-HIPC Trust	Balance end of year
Argentina	5,514	116	—	5,630
Dominican Republic	1,020	22	—	1,042
Jordan	1,159	24	—	1,183
Trinidad and Tobago	2,490	52	—	2,542
Vanuatu	49	1	—	50
Venezuela	30,358	639	—	30,997
Total at April 30, 2005	<u>40,590</u>	<u>854</u>	<u>—</u>	<u>41,444</u>

Schedule 2

PRGF-HIPC Trust Account
Contributions and transfers
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

	Subaccount			Combined
	PRGF-HIPC	PRGF	HIPC	
Period ended April 30, 2004				
Belgium	3,745	—	—	3,745
Belize	20	—	—	20
Fiji	21	—	—	21
Latvia	142	—	—	142
Mexico	7,914	—	—	7,914
Netherlands	—	3,683	—	3,683
Nigeria	734	—	—	734
Norway	1,156	—	—	1,156
Poland	2,630	—	—	2,630
South Africa	4,000	—	—	4,000
St. Vincent and the Grenadines	11	—	—	11
Switzerland	3,228	—	—	3,228
Tonga	3	—	—	3
	<u>23,604</u>	<u>3,683</u>	<u>—</u>	<u>27,287</u>
Transfers from SDA	57,700	—	—	57,700
	<u>81,304</u>	<u>3,683</u>	<u>—</u>	<u>84,987</u>
Period ended April 30, 2005				
Belgium	3,731	—	—	3,731
Belize	20	—	—	20
Mexico	8,119	—	—	8,119
Netherlands	—	3,790	—	3,790
Norway	1,089	—	—	1,089
Indonesia	251	—	—	251
Poland	258	—	—	258
South Africa	4,000	—	—	4,000
St. Vincent and the Grenadines	11	—	—	11
Switzerland	3,187	—	—	3,187
	<u>20,666</u>	<u>3,790</u>	<u>—</u>	<u>24,456</u>
Transfers from SDA	164,097	—	—	164,097
	<u>184,763</u>	<u>3,790</u>	<u>—</u>	<u>188,553</u>

Umbrella Account for HIPC Operations
Grants, interest, disbursements, and changes in resources
for the years ended April 30, 2005, and 2004

(In thousands of SDRs)

Member	Opening balance	Grants from PRGF-HIPC Trust Account	Interest earned	Disbursements	Ending balance
Period ended April 30, 2004					
Benin	9,687	—	122	4,553	5,256
Bolivia	32,046	—	459	8,858	23,647
Burkina Faso	20,636	—	266	10,019	10,883
Cameroon	422	3,019	22	1,474	1,989
Chad	17	2,850	15	2,390	492
Congo, Democratic Republic of the	—	1,131	9	567	573
Ethiopia	2,116	18,765	33	3,662	17,252
Gambia, The	40	—	—	39	1
Ghana	170	15,150	114	15,253	181
Guinea	916	—	6	894	28
Guinea-Bissau	5	—	—	—	5
Guyana	9,906	23,741	255	8,093	25,809
Honduras	31	4,300	11	1	4,341
Madagascar	2,198	609	16	2,195	628
Malawi	24	4,628	23	2,847	1,828
Mali	33,975	—	291	8,881	25,385
Mauritania	16,883	—	221	6,949	10,155
Mozambique	47,511	—	693	9,178	39,026
Nicaragua	1,232	69,275	264	3,571	67,200
Niger	1,824	18,239	33	4,753	15,343
Rwanda	87	—	1	8	80
Senegal	27	25,636	39	6,174	19,528
Sierra Leone	14,095	14,750	125	23,601	5,369
Tanzania	55,688	—	729	15,775	40,642
Uganda	52,946	—	696	17,273	36,369
Zambia	118,827 ¹	—	783	118,133	1,477
	<u>421,309</u>	<u>202,093</u>	<u>5,226</u>	<u>275,141</u>	<u>353,487</u>
Period ended April 30, 2005					
Benin	5,256	—	75	2,885	2,446
Bolivia	23,647	—	362	11,294	12,715
Burkina Faso	10,883	11,595	229	10,485	12,222
Cameroon	1,989	—	18	1,984	23
Chad	492	1,375	5	808	1,064
Congo, Democratic Republic of the	573	1,131	16	1,138	582
Ethiopia	17,252	19,364	359	3,603	33,372
Gambia, The	1	—	—	1	—
Ghana	181	69,239	900	13,866	56,454
Guinea	28	—	1	1	28
Guinea-Bissau	5	—	—	—	5
Guyana	25,809	17	434	8,744	17,516
Honduras	4,341	13,860	68	6,899	11,370
Madagascar	628	10,804	86	2,115	9,403
Malawi	1,828	—	10	1,810	28
Mali	25,385	—	429	9,133	16,681
Mauritania	10,155	—	163	3,827	6,491
Mozambique	39,026	—	678	9,313	30,391
Nicaragua	67,200	—	1,202	13,883	54,519
Niger	15,343	12,205	297	6,118	21,727
Rwanda	80	23,843	82	3,918	20,087
Senegal	19,528	4,602	301	13,181	11,250
Sierra Leone	5,369	—	51	5,357	63
Tanzania	40,642	—	678	9,879	31,441
Uganda	36,369	—	543	15,183	21,729
Zambia	1,477 ¹	117,200	303	626	118,354
	<u>353,487</u>	<u>285,235</u>	<u>7,290</u>	<u>156,051</u>	<u>489,961</u>

¹Includes an additional grant contribution by the Netherlands to Zambia in the context of the HIPC Initiative.

Schedule 4

PRGF-HIPC Trust Account
Cumulative contributions and transfers
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Member	Subaccount			Combined
	PRGF-HIPC	PRGF	HIPC	
Algeria	412	—	—	412
Australia	—	—	17,019	17,019
Austria	—	—	9,981	9,981
Bangladesh	1,163	—	—	1,163
Barbados	250	—	—	250
Belgium	25,930	—	—	25,930
Belize	140	—	—	140
Brazil	11,033	—	—	11,033
Brunei Darussalam	4	—	—	4
Cambodia	27	—	—	27
Canada	32,929	—	—	32,929
China	13,132	—	—	13,132
Colombia	13	—	—	13
Croatia	31	—	—	31
Cyprus	544	—	—	544
Denmark	13,068	—	—	13,068
Egypt	37	—	—	37
Estonia	372	—	—	372
Fiji	21	—	—	21
Finland	2,583	—	—	2,583
France	55,892	—	—	55,892
Gabon	458	—	—	458
Greece	2,200	—	—	2,200
Iceland	643	—	—	643
India	390	—	—	390
Indonesia	375	—	—	375
Ireland	3,937	—	—	3,937
Israel	1,189	—	—	1,189
Italy	43,309	—	—	43,309
Jamaica	1,800	—	—	1,800
Japan	98,355	—	—	98,355
Korea	10,625	—	—	10,625
Kuwait	108	—	—	108
Latvia	710	—	—	710
Luxembourg	488	—	—	488
Malaysia	478	—	—	478
Malta	706	—	—	706
Mauritius	40	—	—	40
Mexico	39,977	—	—	39,977
Morocco	49	—	—	49
Netherlands	—	23,809	16,347 ¹	40,156
New Zealand	1,158	—	—	1,158
Nigeria	6,150	—	—	6,150
Norway	12,942	—	—	12,942
Oman	73	—	—	73
Pakistan	105	—	—	105
Philippines	4,500	—	—	4,500
Poland	5,000	—	—	5,000
Portugal	4,430	—	—	4,430
Russian Federation	10,200	—	—	10,200
Samoa	3	—	—	3
San Marino	32	—	—	32
Saudi Arabia	978	—	—	978
Singapore	249	—	—	249
Slovak Republic	2,669	—	—	2,669

Schedule 4 (concluded)

PRGF-HIPC Trust Account
Cumulative contributions and transfers
as at April 30, 2005

(In thousands of SDRs)

Member	Subaccount			Combined
	PRGF-HIPC	PRGF	HIPC	
Slovenia	311	—	—	311
South Africa	20,895	—	—	20,895
Spain	16,550	—	—	16,550
Sri Lanka	12	—	—	12
St. Vincent and the Grenadines	55	—	—	55
Swaziland	20	—	—	20
Sweden	5,322	—	—	5,322
Switzerland	16,015	—	—	16,015
Thailand	350	—	—	350
Tonga	3	—	—	3
Tunisia	136	—	—	136
United Arab Emirates	353	—	—	353
United Kingdom	23,551	—	33,837	57,388
United States	—	—	221,932	221,932
Vietnam	10	—	—	10
	<u>495,490</u>	<u>23,809</u>	<u>299,116</u>	<u>818,415</u>
Transfers from SDA	573,794	—	—	573,794
Transfers from GRA	72,456	—	—	72,456
	<u>646,250</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>646,250</u>
	<u>1,141,740</u>	<u>23,809</u>	<u>299,116</u>	<u>1,464,665</u>

¹Includes an additional grant contribution by the Netherlands to Zambia in the context of the HIPC Initiative.



Deloitte & Touche LLP
Suite 500
555 12th Street, NW
Washington, DC 20004-1207
USA
Tel: +1 202 879 5600
Fax: +1 202 879 5309
www.deloitte.com

Independent Auditors' Report

**To the Board of Governors
of the International Monetary Fund
Washington, DC**

We have audited the accompanying balance sheet as of April 30, 2005, and the related statements of income, changes in resources, and cash flows for the year then ended of the following entities:

Other Administered Accounts (the "Accounts")

- Administered Account Japan
- Administered Account for Selected Fund Activities - Japan
- Framework Administered Account for Technical Assistance Activities
- Administered Account - Spain
- Supplementary Financing Facility Subsidy Account
- The Post-Conflict and Natural Disaster Emergency Assistance Subsidy Account

These financial statements are the responsibility of Accounts management. Our responsibility is to express an opinion on these financial statements based on our audit. The Accounts' financial statements as of and for the year ended April 30, 2004, were audited by other auditors, whose report dated June 7, 2004, expressed an unqualified opinion on those statements.

We conducted our audit in accordance with International Standards on Auditing and auditing standards generally accepted in the United States of America. Those standards require that we plan and perform the audit to obtain reasonable assurance about whether the financial statements are free of material misstatement. An audit includes consideration of internal control over financial reporting as a basis for designing audit procedures that are appropriate in the circumstances, but not for the purpose of expressing an opinion on the effectiveness of the Accounts' internal control over financial reporting. Accordingly, we express no such opinion. An audit also includes examining, on a test basis, evidence supporting the amounts and disclosures in the financial statements, assessing the accounting principles used and significant estimates made by management, as well as evaluating the overall financial statement presentation. We believe that our audit provides a reasonable basis for our opinion.

In our opinion, such 2005 financial statements present fairly, in all material respects, the financial position of the Other Administered Accounts at April 30, 2005, and the results of their operations and their cash flows for the year then ended in conformity with International Financial Reporting Standards.

June 14, 2005

Member of
Deloitte Touche Tohmatsu

Other Administered Accounts
Balance sheets
as at April 30, 2005, and 2004

	Administered Account Japan		Administered Account for Selected Fund Activities—Japan		Framework Administered Account for Technical Assistance Activities		Administered Account—Spain		Supplementary Financing Facility Subsidy Account		The Post-Conflict and Natural Disaster Emergency Assistance Subsidy Account	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004
	←----- (In thousands of U.S. dollars) -----→						←----- (In thousands of SDRs) -----→					
Assets												
Cash and cash equivalents	122,402	120,235	21,691	22,699	23,948	18,912	—	—	2,283	2,240	18,684	7,850
Interest/other receivables	—	—	—	—	—	—	40	—	13	9	—	—
Total assets	<u>122,402</u>	<u>120,235</u>	<u>21,691</u>	<u>22,699</u>	<u>23,948</u>	<u>18,912</u>	<u>40</u>	<u>—</u>	<u>2,296</u>	<u>2,249</u>	<u>18,684</u>	<u>7,850</u>
Liabilities												
Other liabilities	—	—	—	—	—	—	40	—	—	—	—	—
Total liabilities	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>40</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>
Resources												
Total resources	<u>122,402</u>	<u>120,235</u>	<u>21,691</u>	<u>22,699</u>	<u>23,948</u>	<u>18,912</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>2,296</u>	<u>2,249</u>	<u>18,684</u>	<u>7,850</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

/s/ Michael G. Kuhn
Director, Finance Department

/s/ Rodrigo de Rato
Managing Director

Other Administered Accounts
Statements of income and changes in resources
for the years ended April 30, 2005, and 2004

	Administered Account Japan		Administered Account for Selected Fund Activities—Japan		Framework Administered Account for Technical Assistance Activities		Administered Account—Spain		Supplementary Financing Facility Subsidy Account		The Post-Conflict and Natural Disaster Emergency Assistance Subsidy Account	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004
	← (In thousands of U.S. dollars) →						← (In thousands of SDRs) →					
Balance, beginning of the year	120,235	119,036	22,699	25,031	18,912	14,660	—	—	2,249	2,351	7,850	5,441
Interest income	2,167	1,199	562	290	438	148	—	—	47	37	199	101
Contributions received	—	—	20,849	20,374	24,407	16,156	40	40	—	—	11,051	2,801
Payments to and on behalf of beneficiaries	—	—	(22,419)	(22,996)	(19,809)	(12,052)	(40)	(40)	—	—	(416)	(493)
Operational income/(loss)	2,167	1,199	(1,008)	(2,332)	5,036	4,252	—	—	47	37	10,834	2,409
Transfers to the Special Disbursement Account (Note 4)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(139)	—	—
Net income/changes in resources	2,167	1,199	(1,008)	(2,332)	5,036	4,252	—	—	47	(102)	10,834	2,409
Balance, end of the year	122,402	120,235	21,691	22,699	23,948	18,912	—	—	2,296	2,249	18,684	7,850

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

Other Administered Accounts
Statements of cash flows
for the years ended April 30, 2005, and 2004

	Administered Account Japan		Administered Account for Selected Fund Activities—Japan		Framework Administered Account for Technical Assistance Activities		Administered Account—Spain		Supplementary Financing Facility Subsidy Account		The Post-Conflict and Natural Disaster Emergency Assistance Subsidy Account	
	2005	2004 (Unaudited)	2005	2004 (Unaudited)	2005	2004 (Unaudited)	2005	2004 (Unaudited)	2005	2004 (Unaudited)	2005	2004 (Unaudited)
	← (In thousands of U.S. dollars) →						← (In thousands of SDRs) →					
Cash flows from operating activities												
Net income/(loss)	2,167	1,199	(1,008)	(2,332)	5,036	4,252	—	—	47	(102)	10,834	2,409
Adjustments to reconcile net income to cash generated by operations												
Changes in other liabilities	—	—	—	—	—	—	40	—	—	—	—	—
Changes in interest receivable and other assets	—	—	—	—	—	—	(40)	—	(4)	1	—	—
Net cash provided by/(used in) operating activities	2,167	1,199	(1,008)	(2,332)	5,036	4,252	—	—	43	(101)	10,834	2,409
Cash flow from investment activities												
Net cash provided by investment activities	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cash flow from financing activities												
Net cash used by financing activities	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cash and cash equivalents, beginning of year	120,235	119,036	22,699	25,031	18,912	14,660	—	—	2,240	2,341	7,850	5,441
Cash and cash equivalents, end of year	<u>122,402</u>	<u>120,235</u>	<u>21,691</u>	<u>22,699</u>	<u>23,948</u>	<u>18,912</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>2,283</u>	<u>2,240</u>	<u>18,684</u>	<u>7,850</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

Other Administered Accounts

Notes to the financial statements

as at April 30, 2005, and 2004

1. Nature of operations

At the request of members, the IMF has established special purpose accounts to administer contributed resources and to perform financial and technical services consistent with the purposes of the IMF. The assets of each account and each subaccount are separate from the assets of all other accounts of, or administered by, the IMF and are not to be used to discharge liabilities or to meet losses incurred in the administration of other accounts.

Administered Account Japan

At the request of Japan, the IMF established an account on March 3, 1989, to administer resources made available by Japan or other countries with Japan's concurrence that are to be used to assist certain members with overdue obligations to the IMF. The resources of the account are to be disbursed in amounts specified by Japan and to members designated by Japan.

Administered Account for Selected Fund Activities—Japan

At the request of Japan, the IMF established the Administered Technical Assistance Account—Japan on March 19, 1990, to administer resources contributed by Japan to finance technical assistance to member countries. On July 21, 1997, the account was renamed the Administered Account for Selected Fund Activities—Japan and amended to include the administration of resources contributed by Japan in support of the IMF's Regional Office for Asia and the Pacific (OAP). The resources of the account designated for technical assistance activities are used with the approval of Japan and include the provision of scholarships. The resources designated for the OAP are used as agreed between Japan and the IMF for certain activities of the IMF with respect to Asia and the Pacific through the OAP. Disbursements can also be made from the account to the General Resources Account to reimburse the IMF for qualifying technical assistance projects and OAP expenses.

Framework Administered Account for Technical Assistance Activities

The Framework Administered Account for Technical Assistance Activities ("the Framework Account") was established by the IMF on April 3, 1995, to receive and administer contributed resources that are to be used to finance technical assistance consistent with the purposes of the IMF. The financing of technical assistance activities is implemented through the establishment and operation of subaccounts within the Framework Account. Resources are to be used in accordance with the written understandings between the contributor and the Managing Director. Disbursements can also be made from the Framework Account to the General Resources Account to reimburse the IMF for its costs incurred on behalf of technical assistance activities financed by resources from the Framework Account.

Subaccount for Japan Advanced Scholarship Program

At the request of Japan, this subaccount was established on June 6, 1995, to finance the cost of studies and training of nationals of member countries

in macroeconomics and related subjects at selected universities and institutions. The scholarship program focuses primarily on the training of nationals of Asian member countries, including Japan.

Rwanda—Macroeconomic Management Capacity Subaccount

At the request of Rwanda, this subaccount was established on December 20, 1995, to finance technical assistance to rehabilitate and strengthen Rwanda's macroeconomic management capacity.

Australia—IMF Scholarship Program for Asia Subaccount

At the request of Australia, this subaccount was established on June 5, 1996, to finance the cost of studies and training of government and central bank officials in macroeconomic management so as to enable them to contribute to their countries' achievement of sustainable economic growth and development. The program focuses primarily on the training of nationals of Asian countries.

Switzerland Technical Assistance Subaccount

At the request of Switzerland, this subaccount was established on August 27, 1996, to finance the costs of technical assistance activities of the IMF that consist of policy advice and training in macroeconomic management.

French Technical Assistance Subaccount

At the request of France, this subaccount was established on September 30, 1996, to cofinance the costs of training in economic fields for nationals of certain member countries.

Denmark Technical Assistance Subaccount

At the request of Denmark, this subaccount was established on August 25, 1998, to finance the costs of technical assistance activities of the IMF that consist of advising on policy and administrative reforms in the fiscal, monetary, and related statistical fields.

Australia Technical Assistance Subaccount

At the request of Australia, this subaccount was established on March 7, 2000, to finance the costs of technical assistance activities of the IMF that consist of advising on the design of policy and administrative reforms in the fiscal, monetary, and related statistical fields, as well as to provide training in the formulation and implementation of macroeconomic and financial policies.

The Netherlands Technical Assistance Subaccount

At the request of the Netherlands, this subaccount was established on July 27, 2000, to finance projects that seek to enhance the capacity of the members to formulate and implement policies in the macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and related statistical fields, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

The United Kingdom Department for International Development (DFID) Technical Assistance Subaccount

At the request of the United Kingdom, this subaccount was established on June 29, 2001, to finance projects that seek to enhance the capacity of the members to formulate and implement policies in the macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and related statistical fields, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

Italy Technical Assistance Subaccount

At the request of Italy, this subaccount was established on November 16, 2001, to finance projects that seek to enhance the capacity of certain members to formulate and implement policies related to fiscal, financial, and statistical standards and codes, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

Pacific Financial Technical Assistance Centre Subaccount

At the request of Australia and New Zealand, this subaccount was established on May 22, 2002, to finance activities of the Pacific Financial Technical Assistance Centre that seek to enhance the capacity of Pacific island countries and territories to formulate and implement policies related to macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and statistical fields, including training and activities that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

Africa Regional Technical Assistance Centers Subaccount

At the request of France, Germany, Italy, the Netherlands, Norway, Sweden, and the United Kingdom, this subaccount was established on August 9, 2002, to finance activities of the Africa Regional Technical Assistance Centers that seek to support the Poverty Reduction Strategy Paper process in sub-Saharan African countries by fostering the capacity for sound macroeconomic management, strong fiscal institutions and financial systems, and timely and accurate collection and dissemination of economic data, including training and activities that strengthen the legal and administrative framework in these core areas. The resources of this subaccount are contributed by the above governments and other governments or official agencies, including the Russian Federation, Luxembourg, China, and Switzerland, that reached an understanding with the IMF subsequent to the establishment.

Sweden Technical Assistance Subaccount

At the request of Sweden, this subaccount was established on November 25, 2002, to finance projects that seek to enhance the capacity of members to formulate and implement policies in the macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and related statistical fields, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

China Technical Assistance Subaccount

At the request of the People's Republic of China, this subaccount was established on May 23, 2003, to finance projects that seek to enhance the capacity of members to formulate and implement policies in the macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and related statistical fields, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

Technical Assistance Subaccount for Iraq

At the request of Australia, Canada, Italy, and the United Kingdom, this subaccount was established on July 22, 2003, to finance technical assistance activities that seek to enhance the capacity of Iraq to formulate and implement policies in the macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and related statistical fields, including training programs and activities that strengthen the legal and administrative framework in these core areas. The resources of this subaccount are contributed by the above governments and the government of Sweden, which reached an understanding with the IMF subsequent to the establishment.

Canada Technical Assistance Subaccount

At the request of Canada, this subaccount was established on January 28, 2004, to finance projects that seek to enhance the capacity of members to formulate and implement policies in the macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and related statistical fields, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

Middle East Regional Technical Assistance Center Subaccount

At the request of France and Lebanon, this subaccount was established on August 20, 2004, to finance the technical assistance activities of the Middle East Regional Technical Assistance Center (METAC). METAC seeks to support the efforts of the participating countries/territories to achieve effective macroeconomic management, strong fiscal institutions and financial systems, and timely and accurate collection and dissemination of economic data, including training and activities that strengthen the legal and administrative framework in these areas. The current METAC's participating countries/territories include the Islamic Republic of Afghanistan, Iraq, Jordan, Lebanon, Libya, Sudan, Syria, West Bank and Gaza, and Yemen. The resources of this subaccount are contributed by the above governments and other governments or official agencies, including Egypt and Kuwait, that reached an understanding with the IMF subsequent to the establishment.

Technical Assistance Subaccount to Support Macroeconomic and Financial Policy Formulation and Management

At the request of Norway, this subaccount was established on September 29, 2004, to finance projects that seek to enhance the capacity of members to formulate and implement policies in the macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and related statistical fields, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas. The activities to be financed from the Subaccount will seek in the first instance to enhance the capacity of Poverty Reduction and Growth Facility-eligible countries to formulate and implement the strategies needed to achieve the goals described in their Poverty Reduction Strategy Papers in those core areas of competence of the Fund, including strengthening their anti-money-laundering and countering-the-financing-of-terrorism legislation and implementation capacity, and improving central bank functions and operations in low-income countries.

Spain Technical Assistance Subaccount

At the request of Spain, this subaccount was established on March 2, 2005, to finance projects that seek to enhance the capacity of members to formulate and implement policies in the macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and related statistical fields, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

Administered Account—Spain

At the request of Spain, the IMF established an account on March 20, 2001, to receive and disburse resources up to \$1 billion contributed by Spain for Argentina. The resources of this account are to be used to assist Argentina in the implementation of the adjustment program supported by the IMF under the Stand-By Arrangement for Argentina approved on March 10, 2000, and augmented on January 12, 2001.

Supplementary Financing Facility Subsidy Account

The Supplementary Financing Facility Subsidy Account administered by the IMF was established in December 1980 to assist low-income developing country members to meet the costs of using resources made available through the IMF's Supplementary Financing Facility and under the policy on exceptional use. All repurchases due under these policies were scheduled for completion by January 31, 1991, and the final subsidy payments were approved in July 1991. However, two members (Liberia and Sudan) overdue in the payment of charges remain eligible to receive previously approved subsidy payments of SDR 2.2 million when their overdue charges are settled. Accordingly, the Account remains in operation and has retained amounts for payment to these members after the overdue charges are paid.

The Post-Conflict and Natural Disaster Emergency Assistance Subsidy Account

The Post-Conflict Emergency Assistance Subsidy Account for PRGF-Eligible Members was established in May 2001 to administer contributed resources for the purpose of providing assistance to PRGF-eligible members in support of their adjustment efforts. The account was amended on January 21, 2005, to provide for the subsidization of emergency assistance for natural disasters for PRGF-eligible members. Contributions to this account will be used to provide grants to PRGF-eligible members that have made post-conflict and natural disaster emergency assistance purchases under the IMF General Resources Account, effectively subsidizing the basic rate of charge on these purchases to 0.5 percent per annum. The subsidy to each eligible member would be prorated if resources are insufficient to reduce the basic rate of charge to 0.5 percent.

2. Summary of significant accounting policies

Basis of accounting

The financial statements of the Other Administered Accounts are prepared in accordance with International Financial Reporting Standards (IFRS). Specific accounting principles and disclosure practices are explained further below.

The preparation of financial statements in conformity with IFRS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates.

Unit of account

Administered Account Japan, Administered Account for Selected Fund Activities—Japan, and Framework Administered Account for Technical Assistance Activities, and Administered Account—Spain

These accounts are expressed in U.S. dollars. All transactions and operations of these accounts, including the transfers to and from the accounts, are

denominated in U.S. dollars, except for transactions and operations in respect of the OAP, which are denominated in Japanese yen, or transactions in other currencies as agreed between Japan and the IMF. Contributions denominated in other currencies are converted into U.S. dollars upon receipt of the funds.

The Supplementary Financing Facility Subsidy Account, the Post-Conflict and Natural Disaster Emergency Assistance Subsidy Account

These accounts are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000 and the composition of the SDR valuation basket became effective from January 1, 2001. The currencies in the basket as of April 30, 2005, and 2004 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.4260
Japanese yen	21.0000
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.5770

As of April 30, 2005, one SDR was equal to 1.51678 U.S. dollars (one SDR was equal to 1.45183 U.S. dollars as of April 30, 2004).

Transactions and operations of the accounts are denominated in SDRs. Contributions denominated in other currencies are converted into SDRs upon receipt of the funds.

Cash and cash equivalents

Cash and cash equivalents include short-term deposits with a maturity of less than ninety days. These deposits are carried at cost, which approximates fair value. Interest on these instruments varies and is based on prevailing market rates.

Contributions

Bilateral contributions are reflected as increases in resources after the achievement of specified conditions and are subject to bilateral agreements stipulating how the resources are to be used.

Payments to and on behalf of beneficiaries

Payments to and on behalf of beneficiaries are recognized when the specified conditions in the respective agreements are achieved.

Transfers

Internal transfers of resources within the IMF are accounted for under the accrual method of accounting.

Foreign currency translation

Foreign currency transactions are recorded at the rate of exchange on the date of the transaction. At the balance sheet date, monetary assets and liabilities denominated in foreign currencies are reported using the closing exchange rates. Exchange differences arising from the settlement of transaction at rates different from those at the date of the transaction and unrealized foreign exchange differences on unsettled foreign currency monetary assets and liabilities are included in the determination of net income.

Administrative expenses

The expenses of conducting the activities of the Other Administered Accounts are incurred and borne by the General Department of the IMF. To help defray the expenses incurred by the IMF in the administration of the Administered Account for Selected Fund Activities—Japan and the Framework Administered Account for Technical Assistance Activities, reimbursement equal to 13 percent of the expenses financed from the accounts is paid to the General Resources Account from these accounts. The Administered Account—Spain pays the General Resources Account an annual fee of \$40,000 for administrative costs incurred. As at April 30, 2005, the administrative costs for the Administered Account for Selected Fund Activities—Japan amounted to \$2.3 million (\$2.8 million at April 30, 2004), and for the Framework Administered Account for Technical Assistance Activities \$2.2 million (\$1.6 million at April 30, 2004). These amounts are included in payments to and on behalf of beneficiaries on the statements of income and changes in resources.

Comparatives

When necessary, comparative figures have been reclassified to conform with changes in the presentation of the current year.

3. Cumulative contributions and disbursements

The cumulative contributions to and disbursements from these administered accounts are as follows:

Account	April 30, 2005		April 30, 2004	
	Cumulative contributions	Cumulative disbursements ¹	Cumulative contributions	Cumulative disbursements ¹
	<i>(In millions of U.S. dollars)</i>			
Administered Account Japan	135.2	72.5	135.2	72.5
Administered Account for Selected Fund Activities—Japan	245.3	231.7	224.4	209.3
Technical assistance	217.7	207.2	200.6	188.3
Scholarships	18.3	15.8	15.7	13.4
Office of Asia and Pacific	9.3	8.7	8.1	7.6
Framework Administered Account for Technical Assistance Activities	82.7	60.6	58.3	40.8
Subaccount for Japan Advanced Scholarship Program	13.2	12.3	11.7	10.5
Rwanda—Macroeconomic Management Capacity Subaccount	1.5	1.6	1.5	1.6
Australia—IMF Scholarship Program for Asia Subaccount	3.4	3.0	2.6	2.6
Switzerland Technical Assistance Subaccount	16.1	12.1	11.4	10.0
French Technical Assistance Subaccount	1.2	0.5	0.8	0.5
Denmark Technical Assistance Subaccount	5.6	3.9	3.8	1.6
Australia Technical Assistance Subaccount	0.3	0.1	0.3	—
The Netherlands Technical Assistance Subaccount	5.1	4.3	3.2	2.6
The United Kingdom DFID Technical Assistance Subaccount	6.6	5.4	4.4	4.2
Italy Technical Assistance Subaccount	2.8	1.0	2.8	0.5
Pacific Financial Technical Assistance Centre Subaccount	2.8	2.6	2.3	1.5
Africa Regional Technical Assistance Centers Subaccount	14.9	10.0	8.7	4.8
Sweden Technical Assistance Subaccount	1.1	0.5	1.1	0.1
China Technical Assistance Subaccount	0.2	0.1	0.2	—
Canada Technical Assistance Subaccount	1.5	0.6	1.5	—
Technical Assistance Subaccount for Iraq	4.5	2.1	2.0	0.3
Middle East Regional Technical Assistance Subaccount	1.3	0.5	—	—
Technical Assistance Subaccount to Support Macroeconomic and Financial Policy Formulation and Management	0.6	—	—	—
Spain Technical Assistance Subaccount	—	—	—	—

(concluded)

Account	April 30, 2005		April 30, 2004	
	Cumulative contributions	Cumulative disbursements ¹	Cumulative contributions	Cumulative disbursements ¹
	<i>(In millions of U.S. dollars)</i>			
Administered Account—Spain	835.5	835.6	835.5	835.6
	<i>(In millions of SDRs)</i>			
The Post-Conflict and Natural Disaster Emergency Assistance Subsidy Account	20.6	2.3	9.6	1.9

¹Disbursements had been made from resources contributed to these accounts as well as from interest earned on these resources.

4. Transfer of resources

Resources of the Supplementary Financing Facility Subsidy Account in excess of the remaining subsidy payments are to be transferred to the Special Disbursement Account. At April 30, 2005, and 2004, subsidy payments totaling SDR 2.2 million had not been made to Liberia and Sudan and were being held pending the payment of overdue charges by these members.

5. Accounts termination

Administered Account Japan

The account can be terminated by the IMF or by Japan at any time. Any remaining resources in the account at termination are to be returned to Japan.

Administered Account for Selected Fund Activities—Japan

The account can be terminated by the IMF or by Japan at any time. Any resources that may remain in the account at termination, net of accrued liabilities under technical assistance projects or in respect of the OAP, are to be returned to Japan.

Framework Administered Account for Technical Assistance Activities

The Framework Account or any subaccount thereof may be terminated by the IMF at any time. The termination of the Framework Account shall terminate each subaccount thereof. A subaccount may also be terminated by the contributor of the resources to the subaccount. Termination shall be effective on the date that the IMF or the contributor, as the case may be, receives notice of termination. Any balances, net of the continuing liabilities and commitments under the activities financed, that may remain in a subaccount upon its termination are to be returned to the contributor.

Administered Account—Spain

The account will be terminated when Argentina repays all the resources that were disbursed from the account to Argentina, or at an earlier time as agreed between Spain and the IMF, following consultations between Spain and Argentina. Any remaining resources in the account at termination are to be returned to Spain.

The Post-Conflict and Natural Disaster Emergency Assistance Subsidy Account

The account can be terminated by the IMF at any time. Any remaining balances after discharge of all obligations of the account upon the account's termination are to be returned to the contributors in proportion to their contributions.

Akronyme und Abkürzungen

AFRITAC	Regionales Zentrum für technische Hilfe in Afrika	IFRS	Internationale Standards für die Rechnungslegung
AKV	Allgemeine Kreditvereinbarungen	IFS	International Financial Statistics
AML/CFT	Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	IIF	Institute for International Finance
APEC	Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit	IMFC	Internationaler Währungs- und Finanzausschuss
ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen	I-PRSP	Vorläufiges Strategiedokument zur Armutsbekämpfung
AWF	Arabischer Währungsfonds	ITD	Internationaler Steuerdialog
BCEAO	Zentralbank der westafrikanischen Staaten	JSA	Gemeinsame Stabsbeurteilung
BIP	Bruttoinlandsprodukt	MDG	Millennium-Entwicklungsziel
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	METAC	Zentrum für technische Hilfe im Nahen Osten
BSP	Bruttosozialprodukt	MTBF	Mittelfristiger Haushaltsrahmen
CAC	Umschuldungsklausel	NGW	Nettogegenwartswert
CAEMC	Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion	NKV	Neue Kreditvereinbarungen
CARTAC	Regionales Zentrum für technische Hilfe im karibischen Raum	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CCA	Eventualforderungsansatz	OED	Projektbewertungsabteilung (Weltbank)
CFF	Fazilität zur kompensierenden Finanzierung	OFC	Offshore-Finanzplatz
CPIA	Beurteilung der nationalen Politik und Institutionen	OPEC	Organisation der erdölauführenden Länder
CPIS	Koordinierte Erhebung über Portfolio-Investitionen	PFTAC	Pazifisches Zentrum für technische Hilfe im Finanzbereich
CSO	Zivilgesellschaftliche Organisation	PIN	Öffentliche Informationsmitteilung
DQAF	System für die Beurteilung der Datenqualität	PPM	Überwachung nach Ablauf eines Programms
DSBB	Informationstafel zu Datenweitergabestandards	PRGF	Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität
ECCU	Ostkaribische Währungsunion	PRS	Armutsbekämpfungsstrategie
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat der VN	PRSP	Strategiedokument zur Armutsbekämpfung
ECOWAS	Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten	RAP	Kapazitätsbedarfsermittlung
ECU	Europäische Währungseinheit	RAP	Programm zur Ansammlung von Rechten auf spätere Ziehungen
EFF	Erweiterte Fondsfazilität	ROSC	Bericht über die Einhaltung von Standards und Kodizes
ENDA	Nothilfe bei Naturkatastrophen	SAF	Strukturanpassungsfazilität
EPCA	Nothilfe nach Konflikten	SCA-1	Erstes Sonderkonto für Eventualfälle
ESAF	Erweiterte Strukturanpassungsfazilität	SDA	Konto für Sonderverwendungen
EU	Europäische Union	SDDS	Spezieller Datenweitergabestandard
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	SDMX	Austausch von statistischen Daten und Metadaten
EZB	Europäische Zentralbank	SIMSDI	Erhebung über die Umsetzung der methodischen Standards für Direktinvestitionen
FATF	Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche	SRF	Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven
FCC	Künftige Kreditzusagekapazität	SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
FDI	Ausländische Direktinvestitionen	SZR	Sonderziehungsrecht
FSAP	Programm zur Bewertung des Finanzsektors	S&P	Standard and Poor's
FSSA	Beurteilung der Stabilität des Finanzsystems	TAIMS	Informationsverwaltungssystem für technische Hilfe
GDSD	Allgemeines Datenweitergabesystem	TH	Technische Hilfe
GFSR	Global Financial Stability Report (Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems)	TIM	Handelsintegrations-Mechanismus
GJ	Geschäftsjahr	UNCTAD	Handels- und Entwicklungskonferenz der VN
GRA	Allgemeines Konto	UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	VN	Vereinte Nationen
HIPC	Hochverschuldetes armes Land	WAEMU	Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion
IAIS	Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden	WEO	World Economic Outlook (Weltwirtschaftsausblick)
IBFG	Internationaler Bund Freier Gewerkschaften	WKM, WKM2	Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems
IDA	Internationale Entwicklungsorganisation	WTO	Welthandelsorganisation
IEO	Unabhängiges Evaluierungsbüro	WVA	Weltverband der Arbeitnehmer
IFF	Internationale Finanzierungsfazilität		
IFFIm	Internationale Finanzierungsfazilität für Immunisierung		
IFI	Internationale Finanzinstitution		

Fotos	Seite
Lynsey Addario/Corbis	16
Ivan Alvarado/Corbis	31
Seyllou Diallo/AFP-Foto	61
Gary John Norman/Panos Pictures	49
Padraic Hughes/IWF-Foto	52
Stephen Jaffe/IWF-Foto	Einband, iv, x, 2, 22, 40, 80, 90, 106, 118
Jagadeesh/Corbis	11
Guy Mansfield/Panos Pictures	35
Jimmy McHugh/IWF-Foto	58
J.P. Moczulski/Corbis	6
Spencer Platt/Getty Images	44
Eugene Salazar/IWF-Foto	62
Srdjan Zivulovic/Corbis	82

Die Fotos, die den Überblick und die einzelnen Kapitel einleiten, zeigen verschiedene Aspekte der Arbeit des IWF sowohl in seinem Hauptsitz als auch in den Mitgliedsländern.

ISSN 0250-7498
ISBN 1-58906-472-0

Dieser Bericht wurde von einem Stabsteam unter der Leitung von Graham Hacche, Stellvertretender Direktor der IWF-Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, zusammengestellt und redigiert. Die folgenden Stabsmitglieder aus dem Referat für Redaktion und Publikationen gehörten dem Team an: Jeanette Morrison (Referatsleiterin), Sandy Donaldson, Asimina Caminis und Alicia Etchebarne-Bourdin.

Jorge Salazar und Choon Lee aus dem Referat Multimedia-Dienste in der IWF-Abteilung Technologie und allgemeine Dienste waren für Design und Satz zuständig.

Deutsche Ausgabe: Sprachendienst des IWF,
Abteilung Technologie und allgemeine Dienste.
Der englische Text ist die einzige amtliche Fassung.



Internationaler Währungsfonds
700 19th Street, N.W.
Washington, D.C. 20431
U.S.A.

Webseite: www.imf.org

Publikationen sind erhältlich unter
E-Mail: publications@imf.org
Telefon: (202) 623-7430
Telefax: (202) 623-7201

Annual Report 2005 (German)

